MAGISTERARBEIT/MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit/ Title of the Master's Thesis

Die Flucht vor dem NS-Regime

Eine inhaltsanalytische Studie über jüdische Flüchtlinge/Emigranten in Presseanweisungen und Zeitungsartikeln für die Jahre 1933 – 1939

verfasst von/submitted by

Katharina Maria Wolfram, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad/in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Februar 2017 / Vienna, February 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt/ degree programme code as it appears on the student record sheet:	A 066 / 841
Studienrichtung lt. Studienblatt/degree programme as it appears on the student record sheet:	Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Betreut von/ Supervisor:	ao. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit bestätige ich, Katharina Maria Wolfram, die Richtlinien redlichen wissenschaftlichen Arbeitens der Universität Wien (veröffentlicht im Mitteilungsblatt vom 31. 1.2006) sorgfältig überprüft zu haben. Diese Arbeit wurde nicht bereits in anderen Lehrveranstaltungen von mir oder anderen zur Erlangung eines Leistungsnachweises vorgelegt.

Wien, im Februar 2017

Wolfram Katharina Maria, Bakk.phil.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Danksagung

Mein besonderer Dank gebührt meinen Eltern, Dr. Brigitte und Dr. Klemens Wolfram, ohne deren unentwegte Unterstützung all dies nicht möglich gewesen wäre. Danke Mama, dass du jegliche Ausbrüche ertragen hast und mir gedanklich hinausgeholfen hast und Danke Papa für das minutiöse Korrigieren und weiterhelfen, wenn ich gedanklich feststeckte oder Formulierungen nicht so recht klappen wollten.

Ein außerordentlicher Dank gilt auch Ing. Christoph Greiner, der mich in all meinen Hochs und Tiefs beim Verfassen dieser Arbeit ertragen hat. Bei meiner Familie und meinen Freunden, die mich über Monate hinweg mit dieser Arbeit teilten und mir moralisch beistanden, möchte ich mich natürlich auch bedanken.

Und ein großes Dankeschön gebührt auch meinem Betreuer Ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell, für die Hilfe bei der Findung, Gliederung und Verschriftlichung dieser Arbeit.

Inhaltsverzeichnis

I. Theorie Teil: 11

1. Einleitung 11

2. Problemaufriss 12

3. Fachbezug 14

4. Quellenrecherche 15

5. Sondierung des theoretischen Rahmens 16

5.1. Funktionen von Massenmedien 17

5.2. Propaganda – eine Definition 19

5.2.1. Merkmalliste von Propaganda nach Bussemer 22

5.3. Propagandageschichte 26

5.4. Formen von Propaganda 28

5.4.1. Kriegspropaganda 29

5.4.2. Auslandspropaganda 30

5.4.3. Die soziologische Propaganda 30

5.4.4. Die politische Propaganda in Demokratien vs. Propaganda in Diktaturen . 30

5.5. Paradigmen der Kommunikations- und Propagandaforschung 31

5.5.1. Das Paradigma der Massentheorie 32

5.5.2. Das kulturkritische Paradigma 33

5.5.3. Die empirisch-quantitative Schule 33

5.5.4. Das pluralistische Paradigma 34

5.6. Hitler und Goebbels in Bezug auf die Propaganda Paradigmen 35

5.7. Wissenschaft und Propagandatheorien – zwei Schulen 38

5.7.1. Die Leipziger Schule 39

5.7.2. Die Schule der normativen Publizisten 41

5.8. Neue theoretische Ansätze der Propagandaforschung 44

6. Exkurs: Mediengeschichte im 3. Reich 48

7. Exkurs: Geschichte Österreichs 1930 - 1938 49

8. Die Propaganda der Nationalsozialisten 52

8.1. Die Presselenkung im Nationalsozialismus 52

8.1.1. Die Pressekonferenzen und die geheimen Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium 57

8.1.2. Ablauf der Pressekonferenzen 60

8.1.3. Die Presseanweisungen und die Journalisten 60

8.2. Presseanweisungen 62

8.2.1. Anzahl der Presseanweisungen 63

8.2.2. Presseanweisungen zum Thema jüdische Flüchtlinge/Emigranten 64

8.3. Joseph Goebbels und das NS-Regime 68

8.3.1. Das Leben von Joseph Goebbels 70

8.4. Die Denunzierung der Juden 73

8.5. Dr. Goebbels und seine Propaganda 78

8.6. Propaganda für Massenvernichtung 79

9. Flucht vor dem Nationalsozialismus 82

10. Die Geschichte des jüdischen Volkes 84

10.1. Die Juden unter dem NS-Regime 85

10.2. Jüdische Auswanderung 88

10.2.1. Jüdische Auswanderung in Österreich 91

11. Untersuchungsmaterial 93

11.1. Die Tageszeitungen 93

11.1.1. „Völkischer Beobachter“ 93

11.1.2. „Das Kleine Volksblatt“ 94

11.1.3. „Das Kleine Blatt“ 96

II. Empirischer Teil: 97

12. Forschungsleitende Fragestellungen und dazugehörige Hypothesen 97

13. Methodenwahl 103
13.1. Die Inhaltsanalyse 103
13.2. Forschungszusammenhang 105
13.3. Presseanweisungen 107
13.4. Codebuch und Codebogen 112
13.4.1. Forschungsfrage 1 112
13.4.2. Forschungsfrage 2 113
13.4.3. Forschungsfrage 3 114
13.4.4. Forschungsfrage 4 117
13.4.5. Forschungsfrage 5 119
13.4.6. Forschungsfrage 6 120
13.4.7. Forschungsfrage 7 122
13.4.8. Forschungsfrage 8 123
13.4.9. Forschungsfrage 9 125
13.4.10. Forschungsfrage 10 126
13.4.11. Forschungsfrage 11 128
14. Auswertung und Interpretation der Forschungsfragen und Hypothesen 130
14.1. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 1/1.1. 130
14.2. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 2 132
14.3. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 3 132
14.4. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 4 133
14.5. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 5 136
14.6. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 6 137
14.7. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 7 138
14.8. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 8 140
14.9. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 9 141
14.10. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 10 142

14.11. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 11 142

15. Conclusio 143

16. Anhang 147

16.1. Begriffserklärung 147

16.2. Literaturverzeichnis 148

16.3. Tabellenverzeichnis 153

16.4. Untersuchungsmaterial 154

16.4.1. „Völkischer Beobachter“ 154

16.4.2. „Das Kleine Blatt“ 173

16.4.3. „Das Kleine Volksblatt“ 209

17. Abstract Deutsch 242

18. Abstract English 243

I. Theorie Teil:

1. Einleitung

Im Zuge der vorliegenden Diplomarbeit wurde das Thema jüdische Flucht bzw. Emigration in der Zeit des Nationalsozialismus in Österreich untersucht. Im Fokus dieser Untersuchung liegen die Presseanweisungen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. Unter der Leitung von Dr. Joseph Goebbels wurden in den Jahren des Krieges und auch in den Jahren davor sehr viele Presseanweisungen erteilt, unter anderem auch in Bezug auf jüdische Flüchtlinge/Emigranten.

Im Laufe dieser Arbeit sollen einige Presseanweisungen ausgewählt werden, um diese dann zu untersuchen und darzustellen, wie diese Anweisungen genau ausgesehen haben und inwieweit sie umgesetzt wurden. Wieso ich mein Hauptaugenmerk auf die jüdischen Flüchtlinge/Emigranten lege, lässt sich leicht begründen. Wir leben in einer Zeit, in der viele Flüchtlinge aus Angst vor Krieg und Tod ihre Länder verlassen müssen und hoffen, in einem neuen Land ein neues Leben beginnen zu können, ein Leben, das nicht bedroht ist von Angst und Terror. Die schreckliche Situation der Flüchtlinge von heute brachte mich auf die Idee, das Schicksal der Flüchtlinge von damals zu untersuchen und zu erforschen was sich geändert hat. Dieses Interesse wurde noch größer, als ich feststellte, dass Presseanweisungen in Bezug auf das jüdische Volk, als es noch versuchte der drohenden Gefahr zu entfliehen, noch nicht wirklich wissenschaftlich behandelt wurde. Es gibt viele Arbeiten und Studien, die das Schicksal der Juden thematisieren, jedoch eher für die Zeit während des Krieges, als Deportation und Vernichtung schon voll im Gange waren. Zu Beginn überlegte ich eine Gegenüberstellung der Flüchtlinge von damals mit den Flüchtlingen von heuten, was hat sich geändert? Wie wurde das Thema in der Presse damals behandelt und wie heute? Ich musste allerdings schnell feststellen, dass dies die Grenzen einer Diplomarbeit bei weitem überschreiten würde und deswegen beschloss ich, mich mit den Flüchtlingen von damals zu beschäftigen, um so die Grundlage zu legen für eine spätere Forschung zu den Flüchtlingen von heute, um damit einen Vergleich zu ermöglichen.

Als Forschungsmaterial wurden drei österreichische Zeitungen gewählt, die miteinander verglichen werden. Eine der gewählten Zeitungen ist der „Völkische Beobachter“. In Deutschland war er schon vor und während des Zweiten Weltkriegs das nationalsozialistische Sprachrohr und in Österreich erschien ab April 1938 eine „Wiener Ausgabe“. Die nächste zu untersuchende Zeitung ist „Das Kleine Volksblatt“, diese hatte, vor der Gleichschaltung, einen christlich-sozialen Hintergrund und zu guter Letzt „Das Kleine Blatt“ mit einem sozialdemokratischen Ursprung.

Ein wichtiger Aspekt dieser Arbeit ist das Propagandasystem zu Zeiten des Nationalsozialismus in Deutschland und vor allem in Österreich. Es sollen die Vorgehensweisen des „Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ aufgezeigt werden und im Besonderen soll die Person Dr. Joseph Goebbels und seine manipulativen Fähigkeiten dargestellt werden.

Der theoretische Hintergrund dieser Arbeit liegt in den Propagandatheorien. Es wird die Geschichte der Propaganda und alle relevanten Formen der Propaganda aufgezeigt, um den Lesern die theoretischen Paradigmen der Propagandaforschung näher zu bringen. Die wichtigsten Theorien sind die „Leipziger Schule“ nach Münster und die „Normative Publizistik“ nach Emil Dovifat.

Die vorliegende Diplomarbeit gliedert sich in zwei Teile: Im ersten Teil wird das Forschungsinteresse aufgezeigt, die Theorie untermauert und dargestellt und der zweite Teil besteht aus der empirischen Zeitungsanalyse in Bezug auf die Presseanweisungen vom Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

2. Problemaufriss

Presseanweisungen spielten sowohl vor, als auch während des Zweiten Weltkriegs eine signifikante Rolle. Streng gesehen beeinflussten sie maßgeblich die öffentliche Meinung bezüglich des Kriegsablaufes. Sämtliche Presseanweisungen wurden mit dem Ziel das Volk für den Krieg zu begeistern, verfasst. Zu Beginn war dies eine äußerst erfolgreiche Methode, gegen Ende des Zweiten Weltkrieges war allerdings die Begeisterung des deutschen Volkes in Hinblick auf den Krieg schon sehr zurückgegangen. Da in dieser Arbeit die Jahre 1933 bis 1939 behandelt werden, stammen die verwendeten Presseanweisungen aus einer Zeit, als Goebbels das Volk

bzw. die öffentliche Meinung noch fest im Griff hatte, wobei die Jahre, in denen in Deutschland die systematische Vereinnahmung der Presse perfektioniert wurde, in einem historischen Überblick dargestellt werden, während die Jahre 1938 – 1939 in Österreich Hauptgegenstand der Untersuchung sein werden.

Die Problematik soll an Hand von drei Zeitungen getrennt bearbeitet werden, mit dem Ziel, etwaige Unterschiede in den Blattlinien zu erkennen und einem besonderen Augenmerk auf den Umgang mit den Presseanweisungen, die von Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels erteilt wurden. An dieser Stelle darf man nicht vergessen, dass im Dritten Reich alle Medien gleichgeschaltet wurden. In den früheren Jahren, vor allem vor Beginn des Zweiten Weltkrieges, könnten sich eventuell noch Unterschiede aufzeigen lassen.

Das Problem besteht darin, die Presseanweisungen zum Thema Flüchtlinge und Migranten zu finden, um dann die Parallelen respektive Unterschiede in den zu untersuchenden Zeitungsartikeln darzulegen. Das Ziel dieser Arbeit ist es zu überprüfen, wie weit in diesem Zusammenhang der Einfluss des Regimes auf die Medien ging.

Die zuvor genannte Gleichschaltung der Medien wurde von der nationalsozialistischen Führungselite durch bestimmte Kontrollmechanismen gewährleistet, wie z.B. die Reichspressekonferenzen bzw. „Ministerkonferenzen“ und das Schriftleitergesetz. Die Anweisungen, die in den Pressekonferenzen vermittelt wurden, gaben den einzelnen Zeitungen noch ein wenig Spielraum bei der Umsetzung der Anweisungen. Der empirische Teil dieser Arbeit möchte eben diesen Umgang mit den Anweisungen bezüglich der Flüchtlingssituation untersuchen.

Der vorliegenden Problemstellung liegen sehr viele Themen zu Grunde: NS-Zeit, Kommunikation, Propaganda, Macht, sowohl der Medien, als auch Politik. An dieser Stelle ist auch zu sagen, dass die Aufarbeitung dieser Zeit noch nicht oft mit Flucht und Migration in Verbindung gebracht wurde, meistens setzt die Forschung etwas später an, zu einer Zeit, in der Flucht keine Option mehr war.

Viele Arbeiten, die in Bezug auf den Nationalsozialismus verfasst wurden, beschäftigen sich mit den Medien selbst, ob Film, Zeitung oder Flugblättern, jedoch kaum eine untersucht den Kommunikator, der damals dahinter stand, nämlich das Propagandaministerium. Hier soll aufgezeigt werden, wie weitläufig die Macht

dieses Ministeriums war, wie es damit umging und inwieweit damit in die strategische Kriegsführung eingegriffen wurde.

Für diese Arbeit erscheint es äußerst sinnvoll, einen Einblick in das Leben der Juden unter dem NS-Regime zu geben. Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus ist schon lange im Gange und wird vermutlich noch ebenso lange nicht abgeschlossen sein; diese Arbeit soll einen weiteren Aspekt der damaligen Geschehnisse aufgreifen, um neue Wege zu neuen Studien zu bahnen.

Der durch diese Arbeit geleistete Beitrag besteht darin aufzuzeigen, wie das Pressewesen durch die Presseanweisungen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda geleitet wurde. Die Zeitungen „Völkischer Beobachter“, „Das Kleine Volksblatt“ und „Das Kleine Blatt“ werden im Laufe dieser Magisterarbeit, vor allem aufgrund der Durchführung der Presseanweisungen untersucht und verglichen. Die Gleichschaltung der Medien zu der Zeit des Dritten Reiches wird hier ebenfalls zum Thema gemacht, da die Autorin davon ausgeht, dass nicht jede Zeitung jede Presseanweisung exakt gleich bearbeitet und umgesetzt hat.

Im Zuge dieser Arbeit sollen diese Unterschiede herausgestrichen und die generelle Macht des Dr. Joseph Goebbels dargestellt werden.

3. Fachbezug

Die vorliegende Problemstellung ist zweifellos eine kommunikationswissenschaftliche, denn alle betroffenen Teilbereiche gehören der Disziplin der Kommunikationswissenschaften an. Auch die gewählte Methode, Zeitungsartikel zu analysieren und zu vergleichen, gehört zum Aufgabenbereich der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Drei österreichische Tageszeitungen, („Völkischer Beobachter“, „Das Kleine Volksblatt“, „Das Kleine Blatt“) die zu der Zeit des Nationalsozialismus erschienen sind, werden untersucht und miteinander verglichen, um so Gemeinsamkeiten oder Unterschiede herauszuarbeiten. Im Zuge dieser Arbeit werden die Zeitungen auch einzeln durchleuchtet, sowohl in Bezug auf ihre Entstehungsgeschichte, als auch wie es ihnen während und nach der Machtübernahme des NS-Regimes ergangen ist.

Die Pressegeschichte vor und während des Zweiten Weltkrieges muss genauer betrachtet werden, um das Thema selbst zur Gänze verstehen zu können. Es wird

später auch auf die Entstehung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und die zunehmende Macht über die Presse, bzw. die Medien im Gesamten, eingegangen. Im Zuge dessen wird auch das Leben von Dr. Joseph Goebbels besprochen, um seine Position als eigentlicher Anführer des Ministeriums, der er nun einmal war, verstehen zu können. Bei diesen Ausführungen wird klar ersichtlich, wie sehr die Tätigkeiten des Ministeriums und von Goebbels selbst, die Wahrnehmung und das Wissen der breiten Öffentlichkeit beeinflusst haben.

Ein ebenfalls kommunikationswissenschaftlicher Aspekt dieser Arbeit ist die Macht der Presse. Es ist ohne Zweifel ersichtlich, dass die Presse den Krieg mitgelenkt hat, wenn auch nicht direkt am Schlachtfeld oder an der Front, so doch schon lange davor und während des Krieges in den Köpfen der Rezipienten.

Des Weiteren leistet die vorliegende Magisterarbeit einen Aufdeckungsbeitrag für die Kommunikationsgeschichte zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges in Österreich bzw. des deutschen Reiches.

In der ersten Recherche wurde sehr schnell klar, dass die Zeit zwischen 1933 und 1939 natürlich schon bearbeitete wurde, jedoch der Aspekt der Juden als Flüchtlinge bzw. Emigranten nicht sonderlich ausführlich. Während man klare Daten und Fakten zu dem Thema in Deutschland findet, fehlt ebendas für Österreich, wo eine Einflussnahme von Goebbels und dem Propagandaministerium natürlich erst ab 1938 möglich war.

All dies zeigt, dass das Thema dieser Arbeit klar der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft zuzuordnen ist und demnach besteht die Berechtigung, dies zu untersuchen.

4. Quellenrecherche

Im Zuge der Recherche stellte sich heraus, dass das Thema in dieser Form noch kaum behandelt wurde. Eine wissenschaftliche Arbeit zu der vorliegenden Themenstellung wurde nicht gefunden. Es gibt zwar eine Diplomarbeit, die auf Presseanweisungen an Tageszeitungen und deren Umgang damit Bezug nimmt, diese beschäftigt sich jedoch mit Karikaturen. Die meisten anderen Arbeiten, die das Thema Propaganda aufnehmen, behandeln Plakate, Flugblätter oder den Hörfunk.

Die Juden als Migranten bzw. Flüchtlinge wurden so noch nicht untersucht und daher sehe ich hierin eine Chance, etwas Neues herauszufinden. Im Lauf der Recherche wurde Literatur zur Pressegeschichte vor und während des Zweiten Weltkriegs durchgesehen, die Geschichte der Juden und Propagandaforschung bearbeitet und vieles gefunden, was zu einem späteren Zeitpunkt in dieser Arbeit behandelt werden soll.

5. Sondierung des theoretischen Rahmens

Die theoretische Annäherung zu der Thematik der vorliegenden Arbeit wurde relativ rasch gefunden. Obgleich es viele Theorien und Ansätze gibt, anhand derer man dieses Thema erforschen könnte, sei es die Nachrichtenwerttheorie oder die Gatekeeper Forschung, erschienen diese Ansätze jedoch zu sehr mit dem Nutzenansatz der Nachrichten beschäftigt.

In der vorliegenden Studie soll jedoch nicht der Nutzen, den der Leser durch die Konsumation der Zeitungsartikel hatte, behandelt werden, sondern der Leser sollte viel mehr merken, wie diese entstanden sind und was dahinter steckt, nämlich die Propaganda.

Aufgrund dessen wurde der Beschluss gefasst, sich mit den Propagandatheorien genauer auseinanderzusetzen und zu veranschaulichen, wie Propaganda funktioniert.

Thymian Bussemer beschäftigt sich sehr eingehend mit dem Thema Propaganda; in seinem Werk „Propaganda. Konzepte und Theorien.“ gliederte er die Propagandageschichte in drei Teile.

Im ersten Teil untersucht er das „Massenparadigma der Propagandaforschung“:

„Das Ziel der Massenpsychologie war die Beherrschung ihrer Vorherrschaft im Bereich der öffentlichen Meinung. Dies sollte durch Kommunikation geschehen. Dazu musste man herausfinden was die Massen im Inneren antrieb. […] Die Gesetzmäßigkeiten innerer, psychologischer Prozesse sollen aufgedeckt und in ein wissenschaftlich fundiertes, sozialpsychologisches System überführt werden. So sollte ein Instrumentarium entstehen, mit dem man die Massen systematisch manipulieren konnte.“ (Bussemer: 2005 S. 64)

Der zweite Teil seines Werkes über Propagandaforschung handelt von „die empirische Wende. Propaganda als Sozialtechnik.“

„In den frühen 1930er Jahren machte sich unter amerikanischen Kommunikationspraktikern und Geschäftsleuten ein zunehmendes Unbehagen mit der Massenpsychologie als Basistheorie für Persuasionsversuche breit, das auch viele zeitgenössische Sozialwissenschaftler teilten. […] Während der gesamten dreißiger Jahre erlebten public opinion polls in den USA einen ungeheuren Aufschwung. […] Persuasive Botschaften richteten sich immer weniger an „die Masse“ oder das Publikum als solches, vielmehr wurden demopraphisch und lebensstilmäßig ausgekundschaftete Gruppen nun selektiv anvisiert. (Bussemer:2005, S. 249f.)

Im dritten Teil seines Werkes beschäftigt sich Bussemer mit der Propagandaforschung und ihren Ansätzen nach 1968. Dieser Abschnitt ist für die vorliegende Arbeit nicht relevant, da er sich hier mit der Propagandaforschung unter dem Einfluss des kalten Krieges auseinandersetzt.

Die vorliegende Arbeit nimmt stark Bezug zu Bussemers erstem Teil des Werkes, da er sich hier mit dem Nationalsozialismus in Österreich beschäftigt und auch die Propagandaforschung zu Zeiten des Nationalsozialismus durchleuchtet und neue Ansätze zur Aufarbeitung dazu vorschlägt.

Zunächst soll beschrieben werden, was Propaganda eigentlich ist und wie sie sich definieren lässt; des Weiteren werden die Merkmale und Formen von Propaganda aufgelistet. Ebenso werden die Paradigmen der Kommunikations- und Propagandaforschung im folgenden Kapitel näher betrachtet und mit den Ansichten von Adolf Hitler und Joseph Goebbels ergänzt. Als letzter Punkt werden die Propagandatheorien aufgelistet und durchleuchtet.

5.1. Funktionen von Massenmedien

Zunächst sollen die sozialen Funktionen der Massenmedien angeführt werden; und zwar sind das die Sozialisationsfunktion, die soziale Orientierungsfunktion, die Rekreationsfunktion (Unterhaltung, Eskapismus) und die Integrationsfunktion. Die Sozialisationsfunktion soll die Rezipienten unterstützen, den Alltag zu meistern. Die soziale Orientierungsfunktion versorgt die Rezipienten mit einer Fülle von Details,

die ihnen das Zurechtkommen in einer *immer unüberschaubarer werdenden Umwelt* erst ermöglicht. Die Rekreationsfunktion oder auch Gratifikationsfunktion gibt Rezipienten die Möglichkeit ihren Bedarf nach Zerstreuung und Ablenkung entgegenzukommen, *besonders nach einer ermüdenden unpersönlichen Tagesarbeit.* Häufig wird ihr auch eine *Eskapismusfunktion* zugeschrieben, da sie den Konsumenten der Massenmedien die Möglichkeit gibt mit Hilfe der Unterhaltung durch die Medien, aus ihrem Alltag zu „fliehen". Die vierte und letzte Funktion ist die Integrationsfunktion. Integration herzustellen und zu bewahren ist ein gesellschaftliches Ziel, das in industriellen Großgesellschaften nur mehr mit Hilfe der Massenmedien erreicht werden kann. Es hilft den Menschen sich in dieser äußerst komplexen Welt zu integrieren, indem es sie mit Informationen versorgt. (vgl. Burkart:2002, S. 378ff.)

Eine weitere Funktion der Massenmedien ist die politische Funktion. Ihr Verdienst liegt in der Herstellung der Öffentlichkeit, der Artikulationsfunktion, der politischen Sozialisationsfunktion (auch Bildungsfunktion genannt) und in der Kritik- und Kontrollfunktion. Die Herstellung von Öffentlichkeit bedeutet das zur Verfügung stellen von wichtigen, politischen Themen durch die Massenmedien, damit das disperse Publikum sich ihrer bedienen kann. Die Artikulationsfunktion bildet ein Sprachrohr der Massenmedien, um diverse Problematiken anzusprechen und in der Öffentlichkeit hervorzuheben. Die politische Sozialisations- bzw. Bildungsfunktion behandelt Themen, um sie dem Publikum zu erläutern und sie diesbezüglich zu sensibilisieren. Die Kritik- und Kontrollfunktion dient den Massenmedien um auf die Politik und das gesamte politische System Druck auszuüben, um somit das System kontrollieren zu können. (vgl. Burkart:2002, S390ff.)

Ebenso gibt es die ökonomische Funktion, diese besteht aus der Zirkulationsfunktion, der regenerativen Funktion und der herrschaftlichen Funktion. Unter ökonomischer Funktion versteht man all jene Leistungen der Massenmedien, welche diese im Hinblick auf die gesellschaftliche Umwelt als ökonomisches System erbringt. (vgl. Burkart:2002, S. 397f.)

Zu guter Letzt gibt es noch die Informationsstruktur; sie entzieht sich einer eindeutigen Zuordnung zu einem der bekannten Funktionsbereiche, da es sich vielmehr um eine Leistung der Massenmedien handelt, die diese sowohl im

Hinblick auf das soziale und politische, als auch ökonomisch - gesellschaftliche System erbringen. Was im Hinblick auf die massenkommunikative Informationsvermittlung als besonders wichtig erscheint ist die Qualität der Erfahrung, die zum Informationsgewinn führt. Informationen können sowohl im Rahmen einer Primärerfahrung gewonnen werden (d.h. man reduziert oder beseitigt das Ausmaß des Nichtwissens bzw. der Ungewissheit aufgrund von eigenen Erlebnissen im direkten Umgang mit den „Dingen“), ebenso können sie im Rahmen einer Sekundärerfahrung gewonnen werden (d.h. man erfährt die Reduktion oder Beseitigung subjektiven Nichtwissens bzw. subjektiver Ungewissheit durch Kommunikation, eben indem man sich über die „Dinge“ verständigt, ohne selbst in direkten Kontakt zu treten). Informationsvermittlung durch Massenkommunikation passiert nur im Rahmen derartiger Sekundärerfahrungen. Anstatt direkt zugänglicher, primär erfahrbarer Wirklichkeit präsentieren die Massenmedien ständig neue „Wirklichkeiten“, die die Rezipienten als sekundäre Erfahrung längst gelernt haben zu akzeptieren. (vgl.Burkart:2002, S.402ff.)

5.2. Propaganda – eine Definition

In der Kommunikationswissenschaft war die politische Propaganda ein zentrales Thema des 20. Jahrhunderts. Der britische Literatur- und Kommunikationswissenschaftler A.P. Foulkes schrieb 1983: *„If we refer to the nineteenth century as the Age of Ideology, then it seems even more appropriate to regard the present country as the Age of Ideology, then it seems even more appropriate to regard the present century as the Age of Propaganda.”*(Foulkes:1983 zit. In: Bussemer:2005, S.11) In internationalen Krisen und auch bei der Analyse extremistischer Tendenzen in westlichen Demokratien, wir der politischen Propaganda heute noch eine wichtige Rolle zugesagt. Der Begriff ist also heute noch allgegenwärtig, jedoch in den meisten Köpfen löst der Begriff „Propaganda“ einen sofortigen Bezug zu der Kommunikationspolitik der Nationalsozialisten aus. (vgl. Bussemer:2005, S. 11f) „*Dass Propaganda auch einen sozialen Sachverhalt beschreibt, der für den Meinungswettbewerb in modernen Gesellschaften konstitutiv ist, wurde aus dieser Perspektive meist übersehen.“* (Bussemer:2005, S. 11)

Wer über Propaganda spricht, läuft nach wie vor Gefahr, sowohl im Fachbereich, als auch in der Publikumsöffentlichkeit nicht oder gründlich falsch verstanden zu werden. *„Das babylonische Sprachengewirr, das die bloße Nennung des Wortes ‚Propaganda‘ auslöst, prägt nicht nur das Alltagsverständnis. Es bestimmt weitgehend auch die wissenschaftstheoretischen Diskussionen.“* (Rollka: 2000, S. V)

Das Wort Propaganda stammt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie ausstreuen, ausbreiten, fortpflanzen und geht zurück auf die „sacra congregatio de propaganda fide“, im Jahr 1622 gegründet von Papst Gregor XV. Dies war ein Gremium katholischer Gelehrter, die sich aufgrund der Gegenreformation, mit der Möglichkeit Missionstätigkeiten der römisch-katholischen Kirche zu professionalisieren, auseinandersetzten. Hier wurde der Begriff Propaganda erstmals auf den Kommunikationsbereich angewendet. (vgl. Bussemer:2005, S. 25) *„Die erste Assoziation von Propaganda mit geheimen und nicht kontrollierbaren Machenschaften einer schmalen Herrschaftselite setzte in der Epoche der Aufklärung ein, als aufklärerische Publizisten in der „congregatio de propaganda fide“ eine Geheimagentur ausmachten, welche die Menschen systematisch in Unmündigkeit hielt.“* (Bussemer: 2005, S. 25.)

Eine klare Trennung der Begriffe Propaganda und Werbung etablierte sich erst in den 1930er Jahren, in Deutschland war dies angetrieben durch den Druck der Nationalsozialisten, da sie den Begriff Propaganda für die Politik allein reservieren wollten.(vgl. Bussemer:2005, S. 26)*„Vorangegangen war eine im Ersten Weltkrieg eingeleitete Politisierung bzw. Militarisierung des Propagandabegriffs. Propaganda war jetzt eine auf konkrete Effekte gerichtete kommunikative Technik, die auf dem Schlachtfeld und an der Heimatfront Verwendung fand und von speziell hierfür geschulten Militärs betrieben wurde.“* (Bussemer:2005, S. 26)

Der Soziologe Johann Plenge definierte Propaganda 1922 erstmals sozialwissenschaftlich. Für Plenge war Propaganda die *„Verbreitung geistiger Antriebe, die Handlungen auslösen sollen.“* Sie sei, *„genauer gesagt, ein Unterfall des Ausstreuens solcher geistiger Antriebe und gehört damit zu den Grundtatsachen des menschlich-gesellschaftlichen Zusammenlebens.“* (Plenge:1922 zit. In: Bussemer:2005, S.27) Mit dieser Definition sagt Plenge, dass die Propaganda aus

der symbolischen Welt der Ideen und Metaphern stammt, jedoch auf Veränderung in der realen Welt abzielt. (vgl. Bussemer:2005, S.27)

Der US-amerikanische PR-Berater Edward L. Bernays definierte Propaganda folgendermaßen: *„Modern propaganda is a consistent, enduring effort to create or shape events to influence the relations of the public to an enterprise, idea or group."* (Bernays:1928 zit. In: Bussemer:2005, S.27) In dieser Definition, die schon etwas weiter gefasst ist, umschließt Propaganda auch Werbung. Harold D. Laswell, der Pionier der amerikanischen Propagandaforschung, definierte Propaganda 1927 als *„management of collective attitudes by the manipulation of the significant symbols".* Der Begriff des Manegements verweist in dieser Definition darauf, dass es um die geplante Steuerung der Haltungen und Einstellungen sozialer Großgruppen geht. Unter *„attitude"* verstand er eine *„tendency to act according to certain patterns of valuation."* (Lasswell:1927a, S.627)

Laswells Definition schreibt der Bedeutung von Symbolen einen hohen Wert zu. Als Symbole definierte er *„words or word substitutes like pictures and gestures".* (Laswell: 1927 zit. In: Bussemer:2005, S.28) Das Wirkungspotential von Propaganda sah er in der geschickten Manipulation dieser. (vgl. Bussemer: 2005, S. 28)

Damit wurde die Propaganda Ende der 1920er Jahre so definiert, wie sie auch heute noch in der Sozialwissenschaft angesehen wird. Die wohl treffendste Nominaldefinition im deutschsprachigen Raum geht auf Maletze zurück: *„'Propaganda' sollen geplante Versuche heißen, durch Kommunikation die Meinung, Attitüden, Verhaltensweisen von Zielgruppen unter politischer Zielsetzung zu beeinflussen."* (Maletze:1972 zit. In: Bussemer:2005, S.28)

Im Jahr 200 hat Klaus Merten eine konstruktivistische Definition von Propaganda formuliert: *„Propaganda […] eine Technik zur Akzeptanz abgesonnener Verhaltensprämissen, bei der die kommunizierte Botschaft durch Reflexivisierung generalisierte Wahrheitsansprüche erzeugt, deren Akzeptanz durch Kommunikation latenter Sanktionspotenziale sichergestellt werden."* (Merten:2000 zit. In: Bussemer:2005, S. 29)

Mit der Definition der Propaganda als Technik möchte Merten aufzeigen, dass die Propaganda weder an ein Medium, noch an eine Textsorte gebunden ist, *„sondern eine ausschließlich kommunikativ definierte Form der Anwendung von Macht (Einfluss), die nur als mehrstellige Relation (zwischen Kommunikator, Rezipient und Situation) zufriedenstellend zu erklären ist“.* (Merten:2000 zit. In: Bussemer:2005, S.29)

Bussemer versucht sich an einer Super-Definition von Propaganda:

„…als die in der Regel medienvermittelte Formierung handlungsrelevanter Meinungen und Einstellungen politischer oder sozialer Großgruppen durch symbolische Kommunikation und als Herstellung von Öffentlichkeit zugunsten bestimmter Interessen verstanden werden. Propaganda zeichnet sich durch die Komplementarität vom überhöhten Selbst- und denunzierenden Fremdbild aus und ordnet Wahrheit dem instrumentellen Kriterium der Effizienz unter. Ihre Botschaften und Handlungsaufforderungen versucht sie zu naturalisieren, so dass diese als selbstverständliche und nahe liegende Schlussfolgerungen erscheinen.“ (Bussemer: 2005, S.30)

Diese Definition bedingt jedoch weitere Präzisierung und Operationalisierung, um sinnvoll verstanden zu werden. Im Folgenden soll dies mit Hilfe einer Merkmalliste von Propaganda versucht werden.

5.2.1. Merkmalliste von Propaganda nach Bussemer

1. *„Zunächst einmal ist Propaganda Kommunikation in dem Sinne, dass sie keine objektiven Veränderungen der Realität vornimmt, sondern Veränderungen in der subjektiven Realitätskonstruktion der Menschen, die dann allerdings zu fassbaren Realitätsveränderungen führen können.*
2. *Propaganda ist nicht dinglich, sondern symbolisch oder medial. Die von Propaganda bewirkten Realitätsveränderungen bleiben auch dann noch bestehen, wenn sich die unsichtbare Propaganda längst verflüchtigt hat und von ihr nur noch Artefakte wie Flugblätter oder Propaganda übrig geblieben sind.*
3. *Propaganda ist eine Technik, die bestimmten vorher definierten politischen Zielen folgt und dafür spezifische Strategien anwendet. Sie ist auf ein*

Mediensystem angewiesen, das ihr eine ausgedehnte Verbreitung ihrer Botschaften erlaubt.

4. *Propaganda ist ein historisch spezifischer Kommunikationstyp, da er voraussetzt, dass die öffentliche Meinung einen gewissen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung hat und die Medien die wichtigsten Organisatoren des öffentlichen Diskurses sind.*
5. *Propaganda ist meist wissenschaftlich gestützt, da Propagandisten sich sowohl sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse über den Verlauf von Persuasionsprozessen, als auch über ihre Zielgruppen bedienen.*
6. *Propaganda zielt auf Überredung. Sie will Menschen davon überzeugen, zu einer spezifischen Frage eine bestimmte Haltung einzunehmen und auch nach dieser Überzeugung zu handeln. Oft geht es auch darum, Menschen in einer bestehenden Einstellung zu bestärken.*
7. *Propaganda arbeitet über und mit Sprache und Bildern. Diese werden von ihr dahingehend manipuliert, dass im Rezeptionsprozess neue Verknüpfungen zwischen vorhandenen positiven oder negativen Einstellungen und bestimmten Sachverhalten hergestellt werden. Dieser Prozess funktioniert entweder durch die Manipulation semiotischer Kopplungen („Juden sind geizig") oder durch die Verfälschung von Fakten.*
8. *Propaganda ist im doppelten Sinne medial. Erstens bedient sie sich der Tatsache, dass die Menschen einen großen Teil der Welt nur noch aus zweiter Hand d.h. vor allem durch die Medien wahrnehmen, und dass es einflussreichen Eliten möglich ist, die mediale Repräsentation der Welt zu verfälschen. Zweitens gebraucht sie die unterschiedlichsten Medientypen als Trägermedien zur Verbreitung ihrer Botschaften.*
9. *Propaganda geht vom politischen System bzw. einzelnen politischen Akteuren aus und ist in der Regel auf den Gewinn oder den Erhalt von Macht orientiert. Sie orientiert sich nicht primär an der Logik des Mediensystems, sondern macht sich Medien durch Zwang (Gleichschaltung, Zensur) gefügig. Sie bedient sich meist einer umfassenden Ideologisierung der Wirklichkeit und arbeitet mit eindeutigen Dichotomien (etwa: gut/böse). Vielfach verbindet sie konkrete Handlungsaufforderungen mit einem ideologisierten Weltbild.*

10. *Die Handlungsoptionen, die Propaganda nahe legt, erscheinen alternativlos, Zuwiderhandlungen oder Nicht-Befolgung werden mit Sanktionen belegt. Um akzeptiert und rezipiert zu werden, muss sich Propaganda in ihren Botschaften und in ihrer Form an vorhandenen Meinungen, Bedürfnissen, Erwartungen und (Rezeptions-)Gewohnheiten des avisierten Publikums orientieren. Deshalb greift sie vorhandene Inhalte und Kommunikationsformen auf und „überschreibt" diese mit eigenen Botschaften.*
11. *Zur Wahrheit hat Propaganda dabei ein rein instrumentelles Verhältnis, das heißt, sie ist nicht der Wahrhaftigkeit verpflichtet, sondern setzt Wahrheit nur dort ein, wo diese für die eigenen Anliegen von Nutzen ist oder die Gefahr einer Entdeckung von Lügen besteht.*
12. *Propaganda kann verschiedene Formen annehmen, sie kann sich für (Machterhalt) oder gegen (Revolution) etwas richten und über alle Mediengattungen versendet werden."* (Bussemer:2005, S. 30f.)

„Die Propaganda hat zwei entscheidende Elemente, die Glaubwürdigkeit und die zentrale Steuerung der Propaganda. In der Weltliteratur über Propaganda wird zur Frage der Glaubwürdigkeit vorausgesetzt, dass die Propaganda „wahr" sein müsse." (Hundhausen:1975, S.14) Hier stellt sich die Frage, ob die Propaganda wahres, objektives Wissen oder „subjektiv und objektiv zureichendes Fürwahrhalten" zum Inhalt hat und verbreitet.

„Adolf Hitler hat den schmalen Grat zwischen Wahrheit und Lüge in der Propaganda wie folgt deutlich gemacht: „Durch kluge und dauernde Anwendung von Propaganda kann einem Volk selbst der Himmel als Hölle vorgemacht werden und umgekehrt das elendste Leben als Paradies." Das Zitat kann in letzter Konsequenz und im Hinblick auf weitgesteckte und weltbewegende Ziele nur dann angewendet werden, wenn Parteilichkeit und Nützlichkeit zusammengefasst und als Wahrheit ausgegeben werden." (Hundshausen:1975, S. 15)

Dem Prinzip der Nützlichkeit begegnet man auch bei Joseph Goebbels. Der Propagandaminister selbst meinte, dass das deutsche Volk in seinen breiten Massen unangenagt sei. Viele der eigenen Äußerungen Goebbels lassen den Schluss zu, dass

er als Propagandist des NS-Dogmas von der mathematischen Richtigkeit der Gleichung:

„Parteilichkeit + Nützlichkeit = Wahrheit“

überzeugt gewesen ist, wenn er auch unmittelbar vor dem sicheren Ende selbst niederschrieb (vgl. Hundshausen:1975, S.15): *„Wir müssen jetzt heran; die entscheidende Stunde ist gekommen.“* (Goebbels:1945 zit. In: Hundshausen:1975, S.15)

Goebbels, sowie Hitler, scheiterten da sie nicht verstehen wollten, dass Propaganda glaubwürdig sein muss. Die öffentliche Glaubwürdigkeit der Propaganda ist entscheidend, Abraham Lincoln hat dies schon 1858 erkannt: (vgl. Hundhausen:1975, S.16) *„Die öffentliche Meinung ist alles. Mit der öffentlichen Meinung kann nichts schief gehen; ohne sie gibt es keinen Erfolg!“* (Lincoln:1858 zit. In: Hundshausen:1975, S.16)

Es ist beachtlich, dass einerseits die Propaganda und besonders die Agitation mit großem Misstrauen und Skepsis betrachtet wird, jedoch andererseits die Anforderung gestellt wird, dass Propaganda „wahr“ sein müsse.

Josef Goebbels ließ sogar so etwas wie eine „Lehre“ in seine geheimen Ministerprotokolle eintragen:

a) *„Lügen darf man nur als Abwehrmaßnahmen gebrauchen, nicht aber um Erfolge vorzutäuschen“*
b) *„zur Lancierung von Lügen darf man sich niemals amtlicher Apparate, Nachrichtenagenturen usw. bedienen, sondern man muss grundsätzlich die Quelle der Lüge sofort vernebeln“*
c) *„Rundfunk und Presse im eigenen Lande dürfen überhaupt nicht mit solchen Lügen belastet werden, sondern nur die ins Ausland gehenden Kanäle dürfen solche Lügen aufnehmen.“* (Hundshausen:1975, S.16f)

Zwischen Wahrheit und Unwahrheit ist irgendwo die Glaubwürdigkeit zu finden. Von ihr sagte Thomas C. Sorensen in seinem Buch “The Word War: The Story of American Propaganda”: *„While good propaganda is thruthful, the truth…is not always good propaganda.”*(Sorensen: 1968 zit. In: Hundshausen:1975, S.17) Ebenso

sagte er aber auch: *"Um überzeugen zu können, müssen wir glaubwürdig sein; um glaubwürdig zu sein, müssen wir uns Vertrauen erworben haben; um Vertrauen zu erwerben, muss man wahrhaftig sein",* und er fügte hinzu: *„Nichts ist einfacher als das."* (Sorensen:1968 zit. In: Hundshausen:1975, S.17)

5.3. Propagandageschichte

An dieser Stelle sollen die historischen Wurzeln des Phänomens Propaganda gezeigt werden, um eben diese besser zu verstehen.

Propaganda wurde im 17. Jahrhundert als Instrument der christlichen Missionarisiserungsarbeit und der Gegenreformation genutzt. Im 18. Jahrhundert hat Propaganda, als Kommunikationstechnik der Gegenaufklärung, eine negative Bedeutung. Im 19. Jahrhundert wurde durch die Französische Revolution Propaganda zu einer Technik, um Ideologien zu verbreiten. Durch das Aufkommen moderner Massenmedien und der Propaganda als Instrument der Politik erlebte sie hier eine Aufwertung. (vgl. Bussemer: 2008, S. 26)

„Im beginnenden 20. Jahrhundert spricht man dann vom Beginn der „modernen" Propaganda. Im ersten Weltkrieg wird Propaganda zum unverzichtbaren Bestandteil der Kriegsführung. Ihre (vermeintlichen) Erfolge inspirieren die totalitären Bewegungen in Deutschland, Italien und Russland. In diesen Staaten wird Propaganda zur zentralen Herrschaftstechnik, die sämtliche Lebensbereiche durchdringt. In allen Ländern wird sie Mittel der „governmentalen" Selbstrepräsentation von Staaten, vor allem in der Außenpolitik. In den wesentlichen Demokratien wird Propaganda ab den 1930er Jahren zudem als Mittel zur Herstellung gesellschaftlicher Stabilität eingesetzt und in diesem Prozess nachhaltig verwissenschaftlicht. Im kalten Krieg entstehen spezielle Formen der psychologischen Kriegsführung und der kulturellen Freiheitspropaganda, die auf die Anfänge der Propaganda als Geheimtechnik zurückverweisen." (Bussemer: 2008, S. 26)

Ebenso im 21. Jahrhundert wird der Begriff Propaganda weitergeführt: *„Es besteht hier eine Koexistenz eines „engeren" und eines „weiteren" Propagandabegriffs. Der „engere" bestimmt die Diskussion um Psychological Warefare, Public Diplomacy und Information Operations in einer globalen Informationswelt, der „weitere"*

konnotiert die professionell geplante Meinungswerbung in Demokratien.“ (Bussemer:2008, S.27)

Bussemers historischer Abriss soll an dieser Stelle helfen das Gesamtphänomen aus geschichtlicher Perspektive besser verstehen zu können. Propaganda hat sich im Laufe der Zeit sehr stark gewandelt. Man betrachte beispielsweise die Propaganda der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, hier war sie nichts Negatives. Sie wurde unter anderem dazu verwendet, um Sozialleistungen durchzusetzen. Erst durch die beiden Weltkriege bekam der Terminus Propaganda seinen bitteren Beigeschmack, da sie hier als Kriegsführungsinstrument gebraucht wurde. Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde aus dem Propagandabegriff das, was er heute ist. (vgl. Bussemer: 2008, S. 27)

Die wohl treffendste aus dem deutschen Sprachraum kommende Definition von Propaganda geh auf Gerhard Maletzke zurück: *„Propaganda sollen geplante Versuche heißen, durch Kommunikation die Meinung die Attitüden, Verhaltensweisen von Zielgruppen unter politischer Zielsetzung zu beeinflussen.“* (Maletzke:1972 zit. In: Bussemer:2008, S.31)

Für lange Zeit blieb Maletzkes Definition innerhalb der Kommunikationswissenschaft gültig, da sie niemand ergänzte oder gar widerlegte. Doch er sollte nicht der einzige bleiben, der sich mit dem Terminus Propaganda beschäftigte. 28 Jahre später stelle Merten, die schon oben erwähnte Definition *„Propaganda […] eine Technik zur Akzeptanz an gesonnener Verhaltensprämissen, bei der die kommunizierte Botschaft durch Reflexivisierung generalisierte Wahrheitsansprüche erzeugt, deren Akzeptanz durch Kommunikation latenter Sanktionspotentiale sichergestellt wird.“* auf. (Merten:2000 zit. In: Bussemer:2008, S.31)

Merten ist der Meinung, dass Propaganda an kein bestimmtes Medium gebunden ist, für ihn ist Propaganda reine Kommunikation, im Gegensatz dazu, sieht Maletzke in Propaganda auch die Verbreitung durch die Medien.

Merten sieht sie als Machtinstrument ohne Bindung an ein bestimmtes Medium, *„sondern eine ausschließlich kommunikativ definierte Form der Anwendung von Macht (Einfluss), die nur mehr als mehrstellige Relation (zwischen Kommunikator,*

Rezipient und Situation) zufrieden stellend zu erklären ist". Weiters verweist seine Definition darauf, dass Propaganda darauf abzielt, eigentlich nicht selbstverständliche Positionen im Diskurs zu neutralisieren und als wahrheitsbeanspruchend darzustellen. Schließlich wird auch noch deutlich, dass Propaganda Zwangskommunikation im dem Sinne ist, dass das Nicht-Befolgen der nahe gelegten Handlung sanktioniert werden kann, etwa durch Ausschluss vom weiteren Diskurs, aber auch durch physische Gewaltanwendung. Zwang ist hier von Anfang an in die Kommunikation eingebaut, denn die Propaganda suggeriert dem Propagandaempfänger, dass die Verweigerung seiner Mitwirkung am Überredungsversuch negative Konsequenzen habe." (Merten:2000 zit. In: Bussemer:2008, S. 32)

Mertens Definition von Propaganda erscheint für diese Arbeit am passendsten, da sie zeigt wie die Propaganda im Zweiten Weltkrieg verwendet wurde. Sie benötigte damals kein bestimmtes Medium, sondern es ging rein um die Botschaft, die Kommunikation. Medien sollen hier nicht gänzlich ausgeschlossen werden, da man sie benötigt um die Botschaft schnell zu verbreiten, es soll nur deutlich gemacht werden, dass der Kern die Kommunikation an sich ist. Als Beispiel dafür kann man die Ministerkonferenzen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda nehmen, viele der Aufträge, die Joseph Goebbels im Zuge dieser Konferenzen mündlich an die Schriftleiter weiter gab, waren ebenso Propaganda und bedingten kein Medium.

5.4. Formen von Propaganda

Abgesehen von den oben genannten Merkmalen der Propaganda, lässt sie sich weiter noch in vier große Überkategorien zusammenfassen. Nach Bussemer gibt es 4 Formen der Propaganda: die Kriegspropaganda, die Auslandspropaganda, die soziologische Propaganda und die politische Propaganda in Demokratien. Da die Kriegspropaganda am meisten Bezug zu der vorliegenden Arbeit nimmt, wird im Folgenden auf sie am Meisten eingegangen, während die anderen nur kurz skizziert werden.

5.4.1. Kriegspropaganda

Die Kriegspropaganda wird hauptsächlich vom Militär betrieben und ist als unmittelbarer Teil der Kriegsführung anzusehen. Sie dient dem Zwecke die gegnerischen Streitkräfte zu schwächen und durch sie soll das eigene Heer moralische Unterstützung erfahren. *„Typische Techniken sind etwa Täuschung, Desinformation und die (Zer-)Störung der Kommunikationsinfrastruktur des Feindes. Kriegspropaganda hat meist klar definierte Ziele und ist entsprechend räumlich und zeitlich auf den Zeitraum der Krise bzw. der Kampfhandlung begrenzt. Die Kriegspropaganda ist die wohl am Häufigsten untersuchte Unterform von Propaganda und ein Großteil der gesamten Propagandaliteratur bezieht sich nur auf sie.“* (Bussemer:2008, S. 35)

Kriegspropaganda ist genauer betrachtet ein taktisches Vorgehen, das darauf abzielt gewünschte Ziele im Kriegsgeschehen zu erreichen. Harold D. Lasswell beschäftigt sich 1927 damit und spricht der Kriegspropaganda drei Aufgaben zu: Die erste Aufgabe der Kriegspropaganda ist es, die Moral in der Heimat aufrecht zu erhalten, eine weitere die Beziehungen zu befreundeten Ländern zu pflegen, die dritte ist die Bekämpfung des Feindes mit propagandistischen Mitteln. Im Gegensatz zu Lasswell sprechen andere Wissenschaftler der Kriegspropaganda lediglich die Aufgabe der Verfolgung militärischer Zwecke zu; dabei unterscheiden sie oft zwei Arten: weiße und schwarze Propaganda. (vgl. Bussemer:2008, S.35)

„Häufig gebraucht wird in diesem Zusammenhang die Unterscheidung zwischen weißer Propaganda, welche durch publizistische Kanäle kommuniziert wird, die sich selbstidentifiziert (wie etwa die BBC im Zweiten Weltkrieg oder heute Voice of America) und schwarzer Propaganda, die entweder die Senderidentifikation nicht zu erkennen gibt oder diese absichtlich verfälscht.“ (Bussemer:2008, S.36)

Schwarze Propaganda wäre z.B. die Fälschung von Dokumenten, die dann dem Gegner mit der Absicht zugeschrieben werden, diesen zu diskreditieren. Die graue Propaganda ist der Bereich zwischen der weißen und der schwarzen Propaganda. Graue Propaganda ist nicht zwangsläufig Desinformation, kann es aber durchaus sein. (vgl. Bussemer:2008, S.35)

5.4.2. Auslandspropaganda

Die Auslandspropaganda ist für die Darstellung nach außen sowohl von Demokratien, als auch Diktaturen von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang wird auch oft der Begriff *public democracy* verwendet. *„Er umfasst alle Maßnahmen, die ein Staat oder ein Staatenverbund ergreift, um die eigenen Sicherheitsbedürfnisse, strategische Interessen und ökonomische Ziele international zu kommunizieren."* (Bussemer: 2008, S.36)

In Verbindung mit Auslandspropaganda wird heutzutage oft das Wort Lobbying genannt, welches diese Form von Propaganda auch gut erklärt. (vgl. Bussemer: 2008, S. 36)

5.4.3. Die soziologische Propaganda

Die soziologische Propaganda geht auf Jacques Ellul, einen französischen Propagandaforscher, zurück. „*Sie beschreibt alle Versuche von Regierungen, durch Propaganda die Internalisierung bestimmter Normen zu erreichen. Obwohl eine derartige Integrationspropaganda auch in Demokratien existiert. (z.B. im Rahmen der politischen Bildung), ist sie vor allem für die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts typisch. Sowohl die Nationalsozialisten, als auch die sowjetischen Kommunisten hingen dem Ideal eines ‚neuen Menschen' an, der durch Propaganda und Erziehung geschaffen werden sollte."* (Bussemer:2008, S. 37)

Um die Souveränität des Herrschers abzusichern und für alle Lebensbereiche zu legitimieren wurde in diesen Regimen Propaganda omnipräsent angewendet. (vgl. Bussemer:2008, S.37)

5.4.4. Die politische Propaganda in Demokratien vs. Propaganda in Diktaturen

Bei dieser Propaganda handelt es sich um die geplant persuasive Kommunikation bei Meinungsstreitigkeiten in der Politik, man kann sie z.B. zu Wahlkampfzeiten ständig beobachten. Der Begriff politische Propaganda lässt sich den Begriffen der politischen Kommunikation und auch den Public Relations zuordnen.

„Sie bezeichnet strategische Formen des Werbens um Zustimmung, die unter den Konkurrenzbedingungen des Meinungspluralismus stattfinden und dem Publikum

die Zuordnung einer bestimmten Botschaft zu den partialen Interessen einer Gruppe oder Partei erlaubt.“ (Bussemer: 2008, S. 37)

Durchaus logisch ist es, dass sich die Propaganda in Demokratien und die Propaganda in Diktaturen vollständig unterscheiden. Findet Propaganda in einer Diktatur Anwendung, so wird sie vom Herrscher gebraucht, um das Volk für seine Zwecke zu manipulieren und für seine Interessen auszubeuten. Sollte sich die Bevölkerung weigern, drohen Sanktionen, so wie z.B. Ausschluss oder gar Gewaltandrohung. Eine solche Sanktionierung bei mangelnder Wirkung der Propaganda, wäre in Demokratien undenkbar. (vgl. Bussemer: 2008, S.37)

5.5. Paradigmen der Kommunikations- und Propagandaforschung

Ebenso wie der Begriff Propaganda im Laufe der Zeit einigen Veränderungen unterlag, änderten sich auch die theoretische Konzeption und die Paradigmen der Propagandaforschung. Im Entstehen neuer und der Ablösung alter Paradigmen spielen einerseits gesellschaftliche Umstände und andrerseits der generelle Fortschritt der Kommunikationswissenschaft eine beträchtliche Rolle. Die Fachrichtung Publizistik- und Kommunikationswissenschaft wurde ebenso durch den Aufstieg neuer als auch den Niedergang alter Paradigmen geprägt. Im Laufe der Zeit verwandelte sich die „Zeitungswissenschaft“ allmählich in die „Publizistikwissenschaft“, die sich fortan nicht damit begnügte Zeitungen zu analysieren und zu erforschen, sondern sie widmete sich allen Medien (Fernsehen, Rundfunk, Film) und erforschte diese.

„Der wissenschaftliche Diskurs über Propaganda ist von diesen Entwicklungen nachhaltig beeinflusst worden und hat zum Teil selbst auf den Verlauf der kommunikationswissenschaftlichen Diskussion Einfluss ausgeübt. Nicht umsonst stellen einige der zitierten Phasenmodelle die Propagandaforschung an den Anfang der kommunikationswissenschaftlichen Theoriendiskussion. Eine direkte Übertragung der kommunikationswissenschaftlichen Paradigmen auf die Propagandaforschung erscheint allerdings nicht möglich. Propagandaforschung ist zwar über weite Strecken Bestandteil der Kommunikationswissenschaft bzw. in Deutschland der Zeitungs- und Publizistikwissenschaft gewesen, war aber

gleichzeitig Einflüssen ausgesetzt, die für andere Bereiche des Faches nicht galten." (Bussemer:2005, S. 45)

Es wird ersichtlich, dass für die Propagandaforschung eigene Paradigmen aufgestellt werden müssen. Bussemer zählt in seinem Werk „Propaganda – Konzepte und Theorien" vier Paradigmen der Propagandaforschung auf, die sich im Laufe der Jahre abgewechselt haben.

5.5.1. Das Paradigma der Massentheorie

Das Paradigma der Massentheorie steht in starker Verbindung zu den gesellschaftlichen Transformationsgesetzten am Ende des 19. Jahrhunderts. Zur damaligen Zeit hatten die Medien, bzw. das Haupt-Medium Zeitung, bei weitem noch nicht dasselbe Entfaltungspotential, wie im darauffolgenden 20. Jahrhundert. Die Massenpresse musste sich erst entwickeln, um Einfluss auf das Publikum haben zu können.

„An der Wende zum 20. Jahrhundert wird deutlich, dass Öffentlichkeit nur noch über Medien hergestellt werden kann, dass Gefolgschaft in so empfundenen Massengesellschaften kommunikativ erzeugt werden muss. Propaganda ist die Antwort der Eliten auf die drohende gesellschaftliche Anomie. Nach dem Verständnis der Massentheorie bemächtigen sich übermächtige Propagandabotschaften des atomisierten, schutzlos ausgelieferten und irrational veranlagten Individuums und manipulieren es. (Vertreter dieses Ansatzes sind etwa: Le Bon, Plenge, Domizlaff, Dovifat u.a.). Propaganda ist ein außeralltägliches Phänomen, das mit dem Extremzustand des Ersten Weltkrieges assoziiert und als Verführung verstanden wird." (Bussemer:2005, S. 50)

Bussemer sagt, dass *„das Menschenbild der Massentheorie pessimistisch und hochgradig spekulativ"* ist (vgl. Bussemer:2005, S.50), da dieser Ansatz davon ausgeht, dass der Mensch ein irrationales Individuum ist, das nicht die Fähigkeit besitzt selbst zu denken und lediglich auf eine Elite wartet, die ihm vorgibt, wie und was er zu denken hat.

5.5.2. Das kulturkritische Paradigma

Gleichzeitig mit der oben behandelten Massentheorie tritt das kulturkritische Paradigma auf. Dies formiert sich aus einer liberalen bzw. humanistischen Gegenbewegung zum bestehenden Paradigma der Massentheorie. „*Diese kulturkritische Richtung bestand bzw. besteht von ihrer Formierung im Ersten Weltkrieg bis heute. […] Ihr geht es vor allem um die Verteidigung eines Bildes vom Individuum als rational handelndem Gesellschaftsmitglied, das vor übermächtigen Persuasionskräften geschützt werden muss. Propaganda gilt als Angriff auf die Menschenwürde und auf die Grundlagen der Demokratie.“* (Bussemer:2005, S. 50)

Die Vertreter dieses Paradigmas sind u.a. das „Institute for Propaganda Analysis“ oder Medienpädagogen wie Neil Postman. (vgl. Bussemer: 2005, S. 50)

5.5.3. Die empirisch-quantitative Schule

Die empirisch-quantitative Schule war ab den 1930er Jahren führend in der amerikanischen Propagandaforschung. Die Disziplin der Kommunikationswissenschaft, wie wir sie heute kennen, ist zum Teil darauf zurückzuführen. *„Das Aufkommen des empirischen Paradigmas ist einerseits auf das Versagen der massenpsychologischen Denkweise im Bereich der propagandistischen Strategiebildung zurückzuführen. Andererseits steht es im Zusammenhang mit der Ausdifferenzierung des Mediensystems, dem Aufkommen der modernen Sozialwissenschaften und einem Prominenz gewinnenden Modell von ‚schwachen‘ Medienwirkungen.“* (Bussemer: 2005, S. 51) Aus der Sicht des Paradigmas ist Persuasion schwierig, jedoch die Methoden der Zielgruppenforschung erhöhen die Erfolgschancen für maßgeschneiderte Propagandaangebote. (vgl. Bussemer:2005, S. 51)

„Propaganda wird als (nützliche) Sozialtechnik begriffen und in ein pluralistisches Gesellschaftsbild eingeordnet. Der Mensch gilt im Sinne des Positivismus bzw. des Behaviorismus als ‚messbar‘.“ (Bussemer: 2005, S. 51) Durch die militärische Propagandaforschung zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit nahm das empirische Paradigma an Bedeutung zu und wurde nun auch zum ersten Mal als „exakte Wissenschaft“ bezeichnet. In Deutschland wurde dieses Paradigma erst ab Mitte der 60er Jahre intensiv rezipiert und löste die u.a. von der normativen

Publizistik vehement vertretene Massentheorie ab. *Im Rahmen des empirischen Paradigmas wurde Propaganda als Sozialtechnik begriffen.* (vgl. Bussemer:2005, S. 51)

5.5.4. Das pluralistische Paradigma

In den 1960er Jahren wurde das Forschungsfeld Propaganda grundlegend neu definiert. Die Propagandaforschung wurde durch ein verstärktes Interesse an Ideologiekritik zunehmend zu einem theoretisch gehaltvollen System entwickelt, welches den Propaganda - Begriff entgrenzte. *„Verfügte die traditionelle Propagandaforschung noch über ein klares Materialobjekt in Gestalt von bewusst Propaganda betreibenden Institutionen, konzentrieren sich die neuen Ansätze eher auf abstrakte Hegemoniekonzepte und die Idee einer durch und durch mit Propagandakommunikationen durchsetzten Welt. So wurde etwa die Erziehung nicht länger als Immunisierung des Menschen gegen Propaganda, sondern als exaktes Gegenteil begriffen; sie diente nun dazu, Menschen durch konformistische Propaganda in die Gesellschaft einzugliedern. Gleichzeitig führten neue Ergebnisse der Medienwirkungsforschung zu einem relativierten Bild der Wirkungsmacht von Propaganda. Insofern lässt sich hier von einem pluralistischen Paradigma sprechen, welches die Omnipräsenz von Propaganda in modernen Gesellschaften kritisiert, und ihr kommunikationspolitisch zu begegnen versucht, gleichzeitig aber persuasive Kommunikation als Bestandteil der Moderne akzeptiert.“* (Bussemer: 2005, S.51f.)

Aufgrund der eben genannten Begebenheiten, teilte sich die Propagandaforschung in zwei Stränge auf; *„während ideologiekritische und neomarxistische Positionen das manipulative Potenzial von Propaganda betonten und dabei einen universellen Verblendungszusammenhang ausmachten, beschäftigte sich die im engeren Sinne kommunikationswissenschaftliche Forschung, die sich nun nicht mehr Propaganda-, sondern PR-Forschung nannte, vor allem mit dem Nachweis der Kompatibilität von Public Relations und demokratischer Öffentlichkeit.“* (Bussemer: 2005, S. 52)

5.6. Hitler und Goebbels in Bezug auf die Propaganda Paradigmen

Jedes der vier oben genannten Paradigmen ist sehr wichtig für das generelle Verständnis der Propagandaforschung. Um die Zeit vor und während des Zweiten Weltkrieges zu erforschen, bedient man sich vor allem des Paradigmas der Massentheorie und dem der empirisch-quantitativen Schule. Diese Entscheidung fällt leicht, da sie die damaligen Menschenbilder gut beschreibt und ebenso erscheint der ihnen zu Grunde liegende Propagandabegriff für diese Zeit äußerst treffend.

Wenn man die vier Paradigmen betrachtet, kristallisiert sich eindeutig heraus, dass Hitler Anhänger der Massentheorie war. Für ihn war Propaganda *das* Mittel zur Ausdehnung von Macht. Er hatte ein sehr pessimistisches Bild von den Menschen; er sah das Volk nicht als Summe rational denkender Wesen, die eigene Gedanken hatten, er sah vielmehr eine irrationale Masse, die es zu führen galt. Auch wenn Adolf Hitler kaum Gutes über die Menschen dachte, war ihm doch logisch, dass er das Volk benötigte um an die Macht zu kommen und dies wurde am einfachsten durch Propaganda ermöglicht.

„Hitler hatte sich nach eigener Auskunft schon immer für die ‚Tätigkeit der Propaganda außerordentlich interessiert'. Er sah in ihr ein Instrument, das gerade die sozialistisch-marxistische Organisationen mit meisterhafter Geschicklichkeit beherrschten und zur Anwendung zu bringen verstanden. Gleichzeitig erkannte Hitler, dass die richtige Verwendung der Propaganda eine wirkliche Kunst darstellt, die den bürgerlichen Parteien fast so gut wie unbekannt war und blieb." (Bussemer:2005, S. 174)

Den Ursprung Hitlers Begeisterung der Propaganda findet man im Wien der Vorkriegszeit, als er die Propagandaveranstaltungen der Arbeiterbewegungen besuchte und mit dem damaligen Wiener Bürgermeister Karl Lueger in Kontakt kam. Luegers Wirkung auf das Publikum faszinierte Hitler und auch in späteren Jahren kam er immer wieder auf das Beispiel Lueger zurück, wenn er über den Wert der politischen Propaganda sprach. (vgl. Bussemer: 2005, S. 174)

Thymian Bussemer beschreibt in seinem Werk „Propaganda- Konzepte und Theorien“ das Verhalten von Hitler gegenüber dem Volk: *„Die Rolle der Masse, so wie Hitler sie in seinen Schriften modelliert, ist zweideutig. Auf der einen Seite charakterisiert er sie mit all den bekannten negativen Attributen, auf der anderen Seite spricht er ihr so etwas wie einen moralischen Grundwillen zu. Diese Ambivalenz der Masse leitet sich bei Hitler daraus ab, dass er sie verachtet, gleichzeitig aber auf sie angewiesen ist. Sie sollte ihm zur Macht verhelfen, sie war die Projektionsfläche, an der er sein propagandistisches Können maß.“* (Bussemer:2005, S. 176)

Adolf Hitler stand stets im Vordergrund, war der Mann, dem das Volk zuhörte und folgte, währenddessen stand Joseph Goebbels hinter ihm und zog seine Fäden im Hintergrund. *Hitlers Glaube an die Omnipotenz von Propaganda war so stark, dass er meinte, man könne mittels ästhetischer Inszenierung den Massen auch Botschaften „einhämmern“, die überhaupt keine Entsprechung in der Realität hätten. Mit solchen Sichtweisen zählte Hitler zu den Vertretern eines extrem simplifizierten Massenbegriffs und damit eines mehr als reduktionistischen Menschenbildes. Offensichtlich glaubte er an die Existenz einer kollektiven Massenseele, die – verkümmert und primitiv wie sie war – nur darauf wartete, in Ekstase versetzt zu werden und dann die niedrigsten Triebe freizusetzen.* (Bussemer:2005, S. 177)

An anderer Stelle behauptete Hitler: *„Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergesslichkeit groß. Aus dieser Tatsache heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig solange zu verwerten, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag.“* (Hitler:1938, S. 198 zit. In: Busssemer:2005, S.176)

Bis zu einem gewissen Maße stand auch Goebbels hinter der Massentheorie, jedoch erkennt man auch eine Neigung zum empirisch-quantitativen Paradigma. Das Menschenbild, das Adolf Hitler hatte, stimmt nicht gänzlich mit dem Goebbels‘ überein, der dem Volk durchaus eine gewisse Mündigkeit zusprach.

„Häufig griff er in seinen Tagebuchnotizen auf einen simplifizierten Massenbegriff zurück, doch dem stehen auch zahlreiche Überlegungen zur von ihm durchaus anerkannten Diskurs-Befähigung des Publikums gegenüber.“ (Bussemer:2005, S. 179)

Auch das Modell der ‚schwachen Medien‘ bringt Goebbels der empirisch-quantitativen Schule näher. *„Sein Ziel war es, die gesamte Presse, den Rundfunk und auch alle anderen Formen der publizistischen Meinungsäußerung unter die rigide Kontrolle der Nationalsozialisten zu bringen. Denn die Gleichschaltung der Medien war die unabdingbare Voraussetzung dafür, den Nationalsozialisten ein Monopol über die veröffentlichte Meinung in Deutschland zu schaffen, was ihnen wiederum ermöglichte den Informations- und Meinungsfluss beinahe vollkommen nach ihrem Belieben zu steuern.“* (Bussemer: 2008, S. 181)

Es wird deutlich, dass Hitler und Goebbels den Propaganda-Begriff unterschiedlich verstanden. Goebbels sah, im Gegensatz zu Hitler, darin nicht ein reines Machtwerkzeug, sondern vielmehr eine nützliche Sozialtechnik. Dies zeigt sich in seiner peniblen Planung jedes einzelnen Schrittes. *„Während Hitler in seinen Reden auf eine massenpsychologische Überwältigung des Publikums abzielte, wollte Goebbels es mittels ästhetisch feinsinnig verpackter Botschaften, gekünstelter Formulierungen und beeindruckender Effekte verführen. Der Propagandaminister glaubte nicht an die Existenz eines kollektives Massenrausches und sicherte die Wirkung seiner Propaganda routiniert durch Gewaltandrohungen und anderer Restriktionen ab.“* (Bussemer: 2008, S. 180)

Im Zweiten Weltkrieg kam die Propaganda ständig zur Anwendung, die Propagandaforschung rückte allerdings immer weiter in den Hintergrund. Zunächst wollte das NS-Regime eine eigene Propagandaforschung einrichten, da es sich davon zu profitieren versprach. Dieses Vorhaben wurde jedoch bald aufgegeben, da den Machtinhabern bewusst wurde, dass sie dafür den gesamten Propagandaapparat hätten durchleuchten müssen und dies war nicht in ihrem Sinne. Sie erwarteten von der Propaganda lediglich, dass sie funktionierte. (vgl. Bussemer:2008, S. 180)

5.7. Wissenschaft und Propagandatheorien – zwei Schulen

In den Anfängen des Dritten Reiches wurde angestrebt, aus der damaligen Fachrichtung Zeitungswissenschaft eine Wissenschaft mit publizistischen Führungsmitteln zu entwickeln. Die Zeitungswissenschaft wurde mit den Bereichen Rundfunk und Film ergänzt und entwickelte sich langsam zur Publizistikwissenschaft. *„Als zentrale Aufgabe der neuen Wissenschaften wurde auf der einen Seite die wissenschaftliche Legitimationserbringung für die extensiven Propaganda- und Kontrollmaßnahmen der neuen Machthaber gesehen, auf der anderen Seite die Entwicklung von Propagandatechniken, die im Medienverbund zum Einsatz kommen konnten.“* (Bussemer:2005, S. 157)

Wie oben von Bussemer formuliert, zeigt sich, dass die Publizistik durchaus die Aufgabe hatte, sich mit Propaganda auseinanderzusetzen. Dies änderte sich im Laufe des Zweiten Weltkrieges jedoch dahingehend, dass mit dem Fortschreiten der Propagandaforschung den Machthabern bewusst wurde, dass eben diese Forschung ihrem Vorhaben und dessen Endziel mehr schade, als nütze. *„Diese begriffen ihre - massenpsychologisch inspirierten – Theoreme als Herrschaftstechnik, die geheim zu halten war, und glaubten gleichzeitig, dass Propaganda eine Kunst sei, die nur bedingt wissenschaftlich zu erschließen oder zu vermitteln sei. Vor diesem Hintergrund kam es im zweiten Teil der dreißiger Jahre zu einem bizarren Streit, der die ehrgeizigen Pläne einer Propagandawissenschaft kurz vor ihrer Umsetzung doch noch vereitelte.“* (Bussemer: 2005, S.160)

Diese zwei Gründe zeigen, dass der Umgang der Nationalsozialisten mit Propaganda geheim blieb, denn anderenfalls hätte das Regime keine Legimitation mehr gehabt, weder vor der Wissenschaft, noch vor der Bevölkerung.

„Eine gründliche wissenschaftliche Erforschung der Führungsmittel, wie 1933 eingeleitet, musste auch Untersuchungen darüber einschließen, wie die Medien miteinander verzahnt waren, welche Wirkung sie haben sollten und tatsächlich hatten. Solche Erkenntnisse sollten aber dem Kreis der ‚Führenden‘ vorbehalten bleiben und nicht an die Öffentlichkeit der Universität getragen werden, da dort auch solche Personen zu finden waren, die […] keineswegs mit den Zielen des Regimes sympathisierten. Ihnen sollten Informationen über Methoden und

Wirkungen der nationalsozialistischen Propaganda verschlossen bleiben.“ (Benedikt 1986: S. 163 zit. In: Bussemer: 2005, S. 164)

Aus den genannten Gründen war es fast unmöglich die Propagandaforschung in den Jahren des Zweiten Weltkrieges zu behandeln; trotz allem gab es zwei Wissenschaftler, die sich mit ihr auseinandersetzten und zwei Schulen der Propagandawirkungsforschung etablierten: Die Leipziger Schule bzw. deren Anfänge, gegründet von Hans Amandus Münster und die normative Publizistik von Emil Dovifat; beide versuchten eine Theorie über Propaganda aufzustellen.

5.7.1. Die Leipziger Schule

Der Gründer der Leipziger Schule, Hans Amandus Münster, erlangte die Professur in Leipzig im Jahr 1934. Als er den Lehrstuhl innehatte, etablierte sich Münster zu einem der bedeutendsten Vertreter der nationalsozialistischen Theorie. *Nach der Machtergreifung 1933 diente sich Münster dem neuen Regime schnell als nützlicher Helfer an. […] schon im September 1933 machte Münster in einem programmatischen Aufsatz in der Zeitungswissenschaft deutlich, dass er die neue Pressepolitik des Regimes befürwortete und voll mittrug* (Bussemer:2005, S. 194)*: „Freiwillige Unterordnung unter die neue Idee ist der erste Grundsatz des Journalisten im neuen Staat! Hat er den Sinn der neuen Zeit verstanden, ist er innerlich überzeugt, dass es keinen anderen Weg aus dem Chaos mehr gibt, so wird er jeden Augenblick auch ohne Befehl aus Berlin – von selbst die Antwort auf die Tagesfragen finden.“* (Münster: 1933, S. 282 zit. In: Bussemer:2005, S. 194f.)

Münster war der Meinung, dass sich die Publizistik mit zwei zentralen Forschungsinteressen beschäftigen sollte: die Medienwirkungsforschung und eben diese sollte nicht isoliert betrachtet, sondern im Bezug zum kompletten Medienverband untersucht werden. Des Weiteren merkte er an, dass das Hauptaugenmerk nicht die Volksaufklärung über die Propagandataktikten sein sollte, sondern vielmehr die der Führungseliten. (vgl. Bussemer:2008: S. 199)

Die Zeichentheorie war ein weiterer wichtiger Teil seiner Propagandakonzeption. *„Durch den Verweis auf Zeichen als konstitutive Elemente der Kommunikation wird deutlich, dass Münster erkannt hatte, dass Sprache Dinge nicht direkt abbildet, sondern nur eine kulturelle Übereinkunft über deren Symbolisierung darstellt,*

wobei Verzerrungen und Manipulation das Verhältnis zwischen dem bezeichnenden Tatbestand und dem dafür gewählten Zeichen sind. […] Mit dieser Zeichentheorie, einer rudimentären Semiotik, hatte Münster die theoretische Grundlage für den Symbolismus der nationalsozialistischen Propaganda nachgereicht.“ (Bussemer: 2008, S. 200)

Unter Zeichen bzw. Symbolen versteht man hier u.a. Fackelzüge, Aufmärsche und auch den Hitler-Gruß und ebenso die Nachrichten der gleichgeschalteten Medien. *„Zur Operationalisierung seines zeichentheoretischen Ansatzes für die publizistikwissenschaftliche Praxis, schlug Münster eine Verengung der fachlichen Erkenntnisinteressen auf diejenigen Prozesse der Kommunikation vor, die öffentlich seien und auf Beeinflussung zielten. Dies ist der Punkt seiner Theorie, wo Verständigung als Kategorie abgelehnt und Kommunikation ganz auf Führung fokussiert wird.“* (Bussemer:2008, S. 200)

Münster konzentrierte sich darauf, die Kommunikation als Führungsinstrument zu untersuchen und zu verbessern. Die alltägliche zwischenmenschliche Kommunikation war für ihn nicht von Bedeutung.

Neben der Zeichentheorie schrieb Münster der empirischen Sozialforschungen große Bedeutung zu. Sein Ziel war es das Herrschaftsinstrument Propaganda für die Führungselite zu verfeinern und zu optimieren. Die empirische Publikumsforschung im Bereich der Mediennutzungs- und Medienreichweitenforschung war sein wesentliches Forschungsinteresse. Seine Studien brachten ihn zu folgenden Schlüssen: *„An erster Stelle ist eine vorsichtige Abschwächung massenpsychologischer Theoreme zu nennen, da der konkrete Kontakt mit den Rezipienten den Forschern klarmachte, dass sie es mit keinem amorphen Publikum zu tun hatten, sondern mit Leuten, die sehr konkrete Anforderungen und Erwartungen an die von ihnen benutzten Medien herantrugen und diese auch auf durchaus eigensinnige Art und Weise verbreiteten. Die zweite wichtige Erkenntnis, zu der die Leipziger gelangten, war das heute unumstrittene Prinzip der reziproken Beeinflussung zwischen Kommunikator und Publikum, das selbst ohne persönliche Indikation zwischen beiden Parteien Geltung hat, da sich der Kommunikator vor den erwarteten Eigenschaften und Reaktionen seines Publikums leiten lässt.“* (Bussemer: 2008, S. 203)

5.7.2. Die Schule der normativen Publizisten

Als Begründer der Schule der normativen Publizistik ist Emil Dovifat zu nennen; er kann, obwohl er nie den Anspruch erhob, eine in sich geschlossene Propagandatheorie vorzulegen, als einer der bedeutendsten deutschen Beiträger zu einer Theorie der publizistischen Führung gesehen werden. (vgl. Bussemer: 2005, S. 203)

Sein Hauptfokus lag in der Erforschung der politischen Persuasion durch Kommunikation. Im Gegensatz zu Münster war er kein Anhänger des nationalsozialistischen Gedankengutes, erlaubte sich in den Anfängen sogar öffentlich gegen das System zu sein, lernte jedoch schnell, dass es klüger war, sich nicht öffentlich dagegen zu äußern und beschloss sich allein mit seiner Forschung zu beschäftigen. (vgl. Bussemer: 2005, S. 204f) *„Trotz gegenteiliger Behauptungen mancher Autoren war Dovifat mit Sicherheit kein Freund der Nationalsozialisten, geschweige denn einer ihrer Anhänger. Betrachtet man Dovifats Verhalten im Dritten Reich wird jedoch klar, dass er über weite Strecken eher den Weg der unauffälligen Anpassung als den der geschickten Camouflage wählte.“* (Bussemer:2005, S. 206)

Der Mittelpunkt seiner Forschung war die „Führungsfunktion“ der Medien. Dies bedeutet, dass er die Rezipienten untersuchte und erforschte, inwieweit sie durch die Medien gesteuert werden konnten. Seine Funktionszuweisung der Medien hatte, trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Nationalsozialisten, viel Ähnlichkeit mit der des NS-Regimes: *„Dovifat war überzeugt, dass Journalismus die Leser in erster Linie zu führen und zu richtigem Handeln anzuleiten habe. […] Dieses Modell setzt voraus, dass sich das Instrument in den richtigen Händen befindet. Das permissive System eines völlig freien Zugangs zu den Medien lehnte er ab. Insofern befand sich sein Modell in bestimmtem Umfang auch im Einklang mit nationalsozialistischen Vorstellungen, die die Presse als Führungsmittel betrachteten. Er lehnte jedoch den Inhalt, mit dem die nationalsozialistische Presse gefüllt wurde, entschieden ab. Andererseits aber sah Dovifat keinen Anlass, von seiner wissenschaftlichen Lehrmeinung abzugehen, nur weil sich politische Gegner der gleichen Grundsätze bedienten.“* (Bussemer: 2005, S. 211)

Zu Beginn war er zwar strikt dagegen, die Disziplin der Zeitungswissenschaften zu der neuen Wissenschaft der Publizistik umzuwandeln, später kam es aber doch zu einem Wandel in seiner Grundgesinnung. Umso länger der Krieg dauerte, umso intensiver beschäftigte er sich mit diesem Vorgang und kam zu einer neuen Definition von Publizistik: *„Als Publizistik definierte er jetzt die öffentliche politische Meinungs- und Willensbildung durch Überzeugung […]. Publizistik ist also die Form der öffentlichen Beeinflussung, die seelisch wirbt und in dem Umworbenen eine Tatwirkung auf Grund innerer Überzeugung erzielen soll. Das Lehrfach ‚Allgemeine Publizistik' sei, so Dovifat, Erforschung und Lehre der seelischen und sachlichen Technik der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung."* (Bussemer:2005, S. 212)

Dovifat setzte sich jedoch nicht allein mit dem Mediensystem auseinander, sondern kam auch nicht darum herum, sich mit dem Begriff Propaganda auseinanderzusetzen. Grundlegend für Dovifats Verständnis von politischer Propaganda war ein massenpsychologisches Basistheorem, dem er sein Leben lang anhing. Das Verhältnis von Führenden und Geführten im publizistischen Prozess war Dovifats großes Thema, so schrieb er noch 1963: *„Die Masse, soweit man bereit ist, ihr eine Gesinnung zuzusprechen, gehorcht groben und einfachen Gesetzen."* (vgl. Bussemer: 2005, S. 216) Die ‚Masse' definierte er wie folgt: *„Masse ist eine nicht organisch und nicht bleibend gebundene Vielheit von Menschen, die, meist vorübergehend und begrenzt, von gleichen Neigungen, Strebungen und Trieben geleitet sind. Weil sie ihre Lage als vorübergehend, als verbesserungsfähig oder gefährdet empfindet, ist Masse leicht in dynamische Bewegung zu bringen."* (Dovifat:1968, S. 106 zit. In: Bussemer: 2005, S. 217)

Der letzte Retter der zivilisierten Welt ist, laut Dovifat, der Publizist, der die von der Masse ausgehenden Gefahren erkennt und ihnen vorbeugt, indem er die Führung der orientierungslosen Massen übernimmt. Gelingt dies nicht, fällt die Masse in die Hände bösartiger Propagandisten, denen sie schutzlos ausgeliefert ist. (vgl. Bussemer: 2005, S.217) *„Unter ‚Mitteln der Massenführung' verstand er ‚die Zeitung der Großauflage', die illustrierte Zeitschrift in Millionen, die Reden von Zehntausenden, der Massenaufmarsch unter Lautsprechern und Spruchbändern,*

und dann der Film in milliardenfach einprägender Bildwirkung, schließlich Rundfunk und Fernsehen.“ (Dovifat: 1956: S. 157 zit. In. Bussemer: 2005, S. 218)

Emil Dovifats Verständnis von Wirken politischer Propaganda basierte auf einem dualistischen System: Ein überzeugungswilliger Führer mit suggestiven Fähigkeiten steht einem mehr oder minder willenlosen Volk gegenüber, das alles aufnimmt was der Führer ihm vorgibt und ‚befiehlt‘. Wegen dieses Dualismus entwickelte Dovifat seine ‚Grundgesetze der Massenführung‘:

a) Die geistige Vereinfachung; darunter Verstand Dovifat den ‚vereinfachten, einprägsamen, anschaulichen Ausdruck. Noch der Letzte soll begreifen, und der Erste darf nicht abgestoßen werden. Das fordert eine geschlossene und einheitliche Führung.
b) Die einhämmernde Wiederholung; diese bezeichnete Dovifat als „rhythmisches Gesetz der Massenführung“. Erst die unermüdliche Wiederholung ermöglicht die Propaganda in den Köpfen der Rezipienten zu verfestigen.
c) Die gefühlsmäßige Steigerung: Diese bezeichnet Dovifat als das wirksamste Element der Massenführung. Es gilt, das Publikum emotional an die Inhalte der Propaganda zu binden. Das Spektrum der Emotionen reicht hier vom *„flach Sentimentalen über die flammende Erregung bis zur krassen Triebhaftigkeit.* (vgl. Bussemer: 2005, S. 218f.)

Das Mittel „gefühlsmäßige Steigerung“ und die emotionale Ansprache an das Publikum wurden von Dovifat noch in folgende Unterkategorien geteilt: Er nannte den Hass, der *„als Mittel der Massenführung an erster Stelle stehe“,* (Dovifat:1968 zit. In: Bussemer:2008, S. 218) weiters führte er das Mitleid an, welches im Grunde ein positiver menschlicher Trieb sei, jedoch künstlich aufgebaut werden könnte. Als nächstes glaubte er in jeder Propaganda sexuelle Anspielungen sehen zu können, wobei er den totalitären Mächten das Ausnutzen des sexuellen Elements am meisten ankreidete. Das *massenüberhöhende Geltungsbedürfnis* sieht er als vierte Unterkategorie, damit ist ein überhöhtes Geltungsbedürfnis eines Einzelnen aus der Masse gemeint. Fünftens gestand er der Masse einen moralischen Grundwillen zu. (vgl. Bussemer:2008. S.218) So schrieb Dovifat: *„Gesetzt den Fall, ein Führer mit der richtigen Gesinnung spricht die Masse an, dann wird sich diese auch gutartig verhalten, denn: Der Masse wohnt ein moralischer Grundwille inne. […] Die Masse*

will nicht belogen, nicht irregeführt werden." (Dovifat: 1968, S. 146 zit. In: Bussemer:2008, S. 219) Als sechstes Motiv listet Dovifat den „Massenwahn" auf, den er auch als „ethischen Entlastungstrieb" verstanden wissen wollte. Dies sagt aus, dass das Schuldverständnis des Einzelnen durch die Masse relativiert wird, da man sich innerhalb einer Druck ausübenden Masse befindet, schiebt man die Schuld von sich selbst dem Hassopfer zu. Den Höhepunkt der Wirkung von Propaganda sah Dovifat schließlich in einem siebten Faktor, dem der „psycho-chemischen Überwältigung", die für ihn gleichzeitig das „Ende der Publizisik" darstellte. Unter dieser ‚psycho-chemischen Überwältigung' verstand Dovifat den tatsächlichen Einsatz von sinnesberauschenden Wirkstoffen, die die Masse absolut unter die Kontrolle der Machthaber stellen würde. Dies würde dazu führen, dass jeglicher freie Wille der Masse gebrochen wäre und das Regime ungestört handeln könnte, was für ihn das Ende der Publizistik bedeuten würde. Dies sollte jedoch eine reine Zukunftsspekulation bleiben. (vgl. Bussemer: 2005, S. 218ff.)

5.8. Neue theoretische Ansätze der Propagandaforschung

Seit den Ereignissen vor und während des Zweiten Weltkriegs hat Propaganda einen sehr schlechten Ruf, weil in erster Linie immer an die Propaganda der Nationalsozialisten gedacht wird. Es dauerte viele Jahre nach dem Ende des Krieges, bis das Thema wieder aufgenommen und weiter erforscht wurde.

Günter Bentele defininert Propaganda folgendermaßen: *„Während das Verb propagieren auch heute noch neutral das Verbreiten von Ideen oder Informationen bezeichnet, wird der Begriff Propaganda heute innerhalb der politischen Kommunikation vorwiegend in negativen Kontext gebracht. Während Öffentlichkeitsarbeit von Parteien oder politischen Institutionen, ebenso wie die politische Werbung, als legitime notwendige Kommunikationsaktivitäten begriffen werden, versteht man unter Propaganda einseitige, beschönigende oder verzerrte Kommunikation. Moderne Propaganda wird heute meist als unidirektionale, persuasive Kommunikation definiert, die die wahrheitsgemäße Information unterordnet oder bewusst ausklammert, die in der Regel mit einfachen Kommunikationsmitteln […], häufig emotionalisiert und mit Feindbildern arbeitet und zu ihrer vollen Entfaltung nur innerhalb einer zentralisierten, nicht*

demokratischen Öffentlichkeitsstruktur kommt, d.h. in Systemen, deren Mediensystem staatlich abhängig bzw. gelenkt ist.“ (Bentele:2005, S. 603)

Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Propaganda noch *„als meinungsbeeinflussende Massenkommunikation gesehen, deren Technik man notwendigerweise beherrschen musste, um in politischen oder internationalen Auseinandersetzungen Erfolg zu haben.“* (Arnold: 2002, S.38) Zu dieser Zeit war man noch der Meinung, dass Propaganda auch in Demokratien verwendet werden könnte, erst durch die beiden Weltkriege wurde die Propaganda zu etwas Negativem. Betrachtet man die Rolle der Propaganda während der Dauer des Dritten Reiches, so sieht man, dass Propaganda damals nicht systematisch untersucht, sondern als Staatsaufgabe angesehen wurde. (vgl. Arnold:2002, S. 39) *„Hitler wurde in seinem Verständnis von Propaganda außer von Le Bon auch von Friedrich Sössemann, einem Schüler von Plenges, beeinflusst, der unter Propaganda die Beeinflussung mit möglichst einfachen Mitteln verstand. Die Richtigkeit von Propaganda war für Hitler ausschließlich an ihrem Erfolg zu messen. Sie musste primitiv und auf die beschränkte Aufnahmefähigkeit der Massen abgestimmt sein. […] Auch Goebbels betonte die Notwendigkeit von Einfachheit und Wiederholung, sonst sei in der Propaganda alles möglich, wenn es nur Erfolg habe.“* (Arnold:2002, S.40)

Die negativ belastete Assoziation, die dem Begriff Propaganda durch die Vorgehensweisen der Führungskräfte des Zweiten Weltkrieges anhaftete, begann erst viele Jahre nach Ende des Krieges allmählich zu schwinden. In der Nachkriegszeit wurde der Terminus Propaganda kaum wissenschaftlich bearbeitet und wenn doch, dann wurde er meist gleichgesetzt mit illegitimer Meinungsbeeinflussung. Illegitim dadurch, dass sie *„zweifelhafte Methoden wie Verzerrungen, Suggestionen, Emotionen, etc. anwenden oder Quellen und/oder Ziele verstecken“* Es dauerte also einige Jahre bevor die Wissenschaft sich wieder mit der Propagandaforschung beschäftigte. Otto Groth, ein deutscher Medienwissenschaftler, beschäftigte sich Anfang der 1960er Jahre mit dem Begriff Propaganda und setzte sie mit dem Begriff Werbung in Verbindung. Er unterschied unter dem Oberbegriff „Werbung“ die Propaganda und die Reklame als die beiden Formen der Massenwerbung. (vgl. Arnold:2002, S. 45ff.) *„Mittel und Methoden*

seien bei beiden die gleichen. Der Unterschied liege im Zweck. Werbung sei vor allem mit persönlichen oder privaten Zielen verbunden. Propaganda hingegen diene einer „Gesamtidee“ und erstrebe „geistige Einwirkungen in sozialen (kollektiven) Angelegenheiten“, mit dem Ziel eine „Gesinnung, eine dauernde Richtung des Strebens hervorzurufen. Um Erfolg zu haben, lüge, verfälsche und verleumde sie.“ (Groth: 1961, S. 333 zit. In:Arnold:2002, S. 45) Groth setzt hiermit die Propaganda in Verbindung mit Werbung und holt sie demnach etwas weiter weg von der negativen Assoziation der Jahre zuvor.

In den letzten Jahren findet der Terminus Propaganda ein neues zu Hause in der Public Relations Forschung. Ebenso wie bei Groth und der Propaganda-Werbung Beziehung, tritt hier die negative Behaftung in den Hintergrund und die PR in den Vordergrund, wobei der Unterschied hier darin liegt, dass die beiden Begriffe sich nicht verknüpfen, sondern durchaus eigenständig bestehen bleiben.

Die deutsche Kommunikationswissenschaftlerin Romy Fröhlich versucht PR und Propaganda voneinander abzugrenzen:

„Zur Gruppe der stark normativen und idealisierenden Abgrenzungsversuche zählen auch Argumente, die PR als informationsbetont und Propaganda als meinungs- und/oder ideologiebetont charakterisieren, sowie Argumente, die den PR bescheinigen, sie wollten überzeugen, während das Ziel von Propaganda die Manipulation sei, oder auch Argumente, die PR als rationale und Propaganda als emotionale Kommunikationsform bezeichnen. […] Das Problem hierbei ist erstens, dass angewandte PR nicht immer und überall diesen Idealvorstellungen entsprechen und zweitens, dass […] sich PR in einzelnen Teilbereichen durchaus und legitimer Weise propagandistischer Kommunikationsziele bedient.“ (Fröhlich In: Bentele et al.: 2002, S. 106) Schafft man es hier die Geschichte der NS-Zeit auszuklammern, ergibt dies durchaus Sinn. Fröhlich weiter: *„Ein wirkliches Problem ergibt sich aus dieser unbefriedigenden Situation nach meiner Einschätzung allerdings nur aus der speziellen deutschen Sicht: Da der Begriff ‚Propaganda‘ historisch bedingt im deutschen und zum Teil auch europäischen Sprachraum extrem negativ belastet ist, entsteht auf Seiten der PR ein umso größeres Bedürfnis, sich von einem solchen negativen Propagandaverständnisses anzugrenzen. In den USA z.B. wird die*

Notwendigkeit einer klaren und deutlichen Abgrenzung von PR und Propaganda weitaus weniger dringlich empfunden." (Fröhlich In: Bentele et al. 2002, S. 106)

Klaus Merten, ebenfalls ein bekannter Kommunikationswissenschaftler, nimmt den Begriff Propaganda und setzt ihn in Relation mit PR und Werbung. In seiner Arbeit vergleicht Merten die unterschiedlichen Erkenntnisse und Lehren zum Thema Propaganda, begonnen bei Aristoteles (338-322 v. Christus) bis zu Hundhausen (1975) und kommt dabei zu folgender Erkenntnis: *„Deutlich wird hier zunächst, dass die Grenzziehung zwischen Werbung, PR und Propaganda uneinheitlich und widersprüchlich wahrgenommen wird. Einig sind sich die Autoren offenbar durchgängig darin, dass Propaganda nicht als wahrheitsmäßig angesehen werden kann. Sie gestehen der Propaganda – damit zusammenhängend – keinen Wahrheitsbezug zu. Einig sind sich die Autoren auch über die Mittel sowie über latente und manifeste Funktionen von Propaganda."* (Merten:2000, S. 148) Um dies zu verfestigen unterscheidet Merten Propaganda vehement von Werbung, indem er festhält, dass Propaganda *„in ihrem Anspruch totalitärer vorgeht und die Nichtausführung (Nichtbefolgung) der an gesonnenen Handlungsalternativen mit Sanktionen belegt. Dass diese Androhung im Prozess der Indoktrination an Sichtbarkeit und Notwendigkeit abnehmen kann und nunmehr latent wirksam bleibt, sagt nichts gegen ihre prinzipielle Verfügbarkeit."* (Merten:2000, S. 150)

In seinem Werk „Kalter Krieg im Äther" beschäftigt sich Klaus Arnold mit der Propagandakonzeption Mertens: *„Merten versucht auch, Propaganda von Werbung und PR abzugrenzen. Demnach ist die Funktion von Werbung die kurzfristige, produktbezogene Überredung, die PR die langfristige Überzeugung und die der Propaganda die Manipulation (Kontrolle)."* (Arnold:2002, S.67)

Merten stellt eine neue Definition von Propaganda auf, denn für ihn ist, wenn man die Propagandageschichte von ihren Anfängen mit den neuen Ansätzen verbindet, Propaganda: *„eine Technik zur Akzeptanz an gesonnener Verhaltensprämissen, bei der die kommunizierte Botschaft durch Reflexivisierung generalisierte Wahrheitsansprüche erzeugt, deren Akzeptanz durch Kommunikation latenter Sanktionspotentiale sichergestellt wird."* (Merten:2000, S.161)

6. Exkurs: Mediengeschichte im 3. Reich

Die vorliegende Arbeit bedingt einen kurzen Exkurs zu der Mediengeschichte während der Zeit des Dritten Reiches.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland gingen starke Eingriffe in die Verlagsstrukturen einher, wie z.B. die inhaltliche Gleichschaltung der Presse. Mit 1. Jänner 1934 trat das Schriftleitergesetz in Kraft und die Zeitungen erhielten den Status eines „Trägers öffentlicher Aufgaben". (vgl. Hanisch:1994.S.317)

Damit wurden die Zeitungen zu einem staatlichen Instrument der Propaganda und der Beeinflussung des deutschen Volkes im Sinne des Nationalsozialismus. Des Weiteren limitierte das Schriftleitergesetz den Beruf des Journalisten, denn nur wer die rassischen Voraussetzungen erfüllte und als „politisch zuverlässig" galt, durfte publizieren, alle anderen erhielten Berufsverbot; dies führte dazu, dass ca. 1300 Journalisten ihren Arbeitsplatz verloren. (vgl. Duchkowitsch: 2001, S.36)

1935 wurde eine Anordnung zur Beseitigung der Skandalpresse erlassen. Dies bedeutete, dass Verleger, deren Zeitungen „Anstoß erregten" oder „der Würde der Presse" schadeten, aus dem „Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger" ausgeschlossen wurden; auch dies war einem Berufsverbot gleichzusetzen. (vgl. Duchkowitsch: 2001, S.37) Der NS-Staat hatte sich ein Instrumentarium erschaffen, welches die völlige inhaltliche Kontrolle der Medien gewährleistete; dies hatte einschneidende Veränderungen in der Zeitungsproduktion zur Folge.

Zur Durchsetzung nationalsozialistischer Inhalte erhielten die Redaktionen vom Reichspropagandaministerium Anweisungen, welche Themen auf welche Weise zu behandeln waren. Um die Umsetzung dieser Inhalte besser kontrollieren zu können, wurden Chefredakteure eingesetzt, die dem NS-Staat wohlgesonnen waren. (vgl. Duchkowitsch: 2001, S.38)

„ *Der Sieg einer Idee wird umso eher möglich sein, je umfassender die Propaganda die Menschen in ihrer Gesamtheit bearbeitet hat und je ausschließlicher, straffer und fester die Organisation ist, die den Kampf praktisch durchführt."* (Hitler:1943 zit. In: Fischer:1982, S.229)

7. Exkurs: Geschichte Österreichs 1930 - 1938

Zu Beginn der 30er Jahre verstärkten sich die antidemokratischen Tendenzen, aufgrund von einer Verschlechterung der ökonomischen Situation in Österreich und als Folge dessen bemerkte man ein erstes Gedeihen des nationalsozialistischen Gedankengutes. In der Nationalratswahl vom 9. November 1930 war davon jedoch noch nichts zu merken, denn hier erlangten sie lediglich 3% alle abgegebenen Stimmen. (vgl. Duchkowitsch: 2001, S.39) „*Die wirtschaftliche Rezession Anfang der dreißiger Jahre, die beginnenden Wahlerfolge der NSDAP in Deutschland, die aufbrechenden Differenzen innerhalb der Heimwehrbewegung, autoritäre Strömungen, der in Österreich traditionell fruchtbare Boden für deutschnationales Gedankengut und nicht zuletzt eine auf Massenwirkung ausgerichtete Propaganda, wirkten sich beschleunigend für den Aufstieg der österreichischen NSDAP (Hitlerbewegung) aus.*“ (Duchkowitsch: 2001, S.39) Das Anwachsen des Nationalsozialismus in Österreich zur Massenbewegung war nicht mehr aufzuhalten, das Frühjahr 1932 sollte die politische Szene und die Parteienlandschaft der Ersten Republik nachhaltig verändern. Am 24. April 1932 wurden in Wien, Niederösterreich und Salzburg Landtagswahlen abgehalten; insgesamt erreichte die NSDAP an die 17% aller abgegebenen Stimmen und war so zu einer Mittelpartei herangewachsen, und dies in einem Zeitraum von weniger als 2 Jahren. (vgl. Duchkowitsch:2001, S. 43)

Als Adolf Hitler am 30. Jänner 1933 zum deutschen Reichskanzler ernannt wurde, fühlten sich die österreichischen Nationalsozialisten darin bestärkt Neuwahlen zu fordern, um so einen Machtwechsel und vor allem den Sturz der damalig momentanen Regierung zu erzwingen. Die im späten Frühjahr 1933 seitens der NSDAP bewusst lancierte aggressive Propaganda und der zunehmende politische Druck des Deutschen Reiches führten zu unvermeidlichen Spannungen, verschärften die innenpolitische Situation und verschlechterten die außenpolitischen Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich. (vgl. Duchkowitsch:2001, S.45)

Ein großes Problem zu dieser Zeit war, dass Innen- und Außenpolitik kaum trennbar waren. Österreich war auf seiner einen Seite bemüht, die Außenpolitik gegenüber Deutschland und dem innerländlichen Kampf gegen den Nationalsozialismus voneinander getrennt zu halten, versuchte die deutsche Politik auf ihrer Seite eben

diese Trennlinie undeutlich zu machen; dies ermöglichte ihnen den Druck auf Österreich zu verstärken. (vgl. Hanisch:1994,S.319)

Nach einem eigens die Österreichfrage behandelnden Ministerrat, eröffnete Hitler mittels der Tausendmarksperre[1] einen Wirtschaftskrieg gegen Österreich. Hitler wollte den „Anschluss“ aus wirtschaftlichen und emotionalen Gründen, aber es gab keinen exakten Plan. Doch das Ziel war klar und Theo Habicht (deutscher Reichstagsabgeordneter und gleichzeitig Landesinspekteur der österreichischen NSDAP) formulierte es bereits 1932: (vgl. Hanisch:1994, S. 319) *“Österreich ist die Schlüsselstellung im Herzen Europas. Wer Österreich besitzt, beherrscht Mitteleuropa.“* (Habicht zit. In: Hanisch:1994,S.319)

Das Ziel der österreichischen Nationalsozialisten waren Neuwahlen, die zwar von der Regierung verhindert wurden, jedoch von den Sozialdemokraten erhielten sie Unterstützung. Durch diese Neuwahlen wollten sie sich zunächst eine Teilhabe an der Macht sichern, die später zur Gleichschaltung und endgültig zum Anschluss an das Deutsche Reich führen sollte. Ihr Ziel war es die Regierung Dollfuß zu stürzen und um an dieses Ziel zu gelangen, war ihnen jedes Mittel recht. (vgl. Hanisch:1994, S.319)

Nachdem zwei Nationalsozialisten einen Terroranschlag verübten, der 30 Verletzte und einen Toten der Hilfspolizeieinheit forderte, verhängte die Regierung Dollfuß am 19. Juni 1933 das Verbot der NSDAP (Hitlerbewegung), sowie des mit ihr verbündeten Steirischen Heimatsschutzes. Die Partei war somit illegal und agierte fortan im Untergrund gegen den österreichischen Staat. (vgl. Duchkowitsch:2001, S. 46ff.)

Das Regime unter der Führung Dollfuß begegnete dem NS-Terror mit strengen Strafmaßnahmen; mit einer beharrlichen Ausdauer wurden Nationalsozialisten verhaftet und in Anhaltelagern untergebracht. (vgl. Hanisch:1994, S. 319f) „*Das Singen des Horst-Wessel-Liedes kostete 50 Schilling Geldstrafe, ein Heil-Hitler-Ruf wurde mit drei Tagen bis drei Wochen, der demonstrative Austritt aus der katholischen Kirche mit sechs Wochen Arrest bestraft. Diese Repressionen*

[1] Die Tausendmarksperre war als Kampfmittel gegen die österreichische Wirtschaft gerichtet; Deutsche durften nur gegen eine Zahlung von 1.000 Reichsmark nach Österreich einreisen.

steigerten nur die Erbitterung der Betroffenen und nützten wenig.“ (Hanisch:1994, S.320)

Viele dieser Gegenmaßnahmen hatten von vornherein keine Möglichkeit Wirkung zu zeigen, da auch der Beamtenappart mit illegalen Nationalsozialisten bestückt war, die die Maßnahmen entweder verrieten oder abschwächten. Trotz alldem konnte die Regierung Dollfuß nicht wie gewünscht bis zum Herbst 1933 gestürzt werden, dies führte dazu, dass sich die Spannungen zwischen der SA und der Parteiorganisation vermehrten sich. Aus dieser Krise entsprang der Putschplan, der auch dazu dienen sollte Hitler an einem eventuellen Einlenken zu hindern. Der recht stümperhaft geplante Putsch fand am 25. Juli 1934 statt, erschwerend kam dazu, dass dieser Plan vielfach verraten wurde. Die SS-Standarte 89, die mehrheitlich aus ehemaligen Bundesheersoldaten bestand, übernahm das Kommando, besetzte das Bundeskanzleramt und die RAVAG und ermordeten Bundeskanzler Dollfuß. (vgl. Hanisch:1994. S.320)

In Wien scheiterte der Putsch sehr schnell und auch in den ländlichen Gebieten konnte er abgewendet werden, jedoch davor kostete er 269 Menschen ihr Leben. Es ist bis heute umstritten, ob Hitler von den Plänen des Putsches gewusst hatte. Jedenfalls reagierte er sehr schnell darauf, setzten Theo Habicht ab und beendete umgehend die Verbindung der deutschen und österreichischen NSDAP. Nun starteten Tarnorganisationen, wie das NS-Flüchtlingshilfswerk und der deutsche Turnerbund und das langsame, wirtschaftliche Eindringen Deutschlands in Österreich. (vgl. Hanisch:1994. S.320f.)

„Die Änderung der europäischen Gesamtlage führte 1935/36 Österreich zu einer doppelpoligen Politik, um die Basis der Sicherung der Unabhängigkeit zu verbreitern: Einerseits eine versuchte Annäherung an den Westen über die Kleine Entente, andererseits eine Verständigung mit dem Deutschen Reich. Als konkretes Ergebnis kam das deutsch-österreichische Juliabkommen von 1936 heraus. Ein höchst umstrittenes Dokument. Beide Seiten, Hitler wie Schuschnigg, wollten Zeit gewinnen, beide hatten Vorteile und Nachteile eingehandelt. Hitler musste die österreichische Unabhängigkeit anerkennen und offiziell dem Einfluss auf den innerösterreichischen Nationalsozialismus abschwören. Schuschnigg musste sich zu einer ‚deutschen‘ Politik verpflichten und die ‚nationale Opposition‘ in die

politische Verantwortung einbauen. Fast 17 000 illegale Nationalsozialisten wurden amnestiert, doch Schuschnigg zögerte den Einbau der ‚nationalen Opposition' in die Regierungsfront möglichst hinaus." (Hanisch:1994, S. 321)

Ende 1937 vermehrten sich die Spannungen, die bei einem Treffen von Hitler und Schuschnigg am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden gelöst werden sollten. In Wirklichkeit wurde jedoch lediglich der ängstliche österreichische Bundeskanzler vom deutschen Reichskanzler bedrängt. (vgl. Hanisch: 1994, S.322)

„Kanonen sprechen immer eine gute Sprache.", schrieb Joseph Goebbels deutlich zu Hitlers Vorgehensweisen. (Goebbels:1938 zit. In: Doppelbauer: 1988, S.11)

„In Österreich begann eine Form der Doppelherrschaft des ‚ständestaatlichen' Komplexes und der immer mehr auf die Straße drängenden Nationalsozialisten, vom neuen Innen- und Sicherheitsminister Seyss-Inquart gebremst wie ermutigt. Schuschniggs verzweifelter Versuch, die Lage durch eine, für den 13. März 1938 geplante Volksbefragung doch noch zu stabilisieren, lieferte den Vorwand für das deutsche Ultimatum am 11. März. Das außenpolitisch völlig isolierte Österreich beugte sich." (Hanisch:1994, S. 322)

8. Die Propaganda der Nationalsozialisten

8.1. Die Presselenkung im Nationalsozialismus

Die Herrschaftsform der Nationalsozialisten erschien in ihrer theoretischen Struktur überschaubar, war jedoch in der Praxis äußerst komplex. Die Einfachheit stellt sich in dem Vorhaben, alle Lebenszusammenhänge auf ein hierarchisches Ordnungssystem („Führerprinzip") zu begrenzen, dar; hingegen das Komplexe beruhte darauf, dass durch die Kompetenzüberschreitungen und Gliederungen gewissen Vorhaben nicht umgesetzt werden konnten. SA, SS, NSKK, HJ, BDM waren so strukturiert, dass bereits innerhalb dieser Organisationen die Einflussbereiche nicht klar gegeneinander abgegrenzt waren und Streitigkeiten vorprogrammiert waren, die von der jeweils nächsthöheren Stelle, bis hin zu Adolf Hitler, geschlichtet werden mussten. Ein besonderes Merkmal der Nationalsozialisten ist ihre flexible Handhabung der angewandten Prinzipien zur Machterhaltung. (vgl. Toepser-Ziegert:1984, S. 21)

Der Mittelpunkt der nationalsozialistischen Bewegung war eine an kommunistischen Vorbildern orientierte Propaganda mit der Absicht breite Bevölkerungsschichten zu beeinflussen. Durch die Erfahrungen des 1. Weltkrieges geleitet, stellte Hitler ein Propagandakonzept auf, das auf unvermittelte Kommunikation baute. So wollte er den Bauern- bzw. Arbeiterstatus aufwerten und gleichzeitig die Aristokratie abwerten; unter dem Druck der Kriegsvorbereitung musste das Frauenbild als Ehefrau und Mutter dem der ledigen Mutter, die auch den Bevölkerungszuwachs sichern sollte. (vgl. Toepser-Ziegert:1984, S.22)

Nach der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten, ergab sich eine Entwicklung im Medienbereich, die die Zwiespältigkeit der NSDAP aufzeigte: der Wunsch der Wiederbelebung alter Traditionen und Werte, jedoch in Verbindung mit „modernen“ Strömungen. Der Anspruch der Volkspartei wurde dahingehend gerechtfertigt, dass sich die neue Elite unabhängig der sozialen Herkunft formte. Die Propaganda diente dazu ein vereinfachtes, antisemitisches Feind-Freund-Bild an die Bevölkerung zu tragen, um ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen und um dies zu bewerkstelligen war Joseph Goebbels, als Reichspropagandaleiter seiner Partei und ab 1933 als Propagandaminister, stets bemüht, die neuesten Technologien einzusetzen. (vgl. Toepser-Ziegert:1984, S.22)

Wenn man von der Medienpolitik des Nationalsozialismus spricht, kommt man nicht umher die Gleichschaltung zu erwähnen. Es muss jedoch differenziert werden zwischen der Absicht der Propaganda, die in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens das „Führerprinzip“ durchsetzen wollte und dem was realisiert werden konnte, welches sich mit den Zielvorstellungen nicht ganz deckte. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.23) „*Die Nationalsozialisten selber bezeichneten die Eingriffe und Veränderungen der Pressepolitik neutraler als „Neuordnung des deutschen Pressewesens“.“* (Toepser-Ziegert:1984:S.23)

Die Presselenkung unter nationalsozialistischer Herrschaft wurde auf drei Ebenen durchgeführt:

1. auf der institutionellen
2. auf der ökonomischen und
3. auf der inhaltlichen Ebene.

„Unter dem Begriff der institutionellen Presselenkung fallen alle Maßnahmen, die auf einer formal gesetzlichen Grundlage Institute und Institutionen zur Überwachung und Kontrolle der Presse schaffen, sei es die Reglementierung des Berufszugangs (Schriftleitergesetz), seien es organisatorische und berufsständische Voraussetzungen für die Berufsausübung (Reichspressekammer), oder die Einrichtung eines Ministeriums „für Volksaufklärung und Propaganda", dessen Presseabteilung für sämtliche Belange des Pressewesens zuständig war, bis hin zu den Devisenzuteilungen für Auslandskorrespondenten." (Toepser-Ziegert:1984:S.24)

Durch das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 war die Zulassung zum Journalistenberuf gebunden an verschiedene Bedingungen, z.B. das Mindestalter von 21 Jahren; „*arische Abstammung und nicht mit einer Person von nicht-arischer Abstammung verheiratet"*, „*fachmännisch ausgebildet*"; etc. Die Zulassung erfolgte durch Eintragung in die Berufsliste, die bei den Landesverbänden der deutschen Presse geführt wurde. Gleichzeitig mit der Eintragung in die Berufsliste wurde der Journalist Mitglied im Reichsverband der Deutschen Presse, der seinen verbandsrechtlichen Schutz gewährleisten sollte. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.24) Die Begründung zum Schriftleitergesetz besagt nämlich, „*aus dem Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Recht ergibt sich der unbedingte Vorrang der öffentlichen Pflichten des Schriftleiters vor seinen Verpflichtungen gegenüber dem Verleger."* (Toepser-Ziegert:1984:S.24)

Eine Pflicht-Mitgliedschaft im Reichsverband der Deutschen Presse, die mit Kosten verbunden war und eine Zugehörigkeit zur Reichspressekammer waren strenge Vorschrift um den Beruf des Journalisten ausführen zu können. Die Aufgaben der Kammern, die für alle kulturellen Bereiche unter dem Dach der Reichskulturkammer zusammengefasst waren, gestalteten sich sehr flexibel: *„Die Reichskulturkammer und die Einzelkammern können Bedingungen für den Betrieb, die Eröffnung und die Schließung von Unternehmen auf dem Gebiet ihrer Zuständigkeit festsetzen und Anordnungen über wichtige Fragen innerhalb dieses Gebietes, insonderheit über Art und Gestaltung der Verträge zwischen den von ihnen umfassten Tätigkeitsgruppen treffen."* (Toepser-Ziegert:1984:S.25) *„In einem „Pressehandbuch", das 1938 im Verlag des Reichsverbandes der deutschen*

Zeitungsverleger erschien, wurden auf 525 Seiten „Gesetze, Anordnungen, Erlässe und Bekanntmachungen zusammengestellt und erläutert nach den Bedürfnissen der Praxis“ aufgeführt.“ (Toepser-Ziegert:1984:S.25)

Durch wirtschaftliche Maßnahmen sollten viele der neuen Bestimmungen dazu führen, die Pressebetriebe gewünscht zu kontrollieren. Mit der offiziellen Begründung, bestehende Unternehmen nicht zu gefährden, wurden Neugründungen von Zeitungen, Zeitschriften, aber auch Korrespondenzbüros verhindert. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.26) In der „Anordnung über Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse“ vom 24. April 1935, eine weitere zentrale Maßnahme der Presselenkung, wurde bestimmt: *„Ist in einem Orte eine Mehrzahl von Zeitungsverlagen vorhanden, deren Betriebe auf den Absatz einer höheren Auflage angewiesen sind, als nach den örtlichen Verhältnissen und gesunden verlegerischen Grundsätzen insgesamt vertrieben werden kann, so können zur Herbeiführung gesunder, wirtschaftlicher Verhältnisse einzelne Verlage geschlossen werden.““* (Toepser-Ziegert:1984:S.26)

Solche Anordnungen, die von der Reichspressekammer überwacht wurden, sollten nicht lediglich die wirtschaftlichen Verhältnisse befriedigen, sondern auch die ideologischen und politischen Verhältnisse klären. „*Der parteieigene Eher-Verlag, dessen Generaldirektor der Präsident der Reichspressekammer Max Amann war, konnte von Verlagsschließungen nur profitieren. Unter dem Deckmantel verschiedener Tochtergesellschaften (Standarte Verlags- und Druckerei GmbH, Phönix GmbH und Vera Verlags GmbH, später zusammengeschlossen in Herold Verlagsanstalt GmbH) kaufte sich Amann ein ansehnliches Presseimperium zusammen, dessen Finanzkraft ihm die Möglichkeit zu wirtschaftspolitischen Aktivitäten besonderer Art bot. Mit den Profiten aus den auflagenstarken Blättern (z.B. Völkischer Beobachter) konnte er die Verluste kleinerer Blätter ausgleichen, auf die sich die Partei von der Tendenz her stütze, die aber nicht genug Abnehmer fand.“* (Toepser-Ziegert:1984:S.26f.)

Der Kriegsbeginn war der Auslöser für weitere finanzielle Manipulationen und Gewinne des Eher-Konzerns. Das Papier wurde rationiert (der Papierbedarf der einzelnen Zeitungen wurde in weiser Voraussicht schon seit 1936 regelmäßig festgestellt) und darüber hinaus wurde durch drei als „kriegsbedingte Maßnahmen“

deklarierte Stilllegungs- bzw. Zusammenlegungsaktionen von Zeitungsbetrieben das Aussterben der privateigenen Zeitungen beschleunigt. (Die genaue Zahl der davon betroffenen Zeitungsverlage ist nicht mehr festzustellen. Von den rund 2000 bei Kriegsbeginn existierenden Zeitungen, erschienen im Februar 1945 noch 700 einigermaßen regelmäßig.) Der Anteil der parteieigenen Presse an der täglichen Gesamtauflage betrug bei Kriegsende ca. 85%, das Verhältnis der parteieigenen Presse zur privateigenen Presse bezüglich der Auflage von 1933 hatte sich umgekehrt. Die Presselenkung mit wirtschaftlichen Mitteln lief relativ unauffällig ab. Die Zeitungsaufkäufe wurden in der Regel den Lesern nicht mitgeteilt, die dementsprechend erst nach einiger Zeit durch Abonnementskündigungen reagieren konnten. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.27)

Genauso unauffällig, wie die ökonomische Presselenkung sollte von der Anlage her die inhaltliche Presselenkung vor sich gehen. Die Journalisten die zur Pressekonferenz zugelassen wurden, wurden überprüft, die Anweisungen, die sie bei den Konferenzen bekamen, sollten geheim gehalten und die Aufzeichnungen darüber regelmäßig vernichtet werden. Die inhaltliche Presselenkung war schwieriger zu garantieren, als die institutionelle und die ökonomische, weil die inhaltliche Kontrolle aller Zeitungen Tag für Tag nicht durchführbar war. Die Strategie die Journalisten zu Vertrauensleuten des Propagandaministeriums zu machen schlug fehl, weil nicht alle ihre Mitwisserschaft mit Stillschweigen vergelten wollten. Dementsprechend verschärfte sich im Laufe der Jahre der Nachdruck, mit dem die Presseanweisungen eingesetzt wurden, bis zur Einführung der wörtlich fixierten „Tagesparole“ (1940), die dem Regierungssprecher keinen Spielraum mehr ließ, innerhalb dessen er sonst den vorgegebenen Inhalt formulieren konnte. Trotz der inhaltlichen Ausrichtung durch das Propagandaministerium sah nicht eine Zeitung wie die andere aus und behielt ihre Tendenz, die sie vor 1933 deutlich vertreten hatte, bei. Also selbst das Zusammenspiel der drei Presselenkungsstrategien erreichte nicht die angestrebte völlige Gleichschaltung und einheitliche Ausrichtung der Presse. (vgl.Toepser-Ziegert:1984:S.27f.)

8.1.1. Die Pressekonferenzen und die geheimen Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium

Die Thematik der vorliegenden Arbeit bedingt es, sich mit dem Pressewesen der Vorkriegsjahre in Deutschland auseinanderzusetzen. Die wichtigsten Merkmale dabei sind die geheimen Ministerkonferenzen, die Presseanweisungen und Dr. Joseph Goebbels selbst. Oftmals wird davon ausgegangen, dass das Propagandasystem erst zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges installiert wurde, in Wahrheit wurde es schon in den Jahren davor ausgearbeitet und präzisiert, um die Bevölkerung in die gewünschte Denkrichtung zu leiten und auf das nationalsozialistische Gedankengut einzuschwören.. Einen vergleichbaren Propagandaapparat hat es in der Geschichte zuvor noch nie gegeben.

„In einer seltsamen Mischung aus halbmilitärischem Befehlston und der üblichen Nazi-Terminologie enthüllen sich Fakten und Techniken jenes totalitären Regimes, das durch Propaganda und Terror zwölf Jahre lang in Deutschland geherrscht und den Gang der Weltgeschichte geprägt hat. [...] Aber es ist an der Zeit, der Welt begreiflich zu machen, dass eine über viele Jahre geübte raffinierte und infame Propaganda Gewalt und Terror erst ermöglicht hat. Diese Propaganda hat alle Aktionen der Unmenschlichkeit bis zum bitteren Ende abgedeckt. Dass die wenigsten Deutschen gewusst haben, was in ihrem Namen auf der Bühne der Weltgeschichte gespielt worden ist, dass sie millionenweise ihre Statistenrolle gespielt haben , lässt sich nicht mit rationalen Motiven erklären. Freilich auch nicht mit Gewalt und Terror, deren sich die Machthaber bedient haben. Aber vielleicht wird manches deutlicher und verständlicher, wenn man erkennt, welche Rolle die Propaganda gespielt hat.“ (Willi A. Boelcke, 1966: S. 7)

Dieses Zitat von Willi Boelcke zeigt, dass den Menschen im Dritten Reich lediglich eine Statistenrolle zugebilligt wurde. Der Propagandaminister Joseph Goebbels setzte dazu geheime Ministerkonferenzen an, in denen (von ihm) bestimmt wurde, worüber die Medien berichten sollten; dabei überließ er nichts dem Zufall. Ziel war eine völlige Gleichschaltung der Medien. Anderweitig gesinnte Presse oder Rundfunk wurden verboten und deren somit unrechtmäßige Konsumation hart bestraft.

Ab 1933 trat eine quantitative und qualitative Veränderung der Informationsquellen, die der Mehrheit der Journalisten zur Verfügung standen, ein. Die Pressekonferenz wurde zu einer Einrichtung der Regierung, die übrigen staatlichen Informationsquellen wurden offiziell ausgeschaltet, so dass die Zahl der Quellen stark reduziert und eine Konzentration der Information ausgelöst wurde. (vgl Toepser-Ziegert:1984, S.29f.)

Die erste Pressekonferenz, damals noch Pressebesprechung genannt, fand am 3. August 1914 auf Aufforderung des Generalstabs im Reichstag statt. Sie hatte zum Ziel die Journalisten über die Art und Weise der Berichterstattung durch den Generalstab zu informieren. *„Die Ausführungen schlossen: „Wir werden ihnen nicht immer alles sagen können, aber was wir Ihnen sagen werden, ist wahr.“*(Pressekonferenz:03.08.1914 zit. In: Toepser-Ziegert:1984, S.29) Fast zwei Jahrzehnte später wurde der Anspruch auf Wahrheit nicht mehr erhoben. Stattdessen teilte der neue „Meinungsführer“ Goebbels den versammelten Journalisten zur Bedeutung und Aufgabe der Presse mit: (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.29f) *„Sie müssen nicht nur dafür sorgen, dass die Maßnahmen der Regierung dem Volke mitgeteilt werden, denn dazu hat die Regierung tausend andere Mittel, sondern müssen es als Ihre Aufgabe betrachten, die Maßnahmen der Regierung im Volke verständlich zu machen. […] Selbstverständlich sollen Sie hier Informationen bekommen, aber auch Instruktionen. Sie sollen nicht nur wissen, was geschieht, sondern sollen auch wissen, wie die Regierung darüber denkt und wie Sie das am zweckmäßigsten dem Volke klar machen können.“* (Goebbels zit. In: Toepser-Ziegert:1984:S.31)

Überlegungen im Generalstab, zur wirkungsvollsten Kontrolle der Kriegsberichterstattungen in den Zeitungen, führten zu den ersten Pressebesprechungen. Den Vorsitz übernahmen abwechselnd Vertreter des Reichsmarineteams, des Oberkommandos und des stellvertretenden Generalstabs. Gleichberechtigt gab es daneben einen Ausschuss, den sich die Pressevertreter gewählt hatten, „der die Interessen der Versammlung gegenüber den Behörden wahrnahm“. Unter Vorsitzendem und Ausschuss traten Vertreter der Behörden und der Presse zu völlig freier Aussprache zusammen, deren Inhalt nach Bedarf als vertraulich galt. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.31)

Diese Informationspraxis wurde bis zum Kriegsende beibehalten und konnte, nachdem der Vorsitz ganz an die Journalisten übergegangen war, ihren Stellenwert so stabilisieren, dass 1919 als Gegengewicht der „Presseempfang“ eingeführt wurde, der im Wechsel mit den traditionellen Pressebesprechungen dreimal wöchentlich stattfand. Auf diese Weise war an sechs Tagen der Woche den Journalisten die Möglichkeit gegeben, sich Auskünfte zu verschaffen und über Maßnahmen, Gedanken und Planungen der Reichsregierung zu unterrichten. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.31f.)

Das erste Anzeichen für Veränderung machten sich schnell sichtbar, indem die Pressekonferenz räumlich verlagert wurden und dies passierte bereits eine Woche nach der Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und der Ernennung von Joseph Goebbels zum Leiter eben dieser. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.32)

Eine weitere Etappe bei der angestrebten Übernahme des Pressebereiches in den nationalsozialistischen Propagandaapparat war die Umbildung des Journalisten-Ausschusses der Pressekonferenz. Entscheidend war die „Neuordnung der Berliner Pressekonferenz“ am 1. Juli 1933:*„Die Pressekonferenz, die regelmäßig mittags in Anwesenheit von Mitgliedern der Reichsregierung abgehalten wird, ist aufgelöst worden. […] Die Bedeutung der Neuordnung liegt darin, dass bisher die Pressekonferenz als ein selbstständiges Gebilde in Erscheinung trat, das seinen eigenen Vorsitz wählte, der seinerseits wieder durch einen ebenfalls gewählten Verwaltungsausschuss unterstützt wurde. Künftig fällt diese Selbstständigkeit weg und die täglichen Konferenzen, an denen auch in Zukunft festgehalten werden soll, kommen Empfängen bei der Reichsregierung gleich […] Die Neuordnung stellt also eine Anpassung an die Grundsätze des neuen Deutschland dar, eine Übertragung des Führerprinzips auch in diese Institution.“* (Toepser-Ziegert:1984:S.32f.)

Mit dieser Umgestaltung behielt sich das Ministerium die Möglichkeit vor, die Regeln nach denen die Pressekonferenzen ablaufen sollten selbst zu bestimmen. Dazu gehörte auch die Auswahl der Journalisten, die zu den Versammlungen geladen wurden. Wer zur Pressekonferenz zugelassen war und einen Ausweis erhalten hatte, der musste sich an die neuen Bestimmungen, wie mit den amtlichen Informationen zu verfahren sei, halten, andernfalls drohte der Ausschluss.

Besondere Vorschriften gab es auch für den Umgang mit den Mitteilungen der Pressekonferenz und für ihre Aufbewahrung. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.33)

8.1.2. Ablauf der Pressekonferenzen

Der Ablauf der einzelnen Pressekonferenzen war folgendermaßen: der stellvertretende Reichspressechef, der jeweilige Leiter der Abteilung Presse im RMVP oder einer seiner Referenten, trug den versammelten Journalisten in knappen Sätzen die Informationen vor, die aus den einzelnen Ministerien oder der Reichskanzlei weitergeleitet worden waren. Auch Anliegen der Partei wurden hier formuliert. Das Auswärtige Amt wurde durch einen eigenen Sprecher vertreten. Jede Meldung wurde anschließend durch den Sprecher erläutert und danach war Gelegenheit für die Journalisten Fragen zu stellen, die je nach Thema mehr oder weniger ausführlich beantwortet wurden. Die Pressekonferenzen waren auch der Ort, wo die vertretenen Zeitungen von der Regierung einer Kritik unterzogen wurden. Blätter, die die Anweisungen vom Vortag in ihrer Ausgabe nicht ausreichend gewürdigt hatten, erhielten eine öffentliche Ermahnung, andererseits – sehr viel seltener – wurden Zeitungen auch lobend erwähnt, die durch ihre Beiträge oder die Aufmachung dem Propagandaministerium oder anderen offiziellen Stellen positiv aufgefallen waren. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.34)

8.1.3. Die Presseanweisungen und die Journalisten

Dreieinhalb Monate nach der „Neuordnung der Reichspressekonferenz“ sah es der Propagandaminister als Notwendigkeit, in die aktuelle Gestaltung der deutschen Tagespresse einzugreifen, nachdem er durch das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 signalisiert hatte, dass es sein Ziel war eine leicht kontrollierbare Presse zu haben. Um dieses Ziel zu erreichen macht er auch nicht vor der Disziplinierung der parteieigenen Presse halt, denn deren Vertreter schlugen manchmal bei der Formulierung ihrer Artikel über die Stränge. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.39f.) Auf der Pressekonferenz vom 20. Oktober 1933 wurde den Journalisten mitgeteilt, welches Selbstverständnis ihnen Goebbels zugedacht hatte und welche Konsequenzen für sie und ihre Arbeit damit verbunden waren: *„Man will nicht, dass überall einheitlich geschrieben wird, […] aber die konkreten Anweisungen der Regierung und die Gesamtlinie müssen unter allen Umständen eingehalten werden. Das bedeutet praktisch, dass bis in die kleinsten Einzelheiten hinein die*

Regierungsanweisungen die stärkste Berücksichtigung erfahren müssen. […] die Regierung entschlossen sei, alle Schriftleiter, insbesondere die Chefredakteure, persönlich zur Verantwortung zu ziehen, wenn irgendwelche Verstöße passieren, […] die Mitglieder der Pressekonferenz in Berlin nicht wie früher als Vertreter ihrer Zeitungen gegenüber der Regierung gelten, sondern umgekehrt auch die Vertrauensmänner des Ministers Goebbels gegenüber den Zeitungen sind und dass ihren Anweisungen usw. eine Art amtlicher Charakter zukommt." (Toepser-Ziegert:1984:S.39)

Verbunden mit diesem „amtlichen Charakter" war eine Geheimhaltungsstrategie, deren Umsetzung und Terminologie für einige Verwirrung unter den Journalisten sorgte. Es gab drei Gesichtspunkte, unter denen die Mitteilungen der Pressekonferenz ausgegeben wurden:

1. für die Veröffentlichung zu verwerten,

2. vertraulich, aber zur Weitergabe an die Redaktion,

3. streng vertraulich, nur für die Mitglieder der Pressekonferenz. (vgl.Toepser-Ziegert:1984:S.40)

Zwei Tage vor der Veröffentlichung des Schriftleitergesetzes wurde ein Exempel statuiert, das die Teilnehmer der Pressekonferenz einschüchterte und Gelegenheit bot, ihren Umgang mit den „streng vertraulichen Informationen der Reichsregierung" noch einmal gründlich zu überprüfen und notfalls neu zu regeln. Eine Korrespondenz war verboten worden und dem verantwortlichen Redakteur war die Zulassungskarte zur Pressekonferenz entzogen worden, weil er die Vertraulichkeit der Information nicht respektiert hatte. Als Konsequenz wurde den Journalisten „nahegelegt, keinerlei vertrauliche Mitteilungen telefonisch weiter zu geben, sondern diese nur innerhalb eines geschlossenen Briefes den Chefredakteuren persönlich zu übermitteln." Seitens der Regierung wurde sogar daran gedacht zu dem, sich in Vorbereitung befindlichem Schriftleitergesetz ein Zusatzprotokoll herauszugeben, in dem die Verantwortlichkeit der Mitglieder der Pressekonferenz geklärt werden sollte. (vgl. Toepser-Ziegert:1984:S.41)

„Im Oktober 1934 wurden auf Wunsch von Goebbels „allen deutschen Schriftleitern“ […] „Richtlinien für die Gesamthaltung der deutschen Presse“ bekannt gegeben mit dem Hinweis „es ist erwünscht, schon im Hinblick auf eventuelle Einstellungen in der feindlichen Emigranten- und Judenpresse, dass darüber, ohne auf interne Einzelheiten einzugehen, in der Presse berichtet wird.“ (Toepser-Ziegert:1984:S.42)

Im Juli 1936 wurde erneut seitens des Propagandaministeriums versucht, das leidige Thema des Umgangs mit den „vertraulichen Mitteilungen“ durch die Aufstellung von neuen „Richtlinien“ in den Griff zu bekommen. Danach war das Verfahren ganz genau vorgegeben:

„Das tägliche von den Vertretern der Pressekonferenz[…]eingehende vertrauliche Material ist entweder in einer Redaktionskonferenz mündlich bekannt zu geben oder im Umlauf verschlossen in einer Ledermappe denjenigen Schriftleitern zuzuleiten, die unbedingt von ihnen Kenntnis haben müssen[…] Ältere und überholte vertrauliche Mitteilungen können nach angemessener Frist vernichtet werden. Über die Vernichtung, die durch Verbrennen oder durch Papierwolf geschehen muss, muss ein Protokoll angefertigt werden, das von dem Hauptschriftleiter und einem Zeugen zu unterzeichnen ist.“ (Toepser-Ziegert:1984:S.43)

8.2. Presseanweisungen

Presseanweisungen gab es nicht nur während des Zweiten Weltkrieges, diese Form der Medienkontrolle wurde schon weit früher gebraucht.

Schon zu Zeiten des Ersten Weltkrieges wurden bei Pressekonferenzen Presseanweisungen erteilt, wie ebenso in der Zwischenkriegszeit, jedoch noch nicht in der Form, wie es während des Zweiten Weltkrieges üblich war. (vgl. Wilke:2007, S.128)

„[…]Goebbels berief fast täglich zu festgesetzter Stunde am Vormittag seine engeren Mitarbeiter zur geheimen „Ministerkonferenz“ im Reichspropagandaministerium zusammen. [...] Mit der Ministerkonferenz, keine „Konferenz“ im eigentlichen Sinne, hat sich Goebbels seine eigene geheime Befehlsbühne geschaffen. Hier erteilte er täglich seine mündlichen Weisungen für alle Bereiche der Propaganda und kontrollierte teilweise die Durchführung. Die

Konferenz entwickelte sich gewissermaßen zur „Kommandobrücke!“ der deutschen Propagandakriegführung. Hier gab Goebbels die Befehle und verkündete die Propagandaparolen und Sprachregelungen. Der Stil der Konferenz war ganz auf seine Person zugeschnitten. Er gab ihr das Gepräge und stand im alles beherrschenden Mittelpunkt. Er alleine dekretierte, stellte in erster Linie Fragen, verteilte Lob und Tadel, blitzte mit Einfällen , machte kritische Alleingänge , bezeichnete die Argumente und ließ Gegenargumente kaum gelten. Und er alleine bestimmte, was aktuell und „volksnah“ sei. [...] Die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer hielt es für klüger, weder Fragen zu stellen noch Bedenken zu äußern.“ (Boelcke:1967, S.8)

8.2.1. Anzahl der Presseanweisungen

„Wie viele Anweisungen an die Presse im Dritten Reich erteilt wurden, lässt sich genau genommen gar nicht mehr feststellen. Für die komplette Zählung müsste man alle Anweisungsbereiche einbeziehen, und dazu gehörten die Berliner Pressekonferenzen nicht alleine. Davon abgesehen bliebe fraglich, ob Anweisungen auch tatsächlich vollständig dokumentiert sind. Zudem müsste festgelegt werden, wie man diese im Einzelnen identifiziert bzw. voneinander abgrenzt. Gleichwohl gibt es in der vorliegenden Literatur gewisse Annahmen zur Gesamtzahl der NS-Pressenanweisungen. Walter Hagemann hat sie auf 50 000 bis 80 000 geschätzt, Toepser-Ziegert spricht von 80 000 bis 100 000.“ (Wilke: 2007, S 142)

Die Presseanweisungen in der Vorkriegszeit, also in den Jahren 1933 bis 1939 lassen sich hingegen ungefähr zählen. In den Jahren von Mai 1933 bis Ende August 1939 sollen 15 311 solcher Anweisungen an die Schriftleiter erteilt worden sein. (vgl. Wilke:2007, S.143)

Es war streng untersagt die Presseanweisungen aufzuheben, da deren Form und Inhalt als geheim galt. Es gab jedoch einige Journalisten, die sehr mutig waren und die Aufzeichnungen versteckten und so konnten viele Presseanweisungen für die Nachwelt erhalten bleiben.

„Wir wüssten heute vermutlich nichts über Inhalt und Form der Presseanweisungen, hätten nicht einzelne Journalisten – mutig und unter Inkaufnahme von persönlicher Gefahr – gegen die erlassenen Auflagen verstoßen

und für eine Überlieferung an die Nachwelt gesorgt. Durch sie sind mehrere Sammlungen von Anweisungen erhalten geblieben, von 1933 an bis zum Ende des Dritten Reiches." (Toepser-Ziegert: 1984, S. 35)

8.2.2. Presseanweisungen zum Thema jüdische Flüchtlinge/Emigranten

Zsg. 101/3/88/Nr.264 **vom 12. Februar 1934**

Die deutsche Regierung bewahrt gegenüber den außenpolitischen Tendenzen des neuen französischen Kabinetts eine abwartende Haltung, da noch nicht klar ersichtlich ist, in welcher Richtung tatsächlich die neue Regierung in der Abrüstungsfrage insbesondere vorgehen wird. Aus diesem Grunde sind Erörterungen über die außenpolitischen Tendenzen Frankreichs im Augenblick pressepolitisch nicht am Platze. Die internationale Abrüstungsdiskussion ist sehr erheblich ins Stocken geraten. Die Regierung bittet ferner über die innerpolitisch-französischen Vorgänge nach wie vor Zurückhaltung zu üben, wenn auch naturgemäß sachliche ausführliche Berichte gebracht werden sollen. Dass z.B. in Paris deutsche Emigranten verhaftet wurden, kann in größerer Aufmachung erscheinen, da die Regierung schon immer vor dem Treiben der Emigranten gewarnt hat. (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1985, S. 79)

Zsg. 101/5/89/Nr. 1187 **vom 14.März 1935**

Vielfach liest man,, dass jüdische Emigranten und Auswanderer in Palästina schlechte Berufsaussichten hätten. Das Reich hat keinerlei Interesse daran, die Auswanderung von Juden und Emigranten nach Palästina damit zu erschweren. (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1987, S. 146)

s.a. Zsg. 102/1/32 (3) **vom 14. März 1935**

Ferner wurde in der Pressekonferenz bemerkt, dass verschiedene Zeitungen, sogar nationalsozialistische, von Einwanderungsschwierigkeiten für die Juden in Palästina und anderen Ländern berichtet hätten. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1987, S. 146)

Zsg. 102/10/200/ (5) **vom 20. Juni 1938**

„*Über die „Judenverfolgung“ in Berlin und im Reiche berichtet das Ausland nach wie vor in großer Aufmachung. Die Gründe für diese Ereignisse seien bekannt. Die Bevölkerung sei erregt über die „Emigration“ der Juden nach Berlin, wo mehrere Tausend in den letzten Monaten zugezogen seien. Sie hätten geglaubt, in der Großstadt eher untertauchen zu können. Es seien zahlreiche neue jüdische Geschäfte eröffnet worden, vorhandene hatten erweitert werden können. Eine allgemeine Lauheit sei gegenüber der Judenfrage unverkennbar, besonders was den Kauf bei Juden angehe. Dies seien die Gründe, die zu einer spontanen Aktion geführt hätten. Über das, was am Samstag von DNB gesagt worden sei, brauche man bei der Berichterstattung nicht hinauszugehen. Bei neuen Erscheinungen würden neue offizielle Mitteilungen ausgegeben werden.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 592)

Zsg. 102/11/31/30 (4) **vom 15. Juli 1938**

Auswärtiges Amt: Die Konferenz von Evian ist nun auseinandergegangen, ohne dass viel herausgekommen wäre. Wir haben an sich keinen Anlass, die Angelegenheit besonders aufzumachen. Vor allem wird dringend gebeten, die Empfehlungen, dass die Ausreiseländer gewissermaßen hilfreich mittätig sein sollen, absolut zu ignorieren. In der einen oder anderen Form freundlich anerkannt werden, dass sich einige südamerikanische Staaten dagegen gewandt haben, dass die Schlussresolution [Ausfälle gegen Deutschland] enthält. (Nach dieser Bemerkung können (gestr.: wir) also [auch wir] (gestr.: auch wie) über die Konferenz etwas bringen. Der Vertreter des Auswärtigen Amts hat uns noch gebeten, vielleicht den Gedanken mitzuverwenden, dass jetzt jene Staaten sich besonders eifrig betätigen, die seinerzeit nach Kriegsschluss die Deutschen rigoros über Nacht aus ihren Grenzen verwiesen haben, dabei soll jedoch das Wort Elsass nicht fallen.) (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 656f.)

Zsg. 102/13/12/37 (2) **vom 8. November 1938**

Im Laufe des Nachmittags werde eine Blütenlese von Urkunden Zeugnis ablegen für den Geisteszustand der Emigrantenkreise und des internationalen Judentums. Darunter würden auch Gedichte sein. Das Attentat müsse wiederum auf

der ersten Seite behandelt werden. Der Gedanke, der in einigen Zeitungen zum Ausdruck gekommen sei, dass die französischen Sender allgemein nicht mehr für die Propaganda der Juden zur Verfügung stünden, sei falsch. Die seinerzeit erlassene Anordnung der französischen Regierung betreffe nur die privaten Sender. Dass zum Beispiel Strassburg nicht gemeint war, sei gestern Abend bewiesen, wo Strassburg den Attentäter als harmlosen jungen Knaben hingestellt habe, den man nicht voll verantwortlich (ma)chen könne. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1052)

Zsg. 102/13/36-37 **vom 15. November 1938**

Die Presse muss schon morgen früh alle Meldungen in großer Aufmachung bringen, nach denen andere Länder sich gegen die Aufnahme von Juden mit allen Mitteln zur Wehr setzen. So liegen z.B. Meldungen vor, dass in Belgien Konzentrationslager für jüdische Emigranten eingerichtet werden. Polen wehrt sich gegen die Zurücknahme seiner eigenen jüdischen Staatsangehörigen, die im Ausland leben, weil es nicht weiß, was es mit den ganzen Juden anfangen soll. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1079f.)

Zsg. 102/13/38-39/30 (11) **vom 17. November 1938**

[…] In viel stärkerem Maße als bisher müsse in den nächsten Tagen, mindestens für eine Woche, alles herausgestellt werden, was irgendwie zeige, dass ausländische Regierungen sich weigern, Juden bei sich aufzunehmen. Ebenso sei groß aufzumachen und zu kommentieren, was über schlechte Behandlungen von Juden in anderen Ländern gemeldet werde, insbesondere auch über Überführung ins Konzentrationslager. […] (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1084ff.)

Zsg. 102/13/43 (6) **vom 19. November 1938**

Die Anweisungen zur Judenfrage seien offenbar nicht überall verstanden worden. Es soll das Wirken der Juden in Deutschland gezeigt werden, in der Arbeiterbewegung, im Liberalismus, in der Kultur, in der Finanz, am Hofe, während des Krieges, beim Munitionsarbeiterstreik, im letzten Kriegsjahr, in der Novemberrevolte, in den ersten Regierungen der Republik, in der Korruption usw. Die Tendenz sei ebenfalls missverstanden worden. Gegen die Spießer heiße nicht,

dass man durch Schlagzeigen den Eindruck erwecken soll, als seien große Teile des Volkes mit den Maßnahmen gegen die Juden nicht einverstanden. Die Artikelserie müsse in allen Zeitungen mit der deutlichen Tendenz schließen: Deutsches Volk, du hast jetzt lesen können, wie und wo dir die Juden geschadet haben, wenn du nun noch einen griesgrämigen Volksgenossen triffst, so weißt du, dass er einer von denen ist, die es immer noch nicht begriffen haben, die also zu den ständigen Neinsagern gehören. Notiere ihn dir. Das sind die Männer, die dem Führer in den Rücken fallen. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1059f.)

Zsg. 102/17/132/29 (4) vom 5. Juni 1939

Ministerialdirektor Wohlthat fährt in nichtamtlicher Eigenschaft nach London zu informatorischen Besprechungen über die planmäßige Abwanderung der Juden. Berichterstattung für die deutsche Presse gesperrt. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 539)

Zsg. 102/17/146/81 vom 8. Juni 1939

Über die bevorstehende Rückkehr der in Cuba nicht zugelassenen jüdischen Emigranten darf nicht berichtet werden. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 550)

Zsg. 102/17/155/59 (2) vom 10.Juni 1939

Judenauswanderung: Es ist nicht zweckmäßig, wenn die Presse sich mit der Zurückweisung von ausgewanderten Juden durch andere Länder (z.B. Cuba) beschäftigt. Das hätte höchstens zur Folge, dass Juden in ihrem Auswanderungsentschluss wankend werden. Das gleiche gilt für Meldungen über Festnahmen von unerlaubt nach Palästina eingewanderter Juden. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S.559)

Zsg. 102/18/253/48 (9) vom 6 Juli 1939

Heute oder morgen erscheint im Reichsgesetzblatt zehnte Verordnung vom (sic; zum) Reichsbürgergesetz…Grundsatz, dass alle Juden in Deutschland mit oder ohne Staatsangehörigkeit, auch staatenlose, zwangsweise der Vereinigung angehören. Aufgabe der Vereinigung; Auswanderung betreiben, Träger des jüdischen Schulwesens, Träger der jüdischen Wohlfahrtspflege. Auswanderung

bleibt Hauptzweck, die Vereinigung soll alles vorbereiten, was die jüdische Auswanderung fördern könnte. Sie soll auch die deutsche Vertretung gegenüber ausländischen jüdischen Organisationen sein. In diesem Sinne unmittelbare Beziehungen zu den Maßnahmen, die aus den Verhandlungen mit Rublee notwendig geworden sind. Nach außen soll die Vereinigung dokumentieren, dass die Juden ihre eigene Vertretung haben. Die Reichsvereinigung stützt sich ordentlich auf die jüdischen Kultusvereinigungen, die als religiöse Vereinigungen bestehen und denen die neuen Aufgaben zugewiesen werden: Auswanderung, Schulwesen, Wohlfahrtspflege. Gleichzeitig werden die Kultusvereinigungen alle Juden umfassen, also nach rassischen Gesichtspunkten zusammengesetzt sein und nicht nach glaubensmäßigen. (Wir werden die Verordnung, über deren Länge allerdings noch nichts bekannt ist, im Wortlaut geben.) (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 662)

Im Folgenden wird die Person Joseph Goebbels und seine Bedeutung im NS-Regime näher durchleuchtet.

8.3. Joseph Goebbels und das NS-Regime

Joseph Goebbels war nach Adolf Hitler der zweitwichtigste Mann des NS-Regimes vor und während des Zweiten Weltkrieges. Er verfügte über die Möglichkeit, die öffentliche Meinung zu dirigieren und zu leiten. Es lässt sich vermuten, dass ohne sein Zutun der Krieg niemals in dieser Dimension hätte geführt werden können.

Willi A. Boelcke beschäftigte sich in seinem Werk „Kriegspropaganda 1939-1941“ unter anderem auch sehr eingehend mit der Person Joseph Goebbels:

„Gemessen an den politisch-propagandistischen Traditionen, denen wir schon mit den Anfängen staatlichen Lebens begegnen, füllte das Leben und das Wirken des Dr. Paul Joseph Goebbels eine verschwindend kleine Zeitspanne. Doch sie war lang genug, um die Gewalt der politischen Propaganda zu entfesseln und in einer Weise wirksam werden zu lassen, wie es bis dahin kaum grausamer und erschreckender geschehen war. Nicht einmal anderthalb Jahrzehnte stand Deutschland, und nicht das Deutsche Volk alleine, unter dem Einfluss jener geistigen Opiate, die die Goebbelssche Propagandakunst täglich hervorbrachte. Aber diese relativ kurze Zeit demonstrierte aller Welt, welche ungeheuerliche Macht, welche zerstörerische

suggestive Kraft aller Propaganda innewohnen kann und von ihr auszugehen, vermochte.“ (Boelcke: 1996. S. 11)

Aus heutiger Sicht lässt sich vermuten, dass während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg die Gegner Deutschlands dazu neigten, das nationalsozialistische Propagandasystem und die Rolle die es bei der Sicherung und Aufrechterhaltung der Herrschaft des Dritten Reiches, zu unterschätzen. (vgl. Bramsted:1971, S.11)

„Obgleich man Goebbels‘ erstaunlich vielseitige Talente, seine Geschicklichkeit in Dingen der Taktik, seine Triebkraft und Tüchtigkeit und – was allerdings schwer abschätzbar ist – die Wirkung, die seine Bemühungen auf das deutsche Volk gehabt haben, vollauf anerkennen muss, gibt es wenig Beweise dafür, dass dieser unermüdliche Verkünder seines Führers in den Jahren nationalsozialistischer Herrschaft wesentlichen Einfluss auf Hitlers wichtigste politische Entscheidungen gehabt hätte.“ (Bramsted:1971, S.11)

Wenn man die Tätigkeiten des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda verstehen möchte, muss man einerseits den Charakter und die Mentalität seines Ministers begreifen und andererseits muss man wie ein totalitärer Staat die damals modernen Massenmedien (Presse, Radio, Kino) und die riesigen Massenversammlungen konzentrierte und handhabte. Die historische Bedeutung von Goebbels liegt sowohl in seiner auf Effekte zielenden Politik und auch seiner hohen Stellung, durch diese es ihm möglich war, sich in einem totalitären System volle Geltung zu verschaffen. (vgl. Bramsted:1971, S.11f) *„Ein erfolgreicher Propagandist des zwanzigsten Jahrhunderts muss zwei Fähigkeiten besitzen, er muss die Gefühle und Gedanken der Massen intuitiv erfassen, und er muss imstande sein, ihnen Nachrichten zu übermitteln, die ihre Aufmerksamkeit fesseln, die ebenso einfach wie anziehend sind.“* (Bramsted:1971, S.15)

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, soll laut Gründungserlass, das Ziel verfolgen *„Aufklärung und Propaganda unter der Bevölkerung über die Politik der Reichsregierung und den nationalen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes voranzutreiben.“* (Reuth:1990, S.269) In Wahrheit handelte es sich jedoch um eine *„geistige Mobilmachung bei den Menschen in Gang zu setzen, sie so lange zu bearbeiten, bis sie uns verfallen sind.“* (Goebbels:1933 zit. In: Reuth:1990, S.269) *„Das Volk müsse anfangen, einheitlich zu denken, einheitlich zu*

reagieren und sich der Regierung mit ganzer Sympathie zur Verfügung zu stellen." (Goebbels:1933 zit. In: Reuth:1990, S. 269) Das Volk als williges Instrument Hitlers spiegelte Goebbels Vorstellung von einem *„einig Volk"* (Goebbels:1933, zit. In: Reuth:1990, S.270) wieder. (vgl. Reuth:1990, S. 270) „*Wenn diese Regierung entschlossen sei, niemals zu weichen, niemals, nimmer und unter keinen Umständen, dann werde sie sich auf Dauer nicht damit zufrieden geben können, 52 Prozent hinter sich zu wissen, um damit die übrigen 48 Prozent zu terrorisieren, sondern sie werden ihre nächste Aufgabe darin sehen, die übrigen 48 Prozent für sich zu gewinnen."* (Goebbels:1933 zit. In: Reuth:1990, S 270)

8.3.1. Das Leben von Joseph Goebbels

Dr. Paul Joseph Goebbels wurde am 29. Oktober 1897 in der deutschen Industriestadt Rheydt geboren. Sein Vater, Friedrich Goebbels, war Buchhalter in der Dochtfabrik W.H. Lennartz in Rheydt. Seine Mutter, Maria Katharina Goebbels, war die Tochter eines Hufschmiedes und kam aus der Gegend von Aachen. (vgl. Hachmeister, 2005 S.11)

Goebbels hatte sechs Geschwister, wuchs jedoch nur mit vier von ihnen auf, da zwei seiner drei Schwestern im Kindesalter starben. Nur die jüngste Schwester, Maria Goebbels, überlebte. Goebbels Vater übte schon sehr früh enormen Druck auf seine Söhne aus. Er wollte, dass seine Nachkommen von der kleinbürgerlichen in die gutbürgerliche Gesellschaft aufsteigen. (vgl. Altstedt:1999. S.10)

„So sehr Joseph und seine Geschwister die „spartanische Zucht" ihres Vaters fürchteten, so sehr schätzen sie die Güte ihrer zu Schwermut neigenden, schlichten Mutter. Mit ihr verband Joseph eine besonders innige Verbindung und auch sie war ihrem Viertgeborenen sehr zugetan." (Reuth:1990, S.13)

Drei Merkmale aus Goebbels Kindheit und Jugend sind wichtig, um den Propagandisten Goebbels zu kennen. Seine körperliche Missbildung ist das erste dieser Merkmale. Im kindlichen Alter erlitt er eine Kinderlähmung; sein linkes Bein war nicht nur gelähmt, sondern zusätzlich noch zehn Zentimeter kürzer, als das rechte Bein. Später ließ er die Menschen in dem Glauben, dass er während dem Ersten Weltkrieg verwundet worden sei und daher seine Behinderung käme, doch in Wahrheit hatte er nie als Soldat gedient. (vgl. Bramsted:1971, S. 47) Diese Lüge, die er der Welt erzählte, spiegelte seinen seit jeher in ihm lebenden

Wunschgedanken, dass er Teil des Krieges sein hätte können, wieder. 1914 schrieb Goebbels in einem Schulaufsatz: „*der Soldat, der für Weib und Kind, für Herd und Haus, für Heimat und Vaterland hinauszieht, um sein frisches junges Leben dahinzugeben, leistet dem Vaterland den vornehmsten und ehrenvollsten Dienst.“* (Goebbels:1914 zit. In: Reuth:1990, S22f)

„Seine Rivalen und diejenigen, die ihm kritisch gegenüberstanden, haben sich, vielleicht zu oft, auf seine Missgestalt berufen. […] seine boshaften Bemerkungen hinter dem Rücken anderer, sowie seine Eifersucht besser aussehenden Rivalen gegenüber, lassen sich teilweise aus seiner physischen Beeinträchtigung erklären; aber seine Talente waren wenig durch sie beeinflusst. Goebbels‘ melodische rheinländische Stimme und seine enorme rednerische Begabung sind ebenso charakteristisch für ihn wie sein „unnordisches“ Aussehen und seine Lähmung; sie aber kann die Redegabe nicht „erklären“, obwohl es wahr ist, dass die physische Behinderung seinen Witz, seine angeborene Rastlosigkeit und seine Bosheit gefördert haben. Einer seiner Rivalen bemerkte nach seinem Tod: „Alle seine Energien mussten sich in einem Brennpunkt sammeln: diesen Gesunden, Frohen, Geraden zu zeigen, dass er auch etwas leisten konnte.““ (Bramsted:1971, S.47f.)

Das zweite dieser Merkmale war, dass er aus kleinbürgerlichen Verhältnissen einer kleinen rheinländischen Industriestadt stammte; „*seine Vorfahren kamen aus den unteren Bevölkerungsschichten“.* (vgl. Bramsted:1971, S. 48)

Entgegen dem Wunsch des Vaters, der seinen Sohn im Staatsdienst sehen wollte, schrieb sich Goebbels an der philosophischen Fakultät ein. Goebbels erwähnte vielmals, wie sehr es ihn bedrücke, dass er nie in den Staatsdienst eintreten konnte, jedoch war ein Vorteil davon, dass er seine Studien sofort aufnehmen konnte. Zu dieser Zeit war es üblich, dass Studenten in Deutschland an mehreren Universitäten studierten, jedoch kaum einer im selben Übermaß wie Joseph Goebbels; denn er besuchte acht Universitäten: Bonn, Freiburg, Heidelberg, Würzburg, Köln, Frankfurt, Berlin und München und promovierte schließlich 1921 in Heidelberg. (vgl. Bramsted:1971:S.48f.)

Das dritte, wichtige Merkmal, um den Agitator Goebbels zu verstehen ist der Katholizismus. Seine beiden Eltern waren fromme Katholiken, die regelmäßig mit ihren Kindern beteten. Durch seine schulischen Erfolge, hegten seine Eltern

Hoffnungen, dass ihr kränkliches Kind später Priester werden könnte, was für die Katholiken in ihrer Schichte eine große Ehre war. (vgl. Bramsted:1971: S.50)

Er trat dem „Unitas“ Verband (einer katholischen Korporation) in Bonn bei, jedoch nachdem diese einen seiner Freunde ausschloss, trat er wieder aus. Zur Unzufriedenheit seiner Eltern scheint sich Goebbels hier schon vom katholischen Glauben abgewendet zu haben. Schon bald sollte für Goebbels der Führer den Platz des Erlösers einnehmen. Im Gegensatz zu Hitler und Himmler konnte er jedoch seine katholische Erziehung nie ganz ablegen, dies zeigt sich unter anderem darin, dass er seine Kinder taufen ließ. Auch wenn er den Katholizismus nicht mehr auslebte, konnte er ihrer Macht und Anziehungskraft doch viel abgewinnen und hatte absolut kein Verständnis für liberale oder protestantische Überzeugungen. (vgl. Bramsted:1971, S. 51) *Lange bevor Goebbels mit Hitler und der nationalsozialistischen Partei in Berührung kam, befürwortete er einen autoritären Kollektivismus, eine Art „wohlwollender“ Diktatur. Hitler wurde in seinen Augen ein Übermensch, der mit unanfechtbarer Autorität ex cathedra sprechen durfte.“* (Bramsted:1971, S. 52)

Sein Studium diente zwar dazu seinen unruhigen Intellekt zu nähren, jedoch war die Universität nicht der richtige Ort für seine Ambitionen und Talente. Aufgrund seiner Verkrüppelung und seiner Intention sich aus den einfachen Verhältnissen seiner Vorfahren zu erheben, war er erfüllt von dem Wunsch *jemand zu sein.* Rückblinkend scheinen seine ersten misslungenen Versuche journalistischer Ambitionen eine wichtige Rolle in seinem ausgeprägten Antisemitismus gespielt zu haben. Kurz nach seinem Abschluss an der Universität versuchte er eine Anstellung beim „Berliner Tagesblatt“ zu erlangen. Seine eingereichten Artikel befassten sich von *„Sozialisierung“* bis hin zu *„Christliche Gedanken und Sozialismus“*. Der damalige Chefredakteur des „Berliner Tagesblatts“, Theodor Wolff, der wie auch der Zeitungsbesitzer, Jude war, schickte jedoch alle wieder an ihn zurück. (vgl. Bramsted:1971, S. 50)

8.4. Die Denunzierung der Juden

„*Die Juden sind eine Rasse, die ausgetilgt werden muss; wo immer wir nur einen erwischen, geht es mit ihm zu Ende.“* – Generalgouverneur Hans Frank. (Frank zit. In: Bramsted:1971, S. 497)

Seit Beginn der Zwanzigerjahre war Goebbels ein unbekehrbarer Nationalsozialist. Sein fanatischer Antisemitismus war ein Mittel für seine geschickte Propaganda. Sein blanker Hass gegenüber dem jüdischen Volk, könnte aus einem Minderwertigkeitsgefühl gegenüber einer erfolgreichen und für ihn fremdartigen Menschengruppe stammen. (vgl. Bramsted:1971, S. 497) Schon im Jahr 1929 schrieb er im *„Angriff“*: *„Wer den Juden schont, der versündigt sich am eigenen Volk. Man kann nur Judenknecht oder Judengegner sein. Die Judengegnerschaft ist eine Sache der persönlichen Sauberkeit.“* (Goebbels:1929 zit. In: Bramsted:1971, S. 497)

In den Jahren als Joseph Goebbels als Minister tätig war, durchlief er in seiner antisemitischen Propaganda verschiedene Phasen, in der Wahl der Methoden zeigte sich die Konsequenz seiner judenfeindlichen Einstellung, die sich im Laufe der Zeit nie wirklich änderte, jedoch intensivierte. (vgl. Bramsted:1971, S. 498) Ende August 1941 schrieb Goebbels in sein Tagebuch: *„Ich habe den Kampf gegen das Judentum in Berlin im Jahr 1926 aufgenommen und es wird mein Ehrgeiz sein, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis der letzte Jude Berlin verlassen hat.“* (Goebbels:1941 zit. In: Bramsted:1971, S. 498) Während der Jahre des Dritten Reiches arbeiteten Goebbels und Hitler taktisch daraufhin die Juden zu vertreiben, nicht nur aus Berlin, sondern aus ganz Deutschland; zwar änderten sie oft die Mittel, jedoch das Endziel der Massenvernichtung verloren sie nie aus den Augen. (vgl. Bramsted:1971, S.498)

Am 1. April 1933 wurde durch die SA ein Boykott jüdischer Geschäfte, und auch jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte organisiert, die als Antwort für die „Gräuel-und-Boykott-Aktion“, die angeblich von jüdischen Organisationen in London und New York gegen das neue Regime in Deutschland durgeführt worden waren, dienen sollte. Wenige Tage nach dem feierlichen „Tag von Potsdam“, am 21. März, an dem Reichskanzler Hitler und Präsident von Hindenburg in einem gemeinsamen Auftreten der Nation die Verbindung des alten Preußen und des modernen

Nationalsozialismus aufzeigten, wurden diese ersten öffentlichen judenfeindlichen Maßnahmen der Hitler-Regierung bekanntgegeben. Die judenfeindlichen Vorgehensweisen von Hitler und Goebbels wurden von Hindenburg nicht gerne gesehen, weswegen sie vorsichtig vorgehen mussten. (vgl. Bramsted:1971, S.498)

Goebbels Rede am Tag der Ausrufung des Boykotts in Berlin war zwar noch nicht so radikal wie sie in späteren Jahren werden würden, enthielt jedoch schon viele seiner auch später noch gebrachten antijüdischen Argumente. Er sprach von der internationalen Macht des Judentums, das sich gegen das Dritte Reich verschworen hat und fügte das Schlagwort der Kollektiv-Verantwortung hinzu, was so viel bedeutet, wie dass man die deutschen Juden verantwortlich machen könne, was andere Juden im Ausland getan haben. (vgl. Bramsted:1971, S. 498) „*Wenn sie heute erklären“,* verkündete Goebbels, *„sie könnten nichts dafür, wenn ihre Rassengenossen in England und Amerika das nationale Regiment in Deutschland in den Kot zerren, dann können wir auch nichts dafür, wenn das deutsche Volk sich an ihnen schadlos hält.“* (Goebbels:1933 zit. In: Bramsted:1971, S.498)

In seinen Ansprachen bediente er sich oft dem Element der Drohung. „*Wenn in den nächsten drei Tagen*“, erklärte er „*die jüdische Gräuelhetze im Ausland völlig verstumme, sei die Regierung bereit, den Juden wieder normale Lebensbedingungen zu gewähren, wenn aber nicht, so wird der Boykott so aufgenommen, dass er das deutsche Judentum vernichtet.*“ *„Nun sei es an den Juden, sich vorzusehen.“* (Goebbels:1933 zit. In: Bramsted:1971, S.499) Goebbels bemühte sich, seine Zuhörer zu überzeugen, dass der antijüdische Boykott der Wille des Volkes ist, denn wenn er auch durch die Regierung verlangt wird, täten sie dies nur um den Wunsch des Volkes umzusetzen. (vgl. Bramsted:1971, S. 499) „*Das Volk wird mit uns durch dick und dünn gehen*“, behauptete Goebbels. „*Das Volk versteht uns. Wenn die nationalsozialistische Parteileitung den Boykott nicht organisiert hätte, dann wäre er aus dem Volk selbst emporgestiegen.*“ (Goebbels:1933 zit. In: Bramsted:1971. S. 499) Goebbels war stets bemüht, die antisemitischen Maßnahmen als Wunsch des Volkes darzustellen. *„Die Taktik, judenfeindliche Ausschreitungen als spontane Reaktionen der Massen zu rechtfertigen, wird in seiner zweideutigen und unehrlichen Haltung während und nach den antisemitischen Exzessen vom November 1938 deutlich.“* (Bramsted:1971, S.504)

Am Morgen des 7. November 1938 wurde Ernst vom Rath von einem siebzehnjährigen polnischen Juden angeschossen, der angab seine Eltern rächen zu wollen, die in Deutschland von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren. Hitler und Goebbels ergriffen die Möglichkeit die angespannte Situation auszunutzen, um das deutsche Wirtschaftsleben von den Juden zu „befreien“ und ihnen das Leben schwer zu machen. Wenige Stunden nachdem die Schüsse in Paris gefallen waren, wurde bereits eine Notiz an die deutschen Zeitungen ausgegeben, dass „spontane“ Gewalttätigkeiten passieren werden, welche von den Redakteuren in großer Aufmachung auf der Titelseite platziert werden solle. (vgl. Bramsted:1971, S. 504)

„In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, dass das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden haben muss, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland. In Ausdrücken, die der Empörung des deutschen Volkes entsprechen, kann festgestellt werden, dass die jüdische Emigrantenclique, […], auch verantwortlich für dieses Verbrechen sei.“(DNB-Rundruf vom 7.11.1938 zit. In: Bramsted:1971, S.504) Die Instruktionen wurden von der Presse schnellstmöglich umgesetzt. (vgl. Bramsted:1971. S.504)

Am 9. November erlag vom Rath seiner Verletzung; zufällig war dies der Tag an dem die traditionelle Versammlung der Parteiführung in München stattfand, sie diente als Erinnerung an den misslungenen Hitlerputsch im November 1923. Am Ende des Tages kamen die alten Parteimitglieder im Rathaus zusammen, auch Hitler war anwesend, aber er hielt keine Ansprache. Er dürfte Goebbels den Befehl erteilt haben, schwere Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden in die Wege zu leiten. Als Hitler die Versammlung verlassen hatte, hielt Goebbels eine Rede. (vgl. Bramsted:1971. S.505)

Der genaue Wortlaut ist nicht erhalten, aber indirekte Beweise sprechen dafür, dass sie *„absichtlich doppelsinnig war, dieselbe Richtung wie die Pressekampagne der vorhergehenden Tage verfolgte und eine Aufforderung zu judenfeindlichen Gewalttaten enthielt, ohne dies wörtlich auszusprechen. Sie rief zur Aktion auf, ohne auszuführen, welche Art von Aktion sie meine und wer sie auszuführen habe.“* (Bramsted:1971. S.505)

Eine vom Obersten Parteirichter herausgegebene, vertrauliche Mitteilung erklärte: *„Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen Parteiführern so verstanden worden, dass die Partei draußen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte.[…]“* (Bericht vom Obersten Parteirichter zit. In: Bramsted:1971, S.505)

„Das Ergebnis der von Goebbels gegebenen verworrenen Instruktionen war ein Sturm von Plünderungen, Raub und Brandstiftungen der über jüdischen Besitz hereinbrach. Bis zum 11. November wurden 191 Synagogen in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert und über tausend jüdische Geschäfte zerstört. Rund 20 000 Juden wurden festgenommen und die meisten von ihnen in Konzentrationslager gebracht.“(Bramsted:1971, S.505)

Goebbels war bemüht, die Ereignisse einem Ausbruch der Volks-Wut zuzuschreiben. Am nächsten Morgen berichtete der „Völkische Beobachter“, dass sich *„im gesamten Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen entwickelt“* hätten, und dass *„die tiefe Empörung des Volkes sich dabei auch vielfach in starken antijüdischen Aktionen Luft gemacht“* habe. (Völkischer Beobachter: 11.11.1938 zit. In: Bramsted:1971, S.505) Goebbels selbst schrieb am 12. November in derselben Tonart, leugnete aber entschieden, dass die Regierung etwas damit zu tun gehabt habe. *„Man erklärt, die spontanen Reaktionen des deutschen Volkes seien durch organisierte Mannschaften durchgeführt worden. Wie wenig Ahnung doch diese Zeilenschinder von Deutschland haben! Wie erst hätten diese Reaktionen ausgesehen, wären sie organisiert gewesen!“*(Goebbels:1938 zit. In: Bramsted:1971, S.505)

Goebbels beharrte darauf, dass die Reaktionen auf den *feigen Meuchelmord* spontan aus dem Volk empor traten, und nicht von der Regierung organisiert wurden. In Wirklichkeit wurden die im Laufe der Aktion begangenen Verbrechen, wie Plünderung und Vergewaltigung, der Jurisdiktion der ordentlichen Gerichte entzogen und umgehen dem Obersten Gerichtshof der Partei überstellt. In dem Urteil, das drei Monate später gefällt wurde, das nur die höheren Kreise der Partei lesen durften, wurden die zweideutigen Instruktionen, die von Goebbels an die Parteileiter ging, zaghaft kritisiert: (vgl.Bramsted:1971, S.505f) *„Auch die*

Öffentlichkeit weiß bis auf den letzten Mann, dass politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht. Wenn in der Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muss das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei.“(Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring zit. In: Bramsted:1971, S.506)

„Auslandskorrespondenten, die die Angriffe auf jüdische Synagogen und Geschäfte mit angesehen hatten, telegrafierten sofort an ihre Zeitungen lange Berichte über brennende Synagogen, demolierte Auslagen, verprügelte Juden und Horden von Nazis, die durch die Straßen zogen und schrien „Juda verrecke!““ (Bramsted:1971, S.506)

Überraschend nahm Goebbels am nächsten Tag bei der Tageskonferenz für ausländische Korrespondenten teil und verlautbarte, dass all jene Berichte über *„angebliche Plünderungen und Zerstörungen von jüdischem Besitz, dreckige Lügen seien Den Juden ist kein Haar gekrümmt worden.“* (Bramsted:1971, S.506)

Als Vorwand für weitere antisemitische Maßnahmen wurde behauptet, dass das Volk dies, aus Empörung über die Hetze des internationalen Judentums, verlange. Hermann Göring, ein nationalsozialistischer Politiker, verkündete bei einer Konferenz, dass den deutschen Juden eine Strafe von einer Milliarde Mark auferlegt werden sollte. Joseph Goebbels drang ihn sich zu vergewissern, dass niemand dieser Strafe entging. Ein weiteres Ziel war es alle Synagogen verschwinden zu lassen, darüber hinaus sollten die Juden selbst alle beschädigten oder halb verbrannten Synagogen abtragen und auch noch für die Arbeit zahlen. Als nächster Schritt durfte kein Jude mehr deutsche Theater, Kinos und Zirkusse besuchen. Goebbels Wunsch war es, die „Rassen“ überall zu trennen, so sollte es auch in Zügen eigene Abteile für Juden geben und sobald diese besetzt waren, hätten die Juden kein Anrecht mehr auf einen Sitzplatz und mussten im Gang stehen. Deutsche Kurorte, Seebäder und Erholungsheime waren für Juden verboten und auch in Parkanlagen durften sie nur auf Bänken mit dem klaren Hinweise „Nur für Juden“ Platz nehmen. Goebbels beharrte weiterhin darauf, dass all diese schmähenden Maßnahmen eine Folge der Volks-Wut seien, jedoch erscheinen diese rückblickend aus seinem blinden Hass gegenüber dem jüdischen Volk entsprungen zu sein. (vgl. Bramsted:1971, S.506f)

In den Augen von Goebbels war das Vorhaben den Antisemitismus auf die ganze Welt auszubreiten, lediglich eine Frage von geübter Manipulation und geschickt angewendeter und gegebenenfalls getarnter Propaganda. (vgl.Bramsted:1971,S.510) *„Die Judenfrage wird, wie der Führer meint, in England von ausschlaggebender Bedeutung werden. Wir müssen nur unsere Propaganda klug und geschickt auf dieses Ziel einstellen, dürfen nicht allzu dick in unserer Tendenz werden und müssen sie mehr in die Nachrichten legen, als in die Vorträge.“*(Goebbels:1945 zit. In: Bramsted:1971, S.510) Goebbels und Hitler hielten an der Idee fest, dass es eine weltumfassende jüdische Verschwörung gebe, diese Idee gepaart mit ihrem pathologischen Hass trieb sie dazu eine „Endlösung“ für das „jüdische Problem“ zu forcieren. (vgl. Bramsted:1971, S.512)

8.5. Dr. Goebbels und seine Propaganda

Am 13. März 1933 wurde Dr. Joseph Goebbels als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda vereidigt. (vgl.Reuth:1990, S.269) Schon in der offiziellen Bezeichnung des Amtes kann man die damit verbundene Aufgabe herauslesen; Goebbels und das von ihm geführte Ministerium hatten die Aufgabe das deutsche Volk mit Hilfe von Propaganda „aufzuklären“. (vgl. Toepser-Ziegert:1984, S.11) Im Gründungserlass war die Zielsetzung des Ministeriums wie folgt niedergeschrieben: *„Aufklärung und Propaganda unter der Bevölkerung über die Politik der Reichsregierung und den nationalen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes voranzutreiben.“* (Reuth:1990, S.269) In Wahrheit strebten sie jedoch eine *„geistige Mobilmachung bei den Massen in Gang zu setzen, sie so lange zu bearbeiten, bis sie uns verfallen sind“.* (Goebbels:1933 zit. In: Reuth:1990, S.269)

„*Nicht Informationen, nicht Mitteilungen von Tatsachen, nicht sachliche Berichterstattung, nicht Aufhellung dunkler Hintergründe sollte dieses Reichsministerium leisten, […], sondern es sollte Werbung betreiben. Die politischen Ziele der nationalradikalen Regierung Adolf Hitlers und seiner Helfer sollten durch Agitation, durch Stimmungsmache, durch ein Trommelfeuer von Behauptungen die Bürger injizieren, die nichts anderes erfahren sollten, als die Argumente der allein regierenden Partei, deren Regierung keiner Kontrolle unterstand. Das Parlament, dessen Name erhalten wurde, wurde zu einem Instrument der Propaganda entwürdigt. Welche Institution, welches Amt, welcher*

Mensch auch immer sprechen, schreiben und tätig sein konnte – vom Regierungsantritt der Nationalsozialisten an, sollten alle allein der neuen Regierungsgewalt gefügig sein.“ (Toepser-Ziegert:1984, S.11)

8.6. Propaganda für Massenvernichtung

Sofort ab seiner Amtsübernahme ging Goebbels seiner selbst definierten „Pflicht“ nach, seine Mittel gegen jene einzusetzen, die seiner Meinung nach Schuld hatten am Unglück Deutschlands in der Vergangenheit und die er auch als Gefahr für den Fortbestand der Nation sah; die Juden. (vgl. Reuth:1990, S. 280)

Die immer wiederkehrenden antisemitischen Parolen in den Artikeln Goebbels dienten deinem doppelten Zweck; einerseits schrieben sie den Juden die Schuld des Krieges zu und andererseits sollten sie das Volk dahingehende sensibilisieren, dass es die ständige Verleumdung und die in den späteren Jahren (1941-1944) durchgeführten Abtransporte akzeptierte, wenn nicht sogar guthieße. Das Schlagwort „die große Verschwörung“, das Bezug nahm auf sowohl die Juden in Deutschland, als auch die in anderen Ländern, diente dem Zweck das Volk für die Schritte zur Liquidierung des jüdischen Volkes vorzubereiten. (vgl. Bramsted:1971, S. 512) „*In der Judenfrage kann ich mich beim Führer vollkommen durchsetzen*“, schreibt er in sein Tagebuch. „*Er ist damit einverstanden, dass wir für alle Juden im Reich ein großes sichtbares Judenzeichen, das von den Juden in der Öffentlichkeit getragen werden muss, so dass alsdann die Gefahr beseitigt wird, dass die Juden sich als Meckerer und Miesmacher betätigen können, ohne überhaupt erkannt zu werden. Auch werden wir den Juden, soweit sie nicht arbeiten, in Zukunft kleinere Lebensmittelrationen zuteilen als dem deutschen Volke. Wer nicht arbeitet, soll nicht essen. […] Im Übrigen sagt der Führer mir zu, die Berliner Juden von Berlin in den Osten abzuschieben. […]“* Goebbels war beharrlich: „Berlin“, erklärte er, „*muss eine judenfreie Stadt werden. Es ist empörend und ein Skandal, dass in der Hauptstadt des Deutschen Reiches sich 76 000 Juden, zum größten Teil als Parasiten, herumtreiben können. Sie verderben nicht nur das Straßenbild, sondern auch die Stimmung. Zwar wird das schon anders werden, wenn sie ein Abzeichen tragen, aber ganz abstellen kann man das erst dadurch, dass man sie beseitigt. […]“*(Goebbels:1941, zit. In: Bramsted:1971, S. 513f)

Kurze Zeit später und zwar im September 1941, wurde es für alle Juden in Deutschland Pflicht den gelben Judenstern zu tragen und kurz darauf begannen die Deportationen in den Osten. Zeitgleich war die Massenvernichtung der Juden in Ausschwitz und anderen Konzentrationslagern im Osten schon voll im Gange. (vgl. Bramsted:1971: S.512ff.)

„Aus dem Generalgouvernement werden jetzt, mit Lublin beginnend, die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig. Im Großen kann man wohl feststellen, dass 60% davon liquidiert werden müssen, während nur noch 40% in die Arbeit eingesetzt werden können", schrieb Goebbels in sein Tagebuch. (Goebbels:1942 zit. In: Bramsted:1971, S 516)

„[…] Jedenfalls ist es das Ziel des Führers, Westeuropa gänzlich judenfrei zu machen. Hier dürfen sie keine Heimstätte mehr haben.", schrieb Goebbels in sein Tagebuch. (Goebbels:1942 zit. In: Bramsted:1971, S.517) Im Frühjahr 1943 war die Verschleppung der Juden aus Berlin schon weit fortgeschritten, aber unerwartete Hindernisse stellte sich ihnen in den Weg: „*Wir schaffen nun die Juden endgültig aus Berlin hinaus*", schrieb Goebbels Anfang März in sein Tagebuch. „*Sie sind am vergangenen Samstag schlagartig zusammengefasst worden und werden nun in kürzester Frist nach Osten abgeschoben. Leider hat sich auch hier wieder gezeigt, dass manche unsere Judenpolitik nicht verstehen und sich zum Teil auf die Seite der Juden stellen. Infolgedessen ist unsere Aktion vorzeitig verraten worden, so dass uns eine ganze Menge von Juden durch die Hände gewischt sind. Aber wir werden ihrer doch noch habhaft werden.*" (Goebbels:1943, zit. In: Bramsted:1971, S.518)

Eine Woche später klagte er, „*dass die Juden an einem Tag verhaftet werden sollten, hat sich infolge des kurzsichtigen Verhaltens von Industriellen, die die Juden rechtzeitig warnten, als Schlag ins Wasser herausgestellt. Im Ganzen sind wir 4 000 Juden dabei nicht habhaft geworden. Sie treiben sich jetzt wohnungs- und anmeldungslos in Berlin herum und bilden natürlich für die Öffentlichkeit eine große Gefahr. Ich ordne an, dass Polizei, Wehrmacht und Partei alles daransetzen, diese Juden möglichst schnell dingfest zu machen."* Goebbels war überzeugt, dass *„ich mit der Befreiung Berlins von den Juden eine meiner größten politischen Leistungen vollbracht habe."* (Goebbels:1943 zit. In: Bramsted:1971, S.518)

Ende Mai des Jahres 1943 wurde Großdeutschland als „judenfrei“ erklärt, was jedoch nicht den Tatsachen entsprach. Zu dieser Zeit ordnete der Führer eine schlagkräftige antisemitische Propaganda an, Goebbels unterstütze diese Forderung musste aber klagend feststellen, dass die deutsche Presse diese Anordnung nicht wunschgemäß erfüllte. (vgl. Bramsted:1971, S.519) Am 16. April 1943 wurde den Redakteuren bei einer Pressekonferenz daher mitgeteilt: „*Die Presse müsse sich daran gewöhnen, wenn es gegen die Juden gehe, mit aller Schärfe zu arbeiten. […] Der Antisemitismus sei die schärfste Waffe, derer wir uns bedienen. Er müsse mit aller Nachdrücklichkeit vertreten werden!*“ (Pressekonferenz vom 16. April 1943 zit. In: Bramsted:1971, S.519) Die Auswirkungen, die die antijüdische Kampagne auf das Ausland hatte, war für die Propagandisten von zentraler Bedeutung, wichtiger sogar die Wirkung, die sie in Deutschland hatte. Die Ministerkonferenzen und Presseanweisungen dienten weiterhin dem Zweck den Redakteuren exakt vorzugeben, wie sie die Artikel über den fortschreitenden Ausschluss der Juden aus dem wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben Europas formulieren sollten und welche Gegebenheiten sie nicht thematisieren sollten. (vgl. Bramsted:1971, S.520f)

Folgendes waren typische Anweisungen:

„Ausrichtung.

Betonen: Würden wir diesen Krieg verlieren, so fallen wir nicht in die Hände irgendwelcher anderer Staaten, sondern werden alle vom Weltjudentum vernichtet. Das Judentum ist fest entschlossen, alle Deutschen auszurotten. Völkerrecht und Völkerbrauch schützen nicht vor dem totalen Vernichtungswillen der Juden. Also Notwendigkeit, unter allen Umständen zu siegen und Rückschlägen die Stirn zu bieten.“ (Bramsted:1971, S.521)

Die Machthaber gaben deutlich zu verstehen, dass die Deportation europäischer Juden in den Osten keinesfalls erwähnt werden sollte.

Daher die negative Anweisung:

„Vermeiden: Kritik an den Maßnahmen einzelner Länder (vielmehr ist jede Maßnahme erwähnenswert die Ausdruck des gemeinsamen europäischen Kampfes

gegen das Judentum ist) – Untersuchungen darüber, wieweit bestehende gesetzliche Maßnahmen durchgeführt werden.“ (Bramsted:1971, S.521)

„Betonen: Es gibt keine „anständigen Juden“, sondern es gibt nur mehr oder weniger geschickte Tarnung. Der Jude ist ein notorischer Verbrecher. Unter den zur Diskussion stehenden Punkten seien um jeden Preis religiöse Kontroversen wie „War Christus ein Jude?“ zu vermeiden.“ (Bramsted:1971, S.521)

Trotz des absichtlichen Verschweigens der Massenmorde und der Vergasung mehrerer Millionen Juden in Ausschwitz und anderen Konzentrationslagern, wurden taktlose Argumente gebracht um die massenhafte Vernichtung von Menschen zu rechtfertigen. (vgl. Bramsted:1971, S. 522) „*Die Vernichtung des Judentums ist kein Verlust für die Menschheit, sondern für die Völker der Erde ebenso nützlich wie Todesstrafe oder Sicherungsverwahrung für kriminelle Verbrecher. Auch machen wir keinen Unterschied zwischen dem biblischen Volk Israel und den heutigen Juden, denn beide sind kriminell.*“ (Goebbels:1943 zit. In: Bramsted:1971, S. 522) Es besteht kaum Zweifel, dass Goebbels, geschürt durch seinen pathologischen Hass, diesen Unsinn tatsächliche glaubte. Dieser Hass erstreckte sich zu dieser Zeit auch schon auf jene Arier, die einen jüdischen Partner geheiratet hatten und sich weigerten sich scheiden zu lassen. (vgl. Bramsted:1971, S.522f.)

„*[…] das Leben des einzelnen interessierte Goebbels wenig, besonders dann nicht, wenn dieser sich nicht der offiziellen Richtung unterwarf.“* (Bramsted:1971, S. 523)

9. Flucht vor dem Nationalsozialismus

Sofort nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden alle demokratischen Spielregeln außer Kraft gesetzt. Nach dem Brand des Reichstages am 27. Februar 1933 wurde die Reichstagsbrandverordnung erlassen und damit die Basis für die „legale“ Verfolgung der Kommunisten geschaffen. Seit Hitler Reichskanzler geworden war, ging der Staat aber nicht nur gegen Kommunisten vor, sondern auch gegen all jene, die in der Zeit der Weimarer Republik gegen den Nationalsozialismus gearbeitet hatten. (vgl. Heid, 2015)

In den ersten Wochen und Monaten nach der Machtübernahme kam es zur ersten Flüchtlingswelle, bei der 30.000 bis 40.000 politische Gegner aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen und Verfolgung aus dem Land flohen. Die ersten

Zufluchtsländer waren Frankreich und die Tschechoslowakei, damit wurden Paris und Prag die wichtigsten Zentren des politischen Exils. Auf der Liste der Geflohenen finden sich so prominente Namen wie die SchriftstellerInnen Thomas Mann, Anna Seghora und Berthold Brecht, Politiker wie Willi Münzberg von der KPD, und auch der Begründer der Psychoanalyse, Sigmund Freud, ging ins Exil nach London. (vgl. Scriba, 22.06.2015)

Der zunehmende Antisemitismus in Deutschland brachte auch viele Juden dazu emigrieren zu wollen, zunächst vorzugsweise in die Nachbarländer und nach Großbritannien. Der Geschäftsboykott vom 1. April 1933, bei dem die Parolen wie: „Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!“, im ganzen Reich zu einem Boykott jüdischer Geschäfte, aber auch von Anwälten und Ärzten aufgerufen wurde und die kurz darauf erlassenen antijüdische Gesetze führten dazu, dass im Jahr 1933 37 000 Juden aus Deutschland flohen. (vgl. Scriba, 23.06.2015) Die nächste Auswanderungswelle ereignete sich nach Erlass der Nürnberger Gesetze und dem Pogrom vom 9. November 1938, als an die 78 000 Menschen panikartig Deutschland verließen. Zum Zeitpunkt des endgültigen Auswanderungsverbots im Oktober 1941, waren fast die Hälfte der 525 000 Juden, die 1933 noch in Deutschland gelebt hatten, geflohen. (vgl. Scriba, 22.06.2015)

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an Deutschland flohen innerhalb weniger Monate ca. 130 000 der in Österreich lebenden 206 000 Juden vor dem NS-Regime. Vor allem diejenigen, denen all ihr Vermögen geraubt worden war, hatten Schwierigkeiten in anderen Ländern aufgenommen zu werden, da sich die meisten von ihnen gegen die Einwanderung mittelloser Juden wehrten. Die meisten Flüchtlinge hatten das Europäische Ausland oder Palästina zum Ziel, später wurden dann die USA zum gewünschten Einwanderungsland, nachdem die amerikanische Regierung aufgrund der antisemitischen Vorkommnisse im Deutschen Reich die Einwanderungsbestimmungen für Juden ein wenig gelockert hatten. (vgl. Scriba, 22.06.2015)

Im Gegensatz zu jüdischen Emigranten wollte man die Flucht politischer Gegner verhindern, denn es bestand verständlicherweise die Befürchtung, dass die Emigration nicht nur dazu diente, der Verfolgung zu entkommen, sondern auch dazu, im Ausland die Arbeit und Agitation gegen den Nationalsozialismus wieder

aufzunehmen. Das Ziel der Nationalsozialisten bestand daher darin, ihre Gegner politisch auszuschalten, ihre Organisationen zu zerschlagen und dermaßen Druck auf sie auszuüben, dass sie sich in gesellschaftliche Unauffälligkeit zurückgezogen.

Aus persönlichem Interesse der Verfasserin beschäftigt sich die vorliegende Arbeit hauptsächlich mit den jüdischen Flüchtlingen und der Umgang mit diesen steht auch im Fokus der später folgenden Forschung.

10. Die Geschichte des jüdischen Volkes

Die Aufzeichnungen über die Anwesenheit von sesshaften Juden im heutigen Österreich sind unklar. Sollten in den römischen Provinzen auf dem Boden des heutigen Österreichs Juden gelebt haben, haben sich keine diesbezüglichen Niederschriften erhalten. Wenn auch noch dürftig, beginnen Juden im Frühmittelalter in der Literatur aufzutauchen; hier spricht man jedoch nur von Durchreisenden, noch nicht von den Anfängen jüdischer Besiedlung. (vgl. Brugger:2013, S.123) Im Osten des heutigen Österreich sind die Anfänge einer Besiedlung nachweisbar, jedoch lässt sich nicht eindeutig sagen, an welchem Ort genau und ab wann man von der Existenz einer organisierten Judenschaft sprechen kann. (vgl. Brugger:2013, S. 127)

Erst im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts lässt sich eine jüdische Gemeinde in Wien feststellen. Ferdinand I verlautbarte 1528 eine erste Judenordnung, die 1536 erneut publiziert wurde; diese erlaubt, jedoch unter scharfen Auflagen, einen befristeten Aufenthalt in der Stadt. Durch die Judenordnung wurden die Bedingungen für einen vorübergehenden Aufenthalt, die Kennzeichnungspflicht, die für die Juden verpflichtend war, und das Verbot von „Hantierung, Gewerb & Wechsel, geregelt. (vgl. Brugger:2013, S. 280)

Im Gegensatz zum Begriff des jüdischen Rechts, mit dem das Innere, von Juden für Juden entwickelte Rechtssystem des Judentums bezeichnet wird, versteht man unter „Judenrecht“ die rechtlichen Vorstellungen und Einrichtung, mit denen nicht jüdische Herrscher die Stellung der Juden in der christlichen Gesellschaft zu regeln versuchten. (vgl. Kisch:1978, S. 102)

„Im Juni 1624 wurde vom Präsidenten des Hofkriegsrates der Auftrag erteilt, einen geeigneten Ort außerhalb der Stadt für eine neue „Judenstadt“ zu finden. Die neu

eingerichtete Judenstadt befand sich im heutigen 2. Wiener Gemeindebezirk, in einem von Überschwemmungen bedrohten Gebiet außerhalb der damaligen Stadt. Durch Mauern von der Umgebung abgegrenzt, kam diese Lebenssituation der in einem Ghetto gleich.“ (Brunegger:2013, S.284)

Um 1700 bestanden jüdische Gemeinden nur im heutigen Vorarlberg und dem heutigen Burgenland. Einige Hofjuden durften in Wien ansässig werden, jedoch die Gründung einer Gemeinde war ihnen, obwohl die „Judenschaft“ in Wien stetig wachsend war, bis zur Revolution 1848 streng verboten. (vgl. Lind:2013, S. 339)

„Am Beginn des 20. Jhdt. lebten in Österreich-Ungarn mehr als 2 Mio. Personen mit jüdischem Religionsbekenntnis, das waren circa 19 Prozent der mit 11,1 Millionen bezifferten Weltbevölkerung.“ (Lind:2013, S. 449)

10.1. Die Juden unter dem NS-Regime

„Der Begriff Antisemitismus wurde erst 1879 in Deutschland geprägt und er steht für die Ideologisierung der Judenfeindschaft. Antisemitismus stilisierte die sogenannte „Judenfrage“ zum Schlüssel für die Lösung sozialer und politischer Krisen. Für das Zusammenleben von jüdischer und nicht-jüdischer Bevölkerung hatte dies fatale Folgen, denn ein das individuelle Leben massiv beeinträchtigender Dauerdiskurs der Ausgrenzung und Fremd-Kategorisierung setzte ein, gegen den es kein Mittel zu geben schien.“ (Lind:2013, S. 465ff.)

1933 in Deutschland, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, wurde die Ausgrenzung der Juden noch eindeutiger. *„Bei genauerer Betrachtung der Geschichte des Antisemitismus in Österreich war jedoch seit dem Beginn der 1. Republik eine alarmierende Entwicklung zu beobachten: die Brutalisierung der Sprache und der Handlungen. Dies mag einerseits mit der Militarisierung der Politik durch den Ersten Weltkrieg und die Gewalterfahrungen der Kriegsteilnehmer zusammenhängen, andererseits mit der politischen Dauerkrise in Europa und der Schwäche, der auf Verhandlungen und Willensbildungsprozesse ausgerichteten demokratischen Organisation zu tun haben. Kriminelle, antisemitische Gewalt mündete schon vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Morden.“* (Lichtblau:2013, S. 507ff.)

Zu Beginn der Ersten Republik verband der Antisemitismus die konservativen Christlich-Sozialen und die radikalen Deutschnationalen und ab 1919 fanden sich

Mitglieder beider Gruppierungen in der Dachorganisation „Deutschösterreichischer Schutzverein Antisemiten-Bund“ zusammen. (vgl. Lichtblau:2013, S.508) Nicht lange nach der Gründung der Ersten Republik hatten die Antisemiten schon Erfolge vorzuweisen, denn wenn auch noch in kleinem Ausmaße, gelang es ihnen schon Juden aus dem sozialen Leben auszuschließen. Ihr großes Ziel war es die jüdische und nicht-jüdische Bevölkerung klar abzugrenzen. 1880 kamen die „Arierparagraphen“ zum ersten Mal auf, 38 Jahre später fanden diese schon immer mehr Verwendung in Statuten von Vereinen zum Beispiel. (vgl. Lichtblau:2013, S. 509) Als die Regierung Schuschnigg am 11. März 1938 zurücktreten musste, begann eine Verfolgungswelle, der in Österreich lebenden Juden, die noch weitaus schlimmer werden sollte, als zunächst vermutet. Die Nationalsozialisten waren vorbereitet, denn immerhin gab es schon fünf Jahre Vorarbeit in Deutschland. (vgl. Lichtblau:2013, S.520) *„In Österreich hatte die Schuschnigg-Regierung dem Druck aus Deutschland schon vor dem „Anschluss“ nachgegeben und das Agieren der Nationalsozialisten in Österreich akzeptiert. Als verhängnisvoll erwies sich, dass Österreich überhaupt keinen Widerstand gegen den Einmarsch deutscher Gruppen leistete.“* (Lichtblau:2013, S.520)

Die Phasen bis hin zum Völkermord in Österreich werden von Lichtblau im Werk *„Geschichte der Juden in Österreich“* wie folgt aufgelistet:

1. *„Ab 11. März 1938 begann die von Pogromen begleitete Machtübernahme mit sofortiger Entrechtung, Beraubung und Installierung der Vertreibungspolitik. Hermann Göring versprach im April 1938 Wien innerhalb von fünf Jahren “judenfrei“ zu machen. Mit der Übernahme der Nürnberger Gesetze in Österreich am 20. Mai 1938 wurde klar bestimmt, wer als jüdisch galt bzw. als „Mischling“ definiert wurde. Diese Kategorisierung und Definition der jüdischen Gruppe war Voraussetzung um gezielt gegen sie vorgehen zu können.*
   Als erstes galt es, die Vertreibung zu organisieren. Österreich wurde von Beginn an zur Versuchsstation der Shoa, denn der SS-Mann Adolf Eichmann entwickelte mit seinem Team hier ein Modell, das er später für die Deportation der jüdischen Bevölkerung Europas in die Konzentrations- und Vernichtungslager anwenden sollte: Die Funktionäre der jüdischen Gemeinden wurden gezwungen der SS zuzuarbeiten und alle Schritte der steigenden Gewalt bis hin zur Vernichtung administrativ zu begleiten. Damit waren vier von acht Schritten auf

dem Weg zum Genozid bereits in der frühen Phase des Nationalsozialismus in Österreich gesetzt: Klassifizierung, Symbolisierung (der „Jud“ als das Böse), Dehumanisierung mit den ersten Schritten der Ausgrenzung und Organisation.“ (Lichtblau:2013, S. 520)

2. *„Der fünfte Schritt, die Polarisierung, fand noch im selben Jahr im gesamten Deutschen Reich statt. Mit dem Novemberpogrom 1938 artete die Form der Ausgrenzung endgültig aus. Kriminelle Gewalt, nämlich Mord und Folter, wurde von der Gesellschaft widerspruchslos hingenommen.*
   Die darauffolgend verschärfte Gesetzgebung machte es für die jüdische Bevölkerung nahezu unmöglich, weiterhin zu arbeiten und materiell zu überleben. Das Programm der Dehumanisierung durch Marginalisierung wurde fortgesetzt. Zum Zeitpunkt der Zählung vom 17. Mai 1939 waren nur mehr 3,8 Prozent der jüdischen Bevölkerung berufstätig. Für die Betroffenen begann ein Wettlauf mit der Zeit, die Suche nach Asylländern.“ (Lichtblau:2013, S. 521)

3. *„Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939 brachte die nächste gravierende Verschärfung der Situation. Manche Bedrohte hatten irrtümlich gehofft, dass dadurch von ihnen abgelassen würde. Das Gegenteil war der Fall. Genozide werden nahezu immer von kriegerischen Auseinandersetzungen begleitet. Die organisatorischen Vorbereitungen für die späteren Deportationen wurden getroffen und mit ersten Transporten in das Sumpfgebiet des polnischen Nasko am San erprobt. Zu diesem Zeitpunkt zielte die NS-Politik nicht mehr auf Auswanderung, sondern auf Ausweisung und Konzentration der jüdischen Bevölkerung in den neubesetzten Gebieten im östlichen Polen, während die westliche Region im Sinne der NS-Lebensraum-Ideologie für die Ansiedlung deutscher Bevölkerungsgruppen vorgesehen waren.“* (Lichtblau:2013, S. 521)
4. *„Eine Voraussetzung für Genozide sind Diktatur-Regime, die sich durch Ideologie und Einbindung ihrer Anhänger der Ausführung des Massenmordes sicher sein können. Im September 1941 gab Adolf Hitler den Befehl, das „Reichsgebiet“ „judenfrei“ zu machen. Die Anhänger des Nationalsozialismus glaubten die Wünsche des „Führers“ zu erkennen und wollten sie erfüllen. Die sogenannte Judenfrage war dafür zentral. Die zur Shoa führende Ausgrenzungspolitik war alles andere als geheim, denn sie wurde von vielen*

Gesetzen, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen begleitet, die der Vernichtungspolitik einen scheinlegalen Rahmen geben sollten. Nach Beginn der Deportationen wurde mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 ein Instrument geschaffen, mit dem der Staat auf das zurückgelassene Eigentum der Vertriebenen und dem Tod Ausgelieferten zugreifen konnte" (Lichtblau:2013, S.520f.)

Zur Realisierung von Genoziden, wie auch der Shoa, gehört das Geheimhalten der Massenmorde, in Form von Verbrennen der Leichen, unauffindbare Massengräber und die Errichtung von Vernichtungslager außerhalb des Deutschen Reiches. Der Völkermord betraf nicht nur Juden, sondern auch Roma und Sinti und sowjetische Kriegsgefangene. Der Drang die jüdische Bevölkerung auszulöschen, hielt bis zu den letzten Stunden des NS-Regimes an. (vgl. Lichtblau:2013, S.522)

10.2. Jüdische Auswanderung

Ab dem Zeitpunkt, als die Nationalsozialisten die Macht über Deutschland erlangt hatten, lebten die Juden unter ständiger Bedrohung. Ein wichtiger Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie war der Antisemitismus; schon im Frühjahr 1933 setzten erste anti-jüdische Maßnahmen ein. Mit dem Boykott am 1. April 1933, als dem Volk aufgetragen wurde, jüdische Geschäfte, Anwälte, Banken und Ärzte zu meiden, wollte die NS-Führung veranschaulichen, dass die jüdische Bevölkerung nicht zum deutschen Volk gehörte. Zur damaligen Zeit lebten ca. 525 000 Juden in Deutschland und viele von ihnen waren der trügerischen Überzeugung, dass diese antisemitischen Ausschreitungen nur von kurzer Dauer sein konnten und die Situation bald wieder entschärfte werden würde. Der Boykott vom April 1933 war jedoch erst der Anfang. Sechs Tage später ging das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Kraft, durch dieses konnten nichtarische Beamte gezwungen werden in den Ruhestand zu gehen; durch den Arierparagraphen definiert, galt man mit mindesten einem Eltern- oder Großelternteil schon als nichtarisch. Nahezu alle Organisationen und berufsständischen Vereinigungen übernahmen den Arierparagraphen, so dass viele Juden ihre Erwerbstätigkeit verloren. (vgl. Heid, 2015)

Die erste Welle der jüdischen Auswanderung aus Nazi-Deutschland begann unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten und ging bis ins Jahr 1935; bei dieser Emigrationswelle waren vor allem europäische Nachbarländer das Ziel. 1934, nach dem Röhm-Putsch, waren viele Juden überzeugt, dass der anti-jüdische Terror nachlassen würde und sie gaben sich der trügerischen Hoffnung hin, dass die Juden in Deutschland wieder unter einigermaßen normalen Umständen leben könnten. Die Nürnberger Gesetze im September 1935 zeigten, dass diese Hoffnung sich nicht erfüllen sollte; von nun an waren die deutschen Juden Bürger minderen Rechts. Aufgrund dieser Gesetze erfolgte die zweite Welle der Emigration. Zur selben Zeit setzte eine Binnenwanderung innerhalb Deutschlands ein, da viele der Überzeugung waren, dass sie in Großstädten von der Anonymität profitieren könnten und zusätzlich ermöglichte ein Wohnsitz in einer Großstadt bessere Kontakte zu ausländischen Konsulaten und jüdischen Hilfsorganisationen. Im Gegensatz zur Auswanderung bot die Binnenwanderung keinen Schutz, dies sollten viele jedoch erst zu spät realisieren. Die zweite Auswanderungswelle lief weitaus geregelter und organisierter ab als die erste, da diesmal deutsche und jüdische Auswanderungshilfsorganisationen Unterstützung anboten. (vgl. Heid, 2015)

Die Verbundenheit mit der einzigen Heimat, die sie jemals kannten, hielt viele Juden davon ab, rechtzeitig die Schritte für die Auswanderungsformalitäten zu setzen. Eine weitere Problematik war, dass zu dieser Zeit weltweit noch immer eine Wirtschaftskrise herrschte und aufgrund dieser nur gewisse Berufsgruppen in anderen Ländern aufgenommen wurden. Kein Land wollte in solch wirtschaftlich schwierigen Zeiten die eigene Bevölkerung durch mittellose Immigranten vergrößern. Die jüdische Auswanderung wurde von den deutschen Behörden sowohl unterstützt, als auch gehemmt. Seit den Nürnberger Gesetzen galt das Ziel, die Juden zur Auswanderung zu treiben. Sie wurden einerseits aus der Gesellschaft, ebenso wie aus der Wirtschaft ausgeschlossen, andererseits plünderte man sie aus, konfiszierte ihr Vermögen und machte sie damit mittellos. Dies stellte ein Problem bezüglich der Auswanderung dar, da für eben diese hohe Abgaben fällig wurden. Das vermutete Ziel dahinter war, dass die Nationalsozialisten beabsichtigten die Juden völlig verarmt ins Ausland zu schicken, um so den Antisemitismus zu exportieren. Die Emigrationsländer sollten sie als soziales Problem übernehmen und so sollte neuerlicher Hass gegen das jüdische Volk geschürt werden. (vgl. Heid, 2015)

Die Vorgehensweise der Politik, die Emigration gleichzeitig zu behindern, aber auch zu forcieren, wurde 1938 aufgegeben. Im Zuge der Juniaktion 1938 wurden ca. 1 500 jüdische Männer in ein KZ deportiert. Nur durch Vorlegung konkreter Auswanderungsmöglichkeiten direkt aus dem KZ, konnte eine Freilassung noch ermöglicht werden. Die Eskalation der antisemitischen Maßnahmen erreichte ihren Höhepunkt am 9./10. November 1938, der Reichspogromnacht; die SA und SS wüteten in ganz Deutschland, Synagogen wurden angezündet und jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden verwüstet. Im Zuge dieser Terror-Nacht starben 91 Menschen, 267 jüdische Gottes- und Gemeindehäuser wurden zerstört und 7 500 jüdische Geschäfte zertrümmert und mehr als 30 000 jüdische Männer wurden am 10. November in Konzentrationslager deportiert. Nach dieser Nacht gab es kaum noch deutsche Juden, die nicht versuchten zu emigrieren. So geregelt, wie die zweite Welle der Emigration verlief, war die dritte ein einziges Chaos, in Panik versuchte sich zu retten, wer konnte. Das Ausland wurde mit Auswanderungs-Gesuchen überschwemmt, was dazu führte, dass die vorgesehenen Quoten mehr als ausgeschöpft waren. Dies stellte für die Juden eine ausweglose Situation dar. In vielen Ländern waren sie gezwungen bei ihrer Ankunft ein Anfangskapital vorzuweisen, dies war aber zumeist unmöglich, da seit Ende April 1938 jüdisches Vermögen beschlagnahmt worden war. (vgl. Heid, 2015)

Mit Kriegsbeginn 1939 wurde die Auswanderung noch schwieriger. Der atlantische Seekrieg machte eine Reise nach Süd- oder Nordamerika zumeist unmöglich, da nur noch spanische, portugiesische, argentinische und chilenische Reedereien den zivilen Schiffsverkehr mit der Neuen Welt aufrechterhielten. Nach dem Kriegseintritt Italiens 1940 war keine Einschiffung in italienischen und griechischen Häfen mehr möglich. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941 waren auch die Wege nach Ostasien verschlossen. Zusätzlich verhinderten die kriegsführendenden Länder jegliche Einwanderung und die neutralen Staaten beschränkten die Zahl der Einwanderer maßgeblich. (vgl. Heid:2015)

Am 23. Oktober 1941 wurde jegliche Ausreise verboten. Die NS-Politik hatte ein neues Ziel, nicht mehr die Vertreibung, sondern die gänzliche Vernichtung des europäischen Judentums. 1941 war die Vorbereitung zur flächendeckenden Deportation abgeschlossen und man begann die „Endlösung“ in Angriff zu nehmen.

Als das Deutsche Reich weitere Gebiete Europas besetzte, wurde vielen Flüchtlingen das sicher geglaubte Refugium entzogen und sie wurden zur weiteren Emigration gezwungen. Eine erneute Fluchtwelle erstreckte sich über die Pyrenäen nach Spanien, Portugal und Übersee, nur wenige wandten sich an neutrale Länder, wie die Schweiz oder Schweden. Nicht allen gelang es zu fliehen, nur wenige konnten im besetzten Deutschland mit gefälschten Papieren oder in Verstecken überleben. Nach der Besetzung der Asylländer wurden letztendlich viele doch noch in ein KZ deportiert. Was als Zwang zur Auswanderung begann, wurde eine gezielte Vernichtung des europäischen Judentums. (vgl. Heid, 2015)

10.2.1. Jüdische Auswanderung in Österreich

Der Verfolgungsdruck war so groß, dass zwei Drittel der damals in Österreich lebenden Juden flüchteten. Diejenigen die jedoch ein falsches Ziel gewählt hatten, wie Länder, die während des Zweiten Weltkrieges von der Deutschen Wehrmacht übernommen wurden, hatten einen mühsamen Weg auf sich genommen, um nur wiederum in die Fänge der nationalsozialistischen Mordmaschinerie zu gelangen. (vgl.Lichtblau:2013, S. 525) *„Der Historiker Jonny Moser errechnete in seinen demographischen Studien, dass 16 692 der insgesamt mehr als 130 000 aus Österreich Vertriebenen in ihren Fluchtländern aufgegriffen und ermordet wurden.“* (Lichtblau:2013, S. 525)

Asylland	In Zahlen	In Prozent
Europa	55 505	43,9
Davon: *Großbritannien*	30 850	24,4
Italien	4 460	3,5
Belgien	4 270	3,4
Schweiz	2 265	1,8
Polen	2 260	1,8
Jugoslawien	1 644	1,3
Frankreich	1 615	1,3
Holland	1 151	0,9
Ungarn	915	0,7
Nordamerika	28 700	22,7
Davon: *Vereinigte Staaten*	28 615	22,6
Mittel- und Südamerika	11 580	9,2
Asien, Naher Osten	28 172	22,3
Davon: *Palästina*	9 195	7,3
China/Shanghai	18 124	14,3
Australien, Neuseeland	1 880	1,5
Afrika	644	0,5
Gesamt	126 481	100,0

Tab. 1. Asylländer nach Kontinenten der bis zum Kriegsbeginn vertriebenen österreichischen Juden und Jüdinnen.

11. Untersuchungsmaterial

Die vorliegende Arbeit untersucht zwei Materialien: Zum einen werden drei österreichische Tageszeitung aus der Zeit des Nationalsozialismus in Österreich untersucht und zum anderen werden die Presseanweisungen bezüglich Juden als Flüchtlinge, Migranten, etc. untersucht.

Die Ausgaben des Völkischen Beobachters wurden in der Österreichischen Nationalbibliothek auf Mikrofilm gesichtet. Die Zeitungen „Das Kleine Blatt“ und „Das Kleine Volksblatt“ wurden bei ANNO (AustriaN Newspapers Online, ein Projekt der Österreichischen Nationalbank) gesichtet.

Um die, für die Forschung benötigten Presseanweisungen zu erhalten, wurden alle Bände des Werkes „NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit 1933 – 1939 von Hans Bohrmann und Gabriele Toepser-Ziegert, herangezogen.

Beide Untersuchungsmaterialien werden im folgenden Teil durchleuchtet.

11.1. Die Tageszeitungen

Als Untersuchungsmaterial der später durchgeführten Studie dienen drei österreichische Tageszeitungen, die in den Jahren 1933 – 1939 nicht verboten oder eingestellt worden sind. Die erste dieser Zeitungen ist der ‚Völkische Beobachter‘, der eine nationalsozialistische Ausprägung hatte. Die zweite zu untersuchende Zeitung ist ‚Das Kleine Volksblatt‘, welches sehr stark mit der christlich-sozialen Partei verbunden war. Und die dritte Zeitung ist ‚Das Kleine Blatt‘, welches der Sozialdemokratie nahe stand. Im Folgenden wird jede Zeitung noch genauer vorgestellt.

11.1.1. „Völkischer Beobachter“

Ab 1920 hatte die NSDAP mit dem „Völkischen Beobachter“ eine eigene Wochenzeitung. Mit etwa 11.000 Exemplaren avancierte die Zeitung zum wichtigsten Publikationsorgan völkischer Gruppierungen in der bayrischen Hauptstadt. Dietrich Eckart war der Chefredakteur und unter ihm übernahm der „Völkische Beobachter“ die Aufgabe, Versammlungen anzukündigen und politische Richtlinien zu vermitteln. Hetze gegen die Weimarer Politik sowie ein radikaler Antisemitismus kennzeichnete die Artikel und rassentheoretischen Beiträge des

„Völkischen Beobachters“. Eine vergleichbare Polemik gegen die Demokratie und das „internationale Judentum“ wurde von keiner anderen Zeitung auch nur annähernd verbreitet. (vgl. Scriba, 02.05.2015)

Unter der Parteiführung Adolf Hitlers entwickelte sich der auch für weniger Gebildete verständlich geschriebene „Völkischer Beobachter“ zu einem wichtigen Agitationsinstrument der NS-Propaganda. Ab dem 8. September 1923 erschien er als Tageszeitung, die Hauptschriftleitung übernahm wenig später Alfred Rosenberg (NS-Politiker und Publizist). Die Auflagenhöhe steigerte sich zwischen Jahresbeginn 1921 und Herbst 1923 von 8.000 auf ca. 25.000 Exemplare. Nach dem Verbot der NSDAP infolge des Hitler-Putsches im November 1923 musste auch der „Völkische Beobachter“ sein Erscheinen bis zur Neugründung der Partei am 26. Februar 1925 einstellen. Bis 1931 stieg die Auflage kontinuierlich auf 120.000 Exemplare. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten erfolgte eine rapide Auflagensteigerung von rund 336.500 Exemplaren 1934 auf etwa 1,7 Millionen 1944. Als Zentralorgan der NSDAP entwickelte sich der „Völkische Beobachter“ unter dem NS-Regime zu einem regierungsamtlichen Massenblatt, dessen Verlautbarungen offiziellen Charakter annahmen. Ende April 1945, wenige Tage vor der deutschen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg, stellte der „Völkische Beobachter“ sein Erscheinen ein. (vgl. Scriba, 02.05.2015)

„In der Zeit vom 15. März 1938 bis 7 April 1945 erschien allmorgendlich der VÖLKISCHE BEOBACHTER, Wiener Ausgabe, seine Auflage betrug etwa 60.000 Exemplare. […] Die Wiener Ausgabe des VÖLKISCHEN BEOBACHTERS versuchte zwar durch den Lokalteil eine Wiener Note in das Blatt zu bringen, jedoch blieb die Zeitung nicht nur wegen Format und Umbruch, sondern auch der Sprache nach ein Fremdkörper im Wiener Pressewesen.“ (Paupié: 1960, S.73)

11.1.2. „Das Kleine Volksblatt“

In seinem Handbuch zur Pressegeschichte beschäftigt sich Kurt Paupié mit der Zeitung „Das Kleine Volksblatt“ und bringt die wesentlichsten Entwicklungsschritte des christlich-sozialen Blatt folgendermaßen auf den Punkt:

„DAS KLEINE VOLKSBLATT wurde am 27. Jänner 1929 gegründet und erschien siebenmal in der Woche mit 16 Seiten Umfang wochentags und bis zu 32 Seiten

sonntags, Chefredakteur war Hermann Mailler, Eigentümer, Druckerei und Verlag und Herausgeber die „Albrecht-Dürer-Druckerei“. (Paupié: 1969, S. 103)

Das Kleine Volksblatt kam an Montagen morgens heraus und an den restlichen Tagen der Woche (Dienstag-Sonntag) mittags. (vgl. Melischek/Seethaler:1992 S.124)

Es pflegte hauptsächlich den Lokalteil und die Gerichtsaalberichterstattung, aber auch dem Sportgeschehen wurde entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet. Wöchentlich wiederkehrende Rubriken waren „Frau und Haus“, „Saat und Ernte“, „Kinderbeilage“, die Elternseite, Rätsel usf. Wie die meisten kleinen Blätter Wiens hatte es einige populäre Figuren, nämlich die im politischen Teil lebenden Hühner „Pick“ und „Zwick“ und die kindliche Figur des „Bumsternazi“, die am Sonntag die Mädel und Buben erfreute. (Paupié: 1969, S. 103)

DAS KLEINE VOLKSBLATT war das Gegenstück zum sozialdemokratischen KLEINEN BLATT und in politisch entscheidenden Momenten ein bedeutender Meinungsträger. Sonst zeigte es seine Tendenz nur in geringem Maße. Hatte der politische Teil zunächst nur einen kleineren Umfang, trat nach 1933 die politische Note stärker hervor und die Politikberichterstattung beanspruchte mehr Platz. Das Blatt bekannte sich zu den Prinzipien des Ständestaates und stellte auch in dieser Zeit außenpolitischer Probleme seinen Veröffentlichungsraum zur Verfügung. DAS KLEINE VOLKSBLATT behielt auch während der Zeit zwischen 1938 und 31. August 1944 sein populäres Ansehen und seinen volkstümlichen Charakter. Während des Krieges erfolgte eine Umfangverminderung auf acht Seiten unter der Woche und 12 Seiten am Sonntag. Am 1. September 1944 wurde es mit dem KLEINEN BLATT, der KLEINEN VOLKSZEITUNG und der ILLUSTRIERTEN KRONENZEITUNG zur KLEINEN WIENER KRIEGSZEITUNG zusammengelegt. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges nahm DAS KLEINE BLATT ab 5. August 1945 seine Erscheinungsfolge wieder auf. (Paupié: 1969, S. 103)

Aufgrund des Erfolges des „Konkurrenzblattes“ „Das Kleine Blatt“ wurde „Das Kleine Volksblatt“, eine christlich-sozial-geprägte Tageszeitung, gegründet. Die Beliebtheit der sozial-demokratisch-bürgerlichen Zeitung brachte den Anhänger der „Christlich-Sozialen“, Monsignore Jacob Fried dazu, über eine eigene Zeitung

nachzudenken. Den schnellen Erfolg der sozial-demokratischen Boulevardzeitung mit einem raschen Zuwachs an Lesern, wollte auch er schaffen, jedoch auf katholischem Wege. (vgl. Weissenböck: 2008, S. 36)

11.1.3. „Das Kleine Blatt“

Während der Zwischenkriegszeit, 1927, wurde „Das Kleine Blatt“ gegründet. Der Auslöser für die Gründung dieser neuen Zeitung war die Tatsache, dass die „Arbeiter-Zeitung“ in der Ersten Republik Leser verloren hatte. Zu dieser Zeit erhöhte sich die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Partei, jedoch die Leserzahlen der „Arbeiter-Zeitung“ waren eher rückläufig. Dies lässt sich damit erklären, dass dieses Blatt sich mehr an die intellektuelle Bevölkerungsschicht richtete. Der Wunsch nach einer „bürgerlichen Zeitung“ wurde immer stärker. Hinzu kam, dass die „Arbeiter-Zeitung“ im Verhältnis zu anderen Zeitungen relativ teuer und so nicht für jeden leistbar war. (vgl. Vertectis, 2006: S. 92ff.)

Zu Beginn wurde der Gründung einer neuen Zeitung mit Skepsis begegnet, da die sozialdemokratische Partei befürchtete, die Leser der „Arbeiter-Zeitung“ an das neue Blatt zu verlieren und so ein Konkurrenzkampf der beiden Blätter innerhalb der Partei geschürt werden könnte. Trotz aller Befürchtungen und Zweifel erschien „Das Kleine Blatt“ zum ersten Mal am 1. März 1927. (vgl. Vertectis, 2006: S. 92ff.)

Das Kleine Blatt kam an Montagen morgens heraus und an den restlichen Tagen der Woche (Dienstag-Sonntag) mittags. (vgl. Melischek/Seethaler:1992 S.121) 1929 trat eine Pressegesetznovelle in Kraft, die es Bezirksgerichten erlaubte, Presseprozesse zu führen; dies war die erste Drosselung der Meinungsfreiheit.

Am 14. April 1930 wurde das Blatt Opfer einer weiteren Einengung der Meinungsfreiheit. Es kam zu ersten Beschlagnahmungen, denen weitere folgten, bis das Blatt ganz unter Vorzensur gestellt wurde. Im Zuge des Bürgerkrieges wurde „Das Kleine Blatt“ am 12. Februar 1934, nur sieben Jahre nach seiner Gründung, das erste Mal komplett eingestellt. Schon zwei Wochen später produzierte es der „Vorwärts“-Verlag wieder.[2] Vor dem Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland war „Das Kleine Blatt“ der Regierung gegenüber äußerst kritisch eingestellt. Zwar

[2] Der Vorwärts-Verlag war bis 1988 Parteiverlag der österreichischen Sozialdemokraten und brachte auch die Arbeiter-Zeitung heraus.

titelte das Blatt noch die Freiheit von Österreich, um sofort nach dem 12. März 1938 die Hitler Truppen in Österreich willkommen zu heißen. In der Zeit zwischen Anschluss und Kriegsbeginn wurde die zuvor sozial-demokratisch gerichtete Tageszeitung, sowie der Rest des Mediensystems, gleichgeschaltet. Am 1. September 1944 fusioniert „Das Kleine Blatt“ mit anderen Wiener Zeitungen zur „Kleinen Wiener Kriegszeitung“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es erneut als das bekannte „Kleine Blatt“ geführt, bis es am 26. Juni 1971 endgültig eingestellt wurde. (vgl. Vertectis, 2006: S. 92ff.)

II. Empirischer Teil:

12. Forschungsleitende Fragestellungen und dazugehörige Hypothesen

Forschungsfrage 1: Hatten Presseanweisungen zwischen 1933 und Anfang 1938 Einfluss auf die Medienlandschaft Österreichs?

Hypothese 1: Hier wird davon ausgegangen, dass in den Jahren 1933 bis Anfang 1938 die Presseanweisungen in den österreichischen Zeitungen noch keinen Einfluss nahmen, da Österreich erst ab März 1938 unter NS-Herrschaft stand und davor in Österreich noch keine Gleichschaltung der Presse stattfand oder es das Schrifteitergesetz gab. Hier wird ferner davon ausgegangen, dass in den Zeitungen Artikel gefunden werden können, in denen noch eine ablehnende Haltung gegenüber der Nationalsozialisten zu bemerken ist.

Forschungsfrage 1.1.: Am 12. Februar 1934 wurde folgende Presseanweisung ausgegeben: *„Die deutsche Regierung bewahrt gegenüber den außenpolitischen Tendenzen des neuen französischen Kabinetts eine abwartende Haltung, da noch nicht klar ersichtlich ist, in welcher Richtung tatsächlich die neue Regierung in der Abrüstungsfrage insbesondere vorgehen wird. Aus diesem Grunde sind*

Erörterungen über die außenpolitischen Tendenzen Frankreichs im Augenblick pressepolitisch nicht am Platze.“ (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1985, S. 79) Am 14. März 1935 wurde diese Presseanweisung ausgegeben: „*Vielfach liest man, dass jüdische Emigranten und Auswanderer in Palästina schlechte Berufsaussichten hätten. Das Reich hat keinerlei Interesse daran, die Auswanderung von Juden und Emigranten nach Palästina damit zu erschweren.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1987, S. 146)

Hypothese 1.1.: Hier wird davon ausgegangen, dass diese zwei, als Beispiele gewählten, Presseanweisungen in den Tageszeitungen Österreichs nicht befolgt wurden. Darüber hinaus besteht die Vermutung, dass in dem besagten Zeitraum in den österreichischen Zeitungen noch eine eher ablehnende Haltung gegenüber den Nationalsozialisten bestand.

Forschungsfrage 2: Wie waren die Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten formuliert?

Hypothese 2: Wenn Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten ausgegeben wurden, dann wurde klar befohlen was veröffentlich bzw. nicht veröffentlich werden sollte.

Forschungsfrage 3: Wurden die Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten eingehalten?

Hypothese 3: Hier wird davon ausgegangen, dass sich alle Zeitungen ab 1938 strikt an die Anweisungen gehalten haben. Ferner wird hier davon ausgegangen, dass das Blatt „Völkischer Beobachter“ die Anweisungen mit Sicherheit übernommen hat, da es als Sprachrohr der NSDAP agierte.

Forschungsfrage 4: Wie schnell wurden die Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten umgesetzt?

Hypothese 4: Hier besteht die Vermutung, dass die Presseanweisungen schnellstmöglich umgesetzt wurden; wiederum wird davon ausgegangen, dass der „Völkische Beobachter“ am schnellsten agierte, jedoch auch die beiden anderen Zeitungen werden aufgrund der Gleichschaltung der Presse und des Schriftleitergesetzes sehr schnell agiert haben.

Forschungsfrage 5: Die Presseanweisung vom 20. Juni 1938 lautete: *„Über die „Judenverfolgung“ in Berlin und im Reiche berichtet das Ausland nach wie vor in großer Aufmachung. Die Gründe für diese Ereignisse seien bekannt. Die Bevölkerung sei erregt über die „Emigration“ der Juden nach Berlin, wo mehrere Tausend in den letzten Monaten zugezogen seien. Sie hätten geglaubt, in der Großstadt eher untertauchen zu können. Es seien zahlreiche neue jüdische Geschäfte eröffnet worden, vorhandene hatten erweitert werden können. Eine allgemeine Lauheit sei gegenüber der Judenfrage unverkennbar, besonders was den Kauf bei Juden angehe. […]* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 592)

Hypothese 5: Hier wird davon ausgegangen, dass die Presseanweisung binnen weniger Tage in den Zeitungen wiederzufinden war, wobei vermutet wird, dass die Berichterstattung beim Völkischen Beobachter früher Platz fand, als bei den beiden anderen Zeitungen, da es sich bei der Presseanweisung über Geschehnisse in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands handelte.

Forschungsfrage 6: Die Presseanweisung vom 15 Juli 1938 lautete wie folgt: *„Auswärtiges Amt: Die Konferenz von Evian ist nun auseinandergegangen, ohne dass viel herausgekommen wäre. Wir haben an sich keinen Anlass, die Angelegenheit besonders aufzumachen. Vor allem wird dringend gebeten, die Empfehlungen, dass die Ausreiseländer gewissermaßen hilfreich mittätig sein sollen, absolut zu ignorieren. In der einen oder anderen Form soll freundlich anerkannt werden, dass sich einige südamerikanische Staaten dagegen gewandt*

haben, dass die Schlussresolution [Ausfälle gegen Deutschland] enthält. (Nach dieser Bemerkung können (gestr.: wir) also [auch wir] (gestr.: auch wie) über die Konferenz etwas bringen. Der Vertreter des Auswärtigen Amts hat uns noch gebeten, vielleicht den Gedanken mitzuverwenden, dass jetzt jene Staaten sich besonders eifrig betätigen, die seinerzeit nach Kriegsschluss die Deutschen rigoros über Nacht aus ihren Grenzen verwiesen haben, dabei soll jedoch das Wort Elsass nicht fallen.)" (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 656f.)

Hypothese 6: Hier wird davon ausgegangen, dass die Anweisungen binnen weniger Tage übernommen wurden.

Forschungsfrage 7: Die Presseanweisung vom 8. November 1938 lautete: *„Im Laufe des Nachmittags werde eine Blütenlese von Urkunden Zeugnis ablegen für den Geisteszustand der Emigrantenkreise und des internationalen Judentums. Darunter würden auch Gedichte sein. Das Attentat müsse wiederum auf der ersten Seite behandelt werden. Der Gedanke, der in einigen Zeitungen zum Ausdruck gekommen sei, dass die französischen Sender allgemein nicht mehr für die Propaganda der Juden zur Verfügung stünden, sei falsch. Die seinerzeit erlassene Anordnung der französischen Regierung betreffe nur die privaten Sender. Dass zum Beispiel Strassburg nicht gemeint war, sei gestern Abend bewiesen, wo Strassburg den Attentäter als harmlosen jungen Knaben hingestellt habe, den man nicht voll verantwortlich (ma)chen könne."* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1052)

Hypothese 7: Hier wird davon ausgegangen, dass sich alle drei beobachteten Zeitungen an die Anweisung gehalten haben und das Attentat über längere Zeit stark behandelten.

Forschungsfrage 8: Die Presseanweisung vom 15. November 1938 lautete: *„Die Presse muss schon morgen früh alle Meldungen in großer Aufmachung bringen, nach denen andere Länder sich gegen die Aufnahme von Juden mit allen Mitteln zur Wehr setzen. So liegen z.B. Meldungen vor, dass in Belgien Konzentrationslager für jüdische Emigranten eingerichtet werden. Polen wehrt sich*

gegen die Zurücknahme seiner eigenen jüdischen Staatsangehörigen, die im Ausland leben, weil es nicht weiß, was es mit den ganzen Juden anfangen soll.“ (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1079f.) Die Presseanweisung vom 17. November 1938 lautete: *„[…] In viel stärkerem Maße als bisher müsse in den nächsten Tagen, mindestens für eine Woche, alles herausgestellt werden, was irgendwie zeige, dass ausländische Regierungen sich weigern, Juden bei sich aufzunehmen. Ebenso sei groß aufzumachen und zu kommentieren, was über schlechte Behandlungen von Juden in anderen Ländern gemeldet werde, insbesondere auch über Überführung ins Konzentrationslager. […]“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1084ff.)

Hypothese 8: Hier wird davon ausgegangen, dass sich die Journalisten an die Presseanweisung hielten und am nächsten Tag die Titelblätter dementsprechend gestalteten und ebenso wie gefordert, mehrere Tage darüber berichteten.

Forschungsfrage 9: Die Presseanweisung vom 19. November 1938 lautete: *„Die Anweisungen zur Judenfrage seien offenbar nicht überall verstanden worden. Es soll das Wirken der Juden in Deutschland gezeigt werden, in der Arbeiterbewegung, im Liberalismus, in der Kultur, in der Finanz, am Hofe, während des Krieges, beim Munitionsarbeiterstreik, im letzten Kriegsjahr, in der Novemberrevolte, in den ersten Regierungen der Republik, in der Korruption usw. Die Tendenz sei ebenfalls missverstanden worden. Gegen die Spießer heiße nicht, dass man durch Schlagzeigen den Eindruck erwecken soll, als seien große Teile des Volkes mit den Maßnahmen gegen die Juden nicht einverstanden. Die Artikelserie müsse in allen Zeitungen mit der deutlichen Tendenz schließen: Deutsches Volk, du hast jetzt lesen können, wie und wo dir die Juden geschadet haben, wenn du nun noch einen griesgrämigen Volksgenossen triffst, so weißt du, dass er einer von denen ist, die es immer noch nicht begriffen haben, die also zu den ständigen Neinsagern gehören. Notiere ihn dir. Das sind die Männer, die dem Führer in den Rücken fallen.“ (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1059f.)*

Hypothese 9: Hier wird davon ausgegangen, dass die Tageszeitungen umgehend den Presseanweisungen folgten.

Forschungsfrage 10: Die Presseanweisung vom 5. Juni 1939 lautete: *„Ministerialdirektor Wohlthat fährt in nichtamtlicher Eigenschaft nach London zu informatorischen Besprechungen über die planmäßige Abwanderung der Juden. Berichterstattung für die deutsche Presse gesperrt.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 539)

Hypothese 10: Hier wird davon ausgegangen, dass die Auswanderung der Juden thematisiert wurde, jedoch nichts über Ministerialdirektor Wohlthat zu lesen war.

Forschungsfrage 11:

Die Presseanweisung vom 8. Juni 1939 lautete: *„Über die bevorstehende Rückkehr der in Cuba nicht zugelassenen jüdischen Emigranten darf nicht berichtet werden.“ (*Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 550)

Die Presseanweisung vom 10 Juni 1939 besagte: *„Judenauswanderung: Es ist nicht zweckmäßig, wenn die Presse sich mit der Zurückweisung von ausgewanderten Juden durch andere Länder (z.B. Cuba) beschäftigt. Das hätte höchstens zur Folge, dass Juden in ihrem Auswanderungsentschluss wankend werden. Das gleiche gilt für Meldungen über Festnahmen von unerlaubt nach Palästina eingewanderter Juden.“ (*Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S.559)

Die Presseanweisung vom 21. Juli 1939 wies die Journalisten folgendermaßen an: *„Es soll nichts über deutsche Besprechungen mit dem Evian-Ausschuss gebracht werden.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S.724)

Hypothese 11: Hier wird angenommen, dass die Presseanweisungen befolgt wurden und demnach nichts über diese Themen in den Zeitungen zu finden war.

13.Methodenwahl

Die Wahl der Methode für die Forschung der vorliegenden Arbeit war einfach, da das Forschungsproblem (ein Vergleich von Presseanweisungen und Zeitungsartikeln aus längst vergangenen Jahren) kaum anders zu beantworten war.

Zunächst wird nun darauf eingegangen was eine Inhaltsanalyse ist und wie sie durchgeführt wird, darauffolgend wird die von der Autorin gewählte Form der Inhaltsanalyse dargestellt und dem folgt die tatsächliche Forschung mit Codebögen und Codebüchern und die Analyse und Interpretation eben dieser.

13.1. Die Inhaltsanalyse

Die Inhaltsanalyse ist ein wichtiger Teil der empirischen Sozialforschung. In vielen unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen, wie u.a. Psychologie, Geschichte, Publizistik, Ethnologie und Literaturwissenschaft, wird dieses Verfahren eingesetzt. Der Begriff Inhaltsanalyse leitet sich aus der englischen Bezeichnung, der *content analysis*, ab. Mithilfe der inhaltsanalytischen Verfahren werden Kommunikationsinhalte, wie Texte, Bilder und Filme untersucht, wobei der Schwerpunkt auf der Analyse von Texten liegt. (vgl. Atteslander:2008, S.181)

Kommunikation findet nicht im luftleeren Raum, sondern in einer spezifischen sozialen Umwelt, also einer sozialen Situation statt. Das einfache Modell der sozialen Kommunikation kann beschrieben werden als Zeichenverkehr zwischen Sender und Empfänger, in dem ein bestimmter Inhalt übermittelt wird, dessen Erzeugung und Entschlüsselung von einer Vielzahl von Bedingungen (soziale Situation) bestimmt wird. (Atteslander:2008, S. 182)

Dieser allgemeine Zusammenhang kann für die Inhaltsanalyse als sozialwissenschaftliche Forschungsmethode nutzbar gemacht werden, indem von den Kommunikationsinhalten (meistens ein Text) auf die anderen drei Teile des Kommunikationsprozesses (Sender, Empfänger, soziale Situation) geschlossen werden kann. *Ein Ziel der Inhaltsanalyse neben der Beschreibung und Auswertung des eigentlichen Textinhaltes ist es also, aus den manifesten Merkmalen eines Textes auf Zusammenhänge seiner Entstehung und Verwendung zu stoßen.* (Atteslander:2008, S.182)

Die Geschichte der Inhaltsanalyse geht weit zurück; zu Beginn kam eine inhaltsanalytische Vorgehensweise zur Anwendung, die einen intuitiven Schluss von manifesten Inhalten auf latente Zusammenhänge bzw. Vorgehensweisen erlaubte. Dies war die Phase der Intuition, die bis etwa 1900 dauerte.

Parallel und in der weiteren Folge (bis 1926) gab es die quantitativ-deskriptive Phase, diese ist durch den Anspruch der intersubjektiven Überprüfbarkeit gekennzeichnet; die Quantifizierung von inhaltlichen Aussagen oder Merkmalen sollte dieses Ziel erreichbar machen. Dies war von Nöten, da in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die Massenpresse aufkam. (vgl. Atteslander:2008, S.184ff.) *„Die deskriptive Inhaltsanalyse ist dem allgemeinen Kommunikationsansatz zuzuordnen, der sich hauptsächlich mit der Untersuchen einzelner Medien und ihrer Analysen im Hinblick auf bestimmte Kriterien befasst, z.B. der Untersuchung von Parteizeitungen, Berichterstattung zu Sensationen, Kriminalfällen u. Ä.“* (Atteslander:2008, S. 186)

Bis 1941 galt die Phase der Reifung zum eigenständigen Erhebungsinstrument sozialer Wirklichkeit. Diese Entwicklungsrichtung basierte auf drei Ursachen: Erstens traten zu dieser Zeit neue Medien auf (Rundfunk und Film), zweitens dehnte sich das Interesse von inhaltsinternen auf inhaltsexterne Merkmale aus und drittens hatten die beiden Weltkriege zur Folge, dass man die Zusammenhänge zwischen politischer Propaganda und der Wirkung auf bestimmte Texte erforschte. (vgl. Atteslander:2008, S. 186)

Zwischen 1941 und 1967 galt die Phase der interdisziplinären Erweiterung. Zu dieser Zeit wurde die Methode erstmals systematisch und von verschiedenen Ansätzen ausgehend betrachtet. Neue Forschungsgebiete rückten in den Fokus der Wissenschaft, wie z.B. Wahlverhalten, Propagandasendungen und die Wirkung auf den Leser. *„Durch die Einbeziehung neuer Theorien entwickelte sich ein Trend zur Kommunikationsanalyse, insbesondere im Bereich sozialpsychologischer und psychologischer Fragestellungen.“* (Atteslander:2008, S. 187)

1967 begann die Phase der theoretisch-methodischen Fundierung, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist. *In der Methodendiskussion der letzten Jahrzehnte fand eine Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der quantitativen und qualitativen*

Inhaltsanalyse statt. Ein Kritikpunkt ist die Selektivität der quantitativen Verfahren, es werden nicht alle Bedeutungsinhalte von Kommunikation untersucht und somit bestimmte Aspekte des Textes nicht berücksichtigt. Den qualitativen Verfahren wird mangelnde Nachvollziehbarkeit, Subjektivität und auch Willkür vorgeworfen" (Atteslander:2008, S.187f.) Sich die Frage zu stellen, welche Form der Inhaltsanalyse die „richtige" sei, erscheint insofern unsinnig, als dies je nach Forschungsinteresse unterschiedlich ist.

In seinem Buch „Methoden der empirischen Sozialforschung) nimmt Peter Atteslander Bezug auf die Grundlagen Klaus Mertens. Mertens Definition bezüglich der Inhaltsanalyse lautet wie folgt: *„Inhaltsanalyse ist eine Methode der Datenerhebung zur Aufdeckung sozialer Sachverhalte, bei der durch die Analyse eines vorgegebenen Inhalts (z.B. Text, Bild, Film) Aussagen über den Zusammenhang seiner Entstehung, über die Absicht seines Senders, über die Wirkung auf den Empfänger und/oder auf die soziale Situation gemacht werden."* (Atteslander:2008, S. 189)

13.2. Forschungszusammenhang

Einfach ausgedrückt, beschäftigt sich die vorliegende Arbeit mit der Absicht des Senders (Goebbelschen Presseanweisungen) und dessen Wirkung auf den Empfänger, welcher in diesem Falle die untersuchten Zeitungen (‚Völkischer Beobachter', ‚Das Kleine Volksblatt', ‚Das Kleine Blatt') sind.

Die Forschung lehnt sich an Mertens Modell der inferentiellen Inhaltsanalyse an, mit welcher er sich in seinem Werk „Inhaltsanalyse" eingehend beschäftigt. *„[...] die Bedingungen und Möglichkeiten, gültig von einem Text auf den Kontext zu schließen, präzisiert werden. Dazu werden zunächst theoretische und methodologische Probleme erörtert, die dann an einigen Beispielen festgemacht werden. Unter Schließen ist hier die theoretische Inferenz von Merkmalsauprägungen des Textes auf Merkmalsausprägungen der sozialen Wirklichkeit zu verstehen, nicht der statistische Schluss (Repräsentationsausschluss) von Eigenschaften einer Textstichprobe auf Eigenschaften einer der Grundgesamtheit."* (Merten: 1983, S. 107)

Die inferentielle Inhaltsanalyse unterteilt sich in zwei Modelle: das Repräsentationsmodell und das Instrumentalmodell. Für die vorliegende Arbeit kommt das Repräsentationsmodell zum Tragen. *„Das Repräsentationsmodell bzw. die Reflektionshypothese gehen also davon aus, dass manifeste Texte ein verlässliches Abbild oder Korrelat des Kontextes abgeben, so dass damit der Inferenzschluss vom Text auf den Kontext legal wird."* (Merten:1983, S. 108) In diesem Sinne impliziert dieses Modell, dass die Texte (hier: Zeitungsberichte), die dahinter stehende soziale Realität wiedergeben. Hinzufügend impliziert es ebenfalls, dass die Zeitungsberichte keine bewusste Verzerrung darstellen. Die genannte, dahinter stehende soziale Realität sind die Presseanweisungen.

Das Äquivalent des oben erwähnten Repräsentationsmodells, ist das Instrumentalmodell bzw. die Kontrollhypothese. *„Sie unterstellt, dass die Medien Vorreiter sind und damit gesellschaftliche Strukturen gerade eben nicht reflektieren, sondern kontrollieren bzw. verändern."* (Merten:1983, S. 109) Aus diesem Zitat erschließt sich, wieso das Instrumentalmodell in der vorliegenden Arbeit nicht passend wäre, da in dem genannten Untersuchungszeitraum die Medien auf Grund der Gleichschaltung keine Kontrollfunktion innehatten; aus genanntem Grund wurde das Repräsentationsmodell als am geeignetsten empfunden und gewählt.

Als Untersuchungsgrundlage dienen ausgewählte Presseanweisungen aus den Jahren 1933 bis 1939, die sich mit der Emigration von Juden beschäftigen. Als Untersuchungsmaterial wurden drei österreichische Tageszeitungen gewählt, die zu dem angegebenen Zeitraum erschienen sind. (‚Völkischer Beobachter', ‚Das Kleine Volksblatt', ‚Das Kleine Blatt') Zu überprüfen ist, inwieweit die Goebbelschen Presseanweisungen durch eben diese Tageszeitungen umgesetzt wurden.

13.3. Presseanweisungen

Für die vorliegende Arbeit wurden einige Presseanweisungen aus den Jahren 1933 bis 1939 ausgewählt, die sich auf jüdische Flüchtling/Emigranten beziehen, da sich diese Arbeit mit den Inhalten der Presseanweisungen in den Vorkriegsjahren beschäftigt.

Um die, für die Forschung benötigten Presseanweisungen zu erhalten, wurden alle Bände des Werkes „NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit 1933 – 1939 von Hans Bohrmann und Gabriele Toepser-Ziegert, herangezogen.
Mithilfe des Sach- und Ortsregisters wurden nach den Schlagworten *Emigranten, Emigration, Flüchtlinge* und *Juden* gesucht, hierbei wurden

- 43 Presseanweisungen zum Thema Emigranten,
- 24 Presseanweisungen zum Thema Emigration,
- 22 Presseanweisungen zum Thema jüdische Emigration,
- 4 Presseanweisungen zum Thema Flüchtlinge und
- 76 Presseanweisungen zum Thema Juden gefunden.

Diese insgesamt 169 Presseanweisungen wurden gelesen und bereits hier wurde die erste große Selektion vorgenommen, da viele der Presseanweisungen nicht mit dem Thema dieser Arbeit übereinstimmten.

Von den übrig gebliebenen, relevanten Presseanweisungen wurde 14 ausgewählt, um als Basis der Forschung dieser Arbeit zu dienen.

Als Teil der tatsächlichen Forschung wurden die folgenden 12 Presseanweisungen herangezogen.

Zsg. 101/3/88/Nr.264 **vom 12. Februar 1934**

Die deutsche Regierung bewahrt gegenüber den außenpolitischen Tendenzen des neuen französischen Kabinetts eine abwartende Haltung, da noch nicht klar ersichtlich ist, in welcher Richtung tatsächlich die neue Regierung in der Abrüstungsfrage insbesondere vorgehen wird. Aus diesem Grunde sind Erörterungen über die außenpolitischen Tendenzen Frankreichs im Augenblick pressepolitisch nicht am Platze. Die internationale Abrüstungsdiskussion ist sehr erheblich ins Stocken geraten. Die Regierung bittet ferner über die innerpolitisch-

französischen Vorgänge nach wie vor Zurückhaltung zu üben, wenn auch naturgemäß sachliche ausführliche Berichte gebracht werden sollen. Dass z.B. in Paris deutsche Emigranten verhaftet wurden, kann in größerer Aufmachung erscheinen, da die Regierung schon immer vor dem Treiben der Emigranten gewarnt hat. (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1985, S. 79)

Zsg. 101/5/89/Nr. 1187 vom 14.März 1935

Vielfach liest man,, dass jüdische Emigranten und Auswanderer in Palästina schlechte Berufsaussichten hätten. Das Reich hat keinerlei Interesse daran, die Auswanderung von Juden und Emigranten nach Palästina damit zu erschweren. (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1987, S. 146)

s.a. Zsg. 102/1/32 (3) vom 14. März 1935

Ferner wurde in der Pressekonferenz bemerkt, dass verschiedene Zeitungen, sogar nationalsozialistische, von Einwanderungsschwierigkeiten für die Juden in Palästina und anderen Ländern berichtet hätten. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1987, S. 146)

Zsg. 102/10/200/ (5) vom 20. Juni 1938

„Über die „Judenverfolgung“ in Berlin und im Reiche berichtet das Ausland nach wie vor in großer Aufmachung. Die Gründe für diese Ereignisse seien bekannt. Di e Bevölkerung sei erregt über die „Emigration“ der Juden nach Berlin, wo mehrere Tausend in den letzten Monaten zugezogen seien. Sie hätten geglaubt, in der Großstadt eher untertauchen zu können. Es seien zahlreiche neue jüdische Geschäfte eröffnet worden, vorhandene hatten erweitert werden können. Eine allgemeine Lauheit sei gegenüber der Judenfrage unverkennbar, besonders was den Kauf bei Juden angehe. Dies seien die Gründe, die zu einer spontanen Aktion geführt hätten. Über das, was am Samstag von DNB gesagt worden sei, brauche man bei der Berichterstattung nicht hinauszugehen. Bei neuen Erscheinungen würden neue offizielle Mitteilungen ausgegeben werden.“ (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 592)

Zsg. 102/11/31/30 (4) **vom 15. Juli 1938**

Auswärtiges Amt: Die Konferenz von Evian ist nun auseinandergegangen, ohne dass viel herausgekommen wäre. Wir haben an sich keinen Anlass, die Angelegenheit besonders aufzumachen. Vor allem wird dringend gebeten, die Empfehlungen, dass die Ausreiseländer gewissermaßen hilfreich mittätig sein sollen, absolut zu ignorieren. In der einen oder anderen Form soll freundlich anerkannt werden, dass sich einige südamerikanische Staaten dagegen gewandt haben, dass die Schlussresolution [Ausfälle gegen Deutschland] enthält. (Nach dieser Bemerkung können (gestr.: wir) also [auch wir] (gestr.: auch wie) über die Konferenz etwas bringen. Der Vertreter des Auswärtigen Amts hat uns noch gebeten, vielleicht den Gedanken mitzuverwenden, dass jetzt jene Staaten sich besonders eifrig betätigen, die seinerzeit nach Kriegsschluss die Deutschen rigoros über Nacht aus ihren Grenzen verwiesen haben, dabei soll jedoch das Wort Elsass nicht fallen.) (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 656f.)

Zsg. 102/13/12/37 (2) **vom 8. November 1938**

Im Laufe des Nachmittags werde eine Blütenlese von Urkunden Zeugnis ablegen für den Geisteszustand der Emigrantenkreise und des internationalen Judentums. Darunter würden auch Gedichte sein. Das Attentat müsse wiederum auf der ersten Seite behandelt werden. Der Gedanke, der in einigen Zeitungen zum Ausdruck gekommen sei, dass die französischen Sender allgemein nicht mehr für die Propaganda der Juden zur Verfügung stünden, sei falsch. Die seinerzeit erlassene Anordnung der französischen Regierung betreffe nur die privaten Sender. Dass zum Beispiel Strassburg nicht gemeint war, sei gestern Abend bewiesen, wo Strassburg den Attentäter als harmlosen jungen Knaben hingestellt habe, den man nicht voll verantwortlich (ma)chen könne. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1052)

Zsg. 102/13/36-37 **vom 15. November 1938**

Die Presse muss schon morgen früh alle Meldungen in großer Aufmachung bringen, nach denen andere Länder sich gegen die Aufnahme von Juden mit allen Mitteln zur Wehr setzen. So liegen z.B. Meldungen vor, dass in Belgien Konzentrationslager für jüdische Emigranten eingerichtet werden. Polen wehrt sich gegen die Zurücknahme seiner eigenen jüdischen Staatsangehörigen, die im Ausland leben, weil es nicht weiß, was es mit den ganzen Juden anfangen soll. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1079f.)

Zsg. 102/13/38-39/30 (11) **vom 17. November 1938**

[…] In viel stärkerem Maße als bisher müsse in den nächsten Tagen, mindestens für eine Woche, alles herausgestellt werden, was irgendwie zeige, dass ausländische Regierungen sich weigern, Juden bei sich aufzunehmen. Ebenso sei groß aufzumachen und zu kommentieren, was über schlechte Behandlungen von Juden in anderen Ländern gemeldet werde, insbesondere auch über Überführung ins Konzentrationslager. […] (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1084ff.)

Zsg. 102/13/43 (6) **vom 19. November 1938**

Die Anweisungen zur Judenfrage seien offenbar nicht überall verstanden worden. Es soll das Wirken der Juden in Deutschland gezeigt werden, in der Arbeiterbewegung, im Liberalismus, in der Kultur, in der Finanz, am Hofe, während des Krieges, beim Munitionsarbeiterstreik, im letzten Kriegsjahr, in der Novemberrevolte, in den ersten Regierungen der Republik, in der Korruption usw. Die Tendenz sei ebenfalls missverstanden worden. Gegen die Spießer heiße nicht, dass man durch Schlagzeigen den Eindruck erwecken soll, als seien große Teile des Volkes mit den Maßnahmen gegen die Juden nicht einverstanden. Die Artikelserie müsse in allen Zeitungen mit der deutlichen Tendenz schließen: Deutsches Volk, du hast jetzt lesen können, wie und wo dir die Juden geschadet haben, wenn du nun noch einen griesgrämigen Volksgenossen triffst, so weißt du, dass er einer von denen ist, die es immer noch nicht begriffen haben, die also zu den ständigen Neinsagern gehören. Notiere ihn dir. Das sind die Männer, die dem Führer in den Rücken fallen. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1059f.)

Zsg. 102/17/132/29 (4) **vom 5. Juni 1939**

Ministerialdirektor Wohlthat fährt in nichtamtlicher Eigenschaft nach London zu informatorischen Besprechungen über die planmäßige Abwanderung der Juden. Berichterstattung für die deutsche Presse gesperrt. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 539)

Zsg. 102/17/146/81 **vom 8. Juni 1939**

Über die bevorstehende Rückkehr der in Cuba nicht zugelassenen jüdischen Emigranten darf nicht berichtet werden. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 550)

Zsg. 102/17/155/59 (2) **vom 10.Juni 1939**

Judenauswanderung: Es ist nicht zweckmäßig, wenn die Presse sich mit der Zurückweisung von ausgewanderten Juden durch andere Länder (z.B. Cuba) beschäftigt. Das hätte höchstens zur Folge, dass Juden in ihrem Auswanderungsentschluss wankend werden. Das gleiche gilt für Meldungen über Festnahmen von unerlaubt nach Palästina eingewanderter Juden. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S.559)

Zsg. 101/13/84/ Nr. 750 **vom 21. Juli 1939**

Es soll nichts über deutsche Besprechungen mit dem Evian-Ausschuss gebracht werden. (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S.724)

13.4. Codebuch und Codebogen

Aufgrund der unterschiedlichen Inhalte der Forschungsfragen, ist es in dieser Arbeit nicht möglich einen einheitlichen Codebogen zu haben, der alle Forschungsfragen in sich auflistet. Infolge dessen besteht die Analyse aus elf Codebögen und Codebüchern.

13.4.1. Forschungsfrage 1

Hatten Presseanweisungen zwischen 1933 und Anfang 1938 Einfluss auf die Medienlandschaft Österreichs?

Hypothese 1: Hier wird davon ausgegangen, dass in den Jahren 1933 bis Anfang 1938 die Presseanweisungen in den österreichischen Zeitungen noch keinen Einfluss nahmen, da Österreich erst ab März 1938 unter NS-Herrschaft stand und davor in Österreich noch keine Gleichschaltung der Presse stattfand oder es das Schrifteitergesetz gab. Hier wird ferner davon ausgegangen, dass in den Zeitungen Artikel gefunden werden können, in denen noch eine ablehnende Haltung gegenüber den Nationalsozialisten zu bemerken ist.

Forschungsfrage 1.1.: Am 12. Februar 1934 wurde die Presseanweisung *„Die deutsche Regierung bewahrt gegenüber den außenpolitischen Tendenzen des neuen französischen Kabinetts eine abwartende Haltung, da noch nicht klar ersichtlich ist, in welcher Richtung tatsächlich die neue Regierung in der Abrüstungsfrage insbesondere vorgehen wird. Aus diesem Grunde sind Erörterungen über die außenpolitischen Tendenzen Frankreichs im Augenblick pressepolitisch nicht am Platze.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1985, S. 79) ausgegeben. Am 14. März 1935 wurde die Presseanweisung ausgegeben: „*Vielfach liest man, dass jüdische Emigranten und Auswanderer in Palästina schlechte Berufsaussichten hätten. Das Reich hat keinerlei Interesse daran, die Auswanderung von Juden und Emigranten nach Palästina damit zu erschweren.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1987, S. 146)

Hypothese 1.1.: Hier wird davon ausgegangen, dass diese zwei, als Beispiele gewählten, Presseanweisungen in den Tageszeitungen Österreichs nicht befolgt wurden. Darüber hinaus besteht die Vermutung, dass in dem besagten Zeitraum in

den österreichischen Zeitungen noch eher eine ablehnende Haltung gegenüber den Nationalsozialisten bestand.

Die Analyse der Forschungsfrage 1 und der dazugehörige Forschungsfrage 1.1. sollen zeigen, ob Presseanweisungen in den Jahren 1933 bis Anfang 1938 in den österreichischen Tageszeitungen schon eingeflossen sind.

13.4.2. Forschungsfrage 2

Wie waren die Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlinge/Emigranten formuliert?

Hypothese 2: Wenn Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten ausgegebene wurden, dann wurde klar befohlen was veröffentlicht bzw. nicht veröffentlicht werden sollte.

Die Analyse dieser Forschungsfrage soll aufzeigen, wie viele der oben erwähnten 10 Presseanweisungen zum Thema jüdische Flüchtlinge/Emigranten darauf abzielen publiziert zu werden.

Diese Frage wird in zwei Kategorien unterteilt:

1. explizite PA (Presseanweisung) D (durchführen) – diese PA sagt explizit aus, welche Informationen, in welchem Zeitraum publiziert werden sollen
2. explizite PA N (nicht durchführen) – diese PA sagt explizit aus, welche Informationen nicht publiziert werden sollen

Die Rubrik „Presseanweisungen“ ordnet alle Presseanweisungen nach Erscheinungsdatum.

Codebogen Forschungsfrage 2:

Presseanweisung:	explizite PA D	explizite PA N
20.06.1938	1	0
15.07.1938	1	1
08.11.1938	1	0
15.11.1938	1	0
17.11.1938	1	0
19.11.1938	1	0
05.06.1939	0	1
08.06.1939	0	1
10.06.1939	0	1
21.07.1939	0	1
Summe	6	5

Tabelle 2: Codebogen Forschungsfrage 2 : Absicht der Presseanweisungen

13.4.3. Forschungsfrage 3

Wurden die Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten eingehalten?

Hypothese 3: Hier wird davon ausgegangen, dass sich alle Zeitungen ab 1938 strikt an die Anweisungen gehalten haben. Ferner wird hier davon ausgegangen, dass das Blatt „Völkischer Beobachter“ die Anweisungen mit Sicherheit übernommen hat, da es als Sprachrohr der NSDAP agierte.

In der Analyse dieser Forschungsfrage soll geklärt werden, ob die Presseanweisungen in Bezug auf jüdische Flüchtlinge/Emigranten in Hinblick auf die gewählten Tageszeiten eingehalten worden sind.

Kategorienbildung Forschungsfrage 3:

Diese sechs Kategorien werden in der Tabelle waagrecht aufgelistet und setzen sich wie folgt zusammen:

1. VB – D – Themen anhand der Presseanweisungen in der Zeitung „Völkischer Beobachter“ durchgeführt
2. VB – N – Themen anhand der Presseanweisungen in der Zeitung „Völkischer Beobachter“ nicht durchgeführt
3. DKB – D – Themen anhand der Presseanweisungen in der Zeitung „Das Kleine Blatt“ durchgeführt
4. DKB – N – Themen anhand der Presseanweisungen in der Zeitung „Das Kleine Blatt“ nicht durchgeführt
5. DKVB – D – Themen anhand der Presseanweisungen in der Zeitung „Das Kleine Volksblatt“ durchgeführt
6. DKVB – N – Themen anhand der Presseanweisungen in der Zeitung „Das Kleine Volksblatt“ nicht durchgeführt

Die senkrechte Kategorie listet die Presseanweisungen nach Erscheinungsdatum auf.

Codebogen Forschungsfrage 3

Presseanweisung	VB-D	VB-N	DKB-D	DKB-N	DKVB-D	DKVB-N
20.06.1938	1	0	1	0	1	0
15.07.1938	1	0	0	1	0	1
08.11.1938	1	0	1	0	1	0
15.11.1938	1	0	1	0	1	0
17.11.1938	1	0	1	0	1	0
19.11.1938	1	0	1	0	1	0
05.06.1939	0	1	0	1	0	1
08.06.1939	0	1	0	1	0	1
10.06.1939	0	1	0	1	0	1
21.07.1939	0	1	0	1	0	1
Summe	6	4	5	5	5	5

Tabelle 3: Codebogen Forschungsfrage 2 : Einhaltung der Presseanweisungen

13.4.4. Forschungsfrage 4

Wie schnell wurden die Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten umgesetzt?

Hypothese 4: Hier besteht die Vermutung, dass die Presseanweisungen schnellstmöglich umgesetzt wurden; wiederum wird davon ausgegangen, dass der „Völkische Beobachter“ am schnellsten agierte, jedoch auch die beiden anderen Zeitungen werden aufgrund der Gleichschaltung der Presse und dem Schriftleitergesetz sehr schnell agiert haben.

Die Analyse der Forschungsfrage zielt darauf ab, festzustellen wie lange es gedauert hat, bis die Presseanweisungen in den zu untersuchenden Zeitungen umgesetzt wurden.

Die senkrechte Kategorie listet die Presseanweisungen nach Erscheinungsdatum auf.

Die waagrechte Kategorie:

1. VB-D-T – bedeutet, dass die Presseanweisung in der Zeitung „Völkischer Beobachter“ zur Anwendung kam und gibt zusätzlich die Anzahl der Tage, bis zur Umsetzung, an.
2. VB-N – bedeutet, dass die Presseanweisung in der Zeitung „Völkischer Beobachter“ nicht umgesetzt wurde und wird mit 1 markiert.
3. DKB-D-T – bedeutet, dass die Presseanweisung in der Zeitung „Das Kleine Blatt“ zur Anwendung kam und gibt zusätzlich die Anzahl der Tage, bis zur Umsetzung, an.
4. DKB-N – bedeutet, dass die Presseanweisung in der Zeitung „Das Kleine Blatt“ nicht umgesetzt wurde und wird mit 1 markiert.
5. DKVB-D-T – bedeutet, dass die Presseanweisung in der Zeitung „Das Kleine Volksblatt“ zur Anwendung kam und gibt zusätzlich die Anzahl der Tage, bis zur Umsetzung, an.
6. DKVB-N – bedeutet, dass die Presseanweisung in der Zeitung „Das Kleine Volksblatt“ nicht umgesetzt wurde und wird mit 1 markiert.

Codebogen Forschungsfrage 4

Presseanweisung	VB-D-T	VB-N	DKB-D-T	DKB-N	DKVB-D-T	DKVB-N
20.06.1938	1	0	3	0	3	0
15.07.1938	1	0	0	1	0	1
08.11.1938	1	0	1	0	1	0
15.11.1938	1	0	1	0	1	0
17.11.1938	1	0	1	0	1	0
19.11.1938	1	0	1	0	1	0
05.06.1939	0	1	0	1	0	1
08.06.1939	0	1	0	1	0	1
10.06.1939	0	1	0	1	0	1
21.07.1939	0	1	0	1	0	1
Summe	6	4	7	5	7	5

Tabelle 4: Forschungsfrage 4 : Zeitraum bis zur Durchführung der Presseanweisungen

In einem Gespräch mit dem Betreuer dieser Arbeit, Prof. Dr. Hausjell wurde deutlich, dass ein wesentlicher Punkt nicht bedacht wurde. In den Jahren 1938 und 1939 kamen nicht alle Zeitungen zwangsläufig zur selben Tageszeit heraus und unterschiedliche Herausgabe bedeutet so viel wie unterschiedlicher Redaktionsschluss. Dahingehend kann man Zeitungen, die nicht die gleichen Bedingungen darlegen (in diesem Fall zur selben Uhrzeit herausgegeben worden zu sein) auch nicht miteinander vergleichen.

In einer weiteren Recherche hat sich herausgestellt, dass der Völkische Beobachter 7 Tage die Woche morgens herausgegeben wurde. (vgl.Paupié:1960,S.73) Und die beiden „Blätter“, das Kleine Blatt und das Kleine Volksblatt wurden Montag morgens und Dienstag bis Sonntag, mittags herausgegeben. (vgl. Melischek/Seethaler:1992,S.121,S.124)

Da sich herausgestellt hatte, dass 6 Tage der Woche die Herausgabe nicht übereinstimmte, wurde die Analyse und Interpretation dieser Forschungsfrage 4 an dieser Stelle verworfen.

13.4.5. Forschungsfrage 5

Die Presseanweisung vom 20. Juni 1938 lautete: *„Über die „Judenverfolgung“ in Berlin und im Reiche berichtet das Ausland nach wie vor in großer Aufmachung. Die Gründe für diese Ereignisse seien bekannt. Die Bevölkerung sei erregt über die „Emigration“ der Juden nach Berlin, wo mehrere Tausend in den letzten Monaten zugezogen seien. Sie hätten geglaubt, in der Großstadt eher untertauchen zu können. Es seien zahlreiche neue jüdische Geschäfte eröffnet worden, vorhandene hatten erweitert werden können. Eine allgemeine Lauheit sei gegenüber der Judenfrage unverkennbar, besonders was den Kauf bei Juden angehe. […]* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 592)

Hypothese 5: Hier wird davon ausgegangen, dass die Presseanweisung binnen weniger Tage in den Zeitungen wiederzufinden war, wobei vermutet wird, dass die Berichterstattung beim Völkischen Beobachter früher Platz fand, als bei den beiden anderen Zeitungen, da es sich bei der Presseanweisung über Geschehnisse in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands handelte.

Im Zuge dieser Forschungsfrage soll analysiert werden, welches Blatt/ welche Blätter die Presseanweisungen befolgt haben und wie viele Artikel dazu erschienen sind.

Als waagrechte Kategorien dienen die zu untersuchenden Zeitungen:

1. VB – „Völkischer Beobachter“
2. DKB – „Das Kleine Blatt“
3. DKVB – „Das Kleine Volksblatt“

Die senkrechten Kategorien lauten wie folgt:

1. Datum der Presseanweisung
2. PA eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisungen eingehalten wurden und gibt zugleich an wie viele Artikel zu dem Thema erschienen sind.

3. PA nicht eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisung nicht umgesetzt wurde.

Der Untersuchungszeitraum beginnt einen Tag nach der Erteilung der Presseanweisung und endet 2 Woche danach.

Codebogen Forschungsfrage 5

20.06.1938	VB	DKB	DKVB
PA eingehalten	4	1	2
PA nicht eingehalten	0	0	0
Summe Artikel	4	1	2

Tabelle 5: Forschungsfrage 5: PA vom 20.06.1938

13.4.6. Forschungsfrage 6

Die Presseanweisung vom 15 Juli 1938 lautete wie folgt: *„Auswärtiges Amt: Die Konferenz von Evian ist nun auseinandergegangen, ohne dass viel herausgekommen wäre. Wir haben an sich keinen Anlass, die Angelegenheit besonders aufzumachen. Vor allem wird dringend gebeten, die Empfehlungen, dass die Ausreiseländer gewissermaßen hilfreich mittätig sein sollen, absolut zu ignorieren. In der einen oder anderen Form freundlich anerkannt werden, dass sich einige südamerikanische Staaten dagegen gewandt haben, dass die Schlussresolution [Ausfälle gegen Deutschland] enthält. (Nach dieser Bemerkung können (gestr.: wir) also [auch wir] (gestr.: auch wie) über die Konferenz etwas bringen. Der Vertreter des Auswärtigen Amts hat uns noch gebeten, vielleicht den Gedanken mitzuverwenden, dass jetzt jene Staaten sich besonders eifrig betätigen, die seinerzeit nach Kriegsschluss die Deutschen rigoros über Nacht aus ihren Grenzen verwiesen haben, dabei soll jedoch das Wort Elsass nicht fallen.)“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 656f.)

Hypothese 6: Hier wird davon ausgegangen, dass die Anweisungen binnen weniger Tage übernommen wurden.

Im Zuge dieser Forschungsfrage soll analysiert werden, welches Blatt/ welche Blätter die Presseanweisungen befolgt haben und wie viele Artikel dazu erschienen sind.

Als waagrechte Kategorien dienen die zu untersuchenden Zeitungen:

1. VB – „Völkischer Beobachter“
2. DKB – „Das Kleine Blatt“
3. DKVB – „Das Kleine Volksblatt“

Die senkrechten Kategorien lauten wie folgt:

1. Datum der Presseanweisung
2. PA eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisungen eingehalten wurden und gibt zugleich an wie viele Artikel zu dem Thema erschienen sind.
3. PA nicht eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisung nicht umgesetzt wurde.

Der Untersuchungszeitraum beginnt einen Tag nach der Erteilung der Presseanweisung und endet 2 Woche danach.

Codebogen Forschungsfrage 6

15.07.1938	VB	DKB	DKVB
PA eingehalten	3	0	0
PA nicht eingehalten	0	1	1
Summe Artikel	3	0	0

Tabelle 6: Forschungsfrage 6: PA vom 15.07.1938

13.4.7. Forschungsfrage 7

Die Presseanweisung vom 8. November 1938 lautete: *„Im Laufe des Nachmittags werde eine Blütenlese von Urkunden Zeugnis ablegen für den Geisteszustand der Emigrantenkreise und des internationalen Judentums. Darunter würden auch Gedichte sein. Das Attentat müsse wiederum auf der ersten Seite behandelt werden. Der Gedanke, der in einigen Zeitungen zum Ausdruck gekommen sei, dass die französischen Sender allgemein nicht mehr für die Propaganda der Juden zur Verfügung stünden, sei falsch. Die seinerzeit erlassene Anordnung der französischen Regierung betreffe nur die privaten Sender. Dass zum Beispiel Strassburg nicht gemeint war, sei gestern Abend bewiesen, wo Strassburg den Attentäter als harmlosen jungen Knaben hingestellt habe, den man nicht voll verantwortlich (ma)chen könne."* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1052)

Hypothese 7: Hier wird davon ausgegangen, dass sich alle drei beobachteten Zeitungen an die Anweisung gehalten haben und das Attentat über längere Zeit stark behandelten.

Im Zuge dieser Forschungsfrage soll analysiert werden, welches Blatt/ welche Blätter die Presseanweisungen befolgt haben und wie viele Artikel dazu erschienen sind.

Als waagrechte Kategorien dienen die zu untersuchenden Zeitungen:

1. VB – „Völkischer Beobachter"
2. DKB – „Das Kleine Blatt"
3. DKVB – „Das Kleine Volksblatt"

Die senkrechten Kategorien lauten wie folgt:

1. Datum der Presseanweisung
2. PA eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisungen eingehalten wurden und gibt zugleich an wie viele Artikel zu dem Thema erschienen sind.
3. PA nicht eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisung nicht umgesetzt wurde.

Der Untersuchungszeitraum beginnt einen Tag nach der Erteilung der Presseanweisung und endet 2 Woche danach.

Codebogen Forschungsfrage 7

08.11.1938	VB	DKB	DKVB
PA eingehalten	5	21	14
PA nicht eingehalten	0	0	0
Summe Artikel	5	21	14

Tabelle 7: Forschungsfrage 7: PA vom 08.11.1938

13.4.8. Forschungsfrage 8

Die Presseanweisung vom 15. November 1938 lautete: *„Die Presse muss schon morgen früh alle Meldungen in großer Aufmachung bringen, nach denen andere Länder sich gegen die Aufnahme von Juden mit allen Mitteln zur Wehr setzen. So liegen z.B. Meldungen vor, dass in Belgien Konzentrationslager für jüdische Emigranten eingerichtet werden. Polen wehrt sich gegen die Zurücknahme seiner eigenen jüdischen Staatsangehörigen, die im Ausland leben, weil es nicht weiß, was es mit den ganzen Juden anfangen soll."* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1079f.) Die Presseanweisung vom 17. November 1938 lautete: *„[…] In viel stärkerem Maße als bisher müsse in den nächsten Tagen, mindestens für eine Woche, alles herausgestellt werden, was irgendwie zeige, dass ausländische Regierungen sich weigern, Juden bei sich aufzunehmen. Ebenso sei groß aufzumachen und zu kommentieren, was über schlechte Behandlungen von Juden in anderen Ländern gemeldet werde, insbesondere auch über Überführung ins Konzentrationslager. […]"* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1084ff.)

Hypothese 8: Hier wird davon ausgegangen, dass sich die Journalisten an die Presseanweisung hielten und am nächsten Tag die Titelblätter dementsprechend gestalteten und ebenso wie gefordert, mehrere Tage darüber berichteten.

Im Zuge dieser Forschungsfrage soll analysiert werden, welches Blatt/ welche Blätter die Presseanweisungen befolgt haben und wie viele Artikel dazu erschienen sind.

Als waagrechte Kategorien dienen die zu untersuchenden Zeitungen:

1. VB – „Völkischer Beobachter“
2. DKB – „Das Kleine Blatt“
3. DKVB – „Das Kleine Volksblatt“

Die senkrechten Kategorien lauten wie folgt:

1. Datum der Presseanweisung
2. PA eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisungen eingehalten wurden und gibt zugleich an wie viele Artikel zu dem Thema erschienen sind.
3. PA nicht eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisung nicht umgesetzt wurde.

Der Untersuchungszeitraum beginnt einen Tag nach der Erteilung der Presseanweisung und endet 1 Monat danach.

Codebogen Forschungsfrage 8

15.11.1938	VB	DKB	DKVB
PA eingehalten	2	4	9
PA nicht eingehalten	0	0	0
Summe Artikel	2	4	9

Tabelle 8: Forschungsfrage 8: PA vom 15.11.1938

13.4.9. Forschungsfrage 9

Die Presseanweisung vom 19. November 1938 lautete: *„Die Anweisungen zur Judenfrage seien offenbar nicht überall verstanden worden. Es soll das Wirken der Juden in Deutschland gezeigt werden, in der Arbeiterbewegung, im Liberalismus, in der Kultur, in der Finanz, am Hofe, während des Krieges, beim Munitionsarbeiterstreik, im letzten Kriegsjahr, in der Novemberrevolte, in den ersten Regierungen der Republik, in der Korruption usw. Die Tendenz sei ebenfalls missverstanden worden. Gegen die Spießer heiße nicht, dass man durch Schlagzeigen den Eindruck erwecken soll, als seien große Teile des Volkes mit den Maßnahmen gegen die Juden nicht einverstanden. Die Artikelserie müsse in allen Zeitungen mit der deutlichen Tendenz schließen: Deutsches Volk, du hast jetzt lesen können, wie und wo dir die Juden geschadet haben, wenn du nun noch einen griesgrämigen Volksgenossen triffst, so weißt du, dass er einer von denen ist, die es immer noch nicht begriffen haben, die also zu den ständigen Neinsagern gehören. Notiere ihn dir. Das sind die Männer, die dem Führer in den Rücken fallen." (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1059f.)*

Hypothese 9: Hier wird davon ausgegangen, dass die Tageszeitungen umgehend den Presseanweisungen folgten.

Im Zuge dieser Forschungsfrage soll analysiert werden, welches Blatt/ welche Blätter die Presseanweisungen befolgt haben und wie viele Artikel dazu erschienen sind.

Als waagrechte Kategorien dienen die zu untersuchenden Zeitungen:

1. VB – „Völkischer Beobachter"
2. DKB – „Das Kleine Blatt"
3. DKVB – „Das Kleine Volksblatt"

Die senkrechten Kategorien lauten wie folgt:

1. Datum der Presseanweisung
2. PA eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisungen eingehalten wurden und gibt zugleich an wie viele Artikel zu dem Thema erschienen sind.

3. PA nicht eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisung nicht umgesetzt wurde.

Der Untersuchungszeitraum beginnt einen Tag nach der Erteilung der Presseanweisung und endet 1 Woche danach.

Codebogen Forschungsfrage 9

19.11.1938	VB	DKB	DKVB
PA eingehalten	2	3	2
PA nicht eingehalten	0	0	0
Summe Artikel	2	3	2

Tabelle 9: Forschungsfrage 9: PA vom 19.11.1938

13.4.10. Forschungsfrage 10

Die Presseanweisung vom 5. Juni 1939 lautete: *„Ministerialdirektor Wohlthat fährt in nichtamtlicher Eigenschaft nach London zu informatorischen Besprechungen über die planmäßige Abwanderung der Juden. Berichterstattung für die deutsche Presse gesperrt.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 539)

Hypothese 10: Hier wird davon ausgegangen, dass die Anweisung eingehalten wurde und dieses Thema in den Zeitungen nicht erwähnt wurde.

Im Zuge dieser Forschungsfrage soll analysiert werden, welches Blatt/ welche Blätter die Presseanweisungen befolgt haben und wie viele Artikel dazu erschienen sind.

Als waagrechte Kategorien dienen die zu untersuchenden Zeitungen:

1. VB – „Völkischer Beobachter“
2. DKB – „Das Kleine Blatt“
3. DKVB – „Das Kleine Volksblatt“

Die senkrechten Kategorien lauten wie folgt:

1. Datum der Presseanweisung
2. PA eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisungen eingehalten wurden und gibt zugleich an wie viele Artikel zu dem Thema erschienen sind.
3. PA nicht eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisung nicht umgesetzt wurde.
4. Juden – Auswanderung Juden wurde thematisiert
5. Wohlthat – Ministerialminister Wohlthat erwähnt

Der Untersuchungszeitraum beginnt einen Tag nach der Erteilung der Presseanweisung und endet 1 Woche danach.

Codebogen Forschungsfrage 10

05.06.1939	VB	DKB	DKVB
PA eingehalten	1	1	1
PA nicht eingehalten	0	0	0
Juden	0	0	0
Wohlthat	0	0	0
Summe Artikel	0	0	0

Tabelle 10: Forschungsfrage 10: PA vom 06.07.1939

13.4.11. Forschungsfrage 11

Die Presseanweisung vom 8. Juni 1939 lautete: *„Über die bevorstehende Rückkehr der in Cuba nicht zugelassenen jüdischen Emigranten darf nicht berichtet werden.“ (*Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 550)

Die Presseanweisung vom 10 Juni 1939 besagte: *„Judenauswanderung: Es ist nicht zweckmäßig, wenn die Presse sich mit der Zurückweisung von ausgewanderten Juden durch andere Länder (z.B. Cuba) beschäftigt. Das hätte höchstens zur Folge, dass Juden in ihrem Auswanderungsentschluss wankend werden. Das gleiche gilt für Meldungen über Festnahmen von unerlaubt nach Palästina eingewanderten Juden.“ (*Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S.559)

Die Presseanweisung vom 21. Juli 1939 wies die Journalisten folgendermaßen an: *„Es soll nichts über deutsche Besprechungen mit dem Evian-Ausschuss gebracht werden.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S.724)

Hypothese 11: Hier wird angenommen, dass die Presseanweisungen befolgt wurden und demnach nichts über diese Themen in den Zeitungen zu finden sei.

Im Zuge dieser Forschungsfrage soll analysiert werden, welches Blatt/ welche Blätter die Presseanweisungen befolgt haben und wie viele Artikel dazu erschienen sind.

Als waagrechte Kategorien dienen die zu untersuchenden Zeitungen:

1. VB – „Völkischer Beobachter“
2. DKB – „Das Kleine Blatt“
3. DKVB – „Das Kleine Volksblatt“

Die senkrechten Kategorien lauten wie folgt:

1. Datum der Presseanweisung
2. PA eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisungen eingehalten wurden und wird in diesem Fall, da eine Einhaltung der Presseanweisung bedeutet, dass nichts dazu veröffentlich wurde, mit 0 angegeben.
3. PA nicht eingehalten – bedeutet, dass die Presseanweisung nicht umgesetzt wurde.

Der Untersuchungszeitraum beginnt einen Tag nach der Erteilung der Presseanweisung und endet 1 Monat danach.

Codebogen Forschungsfrage 11

08.06.1939	VB	DKB	DKVB
PA eingehalten	1	1	1
PA nicht eingehalten	0	0	0
10.06.1939	VB	DKB	DKVB
PA eingehalten	1	1	1
PA nicht eingehalten	0	0	0
21.07.1939	VB	DKB	DKVB
PA eingehalten	1	1	1
PA nicht eingehalten	0	0	0
Summe Artikel	0	0	0

Tabelle 11: Forschungsfrage 11: PA vom 08.06.1939, 10.06.1939, 21.07.1939

14. Auswertung und Interpretation der Forschungsfragen und Hypothesen

14.1. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 1/1.1.

Forschungsfrage 1: Hatten Presseanweisungen zwischen 1933 und Anfang 1938 Einfluss auf die Medienlandschaft Österreichs?

Hypothese **:** Hier wird davon ausgegangen, dass in den Jahren 1933 bis Anfang 1938 die Presseanweisungen in den österreichischen Zeitungen noch keinen Einfluss nahmen, da Österreich erst ab März 1938 unter NS-Herrschaft stand und davor in Österreich noch keine Gleichschaltung der Presse stattfand und es kein Schrifteitergesetz gab. Hier wird ferner davon ausgegangen, dass in den Zeitungen Artikel gefunden werden können, in denen noch eine ablehnende Haltung gegenüber der Nationalsozialisten zu bemerken ist.

Forschungsfrage 1.1.: Am 12. Februar 1934 wurde die Presseanweisung *„Die deutsche Regierung bewahrt gegenüber den außenpolitischen Tendenzen des neuen französischen Kabinetts eine abwartende Haltung, da noch nicht klar ersichtlich ist, in welcher Richtung tatsächlich die neue Regierung in der Abrüstungsfrage insbesondere vorgehen wird. Aus diesem Grunde sind Erörterungen über die außenpolitischen Tendenzen Frankreichs im Augenblick pressepolitisch nicht am Platze.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1985, S. 79) ausgegeben. Am 14. März 1935 wurde die Presseanweisung „*Vielfach liest man, dass jüdische Emigranten und Auswanderer in Palästina schlechte Berufsaussichten hätten. Das Reich hat keinerlei Interesse daran, die Auswanderung von Juden und Emigranten nach Palästina damit zu erschweren.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert: 1987, S. 146) ausgegeben.

Hypothese: Hier wird davon ausgegangen, dass diese zwei, als Beispiele gewählten, Presseanweisungen in den Tageszeitungen Österreichs nicht befolgt wurden. Darüber hinaus besteht die Vermutung, dass in dem besagten Zeitraum in den

österreichischen Zeitungen noch eher eine ablehnende Haltung gegenüber den Nationalsozialisten bestand.

Die Hypothese zu Forschungsfrage 1 konnte aus leicht ersichtlichen Gründen verifiziert werden. Österreich stand am 12. März 1938 unter NS-Herrschaft, jedoch in den Jahren davor befanden sich die Nationalsozialisten hierzulande noch im „Untergrund“ und konnte daher noch keinerlei Einfluss auf das österreichische Pressewesen nehmen.

Die Hypothese zu Forschungsfrage 1.1. vermutet ferner, dass in den Zeitungen noch ablehnende Tendenzen gegenüber dem NS-Regime wahrzunehmen waren. Um dies deutlich zu machen, wurden Ausgaben aus den Jahren 1933 bis 1938 gesichtet und folgende Überschriften bzw. Inhalte sollen dies klar darstellen.

So schrieb Das Kleine Blatt am 21. August 1933 auf der Titelseite, *„Nazi überfallen Ausländer“.* In dem Artikel wird eine Situation beschrieben, in der *Hakenkreuzlausbuben* unschuldige Touristen attackieren und danach feige fliehen.

Am 13. März 1934 wird ebenso in der Zeitung *Das Kleine Blatt* unter dem Titel *„Ein Naziredner und Deckname“*, ein österreichischer Nationalsozialist mit Namen erwähnt und damit entlarvt, hier wird von der damals noch *verbotenen Partei* gesprochen.

Am 14. März 1934 erschien ein Artikel *„Ein Ausflug ins Dritte Reich“*, in dem *trotz Maulkorbzwang* von der Leipziger Messe berichtet wurde. In der Propaganda war angekündigt, dass das Publikum in Massen hineinströmen würde, um den Kanzler und den Minister, die ebenfalls anwesend sein würden, zu sehen. Es ist unschwer zwischen den Zeilen zu lesen, dass der Autor des Artikels von der ganzen Sache nichts hielt und der angekündigte Massenansturm nicht stattfand.

Die Annahme, dass die österreichische Presse nicht nur noch frei war selbst zu entscheiden, was in die Zeitungen gelangte, sondern darüber hinaus auch noch negativ über das NS-Regime berichtete, lässt sich hier klar verifizieren.

14.2. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 2

Forschungsfrage 2: Wie waren die Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlinge/Emigranten formuliert?

Hypothese: Wenn Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten ausgegebene wurden, dann wurde klar befohlen was veröffentlich bzw. nicht veröffentlich werden sollte.

Fünf, der insgesamt zehn untersuchten Presseanweisungen über jüdische Flüchtling/Emigranten, das sind 50%, beziehen sich explizit auf die Durchführung in der Presse. Drei, der insgesamt zehn untersuchten Presseanweisungen über jüdische Flüchtlinge/Emigranten, das sind 30%, beziehen sich explizit auf die nicht Nicht-Durchführung in der Presse. Zwei, der insgesamt zehn untersuchten Presseanweisungen über jüdische Flüchtling/Emigranten, das sind 20%, beziehen sich sowohl auf die Durchführung, als auch Nicht-Durchführung.

Die Hypothese lässt sich verifizieren, da sich in allen Fällen an die Presseanweisungen gehalten wurde, sowohl bei der Durchführung, als auch bei der Nicht-Durchführung.

14.3. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 3

Forschungsfrage 3: Wurden die Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten eingehalten?

Hypothese: Hie wird davon ausgegangen, dass sich alle Zeitungen ab 1938 strikt an die Anweisungen gehalten haben. Ferner wird hier davon ausgegangen, dass das Blatt „Völkischer Beobachter“ die Anweisungen mit Sicherheit übernommen hat, da es als Sprachrohr der NSDAP agierte.

Ad.: „Völkischer Beobachter“

Wie vermutet hat sich der Völkische Beobachter zu 100% an die Anweisungen gehalten und jede Presseanweisung je nach Weisung veröffentlicht oder nicht veröffentlicht.

Ad. „Das Kleine Blatt“

Lediglich die Presseanweisung vom 15. 07. 1938 wurde nicht durchgeführt, wobei diese Presseanweisung auch keinen expliziten Auftrag zur Durchführung gegeben hatte. Demnach wurden nachweislich 90 % der Presseanweisungen in diesem Blatt durchgeführt.

Ad. „Das Kleine Volksblatt“

Lediglich die Presseanweisung vom 15. 07. 1938 wurde nicht durchgeführt, wobei diese Presseanweisung auch keinen expliziten Auftrag zur Durchführung gegeben hatte. Demnach wurden nachweislich 90 % der Presseanweisungen in diesem Blatt durchgeführt.

Als Fazit für diese Forschungsfrage lässt sich sagen, dass der Völkische Beobachter sich am meisten die Presseanweisung befolgt hat, wobei jedoch die anderen beiden Blätter dies auch fast zur Gänze getan haben. Die Hypothese der Forschungsfrage 3 lässt sich fast gänzlich verifizieren, da die einzige, nicht von allen Blättern umgesetzte Presseanweisung, keine unbedingte war.

14.4. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 4

Forschungsfrage 4: Wie schnell wurden die Presseanweisungen zu jüdischen Flüchtlingen/Emigranten umgesetzt?

Hypothese: Hier besteht die Vermutung, dass die Presseanweisungen schnellstmöglich umgesetzt wurden; wiederum wird davon ausgegangen, dass der „Völkische Beobachter“ am schnellsten agierte, jedoch auch die beiden anderen Zeitungen werden aufgrund der Gleichschaltung der Presse und des Schriftleitergesetzes sehr schnell agiert haben.

Ad. „Völkischer Beobachter“

Der „Völkische Beobachter“ hat alle 10 Presseanweisungen wie vorgegeben umgesetzt, einerseits in Form von Artikeln und andererseits im Ausbleiben eben dieser. Die folgende Tabelle soll die Dauer von der Erteilung bis zur Durchführung der Presseanweisung aufzeigen.

Datum der Presseanweisung	Durchführungsdatum	Anzahl der Tage
20.06.1938	21.06.1938	1
15.07.1938	16.07.1938	1
08.11.1938	9.11.1938	1
15.11.1938	16.11.1938	1
17.11.1938	18.11.1938	1
19.11.1938	19.11.1938	1
05.06.1939	nicht durchgeführt	0
08.06.1939	nicht durchgeführt	0
10.06.1939	nicht durchgeführt	0
21.07.1939	nicht durchgeführt	0
Durchschnittswert		1

Tabelle 12: Völkischer Beobachter Forschungsfrage 4 Durchschnittswert Dauer

Die Tabelle zeigt, dass der Völkische Beobachter die Anweisungen strikt befolgte und zwar innerhalb von 1 Tag.

Ad. „Das Kleine Blatt“

Das Kleine Blatt hat fünf von den zehn zu erforschenden Presseanweisungen in Form von Artikeln umgesetzt. Damit hat „Das Kleine Blatt“ 5 von den 6 Presseanweisungen, die darauf abzielten veröffentlicht zu werden, umgesetzt und die 4 Anweisungen, die nicht umgesetzt werden sollten, befolgt. Die folgende Tabelle soll die Dauer von der Erteilung bis zur Durchführung der Presseanweisung aufzeigen.

Datum der Presseanweisung	Durchführungsdatum	Anzahl der Tage
20.06.1938	23.06.1938	3
15.07.1938	nicht durchgeführt	0
08.11.1938	09.11.1938	1
15.11.1938	16.11.1938	1
17.11.1938	18.11.1938	1
19.11.1938	20.11.1938	1
05.06.1939	nicht durchgeführt	0
08.06.1939	nicht durchgeführt	0
10.06.1939	nicht durchgeführt	0
21.07.1939	nicht durchgeführt	0
Durchschnittswert		1,4

Tabelle 13: Das Kleine Blatt Forschungsfrage 4 Durchschnittswert Dauer

Die Tabelle zeigt, dass „Das Kleine Blatt“ im Durchschnitt 1,4 Tage gebraucht hat, um die Anweisungen umzusetzen.

Ad. „Das Kleine Volksblatt“

Das Kleine Volksblatt hat, wie das Kleine Blatt fünf von den zehn zu erforschenden Presseanweisungen umgesetzt. Damit hat „Das Kleine Volksblatt“ ebenso wie „Das Kleine Blatt“ 5 von den 6 Presseanweisungen, die darauf abzielten veröffentlicht zu werden, umgesetzt und die 4 Anweisungen, die nicht umgesetzt werden sollten, befolgt. Die folgende Tabelle soll die Dauer von der Erteilung bis zur Durchführung der Presseanweisung aufzeigen.

Datum der Presseanweisung	Durchführungsdatum	Anzahl der Tage
20.06.1938	23.06.1939	3
15.07.1938	nicht durchgeführt	0
08.11.1938	09.11.1938	1
15.11.1938	16.11.1938	1
17.11.1938	18.11.1938	1
19.11.1938	20.11.1938	1
05.06.1939	nicht durchgeführt	0
08.06.1939	nicht durchgeführt	0
10.06.1939	nicht durchgeführt	0
21.07.1939	nicht durchgeführt	0
Durchschnittswert		1,4

Tabelle 14: Das Kleine Volksblatt Forschungsfrage 4 Durchschnittswert Dauer

Die Tabelle zeigt, dass „Das Kleine Volksblatt“ im Durchschnitt 1,4 Tage gebraucht hat, um die Anweisungen umzusetzen.

14.5. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 5

Forschungsfrage 5: Die Presseanweisung vom 20. Juni 1938 lautete: *„Über die „Judenverfolgung“ in Berlin und im Reiche berichtet das Ausland nach wie vor in großer Aufmachung. Die Gründe für diese Ereignisse seien bekannt. Die Bevölkerung sei erregt über die „Emigration“ der Juden nach Berlin, wo mehrere Tausend in den letzten Monaten zugezogen seien. Sie hätten geglaubt, in der Großstadt eher untertauchen zu können. Es seien zahlreiche neue jüdische Geschäfte eröffnet worden, vorhandene hatten erweitert werden können. Eine allgemeine Lauheit sei gegenüber der Judenfrage unverkennbar, besonders was den Kauf bei Juden angehe. […]* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 592)

Hypothese: Hier wird davon ausgegangen, dass die Presseanweisung binnen weniger Tage in den Zeitungen wiederzufinden sei, wobei vermutet wird, dass die Berichterstattung beim Völkischen Beobachter früher Platz fand, als bei den beiden anderen Zeitungen, da es sich bei der Presseanweisung über Geschehnisse in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands handelte.

Alle drei Tageszeitungen haben sich an die Presseanweisung gehalten, wobei der „Völkische Beobachter“ sie sofort am nächsten Tag umgesetzt hat (21.06.1938) und „Das Kleine Blatt“ und „Das Kleine Volksblatt“ zwei Tage später zu dem Thema berichtet haben (23.06.1938).

Aufgrund dieser Tatsachen lässt sich hier die Hypothese verifizieren.

14.6. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 6

Forschungsfrage 6: Die Presseanweisung vom 15 Juli 1938 lautete wie folgt: *„Auswärtiges Amt: Die Konferenz von Evian ist nun auseinandergegangen, ohne dass viel herausgekommen wäre. Wir haben an sich keinen Anlass, die Angelegenheit besonders aufzumachen. Vor allem wird dringend gebeten, die Empfehlungen, dass die Ausreiseländer gewissermaßen hilfreich mittätig sein sollen, absolut zu ignorieren. In der einen oder anderen Form freundlich anerkannt werden, dass sich einige südamerikanische Staaten dagegen gewandt haben, dass die Schlussresolution [Ausfälle gegen Deutschland] enthält. (Nach dieser Bemerkung können (gestr.: wir) also [auch wir] (gestr.: auch wie) über die Konferenz etwas bringen. Der Vertreter des Auswärtigen Amts hat uns noch gebeten, vielleicht den Gedanken mitzuverwenden, dass jetzt jene Staaten sich besonders eifrig betätigen, die seinerzeit nach Kriegsschluss die Deutschen rigoros über Nacht aus ihren Grenzen verwiesen haben, dabei soll jedoch das Wort Elsass nicht fallen.)“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 656f.)

Hypothese: Hier wird davon ausgegangen, dass die Anweisungen binnen der folgenden Tage übernommen wurden.

Ad. „Völkischer Beobachter“

Zu dieser Forschungsfrage lässt sich sagen, dass der „Völkische Beobachter“ die Weisung nicht ganz nach Wunsch durchgeführt hat, denn am 16.07.1938 erschien

auf dem Titelblatt ein Artikel mit der Überschrift *„Keiner will die Mischpoche haben. Judenkonferenz von Evian blamiert die internationalen Heuchler. Das Gesamtergebnis: Ein Ausschluss!“* und darüber hinaus wurde auf Seite 2 der Ausgabe des 16.7.1938 dieser Artikel noch weitergeführt. Dies stellt keine direkte Missachtung der Anweisung dar, da in der Presseanweisung zu lesen ist, dass davon berichtet werden darf, jedoch wird auch der Wunsch geäußert, dass es nicht allzu groß aufgemacht werden solle.

„*Vor allem wird dringend gebeten, die Empfehlungen, dass die Ausreiseländer gewissermaßen hilfreich mittätig sein sollen, absolut zu ignorieren.“* Dieser, als eindeutiges Verbot wahrnehmbarer Teil der Presseanweisung, wurde jedoch eingehalten.

Ad. „Das Kleine Blatt“ und „Das Kleine Volksblatt“

Beide Blätter hatten die Presseanweisung zur Gänze ignoriert und nichts zu dem Thema veröffentlicht. Da die Presseanweisung keinen eindeutigen Befehl zur Veröffentlichung erteilte, erscheint dies jedoch als kein schlimmes Vergehen.

Als Fazit dieser Forschungsfrage muss jedoch gesagt werden, dass die Hypothese zum Großteil falsifiziert wurde, da sich der Völkische Beobachter nur zum Teil daran hielt und die beiden anderen Blätter die Anweisung gänzlich ignorierten.

14.7. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 7

Forschungsfrage 7: Die Presseanweisung vom 8. November 1938 lautete: *„Im Laufe des Nachmittags werde eine Blütenlese von Urkunden Zeugnis ablegen für den Geisteszustand der Emigrantenkreise und des internationalen Judentums. Darunter würden auch Gedichte sein. Das Attentat müsse wiederum auf der ersten Seite behandelt werden. Der Gedanke, der in einigen Zeitungen zum Ausdruck gekommen sei, dass die französischen Sender allgemein nicht mehr für die Propaganda der Juden zur Verfügung stünden, sei falsch. Die seinerzeit erlassene Anordnung der französischen Regierung betreffe nur die privaten Sender. Dass zum Beispiel Strassburg nicht gemeint war, sei gestern Abend bewiesen, wo Strassburg den Attentäter als harmlosen jungen Knaben hingestellt habe, den man nicht voll verantwortlich (ma)chen könne.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1052)

Hypothese: Hier wird davon ausgegangen, dass sich alle drei beobachteten Zeitungen an die Anweisung gehalten haben und das Attentat über längere Zeit stark behandelten.

Grundlegend ist zur Forschungsfrage 7 zu sagen, dass es sich um eine der meist umgesetzten Presseanweisungen der vorliegenden Untersuchung handelt. Das Thema ist das Attentat vom 7.11.1938, bei dem Herschel Grynszpan, ein Jude, Ernst Eduard vom Rath so schwer verletzte, dass er zwei Tage später seinen Verletzungen erlag.

Ad. „Völkischer Beobachter“

Wie angewiesen, wurde die Anweisung vom Völkischen Beobachter über mehrere Tage in großer Aufmachung gebracht. Am. 9.11., 11.11., 12.11, 13.11. und 14.11. 1938 wurde jeweils am Titelblatt darüber berichtet.

Ad. „Das Kleine Blatt“

Ebenso befolgte „Das Kleine Blatt“ die Anweisung und berichtete sogar noch um einiges detaillierter über das Attentat, dessen Folgen bis hin zum Begräbnis von vom Rath, und zwar am 9.11.1938 auf den Seiten 5, 6 und 7; am 10.11.1938 auf den Seiten 1, 3 und 4; am 11.11.1938 auf den Seiten 1, 2, 3 und 4; am 12.11.1938 auf den Seiten 1, 2 und 5; am 13.11.1938 auf den Seiten 1, 2,4 und 5; am 14.11.1938 auf den Seiten 1 und 2 und am 15.11.1938 auf den Seiten 2 und 3.

Ad. „Das Kleine Volksblatt“

Auch „Das Kleine Volksblatt“ brachte wie angewiesen viel über das Thema und zwar am 9.11.1938 auf den Seiten 5, 8 und 10; am 10.11. 1938 auf den Seiten 2 und 5; am 11.11.1938 auf den Seiten 1 und 2; am 12.11.1938 auf den Seiten 1, 2 und 3; am 13.11.1938 auf den Seiten 2 und 3 und am 14.11.1938 auf den Seiten 1 und 2.

Fazit dieser Forschungsfrage ist, dass sich die Hypothese eindeutig verifizieren lässt, da die Anweisung sehr oft (VB- 5 Artikel, DKB – 20 Artikel, DKVB – 14 Artikel) und lang (VB- 5 Tage, DKB – 7 Tage, DKVB- 6 Tage) behandelt wurde.

14.8. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 8

Forschungsfrage 8: Die Presseanweisung vom 15. November 1938 lautete: *„Die Presse muss schon morgen früh alle Meldungen in großer Aufmachung bringen, nach denen andere Länder sich gegen die Aufnahme von Juden mit allen Mitteln zur Wehr setzen. So liegen z.B. Meldungen vor, dass in Belgien Konzentrationslager für jüdische Emigranten eingerichtet werden. Polen wehrt sich gegen die Zurücknahme seiner eigenen jüdischen Staatsangehörigen, die im Ausland leben, weil es nicht weiß, was es mit den ganzen Juden anfangen soll."* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1079f.) Die Presseanweisung vom 17. November 1938 lautete: *„[…] In viel stärkerem Maße als bisher müsse in den nächsten Tagen, mindestens für eine Woche, alles herausgestellt werden, was irgendwie zeige, dass ausländische Regierungen sich weigern, Juden bei sich aufzunehmen. Ebenso sei groß aufzumachen und zu kommentieren, was über schlechte Behandlungen von Juden in anderen Ländern gemeldet werde, insbesondere auch über Überführung ins Konzentrationslager. […]"* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1084ff.)

Hypothese: Hier wird davon ausgegangen, dass sich die Journalisten an die Presseanweisung hielten und am nächsten Tag die Titelblätter dementsprechend gestalteten und ebenso wie gefordert, mehrere Tage darüber berichteten.

In dieser Forschungsfrage werden zwei Presseanweisungen zusammengefasst, da anhand der zweiten Presseanweisung vom 17.11.1938 ersichtlich ist, dass die erste Presseanweisung vom 15.11. 1938 nicht zufriedenstellend ausgeführt wurde.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der „Völkische Beobachter" lediglich zwei Artikel dazu gebracht hat, „Das Kleine Blatt" hingegen schon vier und „Das Kleine Volksblatt" am Meisten mit 9 Artikeln.

Die Hypothese lässt sich hier jedoch nicht verifizieren, da sie mittels der Presseanweisung mehrfach angewiesen wurden das Thema mindestens eine Woche lang groß aufzumachen.

14.9. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 9

Forschungsfrage 9: Die Presseanweisung vom 19. November 1938 lautete: *„Die Anweisungen zur Judenfrage seien offenbar nicht überall verstanden worden. Es soll das Wirken der Juden in Deutschland gezeigt werden, in der Arbeiterbewegung, im Liberalismus, in der Kultur, in der Finanz, am Hofe, während des Krieges, beim Munitionsarbeiterstreik, im letzten Kriegsjahr, in der Novemberrevolte, in den ersten Regierungen der Republik, in der Korruption usw. Die Tendenz sei ebenfalls missverstanden worden. Gegen die Spießer heiße nicht, dass man durch Schlagzeigen den Eindruck erwecken soll, als seien große Teile des Volkes mit den Maßnahmen gegen die Juden nicht einverstanden. Die Artikelserie müsse in allen Zeitungen mit der deutlichen Tendenz schließen: Deutsches Volk, du hast jetzt lesen können, wie und wo dir die Juden geschadet haben, wenn du nun noch einen griesgrämigen Volksgenossen triffst, so weißt du, dass er einer von denen ist, die es immer noch nicht begriffen haben, die also zu den ständigen Neinsagern gehören. Notiere ihn dir. Das sind die Männer, die dem Führer in den Rücken fallen." (Bohrmann/Toepser-Ziegert:1999, S. 1059f.)*

Hypothese: Hier wird davon ausgegangen, dass die Tageszeitungen umgehend den Presseanweisungen folgten.

Zu Beginn muss erwähnt werden, dass diese Forschungsfrage 9, Rückschlüsse auf die Forschungsfrage 8 gibt, denn aufgrund der Formulierung ist klar zu erkennen, dass Dr. Goebbels mit der Umsetzung der Presseanweisungen vom 15. Und 17. November 1938 nicht zufrieden war und sie erneut anwies seinen Vorgaben zu folgen.

Im Falle der Forschungsfrage 9 lässt sich die Hypothese verifizieren, da der „Völkische Beobachter" 2 Artikel, „Das Kleine Blatt" 3 Artikel und „Das Kleine Volksblatt" 2 Artikel veröffentlichten, die der Anweisung exakt folgten.

14.10. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 10

Forschungsfrage 10: Die Presseanweisung vom 5. Juni 1939 lautete: *„Ministerialdirektor Wohlthat fährt in nichtamtlicher Eigenschaft nach London zu informatorischen Besprechungen über die planmäßige Abwanderung der Juden. Berichterstattung für die deutsche Presse gesperrt.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 539)

Hypothese: Hier wird davon ausgegangen, dass die Anweisung befolgt wurde, in dem sie nicht in den Zeitungen erwähnt wurde.

Die Hypothese der Forschungsfrage 10 konnte verifiziert werden, da sich zu dem Thema nichts in den drei Tageszeitungen finden ließ.

14.11. Auswertung und Interpretation Forschungsfrage 11

Forschungsfrage 11:

Die Presseanweisung vom 8. Juni 1939 lautete: *„Über die bevorstehende Rückkehr der in Cuba nicht zugelassenen jüdischen Emigranten darf nicht berichtet werden.“ (*Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S. 550)

Die Presseanweisung vom 10 Juni 1939 besagte: *„Judenauswanderung: Es ist nicht zweckmäßig, wenn die Presse sich mit der Zurückweisung von ausgewanderten Juden durch andere Länder (z.B. Cuba) beschäftigt. Das hätte höchstens zur Folge, dass Juden in ihrem Auswanderungsentschluss wankend werden. Das gleiche gilt für Meldungen über Festnahmen von unerlaubt nach Palästina eingewanderten Juden.“ (*Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S.559)

Die Presseanweisung vom 21. Juli 1939 wies die Journalisten folgendermaßen an: *„Es soll nichts über deutsche Besprechungen mit dem Evian-Ausschuss gebracht werden.“* (Bohrmann/Toepser-Ziegert:2001, S.724)

Hypothese: Hier wird angenommen, dass die Presseanweisungen befolgt wurden und demnach nichts über diese Themen in den Zeitungen zu finden war.

Die Hypothese der Forschungsfrage 11 konnte verifiziert werden, da sich zu den Themen der drei Presseanweisungen nichts in den drei Tageszeitungen finden ließ.

15. Conclusio

Gleich zu Beginn hat die Sichtung des Untersuchungsmaterial gezeigt, dass in den Jahren 1933 bis Anfang 1938 in Österreich noch keine Befolgung von Presseanweisungen stattfand, da das Land damals noch nicht unter dem NS-Regime stand und dahingehend auch noch nicht der Gleichschaltung der Presse unterlag und ganz im Gegenteil eher gegen das NS-Regime geschrieben wurde. Dies änderte sich nach dem 12. März 1938 schlagartig.

Bei der Auswertung der empirischen Daten wurde hier gezeigt, dass 9 von den 12 Forschungsfragen gänzlich verifiziert werden konnten und eine zum Großteil, zwei der Forschungsfragen wurden falsifiziert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Großteil der Presseanweisungen ab 1938 in Form von Zeitungsartikeln umgesetzt wurde oder eben, wenn von oben gewünscht, Themen verschwiegen wurden. Diese Erkenntnis ist, wenn auch schockierend, leider nicht überraschend, da die Presse zu dieser Zeit gleichgeschaltet war und somit den Weisungen vom Propagandaministerium und vor allem Dr. Joseph Goebbels unterstanden.

Als am 20. Juni 1938 die Weisung erteilt wurde über die Emigration der Juden nach Berlin zu berichten, ist leicht ersichtlich, dass die Zeitungen den Weisungen folgten, da der „Völkische Beobachter“ binnen einem Tag und „Das Kleine Blatt“ und „Das Kleine Volksblatt“ binnen zweier Tage davon berichteten.

In Bezug auf die Durchführung der Presseanweisung vom 15. Juli 1938, die berichtete, dass die Konferenz in Evian ohne erwähnenswerte Ergebnisse auseinandergegangen war, man aber schon darüber berichten könne, verhielten sich die Zeitungen unterschiedlich. Der „Völkische Beobachter“ hielt sich zwar einerseits an die Weisung und brachte etwas über das Thema, aber trotz des klar ausgedrückten Wunsches die Angelegenheit nicht allzu groß aufzumachen, platzierte er die Meldung auf der Titelseite. Aber da die ausdrücklich verbotenen Themen nicht veröffentlicht wurden, gilt diese Presseanweisung vom Völkischen Beobachter als eingehalten. „Das Kleine Blatt“ und „Das Kleine Volksblatt“ ignorierten die Weisung und veröffentlichten keinen Artikel dazu. All dies führte dazu, dass die Hypothese hier falsifiziert werden musste.

Im Falle der Forschungsfrage 7, der Presseanweisung vom 8. November lässt sich zunächst sagen, dass es sich um die meist umgesetzte Presseanweisung dieser Untersuchung handelt. Es wurde die Weisung erteilt das Attentat des Ernst Eduard vom Rath groß aufzumachen und intensiv zu behandeln.

Die dazugehörige Hypothese konnte verifiziert werden, da das Thema äußerst ausführlich und lange andauernd behandelt wurde. Am längsten hat „Das Kleine Blatt“ davon berichtet (7 Tage), knapp gefolgt von dem „Kleinen Volksblatt“ (6 Tage), wiederum knapp gefolgt von dem „Völkischen Beobachter“ (5 Tage). In dieser Zeit hat „Das Kleine Blatt“ 20 Artikel veröffentlicht, „Das Kleine Volksblatt“ 14 Artikel und der „Völkische Beobachter“ 5 Artikel, wobei bei allen drei Blättern die Artikel zumeist auf der ersten Seite gebracht wurden und so die Wichtigkeit der Nachricht, wie gewünscht, zum Ausdruck gebracht wurde.

In der Forschungsfrage 8 wurden zwei Presseanweisungen zusammengefasst, da die Presseanweisung vom 17. November 1938 zeigt, dass die ihr vorhergegangene Presseanweisung vom 15. November nicht zufriedenstellend umgesetzt worden war. Beide Anweisungen verlangen, dass die Zeitung gefüllt werden müsse mit der Nachricht, dass kein Land die Juden aufnehmen möchte.

Trotz zweimaligen Hinweisens wurde die Anweisung nicht gänzlich erfüllt, da die Journalisten angewiesen wurden, mindestens eine Woche lang dieses Thema groß aufzumachen.

Am ehesten hielt sich noch „Das Kleine Volksblatt“ an die Weisung, in dem es neun Artikel veröffentlichte, jedoch aufgeteilt auf lediglich drei Tage, „Das Kleine Volksblatt“ veröffentlichte nur vier Artikel, aufgeteilt auf lediglich zwei Tage und der „Völkische Beobachter“ brachte nur zwei Artikel aufgeteilt auf nur zwei Tage. Aufgrund all dieser Fakten lässt sich die Hypothese hier nur falsifizieren.

Die Forschungsfrage 9, mit der dazugehörigen Presseanweisung vom 19. November 1938, die aufzeigt, dass die Presseanweisungen von 15. und 17. November 1938 nicht zufriedenstellend umgesetzt wurden und nochmals darauf hinweist, dass die Artikel in ihrem Tenor eindeutig gegen Juden sprechen sollten. Die dazugehörige Hypothese ließ sich verifizieren, da alle drei Zeitungen der Weisung folgten und zwei bis drei Artikel, in großer Aufmachung, dazu veröffentlichten.

Bei den Forschungsfragen 10 und 11 handelt es sich um Presseanweisungen, die explizit verlangen, keinerlei Informationen, die durch diese Anweisungen an die Journalisten gelangten, zu veröffentlichen. Da sich alle drei Zeitungen daran hielten, lassen sich hier beide Hypothesen verifizieren.

Die Analyse und die folgende Interpretation der Forschungsfragen bestätigen die Vermutung, dass die Journalisten zum Großteil den Weisungen folgten und sie zumeist schnellstmöglich umsetzten. Die Vermutung, dass der „Völkische Beobachter“ jeweils am schnellsten reagiert hat, hat sich bewahrheitet, wobei aber der Unterschied zu den anderen beiden Blättern nicht sonderlich groß war.

Bezieht man die theoretischen Grundlagen, die in Kapitel 9 ausgeführt wurden mit ein, so kann man erkennen, dass die beiden gegenübergestellten Schulen (siehe Kapitel 9.6.1. und 9.6.2.) gut auf diese Arbeit umgelegt werden können. Die Leipziger Schule, begründet von Hans Amandus Münster, versuchte sich an einer Definition des Mediensystems im Zweiten Weltkrieg: *„Freiwillige Unterordnung unter die neue Idee ist der erste Grundsatz des Journalismus im neuen Staat. Hat er den Sinn einer neuen Zeit verstanden, ist er innerlich überzeugt, dass es keinen anderen Weg aus dem Chaos mehr gibt, so wird er jeden Augenblick – auch ohne Befehl aus Berlin – von selbst die Antwort auf die Tagesfragen finden.“* (Münster zit. in Bussemer, 2008, S. 197) Hier zeigt Münster, das Journalisten zu dieser Zeit nur eines tun konnten, und zwar sich dem Regime unterstellen und - zutiefst überzeugt - der Führungselite unterzuordnen und deren Anweisungen und Wünsche ungefragt zu übernehmen und zu verbreiten. Ein Journalist hatte damals keine Möglichkeit eigenständige Gedanken zu formulieren oder gar zu vertreiben, sie sollten gut geölte Maschinen sein, die nach dem Wunsch anderer laufen ohne Schwierigkeiten zu machen. Münster geht noch einen Schritt weiter und sagt: *„Ein Journalist, der nicht an den Nationalsozialismus glaubt, hat deshalb an unseren deutschen Zeitungen in Zukunft nichts mehr zu suchen!“* (Münster, zit. in Bussemer: 2008, S. 197) Dieser Satz spiegelt die Meinung von Hitler und Goebbels äußerst treffend wieder.

Die Schule der normativen Publizistik, begründet von Emil Dovifat, besagt, dass der Journalismus die Aufgabe habe, die Leser zu führen und nicht allein ein Informationspool für Rezipienten zu sein, an dem sie sich nach Belieben bedienen

können. Die Presse stellte sich für ihn einem Führungsmittel gleich und er lehnte den freien Zugang zu den Medien entschieden ab. Dies führte dazu, dass er die „Grundgesetze der Massenführung“ entwickelte. Der erste Grundsatz, „Der Grundsatz der Vereinfachung“, besagt, dass Journalisten Inhalte so vereinfacht darzustellen haben, dass der ungebildete Leser versteht, der gebildete Leser jedoch interessiert bleibt. Der Grundsatz des „hämmernden Wiederholens“ ist für Dovifat, die ständige Wiederholung des Inhaltes, bis die sich im Kopf der Rezipienten festgesetzt hat. Sein letzter Grundsatz der „gefühlsmäßigen Steigerung“ besagt, dass der Rezipient für die Inhalte emotionalisiert werden müsse, um die Umsetzung der Propaganda zu ermöglichen.

Diese Grundsätze von Dovifat ähneln erschreckend stark den Ansichten von Dr. Goebbels und auch von Adolf Hitler. Vor allem Goebbels setzte diese Taktiken in seinen Konferenzen und Anweisungen um.

Was diese Arbeit schließlich noch zeigt ist, dass totalitäre Regime in erster Linie versuchen, durch Beeinflussung der Medien ihre Macht zu festigen und zu erhalten. Dass dies in einigen Ländern Europas gerade wieder geschieht ist leider erschreckende Realität.

16. Anhang

16.1. Begriffserklärung

BDM – Bund deutscher Mädel

DNB – Deutsches Nachrichtenbüro

Gestapo – Geheime Staatspolizei

HJ – Hitlerjugend

KZ - Konzentrationslager

NS – Nationalsozialismus

NSDAP – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

NSKK – Nationalsozialistische Kraftfahrkorps

RAVAG – Radio Verkehrs AG

SA – Sturmabteilung

SD - Sicherheitsdienst

SS – Schutzstaffel

16.2. Literaturverzeichnis

Anderl, Gabriele / Usaty, Simon (Hg.): Schleppen, Schleusen, Helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung. Mandelbaum Verlag: Wien. 2016

Arnold, Klaus: Kalter Krieg im Äther – Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR, Dissertation, LIT Verlag: Münster – Hamburg – London, 2002

Atteslander, Peter: Methoden der empirischen Sozialforschung, Erich Schmidt Verlag: Berlin, 2008

Barkai, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus: Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945. Fischer Verlag: Frankfurt am Main. 1988

Bentele Günter, Fröhlich Romy, Szyszka Peter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations – Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln, Mit Lexikon. Springer Verlag: Wiesbaden 2005

Boberach, Heinz (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich: Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944, Pawlak Verlag : Neuwied und Berlin. 1965

Boberach, Heinz (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Band 1, Pawlak Verlag: Hersching. 1984

Boelcke, Willi A.: Kriegspropaganda 1939-1941 – Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Deutsche Verlags-Anstalt: Stuttgart. 1966

Boelcke, Willi A.: Wollt ihr den totalen Krieg? – Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943, Deutsche Verlags-Anstalt: Stuttgart. 1967

Bohrmann,Hans/Toepser-Ziegert, Gabriele: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Band 1: 1933. K.G.Sauer Verlag KG: München, New York, London, Paris. 1984

Bohrmann,Hans/Toepser-Ziegert, Gabriele: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Band 2: 1934. K.G.Sauer Verlag KG: München, New York, London, Paris. 1985

Bohrmann,Hans/Toepser-Ziegert, Gabriele: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Band 3: 1935. K.G.Sauer Verlag KG: München, New York, London, Paris. 1987

Bohrmann,Hans/Toepser-Ziegert, Gabriele: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Band 4: 1936. K.G.Sauer Verlag KG: München, New York, London, Paris. 1993

Bohrmann,Hans/Toepser-Ziegert, Gabriele: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Band 5: 1937. K.G.Sauer Verlag KG: München, New York, London, Paris. 1998

Bohrmann,Hans/Toepser-Ziegert, Gabriele: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Band 6: 1938. K.G.Sauer Verlag KG: München, New York, London, Paris. 1999

Bohrmann,Hans/Toepser-Ziegert, Gabriele: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Band 7: 1939. K.G.Sauer Verlag KG: München, New York, London, Paris. 2001

Borrelsholm, Boris von.: Dr. Goebbels – Nach Aufzeichnungen aus seinem Umfeld. Journal, französische Besatzungszone 1949

Bramsted, Ernest K.: Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925 – 1945. Fischer Verlag: Frankfurt am Main. 1971

Brugger, E./Keil, M./Lichtblau,A./Lind, C./Staudinger, B.: Geschichte der Juden in Österreich. Ueberreuter: Wien. 2013

Burkart, Roland: Kommunikationswissenschaft – Grundlagen und Problemfelder – Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft, UTB:Wien – Köln – Weimar, 2002

Bussemer, Thymian: Propaganda: Konzepte und Theorien. Springer:Wiesbaden. 2005

Bussemer Thymian: Über Propaganda zu diskutieren, hat keinen Zweck – Zur Medien und Propagandapolitik von Joseph Goebbels, in: Hachmeister Lutz / Kloft Michael (Hg.): Das Goebbels-Experiment – Propaganda und Politik; Deutsche Verlags-Anstalt: München. 2005

Bussemer, Thymian: Propaganda: Konzepte und Theorien. 2. überarbeitete Auflage. Springer: Wiesbaden, 2008

Duchkowitsch, Wolfgang (Hrsg.): Die österreichische NS-Presse 1918-1933. Literas Universitätsverlag:Wien. 2001

Eppel, Peter: Österreicher in der Emigration und im Exil 1938 bis 1945, In: Stadler, Friedrich. Vertriebene Vernunft. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, Bd.2. LIT:Wien/München: 1988

Hanisch, Ernst: Österreichische Geschichte 1890-1990. Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Ueberreuter:Wien.1994

Hano, Horst: Die Taktik der Pressepropaganda des Hitlerregimes (1943-1945), Freien Universität: Berlin. 1963

Hausjell Fritz: Die gleichgeschaltete Österreichische Presse als nationalsozialistisches Führungsmittel, in: Tálos Emmerich, u.a (Hrsg): NS-Herrschaft in Österreich – Ein Handbuch, hpt Verlag: Wien, 2000

Hausjell, Fritz: Journalisten für das Reich – Der „Reichsverband der deutschen Presse“ in Österreich – 1939-1945, Verlag für Gesellschaftskritik: Wien 2010

Heid, Evelyn: Jüdische Auswanderung. 2015. In: http://www.auswanderung-rlp.de/emigration-in-der-ns-zeit/allgemeines-juedische-auswanderung.html [4.7.2016, 11:41]

Heid, Evelyn: Politische Auswanderung. 2015. In: http://www.auswanderung-rlp.de/emigration-in-der-ns-zeit/allgemeines-politische-auswanderung.html [22.01.2017, 18:42]

Hundhausen, Carl: Propaganda. Grundlagen, Prinzipien, Materialien, Quellen. Verlag W. Girardet:Essen. 1975

Kisch, Guido: Ausgewählte Schriften. Bd.1. Forschung zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters. Jan Thorbecke Verlag: Sigmaringen. 1978

Kohlmann-Viand Doris: NS-Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg – Die ‚Vertraulichen Informationen als Mittel der Presselenkung, de Gruyter Verlag: München – London – New York – Paris, 1991

Lasswell, Harold D.: The Theory of Political Propaganda. In: American Political Science Review. 21.Jg., Heft 4. 1927a

Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef (Hrsg.): Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation. Bd. 3. 1918-1938. Verlag Peter Lang GmbH: Frankfurt am Main. 1992

Merten Klaus: Struktur und Funktion von Propaganda, in: Holz-Bacha Christina, Kutsch Arnulf, Wolfgang R. Langenbucher, Ulrich Saxer (Hrsg.): Publizistik – Viertelsjahreshefte für Kommunikationsforschung, 45. Jahrgang, Heft 2, 2000

Merten Klaus: Kommunikation und Persuasion, in: Bentele Günter, Fröhlich Romy, Szyszka Peter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations – Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln, Mit Lexikon, Springer Verlag: Wiesbaden 2005

Noelle-Neumann Elisabeth, Schultz Winfried, Wilke Jürgen (Hrsg.): Fischer Lexikon- Publizistik – Massenkommunikation, Fischer Verlag: Frankfurt am Main, 2009

Paupié, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1948-1959, Band I, Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H.: Wien. 1960

Reuth, Ralf Georg: Goebbels. R. Piper GmbH & Co. KG: München. 1990

Rollka, Bodo: Geleitwort. In: Thymian Bussemer: Propaganda und Populärkultur. Konstruierte Erlebniswelten im Nationalsozialismus. Springer Verlag: Wiesbaden. 2000

Scriba, Arnulf: Völkischer Beobachter. 2.05.2015. In: https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/voelkischer-beobachter.html. [04.07.2016, 14:22]

Scriba, Arnulf: Emigration aus dem NS-Staat. 22.06.2015. In: https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/etablierung/paris/ [22.01.2017, 17:32]

Scriba, Arnulf: Der „Geschäftsboykott“ vom 1. April 1933. 23.06.2015. In: https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung-und-verfolgung/geschaeftsboykott-1933.html [22.01.2017, 17:50]

Snowball, David: Propaganda and It’s Discontents. A Review Essay. In: Journal of Communication. 49. Jg., Heft 2. 1999

Tutas, Herbert E.: NS-Propaganda und deutsches Exil 1933-1939, Heinz Verlag: Worms, 1973

Vertetics, Silvia: „Das Kleine Blatt“ 1927-1971, Vom sozialdemokratischen Boulevardblatt zum ständestaatlichen und nationalsozialistischen Massenblatt, Diplomarbeit, Wien, 2006

Weissenböck, Christoph Josef: Thematisierung des Exils in der Parteizeitung „Das Kleine Volksblatt“ und „Arbeiter-Zeitung“ in den Jahren 1945-1949, Diplomarbeit, Wien, 2008

Wilke Jürgen (Hg.) Pressepolitik und Propaganda – Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg. Böhlau Verlag: Köln – Weimar – Wien, 1997

Wilke, Jürgen: Presseanweisungen im Zwanzigsten Jahrhundert: Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR, Böhlau Verlag: Köln – Weimar – Wien, 2007

16.3. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1. Asylländer nach Kontinenten der bis zum Kriegsbeginn vertriebenen österreichischen Juden und Jüdinnen.

Tabelle 2: Codebogen Forschungsfrage 2 : Absicht der Presseanweisungen

Tabelle 3: Codebogen Forschungsfrage 2 : Einhaltung der Presseanweisungen

Tabelle 4: Forschungsfrage 4 : Zeitraum bis zur Durchführung der Presseanweisungen

Tabelle 5: Forschungsfrage 5: PA vom 20.06.1938

Tabelle 6: Forschungsfrage 6: PA vom 15.07.1938

Tabelle 7: Forschungsfrage 7: PA vom 08.11.1938

Tabelle 8: Forschungsfrage 8: PA vom 15.11.1938

Tabelle 9: Forschungsfrage 9: PA vom 19.11.1938

Tabelle 10: Forschungsfrage 10: PA vom 06.07.1939

Tabelle 11: Forschungsfrage 9: PA vom 08.06.1939, 10.06.1939, 21.07.1939

Tabelle 12: Völkischer Beobachter Forschungsfrage 4 Durchschnittswert Dauer

Tabelle 13: Das Kleine Blatt Forschungsfrage 4 Durchschnittswert Dauer

Tabelle 14: Das Kleine Volksblatt Forschungsfrage 4 Durchschnittswert Dauer

16.4. Untersuchungsmaterial

16.4.1. „Völkischer Beobachter“

Die Ausgaben des Völkischen Beobachters wurden in der Österreichischen Nationalbibliothek auf Mikrofilm gesichtet.

Folgende Ausgaben wurden bei dieser Arbeit verwendet:

1. 21 Juni 1938 S. 1
2. 21. Juni 1938 S. 2
3. 23. Juni 1938 S. 1
4. 23. Juni 1938 S. 2
5. 16. Juli 1938 S. 1
6. 16. Juli 1938 S. 2
7. 17. Juli 1938 S. 1
8. 23. Juli 1938 S. 1
9. 9. November 1938 S. 1
10. 11. November 1938 S. 1
11. 12. November 1938 S. 1
12. 13. November 1938 S. 1
13. 14. November 1938 S. 1
14. 16. November 1938 S. 1
15. 16. November 1938 S. 2
16. 20. November 1938 S. 1
17. 20. November 1938 S. 2
18. 7. Juli 1939 S. 1

vornherein war unsere Lage ungünstig in bezug auf das Ziel, den Feind zu zerschlagen. Wir mußten den Gegner auf schwierigen Gebirgsstraßen umgehen, zur Sicherung unseres Nachschubes neue

beshalb in 36 Stunden durchgeführt werden. Die Roten verloren dabei 12.000 Mann im ganzen, im einzelnen 8000 Gefangene und 4000 Gefallene, außerdem haben wir 32 Geschütze aller Kaliber erobert."

dem es eine Zeitlang sich in seiner anregenden Wirkung erschöpft gehabt hatte, nämlich mustergültig für die Inszenierung der Wagnerschen Werke, ein Mittelpunkt also, von denen Ströme über-

Von Löwenstein und Berliner bis Stawisky

Das entlarvte jüdische „Genie"

Eigener Bericht des V. B.

Wie eine Sturzflut hat die Machtergreifung des Nationalsozialismus das Judentum aus seinen Hamsterbauten getrieben, in denen jetzt die kommissarischen Verwalter die Ergebnisse der jüdischen Wirtschaftsbetätigung, der dabei angewandten besonderen Methoden und der den Erfolg sichernden Geschäftsmoral überprüfen können.

Die Juden haben in der Systemzeit ihre Monopolstellungen in der Wirtschaft immer mit dem Hinweis auf ihr „kaufmännisches Genie", ihre „kommerzielle Begabung", ihren „besonderen Sinn für das Finanzwesen" begründet. Ihre Presse und ihre Literaten wiesen immer wieder darauf hin, daß es im Interesse der Volkswirtschaft der Gastvölker sei, daß die Hebräer die Wirtschaft sozusagen auf Erbpacht verwalteten. In den „demokratischen" Ländern, in denen die Presse fast vollkommen verjudet ist, wie sie es in Deutschland und Österreich des Systems war, werden die zahllosen kleineren Fälle der Schädigung des Staates und der Volkswirtschaft durch Juden totgeschwiegen, der abrupte Abgang der großen Plünderer, wie Löwenstein, Berliner und Stawisky, wird dramatisiert. Und die Überlebenden, wie Bosel und Castiglioni, sonnen sich noch jahrelang in dem Glanz eines protzigen Mäzenatentums.

Die zur jüdischen Schädlingsbekämpfung angetretene Presse in allen Ländern, die es in großem Umfang ja erst seit Ende des letzten Krieges gibt, erweckt leicht den Eindruck, als ob die staats- und volkswirtschaftsfeindliche Tätigkeit der Juden erst mit dem Beginn des Weltkrieges unerträgliche Formen angenommen habe. Dem ist nicht so. Die Inkarnationen des jüdischen „Genies", der Bankier und der Wucherer, waren im 18. und 19. Jahrhundert, wie heute, gleichzeitig die vornehmsten Repräsentanten des Judentums überhaupt. Der sicherlich nicht bewußt antisemitische Balzac sagt über den jüdischen Bankier Nucingen: „Dieser Elefant der Finanz würde Abgeordnete an das Parlament und die Griechen an die Türken verkaufen." Und er kennzeichnet den jüdischen Bankier: „Heutzutage entfalten die großen wie die kleinen Bankiers ihre Schlauheit noch in den geringfügigsten Dingen: sie treiben mit den Künsten, mit dem Wohltun und der Liebe Handel, sie würden mit dem Papst um die Absolution feilschen." Und er läßt den jüdischen Wucherer Gobseck sagen: „... daß es nur eine Sache in der

(Fortsetzung auf Seite 2)

Fortsetzung von Seite 1:

Das entlarvte jüdische „Genie"

Welt gibt, die wert ist, daß ein Mann sich damit beschäftigt, und diese Sache ist das Gold. Gold schließt alle menschliche Macht in sich."

Das ist das Krebs des Judentums bis auf unsere Tage geblieben. Das rücksichtslose Hinstreben zu jener Macht, die Gold verleiht, ist sein Lebensinhalt. Alle Grenzen, die menschlicher Anstand, die persönliche Bindungen, die das geschriebene wie das ungeschriebene Gesetz, die Sitte und der Brauch ziehen, werden in elegantem Bogen übersprungen, wenn jenseits dieser Grenzen Gold winkt. Das ist die „jüdische Genialität". So weit sie sich aber universell gebärdet, darf man auf die großen „Genies", denen wir in die Fenster schauen konnten, von Darmstadt bis Basel, von Berliner bis Castiglioni mit Balzac sagen: „Er gab irgend einem Geld und verlangte dafür, daß dieser für ihn denke."

Seit einigen Wochen haben in Österreich hunderte kommissarischer Verwalter Einblick in die Manifestationen „jüdischen Genies" erhalten. Die Karten, mit denen das Judentum in Österreich gespielt hatte, waren, wie überall und wie erwartet, gezinkt, darum konnten die nun als einfache Rabbiusicher Entlarvten alle Trümpfe in die Hand bekommen. Man kann an Hand der Erfahrungen der kommissarischen Verwalter die Materialisationen des „jüdischen Genies" auf einige sehr unkompliziert und für die überwiegende Mehrzahl der Gesellschaften und Firmen gültige Formeln bringen. Im Anfang der jüdischen Geschäftstätigkeit steht immer und überall der feste Wille, sich unter keinen Umständen an die Grundsätze zu halten, die als die Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes bekannt sind. Buchhaltung, Gesetzeskunde usw., die zur Beaufsichtigung der dem Geschäftsbetrieb gezogenen Schranken notwendig sind, werden entweder bösartige Dürfer oder Mittel zur Täuschung des Staates und der Privaten.

Für die Bezahlung der Steuern und Sozialabgaben galt, daß man damit Zeit genug habe, daß „eine Abschlagszahlung" vollauf genüge, daß man es sich schon richten werde und mit den zurückgehaltenen, oft in die Hunderttausende gehenden Summen wurde dann zum Schaden der kleinen arischen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden der jüdische Betrieb erweitert.

Lieferten arische Händler, Heimarbeiter oder Gewerbetreibende Waren, so suchte man Anstände auf jeden Fall. Eine Unzahl persönlicher Aufzeichnungen jüdischer Firmeninhaber zeigen eine klares System, auf diese Weise die vereinbarten Entgelte zu drücken. Die Bezahlung wurde ebenso wie die der Steuern und Abgaben in die Länge gezogen. Man trachtete, die Guthaben der Lieferanten und Heimarbeiter ansteigen zu lassen, um sie in Abhängigkeit zu bringen. Und eines Tages ging man nach sorgfältiger Vorbereitung in den Ausgleich. Die Lieferanten gerieten um ihr Geld und in eine verzweifelte Lage, in der sie zum Schaden das spöttische Gesicht der zugehörigen Rebekka hatten, die mit dem gütergetrennten Schmuck lustwandelte. Der Jude führte später das Geschäft weiter oder er machte ein neues auf, denn Gewerbesperre gab es zur Zeit des Systems nur für Arier.

Jene Arier im Ausland, die die sachliche Darstellung der jüdischen Verbrechen an Wirtschaft und Volk als Hetze bezeichnen, sollten einmal in die Lage versetzt werden, die Buchhaltung der zahllosen jüdischen Betriebe in Österreich zu betrachten, wenn sich ihnen schon nicht Gelegenheit zu Kostproben des hebräischen Soll und Haben im eigenen Land bietet. Sie würden ihre blauen Wunder erleben. Die Buchhaltung befindet sich zumeist in ein paar Schmierheften, bisweilen mußte ein karg entlohnter Stundenbuchhalter die Fälschungen vornehmen. Und wenn es ein Großbetrieb war, so war auch das Maß der Verschleierung, der Verschleppung und der Steuerhinterziehung entsprechend umfangreich. Es ist bezeichnend, daß kaum ein einziger jüdischer Betrieb ohne buchhalterische Malversationen aufgefunden wurde. Das Soll und Haben des Hebräers war seine Brieftasche, und jedermann in diesem Lande wußte, daß sie für seine dunklen Zwecke immer gefüllt war.

Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus ist der jüdische Einfluß auf Politik und Kultur der Ostmark von einem Tag zum anderen abgedrosselt worden. Auch seine Kräfte der Bewegung, die früher auf den politischen und kulturellen Ebenen gegen das Judentum eingesetzt waren, müssen von nun an voll gegen die noch bestehenden umfangreichen Positionen des Judentums in der großdeutschen Wirtschaft eingesetzt werden, die der zielbewußten und organisierten Wucht der Volksgemeinschaft und der deutschen Gesetzgebung nicht mehr lange werden standhalten können.

wbk.

Dr. Goebbels von Wien abgereist

Wien, 20. Juni

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels, der zum Abschluß der Reichs-Theaterfestwoche in Wien weilte, hat Montag vormittag Wien im Flugzeug verlassen, um sich wieder nach Berlin zu begeben.

Herausgeber: Alfred Rosenberg

Hauptschriftleiter: Wilhelm Weiß
Stellvertretender Hauptschriftleiter und Chef vom Dienst der Wiener Schriftleitung: Dr. Walther Schmitt
Verantwortlich für Politik und Bewegung: Karl Pfeifer; für Kulturpolitik: Dr. Wilhelm Ruprecht; für Wirtschaft: Wolfgang Mundt; für politische Reportage: Dr. Leo Leitzner; für Unpolitisches und Bilderdienst: Helmuth Meder; für Sport: Herbert Lehnert; für Wiener Nachrichten: Josef Handenberger; für den Nachrichtendienst: August Salis. Sämtliche in Wien.
Für die Anzeigen der vorliegenden Ausgabe verantwortlich: Heinrich Kastl.
Verlag: Franz Eher Nachf., GmbH.
Druck: Wallishausser A. G. Wien VII (verantwortlich Dr. Alfred Wohlinger).

…oten

…en Roten ist absurd

… zum englischen Plan

… des V. B.

[illegible]

…ausschusses und fragen nach den Erfolgsaussichten des Londoner Planes.

Das Volksfrontabendblatt „Ce Soir" stellt eine Berechnung an, wonach ein wirklicher Fortschritt in der Zurückziehung der Freiwilligen nicht vor vier Monaten zu erwarten sei. Ende Juli sei die Entsendung der internationalen Ausschüsse vorgesehen, deren Arbeiten 30 bis 45 Tage dauern werden, das bedeute also, daß keine wesentlichen Rückbeförderungen von Freiwilligen vor dem Herbst stattfinden werden.

Der Inhalt des britischen Spanienplanes

dnb. London, 22. Juni

Der britische Plan zur Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien, der am Dienstag im Hauptunterausschuß des Nichteinmischungsausschusses einstimmig angenommen wurde, sieht zunächst die **Entsendung zweier Kommissionen nach Spanien** vor, um die ausländischen Freiwilligen zu zählen und zu klassifizieren und schließlich deren Abtransport vorzubereiten. Weiter soll die **Land- und Seekontrolle verstärkt** werden. **Nachdem eine wesentliche Zurückziehung** von Freiwilligen erfolgt ist, sollen dann **beiden Bürgerkriegsparteien die Rechte kriegführender Mächte** zugestanden werden. Nach endgültiger Annahme des Planes durch die **Vollsitzung** des Nichteinmischungsausschusses dürfte der erste Schritt der sein, an beide Seiten in Spanien heranzutreten, um deren Zustimmung zur Entsendung der Kommissionen zu erhalten. Frankreich hat sich schon bereit erklärt, die internationale Kontrolle an der Pyrenäengrenze mit dem Augenblick zu verhängen, da die beiden Kommissionen in Spanien eintreffen. Diese Kontrolle soll zunächst 30 Tage in Kraft bleiben. Wenn bis zum Ende dieser Zeit der Abtransport noch nicht begonnen hat, wohl aber Aussicht auf dessen Beginn besteht, soll sie um weitere zehn Tage verlängert werden.

…olitik

… Eigennutz!

… des V. B.

[illegible]

Die armen Juden

Die internationale Skandalpresse ist augenblicklich groß in Form. Sie hat ihre älteste Platte wieder einmal abgestaubt und das elektrische Klavier ihrer Leitartikel hämmert aufgeregt bittersüße Klagelieder über das Schicksal der armen Juden. Natürlich in Nazi-Deutschland. Erschütternd und kulturzerstörend geht es bei uns wieder zu und der Juden im Reich hat sich darob eine „ungeheure Panik" bemächtigt. Grund genug also für die Juden in den anderen Staaten, diese Panik auch selbst zu heucheln und tägliche Entsetzensschreie aus gequälter Rassenseele hören zu lassen.

Wie sieht es eigentlich bei uns aus? Wir armen, von einer „Diktatur" mißleiteten Geschöpfe wissen ja gar nicht, was alles geschieht und daher wollen wir uns einmal von „Weltblättern" über unsere Greuel berichten lassen. Zum Beispiel in folgenden Meldungen der „National-Zeitung" (Basel):

„Die jüdische Tragödie"

Der Leidensweg der Juden in Deutschland scheint, wenn nicht alles täuscht, seinem schnellen, wenn auch nicht schmerzlosen Ende entgegenzugehen. Seit Tagen sind im ganzen Reich von den Parteibehörden, zusammen mit der Polizei, **umfangreiche Aktionen, in einer bisher nicht gesehenen Schärfe, gegen die jüdische Bevölkerung** im Gange. Diese Aktionen erstrecken sich nicht nur auf öffentliche Lokale, Theater, Kinos, Cafés und Geschäfte, sondern zum erstenmal auch auf **Privatwohnungen**, wo in zahlreichen Fällen **Haussuchungen** vorgenommen wurden, die, je nach dem Ergebnis, zur **Verhaftung** des Wohnungsinhabers führten. Diese Aktionen werden, um in der nationalsozialistischen Terminologie zu bleiben, „schlagfertig" durchgeführt und erstrecken sich über das **ganze Reich**. Der jüdischen Bevölkerung hat sich eine **ungeheure Panik** bemächtigt, da sie **keine Möglichkeit sieht, dieser neuen antisemitischen Welle zu entgehen**. Denn jede Möglichkeit, Deutschland zu verlassen, ist den Juden dadurch genommen, daß man ihnen die Pässe entzogen hat …

Wir wohnen hier seit einigen Tagen einer menschlichen **Tragödie von unvorstellbarem Ausmaß** bei, die namenloses Leid über Tausende von wehrlosen Familien bringt.

Das berüchtigte amerikanische Büro „**United Preß**" weiß folgendes zu melden:

In Berlin und anderen Städten wurden die Schulkinder von ihren Lehrern davor gewarnt, irgend welche Verbindungen oder Beziehungen zu Juden zu unterhalten; sie sollten **niemals jüdische Läden betreten** und den Einkauf bei Juden auch dann verweigern, wenn er etwa von den Eltern gewünscht würde. Auch das Spiel mit jüdischen Kindern sei verboten.

Im Berliner Lustgarten, zwischen dem Dom und dem ehemaligen Königlichen Schloß, wurden 16 unter schattigen Bäumen stehende Bänke mit der Aufschrift „Nicht für Juden!" versehen, während zwei andere Bänke die Bezeichnung „Nur für Juden" erhielten.

*

Ein anderes Blatt, die „Neue Zürcher Zeitung", unterrichtet seine Leser folgendermaßen:

[illegible]

Schluß von Seite 1

Kampf dem Eigennutz

Wir denken nicht in Geld, sondern in Arbeit

Manchmal hören wir Klagen der Wirtschaftsgemeinschaften, sowohl aber die Kaufleute der Wirtschaftsgruppe usw. Sie wissen alle mit Notwendigkeit zu Kaufmannsverstand, Wirtschaftsführung, Ingenieurwertung und Produktionsgedanken führen. Es ist unnötig, gegen andere Wirtschafts- und Preispolitik Argumente aus einer Wirtschaftsauffassung herzuleiten, die noch immer „in Geld denkt". Wir denken in Arbeit und Gütern und richten unser Augenmerk vorerst in erster Linie auf die Frage der allgemeinen Güterversorgung.

Die Güterversorgung muß natürlich am schärfsten bei den wirtschaftlich schwachen Schichten des Volkes überprüft werden. An dieser Stelle treffen die Ziele der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik genau mit den Zielen unserer Sozialpolitik zusammen, während früher diese beiden Bereiche der deutschen Wirtschaft immer als feindliche Brüder einander gegenüberstanden. Deshalb beschränkt sich die Preispolitik auch nicht auf die Beschneidung überhöhter Gewinne.

Wir haben vielmehr ein besonderes Interesse daran, die Gestehungskosten möglichst niedrig zu halten, damit die Wirtschaft rationell arbeitet. Preissenkungen, die auf Rationalisierung beruhen, geben zu niemandes Nachteil, bringen aber jedermann einen Vorteil.

Die Preispolitik des nationalsozialistischen Staates ist vor allem auf die Schaffung solcher wirtschaftlicher Verhältnisse gerichtet, aus denen sich

nationalwirtschaftlich gesundheitsfördernde Preise ohne Zwang und als natürliche Folge ergeben. Dieser wesentliche Teil der Preisbildungsarbeit tritt nach der Natur der Sache nur selten in den öffentlichen Gesichtskreis.

Die Methoden der Preisbildung zeichnen sich im übrigen dadurch aus, daß bei allen Maßnahmen von vornherein die beteiligten Kreise der Wirtschaft herangezogen und zur Mitarbeit aufgefordert werden. Immer wieder steht als leitender Gesichtspunkt über dieser Gemeinschaftsarbeit der Gedanke der Abhängigkeit, die für die Wirtschaft gleich allen wirtschaftlichen Vorgängen bei Preisentfachungen und die große Gemeinschaft für den Fortbestand der Wirtschaftsleben bildet.

Einst oder Jetzt?

In Zukunft wird die Preispolitik einen Teil der neuen Wirtschaftsaufgaben des Staates bilden. Diese Aufgaben hat der Staat nicht ohne Not an sich gerissen. Die tatsächliche Entwicklung geht mit unerbittlicher Sicherheit ihren Weg. Den typischen Fall eines Zwiespalts in der Wirtschaft erleben wir in Kürze, wo der Staat einen erbitterten Kampf mit den Mächten der Zerstörung führt. In Deutschland ist dieses Kampf ohne Einschränkung zugunsten des Staates entschieden.

Vor allem ist es bezeichnend, daß bei der Verteilung dieser Fragen immer nur an den gegenwärtigen Zustand zu denken pflegt. Das Beispiel des Volkswagens zeigt, daß sich der Kreis der von der Wirtschaft benachteiligten Güter ständig vermehrt. Für den Arbeiterzug der einzelnen Volksgenossen wählen heute unvergleichlich viel mehr materielle Güter erhältlich sein als etwa vor hundert oder noch vor fünfzig Jahren. Diese Tendenzen werden in Zukunft gewissen noch weiter wachsen. Der nationalsozialistische Staat hat es sich zur unumgänglichen Aufgabe gemacht, diese Entwicklung zu lenken und zu fördern, Allerdings denkt er nicht daran, sein Ziel durch bloße Erhöhung der rechnerischen Lohnbeträge zu erreichen. Die eigene Vergangenheit und die gegenwärtige Lage in den meisten anderen Ländern zeigt deutlich, daß diese Methode nur zu sozialer Umschichtung und sozialem Verfall führt.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik benützt deshalb das Mittel der staatlichen Preisbildung, um durch immer höhere Wirtschaftlichkeit und durch Ausführung des Gegenwertes auf ein erreichbares Maß den Güterertrag der Volkswirtschaft für die Allgemeinheit und damit auch für den Einzelnen zu sichern und stetig zu steigern. S. a. S. 6.

Der Besuch des Einsatzstabes in Italien

Drahtbericht unseres ständigen Vertreters

Dr. W. L. Rom, 22. Juni

Die Ausführung von am 24. Juni bevorstehenden Besuches des Einsatzstabes Rosenberg wird von den italienischen und norditalienischen Blättern mit herzlichen Begrüßungsartikeln versehen. Gute Informationen wird in allen Einzelheiten geschildert und mit reichem Bildmaterial ausgestattet.

Wie verlautet, soll der Besuch eine Erweiterung durch einen Aufenthalt des Chefs der italienischen Miliz, General Raffo, in Deutschland finden. Einstweilen Tage wird verschiedene Spezialformationen der faschistischen Miliz besichtigen, einen Tag einem Flugzeugwerkstätten in Augsburg besuchen und einen Tag in Spandau den Besuch von Marineformationen und Schlachtschiffen widmen.

Der Besuch des Reichsführers von Tschammer und Osten wird bereits morgen beginnen.

Eröffnung des Großen Saales der Kartellichen Gesellschaft

Eigener Bericht des V. B.

Wien, 23. Juni

Nachdem der Großen Reichsbeigabe der Kartellichen Gesellschaft heute im Beisein zu Wien dieses Eröffnung des Großen und Großen Saales unter dem Beifall der Kartellichen Gesellschaft Gesellschaft und Ehrengäste Sache hat.

Eingangs gebenkt Gauleiter Bürckel des Angriffs durch Nationalsozialismus und Sozialismus Hitler vom Tretha, der sein ganzes Leben dem nationalsozialistischen Gedanken gewidmet und dem die Kartellichen Gesellschaft viel zu verdanken habe. Gauleiter Bürckel teilte mit, daß der bisherige Reichsgesellschaftsführer der Kartellichen Gesellschaft, Dr. Ernst Tinus, in den Großen Rat berufen worden ist und daß mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsgesellschaftsführers der bisherige Organisationsleiter Pg. Herr Jürgen Rüger beauftragt worden ist.

Der Gauleiter begrüßte die 175jährige Arbeit Dr. Tinus, der dem Kartellichen Gesellschaft zu einer Reichsorganisation umgestaltet hat. Der Reichsgesellschaftsführer Rüger verlas das Gelöbnis, das sich eine angemessene Ansprache anschloß. Reichsleiter Rosenberg, Reichsführer SS Himmler und Reichsminister Frank und F. K. Günther sprachen das Wort.

General Dalange bei der Kartellichen Gesellschaft

Wien, 21. Juni

Die offizielle Gesamtvertreter der Kartellichen Gesellschaft am Heldentor in Wien erfüllt in kleinen Kreisen durch die Teilnahme der deutschen Polizei ihre besondere Bedeutung.

Die Gesamtvertreter wurde mit dem Lied der Polizeigruppe und durch einen herzlichen Gesamtgruß entfaltet.

Die Gesamtvertreter General Dalange. Er betonte, daß die Feier der Gesamtvertreter durch den Nationalsozialismus wieder Ehre erlebt und daß zwingen Ehre erhalten habe. Die Gesamtvertreter ist für uns eine Stunde der Selbstbesinnung gewesen, in der wir angesichts der hohen und ernsten Pflichten über die Gesamtvertreter Ehre und Ehrung uns der ernsten Stunde bewußt werden. Die Gesamtvertreter haben dem Nationalsozialismus der Kartellichen Gesellschaft für die Pflichten um Deutschland gegeben und die Kartellichen Gesellschaft in der Verbundenheit mit der Natur und den Gebäuden des deutschen Landes zu immer neuen Leistungen aufgerufen. Die Gesamtvertreter ist für die alten Nationalsozialisten eine Gewißheit, daß die Kräfte der Ehrung und Gebäuden immer über den Geist der Zerstörung und Vernichtung den Sieg davontragen.

Zusammenrottung des Judentums, vor allem in der Gegend des Karlsplatzes und des Alsergrundes, beobachten. Sie hätten sich hier schon wieder so wohl, daß sogar die Juden in Wien verkündeten, sie würden nach Berlin ziehen, dort wären „geordnete Verhältnisse". Was dies für ein jüdisches Gebiete bedeutet, weiß man zur Genüge. Die politische Überprüfung der Judenstatistik in Berlin ergab denn auch, daß hunderte dieser Juden kriminelle Typen sind, deren Beseitigung dringende Notwendigkeit wurde.

Das zweite Gebiet des Judenproblems ist die notwendige Einschränkung des jüdischen Wirtschaftseinflusses. Auch hier fehlt es nicht an typischen Beispielen aus Wien, die trotz ihre gänzgrauen Gesichtes im Zusammenhang mit der neuen Nationalsozialismus geleisteten Kontrollen eingestellten. Auch hier sind alle entsprechende Maßnahmen bloß notwendig. Das wird schnell vor sich gehen, wenn die deutsche Jugend hier, wie in gewisse die jüdische „Revolutionäre" der Jugend hier gezeigt.

Wenn es ist auch hier bezeichnend. Das Judentum weiß, daß es in einem nationalsozialistischen Deutschland nichts, aber auch gar nichts zu suchen hat. Trotzdem hat bei Deutschland hier Juden nicht genügend, die Kenntnisnahme zu ziehen und abzureisen. Anderen es ist geschehen eben einmal — der zweite Fall — „Wiedergutmachungen" innerhalb Deutschlands [illegible] aus der Wiener Judenschaft.

Nationalsozialismus mit dieser jüdischen Unverschämtheit endgültig Schluß macht, anerkennt man nicht die natürliche Auswirkung unserer völkischen Staatsgesetze, sondern sagt von Wutigen Pogromen und immer über die endlose jüdische „Tragödie"! Eine Tragödie, die lediglich darin besteht, daß der nationalsozialistische Staat nicht so schwach oder einfältig ist, daß er der unverschämten jüdischen Forderung in unserem Leben bilfschwelgend helfen würde.

Dies ist aber der gesetzmäßige Ursprung der Weltkonstellation und ihrer jüdischen Partien. Man will die innere Kraft unseres Reiches unter diesen Umständen anerkennen und ist während, wenn sie sich gerade in der Abwehr jeder gewissen Überfremdung immer stärker bewährt. Da man dies nicht zugeben will, werden Gemeinschaften und jüdischen Hand jüdischen und dabei die tatsächlichen „Pogromgründe" konstruiert. Der eingeweihte, der sich die jüdischen Gebiete bereits anderer Gruppen angesehen haben, kennt in der Rubrik „Verfolgungsbehauptungen". Diese „unbekannten Schwierigkeiten" hat's natürlich entdeckt, die hier der Nationalsozialismus effektiv durch das Ausland gefördert, heute er natürlich mit folgender Frage die unter diesen Umständen [illegible] gewissen Gebietsteile [illegible] Juden:

Ist die Partei richtig, die ihre [illegible] auch [illegible] in der Weltgeschichte [illegible] gute, die gerade [illegible] vergangenen Wochen vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen?

Hier einer Angeklagt Partei: Wenn wir nicht treten, kann Kapitel der Ausschluß und die Begründung des Deutschen Reichs Bund. Demnächst ein wohl nicht unbemerkbarer außerpolitischer Erfolg — dessen Größe nicht geringer sein wird, als vergangener Erfolg der „Nichtbeteiligung" zu erwecken war. Und wer [illegible] „außerpolitische Mißerfolge"? Es bleibt [illegible] nur die eine Deutung, daß die internationale Judenpresse sich [illegible] wirtschaftlich mit der deutschen Außenpolitik abgefunden hat, daß sie alle vier Wochen einen neuen Anschlag erwartet. Das ist natürlich [illegible] — und wir hoffen und wir [illegible] überlegen, ob diese Erwartung nicht [illegible] enttäuschen werden kann. [illegible] Kind jüdischen für den Zionismus!

Dr. W. Sch.

Herausgeber: Alfred Rosenberg

Verantwortlicher Schriftleiter: [illegible]

Verlagsleiter: [illegible]

Verlagsanschrift: [illegible]

Wiener Ausgabe
1. Ausg. / Einzelpreis für Wien 15 Pfennig
für auswärts 20
Abonnement RM. 3.39 monatlich

„Freiheit und Brot!"

F. A. Z.
Wiener Ausgabe
Wien, Samstag, 16. Juli 1938

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Keiner will die Mischpoche haben

Judenkonferenz von Evian blamiert die internationalen Heuchler

Das Gesamtergebnis: Ein Ausschuß!

Eigener Bericht des V. B.

dt. Genf, 15. Juli

Es ist vielleicht nur ein Zufall, daß die Emigrantenkonferenz von Evian, auf der das jüdische Element weltweit am stärksten vertreten war und auch am stärksten berücksichtigt wurde, heute noch rechtzeitig vor Beginn der Sabbatruhe zum Abschluß gekommen ist.

Es war allerdings, wie gemeldet, kein rein jüdischer Kongreß, sondern eine Konferenz von Regierungen, die sich darüber klar werden wollten, wie man die aus Deutschland abgewanderten und künftig noch abwandernden Juden unterbringen soll. Daß die katholische Kirche durch einen Geistlichen auf der Konferenz vertreten war, der sich Pater Odo nannte und die gegen das Dritte Reich arbeitende internationale Presse eifrig informierte, war offenbar nur eine Episode, die an dem wahren Charakter der Konferenz, nämlich dem Versuch einer Stellungnahme zu dem alle Länder beschäftigenden Problem des wandernden Juden, nichts änderte.

Heuchler entlarven

Die drei großen Demokratien, namentlich die Vereinigten Staaten, als Veranstalter der Konferenz, hatten Evian als eine Verheißung für das internationale Judentum angekündigt und damit neben gewissen innerpolitischen Wirkungen auch übertriebene Hoffnungen hervorgerufen, die sich im Laufe der Konferenz gegen die Veranstalter selbst zu kehren drohten. Die Juden merkten bald, daß sie nicht so zu Worte und zur Geltung kamen, wie sie sich das in Paris, Neuyork und Genf vorgestellt hatten. Mit der Greuelpropaganda zum Beispiel wäre es überhaupt nichts gewesen, wenn sich nicht einige jüdische Journalisten, die in neutralen Ländern Gastfreundschaft genießen, angestrengt hätten, mit Unterstützung gewisser amerikanischer Delegierten aus dieser Konferenz ein Maximum an antifaschistischer Hetze herauszuholen. Die meisten Regierungsvertreter, das muß zu ihrer Ehre gesagt werden, verhielten sich diesen Treibereien gegenüber ablehnend und waren sorgsam darauf bedacht, ihren eigenen Kundgebungen jede Polemik gegen Deutschland als dem Ursprungsland der meisten jüdischen Emigranten zu vermeiden. In diesem Sinne will die in der heutigen Schlußsitzung angenommene Entschließung gewertet sein.

Sie befriedigt im Grunde genommen niemand,

denn sie sieht weder konkrete Maßnahmen für die Unterbringung der überall unerwünschten Juden vor, noch enthält sie irgend einen von jüdischer Seite geforderten Protest gegen die deutschen Rassengesetze. Sie geht vielmehr von der Notwendigkeit einer weiteren jüdischen Auswanderung als einer gegebenen Tatsache aus. Nur möchte man diese Auswanderung in „geordnete Bahnen" lenken und vor allem die uneingeschränkte Mitnahme der zusammengerafften jüdischen Vermögen sichern. Die Konferenzmächte sagen aber nicht, wie sie sich die Durchführung dieses Problems vorstellen. Ein in London zu errichtendes Büro soll einen amerikanischen Direktor erhalten, der mit dem „Ursprungsland" Verhandlungen aufnimmt. Ob derartige Verhandlungen überhaupt in Gang kommen, weiß im Augenblick in Evian niemand. Man hat daher die Konferenz am Freitagmittag nach Schlußansprachen des amerikanischen, englischen und französischen

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Die Demokratie als Friedensgefahr

Dreimal hintereinander hat eine große englische Zeitung, die nicht weniger als 1,3 Millionen Leser besitzt, Aufsätze veröffentlicht, die in der ganzen westlichen Welt außerordentliche Unruhe hervorgerufen haben. Im ersten Aufsatz wurde die Kunde verbreitet, daß einer der bekanntesten Führer der deutschen Wehrmacht, der General von Reichenau, vor einem erlesenen Zuhörerkreis streng vertraulich Deutschlands wahre Ziele in Spanien bekanntgegeben habe: Vernichtung der politischen Selbständigkeit Portugals — wenn nötig mit Waffengewalt —, Bedrohung der französischen Pyrenäengrenze und Verriegelung der englischen und französischen Seewege zwischen Europa und Afrika.

Im zweiten Aufsatz, dessen Verfasser der langjährige französische Luftfahrtminister Pierre Cot ist, wurde dargelegt, daß Britannien und Frankreich sich nur durch einen Präventivkrieg vor einem deutschen Überfall retten könnten, durch einen Präventivkrieg, in dem die Tschecho-Slowakei gleichzeitig Barriere gegen das Reich im Osten und Flugbasis für die sowjetrussischen Bombengeschwader werden solle. In dem dritten und hoffentlich letzten dieser Artikel wird von ganzen deutschen Geschwadern in Spanien und von

Deutsch-mandschurischer Freundschaftsvertrag in Kraft

dnb. Berlin, 15. Juli

Anläßlich des Inkrafttretens des am [illegible] Mai d. J. unterzeichneten deutsch-mandschurischen Freundschaftsvertrages hat Seine Majestät der Kaiser von Mandschukuo ein Telegramm an den Führer und Reichskanzler gerichtet, worin er seine Freude über den Abschluß des Vertrages und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ausdrückt und die Hoffnung auf eine enge und dauernde Zusammenarbeit zum Schutze gegen den Kommunismus, zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ausspricht.

Der Führer und Reichskanzler hat auf diese Botschaft mit einem herzlich gehaltenen Drahtantwortgramm geantwortet, worin er seine volle Zustimmung zu den Gefühlen und Wünschen des Kaisers von Mandschukuo erklärt.

Gleichzeitig hat aus demselben Anlaß ein freundschaftlicher Telegrammwechsel zwischen dem Premierminister von Mandschukuo Chang Ching-hui und dem Reichsaußenminister von Ribbentrop stattgefunden.

Glückwunschtelegramm des Führers an General Franco

Berlin, 15. Juli

Der Führer und Reichskanzler hat General Franco anläßlich des Jahrestages der [illegible]

Die Front der Schaffenden

1 Million DAF.-Mitglieder in der Ostmark

Der Mitgliederbestand der ehemaligen Gewerkschaften um das Dreifache überflügelt

Wien, 15. Juli

Wie die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz vom Stellvertreter des Reichskommissars für die DAF., Reichsamtsleiter Doktor Dopfner, erfährt, hat die Deutsche Arbeitsfront in der Ostmark nunmehr einen Bestand von [illegible] Handwerk zahlreiche Meldungen vor, die beweisen, daß die Notwendigkeit, sich in die gemeinsame Front aller schaffenden Deutschen einzureihen, auch hier erkannt worden ist.

Im Rahmen des Aufbaues der Deutschen Arbeitsfront wurden erst einmal die Grenzstellen beschaffen, deren Aufgaben es [illegible] stungen die Schulung, die die Aufgabe hat, die mit der Menschenbetreuung betrauten Männer mit der nationalsozialistischen Arbeitslehre vertraut zu machen. Die [illegible] Tätigkeit entfalteten ferner sofort die Eingliederungsstellen, [illegible] die Heimarbeit [illegible] in der Bekleidungswirtschaft. Mit [illegible]

[illegible] Umwelt [illegible] wird sich auch heute noch voll aus, obwohl die „Weisenaxtrede" inzwischen als bolschewistische Erfindung öffentlich entlarvt worden ist — auch durch französische Zeitungen.

Wiener Pressejuden

Jahrzehntelang ergoß die jüdische Pressejournaille Wiens ein Meer von Unflat und Gemeinheit über die ihr wehrlos ausgelieferte deutsche Bevölkerung. Nun sind ihre Macher dort, wo sie hingehören. Darüber berichtet ausführlich unser Runge und unsere Bildschriftleitung auf Seite 21 der vorliegenden Ausgabe des VB.

Noch stärker muß die Nachwirkung des Cot-Artikels sein, denn hier sprach nicht irgend ein Durchschnittspolitiker, sondern der Mann, der bis vor kurzem Frankreichs Luftflotte als Minister beherrschte und ein Fraktionskollege und Parteigenosse des Ministerpräsidenten Daladiers ist, ein Mann also, der zur engsten regierenden Gruppe der französischen Republik gehört. Jeder englische und französische Leser dieses Aufsatzes muß zu der Überzeugung kommen, daß Pierre Cot Gedanken aussprach, die die herrschende Pariser Regierung nur deshalb nicht so offen aussprechen kann, weil sie diplomatisch Rücksichten zu nehmen hat.

Daß, mit andern Worten, die Leiter der Geschicke Frankreichs die militärische Einkreisung des Reichs durch eine demokratisch-bolschewistische Koalition betreiben, um dem drohenden deutschen Überfall auf die Westmächte zuvorkommen zu können.

Der jüngste Artikel soll den Engländern das „Gibraltar in Gefahr" aufs neue einhämmern.

Was haben nun die verantwortlichen Regierungen des Westens getan und was tun sie, um diese satanische Unterminierung der Ruhe Europas und damit des Friedens zu unterbinden oder wenigstens zu paralysieren? Folgendes ist geschehen: der britische Ministerpräsident Chamberlain hat unmittelbar nach der „Tschechen-Woche" Ende Mai führende englische Zeitungsleute zusammengerufen und sie hinter [illegible] ren. Der französische Ministerpräsident Daladier hat einen ähnlichen Versuch unternommen und vor wenigen Tagen auch öffentlich erklärt, daß während der „Tschechen-Woche" alle großen Regierungen ihr Teil zur Entspannung der Lage beigetragen hätten und daß er persönlich auch an den Friedenswillen des deutschen Führers glaube.

Die Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands haben tauben Ohren gepredigt. Die sowjetrussischen Bestechungsgelder, zusammen mit dem [illegible] der jüdisch-liberalistischen Intelligenz gegen das aufstrebende autoritäre Reich, haben sich als stärker erwiesen als der Appell an Anstand und Wahrheitsliebe. Da das nationalsozialistische Deutschland zur freiwilligen Rückkehr in die innere und äußere Ohnmacht und Sklaverei von Versailles-Weimar nicht zu bewegen ist, soll es mit Gewalt niedergeworfen werden. Dies und nichts anderes ist das Ziel der schwarz-rot-goldenen Internationale, dies und [illegible] eines Systems, das im Namen einer papierenen „Freiheit" der politischen, moralischen und kriminellen Unterwelt die Möglichkeit gibt, Völker wie Hunde gegeneinander zu hetzen und ungestraft namenloses Leid für Millionen friedlicher Männer, Frauen und Kinder Europas heraufzubeschwören.

Es liegt uns sicherlich ferne, Engländern und Franzosen die Vorliebe für ihre Demokratien auszureden, an die sie nun einmal gewohnt sind. In Zeiten gewaltiger menschlicher Umwälzungen aber erweist sich die formale Demokratie als eine wahre Gefahr für den Völkerfrieden.

Einen schlagenden indirekten Beweis dafür liefert die Tatsache, daß sich das nationalsozialistische Reich trotz aller sachlicher Gegensätze mit allen seinen Nachbarn vertragen konnte, die mehr oder minder autoritär regiert werden. Ist es angesichts dieser Entwicklung nicht geradezu grotesk, daß gerade unsere Beziehungen zu den Mächten unbefriedigend [illegible] Schranken trennen mit Frankreich, mit England, mit Nordamerika?

Es ist von Engländern, Franzosen und Amerikanern wiederholt bestritten worden, daß die innenpolitischen Ansichten und Einrichtungen jedes einzelnen Volkes der europäischen Befriedung im Wege stünden.

Wenn das wirklich die Überzeugung der Herren Daladier, Chamberlain und Roosevelt ist, dann gibt es überhaupt keine andere erkennbare Ursache für den bestehenden unbefriedigenden und gefährlichen Zustand als eben die, daß das demokratische System unfähig ist, den bewußten Brunnenvergiftern das Handwerk zu legen. Das ist die wahre Lage, mit der die demokratischen Reiche sich auseinanderzusetzen haben. Wenn sie damit nicht fertig zu werden vermögen, dann allerdings wird die Geschichte einst die Demokratien als die Verderber Europas an den Pranger stellen.

Dr. Theodor Seibert.

Fortsetzung von Seite

Die Judenkonferenz von Evian

Vertreters mit sehr gedämpftem Trommelklang begraben.

Ein neuer Ton

Das ist eine bemerkenswerte Änderung der Tonart, wenn man bedenkt, daß der gleiche Senator Berenger, der in seinem Schlußwort am Freitag von Annäherung und Verständigung sprach, jüngst in der vordersten Reihe der Agitatoren gegen die in Deutschland gefundene Lösung des Judenproblems stand. Eine Spezialaufgabe hatte der englische Hauptdelegierte Lord Winterton zu erfüllen, dem die Zionisten im Laufe der Konferenz vorgeworfen hatten, er habe eine Anstandspflicht versäumt, indem er in seiner Eröffnungsansprache kein Wort von Palästina erwähnte. Winterton gab den Zionisten zu verstehen, daß England sich in der Palästinapolitik volle Entscheidungsfreiheit vorbehalte und sich von jüdischer Seite weder zu einer sofortigen Änderung seiner Einwanderungspolitik, noch zu irgendwelchen bindenden Zusagen für die Zukunft drängen läßt. Dagegen machte er den Juden gewisse Hoffnungen auf Kenya, wo allerdings nur Landerwerb durch einzelne, nicht etwa eine jüdische Masseneinwanderung von England zugelassen werden würde. Die Hoffnungen auf ein umfangreiches Siedlungsgebiet, das später auch die polnischen Juden aufnehmen könnte, sind somit, was Ostafrika betrifft, zuschanden geworden.

Und doch ist es hier allgemeine Überzeugung, daß nur die Länder mit großem Kolonialbesitz, voran das Britische Reich, eine ernsthafte und dauerhafte Lösung des europäischen Judenproblems herbeiführen könnten, indem sie den Juden, die in jedem nationalen Staatswesen unwillkommene Gäste sind, ein Gebiet zur Verfügung stellen, wo sie unter sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben fertig werden sollen, die sie bisher nur als innerlich unbeteiligte Zuschauer inmitten fremder Völker kennengelernt haben.

*

Die Konferenz von Evian ist also ausgegangen, wie alle nüchternen Beobachter es von ihr erwartet haben. Es wurde so lange gegen das nationalsozialistische Deutschland gehetzt, bis man sich doch mit den eigentlichen Problemen beschäftigen mußte, und dann wurden diejenigen, die vorher die Lautesten waren, durchweg die Stillsten in der Runde der angeblich so Hilfsbereiten.

Wir müssen bekennen, wir sind genau so enttäuscht wie die internationale jüdische Hetzclique, denen die Schlußentschließung — allerdings aus einem anderen Grunde — auch nicht gefällt. Denn, obgleich wir wirklich nicht viel von der Konferenz erwartet hatten, glaubten wir doch annehmen zu können, daß man in Evian wenigstens den Versuch machen würde, in einem gewissen Maßstabe das immer betonte Mitleid für das so ungerecht verfolgte Judentum in die Wirklichkeit umzusetzen. Statt dessen hat man nichts anderes zustande gebracht, als das seit vielen Jahren feststehende Ergebnis internationaler Konferenzen, nämlich die Benennung eines Ausschusses.

Es ist eben doch ein wesentlicher Unterschied, ob zum Beispiel der Erzbischof von Canterbury in den englischen Kirchen der „verfolgten Juden" gedenken läßt, oder ob diejenigen, die vor lauter Anklagen gegen den „barbarischen Nationalsozialismus" überfließen, den Verfolgten wirklich helfen sollen. Denn dann stellt sich heraus, daß man auch jenseits der Reichsgrenzen sehr gut über das Kernproblem der ganzen Frage im Bilde ist.

k. pf.

Die tschechische Wirtschaftsoffensive im sudetendeutschen Gebiet

Eigener Bericht des V. B

kl. Prag, 15. Juli

Unter Führung der tschechischen Großbank Zivnostenska Banka ist ein Konzern gebildet worden, der von der bekannten Prager Großindustriellenfamilie Petschek den gesamten nordböhmischen Kohlengrubenbesitz übernimmt. Der Besitz umfaßt acht Kohlengruben, eine Brikettfabrik und ausgedehnte Braunkohlenfelder. Der gleiche Konzern übernimmt auch die Brüxer Kohlenreviere mit 16 Gruben. Der Kaufpreis ist nicht bekannt, er beträgt aber mehrere hundert Millionen Kronen.

Das Vordringen des von einer tschechischen Großbank geführten Konzerns in das nordböhmische Kohlenrevier hat natürlich auch politische Bedeutung, denn es bedeutet eine weitere nicht unerhebliche Stärkung des tschechischen wirtschaftlichen Einflusses im sudetendeutschen Gebiet.

12 Araber von Juden in die Luft gesprengt

dnb. Jerusalem, 15. Juli

In der Jerusalemer Altstadt ereignete sich am Freitag ein neuer schwerer Zwischenfall. Als die Mohammedaner nach Beendigung der Freitaggebete die Omar-Moschee verließen, warfen jüdische Verbrecher auf dem Gemüsemarkt eine Bombe in die Menge. Die Wirkung war furchtbar. 12 Araber wurden getötet und 15 verwundet, davon 7 schwer. 2 Jüdinnen sind unter dringendem Tatverdacht verhaftet worden. Im Zusammenhang mit der neuen Untat ist für Jerusalem ab 18 Uhr ein Ausgehverbot erlassen worden.

In Safed kam es zu größeren Zusammenstößen zwischen englischem Militär und Arabern. Die Araber hatten versucht, das jüdische Viertel zu stürmen, nachdem in einer von Arabern bewohnten Straße eine Bombe explodiert war, durch die 4 Araber verletzt wurden.

Die englischen Truppen eröffneten sofort das Feuer und zwangen dadurch die Araber zur Flucht. Soweit bisher bekannt ist, wurde ein Araber erschossen und mehrere andere verwundet. Die Lage in Safed ist sehr gespannt. Die Araber veranstalteten Kundgebungen gegen das Vorgehen des Militärs und haben zum Protest sämtliche Läden geschlossen.

Japanisches Kabinett billigt die Absage der Olympischen Spiele

Drahtmeldung unseres Mitarbeiters Werner Klingenberg

Tokio, 15. Juli

Der Beschluß des Gesundheitsministers, die Olympischen Spiele in Tokio abzusagen, wurde in der Freitagsitzung des japanischen Kabinetts gebilligt.

Die Absage der Olympischen Spiele 1940 in Tokio hat im Volk große Enttäuschung hervorgerufen. Für die heutige Kabinettssitzung wird eine scharfe Diskussion erwartet, da sowohl der Erziehungsminister General Araki als auch Außenminister General Ugaki die Aufgabe der Durchführung für falsch halten. Eine Umfrage des Außenministeriums an die japanischen Auslandsvertretungen ergab einstimmig, daß die Aufgabe der Spiele für schädlich gehalten wird. Es sind jedoch bereits Vorbereitungen getroffen, das inzwischen angesammelte Material dem mit der Durchführung der Spiele neu beauftragten Lande zu übermitteln.

Länderkampf Deutschland—Japan wird ausgetragen

Zugleich mit der Absage der Olympischen Spiele 1940 und auch der Weltausstellung 1940 in Japan wurden auch alle großen internationalen Sportveranstaltungen Nippons abgeblasen. Lediglich die seit längerer Zeit vereinbarten beiden Leichtathletikkämpfe zwischen Deutschland und Japan sowie Italien und Japan sollen zur Durchführung kommen.

Japan bleibt olympiatreu

Das Japanische Olympische Komitee übergab DNB. eine Erklärung, derzufolge Graf Soyeshima selbst dem Ministerpräsidenten Fürst Konoye die Aufgabe der Spiele unter den gegenwärtigen Umständen vorgeschlagen hat. Graf Soyeshima und Prinz Tokugawa, Japans IOK.-Delegierte, werden in den nächsten Tagen ihren Rücktritt erklären, das bedeutet jedoch keineswegs eine Abkehr Japans vom internationalen Sport. Graf Soyeshima werde auf der IOK.-Sitzung im Juni nächsten Jahres in London noch einmal ausführlich die Gründe darlegen, die Japan zu diesem Schritt zwangen.

Japans Einsatzbereitschaft für die olympische Idee werde anläßlich der Feier der 12. Olympiade bewiesen werden, gleich, in welchem Lande diese Feier stattfindet. Die tags zuvor verbreitete Meldung, Japan werde sich an den nächsten Spielen nicht beteiligen, entspreche niemals der wirklichen Meinung Japans.

England rechnet mit 1944

London, 15. Juli

Lord Aberdare, Englands Vertreter im Internationalen Olympischen Komitee, erklärte nach Bekanntgabe des japanischen Verzichts auf die XII. Olympischen Spiele, die teilweise verbreitete Ansicht, London werde nun die Olympiade 1940 übernehmen, sei irrig. Großbritannien hoffe jedoch, die Durchführung der Olympischen Spiele 1944 übertragen zu erhalten.

Baldur von Schirach fährt nach Bled

dnb. Venedig, 15. Juli

Auf der Rückreise von Rom wurde dem Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, von dem zur Zeit in Bled weilenden jugoslawischen Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch eine Einladung überbracht. Der Reichsjugendführer hat sich daher im Laufe des Freitag von Venedig aus in den jugoslawischen Badeort Bled begeben.

Herausgeber: Alfred Rosenberg

Hauptschriftleiter: Wilhelm Weiß

Stellvertretender Hauptschriftleiter und Chef vom Dienst der Wiener Schriftleitung: Dr. Walther Schmitt

Verantwortlich für Politik und Bewegung: Karl Pfeifer; für Kulturpolitik: Dr. Wilhelm Antropp; für Wirtschaft: Wolfgang Wandler; für politische Reportage: Dr. Leo Leixner; für Sport: Herbert Lehnert; für Wiener Nachrichten: Josef Handenberger; für Umbruch und Unpolitisches: Helmut Mader; für den Bilderdienst: Hermann Heß; für den Nachrichtendienst: August Gaile.

Für die Anzeigen verantwortlich: Georg Döpke. Sämtliche in Wien.

Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. G.m.b.H., Zweigniederlassung Wien. Druck: Waldheim-Eberle A. G., Wien VII (verantwortlich Dr. Alfred Aichinger).

VÖLKISCHER BEOBACHTER

„In den Händen von Nichtariern liegt das Leben von Millionen"

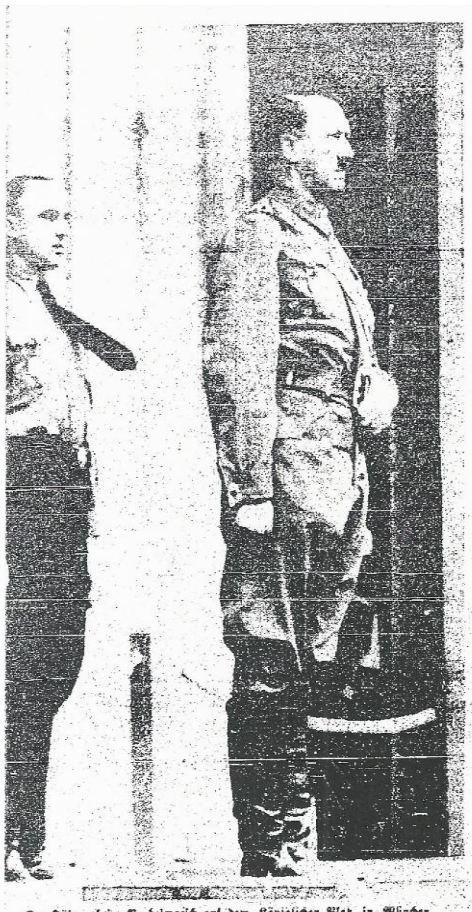
Jüdisches Blatt behauptet, Blum, Litwinow und Herr-Herriot hätten sich zur Vernichtung Deutschlands zusammengetan

Von Alfred Rosenberg

Die Jude im Dorf

Amerikan Hebrew

Das Organ der jüdischen Kriegspartei



Der Führer beim Vorbeimarsch auf dem Königlichen Platz in München

9. November

im Großdeutschen Reich

Erinnerungsmarsch in München zur Feldherrn

Appell an der Ewigen Wache

Nächtliche Vereidigung der SS Anwärter im ganz

Eigener Bericht des „VB."

München, 9. November

Mit dem historischen Marsch des Führers und seiner Mitkämpfer aus dem Jahre 1923 vom Bürgerbräukeller zum Mahnmal an der Feldherrnhalle und zum Königlichen Platz haben die Stunden stolzer Erinnerung, die die Partei Deutschlands Jahr um Jahr am 8. und 9. November erlebt, ihren Höhepunkt gefunden. 15 Jahre nach diesem ersten Ansturm gegen Unvernunft und Knebelung wurde der Marsch des Führers und seiner alten Garde mehr als die Abstattung des Dankes für Einsatz und Opfer jener schicksalsharten Tage. Mit diesem Marsch am 9. November 1938 erhielt Härtester Kampf um das Deutschtum in Österreich und im Sudetenland, erbittertstes Ringen um Großdeutschland seine letzte Weihe.

Die Nebel, die seit dem Abend des 8. November schwer über der Hauptstadt der Bewegung lasten, sind nicht mehr gewichen. Sie sind da, als wollten sie erneut das Geschehen jenes Tages vor 15 Jahren in die Erinnerung rufen.

Vor dem Bürgerbräu-Keller

Seit 10.30 Uhr sammeln sich vor dem Bürgerbräukeller die Teilnehmer des Marsches. Einzeln oder in Gruppen treffen sie ein. Die Blutordensträger warten im großen Garten des Bürgerbräu. Auch heute tragen sie nur das schlichte Braunhemd mit dem Blutorden, mit Ausnahme derer, die heute in Wehrmacht oder Polizei ihre Pflicht für Führer und Volk erfüllen und die auch an diesem Ehrentag die Uniform ihrer Truppe tragen, ein Symbol für die Einheit des Reiches.

Auf der Rosenheimerstraße treffen inzwischen die Reichsleiter und Gauleiter, die Obergruppenführer und Gruppenführer der Gliederungen, die Gebietsführer der HJ. und die Hauptamtsleiter der Reichsleitung der NSDAP. ein. In Gruppen stehen sie und die am Straßenrand dichtgedrängte Bevölkerung verfolgt mit gespannter Freude das Eintreffen all der führenden Männer der Bewegung. Dr. Goebbels, Lutze, Baldur von Schirach und viele andere der bekannten Führer, nicht zuletzt die Männer der Ostmark und des Sudetenlandes, werden mit Heilrufen begrüßt.

Ehrensturm der Ostmark-Kämpfer

Christian Weber, dem die organisatorischen Arbeiten des Erinnerungsmarsches übertragen sind, bemüht sich um die Ordnung des Zuges. Die historische Spitzengruppe — es sind dieselben Männer, die auch vor 15 Jahren den Marsch eröffnet haben — ist fast vollzählig versammelt. Ihr folgt der große Block d[illegible]er, denen sich heuer [illegible] Ehrensturm der Ostmark [illegible] Konrad Henleins F[illegible] der Sudetendeu[illegible] grauer Uniform anschlie[illegible]

120 Männer der Ost[illegible] des Parteigenossen Dr. [illegible] der Ostmarksturm[illegible] gliederungen der Partei [illegible] und aus allen Altersjahr[illegible] die während der festliche[illegible] Keller in München unt[illegible] sind die Stürmer [illegible] langersamtes vo[illegible] Saaz-Stürmer, [illegible] Pyhrn-Paß, die vo[illegible] Kämpfer der Julierheb[illegible] „Lebenslängliche" stehe[illegible] Tode Verurteilten und [illegible] gnadigten und darunter [illegible] illegale SS- und [illegible] „nur" zu zehn und z[illegible] urteilt worden waren. J[illegible] von Karlan, von Garz[illegible] an der Donau waren [illegible] eisen in ihrer Kameradsch[illegible] tel von dem großen [illegible] freiung der Ostmark, [illegible] weiterführen mußten.

Was sie auch gelitten [illegible] det haben, heute, da sie [illegible] den Ehrenformationen [illegible] marschieren beim Marsch [illegible] heute spiegelt sich bereits [illegible] Mienen, und wenn sie [illegible]

Fortsetzung

Vor dem Marsch zur Feldherrnhalle. Von links: Generalfeldm[illegible] Reichsleiter Ri[illegible]

Gesandtschaftsrat von Rath seinen Verletzungen erlegen

Beileid des Führers an die Eltern

dnb. **Paris**, 9. November

Der deutsche Gesandtschaftsrat erster Klasse Pg. Ernst von Rath ist am Mittwochnachmittag, 16,30 Uhr westeuropäischer Zeit, an den Folgen des gegen ihn verübten Attentats des Juden Grünspan (Grynszpan) gestorben.

Der Führer hat an die Eltern des Gesandtschaftsrates 1. Klasse von Rath folgendes Beileidstelegramm gesandt:

„Herrn und Frau von Rath, z. Zt. Paris.

Nehmen Sie zu dem schmerzlichen Verlust, der Sie durch den feigen Meuchelmord an Ihrem Sohn getroffen hat, meine aufrichtigste Teilnahme entgegen.

Adolf Hitler."

Die Mutter des Parteigenossen von Rath [illegible] am Mittwochvormittag in Paris eingetroffen. Kurz vor seinem Ableben hat er noch im Auftrag ein Telegramm erhalten, in dem [illegible] der Führer zum Gesandtschaftsrat erster Klasse ernannte und seine aufrichtigsten Wünsche zur Genesung aussprach. Auch der [illegible] der Auslandsorganisation der NSDAP., Gauleiter Staatssekretär Bohle, [illegible] dem Pg. von Rath noch in einem Telegramm sein kameradschaftliches Gedenken ausgesprochen.

Gesandtschaftsrat Pg. Ernst vom Rath [illegible] Jahre 1905 in Frankfurt am [illegible] Er [illegible] der [illegible] hervorgegangen, dem er als Referent angehörte. 1935 wurde von Rath [illegible] Referent für den höheren auswärtigen Dienst in das Auswärtige Amt berufen. Nachdem er eine Zeitlang in der Zentrale tätig geworden war und nach vorübergehender Tätigkeit bei der Gesandtschaft in Budapest, der Botschaft in Paris und dem Generalkonsulat in Kalkutta wurde von Rath im August 1938 erneut der Botschaft in Paris zugeteilt. Am 15. September 1938 wurde er zum Legationssekretär ernannt.

Das Bulletin der Ärzte

Die deutschen Ärzte Dr. Magnus und Dr. Brandt haben über die letzten Stunden im Leben des Parteigenossen von Rath folgendes Bulletin ausgegeben:

„Gesandtschaftsrat erster Klasse Pg. von Rath ist seinen am 7. November erlittenen Schußverletzungen erlegen.

Im Laufe des Mittwochvormittags trat bei ihm eine weitere Verschlechterung seines Zustandes ein. Eine nochmalige Blutübertragung hatte nur vorübergehende Wirkung. Der Kreislauf reagierte auf Herzmittel ungenügend. Das Wundfieber stieg hoch. Gegen Mittag zeigte sich entscheidend der Einfluß der Magenverletzungen in Verbindung mit dem Milzverlust. Der Kräfteverfall ließ sich nicht aufhalten, so daß um 16,30 Uhr der Tod eintrat.

Der französische Chirurg Dr. Baumgartner hat nach funktioneller Operation auch die weitere Wundbehandlung selbst sorgfältig durchgeführt. Die Klinik de l'Alma stellte ihre guten Einrichtungen zur Verfügung; das Pflegepersonal hatte sich aufopfernd eingesetzt. Der trotzdem erfolgte Tod des Gesandtschaftsrates von Rath ist allein durch die Schwere der Schußverletzungen verursacht.

(gez.) Dr. Magnus,
(gez.) Dr. Brandt."

Beileid der französischen Regierung

Der französische Geschäftsträger in Berlin, Graf de Montbas, sprach am Mittwoch beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Weizsäcker, vor, um im Namen der französischen Regierung, des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Außenministers das Beileid aus Anlaß des Hinscheidens des Gesandtschaftsrates Ernst von Rath auszusprechen.

Schluß mit der Emigrantenplage!

Die französische Presse hat nun allgemein den am Dienstag vom „Temps" angeschlagenen Ton aufgenommen und verlangt gebieterisch, daß mit der Emigrantenplage nun endlich aufgeräumt werde. „Die internationale Pest, die sich in Frankreich niedergelassen hat, muß ausgerottet werden", erklärt der dem Quai d'Orsay nahestehende „Petit Parisien". Überall, überall stoßt man auf die fremdländischen Unterwühler. Mehr als 70 Prozent aller Verbrechen sind auf sie zurückzuführen" Selbst das „Quotidien" ruft leidenschaftlich aus: „Wohl? Ja' Verbrecherhaus? Nein!" Das leidenschaftliche Entbrennen der deutschen Presse gegen diesen neuen jüdischen Mordanschlag findet einen starken Widerhall.

...rerbau — Adolf Hitler ...journalistischen Schaffens

...ormer ...chen einen ...199 neu- ...ge der Er ...den Reichs- ...den Präsi- ...Reichsleiter

...hlossenheit der ...eingehend von ...alsozialistischen ...politischen ...listischen ...rte am Schlusse ...n- und außen- ...ber deutschen ...Gegenwart und

...nischen Presse ...Hitlerrich dem ...enden Ausfüh- ...ion Worte, die ...gefunden habe ...s Gelöbnis ...non dem seiten ...rer Arbeit für

...der Feier- ...ereidigung ...enheit des ...ereidigten

Aufnahme: ...

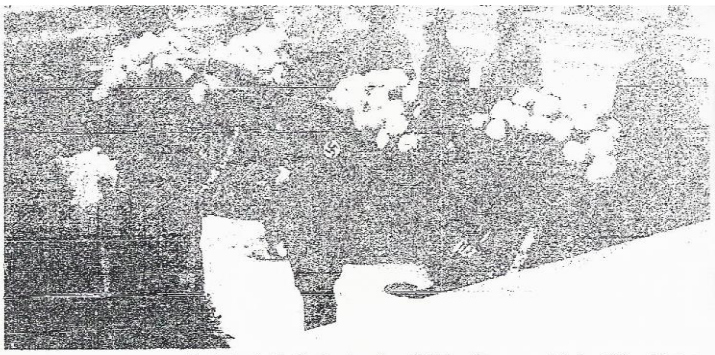
den Führer von niemandem übertreten zu lassen.

Der Führer verbrachte anschließend mit den Herren seiner Begleitung den Abend im Kreise seiner Gäste, wobei er Gelegenheit nahm, sich mit zahlreichen Journalisten über ihre Arbeit zu unterhalten.

Slowakische Minister in Berlin

Preßburg, 10. November

Der slowakische Minister Durcansky und der Staatssekretär Karmasin haben sich am Donnerstag nach Berlin begeben, um dort Fragen der Wirtschaft und des Arbeitsdienstes zu studieren.



Nach dem traditionellen Marsch durch die Straßen der Hauptstadt der Bewegung ehrte der Führer die Toten ...niederlegen an der Ewigen Wache. Hinter dem Führer von links Feldmarschall Hermann Göring, Generalob... Generaloberst von Brauchitsch, Generaloberst Milch, Generaloberst Keitel, Reichsführer SS und Chef der De... Heinrich Himmler, Ulrich Graf und Reichsleiter Dr. Frank

Aufnahme: ...

Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels

Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat von Paris kommt noch

Keine weiteren Aktionen mehr — Gesetzliche Regelung der Judenfrage angekündigt

Berlin, 10. November

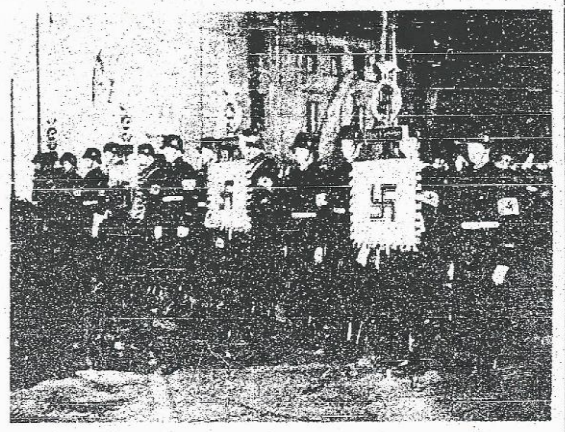
Reichsminister Dr. Goebbels gibt bekannt:

Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung, beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden.

* * *

Die feige Mordtat des Juden Grünspan hat im gesamten deutschen Volk eine nur allzu verständliche Empörung hervorgerufen, die sich denn auch angesichts der unvergleichlichen Gemeinheit dieser Tat und der unverfrorenen Frechheit, mit der sie ausgeführt wurde, in judenfeindlichen Kundgebungen äußerte. Wenn dabei, trotz der so berechtigten Wut aller Deutschen, keinem Juden ein Haar gekrümmt wurde, so mag man das in der Welt der Diszipliniertheit des deutschen Volkes zugutehalten. Auf jeden Fall soll nicht versäumt werden, nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß bei einer neuen Herausforderung durch das Weltjudentum das deutsche Volk kaum wieder so glimpflich mit den Verbrechern abrechnen wird. Der Meuchelmord in Paris dürfte im Judentum und insbesondere in der von ihm beeinflußten internationalen jüdischen Hetzpresse die Erkenntnis um ein weiteres Stück haben reifen lassen, daß auch außerhalb der deutschen Grenzen eine allgemeine Abwehraktion gegen das lästige Parasitenvolk einzusetzen beginnt. Der Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels ist der Beweis für Deutschlands Absicht, keine jüdischen Märtyrer zu schaffen. Die Ankündigungen einer weiteren gesetzlichen Regelung der Judenfrage wird im ganzen deutschen Volk mit Genugtuung aufgenommen werden.



Die Vereidigung unter den Standarten der SS

Aufnahme: Weltbild

Waffenbesitz für Juden verboten!

München, 10. November

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei hat folgende Anordnung erlassen:

Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden gelten, ist jeglicher Waffenbesitz verboten. Zuwiderhandelnde werden in Konzentrationslager übergeführt und auf die Dauer von 20 Jahren in Schutzhaft genommen.

Das Beileid des Führers zum Tode Kemal Atatürks

dnb Berlin, 10. November

Der Führer und Reichskanzler hat nach Eingang der Nachricht vom Ableben des Präsidenten der türkischen Republik, Kemal Atatürk, an den Präsidenten der Großen Nationalversammlung der türkischen Republik in Ankara folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Tief bewegt spreche ich Euerer Exzellenz, der Großen Nationalversammlung und dem gesamten türkischen Volk mein und des deutschen Volkes schmerzlichstes Mitgefühl anläßlich des Hinscheidens Atatürks, des Präsidenten der türkischen Republik, aus. Mit ihm ist ein großer Soldat, ein genialer Staatsmann und eine geschichtliche Persönlichkeit dahingegangen. In der Errichtung des neuen türkischen Reiches hat sich Atatürk ein Denkmal gesetzt, dessen Bestand die Generationen überdauern wird.

Adolf Hitler
Deutscher Reichskanzler"

Kemal A...

Zum T...
des Schöpfers de...

Von unserem Vert...
Franz von ...

Istanb...

Am Donnerstagm... türkische Staatspr... türk gestorben. (S... auf Seite 5.)

Nachdem die eiserne ...mächte an den Hänge... im Süden Kleinasiens ...der Entente zerbroche... erster Staat die Tü... voller Unterdrückung ...

Das Sultanat in ... schon seit Jahrhunder... gewaltige Reich, das ...erobert hatten, langsam ...von den Geheimverin... staaten, in denen bes... man den kümmerlichen ...herrschaft auf der Hal... insel zerpflücken und z... den Padischah und sei... geber war der Fr... Sevres, der ihm ... Monarchen stempelte ... Außerlichkeit das K... Überraschung, Überraschung ... lediglich die Tätigkeit ...dierenden in Anatolie... sich sammelte, die en... Letzte zu wagen, der ...tentemächte stellte un... Wolf nach den Feinde... sein Vaterland verder...

Der Sultan in Kon... bald, daß dieser Mann ... letzten Reste des einst... zu sammeln, sein Tod... wenn dieser es daraus ...densvertrag zu torped... Mustafa Kamal zum ... und für pogetfrei er... den tapferen Mann ... Armee auf die Beine ... Achtung und Verrat g... zurücken, die bereits in ... feste Plätze bezogen h... Kämpfen zu denen ... Kind und jede Frau ... trieb er die eingerück... rück, schlug die gewaltig... Sakarya und bei... befreite Izmir und ... stantinopel.

Gazi Mustafa Kam... der ersten türkischen ...

abe

Einzelpreis f. Wien-Stadt 15 Pf. / Auswärts 20 Pf. / Ausland 25 Pf.

„Freiheit und Brot!"

Unverkäuflich

Wiener Ausgabe

Wien, Samstag, 12. November 1938

LKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

ches Ultimatum an Prag

n tschechische Verschleppungstaktik
g der slowakischen Autonomie gefordert
elbständige Schritte angedroht

Eigener Bericht des „VB."

kp. **Preßburg**, 11. November

lischen Präsidentenwahl schreibt das slowakische daß weder die tschecho-slowakische Regierung, noch über geeinigt hätten, wer Präsident werden und owakei sein solle. Anscheinend solle in Prag die Weise weitergehen, wie es zur Zeit Hodschas der Fall en müßte die Slowakei protestieren. Dies ist denn eine Vorsprache der slowakischen Vertreter Sternpräsident Sirovy geschehen.

lament ... Slovak", ... letzten ... dieses ... ständen ... lowakei ... heutige ... duldet ... Da wir ... wartierung ... einen ... rdnete ... ten ge... gesetzgebenden Parlament müssen auf einem legalen Wege die weitere Entwicklung der Slowakei bestimmen."

Der Führer der Hlinka-Garde Abgeordneter Karol Sidor erklärt dazu, die Vertretung der slowakischen Regierung hätte in Prag die Verwirklichung der Silleiner Beschlüsse vom 6. Oktober verlangt, die am 8. Oktober von den tschechischen Regierungsparteien unterschrieben worden seien, das heißt die Erfüllung und gesetzliche Verankerung der slowakischen Autorität. Einen ganzen Monat hindurch sei in Prag nichts geschehen. Die von Benesch eingesetzte Sirovy-Regierung hätte nicht einmal die Einberufung des Parlaments erreicht.

Die Verschleppungstaktik Prags verbreite eine Welle des Mißtrauens gegen alles, was die Tschechen versprochen hatten und noch versprechen werden. Die Lage in Prag könne mit dem einen Wort Kaltblütigkeit charakterisiert werden. Die Regierung führe nicht, sie administriere. Auf die Frage, was man von der Sirovy-Regierung erwarten könne, müsse das Präsidium der Hlinka-Partei antworten, daß die neue Slowakei ihre Ziele auf neuen Wegen und geeint in einer starken Regierung, einer starken Partei und der Hlinka-Garde entgegengehe. Sie werde ihren Weg weitergehen, ohne Rücksicht darauf, daß man in Prag noch schlafe oder täusche wie in den vergangenen zwanzig Jahren.

Im „Slovenska Denik" schreibt Sidor dazu, das Volk wolle Tatsachen, Tatsachen jedoch verlangten energische Führer. Das Schicksal der Slowakei liege heute in der Hand der durch die Vergangenheit nicht belasteten Generation. Den Slowaken gehe es bei der Wahl des Präsidenten nicht um die Person, sondern um die Änderung des Geistes. Die Slowaken werden auf keinen Fall einem Kandidaten ihre Stimme geben, dem noch die alte Orientierung anhaftet.

Am Freitagabend meldete der „Slovak" weiter, daß die Vertreter der Slowaken einen ultimativen Schritt unternommen hätten. Die Minister Cernak und Teplansky und die Abgeordneten Sidor und Sokol hätten am Nachmittag beim Ministerpräsidenten Sirovy vorgesprochen und im Auftrage der Hlinka-Partei die Einberufung des Parlaments für kommenden Donnerstag gefordert. In dieser Sitzung sollte das Silleiner Abkommen und das innerstaatliche Verhältnis der Tschechen und Slowaken auf der Grundlage dieses Abkommens im föderativen Sinne verfassungsmäßig verwirklicht werden.

Erst nach der verfassungsmäßigen Sanktionierung des heutigen Zustandes in der Slowakei würden sich die Slowaken an den Präsidentenwahlen beteiligen. Die Vertreter der Slowaken hätten die Ansetzung der Wahl für Freitag gefordert. Nach der Besprechung mit Sirovy, so berichtet das Blatt weiter, sei der

Fortsetzung auf Seite 2

frage

sich nicht an einen
den Zionisten!

agen mit England gefordert

r Bericht des „VB."

dr. th. h. **London**, 11. November

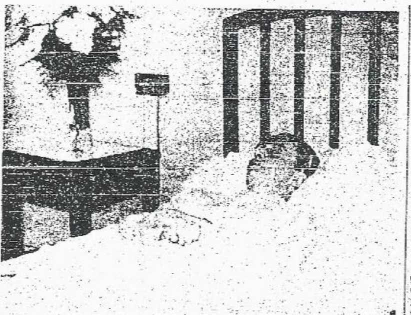
ach der Ankündigung des englischen Konferenzrtabigen. Der Ausschuß zur Verteidigung Palästinas hat, veröffentlicht ein Manifest, in dem e Zukunft Palästinas nur zwischen Engländern ohne daß die Juden oder die Genfer Liga hinzu.

... bannung lebt, denen zufolge der geistige Führer der arabischen Freiheitsbewegung bereit sein soll, sich durch einen führenden Araber aus seiner Umgebung vertreten zu lassen.

Aufruf der arabischen Freischärler an die Ausländer in Palästina

Wie aus Palästina verlautet, hat die Führung der arabischen Freischar-Bewegung einen von Abdul Tazik unterzeichneten Aufruf an die in Palästina lebenden Ausländer gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, sich nicht die von der Mandatsregierung zwecks scharfer Militärkontrolle geforderten Identitätsausweise zu beschaffen. Die Ausländer müßten anderenfalls als Gegner der Araber angesehen werden und hätten mit entsprechenden Maßnahmen zu rechnen.

Die großen militärischen Operationen gegen die Freischärler, die nun bereits über drei Wochen anhalten, sind mehr oder weniger als ein Schlag ins Wasser zu betrachten. Außer zahlreichen Verhaftungen von Arabern in Dörfern und Städten und den umfangreichen Strafmaßnahmen sind keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen. Die Abwehrmaßnahmen der Freischärler gegen Militär und Polizei und die damit verbundenen Kampfhandlungen haben sogar nachgelassen. Bei den Durchsuchungsaktionen in den Städten ist absichtlich von den Arabern kein Widerstand geleistet worden, da erfahrungsgemäß auch zahlreiche Todesopfer unter der unbeteiligten Zivilbevölkerung zu beklagen sind, besonders bei der Frauen und Kindern, und da sonst mit weiteren Strafmaßnahmen gerechnet werden muß. Die Bevölkerung ist an und für sich durch die getroffenen Maßnahmen äußerst verarmt. Die Macht der Freischärler gilt nach wie vor als groß. Besonders nachts haben sie die Lage völlig in der Hand. Auch ihre Werbetätigkeit hat zugenommen.



Der gemordete Gesandtschaftsrat von Rath auf dem Totenbett — Funkbild „VB."

Unser Bild zeigt Frau von Rath mit ihrer Tochter und Herrn von Rath, den Vater des Gemordeten, die die Pariser Klinik verlassen, nachdem sie ihrem Sohn in seinen letzten Stunden beigestanden hatten — Funkbild „VB."

Die erste angekündigte Maßnahme:

Zuchthaus auf jüdischen Waffenbesitz

Eine Verordnung des Reichsministers Dr. Frick

Berlin, 11. November

Nachdem der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern dem jüdischen Waffenbesitz schon durch sofortige polizeiliche Anordnung schlagartig ein Ende gesetzt hatte, ist nunmehr das gesetzliche Verbot auf dem Fuße gefolgt.

Der Reichsminister des Innern hat noch gestern die nachfolgende Verordnung gegen den Waffenbesitz der Juden erlassen, die schon heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird:

Juden (§ 5 der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, Reichsgesetzblatt I, S. 1333) ist der Erwerb, der Besitz und das Führen von Schußwaffen und Munition sowie von Hieb- oder Stoßwaffen verboten. Sie haben die in ihrem Besitz befindlichen Waffen und Munition unverzüglich der Ortspolizeibehörde abzuliefern.

Wer diesen Vorschriften vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bestraft. In besonders schweren Fällen vorsätzlicher Zuwiderhandlung ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

*

Wir in der Ostmark haben schon einmal ein Waffenverbot erlebt. Es galt damals aber nicht den Juden, sondern den Deutschen Österreichs, ja den besten Deutschen überhaupt im Lande, den Nationalsozialisten. Nach der Erhebung im Juli 1934 hat die Regierung Schuschnigg ein Gesetz herausgebracht, demzufolge der Besitz von Waffen für Nationalsozialisten und allen, die im Verdachte standen, es zu sein, bei Todesstrafe verboten war. Also nicht nur der Gebrauch, auch der Besitz allein schon war strafbar, und zwar mit der schwerstmöglichen und grausamsten Strafe überhaupt: der des Todes durch den Strang! Wir erinnern uns noch des Triumphgeschreis, mit dem die Wiener Judenpresse diese Verfügung veröffentlicht und in jubelnden Leitartikeln kommentiert hat. Von gerechten Maßnahmen sprachen die Juden in diesen Aufsätzen, und als ein „Gesetz im Interesse der Humanität" wurde eine Verordnung kommentiert, die mit den Worten begann: „Mit dem Tod durch den Strang wird bestraft ..."

Diese übelste Sorte Journalisten, die diese Lobeshymnen auf die Galgengesetze des Hauses Schuschnigg & Co. verfaßt hat, hat in den historischen Tagen des März dieses Jahres das Weite gesucht und sitzt heute in Paris und London und beweint in ihren Leitartikeln den Fall Schuschniggs und beschimpft die Nationalsozialisten, die trotz der folgenschweren Gesetze auch ohne Waffen in Österreich gesiegt haben. Auch sie werden das Gesetz des Reichsinnenministers lesen, das für den Waffenbesitz von Juden zwar nicht die Todesstrafe, wohl aber das Zuchthaus vorsieht. Wir sind neugierig zu erfahren, wie sie dieses Gesetz nun kommentieren werden. Für die Nationalsozialisten Tod durch den Strang und für die Juden nur Zuchthaus! Wir Barbaren, scheint es, sind ja doch die humaneren Menschen. L. F.

Der Fall Grünspan

Von Reichsminister Dr. Goebbels

Am 7. November dringt in Paris in die deutsche Botschaft ein siebzehnjähriger polnischer Judenjunge ein und verlangt, einen der maßgebenden Herren zu sprechen. Als er vor den Legationssekretär von Rath geführt wird, erhebt er seine Pistole und gibt, ohne daß ein Wortwechsel oder eine Auseinandersetzung vorangegangen wäre, auf den deutschen Diplomaten mehrere Schüsse ab. Bei seiner späteren Vernehmung erklärt er, er habe den Legationssekretär von Rath persönlich überhaupt nicht gekannt. Es sei ihm auch gleichgültig gewesen, auf wen er geschossen habe. Er habe nur Rache nehmen wollen für seine jüdischen Brüder in Deutschland. Die Nachforschungen in Paris ergeben, daß Grünspan vor drei Monaten aus Frankreich ausgewiesen worden war. Über seinen Aufenthalt bis zum Tage der Mordtat hüllt er sich bis zum heutigen Tage in Schweigen. Er war im Besitz eines gefälschten Passes.

Es erhebt sich hier schon die Frage: Wo war Grünspan in den letzten drei Monaten? Wer hat für seinen Unterhalt gesorgt? Wer hat ihm den falschen Paß vermittelt? Wer hat ihn im Pistolenschießen unterrichtet? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er von einer jüdischen Organisation versteckt und auf diese zynische Mordtat systematisch vorbereitet worden ist.

Der Legationssekretär von Rath stirbt nach qualvollen Leiden einige Tage später. Parallele zum Fall Gustloff liegt auf der Hand. Wie damals wurde von den jüdischen Hintermännern ein Jugendlicher als Attentäter ausgesucht, um die Verantwortlichkeit zu verschleiern. Die Vernehmung der beiden Judenjungen zeigt eine genaue Übereinstimmung der Verteidigungsgründe und der Taktik der beiden Attentäter. Auch aus dem Prozeßverlauf gegen Frankfurter ging hervor, daß man nicht den einzelnen Mann, sondern das nationalsozialistische Deutschland treffen wollte. Das zeigt auch in beiden Fällen der wohlvorbereitete Entlastungseinsatz der gesamten jüdischen Weltpresse.

Wo sind nun diese Hintermänner zu suchen? Seit Wochen und Monaten wird in den großen jüdischen Weltblättern gegen Deutschland als Nation zum Kriege und gegen einzelne prominente Vertreter des nationalsozialistischen Deutschland zum Morde gehetzt. Besonders hervorgetan haben sich dabei die Juden Georg Bernhard und Emil Ludwig Cohn. In diesen Kreisen sind deshalb auch zweifellos die geistigen Inspiratoren des Attentats zu suchen. Es sind dieselben Kreise, die jetzt für den Mörder in der ganzen Welt eine nie dagewesene Stimmungspropaganda entfalten. Die Gründe für den Mord liegen auf der Hand. Das Weltjudentum hat nach der fieberhaften Kriegshetze in den Sommermonaten dieses Jahres eine furchtbare Schlappe erlitten. Das Abkommen von München brachte seinen Vernichtungsplan gegen Deutschland zum Scheitern. Es hatte die Hoffnung gehegt, durch einen durch infame Hetze hervorgerufenen Weltkrieg Deutschland in die Knie zu zwingen und das verhaßte Naziregime zum Sturz bringen zu können. Nachdem in München dieser Plan zum Scheitern gebracht worden ist, wollten sie nun durch eine drastische und frivole Aktion die Friedensbemühungen zwischen den Großmächten Europas aufhalten und eine neue Hetze gegen Deutschland in Szene setzen. Der Mord an dem Legationssekretär von Rath sollte ein Fanal sein für die gesamte Judenheit im Kampf gegen Deutschland. Der Mörder selbst hat gestanden, daß er damit ein Warnungssignal geben wollte. Allerdings ist dieser Schuß nach hinten losgegangen. Gewarnt worden ist weniger die Welt als das deutsche Volk.

Es liegt auf der Hand, daß eine Nation von 80 Millionen auf die Dauer derartige Provokationen nicht stillschweigend und wehrlos hinnehmen wird. Nach der Ermordung Gustloffs hat das deutsche Volk geschwiegen. Nach dem Tode des

…abe

Einzelpreis f. Wien-Stadt 15 Pf. / Auswärts 20 Pf. / Ausland 25 Pf.

„Freiheit und Brot!"

Unverkäuflich

Wiener Ausgabe

Wien, Samstag, 12. November 1938

…LKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

…ches Ultimatum an Prag

…n tschechische Verschleppungstaktik
…g der slowakischen Autonomie gefordert
…elbständige Schritte angedroht

Eigener Bericht des „VB."

Preßburg, 11. November

…lischen Präsidentenwahl schreibt das slowakische … daß weder die tschecho-slowakische Regierung, noch … über geeinigt hätten, wer Präsident werden und …owakei sein solle. Anscheinend solle in Prag die Weise weitergehen, wie es zur Zeit Hodschas der Fall …en müßte die Slowakei protestieren. Dies ist denn … eine Vorsprache der slowakischen Vertreter Cer… präsident Sirovy geschehen.

…setzgebenden Parlament müssen auf einem legalen Wege die weitere Entwicklung der Slowakei bestimmen."

Der Führer der Hlinka-Garde Abgeordneter Karol Sidor erklärt dazu, die Vertretung der slowakischen Regierung hätte in Prag die Verwirklichung der Silleiner Beschlüsse vom 6. Oktober verlangt, die am 8. Oktober von den tschechischen Regierungsparteien unterschrieben worden seien, das heißt die Erfüllung und gesetzliche Verankerung der slowakischen Autonomie. Einen ganzen Monat hindurch sei in Prag nichts geschehen. Die von Benesch eingesetzte Sirovy-Regierung hätte nicht einmal die Einberufung des Parlaments erreicht.

Die Verschleppungstaktik Prags verbreite eine Welle des Mißtrauens gegen alles, was die Tschechen versprochen hatten und noch versprechen werden. Die Lage in Prag könne mit dem einen Wort Kraftlosigkeit charakterisiert werden. Die Regierung führe nicht, sie administriere. Auf die Frage, was man von der Sirovy-Regierung erwarten könne, müsse das Präsidium der Hlinka-Partei antworten, daß die neue Slowakei ihre Ziele auf neuen Wegen und geeint in einer starken Regierung, einer starken Partei und der Hlinka-Garde entgegengehe. Sie werde ihren Weg weitergehen, ohne Rücksicht darauf, daß man in Prag noch schlafe oder täusche wie in den vergangenen zwanzig Jahren.

Im „Slovenska Denik" schreibt Sidor dazu, das Volk wolle Tatsachen, Tatsachen jedoch verlangten energische Führer. Das Schicksal der Slowakei liege heute in der Hand der durch die Vergangenheit nicht belasteten Generation. Den Slowaken gehe es bei der Wahl des Präsidenten nicht um die Person, sondern um die Änderung des Geistes. Die Slowaken werden auf keinen Fall einem Kandidaten ihre Stimme geben, dem noch die alte Orientierung anhaftet.

Am Freitagabend meldet der „Slovak" weiter, daß die Vertreter der Slowaken einen ultimativen Schritt unternommen hätten. Die Minister Cernak und Teplansky und die Abgeordneten Sidor und Sokol hätten am Nachmittag beim Ministerpräsidenten Sirovy vorgesprochen und im Auftrage der Hlinka-Partei die Einberufung des Parlaments für kommenden Donnerstag gefordert. In dieser Sitzung solle das Silleiner Abkommen und das innerstaatliche Verhältnis der Tschechen und Slowaken auf der Grundlage dieses Abkommens im föderativen Sinne verfassungsmäßig verwirklicht werden.

Erst nach der verfassungsmäßigen Sanktionierung des heutigen Zustandes in der Slowakei würden sich die Slowaken an den Präsidentenwahlen beteiligen. Die Vertreter der Slowaken hätten die Ansetzung der Wahl für Freitag gefordert. Nach der Besprechung mit Sirovy, so berichtet das Blatt weiter, sei der

Fortsetzung auf Seite 2

…frage

…sich nicht an einen …den Zionisten!

…agen mit England gefordert

…r Bericht des „VB."

dr. th. h. **London**, 11. November

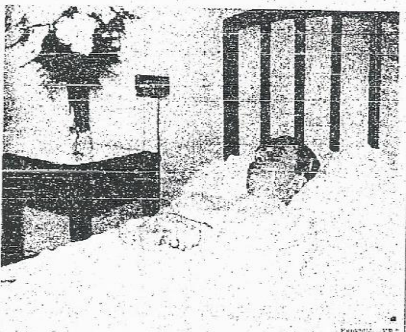
…ach der Ankündigung des englischen Konferenz… …ruhigen. Der Ausschuß zur Verteidigung Palästinas hat, veröffentlicht ein Manifest, in dem …e Zukunft Palästinas nur zwischen Engländern … ohne daß die Juden oder die Genfer Liga hinzu…

…bannung lebt, denen zufolge der geistige Führer der arabischen Freiheitsbewegung bereit sein soll, sich durch einen führenden Araber aus seiner Umgebung vertreten zu lassen.

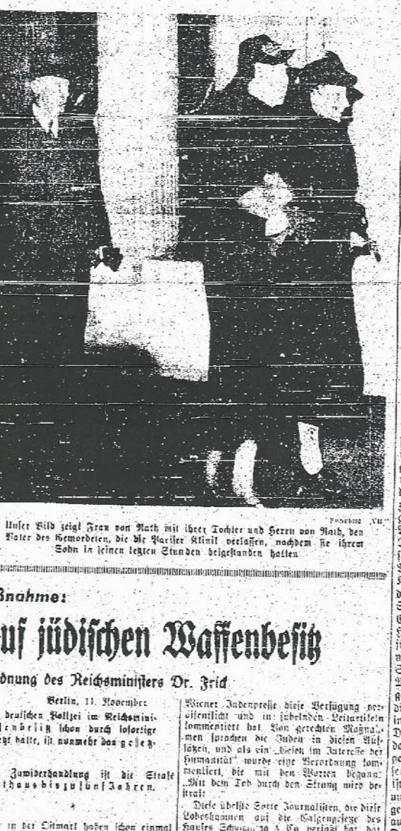
Aufruf der arabischen Freischärler an die Ausländer in Palästina

Wie aus Palästina verlautet, hat die Führung der arabischen Freischar-Bewegung einen von Abdul Tajik unterzeichneten Aufruf an die in Palästina lebenden Ausländer gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, sich nicht die von der Mandatsregierung zwecks schärfer Militärkontrolle geforderten Identitätsausweise zu beschaffen. Die Ausländer müßten andernfalls als Gegner der Araber angesehen werden und hätten mit entsprechenden Maßnahmen zu rechnen.

Die großen militärischen Operationen gegen die Freischärler, die nun bereits über drei Wochen anhalten, sind mehr oder weniger als ein Schlag ins Wasser zu betrachten. Außer zahlreichen Verhaftungen von Arabern in Dörfern und Städten und den umfangreichen Strafmaßnahmen sind keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen. Die Abwehrmaßnahmen der Freischärler gegen Militär und Polizei und die damit verbundenen Kampfhandlungen haben sogar noch zugenommen. Bei den Durchsuchungsaktionen in den Städten ist absichtlich von den Arabern kein Widerstand geleistet worden, da erfahrungsgemäß auch zahlreiche Todesopfer unter der unbeteiligten Zivilbevölkerung zu beklagen sind, besonders bei den Frauen und Kindern, und da sonst mit weiteren Strafmaßnahmen gerechnet werden muß. Die Bevölkerung ist … durch die getroffenen Maßnahmen äußerst verarmt. Die Macht der Freischärler gilt nach wie vor als groß. Besonders nachts haben sie die Lage völlig in der Hand. Auch ihre Werbetätigkeit hat zugenommen.



Der gemordete Gesandtschaftsrat von Rath auf dem Totenbett — Funkbild „VB."



Unser Bild zeigt Frau von Rath mit ihrer Tochter und Herrn von Rath, den Vater des Gemordeten, die die Pariser Klinik verlassen, nachdem sie ihrem Sohn in seinen letzten Stunden beigestanden hatten — Funkbild „VB."

Die erste angekündigte Maßnahme:

Zuchthaus auf jüdischen Waffenbesitz

Eine Verordnung des Reichsministers Dr. Frick

Berlin, 11. November

Nachdem der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern dem jüdischen Waffenbesitz schon durch sofortige polizeiliche Anordnung schlagartig ein Ende gesetzt hatte, ist nunmehr das gesetzliche Verbot auf dem Fuße gefolgt.

Der Reichsminister des Innern hat noch gestern die nachfolgende Verordnung gegen den Waffenbesitz der Juden erlassen, die schon heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird:

Juden (§ 5 der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, Reichsgesetzblatt I, S. 1333) ist der Erwerb, der Besitz und das Führen von Schußwaffen und Munition sowie von Hieb- oder Stoßwaffen verboten. Sie haben die in ihrem Besitz befindlichen Waffen und Munition unverzüglich der Ortspolizeibehörde abzuliefern.

Wer diesen Vorschriften vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bestraft. In besonders schweren Fällen vorsätzlicher Zuwiderhandlung ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

*

Wir in der Ostmark haben schon einmal ein Waffenverbot erlebt. Es galt damals aber nicht den Juden, sondern den Deutschen Österreichs, ja den besten Deutschen überhaupt im Lande, den Nationalsozialisten. Nach der Erhebung im Juli 1934 hat die Regierung Schuschnigg ein Gesetz herausgebracht, demzufolge der Besitz von Waffen für Nationalsozialisten und allen, die im Verdachte standen, es zu sein, bei Todesstrafe verboten war. Also nicht nur der Gebrauch, auch der Besitz allein schon war strafbar, und zwar mit der schwerstmöglichen und grausamsten Strafe überhaupt: der des Todes durch den Strang! Wir erinnern uns noch des Triumphgeschreis, mit dem die Wiener Judenpresse diese Verfügung veröffentlicht und in jubelnden Leitartikeln kommentiert hat. Von gerechten Maßnahmen sprachen die Juden in diesen Aufsätzen, und als ein „Gesetz im Interesse der Humanität" wurde eine Verordnung kommentiert, die mit den Worten begann: „Mit dem Tod durch den Strang wird bestraft: …"

Diese übelste Sorte Journalisten, die diese Lobeshymnen auf die Galgengesetze des Hauses Schuschnigg & Co. verfaßt hat, hat in den historischen Tagen des März dieses Jahres das Weite gesucht und hetzt heute in Paris und London und beweint in ihren Leitartikeln den Fall Schuschnigg und beschimpft die Nationalsozialisten, die trotz der folgenschweren Gesetze auch ohne Waffen in Österreich gesiegt haben. Auch sie werden das Gesetz des Reichsinnenministers lesen, der für den Waffenbesitz von Juden zwar nicht die Todesstrafe, wohl aber das Zuchthaus vorsieht. Wir sind neugierig zu erfahren, wie sie dieses Gesetz nun kommentieren werden. Für die Nationalsozialisten Tod durch den Strang und für die Juden nur Zuchthaus! Wir Barbaren, scheint es, sind ja doch die humaneren Menschen.

L. F.

Der Fall Grünspan

Von Reichsminister Dr. Goebbels

Am 7. November dringt in Paris in die deutsche Botschaft ein siebzehnjähriger polnischer Judenjunge ein und verlangt, einen der maßgebenden Herren zu sprechen. Als er vor den Legationssekretär von Rath geführt wird, erhebt er seine Pistole und gibt, ohne daß ein Wortwechsel oder eine Auseinandersetzung vorangegangen wäre, auf den deutschen Diplomaten mehrere Schüsse ab. Bei seiner späteren Vernehmung erklärt er, er habe den Legationssekretär von Rath persönlich überhaupt nicht gekannt. Es sei ihm auch gleichgültig gewesen, auf wen er geschossen habe. Er habe nur Rache nehmen wollen für seine jüdischen Brüder in Deutschland. Die Nachforschungen in Paris ergeben, daß Grünspan vor drei Monaten aus Frankreich ausgewiesen worden war. Über seinen Aufenthalt bis zum Tage der Mordtat hüllt er sich bis zum heutigen Tage in Schweigen. Er war im Besitz eines gefälschten Passes.

Es erhebt sich hier schon die Frage: Wo war Grünspan in den letzten drei Monaten? Wer hat für seinen Unterhalt gesorgt? Wer hat ihm den falschen Paß vermittelt? Wer hat ihn im Pistolenschießen unterrichtet? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er von einer jüdischen Organisation versteckt und auf diese zynische Mordtat systematisch vorbereitet worden ist.

Der Legationssekretär von Rath stirbt nach qualvollen Leiden einige Tage später. Parallele zum Fall Gustloff liegt auf der Hand. Wie damals wurde von den jüdischen Hintermännern ein Jugendlicher als Attentäter ausgesucht, um die Verantwortlichkeit zu verschleiern. Die Vernehmung der beiden Judenjungen zeigt eine genaue Übereinstimmung der Verteidigungsgründe und der Taktik der beiden Attentäter. Auch aus dem Prozeßverlauf gegen Frankfurter ging hervor, daß man nicht den einzelnen Mann, sondern das nationalsozialistische Deutschland treffen wollte. Das zeigt auch in beiden Fällen der wohlvorbereitete Entlastungseinsatz der gesamten jüdischen Weltpresse.

Wo sind nun diese Hintermänner zu suchen? Seit Wochen und Monaten wird in den großen jüdischen Weltblättern gegen Deutschland als Nation zum Kriege und gegen einzelne prominente Vertreter des nationalsozialistischen Deutschland zum Morde gehetzt. Besonders hervorgetan haben sich dabei die Juden Georg Bernhard und Emil Ludwig Cohn. In diesen Kreisen sind deshalb auch zweifellos die geistigen Inspiratoren des Attentats zu suchen. Es sind dieselben Kreise, die jetzt für den Mörder in der ganzen Welt eine nie dagewesene Stimmungspropaganda entfalten. Die Gründe für den Mord liegen auf der Hand. Das Weltjudentum hat nach der fieberhaften Kriegshetze in den Sommermonaten dieses Jahres eine furchtbare Schlappe erlitten. Das Abkommen von München brachte seinen Vernichtungsplan gegen Deutschland zum Scheitern. Es hatte die Hoffnung gehegt, durch einen durch infame Hetze hervorgerufenen Weltkrieg Deutschland in die Knie zu zwingen und das verhaßte Naziregime zum Sturz bringen zu können. Nachdem in München dieser Plan zum Scheitern gebracht worden ist, wollten sie nun durch eine drastische und frivole Aktion die Friedensbemühungen zwischen den Großmächten Europas aufhalten und eine neue Hetze gegen Deutschland in Szene setzen. Der Mord an dem Legationssekretär von Rath sollte ein Fanal sein für die gesamte Judenheit im Kampf gegen Deutschland. Der Mörder selbst hat gestanden, daß er damit ein Warnungssignal geben wollte. Allerdings ist dieser Schuß nach hinten losgegangen. Gewarnt worden ist weniger die Welt als das deutsche Volk.

Es liegt auf der Hand, daß eine Nation von 80 Millionen auf die Dauer derartige Provokationen nicht stillschweigend und wehrlos hinnehmen wird. Nach der Ermordung Gustloffs hat das deutsche Volk geschwiegen. Nach dem Tode des

Wiener Ausgabe
241. Ausgabe / 51. Jahrgang / Einzelpreis für Wien und Auswärts 20 Pf. / Ausland 25 Pf.
Abonnement RM. 3,35 monatlich
„Freiheit und Brot!"
Unverkäuflich
Wien
Wien, Sonntag,

VÖLKISCHER BEOBACHT

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Deutsche sind nicht vogelfrei

Die deutsche Abrechnung mit den Juden für den Pariser Mord

Göring scheidet die Juden aus dem Wirtschaftsleben aus – 1 Milliarde RM. Judenbuße für die Pariser Bluttat – Weitere Maßnahmen angekündigt

Die Antwort

Der Schuß von Paris hat ein Echo ausgelöst, wie es wohl von den Hintermännern des Juden Grünspan nicht erwartet worden ist. Knapp drei Jahre sind vergangen, da fiel in Davos der Parteigenosse Gustloff, der Landesleiter der Auslandsorganisation der NSDAP in der Schweiz, dem Meuchelmörder Frankfurter zum Opfer. Damals schwieg das Reich und trauerte nur um seinen Toten.

Die Antwort, die diesmal das Dritte Reich durch den Mund seines Generalfeldmarschalls dem Judentum erteilt hat, war nach jener Erfahrung wohl nicht erwartet worden. Deutschland, das immer noch „gelobte" Land der Juden, hat Ernst gemacht, seine Geduld ist jetzt gerissen!

Weite Gebiete der Wirtschaft standen dem Juden noch immer offen. Führende Stellungen wichtiger Wirtschaftsunternehmungen konnten sie einnehmen. Zwei Dinge nur mögen davon zeugen, wie wohl sich die Juden in Deutschland gefühlt haben.

Nicht nur, daß sie nur ein sehr geringes Interesse gezeigt haben, unser Reich zu verlassen und die dazu gebotenen Möglichkeiten fast immer ausschlugen — nein, diejenigen, die das Reich bereits verlassen hatten, kehrten kurz danach wieder zurück. Und zum anderen: Wer in diesen Tagen Gelegenheit hatte, durch deutsche Gaue zu fahren, der wird mit Verwunderung festgestellt haben, wie viele jüdische Geschäfte, wie viele Synagogen und Tempel, wie viele jüdisch-kulturelle Einrichtungen bisher unangetastet im Reich bestehen und sich erhalten, ja vielleicht ausbauen und erweitern konnten.

Und was war der Erfolg dieser Langmut, dieser grenzenlosen Geduld einer Parasitenrasse gegenüber, die jahrzehntelang das deutsche Volk geistig und materiell ausgeplündert, bestohlen, betrogen, erpreßt, entartet und entsittlicht hatte? Der Erfolg war zuerst die nicht zu beschreibende Haltung in den Schicksalsstunden des deutschen Volkes. Da krochen sie wie Maulwürfe im Volke umher und hetzten, versuchten Panikstimmung zu erzeugen, versuchten das Selbstvertrauen des deutschen Volkes und das Vertrauen zur deutschen Volksführung zu untergraben, verbreiteten Greuelparolen und gaben Falschmeldungen und Hetznachrichten ins Ausland.

Die Antwort und die Mitwirkung des internationalen Judentums [illegible] Was getan werden konnte, wurde getan. Kriegshetze, Lügen, Boykott, alles wurde unternommen, um „Rache" zu üben. Wofür? Dafür, daß wir lebend geworden sind und die Leitung unseres Volksschicksals in die eigenen, deutschen Hände genommen haben?

Trotz all dieser Erfahrungen war immer noch die Geduld des nationalsozialistischen Reiches nicht erschöpft. Und nun treibt das Weltjudentum — förmlich zum Hohn — die Provokation auf die Spitze: Ein Judenbengel, der nicht ansteht zu behaupten, seine einzige Reue bestehe darin, sein Opfer nicht wirklich getötet zu haben („Pg. vom Rath lebte in jener Stunde noch und es bestand noch ein wenig Hoffnung") — dieser Bengel zeigt wieder einmal die Maske des Judentums herab und kennzeichnet die Verkommenheit dieser von Gott verfluchten Nachkommenschaft Judas.

Jetzt ist endgültig die Stunde gekommen, in der Deutschland handeln, ja durchgreifen muß. Ein Volk von 80 Millionen kann es nicht dulden, daß seine Angehörigen im Ausland wie Freiwild niedergeknallt werden. Es kann nicht dulden, daß die Gesinnungsgenossen und Hintermänner solcher Meuchelmörder in Deutschland leben und Einfluß ausüben können.

Das instinktiv handelnde, gesund denkende Volk ist schon zur Selbsthilfe geschritten. Darüber hinaus aber hat auch die Reichsführung entscheidende und unabänderliche Maßnahmen ergriffen, die den Einfluß des Judentums innerhalb unserer Grenzen zunächst erheblich beschneiden und mit der Zeit völlig ausschalten wird. Außerdem ist begrüßenswerterweise den Juden nun auch die Teilnahme an den kulturellen Veranstaltungen des deutschen Volkes untersagt.

Ein Aufatmen geht durch das deutsche Volk. Der Druck, den die Pariser Bluttat auf jeden Volksgenossen gelegt hat, schwindet angesichts der entscheidenden Taten seiner Führung. Das Judentum des In- und Auslandes aber mag sich angesichts dieser Tatsachen überlegen, wie es sich künftig diesem Reich gegenüber verhalten soll.

Dr. K.

Berlin, 12. November

Unter dem Vorsitz des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschalls Göring, fand heute im Reichsluftfahrtministerium eine Chefbesprechung der beteiligten Minister mit ihren nächsten Mitarbeitern über die dringend notwendig gewordene Lösung der Judenfrage statt. An dieser Besprechung nahmen die Reichsminister Dr. Frick, Dr. Goebbels, Dr. Gürtner, Graf Schwerin von Krosigk und Funk teil.

Die Besprechung ergab vollkommene Übereinstimmung in der Beurteilung der zur Debatte stehenden Fragen. Es wurden eine Reihe von einschneidendsten Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage besprochen und zum Teil schon entschieden.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erließ eine Verordnung, der zufolge Juden vom 1. Jänner 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt wird. Ebenso kann nach dieser Verordnung ein Jude vom 1. Jänner 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 1. Jänner 1934 sein.

Ist ein Jude in leitender Stelle eines Wirtschaftsunternehmens tätig, ohne Betriebsführer zu sein, so kann das Anstellungsverhältnis durch den Betriebsführer mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden.

Weiterhin erließ der Beauftragte für den Vierjahresplan eine Verordnung, der zufolge alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbetreibenden und Wohnungen entstanden sind, von den jüdischen Inhabern, beziehungsweise jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen sind.

Die Kosten der Wiederherstellung hat der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe, beziehungsweise Wohnungen zu tragen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Die weiteren einschneidenden Maßnahmen zur Ausscheidung des Judentumes aus dem deutschen Wirtschaftsleben und zur Abstellung provokatorischer Zustände werden in kürzester Frist in Form von Verordnungen und Gesetzen getroffen werden.

Vor allem wurde der Beschluß gefaßt, den deutschen Juden in ihrer Gesamtheit in Form einer Geldbuße von einer Milliarde Reichsmark die Strafe für den ruchlosen Mord in Paris aufzuerlegen.

Dieser Betrag verfällt in voller Höhe dem Reich. Der Beauftragte für den Vierjahresplan hat bereits eine dementsprechende Verordnung erlassen.

Dr. Goebbels verbietet den Juden den Besuch von Kinos, Theatern usw.

Dr. Goebbels hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Reichskulturkammer mit sofortiger Wirkung allen Theaterleitern, Konzert- und Vortragsveranstaltern, Filmtheaterunternehmern, artistischen Unternehmern, Veranstaltern von Tanzvorführungen und Veranstaltern öffentlicher Ausstellungen kultureller Art untersagt, **jüdischen Personen den Besuch ihrer Unternehmen zu gestatten. Übertretungen ziehen für die Veranstalter und besonders für die Juden schwere Strafen nach sich.**

In seiner Anordnung verweist Reichsminister Dr. Goebbels darauf, daß der nationalsozialistische Staat den Juden seit nunmehr schon über fünf Jahren innerhalb besonderer jüdischer Organisationen die Pflege ihres eigenen Kulturlebens ermöglicht habe. Damit besteht keine Veranlassung mehr, den Juden zum Besuch der bezeichneten Veranstaltungen und Unternehmungen zu gestatten.

Der Wortlaut der Verordnungen Görings

Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit

Die vom Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erlassene Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit hat folgenden Wortlaut:

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne.

Ich befehle daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (RGBl. I, Seite 887) das Folgende:

§ 1

Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von Reichsmark 1.000,000.000 an das Deutsche Reich auferlegt.

§ 2

Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
(gez.) Göring
Generalfeldmarschall.

Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Betrieben

Die vom Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erlassene Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 (RGBl. I, Seite 887) verordne ich folgendes:

§ 1

Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber

Fortsetzung auf Seite 2

Anerkennung des Führers für die „Deutschland"-Besatzung

Hamburg, 12. November

Schnelldampfer „Deutschland" der Hamburg-Amerika-Linie ist am Freitag von seiner 162. Reise in seinen Heimathafen Hamburg zurückgekehrt.

Die Besatzung, die den Ladungsbrand im Raum II während der Nacht zum 26. Oktober in vorbildlicher Einsatzbereitschaft gelöscht hatte, wurde in Cuxhaven von Reichsstatthalter und Gauleiter Kaufmann und dem Vorsitzer des Vorstandes der Hapag, Dr. Hoffmann, begrüßt. Der Reichsstatthalter übermittelte Kapitän, Offizieren und Mannschaft die Anerkennung des Führers und des Generalfeldmarschalls Göring. Die Haltung der Besatzung habe der deutschen Seeschiffahrt ein neues Ruhmesblatt hinzugefügt. Doktor Hoffmann brachte der Besatzung den Dank von Betriebsführung und Gefolgschaft der Hapag zum Ausdruck.

Reichsminister Rust in Wien

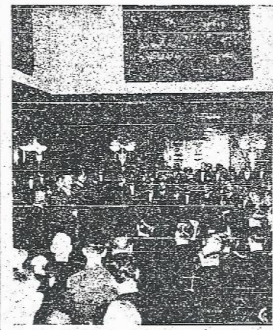
dnb. Wien, 12. November

Reichsminister Rust traf zu einem zweitägigen Aufenthalt in Wien ein.

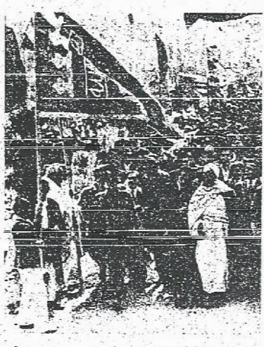
Nach einer Besprechung über allgemeine Schul- und Hochschulangelegenheiten der Ostmark im Wiener Unterrichtsministerium erfolgte gemeinsam mit dem Inspekteur der nationalpolitischen Erziehungsanstalten, SS-Obergruppenführer Heißmeyer, nach einem Besuch des Kunsthistorischen Museums und der Sammlung in der Neuen Hofburg eine Besichtigung der neuen nationalpolitischen Erziehungsanstalt Theresianum in Traiskirchen.

Am Samstag wohnte Reichsminister Rust im Burgtheater der Vorstellung des Dramas „Cromwell" von Jelusich bei.

Nachmittags nahm er an einer öffentlichen Generalprobe der Philharmoniker teil, in der Professor Furtwängler dirigierte. Ferner wohnten der Vorstellung Reichsstatthalter Dr. Seyß-Inquart, Gauleiter Globocnik, Staatskommissar Plattner und Staatssekretär Mühlmann bei.



Der Führer gab im Führerbau in München einen Abend ... Presse, zu dem über 400 namhafte deutsche Schrift... laden waren. Unser Bild: Der Führer spricht zu den G... Reichsminister Dr. Goebbels, rechts vom Führer ...



Marschall Balbo, der Gouverneur von Libyen, zieht ... aus Italien eingetroffenen Siedler durch die S...

Zu ihrem 20. ...

Die De... der Österr...

14.11.1938

Wiener Ausgabe
242. Ausgabe / 51. Jahrgang / Einzelpreis f. Wien-Stadt 15 Pf. / Auswärts 20 Pf. / Ausland 25 Pf.
Abonnement RM. 3.35 monatlich

„Freiheit und Brot!"

Unverkäuflich

Wien,

VÖLKISCHER BEOBACHTER

mit großem Sport vom Sonntag

[illegible]

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

„Judenfrage wird entsprechend dem Volksempfinden gelöst!"

Dr. Goebbels rechnet mit den wahren Schuldigen des Pariser Mordes ab

Eigener Bericht des „VB."

Berlin, 13. November

Mitten in einem der großen Arbeiterviertel der Reichshauptstadt, in den Germaniasälen am Stettiner Bahnhof, nahm Berlins Gauleiter, Reichsminister Dr. Goebbels, am Sonntag mittag im Kreise von über 500 ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen des Winterhilfswerkes das Eintopfessen ein. Vor Beginn der Mahlzeit nahm der Minister Gelegenheit, mit einer herzlichen und persönlich gehaltene Ansprache den hier Versammelten und mit ihnen allen 70.000 ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen des WHW. in Berlin aufrichtigen Dank zu zollen, wobei er auch auf die letzten politischen Ereignisse und ihre Rückwirkungen zu sprechen kam.

Dr. Goebbels fand Worte wärmster Anerkennung für den selbstlosen Einsatz der Zehntausende von Männern und Frauen, die Jahr um Jahr neben ihrer oft nur zu anstrengenden beruflichen Tätigkeit freiwillig und opferbereit mit stolzer Freude unermüdlichen Dienst tun am größten sozialen Hilfswerk aller Zeiten. Nach einem kurzen Rückblick auf die großen historischen Ereignisse der letzten Wochen und Monate kam der Minister noch einmal auf die feige jüdische Mordtat in Paris zu sprechen und befaßte sich in diesem Zusammenhang eingehend mit den Sühne- und Vergeltungsmaßnahmen der deutschen Reichsregierung. In eindeutiger Klarheit rechnete Dr. Goebbels, der mit aller Sachlichkeit die Hintergründe der jüdischen Hetzpropaganda aufzeigte, mit der widerwärtigen verlogenen Hetze des internationalen Judentums ab. Stürmische Kundgebungen des Beifalls und der Zustimmung unterbrachen wieder und wieder seine Rede, die mit dem Ruf „Die Judenfrage wird dem Volksempfinden entsprechend gelöst" Wunsch und Willen der ganzen Nation und ihrer Führung zum Ausdruck brachte.

Dr. Goebbels' Abrechnung

Im einzelnen führte der Reichspropagandaminister folgendes aus:

Dr. Goebbels, auf dessen persönliche Anregung die Einführung der Eintopfsonntage zurückzuführen ist, wies zunächst darauf hin, daß diese Solidaritätsbekundung des deutschen Volkes von Jahr zu Jahr volkstümlicher geworden sei und sich zu einem charakteristischen Kennzeichen des vom Volke und vor allem vom deutschen Arbeiter selbst getragenen Sozialismus der Tat entwickelt habe. Wie einst schon mit heiligem Ernst gerade hier in Berlin um die Seele des deutschen Arbeiters gerungen worden sei, so sei auch heute der Staat Adolf Hitlers zutiefst von dem Wunsche beseelt, vom Vertrauen und von der Liebe der breiten Schichten des Volkes getragen zu werden.

Eine Regierung, hinter der nicht als die eigentliche Kraft der Nation die Arbeiter und die Bauern stünden, werde zu großen innen- und außenpolitischen Handlungen völlig unfähig sein.

Deutschland — die stärkste Militärmacht der Welt

Sie könne sich nicht lediglich auf eine dünne und meist recht wankelmütige Oberschicht von Intellektuellen stützen. Wenn Geschichte gemacht werde, dann müsse das Volk in seiner Gesamtheit die Nerven behalten. Von nichts komme auch in der Politik nichts. Und es sei meist ein großes Risiko nötig, um einen großen Erfolg zu erzielen. Gestützt auf die deutsche Nation, die einmütig und geschlossen hinter ihm stand, habe der Führer in den vergangenen fünf Jahren auch diese Risiken nicht gescheut, und es sei dabei aus einem ohnmächtigen, getretenen und verachtet am Boden liegenden Deutschland eine Weltmacht geworden, die zugleich auch die stärkste Militärmacht der Erde sei.

Es sei sehr kurzsichtig, die Behauptung aufzustellen, daß es in einem Staatswesen, in dem ein Mann befehle und das Volk folge, sehr leicht zu regieren sei.

Wenn eine Regierung so wie die nationalsozialistische an ihrem Volk hänge, wenn sie mit dem Herzen bei seinem Schicksal sei, so, wenn sie ihr eigenes Schicksal mit dem des Volkes identifiziere, so bedeute es im Gegenteil ein Unmaß von Verantwortung, gewagte Entschlüsse zu fassen, von deren Ausgang Führung und Volk zugleich in ihrem Bestande abhängig sind.

Der Minister nahm auch hier wieder Gelegenheit, dem deutschen Volk und insonderheit der großen Masse seiner Werktätigen des Führers Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß sie sich bei den weltpolitischen Ereignissen dieses Jahres so treu, so tapfer, so verstehend und so einsichtsvoll hinter seine Führung gestellt haben. Der Lohn dafür sei nicht ausgeblieben. Mit tiefer Begründung, so stellte der Minister unter stürmischem Beifall fest, könnten wir dank dieser Einmütigkeit der Nation heute vor der Tatsache, daß nicht ein einziger dieser großen und schweren Entschlüsse des Führers zu einem Fehlschlag geführt habe, daß sie im Gegenteil alle von nie geahnten Erfolgen gekrönt worden sind.

Ein großartiger Beweis für dieses grenzenlose Vertrauen des Volkes zu seiner Führung sei die in der ganzen Welt ohne Beispiel dastehende soziale Aktion des Winterhilfswerkes. Was könne die Welt ihm gegenüberstellen?

Auch unsere Geduld hat ein Ende!

Das ruchlose Attentat von Paris habe unser Volk erneut nicht zu der an sich wohlverdienten Ruhe kommen lassen. Dr. Goebbels erinnerte, von stürmischen Entrüstungskundgebungen begleitet, an den Hergang und die ersten Auswirkungen dieses feigen Mordanschlages, mit dem ein gedungener Judenjunge nicht einen einzelnen Mann, sondern, nach seinen eigenen Erklärungen, das deutsche Volk habe treffen wollen. Aber bei diesem zweiten Anschlag sei die Geduld des Volkes und der Regierung zu Ende gewesen.

Immer wieder, von stürmischer Zustimmung unterbrochen, zerriß Dr. Goebbels das Lügengewebe, mit dem die internationale

Fortsetzung auf Seite 2

Aufnahme: Blaha

Die Trauerfeier für Ernst vom Rath in Paris

Auf unserem Bilde sieht man während der offiziellen Trauerfeier für den von jüdischer Mörderhand gemeuchelten deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath in der vordersten Reihe (von vorn nach hinten) den Chef des Protokolls Freiherrn von Dörnberg, Gesandten Dienstmann aus Berlin, den deutschen Botschafter in Paris Graf Welczek, Staatssekretär Freiherrn von Weizsäcker (halbverdeckt) und Oberst Tassin, der den Präsidenten der französischen Republik persönlich vertrat. In der zweiten Reihe erkennt man den neuen französischen Botschafter in Berlin Coulondre (erster von rechts), den Generalsekretär des Quai d'Orsay Botschafter Léger (dritter von rechts) sowie Außenminister Bonnet (vierter von rechts) als offiziellen Vertreter der französischen Regierung

Glänzender Sieg unserer Amateurboxer über Polen

Für den zehnten Vorländerkampf gegen die starken polnischen Amateure hatte sich Deutschlands Nationalstaffel etwas vorgenommen. Zu bitter war die letzte 10 : 6-Niederlage von Posen und zu unerträglich für unsere Meister der Gedanke, daß sich eine andere Amateurstaffel Europas beste Mannschaft nennen könnte. Die Polen, die diesen Ehrentitel bei den Europameisterschaften in Mailand erkämpften und die uns beim vorigen Ländertreffen in Posen das Nachsehen gaben, haben die Rechnung in Breslau bezahlen müssen; sie leisteten heroischen Widerstand, aber dennoch blieben sie diesmal mit dem unerwartet hohen Punktergebnis von 12 : 4 unterlegen. (Näheres siehe Seite 2.)

Gendarmeriebrigaden gegen die Emigranten in Frankreich

Erschwerung der Einreise für Ausländer — Verschärfte Grenzüberwachung

dnb. Paris, 13. November

Innenminister Sarraut hat mehrere Dekrete zur Unterzeichnung vorgelegt, die sich auf die Ausländer in Frankreich beziehen. Das erste Dekret verstärkt die Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen, wie sie schon im Gesetzeserlaß vom 2. Mai 1938 vorgesehen waren. Der neue Wortlaut definiert den Wohnsitz und Aufenthalt der Ausländer auf französischem Gebiet und sieht eine ausdrückliche Erlaubnis für einen Aufenthalt von mindestens einem Jahr in Frankreich vor. Durch ein anderes Dekret wird die Heirat von Ausländern geregelt, ferner werden gewisse Einschränkungen für die Erlangung der vollen Rechte der französischen Staatsangehörigkeit eingeführt. Weiterhin soll die Naturalisierung nicht die sofortige Erlangung des Wahlrechtes in sich schließen. Erst nach fünf Jahren kann das Wahlrecht erworben werden. Um unerwünschte Ausländer fernzuhalten, ist die Schaffung von besonderen Überwachungszentren beschlossen worden.

Schließlich — und dies ist einer der wesentlichsten Punkte der Reform der Ausländerüberwachung — wurde beschlossen, sofort einen energischen Riegel gegen den Übertritt von Ausländern oder gegen die heimliche Einwanderung nach Frankreich vorzuschieben, und zwar werden besondere Grenzgendarmeriebrigaden in Stärke von 1500 Mann geschaffen.

Neue Lasten für den französischen Steuerzahler sollen durch diese Maßnahmen nicht entstehen, da die Kosten durch Erhöhung der Ausstellungsgebühr von Personalausweisen für Ausländer aufgebracht werden.

Mr. Eden will eine „Zentrumspartei" gründen

London, 13. November

Der frühere Außenminister Eden setzte am Samstagabend in Leamington die Reihe seiner Oppositionsreden gegen die Regierung mit der Ankündigung fort, er habe eine Bewegung zur Schaffung einer Art „Zentrumspartei" gebildet. Insbesondere unterstrich er die Notwendigkeit von Maßnahmen zur sozialen Besserung. Die Demokratie müsse ihre Fähigkeit beweisen, ein besseres England und ein starkes England durch Rüstungen zu schaffen.

Die im Zusammenhang mit der letzten Rede Edens aufgetauchten Gerüchte über eine Konzentration gewisser konservativer und sozialistischer Kreise zur Bildung einer neuen Partei in England unter Führung Edens finden jedoch nirgendwo in der Presse eine ernsthafte Resonanz. Die bei-

Die Außenpolitik Jugoslawiens

Stojadinowitsch bekennt sich zum Balkanbund

Eigener Bericht des „VB."

rm. Belgrad, 13. November

Ministerpräsident Stojadinowitsch gab am Sonntag anläßlich einer großen Wahldemonstration in Neusatz beachtenswerte Erklärungen über die Außen- und Innenpolitik Jugoslawiens ab.

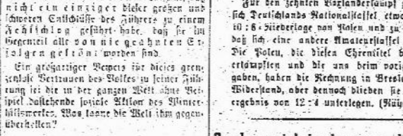
Er erinnerte einleitend daran, daß Neusatz die geistige Hauptstadt des serbischen Volkes gewesen sei, von der aus die nationale Wiedergeburt begonnen hätte. Heute breche es, sich dieser Vergangenheit würdig zu erweisen. Jugoslawien erlebe eine große Zeit des Aufbaues.

Auf internationalem Gebiet verlange es nichts, aber es werde keinen Fußbreit Boden, der ihm gehöre, abgeben. Die Grenzen Jugoslawiens seien auf gerechte Weise gezogen worden. Mit dem Säbel in der Hand sei Jugoslawien entstanden und mit ihm würde es verteidigt werden. 80 Prozent des Volkes seien Südslawen und dabei werde es bleiben. Jugoslawien habe mit keinem Nachbarn über seine Grenzen zu verhandeln.

gemeldet, was sich bei der letzten Krise als bewährter Friedensfaktor bewährt habe. Das Bündnis Jugoslawiens mit Rumänien, Griechenland und der Türkei garantiere alle Grenzen Jugoslawiens auf dem Balkan. Die Freundschaft mit Bulgarien garantiere ebenso den Frieden an der gemeinsamen Grenze.

Erst kürzlich sei in Bled mit Ungarn eine Übereinstimmung erzielt worden, und aus Budapest seien freundschaftliche Worte erklungen. Den Minderheiten würde die Garantie gegeben für eine freie Entwicklung ihrer Sprache, ihrer Religion und Kultur.

Bei der Versammlung auf dem Hauptplatz in Neusatz, der die zehntausende von Menschen nicht zu fassen vermochte, trat erstmalig



Wiener Ausgabe
...4. Ausgabe / 51. Jahrgang / Einzelpreis f. Wien-Stadt 15 Pf. / Auswärts 20 Pf. / Ausland 25 Pf.
...onnement RM. 3.35 monatlich

„Freiheit und Brot!"

Unverkäuflich

Wiener Ausga...
Wien, Mittwoch 16. November ...

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Aufnahme: The Associated Press

Mussolini eröffnet eine Kunstausstellung in Rom. — Unser Bild zeigt den italienischen Staatschef Benito Mussolini bei der Eröffnung der Kunstausstellung in Rom. Rechts neben ihm Minister Starace

Wie die anderen die Juden behandeln:

Konzentrationslager

Ausweisung — Grenzsperre

Eigener Bericht des „VB."

Wien, 15. November

Die ganze Welt, an ihrer Spitze Großbritannien und die Vereinigten Staaten, ist sich darüber einig, daß die Juden bei uns „drangsaliert" und in einer Weise behandelt werden, die den Gesetzen der Humanität widerspricht. Wie weit nun diese Staaten selbst in ihren politischen und sonstigen Maßnahmen den Gesetzen dieser „Humanität" nachkommen und wie sehr sie aus eigenem bereit sind, Beiträge zur Lösung des Weltproblems der Judenplage zu bieten, darüber gibt der nachstehende Bericht nähere Aufklärung.

Die klirrenden Fensterscheiben der Judenläden in Deutschland haben — wie wir nicht anders erwarteten — in der demokratischen Weltpresse und auf den Parlamentstribünen ein stimmgewaltiges Echo geweckt. Die „Humanität" wirft sich in die Brust und donnert ihre Urteilssprüche gegen das nationalsozialistische Reich und seine Führung, so wie wir das in den vergangenen sechs Jahren schon des öfteren erlebt haben.

Es ist die gleiche Humanität, die sich nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute, in unserer „fortschrittlichen" Gegenwart als völlig taub erweist gegenüber dem Krachen der Bomben und dem Dröhnen der Explosionen in jenen Gegenden der Erde, in denen nicht die autoritären Staatsmänner, sondern die Hüter der Demokratie zu Hause sind.

Es ist die gleiche „Humanität", die nicht mit der Wimper zuckte, wenn in Indien, im Sudan und Südafrika und in Irland Menschen, die um ihre Freiheit und um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpften, zu Hunderten und Tausenden niedergemäht wurden. Es sind die gleichen Vorkämpfer der „Menschenwürde", die in ihren Zeitungen einen bestialischen Lynchmord seelenruhig zwischen zwei Meldungen über die neueste Frisur eines Filmstars aus Hollywood und die Scheidungsaffäre eines englischen Lord stellen.

Was wir heute auf diesem Felde erleben, ist keineswegs neu.

Schon vor zwanzig und vierzig Jahren haben die Vertreter der demokratischen „Humanität" sich über keine große Menschheitstragödie — über keinen Krieg, kein Erdbeben, keine Feuersbrunst — so aufgeregt wie über die Fälle, wo einem Juden „unrecht" geschah.

Wir erinnern an den Dreyfuß-Rummel, der Frankreich an den Rand der Revolution brachte, wir erinnern an das Ge-

Fortsetzung auf Seite 2

Weitere Opfer unter den Arabern

Tote Städte in Palästina

Eigener Bericht des „VB."

dr. th. b. London, 15. November

Die Zwangslager in Palästina erhalten in den letzten Tagen wieder einen stärkeren Zustrom von arabischen „Rebellen". Die englischen Truppen sind im ganzen Lande damit beschäftigt, die einzelnen Ortschaften Haus für Haus abzusuchen und alle ihnen verdächtig oder gefährlich erscheinenden Araber in die Lager abzuführen. In der Nähe von Akka durchsuchte das Militär ein Haus. Ein Araber, der sich widersetzte, wurde erschossen.

Bei dem Dorfe Jafna, nördlich von Ramallah, wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Militär und arabischen Freiheitskämpfern drei Araber getötet. In Haifa wurden mehrere Araber festgenommen, die Aufrufe verbreiteten, in denen die Araber zur Selbstbehauptung aufgefordert wurden.

Die Folge dieser Aktionen ist, daß die arabischen Freischärler sich immer mehr in das Innere des Landes und insbesondere in die unzugänglichen Gebirge zurückziehen. Die Kämpfe, die sich dort zwischen ihnen und den englischen Truppen abspielen, sind meist sehr erbittert und für die Engländer verlustreich.

Während die Kämpfe im ganzen Land weitergehen, ist das normale Leben in den Städten fast völlig zum Stillstand gekommen.

Jaffa wirkt wie eine tote Stadt. Der Ausnahmezustand erlaubt keinem der Einwohner mehr, die Straßen zu betreten. Nur im Hafen herrscht hin und wieder noch etwas Leben. Aber der ganze Handel, jedenfalls so weit er in arabischer Hand liegt, hat aufgehört.

Der Konferenzbluff

Britische Gewaltpläne im Hintergrund

Eigener Bericht des „VB."

ps. Kairo, 15. November

Die Veröffentlichung des Woodhead-Kommissionsberichtes und der Erklärung der englischen Regierung über ihre künftige Palästinapolitik hat in arabischen Kreisen diesseits und jenseits der palästinensischen Grenzen einen tüchtigen Schock ausgelöst. Man fragt sich, was bezweckt England mit dem Vorschlag einer jüdisch-arabischen Konferenz, von der es zuvor wußte, daß sie arabischerseits abgelehnt wird. Denn die Araber lehnten und lehnen es ab, mit den Juden als gleichberechtigten Partnern zu verhandeln, weil eine solche Verhandlung schon eine politische Anerkennung der Gleichberechtigung beider Volksgruppen in sich birgt, die man arabischerseits unter keinen Umständen zu gewähren gewillt ist. Warum also macht London den Konferenzvorschlag, der auch jüdischerseits Ablehnung findet, weil man sich hier der Hinzuziehung von Vertretern arabischer Nachbarstaaten widersetzt? Die Antwort auf diese Frage wird von fast allen arabischen Kreisen — palästinensischen und nichtpalästinensischen — fast einstimmig gegeben:

England machte den Konferenzvorschlag in der Hoffnung und Erkenntnis, daß eine solche Konferenz entweder nicht zustande komme — oder scheitere. Arabischer Auffassung zufolge spielt London den Bluff der Round-Table-Konferenz, um sich ein moralisches Alibi für einen darauf folgenden Gewaltstreich zu sichern, der dann weder eine jüdische noch eine arabische Lösung bringen wird, sondern eine, die diktiert ist von den strategischen Wünschen Englands in der Ostflanke des Suezkanals.

Um dieses eigentliche und letzte Ziel zu verhüllen und den interessierten arabischen Mächten schmackhaft zu machen — hat man doch auf die „traditionelle englisch-arabische Freundschaft" Rücksicht zu nehmen —, sind die arabischen Nachbarstaaten zur Konferenz gebeten worden. Kann man doch auf diese einfache Art auch ihnen die Mitverantwortung am Scheitern der Konferenz zuschieben und so jeden späteren arabischen Einspruch über eine „englische" Palästinalösung mit dem Hinweis abfertigen: „Wir haben den arabischen Staaten die Gelegenheit gegeben, sie haben sie nicht wahrgenommen, also mußten wir Engländer aus eigenem Entschluß und nach eigenem Gutdünken handeln." So wird das englische Spiel um Palästina sichtbar. Es wird diktiert durch die militärischen und strategischen Wünsche Englands im Vorderen Orient und es hat sich enthüllt durch die englische Erklärung: „Scheitert diese von uns vorgeschlagene Konferenz, dann haben wir allen Arabern und Juden gegenüber freie Hand." So zeigt es sich, daß sich das Palästinaproblem mehr und mehr zu einem arabisch-englischen Duell zuspitzt.

Die Welt will keine Juden haben!

Emigrantenkonzentrationslager in Belgien — Sonderpässe für polnische Juden gefordert

Eigener Bericht des „VB."

Brüssel, 15. November

Die belgische Regierung hat neue verschärfte Maßnahmen zur Verhinderung der jüdischen Einwanderung ergriffen. Die Grenzwachen sind erneut verstärkt worden. Der Regierungsbeschluß, Konzentrationslager für Juden und Emigranten einzurichten, die sich in Belgien eingeschmuggelt haben, ist bereits durchgeführt. In der früheren Strafkolonie von Merxplas bei Antwerpen sind in den letzten Tagen und Wochen mehrere Hunderte von Juden untergebracht worden. In nächster Zeit sollen noch mehrere tausend dazukommen.

Die Juden werden zum Arbeiten verpflichtet und erhalten dafür kleine Lohnentschädigungen. Weitere Konzentrationslager werden demnächst eingerichtet.

*

og. Warschau, 15. November

In vielen ausländischen Blättern ist die Tatsache verschwiegen worden, daß der Pariser Attentäter Grynszpan ein Jude ist. Der „Warszawski Dziennik Narodowy" verlangt, daß die polnischen Behörden künftig bei der Ausstellung von Pässen an Juden in einer besonderen Rubrik vermerken sollen, daß der Paßinhaber Jude ist, dann würde künftig jeder im Auslande wegen eines Verbrechens verhaftete Jude aus Polen auch als Jude festgestellt werden müssen. Die jüdische Presse verschweige geflissentlich bei Berichten über Verbrechen die Zugehörigkeit eines Verbrechers zum jüdischen Volkstum, und so sei in diesem Falle das Verbrechen einem Polen zugeschrieben worden.

Von 22 Kommunisten 20 Juden

In Bialystok wurde am Montag ein Prozeß gegen 22 Kommunisten abgeschlossen, von denen 20, wie sich aus den Namen ganz klar ergibt, Juden sind. Die Angeklagten hatten sich wegen der Zugehörigkeit zu der kommunistischen Partei West-Weißrußlands zu verantworten.

Einzelnen wurde vorgeworfen, in der Wojewodschaft Bialystok eine gegen den Staat gerichtete Tätigkeit entfaltet zu haben. Sie sind in legale Arbeitsorganisationen als Mitglieder eingetreten und haben dort im Auftrage Moskaus für den Kommunismus gewühlt. Das Bialystoker Bezirksgericht verurteilte die vier Hauptangeklagten zu je zwölf Jahren Zuchthaus, drei weitere erhielten je zehn und die übrigen Angeklagten Zuchthausstrafen zwischen zwei und acht Jahren.

Judenfrage — Zentralproblem der Tschecho-Slowakei

Eigener Bericht des „VB."

kk. Prag, 15. November

Obwohl die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in der Tschecho-Slowakei zur Zeit in erster Linie von den innerpolitischen Verhandlungen in Anspruch genommen wird, macht sich an einer Endlösung der Judenfrage steigendes Interesse bemerkbar. Die Judenfrage dürfte, wenn erst die innerpolitischen Verhandlungen abgeschlossen sein werden, sehr rasch zum Zentralproblem der Tschecho-Slowakei werden. In Prag wird das Vorgehen Deutschlands in der Judenfrage durchaus gebilligt.

Gleichzeitig wird betont, daß die tschechoslowakischen Grenzorgane strenge Anweisung erhalten hätten, jüdische Emigranten auf keinen Fall in die Tschecho-Slowakei hineinzulassen.

Geschenk Balbos an seinen Freund Göring

Übergabe der Venus aus Leptis zum Zeichen der kulturellen Gemeinschaft

Berlin, 15. November

Am Dienstagvormittag wurde Generalfeldmarschall Göring in Anwesenheit des Luftfahrtattachés der italienischen Botschaft, General Liotta, durch Professor Caputo, Oberst Cagna und Major Bittembeschi im Auftrage des Marschalls Balbo die marmorne Statue der Venus aus Leptis überbracht.

Marschall Balbo ließ seinem Freunde Hermann Göring dieses einzigartige Kunstwerk mit einem herzlich gehaltenen Schreiben überreichen, in dem es unter anderem heißt:

„Hochverehrter Marschall und lieber Kamerad!

Mit dem deutschen Flugzeug, das morgen von Tripolis nach Berlin fliegt, kommt zu Euch als Botschafterin der Freundschaft und der Sympathie die marmorne Venus aus Leptis, gefunden in den Ausgrabungen der großen Kaiserstadt in Libyen.

Sie sei in Eurem Heim in Karinhall — unvergeßlich für einen, der wie ich mit solcher Gastfreundschaft aufgenommen — nicht nur die erheiternde Bringerin von Grazie, sondern auch die Zeugin der idealen Gemeinschaft, die wie in der Vergangenheit, so noch fester in der Zukunft, die Kultur von Rom durch den Duce, gekräftigt mit der deutschen Kultur, die der Führer auf die höchsten Ziele geführt, immer mehr verbindet.

Nehmt meine kameradschaftlichen Grüße entgegen.

Euer Balbo."

Generalfeldmarschall Göring hat Marschall Balbo für dieses kostbare Geschenk telegraphisch in herzlichen und bewegten Worten gedankt.

*

Die Statue, ein einzigartiges antikes Kunstwerk, wurde am 18. September 1924 bei Ausgrabungen in den römischen Thermen in Leptis-Magna gefunden und stellt Venus im Bade dar. Das Kunstwerk ist von seltener Schönheit, äußerst sorgfältig und genialer Begabung ausgeführt. Es ist außerordentlich gut erhalten. Die Statue wurde nach dem berühmten Vorbild der Werke Praxiteles im zweiten Jahrhundert des römischen Kaiserreiches geschaffen und, wie man mit Sicherheit annehmen kann, damals vom Kaiser Hadrian in seinen Thermen aufgestellt. In der Kunstgeschichte ist dieses Werk heute als die Venus von Leptis-Magna berühmt.

Umschichtung ...
im Volkseinkom...

Das Weltjudentum ist eine
Die zionistische Bewegung, die
Abstimmung der jüdischen Welt
Arbeit der jüdischen Hochfinanz,
maurerlogen und viele andere
unmittelbar vor unseren Augen
betonte Anteilnahme der Juden
Vorbereitung der planmäßigen
tungsaktion gegen das national
sche Deutschland im Sommer u
1938 erhärten dies.
Der Nationalsozialismus hat
nie einen Zweifel daran gelasse
die Anwesenheit eines größere
des jüdischen Volkes im deutsch
lungsraum als untragbar ansie
hat unter Beweis gestellt, daß e
siedlung der Juden ernsthaft bei
Haltung der Juden im Öster
christlichen Ständestaates und
Tschecho-Slowakei vor dem 1
1938 hat ihn in seiner Überze
stärkt, daß ein Zusammenleben
len des jüdischen Volkes unm
Zu dieser Überzeugung kam er
Sentiments, sondern durch die
Erkenntnis, daß die Juden,
vom Handel und der Finanz
nach sämtliche beherrschenden
in der Wirtschaft, den freien
der Presse, der Politik und
ihnen zum Kunstbetrieb degrad
turellen Schaffen erobert hät
hielten und in engster völkisch
schaft ständig ausbauten. Zu
Schlußfolgerungen mußten a
Völker kommen und werden e
Zukunft weitere tun, wenn
Augen darüber aufgehen, daß
ein internationales Monopo
teiligung an sämtlichen Fina
und jeglicher Kriegshetze habe
Lord Runciman hat seinerze
Bericht ein Zusammenleben d
deutschen in einem Staat mi
chen nicht mehr für möglich ge
dem griechisch-türkischen Krie
einer Umsiedlung von Million
und Türken aus Kleinasien na
land und umgekehrt gekommen
kein Novum, wenn ein Volk i
bensraum größere Teile ein
ihm rassisch, religiös und in je
fremden, nicht dulden will. Un
die Schuld Deutschlands, wenn
ten, in denen heute das Gesch
angebliche Verfolgung der Jud
ten ist, ihre Grenzen vor
sperren. Deutschland hat 140
den Quadratkilometer zu e
kann einem Parasitenvolk wi
mit einem derartig tief ein
Instinkt für die Übertretung
gesetze des Zusammenlebens
nicht Raum auf seinem large

Trauerbeflaggung i...
Deutschland

Morgen Beisetzung Ernst v...

Berlin, 15.
Der Reichsminister des In
Reichsminister für Volksauf
Propaganda geben folgendes
Am Donnerstag, den 17. No
findet in Düsseldorf die feierli
des Gesandtschaftsrates Beise
vom Rath statt. Die staatlich
munalen Verwaltungen, Ar
Betriebe, die sonstigen Körper
stalten und Spitzen des öffen
sowie die öffentlichen Schule
Reich setzen aus diesem Anlaß
tag Trauerbeflaggung. Die
wird gebeten, in gleicher Wei

Heute, 11 Uhr, s...
Gauleiter Bür...

Gemeinschaftsempfang in all...

Wien, 15
Gauleiter Globocnik
Aufruf erlassen:
Am Mittwoch, den 16. No
vormittag 11 Uhr, spricht Re
Gauleiter Bürckel aus dem S
Steyr zu der gesamten Arb
Ostmark.
Ich ordne hiermit Gemein
an. In den Betrieben ist
anzusetzen, die Betriebsappe
gen für ordnungsgemäße Üb
Rede.

währen. Warum öffnet beispielsweise Australien — ein Erdteil mit nur 6 Millionen Bewohnern — nicht seine Pforten den Juden? Warum stellt Frankreich nicht Madagaskar ihnen im Namen der Menschlichkeit zur Verfügung? Warum lassen die USA. nicht unbeschränkte Judeneinwanderung zu?

Die Juden haben dem Ausland seit fünf Jahren mit ihrem Gejammer über ihre „Verfolgungen" und ihre schlechte wirtschaftliche Lage in den Ohren gelegen. Für den zweiten raffiniert angelegten Mord an einem Vertreter des deutschen Volkes im Ausland haben sie eine Buße von 1 Milliarde Reichsmark zu zahlen. Das gesamte in Deutschland mit den Mitteln des organisierten Betruges auf der ganzen Linie, am Staat, am Kunden, am Arbeiter und am Lieferanten gewonnene Vermögen wird gegenwärtig, das heißt nach der in den letzten Jahren eingetretenen Entwertung und nach der Abwanderung zahlreicher reicher Juden, immer noch auf 8 Milliarden Reichsmark geschätzt, es besteht also auch jetzt noch ein krasses Mißverhältnis zwischen dem arischen und jüdischen Anteil am Nationalvermögen.

Noch größer war bis in die letzten Wochen das Mißverhältnis zwischen dem arischen und jüdischen Anteil am sogenannten Nationaleinkommen, eben da die Juden nach wie vor kraft der ihnen eigenen alttestamentarischen Methoden und unter Mißachtung der geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Gastvolkes den Ertrag ihres Kapitals mehrfach höher halten konnten, als dies der ehrbare arische Kaufmann konnte. Im Dritten Reich war also bis jetzt die forcierte Neubildung jüdischen Kapitals nicht unterbunden. Dies war auf die Dauer unerträglich. Das Deutsche Reich hat nun das Mißverhältnis zwischen dem jüdischen und arischen Anteil am Nationaleinkommen beseitigt, es wird den Juden im großen Umfang den von ihnen regelmäßig benutzten Aufgang zum Goldenen Kalb über die Treppe des Kleinhandelsbetriebes versperrten.

Korrekturen in der Verteilung des Nationaleinkommens sind so alt wie die Menschheit selbst; die ganz großen, die England, Frankreich und Rußland in ihren Revolutionen und unter großem Blutvergießen vorgenommen haben, sind der Erinnerung noch nicht entschwunden. Deutschland hat solch einschneidende Korrektur, die zumeist mit der physischen Vernichtung einer bestimmten Schicht des eigenen Volkes Hand in Hand ging, überhaupt noch nie vorgenommen. Zur jüngsten Korrektur wurde es durch die Juden veranlaßt; in der finanziellen Auswirkung dieser Korrektur können wir allerdings nicht mit den eben genannten Ländern in Wettbewerb treten. Auch ist unsere Korrektur ebenso wie die Bildung Großdeutschlands ohne Blutvergießen erfolgt. Wir können uns also schmeicheln, daß wir der Welt gezeigt haben, wie man ohne Blutvergießen die Anteile am Nationaleinkommen ändern kann, wenn sich die zwingende Notwendigkeit dazu ergibt. Wir haben uns auch nicht von Rachegefühlen leiten lassen, denn weiß Gott, wir hätten allen Anlaß, für die von Juden im deutschen Raum angerichteten Schäden Reparation zu fordern und wir wollen nicht mit der Aufzählung jüdischer Namen beginnen, die den Verlust hunderter Millionen Volksvermögen in jedem einzelnen Fall bedeuten.

Während wir unblutig und undemokratisch das Mißverhältnis zwischen den arischen und jüdischen Anteilen am Nationaleinkommen beseitigen, streben die Juden derartige Korrekturen in Palästina blutig und unter Mobilisierung einer arischen Demokratie an, denn was ist die Errichtung eines „jüdischen Nationalheimes" in Palästina anders als die Korrektur der arabischen und jüdischen Anteile am Nationaleinkommen Palästinas zugunsten der Juden? Den Degen Judas gegen die Araber aber führt Großbritannien; durchaus demokratisch, denn die Eroberung Jerichos durch die Briten ist zum Beispiel durchaus nicht durch die legendären Posaunenstöße des Judentums erfolgt. wbk.

Vizebürgermeister Kozich — Leiter der Wohnwirtschaftsstelle

Wien, 15. November

Reichskommissar Gauleiter Bürckel hat an Stelle des aus beruflichen Gründen zurückgetretenen Leiters der Wohnwirtschaftsstelle für die Ostmark, Rechtsanwalt Pg. Dr. Weber, den Vizebürgermeister der Stadt Wien, Pg. Kozich, eingesetzt.

Die Verfügung des Reichskommissars Gauleiter Bürckel hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund der Verfügung vom 6. September 1938 über die Bildung einer Wohnwirtschaftsstelle in der Ostmark bestelle ich im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft und Arbeit den SA.-Brigadeführer Vizebürgermeister Thomas Kozich zum Leiter der Wohnwirtschaftsstelle."

Fortsetzung von Seite 1

Wie die anderen die Juden behandeln

schrei, als ein spanisches Gericht den jüdischen Anarchisten Ferrer erschießen ließ. Wir erinnern an den Ritualmordprozeß von Czenstochau. Und wie war es, als vor Jahresfrist die damalige rumänische Regierung sich anschickte, ihr schwer vom Judentum überwuchertes Land einigermaßen zu säubern? Auch damals wetteiferten Presse, Parlamente und gewisse westliche Regierungsämter, um Bukarest durch Druck zu einer Änderung seiner Pläne zu bringen.

Wie war es im Jahre 1914?

Klirrende Fensterscheiben und Regierungseingriffe in fremde Vermögen sind übrigens keineswegs eine neuartige „Erfindung" des Nationalsozialismus.

Es leben noch Hunderte von Deutschen, denen man vor zwanzig Jahren bei Kriegsausbruch in England nicht nur die Fensterscheiben eingeschlagen, sondern auch die Möbel aus oberen Stockwerken auf die Straße geworfen hat und — das gleiche England kann sich rühmen, der einzige von unseren 27 Kriegsgegnern gewesen zu sein, der die beschlagnahmten deutschen Privatvermögen nach dem Krieg nicht zurückgegeben hat.

Gerade die angelsächsischen Länder sollten sich hüten, allzu viel von „Humanität" zu reden, denn in ihrer eigenen Geschichte — bis in die Gegenwart hinein — ist von wahrer Humanität sehr wenig zu spüren gewesen. Das Mindeste aber, was man von diesen Aposteln der Menschlichkeit erwarten dürfte, wären Anstrengungen, das Los der Juden mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln zu bessern.

Nicht das übervölkerte Deutschland, sondern die Eigentümer gewaltiger, halb oder ganz menschenleerer Räume in allen vier überseeischen Erdteilen könnten etwas für die Juden tun, wenn sie wirklich etwas für diese tun wollten.

Es ist kein „Zufall", daß das Judenproblem gerade in den Ländern endlich angepackt wird, in denen es unmittelbar und am stärksten auf dem Wirtsvolk lastet: in Deutschland, in Polen, in Ungarn, in der Tschecho-Slowakei und in Rumänien. Die ganze Heuchelei aber, die die sogenannten judenfreundlichen Länder kennzeichnet, tritt ins helle Licht, wenn man die praktische Judenpolitik dieser Länder vor dem Auge vorüberziehen läßt.

Schon die Weltkonferenz von Evian hat im vergangenen Frühjahr klar gezeigt, daß zwischen dem humanitären Lippenbekenntnis und der tätigen Judenliebe ein himmelweiter Unterschied besteht.

Und daran hat sich auch in der Zwischenzeit nichts geändert, wie folgende Beispiele zeigen:

So sieht die „Judenfreundlichkeit" in England aus!

Die britische Regierung hat schon in den ersten Monaten des Jahres 1933 ihre Einwanderungsbehörden in aller Stille angewiesen, nur sehr wenig jüdische und andere Emigranten aus Deutschland nach England hereinzulassen.

Diese Bestimmungen sind dann infolge des Protestes britischer Berufsorganisationen gegen die jüdische Überschwemmung noch verschärft worden. Die Zahl der jüdischen Emigranten, die England in diesen sechs Jahren aufgenommen hat, dürfte kaum 5000 übersteigen. Juden, denen es gelang, mit falschen Pässen englischen Boden zu betreten, wurden rücksichtslos bestraft und zwangsweise deportiert, wenn sie erwischt wurden. Und das, obwohl England selbst verhältnismäßig wenig Juden hat und bei seinen angeblichen Ansichten über die Harmlosigkeit des Judentums bestimmt einen größeren Prozentsatz aufnehmen könnte. Daß aber auch das englische Volk keineswegs frei von antisemitischen Gefühlen ist, weiß nicht nur jeder, der die Engländer kennt, sondern das beweisen auch Äußerungen englischer Wirtschaftskreise, die schon im Jahre 1933 vom „Daily Expreß" veröffentlicht worden sind. Wir behalten uns vor, das Ergebnis dieser Untersuchung noch einmal abzudrucken, falls man es in England „vergessen" haben sollte.

Der australische Zollminister hat auf der Konferenz von Evian ausdrücklich erklärt, daß dieser — menschenleere — Erdteil für jüdische Einwanderung nicht in Frage komme, da die Juden „in Australien einen Fremdkörper darstellen würden".

Ähnliche Erklärungen wurden von den Vertretern der Dominien Neuseeland, Südafrika und Kanada abgegeben.

Die Zeitungen der Tochterstaaten ließen keinen Zweifel daran, daß sie empört über den Versuch der Londoner und vor allem der Washingtoner Regierung waren, die Juden in die Dominien abzuschieben.

Eisige Reserve in USA.

Kein Land der Welt hat so scharfe Einwanderungsbestimmungen wie die Vereinigten Staaten. Diese scharfen Bestimmungen werden gegen Juden genau so rücksichtslos angewandt wie gegen Angehörige anderer Rassen.

Ein Jude kann nur in Amerika einwandern, wenn er entweder ein gewisses Vermögen besitzt, oder aber, wenn amerikanische Staatsbürger für ihn und seinen Unterhalt bürgen. Selbst für jüdische Wissenschaftler, um deren Schicksal die Tempelwächter der Demokratie angeblich besonders besorgt sind, wird weder in Amerika noch in England eine Ausnahme gemacht.

Auch in den südamerikanischen Staaten wehrt man sich mehr und mehr gegen jüdische Zuwanderer. So hat zum Beispiel die Regierung von Costa Rica ihrer Gesandtschaft in Paris strenge Anweisung gegeben, Gesuche jüdischer Emigranten um Einreisesichtvermerke nach Costa Rica abzulehnen. In Uruguay hat der Staatspräsident selbst die Frage der Einschränkung unerwünschter Einwanderer aufgeworfen und einen besonderen Ministerausschuß mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes beauftragt. Das Landwirtschaftsministerium von Montevideo hat Anfang September 500 Juden, die in Uruguay Land kaufen wollten, die Einreiseerlaubnis verweigert.

Auch Holland lehnt ab

Die Zeitung „Nieuwe Rotterdamsche Courant" hat sich an maßgebende Persönlichkeiten der Regierung mit der Frage gewandt, ob die Möglichkeit bestehe, die Juden in den niederländischen Kolonien unterzubringen. Alle Antworten lauteten entschieden ablehnend.

In einer politischen Versammlung in Amsterdam, die von zehntausend Menschen besucht wurde, wurden einschneidende Maßnahmen gegen das Judentum in Holland gefordert. Unter anderem verlangte man, daß alle jüdischen Richter und Lehrer beseitigt und sämtliche nach 1914 eingewanderten Juden ausgewiesen werden müßten.

Strenge Schutzmaßnahmen in Ungarn und in der Türkei

Im Laufe der letzten Jahre haben fast alle ost- und südosteuropäischen Staaten Maßnahmen gegen das Judentum getroffen, die sehr hart in sein Wirtschaftsleben eingeschnitten haben.

Zu Beginn dieses Jahres sah sich die ungarische Regierung genötigt, Schutzmaßnahmen gegen die wirtschaftliche und kulturelle Überfremdung ihres Landes zu treffen und gegenüber der jüdischen Einwanderung Dämme aufzurichten. Gleichzeitig entzog sie den in Ungarn in den letzten Jahren eingewanderten Juden die Aufenthaltsbewilligung.

Durch die Kontrolle, die die Türkei über die Banken und großen Wirtschaftskonzerne des Staates ausübt, sind Juden nicht nur aus dem öffentlichen, sondern auch aus dem Wirtschaftsleben ausgeschieden worden.

So ließen sich noch zahllose Beispiele anführen, die zeigen, daß nicht nur die Staaten, denen die Judenfrage auf den Nägeln brennt, Maßnahmen getroffen haben, die den Einfluß der Juden im Staatsleben einschränken, sondern daß auch jene Länder, die heute ihre Sympathie und ihr Mitleid für die armen Juden in Deutschland bekunden, nicht gewillt sind, sie bei sich aufzunehmen. Und das, obwohl sie nicht nur im Besitz gewaltiger Länder sind, sondern auch über einen Nationalreichtum verfügen, der das Volksvermögen der mittel- und osteuropäischen Staaten um ein Vielfaches übersteigt.

Wir sind fest davon überzeugt, daß der Mann aus dem Volke in England, Amerika, Frankreich und allen anderen demokratischen Ländern volles Verständnis für die deutschen Maßnahmen haben würde, wenn er nicht von seiner Presse und den Wortführern der „öffentlichen Meinung" systematisch über den wahren Charakter der Judenfrage in Mittel- und Osteuropa und über den Sinn und die Notwendigkeit der Selbstschutzmaßnahmen der Wirtsvölker belogen würde.

Und es gibt viele Millionen von guten „Demokraten" im Westen, die heute schon weniger entrüstet sind über die Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland als vielmehr bedauern, daß ihre eigenen Regierungen sich noch nicht zu ähnlichen Vorsichtsmaßregeln aufraffen konnten, denn mit der Absperrung der eigenen Grenzen gegenüber der jüdischen Einwanderung ist ja das Problem durchaus noch nicht geklärt und die Gefahr nicht gebannt!

Ein Aufruf der antijüdischen Sammelbewegung Frankreichs

dnb. Paris, 15. November

Die antijüdische Sammelbewegung Frankreichs (die Rassemblement anti-juif de France), deren Präsident der Pariser Stadtverordnete Darquier de Pellepoix ist, läßt in den Straßen der französischen Hauptstadt Flugblätter verteilen, in denen die Franzosen zum Beitritt aufgefordert werden. Das Flugblatt trägt die Überschrift: „Das Judenkomplott gegen den Frieden." Im Text heißt es unter anderem: Kaum hat sich Daladier öffentlich für eine Politik der logischen Entwicklung ausgesprochen, da schleudert das internationale Judentum, enttäuscht darüber, daß sein Krieg fehlgeschlagen ist, eine neue Brandfackel gegen die französisch-deutschen Beziehungen; denn das Attentat des Juden Grünspan hat kein anderes Ziel.

Die Juden aber wollen mit allen Mitteln: Lügen, Korruption, Unruhen, Attentaten, Revolutionen und Kriegen, die verlorengegangenen Stellungen wiedererobern und sich in den Bastionen verschanzen, die sie noch halten.

Auch heute noch:

200 jüdische Millionäre in Berlin

Ein britisches Blatt hat gestern geschrieben, es verstehe nicht, warum ein so ordnungliebendes Volk wie die Deutschen die Juden „drangsaliere". In der Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse halten wir ja wirklich einen Rekord an Ordnung, das müssen die Briten, ob sie nun in Waziristan oder in Palästina die Dörfer der Einheimischen mit Brandbomben belegen, zugeben. Auch das aber, was die Briten mit der „Drangsalierung der Juden" meinen, ist in Wirklichkeit nur eine gesunde Reaktion des Ordnungssinns gegen die Träger der Unordnung im Weltmaßstab, gegen die Juden, die die russische Revolution, die deutsche Revolte und vieles andere bis zum Bodenraub an den Arabern in Palästina angezettelt haben. Wir sind ein ordnungliebendes Volk und wir geben soeben wieder einen Beweis dieser von den Briten bei Ausländern scheinbar so geschätzten Eigenschaft. Wir haben die reichen Juden registriert und gezählt nach dem Motto: Weißt du wieviel Davidsternlein stehen ... und siehe, es ist in den letzten Tagen der „Drangsal" auch nicht eines abhanden gekommen. Sie sind alle noch da!

Während in Sudetendeutschland fünf Jahre lang nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus im Reich noch die Rachitis die Knochen deutscher Kinder krümmte, die Selbstmordzahlen dort wie in dem Österreich der christlichen Judentäufer und Ständestaatler auf Rekordhöhen hielten, saß die Mischpoche in der Reichshauptstadt im Speck.

Am 15. November 1938, wenige Tage, nachdem dem ordnungliebenden deutschen Volk die Geduld gerissen war, werden in Berlin, in Berlin allein, 35.802 Hebräer mit einem anmeldepflichtigen Vermögen von mehr als 5000 Reichsmark gezählt. Alle diese Daten beruhen auf eigenen Angaben der Juden. 894 Juden in Berlin besitzen Vermögen, und zwar nach Abzug aller Verbindlichkeiten von je 300.000 Reichsmark und mehr und von ihnen wieder haben 346 Vermögen von mehr als ½ Million Reichsmark. 125 Juden haben Vermögen von mehr als je einer Million Reichsmark. 37 Hebräer mästen sich aus zusammengewucherten Vermögen von mehr als 2 Millionen Reichsmark. Mehr als 3 Millionen Reichsmark haben in Berlin 17, mehr als 4 Millionen Reichsmark Vermögen 7, mehr als 5 Millionen Reichsmark 8 Juden. Vermögen von mehr als 6, 7, 8, 10 und 12 Millionen Reichsmark gibt je ein Jude an.

Rund 200 Juden hatten also nach fünf Jahren Nationalsozialismus und „Drangsalierung" die Möglichkeit, Vermögen von mehr als je 1 Million RM. anzugeben, dabei sind die vielen reichen Juden nicht zu vergessen, die inzwischen Deutschland verlassen haben.

Wohnungsluxus, übertriebener Aufwand an Personal, protzige und herausfordernde Zurschaustellung von irdischen Gütern aller Art kennzeichnen das Leben des Berliner Durchschnittsjuden auch noch von 1933 bis 1938. Auf 200 Freitreppen Berliner Villen und Schlösser steht immer noch ein jüdischer Millionär mit seinem aus dem Blut deutscher Frontsoldaten und dem Schweiß deutscher Werktätiger gemästeten Anhang. Und nun endlich ist das deutsche Volk diese Freitreppen hinaufgegangen und hat dem Spuk ein Ende gemacht. Jüdische Millionäre sind im Dritten Reich das Ergebnis der von ihnen inszenierten Unordnung, des Wuchers, des organisierten Betrugs. Wenn sie nicht verschwinden, werden sie ein Opfer des unbegründeten Vertrauens, das sie scheinbar immer noch in uns und in die Entwicklung Europas sehen. Europa wird ebenso wie Deutschland eines Tages erwachen.

Denn ob es sich nun um die 200 jüdischen Millionäre in Berlin oder die 200 Familien um die Banque de France oder um die Upper Ten in den USA. handelt, es ist die Organisation des politischen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Wirrwarrs durch die Juden, aus dem allein sie Nutzen ziehen. wbk.

Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring stellte …
der NSDAP. das nachfolgende Geleitwort zur großen P…

der „VB." Lesergeme…
Verfügung:

Der „Völkische Beobachter" hat, aus Glauben …
wachsen, stets seine Aufgabe darin gesehen, mi…
ereignissen zu dienen, sondern in einer Sprache, di…
die höchsten Ziele des Führers aufzuzeigen und …
künden. In Zeiten stärkster Anspannung aller Krä…
arbeit von entscheidender Bedeutung, jeder Volksge…
Berufes, soll den Blick über seinen engen Lebensk…
Schicksalsfragen der Nation lenken und sein Wirk…
den Dienst der großen Sache stellen. Der „Vö…
weist ihm den Weg dazu.

Görin…

**Tausende und Tausende von „VB."-Aktivisten sind am …
anspruch der ältesten Kampfzeitung der Bewegung übe…
im Geiste dieses Göring-Wortes und im Dienst der uns …
Aufgabe:**

„Völkischer Beobachter", die Zeitung des …

Keine Paß-, Zoll- oder Devisenrevision

Ab 20. November neue … Berlin—Wien über Bre…

Wien, 15. November

Wie der Pressedienst der Reichsbahndirektion Breslau mitteilt, ist auf der Strecke Berlin—Breslau—Oderberg—Wien ein privilegierter Schnell- und Schlafwagenzugverkehr vorgesehen. Ein Schnellzugpaar verläßt Berlin, beziehungsweise Wien am frühen Morgen. Das zweite sind Nachtzüge, die auch Schlafwagen aller Klassen mitführen.

Für die Zeiten des stärkeren Reiseverkehrs sind noch weitere Bedarfsschnellzüge vorgesehen. Bei den genannten Zügen findet keine Paß-, Zoll- oder Devisenrevision statt. Es ist in Aussicht genommen, den Verkehr mit den genannten Zügen ab Berlin am 20. November und ab Wien am 21. November aufzunehmen. Die Schlafwagenzüge sind übrigens die schnellsten und billigsten Verbindungen zwischen Berlin und Graz sowie Berlin—Budapest—Balkan.

Gauleiter a. D. Krebs — Regierungspräsident in Aussig

Berlin, 15. November

Nachdem die Überleitungsmaßnahmen nach Aufhebung der Militärverwaltung im wesentlichen beendet sind, hat Reichsminister Dr. Frick den bisherigen Beauftragten des Reichskommissars in … sidenten Sachman… seinen Dienstgeschäfte… seinen Dank und sein… geleistete wertvolle A…

Gleichzeitig hat R… den Ministerialrat … des Innern, Gauleite… führer Hans Krebs … der Dienstgeschäfte de… ten in Aussig beauftr…

Ehrung für Pr…

Zu einer besonde… Nationalpreisträger … Filchner gestaltet… die der Verband für … Kolonialsaal des … anstaltete.

Mit den Mitglie… nahmen auch zahlreic… und des Staates sowi… teil. Im Rahmen d… reichte der Vizepräs… Professor Dr. Filchne… Ernennung zum Ehre… des für den Fernen … Dankesworten sprach… ner zu Lichtbildern … Weise über seine Fa…

Glückwunsch des Führers an den König der Belgier

Berlin, 15. November

Der Führer und Reichskanzler hat dem König der Belgier zum Namenstag drahtlich seine Glückwünsche übermittelt.

Verhandeln Chamberlain und Daladier über die Kolonialfrage?

Eigener Bericht des „VB."

… Paris, 15. November

Ministerpräsident Daladier hatte am Dienstag nach einer Besprechung mit Finanzminister Reynaud eine lange Unterhaltung mit Außenminister Bonnet. Sie drehte sich nach einer offiziösen Darstellung „um die aktuellen internationalen Probleme und besonders um die deutschen Kolonialforderungen". Unter anderem wurde, wie wir hören, das Programm für den englischen Ministerbesuch Ende November behandelt.

Bedeutsame Notverordnung gegen die französische Hetzpresse

Das amtliche Gesetzblatt vom Dienstag veröffentlicht zwei das Außenministerium betreffende Notverordnungen. Die erste Notverordnung gibt die Handhabe, die Öffentlichkeit von einer Gerichtsverhandlung auszuschließen, die geeignet ist, internationale Rückwirkungen zu haben.

Die zweite Verordnung erlaubt dem Außenminister, gerichtliche Verfolgungen zu verfügen im Falle von Beleidigung eines ausländischen Staatschefs durch die Presse.

Rumänisch-bulgarische Wirtschaftsverhandlungen

Eigener Bericht des „VB."

… Sofia, 15. November

Der Präsident der Bulgarischen Nationalbank, Bojiloff, kehrte soeben von rumänisch-bulgarischen Wirtschaftsverhandlungen in Bukarest …

… zurück. Es wurde ein … zwischen den beiden … In Sofia tagt eine … Eisenbahnkonferenz … des gegenseitigen … Beide Länder sind … ihren Export, der … großen Teil über … europa und von … lichen Balkanländern …

Deutsches … von Chines…

Eigener Ber…

In Hankau … wilde Zustände in … von den Chinesen … Brand gesetzt wurd… Meldungen wurde … Eigentum durch … völlig vernichtet, in … Deutschlands und … zen Vertretung der … lischer Besitz hat … Nach weiteren … chinesische Heeresleit… nicht gewiß, ihre … Kämpfen der nächste … hat begonnen, dieselb… zuziehen.

Herausgeber: …
Hauptschriftleiter: …
Stellvertretender Haupt… Dienst der … Dr. … Verantwortlich für Pol… Pfeiffer; für Kultur … Kropp; für Wirtschaft … politische Reportage: … Sport: Herbert Lehne… Bilderdienst: … Für die Anzeigen verant… Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. G.m.b.H. … Druck: …

20.11.38

Alles, um sie loszuwerden:

Handwerkerschulen, Sportvereine und Umschulungsgüter für Juden

Hochbetrieb im Rothschild-Palais
Was tut dagegen das Ausland?

Sonderbericht des „Völkischen Beobachters"

Noch hallte am 9. November in uns die erschütternde, schier endlose Reihe der Namen jener nach, die Blut und Leben gaben, damit Deutschland lebe. Da kam aus Paris die Trauerkunde, daß das Opfer des letzten feigen jüdischen Mordanschlages seinen Verletzungen erlegen war. In verständlicher Erbitterung ballte das deutsche Volk seine Faust, um die zu treffen, die schuldig sind an der verächtlichen Tat, aber in wissendem Vertrauen auf die Führung überläßt man ihr sofort wieder die strafende Gerechtigkeit.

Es zeugt von größter Selbstbeherrschung, wenn die berechtigte Erregung sich nur in einigen zerstörten Tempeln und eingeschlagenen Fensterscheiben Luft machte. Trotzdem werden diese Vorfälle zum Anlaß einer wahren Hochflut giftigster Verleumdung, mit der das verjudete Ausland wieder einmal das neuerstandene deutsche Volk zu treffen versucht. Sieht man von der verbrecherischen Absicht ab, die Welt in einen neuen Krieg gegen Deutschland zu hetzen, so bleibt noch ein derartiges Übermaß an dummer Überheblichkeit, daß es sich verlohnt, einmal objektive Vergleiche zu ziehen — Vergleiche, die das Verhalten des Deutschen Reiches und der so unendlich „humanitären" westlichen Demokratien in der Judenfrage zeigen.

Im Gegensatz zur in anderen Ländern üblichen Lynchjustiz, zur mit Tränengas vorgehenden Polizei, zu Konzentrationslagern für Juden, wie sie in Belgien errichtet wurden, im Gegensatz zur öffentlich so judenfreundlichen englischen Regierung, die aber den „armen Flüchtlingen" aus Deutschland jede Hilfe verweigert, hat Deutschland eine einzigartige Einrichtung geschaffen, um bei der Durchführung des einmal als notwendig Erkannten unnötig alle Härten zu vermeiden und in deutscher Objektivität auch denen zu helfen, die erwiesenermaßen ewige Feinde des neuen Reiches sind. Am 22. August d. J. wurde in Wien durch eine Verordnung des Reichskommissars Bürckel eine „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" eingerichtet.

Wir wollen sie los sein!

Von der Erkenntnis ausgehend, daß das Judentum für jedes Gastvolk eine untragbare Belastung ist — eine Erkenntnis, die von führenden Männern aller Zeiten und Länder immer wieder betont wurde —, versucht man in dieser Zentralstelle, den Juden bei der Suche und endlichen Reise zum neuen Wohnort behilflich zu sein. Das hat mit Philosemitismus nichts zu tun, sondern entspringt ganz einfach unserem dringenden Wunsch, die lästigen Parasiten möglichst umgehend loszuwerden.

Wichtig wurde diese Einrichtung vor allem, als die sonst von Humanität und Judenfreundlichkeit triefenden Staaten recht unauffällig eine krasse Linie zwischen Wort und Tat zogen und eine weitere Zuwanderung von Juden fast unmöglich machten. Alle möglichen Schikanen, wie unmögliche Paß- und Devisenvorschriften, außerordentlich niedrige Begrenzung der jüdischen Einwanderung überhaupt, verschlossen den in Deutschland angeblich „Verfolgten" den Rückzug in die judenfreundlichen „Paradiese". Hier stellt nun das Deutsche Reich seinen ganzen mächtigen Behördenapparat zur Verfügung, um den Juden dennoch auf legalem Wege die von ihnen selbst gewünschte Abwanderung zu ermöglichen.

Daß die Juden bis in die letzten Tage hinein sich auch im neuen Reich recht wohl fühlten, beweisen einige Zahlen am deutlichsten.

In 5 Jahren nur 17 v. H. ausgewandert

Bei der Machtübernahme im Januar 1933 gab es im Altreich 517.000 Juden mosaischer Konfession, zu denen noch rund 500.000 Mischlinge, die nach den Nürnberger Gesetzen Juden sind, und Juden nichtmosaischer Konfession kamen. Zusammen lebten also damals in Deutschland fast 820.000 Juden. Bis zum Jänner 1938 wanderten knapp 150.000 Juden aus. In dieser Zahl sind aber auch die fast 20.000 politischen Emigranten enthalten, bei denen weniger von Auswanderung als vielmehr von sehr begründeter Flucht gesprochen werden muß. Zur freiwillen Auswanderung entschlossen sich also knapp 17%

Fortsetzung auf Seite 2

Wie die jugendlichen Verbrecher von Hüttenberg und Unzmarkt ihre Mordtaten begingen

Über die Verbrechen der beiden jugendlichen Autobanditen in Hüttenberg, Perchau und Unzmarkt, denen vier Menschen zum Opfer fielen (in unserer gestrigen Auflage berichteten wir bereits über die grausamen Morde), bringen wir heute auf Seite 7 eine zusammenfassende Darstellung.

Schamloser Mißbrauch von öffentl

Schieberzentrale

Hunderttausende Schilling Volksvermöge monatlich für Otto — Perserteppiche u

Die Kriminalpolizeileitstelle Wien hat nach wochenlang Erhebungen eine Amtshandlung fertiggestellt, durch die l Ausmaßes im seinerzeitigen Bundeskanzleramte aufgedeckt ein grelles Licht in die seit Jahren bestandenen geh heren Bundeskanzleramte, die nicht mit Unrecht hin n tilienfonds" in eingeweihten Kreisen die Runde n

Die Einleitung der Erhebungen erfolgte auf Grund einer der Kriminalpolizeileitstelle zugegangenen amtlichen Mitteilung, nach der der Ministerialrat i. P. Benjamin Schier zunächst einiger kleinerer Unregelmäßigkeiten verdächtig war. Die durch längere Zeit fortgesetzten eingehenden Ermittlungen ergaben immer schwerwiegende Verdachtsmomente gegen Benjamin Schier sowie andere Persönlichkeiten der Ostern

seit, so daß i jonen tetzen

Losu

Schier verlo Bundeskanzler nannten „D Zentralpe Preisteind ländischer Zent

Nun sprach Dr. Goebbels, und die ganze Versammlung unter Führerschaft nahm die anwesenden Reichsminister und die vielen Parteiabgeordneten, die an den Lautsprechern standen, gefangen.

Als Reichsminister Dr. Goebbels seine meisterhafte Rede damit schloß, er sei in den Tagen der Krise stets um den Führer gewesen und habe die Größe der Verantwortung und zugleich den festesten Entschluß gespürt, auch das Letzte für die Befreiung des Sudetendeutschtums einzusetzen, lag es über den vielen Tausenden wie eine Stille, ehrfürchtige Andacht. Sie schlug aber in eine einzige Welle der Zustimmung, des Jubels und der Begeisterung um, als Dr. Goebbels dann damit endete, es bedürfe wohl nun kaum der Aufforderung, für all das, was Adolf Hitler getan habe, mit dem Stimmzettel zur Wahlurne zu gehen, zur großen geschichtlichen Wahl des Sudetendeutschtums.

War die Rede Dr. Goebbels' immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen worden, so schlug dem Reichsminister auch bei seiner Rückfahrt durch die Straßen aufs neue Jubel und Dank entgegen.

---

des Zentralspendenfonds tauchte der Name des seinerzeitigen Generalsekretärs der Christlichsozialen Partei, Hofrat i. P. Doktor Viktor Kolassa, auf. Dr. Kolassa hat im Jahre 1933 auf Weisung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß einen Betrag von 500.000 Schilling mit der Bestimmung erhalten, hiemit eine erhöhte Werbe- und Versammlungstätigkeit der Christlichsozialen Partei einzuleiten. Dr. Kolassa kann aber die bestimmungsgemäße Verwendung dieses hohen Betrages nur zum Teile nachweisen. Er hat über einen Betrag von 200.000 (zweihunderttausend) Schilling, den er angeblich dem Bundeskanzleramte zurückerstattet hat, keine Belege und kann auch die Verwendung der angeblich für reine Parteizwecke verausgabten 200.000 Schilling nicht aufklären. Nur ein Betrag von 100.000 Schilling ist nachweisbar für den „Seipel-Denkmal-Fonds" bei einem Wiener Bankhause erlegt und dort beschlagnahmt worden.

Die in zahlreichen Hausdurchsuchungen sichergestellten Vermögenswerte betragen insgesamt rund 230.000 Reichsmark. Die Ermittlungen zur Aufklärung des Verbleibens weiterer Vermögenswerte werden fortgesetzt.

Nach vorläufigem Abschluß der Erhebungen, die insbesondere in der Richtung des Mißbrauches der Amtsgewalt, der Amtsveruntreuung und des Vergehens nach den Devisenvorschriften geführt wurden, wurden von der Kriminalpolizeileitstelle folgende Personen dem Landgerichte eingeliefert:

Benjamin Schier, Hermine Drzmiek, Viktor Hanisch, Richard Stagel, Wilhelm Klaftersky, Dr. Viktor Kolassa, Dr. Leo Fleischer.

Gleichzeitig wurde gegen alle wegen der vorgenannten Verbrechen und Vergehen die Anzeige an die Staatsanwaltschaft I in Wien erstattet.

Uniformverbot für Juden

Berlin, 19. November

Der Führer und Reichskanzler hat durch Erlaß über die Entziehung des Rechtes zum Tragen einer Uniform folgendes bestimmt: Juden (§ 5 der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, Reichsgesetzblatt I, S. 1333), die der alten oder neuen Wehrmacht, der österreichisch-ungarischen Wehrmacht oder dem österreichischen Bundesheer angehört und das Recht zum Tragen einer Uniform erhalten haben, wird dieses Recht hiemit entzogen. Der Erlaß ist vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, mit unterzeichnet.

neten Beträge von den Zeichnungsstellen sofort zugeleitet werden, am 26. November 1938 geleistet werden.

[illegible] genieur Neubacher. Heute Gegen [illegible] Uhr wird der Vorbeimarsch der Truppe vor dem Burgtheater sein.

Fortsetzung von Seite 1

Alles, um sie loszuwerden!

der in Deutschland lebenden Juden. Ein sicherer Beweis dafür, daß es ihnen noch recht gut geht.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der viel starker verjudeten Ostmark. Bei der Machtübernahme am 13. März 1938 wurden hier 174.131 Juden mosaischer Konfession gezählt, sowie rund 120.000 Mischlinge und nichtmosaische Juden, so daß man in der Ostmark mit rund 300.000 Juden zu rechnen hatte. Von diesen wanderten bis zum 1. August d. J. etwa 15.900 aus, in welcher Zahl ebenfalls wieder die politische Emigration enthalten ist. Dann kockte die Auswanderung vollkommen: Das sich immer vor Gott und der Welt als Freund und Helfer des im „Nazireich" verfolgten Judentums aufspielende Ausland hatte die Maske fallen lassen und einer weiteren Zuwanderung durch erschwerende Vorschriften einen Riegel vorgeschoben.

Nachhilfe ist notwendig

Hier setzte nun die Arbeit der Wiener „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" ein. Durch rasche Beschaffung aller notwendigen Urkunden und Unterlagen, durch planmäßiges Einsetzen der in der Ostmark bestehenden jüdischen Organisationen, wie zum Beispiel die Wiener israelitische Kultusgemeinde, gelang es, seit Aufnahme der Arbeit am 26. August wieder über 12.000 Juden aus der Ostmark die gewünschte Auswanderung zu ermöglichen.

Dabei scheut das „durch seine Judenverfolgungen der Zivilisation des 20. Jahrhunderts unwürdige" Deutschland nicht davor zurück, alle nur denkbaren Wege zu beschreiten, um die Juden auf das Leben in neuen Ländern vorzubereiten. Unter jüdischer Leitung stehende Handwerkerschulen wurden eingerichtet, die den Juden benötigte handwerkliche Fähigkeiten vermitteln sollen. Allein in der Ostmark bestehen jetzt 18 Umschulungslehrgänge, in denen Juden landwirtschaftliche Kenntnisse erhalten. In großzügiger Weise werden auch die Makkabi-Kreise, jüdische Sportvereine, gefördert, um die Juden körperlich zu ertüchtigen und sie für ein Leben unter anderen Bedingungen geeignet zu machen. Das alles tut Deutschland!

Noch mehr: Die Beschaffung von Wohnungsnachweisen, Führungszeugnissen, steuerlichen Unbedenklichkeitserklärungen, Devisengenehmigungen und Reisepässen nimmt für den einzelnen geraume Zeit in Anspruch. Dabei ließ es sich früher nicht umgehen, daß, bis das letzte Dokument angeschafft war, das erste manchmal schon wieder seine befristete Gültigkeit verloren hatte. Alle genannten Unterlagen können sich nun die Juden auf der Zentralstelle innerhalb weniger Tage beschaffen, sie brauchen nicht mehr von einer Behörde zur anderen zu laufen, sondern erhalten alles zur Auswanderung Benötigte an einer Stelle, an einem Tag. Auch das tut Deutschland!

Erfreuliches aus dem Rothschild-Palais

Dabei ist die Behandlung der auswandernden Juden durch die Beamten der Zentralstelle selbstverständlich rein sachlich und korrekt. In den riesigen Sälen des ehemaligen Palais Rothschild stehen die langen Tische, vor denen sich fast lautlos der Parteienverkehr abspielt. Und der Andrang ist groß, seitdem die letzten Hoffnungen des Judentums in den vergangenen Krisenmonaten auf eine Änderung der politischen Verhältnisse im Reich zu Schanden wurden.

An einem einzigen Tag wurden 245 Anträge persönlich eingereicht und von den Beamten sofort bearbeitet, 90 Wohnungsnachweise, 128 polizeiliche Führungszeugnisse, 112 Reisepässe, 301 Steuerunbedenklichkeitserklärungen und 162 Devisengenehmigungen wurden beantragt.

Das einzige Hindernis: das humanitäre Ausland

Und gerade das Ausland, das sich täglich in Greuel- und Pogromschilderungen förmlich überschlägt, das sich selber immer wieder als beispielgebend hinstellt, und dagegen das Verhalten des Reiches als barbarisch brandmarkt, ist der einzige Faktor, der sich den Bemühungen dieser Stelle und damit den Wünschen der Juden selber hindernd in den Weg stellt. Sei es, daß England die Einwanderung in sein die halbe Welt umspannendes Reich möglichst erschwert, oder sei es, daß das Land der „demokratischen Freiheit" Amerika das monatliche Kontingent der aus der Ostmark einwandernden Juden auf die geradezu lächerliche Zahl von 500 festlegt: Immer wieder sprechen die Taten der westlichen Demokratien ihrem „humanitären" Geschrei geradezu Hohn.

Daß Deutschland in seinem Kampf um neue innen- und außenpolitische Lebensbedingungen von denen nicht verstanden wird, die diesen Kampf überhaupt erst entfachten, ist nicht verwunderlich. Es wäre in diesen Kreisen aber zu übersehen, ihre nur zu schnell als Lügen entlarvten Methoden zu wechseln, um die Wirksamkeit ihrer Propaganda gegen das Dritte Reich nicht endlich doch noch zu gefährden. Es konnte sonst geschehen, daß schließlich kein Mensch mehr weiß, wo eigentlich der Antisemitismus zu finden ist: In Deutschland, das zwar konsequent, aber sachlich und unter möglichster Vermeidung aller Härten, seine Weltanschauung in die Tat umsetzt, — oder in den westlichen Demokratien, die zwar von Philosemitismus triefen, trotzdem aber keinen Finger rühren, wenn es gilt, den so leidenschaftlich in Schutz Genommenen nur ein kleines Gebiet aus ihrem überreichen, teilweise fast menschenleeren Besitz zur Verfügung zu stellen. be.

Dynamitexplosion in einer Synagoge in Rumänien

dnb. Bukarest, 19. November

In Reschitza im Banat explodierte eine Ladung Dynamit in der Synagoge. Das Innere des Gebäudes wurde fast vollständig zerstört. Gegen die bisher unbekannten Täter wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Herausgeber: Alfred Rosenberg
Hauptschriftleiter: Wilhelm Weiß

Stellvertretender Hauptschriftleiter und Chef vom Dienst der Wiener Schriftleitung: Dr. Walther Schmitt

Verantwortlich für Politik und Bewegung: Karl Pfeifer; für Kulturpolitik: Dr. Wilhelm Ankropp; für Wirtschaft: Wolfgang Baumler; für politische Reportage: Dr. Leo Leixner; für Sport: Herbert Lechner; für Wiener Beobachter: Josef Haubenberger; für Umbruch und Unverbindliches: Helmut Bader; für den Bilderdienst: Hermann Peß; für den Nordischen Dienst: August Gerke.

Für die Anzeigen verantwortlich: F. v. Poglitsch, Amtsleiter in Wien.

Verlag: Zentralverlag der NSDAP. Franz Eher Nachf. G.m.b.H., Zweigniederlassung Wien. Druck: Waldheim-Eberle A. G., Wien VII.

7 Jul '38

...sgabe

...g. - Einzelpreise: Wien-Stadt 15 Pf. / Böhmen-Mähren 2 K / Ausland einschl. Porto 25 Pf.
Auswärts 20 Pf. / Slowakei 2 Ks / Übriges Ausland 30 Pf.

„Freiheit und Brot!"

...LKISCHER BEOBACHTE...

Wiener Au...

Wien, Freitag, 7. ...

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

...anoff
...en Helden

...es „VB."

Berlin, 6. Juli

...che Ministerpräsi- ...r, Georg Kjoes- ... Donnerstagmor- ...lgarischen Gesand- ...off, und der ihn ...egleitenden hohen ...en am Ehrenmal ...luschluß daran be- ...r Rathaus, wo er ... Begrüßung durch ... Stadtpräsidenten ...goldene Buch der

...weiter hatten sich ...sgemacht, um der ...Ministerpräsiden- ...r gefallenen deut- ...eltkrieges bezu- ...Schmucke der bul- ...ihnen waren dicht ...henmenge, die den ...ierung bei seiner ...dig begrüßte. ...unter soldatischer ...ndern Spiel eine ...des Regimentes ...aufmarschiert. Vor ...ei Unteroffiziere ...utschland" einen ...nt einer Schleife ...elen bulgarischen ...kranz nahm auch ...tache in Berlin, ...off, Aufstellung. ...r der bulgarische ...essseiwanoff ...de er vom Kom- ... Generalleutnant ...hritt dann unter ...tischen National- ... in Begleitung ...ten in Berlin, ...deutschen Gesand- ...chthofen, die ...tiertem Gewehr ...ab. ...en weiten Platz ...ledes vom guten ...un der hohe Gast ...en ihm von zwei ...tragenen großen

...bulgarischen und ...er an Schulter ...d getrotzt, treue ...e unlöslich mit- ...gilt dieses stille ...elden auch den ...hen bulgarischen

...Ehrenkompagnie ...ufstellung genom- ...emarsch klang auf, ...tkorps vor dem ...trachten die deut- ...den Abschied.

...us

...fahr der bulgari- ... Kjoesseiwa- ...ung zum Berli- ...dort in das Gol- ...t Berlin einzu-

...enge hatte sich an ...u Rathaus, über ...lgarische Flagge ... Ministerpräsident ... eintraf. ...d Stadtpräsident ...lgarischen Gast in ...erliner Rathauses ... ihn in den mit ...kten Ratsherren-

...er seiner Freude ...Ministerpräsidenten ... Regierung Aus- ...e Berliner Stadt- ...nlaß der Olympi- ...e Gäste aus Bul-

...auf die Waffen- ...eltkrieg hin und ...er Hoffnung, daß ...rtiefung der ...den Länder dienen

... Kjoessseiwa- ...rgermeister für die

...—Kjoesseiwanoff

...im Auswärtigen ...usprache zwi- ...des Auswärtigen ...d dem bulgarischen ...d Minister des

Wichtige Verordnung zum Reichsbürgergesetz

Das Reich organisiert die Auswanderung der Juden

Zusammenschluß in einer „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland"

Eigener Bericht des „Völkischen Beobachters"

Berlin, 6. Juli

Der Reichsminister des Innern hat eine zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz erlassen, die die organisatorische Lösung der Judenfrage in Deutschland ein entscheidendes Stück weiter bringt. Der absolut eindeutige Text der Verordnung läßt keinen Zweifel daran, daß wir die Judenfrage erst dann als restlos gelöst betrachten, wenn kein Jude mehr in Deutschland ist. Mit der Hauptaufgabe, die Auswanderung der Juden zu fördern, werden die in Deutschland lebenden Juden in einer Reichsvereinigung zusammengeschlossen, die zugleich Träger des jüdischen Schulwesens und der freien jüdischen Wohlfahrtspflege ist.

Durch diese Verordnung wird die Auseinandersetzung des deutschen Volkes mit seinen ungebetenen Gästen auf eine neue Grundlage gestellt. Sie bringt eine klare Trennung der Juden vom deutschen Schulwesen und der Wohlfahrtspflege, liefert aber auch gleichzeitig den Beweis dafür, daß — trotz aller schlechten Erfahrungen mit dem Judentum — das nationalsozialistische Deutschland immer noch bereit ist, den letzten Akt des Auseinandergehens möglichst reibungslos zu gestalten.

Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I, S. 1146) wird folgendes verordnet:

Die Aufgaben der Reichsvereinigung

Artikel I.

§ 1.

(1) Die Juden werden in einer Reichsvereinigung zusammengeschlossen.

(2) Die Reichsvereinigung ist ein rechtsfähiger Verein. Sie führt den Namen „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" und hat ihren Sitz in Berlin.

(3) Die Reichsvereinigung bedient sich als örtlicher Zweigstellen der jüdischen Kultusvereinigungen.

§ 2.

(1) Die Reichsvereinigung hat den Zweck, die Auswanderung der Juden zu fördern.

(2) Die Reichsvereinigung ist außerdem
1. Träger des jüdischen Schulwesens,
2. Träger der freien jüdischen Wohlfahrtspflege.

(3) Der Reichsminister des Innern kann der Reichsvereinigung weitere Aufgaben übertragen.

§ 3.

(1) Der Reichsvereinigung gehören alle staatsangehörigen und staatenlosen Juden an, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Reichsgebiet haben.

(2) Im Falle einer Mischehe ist der jüdische Teil nur Mitglied,

a) wenn der Mann der jüdische Teil ist und Abkömmlinge aus der Ehe nicht vorhanden sind, oder

b) wenn die Abkömmlinge als Juden gelten.

(3) Juden fremder Staatsangehörigkeit und den in einer Mischehe lebenden Juden, die nicht bereits nach Absatz 2 Mitglieder sind, ist der Beitritt zur Reichsvereinigung freigestellt.

§ 4.

Die Reichsvereinigung untersteht der Aufsicht des Reichsministers des Innern; ihre Satzung bedarf seiner Genehmigung.

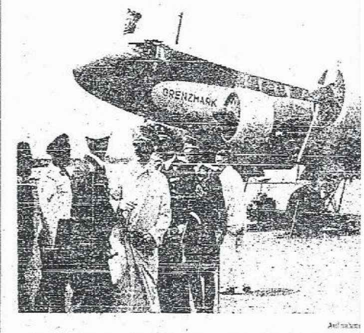
§ 5.

(1) Der Reichsminister des Innern kann jüdische Vereine, Organisationen und Stiftungen auflösen oder ihre Eingliederung in der Reichsvereinigung anordnen.

(2) Im Falle der Auflösung gelten für die Liquidation die Vorschriften des bürgerlichen Rechts. Der Reichsminister des Innern kann jedoch Liquidation bestellen und abberufen und die Art der Liquidation abweichend von den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts regeln. Nach Durchführung der Liquidation ist das Vermögen der aufgelösten jüdischen Einrichtungen auf die Reichsregierung zu übertragen.

(3) Im Falle der Eingliederung fällt das Vermögen der betroffenen jüdischen Einrichtungen an die Reichsvereinigung. Eine Liquidation findet in diesen Fällen nicht statt. Für die Verbindlichkeiten der eingegliederten

Fortsetzung auf Seite 2



Der Führer bewies wieder sein großes Interesse für die Entwicklung de... Flugtechnik, indem er die berühmte neue Condor-Maschine „Grenz... sichtigte und mit ihr seinen ersten Probeflug unternahm. Links neben ...rer Hauptmann von Below, Flugkapitän Bauer und Reichsleiter ... rechts hinter dem Führer Gruppenführer Schaub

Der Seelenkrieg hat bego...

Von Dr. Walther Schmitt

Als das jahrelange Kesseltreiben der britisch-französischen Diplomatie Ende 1914 den Weltkrieg hatte ausbrechen lassen, war dieser Kampf, wie alle bisherigen Kriege, zunächst eine ausschließlich militärische Auseinandersetzung. Schon bald allerdings setzte auch der Wirtschaftskrieg und die Blockade der Entente gegen die Mittelmächte ein. Verhältnismäßig spät aber begann erst der dritte Abschnitt des weltdemokratischen Angriffs, der umfassende Lügen- und Propagandafeldzug gegen Deutschland und Österreich-Ungarn. In England wie in Frankreich war das Bewußtsein von der Kraft der beiden deutschen Staaten doch so nachhaltig, daß man sich von Propaganda-Aktionen gegen den deutschen Widerstand zunächst nichts oder nur wenig versprach. Diese Auffassung änderte sich erst dann, als die Nachrichten aus Deutschland und Österreich erkennen ließen, daß die Auswirkungen der Wirtschaftsblockade zusammen mit der innerpolitischen Agitation von Marxisten- und Zentrumskreisen die seelische Geschlossenheit des deutschen Volkes aufzulockern begannen und in der österreichisch-ungarischen M... noch die vor Kriegsausbr... inneren Probleme sich au... spitzt hatten.

Erst im Jahre 1918 wur... wie in Frankreich große ... geschaffen, die nunmehr ... „Seelenkrieg" gegen ... Volk und die deutsche Fr... sollten. Im Februar ... London unter Beaverbr... nannte Informations-M... gründet, in dem Northcl... propaganda übertragen ... früher war in Frankreich ... einbarung zwischen Clém... neral Pétain die Feindp... einheitlicht und verstärkt ...

Das heißt nicht, daß ni... Jahren vorher Propagand... Feindstaaten durchgeführt... Sie richteten sich aber zun... die eigene Bevölkerung u... ner der weltdemokratische... mache in den neutralen L... Flugblatt-Propaganda de... den deutschen Fronten ... schon früh ein, doch war ... maßen gering angesichts ... die dann 1918 die deutsch... ebenso auch das Hinterla... zeug- und Ballon-Prop... schwemmte. Es ist interess... der amtlichen Zahlen der ... das ungeheure Anwachsen ... kampagne mit der „mo... tion", wie sich die „Tim... hatte, zu verfolgen. Für ... sich zum Beispiel folgend... zum Juni 1918 waren ung... lion Flugblätter englis... über den deutschen Lin... worden. Vom Juni 1918 ... ber des gleichen Jahres ... von den englischen Büros ... paganda gegen Deutschla... reich 18 Millionen ... ten. Die französische Pr... in den letzten bei... monaten allein 16 ... Flugblätter gegen d... und das deutsche Hinter... Zahl der französischen Fl... vorangegangenen vier Kr... 27 Millionen. Noch größe... des Seelenkrieges waren ... Westmächte noch in Ve... wurden lediglich durch de... getretenen Waffenstillstan...

Das, was das deutsche ... Sommermonaten des Jahr... von massierten englischen ... von demokratischer Rund... von „Proklamationen" an ... von ausländischen „Privat... deutsche Empfänger gesan... lebt — wir haben in ...

Reichstreuhänder Proksch fordert:

Bezüge-Stop auch für die Betriebsführer

Was für den Arbeitnehmer recht ist, muß für den Arbeitgeber billig sein

Wien, 6. Juli

In der Zeit des Liberalismus und des Marxismus konnten einzelne, konnten Interessengruppen es wagen, Gesetze und Anordnungen nach Lücken zu durchsuchen, die egoistische Bereicherungen ermöglichten, begann Reichstreuhänder der Arbeit, Gauleiter Alfred Proksch, seine Unterredung, die er der Presse gewährte. Nationalsozialistische Anordnungen aber müssen im nationalsozialistischen Geiste gelesen und verstanden werden.

Wer so meine letzte Anordnung vom 25. Juni, in der ich im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter- und Angestelltenschaft für die nächste Zeit im weiten Umfang Lohnänderungen für genehmigungspflichtig erklärte, erfaßte, für den ist es selbstverständlich, daß für den Zeitraum der Gültigkeit dieser Anordnung auch Erhöhungen des Einkommens, beziehungsweise der Entnahme der Betriebsführer ausgeschlossen sind oder in Ausnahmefällen, besonderer Umstände halber, genau den strengen Bedingungen unterworfen würden, wie ähnlich gelagerte Fälle, die Gefolgschaften betreffen. In allen Fällen wird an unseren Grundsatz erinnert, daß Lohnerhöhung nur durch Leistungssteigerung gerechtfertigt angesehen werden kann.

Unionsten halte ich den Betriebsführer mit seiner ihm auferlegten großen Verantwortung für den Betrieb schon moralisch letzten Anordnung zu fügen, das heißt, für sich keine Gehaltserhöhung oder erhöhte Privatentnahme vorzunehmen. Sonst würde ich nicht zögern, einen solchen Betriebsführer, der nicht fähig ist, nationalsozialistische Anordnungen sinngemäß zu erfassen, vor ein soziales Ehrengericht zu stellen. Denn es ist klar, daß dem Betriebsführer in diesem Falle gar keine Ausnahmestellung eingeräumt werden kann. Gilt unsere Arbeit doch jetzt dem Problem, im Interesse aller, Betriebsführer, Arbeiter und Angestellter, die Preise in der Ostmark herabzusetzen, unsere ostmärkische Wirtschaft zu heben, die Lebenshaltung des schaffenden Menschen in den ostmärkischen Gauen zu erleichtern und jener im Altreich anzugleichen.

Entnahmen werden überprüft

Ich werde auch nicht zögern, die nötigen sich Fälle feststellen lassen, in denen Betriebsführer ihr Gehalt beziehungsweise ihre Entnahme erhöhen. Dann würde ich auch für Betriebsführer Anordnungen erlassen, in denen ich ihnen für den gleichen Zeitraum jede Erhöhung ihres Einkommens nur mit meiner ausdrücklichen Genehmigung gestatte.

Darüber hinaus sage ich schon heute in voller Öffentlichkeit, daß ich mir solche Einzelfälle genau ansehen würde. Ich würde die Gründe für die vorgenommene Erhöhung ihres Einkommens genau überprüfen, und wenn keine vorliegen, die betreffenden Betriebsführer, wie schon gesagt, vor das soziale Ehrengericht stellen.

Wenn sich meine letzte Anordnung nicht ausdrücklich mit dem Einkommen der Betriebsführer beschäftigte, so auch deshalb, weil ich ohnedies erwäge, ob ich nicht in der nächsten Zeit die Betriebsführer verpflichten soll, mir Aufschlüsse über ihr Gehaltseinkommen zu geben. Sollte ich dabei im einzelnen feststellen, daß dieses Gehaltseinkommen der allgemeinen Wirtschaftslage und den Lohnverhältnissen der Ostmark nicht entspricht, werde ich nicht zögern, die Herabsetzung dieses Einkommens zugunsten des Betriebes anzuordnen. Denn nie werde ich, wird der Partei dulden, daß die Löhne niedrig gehalten werden, damit von Seiten der Leitung der Rahm abgeschöpft wird.

Jedem seinen gerechten Lohn

Im Interesse des schaffenden Menschen werde ich dafür sorgen, daß die Arbeit jedes einzelnen, wer immer es sei, eine gerechte Entlohnung erfährt, aber ich werde auch dafür sorgen, daß die Leistungen einzelner Menschen im Betrieb nicht mehr im Mißverhältnis stehen zur Höhe ihres Einkommens.

Gewisse Gründe erhöhten Einkommens, wie höhere Verantwortung, lasse ich natürlich geradeso gelten wie — etwa beim Bergmann — das Moment höherer Gefahr. Höhere Intelligenz, höhere Schulbildung verpflichten höhere Verantwortung zu tragen. Betriebsführer werden also — außer der reinen Arbeitsleistung — vieles vorbringen können, was sie berechtigt, höheres Einkommen als andere Werktätige, die nicht ständig den Aufregungen hoher Verantwortung usw. unterliegen, zu nehmen. Aber zu meinen, daß diese Mehrleistung in einem krassen Mißverhältnis stehen müßte, würde im Bereich unserer Weltanschauung kein Mensch begreifen. Das hieße den Aufbau unserer Volksgemeinschaft unmöglich machen, das hieße die alten Methoden der von uns bekämpften und niedergerungenen Welt weiterführen.

Noch sind wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in der Lage, alles so zu bestimmen, wie wir und unsere Volksgenossen es schon haben möchten, wir sind aber desto lebhafter bemüht, die Auswüchse, die noch aus der früheren Zeit in die unsere

16.4.2. „Das Kleine Blatt“

Die Zeitung „Das Kleine Blatt“ wurde bei ANNO (AustriaN Newspapers Online, ein Projekt der Österreichischen Nationalbank) gesichtet.

Folgende Ausgaben fanden in dieser Arbeit Anwendung:

1. 21. August 1933 S. 1
2. 23. August 1933 S. 2
3. 13. März 1934 S. 5
4. 14. März 1934 S. 2
5. 23. Juni 1938 S. 5
6. 16. Juli 1938 S. 2
7. 9. November 1938 S. 5
8. 9. November 1938 S. 6
9. 9. November 1938 S. 7
10. 10. November 1938 S. 1
11. 10. November 1938 S. 3
12. 10. November 1938 S. 4
13. 11. November 1938 S. 1
14. 11. November 1938 S. 2
15. 11. November 1938 S. 3
16. 11. November 1938 S. 4
17. 12. November 1938 S. 1
18. 12. November 1938 S. 2
19. 12. November 1938 S. 5
20. 13. November 1938 S. 2
21. 13. November 1938 S. 4
22. 13. November 1938 S. 5
23. 14. November 1938 S. 1
24. 14. November 1938 S. 2
25. 15. November 1938 S. 2
26. 15. November 1938 S. 3
27. 16. November 1938 S. 1
28. 16. November 1938 S. 2

29. 16. November 1938 S. 5

30. 18. November 1938 S. 2

31. 20. November 1938 S. 2

32. 21. November 1938 S. 1

33. 23. November 1938 S. 2

34. 8. Juli 1938 S. 4

Unter verschärfter Vorlagepflicht.

Das Kleine Blatt

7 Groschen 40 Heller tschechosl. Währung

Nr. 229 | Redaktion und Verwaltung: Wien V, Rechte Wienzeile 97. Telephon B 29-5-10 | Wien, Montag, 21. August 1933 | Inseratenannahme „Annoncia", Wien I, Schulerstr. 13. Tel. R 23-5-70, R 20-1-76 | 7. Jahrg.

Vor den Augen der Braut erschossen.

Gestern nacht hat sich im Café „Heinrichshof" am Operuring eine furchtbare Tragödie abgespielt. Der 23jährige Privatbeamte Roland H., Erdbergerstraße 20, hat sich aus einem Trommelrevolver einen Schuß in die linke Brustseite gejagt.

H. war gegen halb 12 Uhr mit seiner Braut im Kaffeehaus erschienen. Die beiden nahmen an einem offenen Fenster Platz und tranken Kaffee. Bald darauf kam eine ältere Dame — es war die Mutter H.'s — mit einem Wachebeamten zum Café. Als der junge Mann sie durch das Fenster erblickte, zog er, ohne ein Wort zu sprechen, einen Revolver aus der Tasche, setzte ihn an die Brust und drückte los, ehe noch seine Braut die Schreckenstat verhindern konnte. H. sank lautlos zurück. Während sich die beiden Frauen um ihn bemühten, wurde die Rettungsgesellschaft verständigt, die den lebensgefährlich Verletzten ins Allgemeine Krankenhaus brachte.

Ursache: ein Nervenleiden.

Roland H. hatte sich wegen eines schweren Nervenleidens schon mehrmals auf dem Steinhof in Pflege befunden und wurde gegen Revers entlassen. Dieses Leiden dürfte auch die Ursache seiner Tat gewesen sein. Bereits vor längerer Zeit hatte H. einmal einen Selbstmordversuch durch Verschlucken von Rasierklingen begangen. Daß auch seine gestrige Tat vorbedacht und vorbereitet war, geht daraus hervor, daß er in seiner Wohnung, die er gemeinsam mit seiner Mutter bewohnte, einen Brief zurückgelassen hatte, in dem er seinen Selbstmord im Kaffeehaus ankündigte. Als die Mutter diesen Brief gefunden hatte, war sie eilends zur Polizei gegangen, um ihren Sohn von seiner Absicht abzuhalten. Aber es war zu spät: Gerade das Erscheinen der Mutter mit dem Polizeibeamten war für den jungen Mann das Signal zur Ausführung seines Planes.

Das gefährliche Wildbaden.

Sonntag nachmittag ist der 15jährige Lehrling Anton Holzer beim Baden im Donaukanal nahe dem Gaskleg ertrunken, da er des Schwimmens unkundig war. Die Bergungsversuche der Feuerwehr blieben bisher erfolglos. — Ebenfalls gestern nachmittag ist der 45jährige Universitätsdiener Rudolf Adametz in der Donau unterhalb der Stadlauer Brücke bei der Gastwirtschaft Kirischitz, etwa zehn Meter vom Ufer entfernt, plötzlich untergegangen und konnte trotz mehrstündiger Suche durch die Feuerwehr bisher nicht mehr geborgen werden. — Nahe der Überfuhr Ehrenberger ist Sonntag nachmittag der 20jährige Maler Josef Hurner bei einem Kopfsprung ins Wasser aufgeschlagen. Er erlitt anscheinend einen Bruch der Wirbelsäule, so daß ihn die Rettungsgesellschaft in die Unfallstation bringen mußte.

Eine Wasserleiche mit scharfgeladenem Revolver.

Gestern nachmittag wurde nächst dem Freibad bei der Reichsbrücke die Leiche eines etwa vierzigjährigen Mannes aus der Donau geborgen. Der Tote hatte blondes Haar und hellen Schnurrbart, war bekleidet mit einem dunklen Anzug und schwarzen Schuhen. Er muß schon längere Zeit im Wasser gelegen sein. In der Tasche seines Rockes fand man einen Trommelrevolver, der noch drei unausgeschossene Patronen enthielt.

Großes Schadenfeuer in Floridsdorf.

Samstag abend geriet die dem Landwirt Richard Leutner gehörige Scheune in der Brünnerstraße nächst der Siedlung an der Gerasdorferstraße in Brand. Die Scheune samt den etwa 350 eingelagerten Fruchtmandeln und dem gedroschenen Getreide wurde vernichtet. Man vermutet, daß Selbstentzündung des Getreides infolge unsachgemäßer Lagerung vorliegt. Der Schaden wird mit etwa 25.000 Schilling beziffert. Die Hauptwache Floridsdorf der Berufsfeuerwehr konnte nach zweistündiger Arbeit den Brand lokalisieren.

Massenflucht aus dem Gefangenhaus.

Innsbruck, 20. August. Heute um halb 10 Uhr abends brachen im Gefangenhaus des Landesgerichtes aus einer Massenzelle, in der über zehn Gefangene untergebracht sind, fünf Häftlinge aus, die unpolitische Delikte begangen haben. Mit Hilfe von demolierten Bänken hoben sie die Fensterstäbe auseinander und gelangten über die Mauer des Hofes ins Freie. Dem sofort aufgebotenen umfassenden Apparat der Sicherheitswache gelang es, bis 11 Uhr nachts drei Flüchtlinge festzunehmen, die zu sechs Wochen, vier und acht Monaten Haft verurteilt waren. Der beiden anderen konnte man bisher noch nicht habhaft werden.

Nazi überfallen friedliche Ausflügler.

Auf der Kugelwiese zwischen Kaltenleutgeben und Perchtoldsdorf stänkerten gestern etwa 25 Hakinger harmlose Ausflügler an. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem die Nazi mit Stöcken und Stahlruten dreinschlugen. Sie wurden aber tüchtig verprügelt. Auf ihrer Flucht feuerten sie mehrere Revolverschüsse ab. Da die Gendarmerie nicht rechtzeitig verständigt werden konnte, war es den feigen Hakenkreuzlausbuben möglich, zu entkommen.

Der Fememord an dem Tiroler SA.-Mann.

Innsbruck, 20. August. Wie jetzt bekannt wird, war der Tiroler SA.-Mann, der, wie berichtet, unweit Mittenwald auf bayrischem Gebiet von SS.-Leuten erschossen wurde, der Nazi Johann Vetter aus Kitzbühel. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich um einen Fememord der Hakenkreuzler handelt.

Neue Hetzrede Habichts.

Der aus Österreich ausgewiesene Obernazi Theo Habicht hielt gestern abend neuerdings eine Hetzrede gegen Österreich, in der er erklärte, daß Österreich nicht lebensfähig sei.

Der Neusiedler See wird geprüft.

Gestern begab sich eine Kommission der Zentralanstalt für Meteorologie und Aerodynamik an den Neusiedler See, und zwar zunächst an den östlichen Teil, nach Podersdorf. Die Kommission hat den Auftrag, dort wissenschaftliche Bestimmungen über klimatische Verhältnisse, speziell über Verdunstung, Feuchtigkeit usw. vorzunehmen. Die Feststellungen sollen vor allem deswegen gemacht werden, um über die Rentabilität und Zweckmäßigkeit einer eventuellen Trockenlegung ins Klare zu kommen. Die Kommission, welche aus sieben Personen besteht, wird sich zwei Wochen am Neusiedler See aufhalten und Messungen entlang dem ganzen österreichischen Gebiet vornehmen.

Selbstmord des Polizeichefs von Kuba.

Havanna, 20. August. Der frühere Polizeichef des Machadoregims, auf dessen Ergreifung eine Prämie von 500 Dollar ausgesetzt war, hat Selbstmord begangen, indem er sich eine Kugel in den Kopf schoß. Er hatte sich in seinem Hause verbarrikadiert und stand vor der Verhaftung.

Königsberg, 20. August. In der Nähe von Braunsberg stürzte ein Lastkraftwagen mit etwa 40 Hitlerjungen um und wurde vollkommen zertrümmert. Elf Hitlerjungen wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Ein Brief aus Deutschland.

Vor uns liegt ein Brief, ein Privatbrief aus einem kleinen Ort in Deutschland. Ein Leser, der ihn von seinen Angehörigen draußen erhalten hat, stellt ihn uns zur Verfügung. Wir geben ihn Wort für Wort wieder — nur den Ortsnamen und die Rufnamen der in dem Brief erwähnten Familienmitglieder haben wir zur Vorsicht abgeändert, um den Briefschreiber nicht etwa der Rache der braunen Schergen auszusetzen. Der Brief lautet:

Hennersdorf, den 18. August 1933.

Mein lieber Bruder Robert und liebe Hedwig!

Gestern erhielten wir eure liebe Karte aus Salzburg, worüber wir uns sehr freuten. Nun will ich nur wieder mal was von uns hören lassen. Ihr müßt doch denken, wir sind gestorben. Nehmt uns nur unser langes Schweigen nicht übel. Ich hatte keine Lust zum Schreiben. Ihr wißt doch auch, daß wir seit März eine neue Regierung haben. Ich wollte, ich könnte mit euch Lieben einmal mündlich reden; denn was wir seit März und April erlebt haben, kann ich euch nicht schreiben. Unser Julius ist seit März fort, wohin unbekannt. Georg befindet sich in Schutzhaft und ist in .... interniert. Erich war ein Vierteljahr fort, jetzt ist er wieder zu Hause. Er mußte sich einen Ausweis ausstellen lassen, damit er in Ruhe gelassen wird. Unseren Vater wollten sie auch wegholen, da haben sich gute Menschen gefunden, die für ihn gutsagten.

Was ich hinter mir habe, möchte ich nicht noch einmal durchmachen. Unser Julius war doch Stadtverordneter (Gemeinderat. Anmerkung der Redaktion.); da haben sie ihn immer zu Hause gesucht und wir wußten doch selber nicht, wo er ist. Ich weine manche Nacht um ihn. Muß immer denken, er ist für uns gestorben. Er war doch ein lieber, guter Mensch.

Meine Lieben, auch Kurt hat gekündigt bekommen; Erna ist ganz trostlos. Erich sagt, wenn Kurt sollte doch die Arbeit verlieren, geht Erna daran zugrunde. Erna tut mir sehr leid; sie haben doch die viele Miete aufzubringen, auch können sie sich noch nicht in das traurige Los der Arbeitslosen hineindenken. Ich trage ja das Los schon seit langem und werde es auch weiter tragen müssen. Denn Ludwig wird nie wieder in Arbeit kommen, er ist schon zu alt mit seinen sechsundfünfzig Jahren. Und bei Erich ist auch noch keine Aussicht. Unser Willy ist seit Wochen auch wieder zu Hause, geht aber auch stempeln. Wenn diese beiden nur Arbeit hätten, dann wollte ich gar nicht klagen. Nun kommt Ostern unser Jüngster aus der Schule, da wird ein Arbeitsloser mehr in der Familie! Ich hätte ihn ja gern etwas lernen lassen, aber da er nicht konfirmiert wird, bekommt er auch keine Lehrstelle. Religion muß er ja in der Schule mitmachen, das ist Zwang; in den Konfirmationsunterricht hatte er aber keine Lust zu gehen, und früher hat das ja auch nichts ausgemacht. Ich wollte ihn gern das elektrische Fach lernen lassen, haben doch meine Jungs alle ihr Handwerk gelernt — und der letzte soll das nicht. Das ist für mich eine große Sorge. Na, mit den Sorgen werde ich ja so nicht fertig.

Soweit sind wir alle noch gesund, das ist noch das einzige. Ich will nun schließen, hoffentlich erhaltet ihr diesen Brief. Seid alle recht herzlich gegrüßt

von euren Lieben aus Hennersdorf.

Für mich scheint die Sonne nicht mehr. Schreibt, bitte, mal wieder.

Das ist der ganze Brief. Er enthält nichts sonderlich Aufregendes, nichts Sensationelles, keine Greuelmeldung. Und doch ist zwischen seinen Zeilen das ganze Grauen, das das Leben der Arbeiter in Hitlerdeutschland erfüllt. Wohlweislich hütet sich der Briefschreiber, die Terrorfälle im einzelnen zu schildern — der Brief trägt den Amtsvermerk aus Chemnitz: „Zur Devisenüberwachung zollamtlich geöffnet." Devisenverdächtig sah der arme, dünne Arbeiterbrief gewiß nicht aus, wohl aber gesinnungsverdächtig! Dieser furchtbare Druck, dem der Arbeitsmensch im Hakenkreuzreich nirgends entrinnt, er ist in diesem Brief zu spüren: die hoffnungslose Arbeitslosigkeit ist darin und die bittere Not, der Terror und die Angst und die Sorgen, die Sorgen... Der ganze, trostlos graue Alltag des Arbeiters im Dritten Reich ist in diesem absichtslosen Alltagsbrief enthalten, und darum sagt er dem Verständigen wohl mehr über die wahren Zustände in Deutschland als so manche grelle Sensationsmeldung.

Es gibt nur eine gemeinsame Stimme des Abscheus

Paris, 22. August. Den Höhepunkt der gestrigen Beratungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale bildete die Rede des englischen Vertreters Dalton, des früheren Unterstaatssekretärs im britischen Außenamt. Er führte unter anderem aus:

Die Konferenz tagt unter zwei schweren schwarzen Schatten: die deutsche Katastrophe und die Drohung eines neuen Krieges. Aber es ist nicht wahr, daß es überall nur Rückschläge gibt. Wenn wir die gesamte Lage Europas überblicken, so sehen wir die demokratische Front in allen Teilen Europas sogar im Vorrücken. Die spanischen Arbeiter, die noch vor kurzem unter einer Diktatur schmachteten, haben die demokratische Republik erobert, die finnischen Sozialdemokraten haben den Faschismus zurückgeschlagen, im ganzen Nordwesten Europas gibt es keine Diktaturen und wird es keine geben.

Die Verachtung, die die Naziregierung in ganz England findet, ist unvorstellbar groß. In dieser Frage gibt es in England trotz der sonstigen schweren Gegensätze der Parteien und der Klassen nur eine Meinung, nur eine gemeinsame Stimme des Abscheus.

Die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die politische Arbeiterbewegung haben ihre Ablehnung gegenüber Deutschland bekundet durch den Boykott deutscher Waren, und ich hoffe, daß dieser Boykott für Deutschland heute schon fühlbar ist. Wir bewahren die tiefsten Sympathien für die Massen des deutschen Volkes, aber wenn die deutsche Regierung spricht, sind wir nicht bereit zu hören. Wir meinen, es wäre ein Verbrechen gegenüber etwaigen künftigen Untertanen des Deutschen Reiches, wenn wir einer Revision der Verträge zustimmten.

Die englische Arbeiterpartei ist sehr erstaunt, daß die Angelegenheiten Deutschlands nicht schon längst vor den Völkerbundrat gebracht worden sind. Hitlerdeutschland hat schon ein allzu großes Schuldkonto, auf Grund dessen eine Aktion vor dem Völkerbund nötig und möglich wäre. Ich erinnere nur an die unablässigen Angriffe Deutschlands auf Österreich. Es gibt Beweise dafür, daß, obwohl Hitlerdeutschland die Abrüstung aller andern Länder verlangt,

es selbst im Geheimen gegen alle Verträge eine Aufrüstung Deutschlands durchführt und damit die schwersten Gefahren für alle Nachbarstaaten heraufbeschwört.

Es ist jetzt Zeit, daß auch die Frage der geheimen Rüstungen Deutschlands vor den Völkerbund kommen. (Lebhafter Beifall.)

Der polnische Delegierte Alter gab der Meinung Ausdruck, daß der ganze Kapitalismus faschistisch werde. Für die deutsche Emigration sprach Otto Wels:

Wir sagen selbst, daß Fehler gemacht worden sind. Aber wenn hier gesagt wurde, warum wir nicht 1918 die soziale Revolution gemacht haben, so ist die Antwort: weil wir 1918 gegen die Generalstäbe der Siegerstaaten nicht die Macht dazu hatten. Hätte man vor fünfzehn Jahren die deutsche Republik als einen Träger des neuen Werdens in Europa behandelt, dann wäre manches anders geworden.

Trotz allem wird Deutschland das Land sein, in dem die soziale Revolution beginnen wird.

Wir sind außerhalb Deutschlands, aber nichts kann uns von den Genossen über der Grenze trennen. Wir wissen, die Herzen unserer gepeinigten Genossen schlagen mit unseren zusammen. Es vergeht keine Stunde des Tages und der Nacht, in der nicht alte grauhaarige Kämpfer und Tausende unserer todesmutigen Jungen sich zusammenfinden im Kampf für den Sozialismus in der Vorbereitung der kommenden Abrechnung. Helft ihnen! Sie hoffen auf euch!

Niedzialkowski (Polen) macht auf die große Gefahr aufmerksam, die in Danzig droht, wo sich unter den Augen des Völkerbundes die Bestialität des Naziregimes entfaltet.

Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Zwei Tote bei einem Autounglück.

Bei einem Autounglück nächst Schwadorf wurden der Installateur Tummler und der Depotleiter Lorenz, beide 9, Braunhubergasse, wohnhaft, getötet.

Typhusepidemie bei Aachen.

Aachen, 22. August. In Huckelhoven sowie in kleineren Nachbarorten ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Bisher sind etwa fünfzig Personen erkrankt. Ein Kind ist bereits gestorben.

Die Schwimmerin Ruth-Litzig gestorben.

Essen, 22. August. Die Rekordschwimmerin Ruth Litzig, die am Sonntag abend nach 79stündigem Aufenthalt im Wasser des Essener Stausees einen neuen Weltrekord aufgestellt hatte, ist heute im Krankenhaus gestorben.

Ein Naziredner unter Decknamen.

Am Samstag fand bei der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen das erste Disziplinarschnellverfahren gegen einen Angestellten wegen Tätigkeit für eine verbotene Partei, und zwar gegen den Bundesbahnadjunkten Dorner in Passau statt. Dorner hat im August in Haimling bei Passau eine Rede für die nationalsozialistische Partei und gegen das Regierungssystem in Österreich gehalten. Die Nationalsozialisten hatten die Unverfrorenheit, diese Rede in deutschen Zeitungen und auf Plakaten mit Nennung des vollen Namens und der Adresse des Redners anzukündigen.

„Herr Kanzelmeier."

Die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen hatte Vertrauensleute zu dieser Versammlung entsendet, die folgendes berichteten: Bei Beginn der Versammlung teilte der Vorsitzende mit, es sei dem Bundesbahnadjunkten Dorner unmöglich, in dieser Versammlung zu sprechen, da er sonst von der Regierung um seine Stelle gebracht würde. Statt seiner werde ein anderer Parteigenosse namens Kanzelmeier sprechen.

Der angebliche Kanzelmeier war aber, wie die Zeugen berichteten, niemand anderer als der auf den Plakaten angekündigte Bundesbahnadjunkt Dorner.

Dieser wurde hierauf nach Linz zur Bundesbahndirektion zitiert, wo ihn der Sicherheitsdirektor verhaften ließ; er erhielt eine Polizeistrafe von sechs Wochen Arrest.

Ultimatum aus Passau.

Die Nationalsozialisten in Passau schlugen daraufhin Lärm und der Gauführer von Passau drohte mit der Verhaftung sämtlicher österreichischen Bundebahnbediensteten in Passau, wenn Dorner nicht bis 11 Uhr desselben Tages freigelassen würde. Die Generaldirektion setzte sich hierauf mit den zuständigen Stellen in Berlin in Verbindung, die sich wegen der Vorfälle entschuldigten; es ist auch in Passau zu keinen Zwischenfällen gekommen.

Dorner wurde dann nach Amstetten versetzt, er leistete aber diesem Dienstbefehl nicht Folge, sondern meldete sich krank. Nachdem er sich gesund gemeldet hatte, wurde er neuerlich zur Generaldirektion nach Linz vorgeladen, um sich zu rechtfertigen.

Da er nicht erschien, wurde das Disziplinarsonderverfahren wegen Betätigung für eine verbotene politische Partei gegen Dorner eingeleitet, er wurde der Betätigung für die verbotene NSDAP. schuldig erkannt und mit Entlassung aus dem Dienste der Bundesbahnen unter Verlust aller Ansprüche bestraft.

Der Freund des hingerichteten Peter Strauß verhaftet.

Graz, 12. März. Der Freund des in Graz hingerichteten Peter Strauß, der schwer vorbestrafte Landstreicher Michael Mündler, der in Bruck an der Laßnitz aus Rache für die Hinrichtung des Strauß einen Schweinestall angezündet hat, wurde gestern verhaftet. Mündler ist geständig.

Dringender Rat an die Arbeitersportler.

Aus zahlreichen Zuschriften, die von Arbeitersportvereinen an uns gerichtet wurden, ersehen wir, daß besonders in der Provinz die verworrensten Auffassungen darüber herrschen, wie diese Vereine so rasch als möglich die Bewilligung für die Wiederaufnahme ihres Betriebes erhalten könnten. Das Kleine Blatt hat schon vor einiger Zeit auf Grund eingeholter Informationen festgestellt, daß gegen eine generelle Bewilligung der Sportausübung an die Arbeitervereine gewisse Bedenken politischer Natur maßgebend seien, die sich jedoch nicht gegen die ausübenden Sportler, sondern gegen einzelne ehemalige Funktionäre der Vereine richten.

Nun haben wir uns heute an den niederösterreichischen Fußballverbandskapitän Bildl mit der Anfrage gewendet, wie sich der Wiener Fußballverband zu der Frage **der Anmeldung** ehemaliger Arbeitersportvereine verhalte. Die Mitteilungen, die uns von dem genannten Verbandsfunktionär gemacht wurden, lassen die Frage der Wiederaufnahme des Arbeitersportbetriebes in einem ganz neuen Lichte erscheinen.

Spielbewilligung unter neuer Leitung.

Herr Bildl teilt mit, daß der ehemalige Vafóverein Erster Wiener-Neustädter SC. bereits gestern unter seinem alten Namen und auf seinem eigenen Sportplatz mit Bewilligung der Bezirkshauptmannschaft ein Match ausgetragen hatte. Der Verein hat sich nämlich mit neuen Funktionären abermals konstituiert, und da die Behörde mit der neuen Leitung einverstanden war, hat die Bezirkshauptmannschaft keine Bedenken gehabt, den Wiener-Neustädter Arbeitern die Spielbewilligung zu erteilen.

Auch die Atzgersdorfer Sp.-Vg. hat in gleicher Weise eine Neukonstituierung vorgenommen und sich beim Wiener Fußballverband angemeldet. Vorausgesetzt, daß auch in diesem Falle die behördliche Anerkennung der neuen Funktionäre erfolgen wird, dürfte die Aufnahme des Vereines in den Wiener Fußballverband ebenfalls nichts im Wege stehen.

Ein Weg, der zum Ziele führt.

Mit Hinweis auf diese beiden Fälle geben wir allen Arbeitersportvereinen in der Provinz den dringenden Rat, nach einer neuen Leitung Umschau zu halten, sich nach Anmeldung bei der Bezirkshauptmannschaft ihres Standortes neu zu konstituieren, und falls die neu gewählten Funktionäre von der politischen Behörde anerkannt werden, ihre Anmeldung an den Wiener Fußballverband abzugeben.

Nach dem Beispiel der Wiener-Neustädter und Atzgersdorfer scheinen die Bezirkshauptmannschaften, offenbar auf Weisung von höherer Stelle, befugt zu sein, den Arbeitervereinen von Fall zu Fall die Benützung ihrer alten Sportplätze zu gestatten.

Seicherl hat Rudolfsheim gezogen.

Eine glückliche Gewinnerin in der Trappelgasse.

Gestern hat Tobias Seicherl den Gewinner im Glückshaus 4, Trappelgasse 1, ausgelost. Der Zufall entschied für Frau Karoline Maier auf Tür 3.

*

Wir senden Frau Maier die Prämie von zehn Schilling per Post zu und gratulieren herzlich.

Die neuesten Ziehungen.

Tobias Seicherl hat gestern wieder einige Ziehungen vorgenommen und teilt folgendes mit:

Der neueste Glücksbezirk ist Rudolfsheim.

Die neueste Glücksgasse ist die Pfeilgasse in der Josefstadt.

Das neueste Gebäude ist 19, Boschstraße 19.

Das St.-Pöltner Glückshaus haben wir bereits gestern verlautbart. Es ist das Gebäude Tullnerbahnstraße 11. Couponkarten aus diesen Glückshäusern können eingesendet werden.

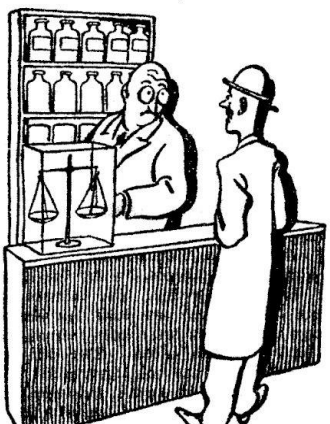
Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Coupon des Tages, an dem das Glückshaus veröffentlicht wird, und auch die Coupons der beiden vorhergehenden Tage eingesendet werden müssen. Karten, auf die nur ein oder zwei Coupons geklebt sind, nehmen an der Verlosung nicht teil.

„Glückshaus-Aktion"

Coupon Nr. 60

vom 13. März 1934.

Beruf.



„Ein Pfund Zyankali? Sind Sie Photograph?"
„Nein, Selbstmörder!"

Die Kaufmannsgattin Marie Schweiger, Bäuerlegasse 26, hantierte derart ungeschickt bei einem Ofen, daß plötzlich ein Bett in Brand geriet und samt der Wäsche verbrannte.

Ein Ausflug in das Dritte Reich.

Wenn man eine Reise durch Deutschland tut, dann kann man noch immer allerhand Neuigkeiten erfahren. Dies trotz des strengen Maulkorbzwanges.

Ein Besuch bei der Leipziger Messe gibt einem nicht nur Auskunft über das „angekurbelte" Geschäftsleben, sondern auch über die „gute" Stimmung der Menschen im befreiten Reich. Diese Messe war ein Mißerfolg wie keine vorher. Die ausländischen Aussteller waren nur in geringer Zahl vertreten. Und auch die Besucher haben sich nicht gerade gedrängt. Von der Geschäftskonjunktur, von der die deutsche Presse täglich zu berichten weiß, spürte man auf der Messe selbst sehr wenig. Sehleute, nichts als Sehleute! Sie kamen, um zu sehen. Sie kamen aber nicht, um zu kaufen. Göbbels, ja der Reichskanzler selbst, griff ein. Ein Besuch des Kanzlers und des Ministers sollte das absterbende Interesse für die Messe wecken. Das wurde nicht erreicht. Im Gegenteil. Der Besuch der Regierungsmitglieder brachte nur eine arge Störung mit sich. An diesem Tage war das gemeine Volk vom Messegelände ausgeschlossen und damit auch die Käufer.

Die österreichischen Aussteller der Leipziger Messe hatten ihr Sondererlebnis. Sie litten nicht nur unter dem allgemein geringen Geschäft, sondern sie wurden überdies noch von den deutschen Volksgenossen gemieden. Im internationalen Sprachgebrauch heißt das „boykottiert". Allerdings hat sich bei der Leipziger Messe auch gezeigt, daß das Ausland den Boykott gegen Deutschland noch nicht aufgegeben hat.

Wenn man Zeit hat, dann findet man sich bald zu einem „Tratscherl" zusammen. Und die Aussteller der Leipziger Messe hatten Zeit. Bei diesen Plauderstündchen ging den Kaufleuten manchmal die Zunge durch. Sie sparten nicht mit Unmutsäußerungen über das schlechte Geschäft, aber auch über anderes, insbesondere die Angestellten der ausstellenden Firmen.

Alte Systemwirtschaft hin, alte Systemwirtschaft her. Es gibt auch am Dritten Reich manches auszusetzen. So zum Beispiel kursiert jetzt ein Blatt des kaufmännischen Vereines in Basel. Diese Zeitung bringt eine bemerkenswerte Zusammenstellung der Einkommen von Angestellten und eine Gegenüberstellung. Nämlich: was heute einem deutschen Angestellten von seinem Monatslohn zur Fristung seines und des Lebens seiner Familie bleibt. Ferner, was so ein politischer Beamter, wie etwa der preußische Ministerpräsident Göring oder der Bauernführer Darré, monatlich an Gehalt empfängt, und wie so ein Gehalt durch verschiedene Zulagen ins Gaurisankarhafte wächst.

Die Abrechnung eines gut qualifizierten kleinen Angestellten lautet: Gehalt samt Leistungszulage 232·— Reichsmark, davon ab für Sozialversicherungen 41·— Reichsmark, an Steuer 11·20 Reichsmark, an Ehestandsbeihilfe, Arbeitsbeschaffungs- und Verbandsbeitrag 14·22 Reichsmark. Die gesamten Abzüge betragen also 66·42 Reichsmark oder rund 27 Prozent des Monatsgehaltes. Der Mann, der für 232 Reichsmark angestellt worden war, bekam schließlich nur 165·58 Reichsmark auf die Hand. Aber das stimmt auch nicht ganz, denn von diesem Betrag gehen noch die sogenannten „freiwilligen" Spenden für Winterhilfe und dergleichen ab.

Beim General Göring sieht die Rechnung etwas anders aus. Er bekommt nicht ein Gehalt, sondern drei Gehälter. Als Reichstagspräsident jährlich 33.600 Reichsmark, als preußischer Ministerpräsident 24.000 Reichsmark, als preußischer Staatsrat 12.000 Reichsmark. Dazu außer einer freien Dienstwohnung auch noch eine dreifache Aufwandentschädigung von 24.000 Reichsmark. Das ergibt die Kleinigkeit von 93.000 Reichsmark oder 7800 Reichsmark im Monat. In Schilling umgerechnet sind das monatlich 15.600.

Dagegen bekommt der Bauernführer Darré schon viel weniger. Er erhält auch drei Gehälter, als Reichsminister, als Staatsrat und als Abgeordneter. Zusammen sind das 42.400 Reichsmark. Dazu kommt noch eine doppelte Aufwandentschädigung von 16.000 Reichsmark. Sein Jahreseinkommen erreicht demnach bloß 58.400 Reichsmark, das sind je Monat 4900 Reichsmark oder 9800 Schilling.

Die Hauptsache ist, daß der Nationalsozialismus das deutsche Volk von einem Parteibonzentum befreit hat, das am Volksvermögen wie ein Vampir saugte.

Diese Parteibonzen sind, Gott sei Dank, verschwunden. Man hat die Nester tüchtig ausgeräumt und sie schließlich in eigene Verwaltung genommen. Die Verwaltung besorgen Pg. Der Führer der Arbeitsfront hat sie bestellt, und so sitzen sie in den Häusern und Büros der Gewerkschaften, die es gar nicht mehr gibt. Sie sitzen beileibe nicht dort wegen einer Versorgung, das haben nur die Gewerkschaftsbonzen gemacht, sondern um zu verwalten. Für die Verwaltung des Vermögens der aufgelösten Gewerkschaften müssen sie naturgemäß bezahlt werden. Und die Summe der Gehalte der vom Führer der Arbeitsfront angestellten Pg. beträgt monatlich 4·5 Millionen Reichsmark. Im Jahr sind das immerhin 54 Millionen Reichsmark. Diese Gehalte werden aus den Beiträgen der deutschen Arbeiter für die „Deutsche Arbeitsfront" geleistet. Die alten Gewerkschaftsbonzen haben allerdings etwas billiger gearbeitet. Nämlich für rund drei Millionen Reichsmark im Jahr!

Solche Vergleiche können einen leicht aufregen. Und es bedarf wohl vieler Feste, um die Menschen im Reich in guter Stimmung zu halten. Jetzt versteht man auch warum die Deutschen in Festen schwelgen.

113 Tote liegen im stählernen Sarg...

Tokio, 13. März. Man befürchtet, daß die ganze aus 113 Offizieren und Matrosen bestehende Bemannung des japanischen Zerstörers „Tomotsuru" zugrunde gegangen ist, als das Schiff gestern morgens während eines Sturmes kenterte. Die Bemannung war in dem Schiff eingeschlossen, das umgekehrt, mit dem Kiele in der Luft, auf dem Meer treibend, aufgefunden wurde. Die Besatzung hat auf die wiederholt gegen den Schiffsrumpf geführten Schläge bis 9 Uhr abends geantwortet; dann aber trat Stille ein. Die Rettungsmannschaft pumpte Luft in das Schiff, für den Fall, als es noch überlebende darin geben sollte. Der Zerstörer „Tomotsuru" wurde ins Schlepptau genommen und in die Einfahrt der Bucht von Sasebo gebracht.

*

Zu dem Unglück werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Zerstörer ist in dem hohen Seegang von einer schweren Schlagseite getroffen worden und gekentert. Bei der Befestigung der Taue zwischen dem Wrack und den Hilfsschiffen hörten die Rettungsmannschaften noch schwache Klopfsignale aus dem Innern des Schiffes. Mit Schweißapparaten wurde eine Öffnung in den Schiffsboden geschnitten und dadurch mit den im Maschinenraum eingeschlossenen Maschinisten eine Verbindung hergestellt. Es stellte sich heraus, daß die vier Maschinisten die Katastrophe verhältnismäßig gut überstanden haben.

Durch die hergestellte Öffnung wird ihnen Luft zugepumpt, außerdem wurden ihnen Lebensmittel gereicht. Man ist jetzt dabei, mit den Schweißapparaten die Öffnung im Schiffsboden noch zu erweitern, damit die vier Maschinisten gerettet werden können. Bei der Suche nach der übrigen Besatzung des verunglückten Schiffes wurde ein Matrose auf dem Meere, ohnmächtig treibend, entdeckt und geborgen. Über das Schicksal der restlichen 125 Mann ist bisher noch nichts bekannt, so daß wohl mit ihrem Tode gerechnet werden muß.

Die Kinderhorte werden wieder eröffnet.

Nach der Auflösung des Vereines „Freie Schule-Kinderfreunde" wurden die Hortlokale gesperrt. Die Eltern empfanden es sehr schmerzlich, daß ihre Kinder plötzlich auf der Straße standen. Diesem Zustand soll schon in der allernächsten Zeit ein Ende gemacht werden. Bereits in der nächsten Woche sollen die Hortlokale wieder geöffnet werden. Die Lokale, die fast alle in Gemeindebauten untergebracht sind, sollen an einen anderen Verein, der sich mit der Betreuung der Kinder befaßt, vermietet werden. Wie es heißt, soll es der Verein „Frohe Kindheit" sein. Dieser Verein soll auch die städtischen Sport- und Spielplätze, die bisher die Kinderfreunde gemietet hatten, übernehmen und wieder in Betrieb setzen.

„Ja, mit denen ist nicht gut Kirschen essen"

Im Gebiet des Gaues Wien gibt es ungefähr fünfzig Anmeldestellen der HJ. und des Deutschen Jungvolkes. Der Besuch in einer solchen Anmeldestelle zeigt ein Bild froher Geschäftigkeit und ständigen Kommens und Gehens. Wir fahren bei der Beethoven-Realschule in der Krottenbachstraße vor. Hier ist eine Anmeldestelle des Deutschen Jungvolkes untergebracht. Links und rechts des Tores stehen zwei stramme Pimpfe mit ihren Jungvolkbannern. Eine Frau scheint die kleinen Kerle zu bedauern; sie geht zu einem von ihnen hin und fragt ihn, wann er denn abgelöst werde. Die Antwort ist zunächst nur ein abweisender Blick; erst auf weiteres Andringen läßt er sich herbei, zwischen den Zähnen hervorzupfeifen: „In einer Viertelstunde!" Er verändert aber dabei nicht seine Stellung und wendet nicht einmal den Kopf. „Ja", erklärt uns lachend der Bannführer Kollegger, der den Vorgang beobachtet hat, „mit denen ist nicht gut Kirschen essen. Sie dürfen nämlich während des Dienstes nicht reden und sie nehmen, wie es sich gehört, ihren Dienst sehr ernst."

Dann gehen wir hinauf in den zweiten Stock; an jedem Treppenabsatz steht ein Junge. Das Anmeldelokal ist sehr geräumig und die Wände sind mit rotem Tuch und Hakenkreuzen schön ausgeschmückt. Vorn sitzen zwei Jungbannführer. Sie nehmen die Jungen, die sich anmelden wollen, mit ihren Eltern in Empfang und erkundigen sich zunächst einmal nach dem Wohnort. Je nachdem, wo der Junge wohnt, wird er einem bestimmten Fähnlein zugeteilt, und damit er sich ganz bestimmt auskennt, kriegt er einen Zettel in die Hand, auf dem der Name und Wohnort seines Fähnlein-Führers verzeichnet ist. Von diesem, der übrigens in den meisten Fällen auch im Lokal anwesend ist, kann er dann alles Weitere erfahren. Dann füllt der Junge noch zusammen mit seinen Eltern zwei Anmeldeformulare aus und die Sache ist erledigt. Einem Jungen gefällt es so gut, daß er seinen Vater bittet, ob er gleich dableiben dürfe. Der Jungbannführer lehnt das lächelnd ab, dafür sagt er aber dem Kleinen, wann sein erster Dienst sein wird. Der Junge wird nicht lange zu warten haben, und so zieht er befriedigt und glücklich ab.

*

Öffentliches Singen der HJ.

Im Rahmen der Werbewochen der Hitlerjugend findet heute an folgenden Orten ein öffentliches Singen der HJ. und des BDM. statt: 18.30 Uhr: Adolf-Hitler-Platz (Rathausplatz); 18.30 Uhr: Kardinal-Nagl-Platz und Schwarzenbergplatz; 19.30 Uhr: Brigittaplatz; 18.30 Uhr: 11, Enkplatz; 18.30 Uhr: 10, Quellenplatz; 18.30 Uhr: Lainzerplatz, 12, Philadelphiabrücke; 18.30 Uhr: Meislmarkt (Hütteldorferstraße); 18.30 Uhr: Nordpark am Gürtel; 20 Uhr: Elterleinplatz, Zeilingergasse 63, Gertrudkirche, Weinhauserkirche, „Auge Gottes" (Nußdorferstraße), Heiligenstädterhof (Karl-Marx-Hof), Klosterneuburg (Rathausplatz), Gugging (Hauptplatz).

*

Wettbewerb der Ostmarkjugend in Aufsatz und Werkarbeit

Unter dem Motto „Volksgemeinschaft — Schicksalsgemeinschaft" veranstaltet der NS.-Lehrerbund einen sogenannten „Hilf-mit-Wettbewerb", zu dem die ganze Ostmarkjugend herangezogen werden soll. Der Jugend wird die Aufgabe gestellt, dem Erlebnis der Unterdrückung und nachfolgenden Befreiung in Form von Aufsätzen, mit Bleistift, Farbe oder in einer sonstigen Werkarbeit Ausdruck zu verleihen. Es werden gewisse Themen gestellt, zum Beispiel: „Ein Volk — ein Reich — ein Führer", „Arbeit ist Pflichterfüllung", „Deutscher Kampf um Lebensraum" und andere mehr. Im Altreich liegen mit diesen Wettbewerben bereits sehr gute Erfahrungen vor, da es durch sie vielfach gelungen ist, bisher unentdeckte schöpferische Begabungen auf den Plan zu rufen. Durch die gestellten Fristen werden an Lehrer und Schüler höchste Anforderungen gestellt: die Arbeiten sind bis 30. Juni anzumelden und bis 24. September in der Gauwaltung abzugeben.

Berlin protestiert gegen die Judeninvasion

Reichsminister Dr. Goebbels gegen das provokatorische Verhalten des internationalen Judentums in Berlin

Berlin, 22. Juni. Im Olympia-Stadion, in dem sich 120.000 Menschen versammelt hatten, beging gestern die Reichshauptstadt die Sonnwendfeier, bei der Berlins Gauleiter, Reichsminister Doktor Joseph Goebbels, das Wort ergriff.

Der Reichsminister verwies darauf, daß der Nationalsozialismus den alten germanischen Brauch der Sonnwendfeier wieder zu Ehren gebracht und das Brauchtum der Väter mit dem Empfinden des modernen Menschen verschmolzen habe.

Der Redner verwies auf die grandiosen Baupläne des Führers, deren Ziel es ist, Berlin zur wahrhaften Hauptstadt der neuen Großmacht Deutschland zu machen. Der Nationalsozialismus hat in einem harten, siebenjährigen Kampf diese große Aufgabe vorbereitet. Und wenn es ihm gelungen ist, aus der ehemals nach Moskau rötesten Hauptstadt Europas eine echte deutsche Stadt zu machen, so hat er ein Recht darauf, daß die Ergebnisse dieses Kampfes nicht wieder verlorengehen.

Unter dem Beifall der versammelten Massen erklärte Dr. Goebbels:

„Wir haben nicht sieben Jahre in Berlin gegen das internationale Judentum gekämpft, damit es sich im nationalsozialistischen Berlin beinahe breiter macht als je zuvor. Gegen diese provokative Haltung des internationalen Judentums in Berlin müssen wir schärfstens protestieren.

Mitunter hat man fast den Eindruck, daß sich die Juden in Berlin noch genau so wohl fühlen wie in den Zeiten vor unserer Revolution. Und sie finden offenbar noch Gelegenheit genug, ihre schmutzige Geschäftsmacherei den Augen der Öffentlichkeit zu entziehen.

Ist es nicht geradezu empörend und treibt es einem nicht die Zornesröte ins Gesicht, wenn man bedenkt, daß in den letzten Monaten nicht weniger als dreitausend Juden nach Berlin eingewandert sind? Was wollen sie hier? (Erregte „Raus!"-Rufe.) Sie sollen dahin gehen, woher sie gekommen sind, und sie sollen uns nicht noch weiter lästig fallen. Sie sollen nicht so tun, als ob es eine nationalsozialistische Revolution überhaupt nicht gegeben hätte!"

Mit Nachdruck betonte Reichsminister Goebbels, daß die Auseinandersetzungen mit dem internationalen Judentum in Berlin legal und streng nach dem Gesetz von der Partei und vom Staate vor sich gehen würden. Es werde durch gesetzliche Maßnahmen dafür gesorgt werden, daß der jüdische Einfluß auch in der Wirtschaft gebrochen werde. Die Bevölkerung forderte der Reichsminister auf, Disziplin zu halten und nicht zu Einzelaktionen zu schreiten, sondern das Weitere dem Staate zu überlassen.

Der Redner wandte sich dann gegen die marxistisch-jüdische Auslandspresse. Wenn sie von Unterdrückung des Judentums in Deutschland spreche, so könne er ihr empfehlen, sich mit der brutalen Unterdrückung von dreieinhalb Millionen Deutschen in einem anderen Lande zu befassen.

Unter stürmischen Zustimmungskundgebungen erklärte Dr. Goebbels:

„Deutschland will den Frieden, aber nicht den Kirchhof-Frieden, der in Versailles organisiert werden sollte. Wenn man im Ausland etwas für den Frieden tun will, dann soll man dafür sorgen, daß die unhaltbaren Bestimmungen dieses Vertrages verschwinden. Es geht nicht an, auf die Dauer Volk von Volk zu trennen.

Wenn ich bei dieser Gelegenheit und in dieser Frage von der Welt Einsicht und Vernunft fordere, so tue ich das nicht als Chauvinist, sondern als Mensch mit gesundem Menschenverstand. Deutschland will nur sein Lebensrecht; es kann auf sein Lebensrecht nicht Verzicht leisten. Deutschland bildet keine Kriegsgefahr; es will nur, daß die Elemente, die die Ursachen kommender Kriege in sich schließen, beseitigt werden."

Reichsminister Goebbels schloß seine Rede mit dem Hinweis, daß dem deutschen Volke um die Zukunft nicht bange zu sein braucht, weil das deutsche Volk seinem Führer treu bleibt und weil der Führer seinem Volke die Treue hält. Die gewaltige Sonnwendfeier klang in dem Bekenntnis der Hunderttausend aus: „Dem Volk unsere Arbeit, dem Führer unser Herz!"

Der Reichsführer SS Himmler bei den Freiheitskämpfern Kärntens

Klagenfurt, 22. Juni. Zu einem denkwürdigen Erlebnis gestaltete sich die gestrige Sonnwendfeier des 12. Sturmes der 90. SS-Standarte auf dem blutgetränkten Boden in Wolfsberg im Lavanttal. An der Sonnwendfeier dieses SS-Sturmes, der sich bei den Freiheitskämpfen im Juli 1934 besonders ausgezeichnet hatte, nahm nämlich der Reichsführer SS und Chef der Polizei Himmler teil. Der Reichsführer der Schutzstaffeln war direkt von Berlin nach Wolfsberg gekommen, um die feierliche Nacht der für die Ostmark historischen Sonnenwende im Kärntnerland zu verbringen. Nach einem eindrucksvollen Wechselspiel von Liedern und Sprüchen, das Bauernsöhne aufführten, hielt dann Reichsführer SS Himmler die Feuerrede, wobei er insbesondere des Heldenmutes und der Treue der Kärntner gedachte.

Tödlicher Autounfall eines Fliegers

Semmering, 22. Juni. Der Fliegerobergefreite Josef Gradnitzer aus Zeltweg ist bei Spital am Semmering mit seinem Kraftwagen an eine Straßenböschung angefahren und tödlich verunglückt.

Für die Kärntner Hochwasseropfer hat der Gauinspekteur und Landeshauptmann von Vorarlberg, Toni Plankensteiner, namens seines Landes 5000 Reichsmark gespendet.

Eine verbindende Brücke

Durch eine Anordnung des Reichsstatthalters werden Arbeitslose beiderlei Geschlechts für die Dauer der Erntearbeiten des heurigen Jahres zur Landarbeit herangezogen werden. Diese Maßnahme, die sich als notwendig erwiesen hat, um die Einbringung der Ernte zu sichern, liegt ausschließlich im Interesse des Gemeinwohls.

Die Arbeit auf dem Lande ist nicht leicht. Sie ist gebunden an das Geschehen in der Natur, ist abhängig von Jahreszeit und Witterung und läßt sich vor allem nicht in den Rahmen eines Achtstundentages einfügen. Der Bauer ist diese Arbeit gewohnt. Er ist mit der Erde, die er seit je pflügt, so verwurzelt, daß er die Pflichten, die sie ihm auferlegt, kaum als Last verspürt. Er ist gut genährt, das Leben in Sonne und Luft hat ihn stark und widerstandsfähig gemacht, sein Körper kann die schwere Arbeit bewältigen. Ihm scheint manches noch einfach, was für andere, die die Landarbeit nicht gewohnt sind oder sie vielleicht gar nicht kennen, bereits harte körperliche Mühe bedeutet.

Die Helfer, die dem Bauern zur Einbringung der Ernte zur Verfügung gestellt werden, kommen aus der Stadt. Es sind Arbeitslose, die meist seit Jahren keinen Verdienst hatten, die hungern und frieren mußten und deren Körper durch Unterernährung und Krankheit geschwächt ist. Aber nicht nur der Hunger und die langjährige Untätigkeit haben sie geschwächt. Auch die Hoffnungslosigkeit, die noch bis vor kurzem in ihren Herzen lebte; die grauen Jahre der Arbeitslosigkeit wirkten zermürbend auf sie. Gewiß, auch der Bauer hatte seine Sorgen, auch er mußte oft bitter kämpfen um sein Dasein. Allein, wer eigenen Boden unter den Füßen hat, kann niemals diesem lähmenden Gefühl innerer Verlassenheit verfallen, wie der Mensch der Stadt, der ziel- und planlos über fremden, grauen Asphalt irren muß.

Der Bauer, zu dem die Arbeitslosen aus der Stadt als Helfer kommen, wird in ihnen Kameraden sehen müssen, für die er Verständnis und auch Nachsicht aufbringen muß. Er wird sich in der ersten Zeit immer vor Augen halten müssen, daß diese Menschen die schwere körperliche Arbeit nicht gewohnt sind, ja daß allein schon ihr Ernährungszustand noch nicht so weit ist, wie ihn die Arbeit auf dem Lande voraussetzt. Die Erntearbeiter werden sich körperlich, aber auch seelisch in ihre neue Arbeit erst einleben müssen. Dies wird eine gewisse Zeit erfordern. Der Bauer, der Verständnis, ein wenig Güte und Geduld aufbringt, wird hier viel vermögen. Er wird damit nicht nur den guten Geist bei seinen Erntehelfern fördern und damit ihre Leistungsfähigkeit steigern, er wird darüber hinaus eine verbindende Brücke der Kameradschaft vom Land zur Stadt legen. Diese Aufgabe ist so schön, daß sie wohl jeder Bauer, der unser großes nationalsozialistisches Reich bejaht, als eine selbstverständliche Verpflichtung ansehen wird.

Aber auch dem Arbeitslosen, der aus der Stadt kommt, ist hier ein Auftrag gegeben. Er gehe mit gutem Willen und mit aufgeschlossenem Herzen an seine Arbeit. Vor allem mache er sich von allen Vorurteilen frei und gehe aufs Land und zu seinen Bewohnern mit dem Vorsatz, dies alles zu begreifen und in seiner Tiefe zu erleben. Und er wird Werte finden, von denen er sich bisher nichts träumen ließ. Auch der Arbeiter aus der Stadt muß bestrebt sein, eine Brücke zu jenen Menschen zu legen, die für des Volkes Brot und für seine Nahrung sorgen.

Stadt und Land sollen nicht nur zusammenarbeiten, sondern sich auch zusammenfinden. Nicht aus Gründen der Zweckmäßigkeit oder nüchternen Berechnung, sondern deshalb, weil sie beide das Volk sind, für das wir alle leben und schaffen und das all unserem Tun seinen letzten und tiefsten Sinn verleiht.

Zum drittenmal: gemeine Lügenhetze gegen das Reich

London, 15. Juli. Der „News Chronicle" bringt zum drittenmal innerhalb von drei Tagen einen gegen Deutschland gerichteten Bericht, dessen Einzelheiten sich das Blatt ganz ohne Zweifel aus den Fingern gesogen hat. Diesmal beschäftigt sich die jüdische Zeitung, offenbar in der Hoffnung, der Nichteinmischungspolitik Chamberlains doch noch ein Bein stellen zu können, nach dem Muster der französischen Marokkolüge vom Jänner 1937 erneut mit angeblicher umfangreicher militärischer Einmischung Deutschlands in Spanien.

Wieder einmal wird den Engländern die Bedrohung von Gibraltar durch angebliche deutsche Geschütze in Spanisch-Marokko vor Augen geführt, wird behauptet, daß sich in der spanischen Flotte 5000 Mann deutsches Flottenpersonal befänden, und werden weiter eine Reihe von Einzelheiten angegeben, die so frisiert sind, daß sie auf den ersten Blick den Anschein der Richtigkeit erwecken sollen. Den Veröffentlichungen des Blattes steht für jeden Kundigen die Lüge an der Stirn geschrieben.

Wie gelogen wird

Zunächst wird behauptet, das 50 Messerschmitt-Maschinen, 48 Heinkel-Jagdflugzeuge, 183 moderne Junkers-Bomber, 12 Heinkel-Bomber, 6 Rohrbach-Bomber in Bilbao eingetroffen seien. Die Junkers-Fabriken hätten in den letzten Monaten 150 Flugzeuge nach Spanien geschickt. Um die Behauptungen zu erhärten, wird wahllos eine Reihe von deutschen Orten aufgeführt, wo nach Meinung des Blattes Flugzeuge vorhanden sein müssen, in erster Linie große Städte wie Berlin, München und Frankfurt, und es wird dazu kühn behauptet, daß von diesen Flugplätzen aus Spanien mit neuen deutschen Geschwadern versorgt worden sei.

Ferner seien deutsche Piloten in Spanien angekommen, von denen sich jetzt 2000 in Spanien befänden; 1200 Mann einer leichten Brigade seien unter Führung ihrer Offiziere in Spanien eingetroffen. Deutsche Kavallerie sei in Marokko gelandet. 12.000 deutsche Techniker bauten Marokko zu einer riesigen Festung und zu einem Zentrum von Munitionsfabriken aus.

*

Zu der neuen Lügenaktion der unter der Kontrolle der Sowjets stehenden Redaktion des „News Chronicle" schreibt der Deutsche Dienst unter anderem:

Das Sprichwort „Ein gutes Gewissen ist ein sanftes Ruhekissen" bewahrheitet sich jetzt in negativer Weise am „News Chronicle", der von einer Lüge in die andere taumelt. Jetzt ist wieder einmal Spanien daran, nachdem das Blatt gestern durch die Veröffentlichung des Artikels des ehemaligen französischen Luftfahrtminister Pierre Cot die militärische Bedeutung der Tschecho-Slowakei bei einem Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland behandelt hat. „Deutsche Geschwader in Spanien" künden die Schlagzeilen des Londoner Judenblattes.

Moskau hat gut bezahlt

Und so werden die alten Märchen vom Jänner 1937 wieder aufgewärmt. Der Zweck ist heute wie damals der gleiche: Diskreditierung Francos in den Augen der Engländer und Schaffung einer für Rotspanien günstigen Stimmung, weil die Durchführung des Londoner Freiwilligen-Abkommens für Sowjetspanien das Ende bedeuten würde. Es lebt ausschließlich von ausländischen Freiwilligen, von ausländischem Material. Nur damit und mit sowjetrussischen Truppenabteilungen vermag Rotspanien noch Krieg zu führen. Und um diese versteckte Einmischung zu verdecken, werden die Märchen von deutschen Kriegslieferungen an Franco erfunden.

Unverantwortliche Kriegshetze!

Störung der Beziehungen zwischen den Völkern und Hetze zum Krieg, an dem dann die Hintermänner des „News Chronicle" groß verdienen würden, während die Völker die Zeche bezahlen: das ist der ganze Zweck dieser Lügenhetze. Diese Machenschaften erinnern verteufelt an die bodenlosen Verleumdungen über die Inbrandsetzung von Guernica. Auch damals stellte sich bald klar heraus, daß die Judenblätter skrupellos gelogen haben. Nicht deutsche Flieger, sondern die flüchtenden Rotspanier hatten den Ort niedergebrannt.

Es ist schon als grotesk zu bezeichnen, wenn heute diejenigen, die sich niemals genug tun konnten in pazifistischen Phrasen, die immer die Vorkämpfer des Friedens sein wollten und „Nie wieder Krieg!" riefen, tatsächlich zu den schrankenlosesten und verbrecherischesten Kriegshetzern der Erde gehören.

Die Mächte, denen die Hetzer das zu unterstellen versuchten, was sie heute selbst tun, sind wahrhaftig Oasen des Friedens inmitten einer kriegerischen Umgebung. Den autoritären Mächten ist es zu danken, wenn die Völker nicht erneut in das namenlose Unglück eines europäischen Krieges gestürzt wurden.

Hauptschriftleiter Edgar Alker. Dessen Stellvertreter und Chef vom Dienst Bruno Hofeld. Verantwortlich für Innenpolitik und Wirtschaftsfragen Kurt Bodo, für Außenpolitik Edgar Alker, für deutsche Kulturpolitik Sepp Dubiasek, für Sozialpolitik Dr. Josef Mobilka, für den örtlichen Teil Fritz Robert Kirchner, für Feuilleton und Gericht Raimund Lackenbacher und für den Sportteil Bruno Brohaska; Leiter des Anzeigenteiles Friedrich Berko; sämtliche in Wien. — Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Drucker: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts"-AG., Wien.

Ausdehnung der japanischen Operationszone auf Westchina

Tokio, 8. November. Der japanische Außenminister Arita überreichte am Montag nachmittag den in Tokio akkreditierten diplomatischen Vertretern des Auslandes eine Note, die die Mitteilung enthielt, daß die japanische Operationszone in China nach der Einnahme von Kanton und Hankau nunmehr weiter nach Westen ausgedehnt werde. Die Provinzen Schensi, Hupeh, Hunan und Kwangsi würden in nächster Zukunft Kampfgebiet werden. Darüber hinaus würden japanische Luftangriffe bis zu einer Linie erfolgen, die etwa zwischen Sutschau in Nordwestkansu, Patang im westlichen Szetschuan und Tali im westlichen Yünnan verlaufen würde.

In Kürze:

Nach einer offiziellen Mitteilung wird die schwedische Regierung Verhandlungen mit der nationalspanischen Regierung wegen Entsendung eines Vertreters nach Burgos aufnehmen.

*

Die Polizeidirektion in Prag hat die Tätigkeit der „Liga für Menschenrechte" in der Tschecho-Slowakei eingestellt. Die Freimaurerloge „Ludwig Piette zur Aufrichtigkeit und Treue" in Pilsen hat sich freiwillig aufgelöst.

*

Die Polizeidirektion Zürich hat eine von den Kommunisten für Montagabend einberufene Versammlung verboten, auf der der 21. Jahrestag der bolschewistischen Revolte gefeiert werden sollte.

*

Kurz nach der Thronrede des Königs versammelten sich gestern die Parlamentsmitglieder der Labour Party im Unterhaus, um den Parteiführer und den Stellvertreter für die neue Parlamentssession zu wählen. Attlee und die übrigen Parteiführer der Labour-Opposition sind wiedergewählt worden. Greenwood bleibt der Stellvertreter Attlees.

Eindrucksvolle Feierstunde bei der Firma Manner

Gestern abend versammelten sich im festlich geschmückten Gefolgschaftsraum der Schokoladenfabrik Manner u. Komp. die Gefolgsleute zur feierlichen Angelobung des Betriebsführers und des Vertrauensrates. Betriebsobmann Pg. Dremschek konnte den Schulungsleiter für die Ostmark Pg. Nutzenberger, Kreisleiter Pg. Slobetzky und den Kreisbeauftragten der DAF. Pg. Dobisch begrüßen.

Franz Xaver Dworschak trug seine beiden Gedichte „Der deutsche Schweizer" und „Arbeiter reisen in die Welt" vor. Nach einer kurzen Ansprache legte Betriebsführer Pg. Riedl vor der tausendköpfigen Gefolgschaft das feierliche Gelöbnis ab, seinen Aufgaben als Betriebsführer im Sinne des Nationalsozialismus zu dienen. Das gleiche Gelöbnis nahm er durch Handschlag von den sieben Mitgliedern des Vertrauensrates entgegen.

Dann ergriff der Schulungsbeauftragte für die Ostmark Pg. Nutzenberger das Wort zu einer Rede, in deren Mittelpunkt der Grundsatz stand: Ohne Betriebsgemeinschaft keine Volksgemeinschaft. Anschließend sprach Kreisleiter Pg. Slobetzky. Mit den Liedern der Nation fand die eindrucksvolle Feierstunde einen würdigen Abschluß.

König Georg bekräftigt die Münchner Vereinbarungen

London, 8. November. Heute verlas König Georg VI. im Oberhaus die Thronrede, womit die neue Parlamentssession eröffnet wurde. Die Thronrede begann mit der Versicherung, daß die englische Regierung die „Politik des guten Verstehens", die auf der englisch-deutschen Erklärung von München fuße, fördern werde. Dazu komme die baldige Unterzeichnung des englisch-italienischen Abkommens, das ebenfalls der Sache des europäischen Friedens dienen werde.

Der innenpolitische Teil der Thronrede brachte die Ankündigung, daß die englische Aufrüstung beschleunigt durchgeführt werde.

Im Unterhaus fand eine Aussprache über die Thronrede statt. Der Führer der Arbeiterpartei, Major Attlee, nannte die Regierung Chamberlains eine „erschöpfte, müde und schwächliche Regierung". Chamberlain wandte sich gegen den Oppositionsredner; die Pläne der Regierung hinsichtlich der Aufrüstung bezeichnete er als hinreichend. Was die Wirtschaftslage betrifft, zeigte sich Chamberlain pessimistisch: „Ein gewisser wirtschaftlicher Rückgang ist nicht abzuleugnen." Nur in der Tatsache, daß im Sinken der Rohstoffpreise ein Stillstand eingetreten sei, erblickt er ein Zeichen der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung. Schließlich erklärte der Ministerpräsident, man könne dem englischen Volk nicht gleichzeitig unübersehbare Rüstungsausgaben und unermeßliche Kosten für soziale Projekte auflasten.

Schwere Abfuhr für Greenwood und Genossen im Unterhaus

London, 8. November. Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärte der konservative Abgeordnete Boothby, in England sei man sehr geneigt, das deutsche Volk zu verunglimpfen und zu schmähen. Er finde, daß gewisse Mitglieder des Unterhauses in rücksichtsloser Weise über die Führer Deutschlands sprächen, und er möchte Greenwood gerne sagen, daß seiner Ansicht nach es nicht die Zeit sei, in der England in der Lage sei, eine derartige Sprache gegenüber Deutschland zu führen. Es sei leicht, die Deutschen zu schmähen. Die Deutschen hätten aber in den letzten fünf Jahren beispiellose Leistungen nicht nur in der Arbeit, sondern auch im Glauben vollbracht, die manche Engländer gern nachahmen möchten. Durch reine Kraftanstrengung und Entschlossenheit hätten die Deutschen den Ausgang des Weltkrieges in das Gegenteil verwandelt. Das sei eine ungeheure Leistung. Was aber die Engländer anbelange, so sei er überzeugt, daß sie keinen Grund für irgendwelche Beschwerden hätten.

Die Abschiebung zugewanderter Juden aus der Slowakei

Preßburg, 8. November. Die Abschiebung von zugewanderten und staatenlosen Juden aus Preßburg und der gesamten Slowakei nimmt ihren Fortgang. Die slowakische Regierung bereitet außerdem bei der Regelung der Judenfrage einige Gesetze vor, die sich zur Beseitigung unerwünschter Elemente unter den Lehrkräften im Schulwesen durch einen „Numerus clausus" auswirken sollen. Die Überfüllung der Schulklassen mit jüdischen Schülern wird beseitigt.

Auflösung der sozialdemokratischen Partei in der Slowakei

Preßburg, 8. November. Die Auflösung der politischen Parteien in der Slowakei nimmt ihren Fortgang. Nunmehr hat auch die sozialdemokratische Partei beschlossen, ihre Tätigkeit einzustellen und sich in die nationale Einheitspartei einzugliedern.

*

Demonstrationen gegen jüdische Professoren und Studenten

Preßburg, 8. November. An der Preßburger Universität kam es bei der Eröffnung des Wintersemesters der medizinischen Fakultät zu Demonstrationen der Hörer gegen die noch jüdischen Professoren. Die slowakische Universitätsjugend lehnt es auch ab, mit den jüdischen Studenten zusammenzuarbeiten, und verhinderte es am Montag, daß die jüdischen Hörer das Universitätsgebäude betraten.

Sudetendeutsche für die Offizierslaufbahn des Heeres

Das Oberkommando des Heeres gibt folgende vorläufige Bestimmungen für die Aufnahme Sudetendeutscher in die Offizierslaufbahn des Heeres bekannt:

1. Sudetendeutsche, die am 1. November 1938 das 17. Lebensjahr vollendet haben, nicht älter als 24 Jahre sind und noch nicht gedient haben, können sich, falls sie das Reifezeugnis einer höheren Lehranstalt besitzen oder es voraussichtlich bis zum Frühjahr 1939 erlangen werden, in der Zeit vom 10. November bis 15. Dezember 1938 zum Eintritt als Fahnenjunker im Herbst 1939 melden.

2. Sudetendeutsche, die ab Herbst dieses Jahres zur Ableistung ihrer ein- bezw. zweijährigen Dienstpflicht einberufen werden, können Anträge auf Übernahme in die Offizierslaufbahn bei ihrem Truppenteil stellen.

3. Sudetendeutsche, die ihre aktive Dienstpflicht in der tschecho-slowakischen Wehrmacht bereits erfüllt haben, können Anträge auf Übernahme in die Offizierslaufbahn stellen, nachdem sie an einer vierwöchigen Übung bei einem Lehrgang oder Truppenteil erfolgreich teilgenommen haben.

Auskunft über die Zulassung zu diesen Übungen erteilen die Wehrmachts-Freiwilligenstellen.

Die Folgen dieser jüdischen Meuchelmord werden mit ganzer Wucht auf die Juden fallen

Pressestimmen zum Mordanschlag des Juden Grynszpan

Die feige Mordtat des polnischen Judenbuben Herschel Veitel Grynszpan an dem deutschen Legationssekretär vom Rath, hat in der ganzen zivilisierten Welt einmütig Abscheu hervorgerufen. Die Überzeugung ist allgemein, daß es sich bei diesem Anschlag nicht um die Tat eines Einzelnen handelt, daß sie vielmehr über Auftrag einer jüdischen Emigrantenorganisation geschehen ist. Im deutschen Volke herrscht die Meinung vor, daß nun das Maß voll sei und daß aus dieser neuen Tat die schärfsten Folgerungen gegen die Juden zu ziehen sind.

Der „Westdeutsche Beobachter" schreibt, daß man die französischen Behörden sicherlich in keiner Weise für dieses Verbrechen verantwortlich machen könne, daß es aber eine ebenso feststehende Tatsache sei, daß Paris seit langem das Zentrum des sowohl aus Deutschland wie aus Italien geflüchteten jüdischen Emigrantengesindels ist. Der Mordüberfall beweise, daß die Geduld und die Nachsicht des deutschen Volkes vor allem gegenüber dem in Deutschland lebenden ausländischen Judentum zu groß und unberechtigt war. Wer den Mord als erlaubtes „Demonstrationsmittel" zur Unterstreichung einer verbrecherischen Lügenkampagne braucht, kann mit keiner weiteren Schonung mehr rechnen.

Die „Kölnische Zeitung" weist auf die Gefahren hin, die den Franzosen aus der jüdischen Emigration drohen, und äußert sich dahin, daß der Anschlag in der deutschen Botschaft in Paris den Juden in Deutschland keinen Dienst erwiesen habe. Der „Angriff" hebt hervor, wie notwendig es ist, alle Maßnahmen gegen die Juden zu verstärken und mit den schärfsten Folgerungen gegen sie vorzugehen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, der Verdacht liege nahe, daß es die Absicht etwaiger Hintermänner des Attentäters war, die zwischen Deutschland und Frankreich beginnende Verständigung zu hintertreiben. Das „Berliner Tageblatt" betont, daß die Folgen dieser jüdischen Meuchelmord an einem Deutschen mit ganzer Wucht auf die Rassengenossen des Grynszpan zurückfallen werden. Das internationale Judentum habe wieder einmal in den Spiegel geschossen.

(Lichtbild Hoffmann.)

Rechts oben: der jüdische Mordbube Grynszpan. — Links: der Attentäter wird kurz nach der Tat abgeführt.

Verurteilung in der Pariser und Londoner Presse

In der Pariser Presse wird der Mordanschlag des Juden Grynszpan auf das schärfste verurteilt. Verschiedene Blätter nehmen die Tat zum Anlaß, um energische Maßnahmen gegen die in Frankreich lebenden Auslandjuden zu verlangen. Im „Journal" heißt es, es sei schwerlich glaubhaft, daß der Attentäter aus eigener Initiative gehandelt habe. Der „Petit Parisien" befaßt sich mit der Person des Verbrechers und stellt fest, daß dieser bereits am 11. August 1937 zum Verlassen des französischen Bodens aufgefordert worden sei. Statt dessen sei Grynszpan bei seinem Onkel geblieben. Der Onkel und die Tante des jungen Attentäters, die ihren Neffen trotz Ausweisung aus Frankreich bei sich behalten haben, hätten eine Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe zu erwarten. Die „Epoque" wendet sich gegen das „allzu gastliche Frankreich". Der „Jour" nimmt scharf Stellung dagegen, daß sich die Pariser Polizei nicht darum kümmere, ob die lästigen Ausländer, die einen Ausweisungsbefehl bekommen haben, auch tatsächlich Frankreich verlassen. Die „Action française" fragt, ob Frankreich ewig der Tummelplatz aller verworfenen und verdorbenen Individuen Europas bleiben werde. „Ere Nouvelle" fordert den Numerus clausus der französischen und ausländischen Juden in allen Berufen.

In den englischen Berichten wird hervorgehoben, daß es sich um einen ganz gemeinen Racheakt handelt. „Daily Telegraph" meint, daß dieser Zwischenfall für Frankreich unangenehme Folgen haben werde, da die Regierung von den Rechtsparteien schon lange wegen ihrer nachlässigen Handhabung der Gesetze über die Zulassung politischer Flüchtlinge getadelt werde.

*

„Ich bedauere, daß er nicht tot ist!"

Paris, 8. November. Wie man in unterrichteten Kreisen zu der polizeilichen Untersuchung gegen den jüdischen Mordbuben Herschel Grynszpan erklärt, soll er schon mit dem Vorsatz nach Frankreich gekommen sein, einen Deutschen zu töten. Die Polizei hat die Eheleute Grynszpan, die ihren Neffen gesetzwidrig bei sich beherbergt haben, verhaftet und unter Anklage gestellt. Der jüdische Verbrecher hat dem Polizeikommissar beim Verhör erklärt, es sei ihm darauf angekommen, irgendeinen Deutschen zu töten. Er habe auf den ersten besten geschossen. Zynisch fügte er dann noch hinzu, er könne nur bedauern, „daß er nicht tot ist".

Zahlreiche Sympathietelegramme an Legationssekretär vom Rath sind seit Montag nachmittag aus Deutschland und Frankreich eingegangen. Unter diesen befindet sich ein herzliches Telegramm des Reichsaußenministers v. Ribbentrop.

Der französische Außenminister Bonnet hat am Montag nachmittag dem deutschen Botschafter im eigenen Namen sowie im Namen des französischen Ministerpräsidenten anläßlich des Anschlages sein Mitgefühl und die Sympathie für den Attaché der deutschen Botschaft zum Ausdruck gebracht.

Das Befinden des Legationssekretärs vom Rath besorgniserregend

Paris, 8. November. Professor Doktor Magnus und Dr. Brandt haben über das Befinden des Legationssekretärs vom Rath folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Das Befinden von Legationssekretär vom Rath hat sich bis zum heutigen Abend nicht gebessert. Es bestehen ernste Besorgnisse. Die Temperatur ist geblieben. Es finden sich Anzeichen einer beginnenden Kreislaufschwäche.

*

Umfangreiche Waffenfunde bei Berliner Juden

Berlin, 8. November. Angesichts des gestern erfolgten jüdischen Mordanschlages in der deutschen Botschaft in Paris gibt der Polizeipräsident von Berlin der Öffentlichkeit das vorläufige Ergebnis bekannt, das eine allgemeine polizeiliche Entwaffnung der Juden Berlins, die in den letzten Wochen in Angriff genommen wurde, bisher gehabt hat.

Der Polizeipräsident hat sich, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Reichshauptstadt aufrechtzuerhalten, auf Grund einiger Einzelfälle veranlaßt gesehen, eine Waffenkontrolle bei der jüdischen Bevölkerung durchzuführen. Dies ist den Juden durch die Polizeireviere kürzlich zur Kenntnis gebracht worden, worauf die in

jüdischem Besitz bisher befindlichen Waffen bei der Polizei von den Juden, die keinen Waffenschein haben, abgegeben wurden.

Die Aktion erzielte bis zum heutigen Tage die Sicherstellung von 2569 Stich- und Hiebwaffen, 1702 Schußwaffen und rund 20.000 Schuß Munition.

Sofern nach Abschluß der Waffenaktion noch ein Jude im Besitz einer Waffe angetroffen wird, wird der Polizeipräsident in jedem einzelnen Falle mit größter Strenge vorgehen.

*

Das Judenproblem keine religiöse Angelegenheit

Mailand, 8. November. In einem Vortrag am faschistischen Kulturinstitut in Mailand befaßte sich der Direktor des „Regime Fascista", Robert Farinacci, mit dem Thema „Die Kirche und das Judentum".

Farinacci hob zunächst hervor, daß sich Italien mit der Eroberung des Imperiums vor die Notwendigkeit gestellt gesehen habe, das Rassenproblem zu lösen. Mit Überraschung mußte man feststellen, daß die offizielle katholische Kirche eine der Geschichte des Katholizismus gerade entgegengesetzte Haltung eingenommen habe. In den ersten Jahrhunderten des Christentums haben die Kirchenväter und die Päpste einen antijüdischen Geist erkennen lassen. Die schärfsten Anklagen gegen das Judentum seien vor fünfzig Jahren von der Kirche erhoben worden, die die von der Französischen Revolution proklamierten Menschenrechte als Judenrechte bezeichnet haben. Farinacci weist darauf hin, daß die Kirche in den letzten Jahren eine Schwenkung in ihrer ursprünglichen Haltung bezogen habe und daß diese Haltung der Kirche bei den Katholiken eine tiefe geistige Tragödie entstehen lasse.

Die katholischen Faschisten betrachten das Judenproblem als eine streng politische und nicht als religiöse Angelegenheit, und wollen nicht, daß sich die Kirche mit politischen Fragen beschäftige, die dem Faschismus zukommen.

99 Todesopfer eines sowjetspanischen Fliegerangriffes

Salamanca, 8. November. Wie der nationale Heeresbericht meldet, wurden bei der Eroberung von Nora del Ebro 650 Gefangene gemacht.

Cabra in der Provinz Cordoba wurde von sowjetspanischen Fliegern bombardiert. Als die Bevölkerung am Montag früh auf dem Wege zu ihren Arbeitsplätzen war, tauchte plötzlich eine große Zahl tief fliegender roter Bomber auf, die eine Fülle kleiner Bomben auf die Straßen und den Marktplatz abwarfen.

Wie die letzten Meldungen besagen, sind 99 Tote zu beklagen, und zwar 18 Frauen, 8 Kinder, 70 Männer sowie 3 bolschewistische Gefangene, die sich in Haft befanden. 10 Dorfbewohner sind so schwer verletzt, daß man jederzeit ihren Tod befürchtet; weitere 20 sind schwer und 150 leichter verletzt.

3000 Reichsmark Geldstrafe für einen herzlosen Betriebsführer

Wie die DAF. berichtet, wurde ein Betriebsführer wegen Herzlosigkeit und Böswilligkeit gegenüber seiner Gefolgschaft vom Reichsehrengerichtshof zu 3000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Der Betriebsführer ging gegen jene Gefolgschaftsmitglieder, die er „loshaben" wollte, ausfällig und rücksichtslos vor, um sie zum „freiwilligen" Verlassen des Betriebes zu verhalten.

Von Heinz M. Schramm

Die Bauern von St. Julian hatten von alters her ein unerbittliches Gesetz: Wer einmal dem Strafgericht der Obrigkeit verfallen war, der war aus der Gemeinschaft ausgeschlossen für immer. Nirgends war dieses Gesetz verbrieft; einem starren, selbstgefälligen Rechtsgefühl entsprungen, lebte es fort von Geschlecht zu Geschlecht. Mochte der Missetäter durch eine Verkettung unglücklicher Umstände ins Unrecht geraten sein, mochte er sühnen und bereuen — sein Weg verlief fortan abseits, wenn er es nicht vorzog, in die Fremde zu entfliehen.

Michel Kuenreuter kannte dieses Gesetz. Und als er in der Eifersucht den Jäger, seinen Nebenbuhler bei der schönen Elisabeth, niedergeschlagen hatte, da wußte er, daß er nun auch diesem Gesetz verfallen war. Die Richter in der Stadt waren verständig. Sie erkannten, daß der Michel nicht Herr seines Tuns gewesen, und da die Verletzung des Jägers nicht schlimm war, ließen sie es bei einer kleinen Haftstrafe bewenden. Die Bauern von St. Julian aber machten da keinen Unterschied. Sie verstanden gewiß den Zorn des Michel, waren auch dem Jäger nicht sonderlich gut gesonnen, doch der Michel hatte im Gefängnis gesessen und das galt ihnen soviel, als wäre er mit der Pest behaftet.

Der Michel hatte nach seiner Rückkehr versucht, das Gesetz zu seinen Gunsten zu biegen. Er war ja kein Verbrecher, hatte zudem das Unrecht durch willige Sühne ausgelöscht. Indes, wo er vorsprach, begegnete er verschlossenen Gesichtern und fortweisenden Worten. Selbst die Elisabeth, derentwegen er gelitten, sprang spöttisch lachend davon, daß er allein stand in Scham und Hohn.

Da war der helle Zorn in Michel gefahren. War er ein Mörder, ein Räuber? Hatte er nicht nur seine Ehre verteidigt, aufrecht und gerade, wie es Mannesart war? — Freilich, die Menschen waren zahmer und wehleidiger geworden. Die Paragraphenreiter und Federfuchser führten das Wort, die Faust galt nichts mehr. War ja wohl auch richtig so. Doch was hätte er tun sollen? Die Elisabeth dem Jäger überlassen? Oder zu irgendwem laufen und dem etwas vorgreinen? — Verflucht! Er war doch Mann genug, sich sein Recht selbst zu erstreiten! Und hatte er den falschen Weg eingeschlagen — gut, so hatte er gebüßt dafür und die Gerechtigkeit wiederhergestellt. Was wandten sie sich nun ab von ihm und schlugen ihn an das Kreuz ihres närrischen Gesetzes?

So mancher war schon vor diesem Gesetz in die Fremde entflohen. Einigen war es zum Glück ausgeschlagen: sie waren in der Fremde zu Geld und Ehren gekommen und lachten der Starrköpfigen. Freilich, ob sie zu innerst nicht doch an der Wunde der Heimatlosigkeit, an der Sehnsucht nach den Bergen der Jugend krankten, das wußte niemand. Die meisten aber, die hinausgewandert waren, sind irgendwo an der Landstraße verkommen oder in der Menschenmühle der großen Städte zermalmt worden.

Sollte auch er fortwandern? Ins Graue, Ungewisse?

Nein! Ihn sollten sie nicht zwingen! Widerpart wollte er ihnen leisten, stehen gegen das ganze Dorf, bis das Gesetz zerbräche — oder er!

So blieb er, bestellte seinen Acker, ging erhobenen Hauptes durch das Dorf. In sein Denken aber fraß sich mehr und mehr der Haß gegen die Selbstgerechten und Dünkelhaften, fraß sich der Haß gegen Elisabeth, die, ihm zum Spott, mit dem Grünfrack schön tat.

Da geschah es in einer Nacht, daß die Kirchenglocken schauerlich zu stürmen begannen und die Bauern von den Strohsäcken aufrissen. Blutrot flammte der Himmel und der Rauch wälzte sich beißend über die Dächer. „Feuer!" rief's in den Gassen, und ein Rennen und Schreien hub an, den rasenden Flammen Einhalt zu gebieten.

Auch der Michel griff nach den Kleidern, ließ sie jedoch gleich wieder sinken. Bah, was scherte es ihn! Kümmerten sie sich nicht um ihn, bedurften sie wohl auch seiner Hilfe nicht!

Er trat ans Fenster. Teufel, mußte ein gewaltiges Feuer sein!

Ein paar Weiber liefen zusammen. „Im Rainerhof ist es!" schrien sie. „Das Haus brennt hellauf, und die Elisabeth ist noch drinnen! Kommen nicht an sie heran!"

Die Elisabeth! — Herrgott! Sekundenschnell war Michel in Hof' und Schuh'. Einen Herzschlag lang zögerte er noch. Die Elisabeth — was ging sie ihn an? Sollte doch der Jäger...!

Ehe er indes mit seinem Überlegen zu Ende gekommen, lief er auch schon über die Gasse. Wirre Gedanken flatterten in seinem Kopf. Die Elisabeth! Was kümmerte sie ihn? Warum lief er nach ihr? — Oh, dieses Feuer! Mit gierigen Zungen leckte es hinauf, leckte nach einem Menschen, nach Elisabeth!

Ob der Jäger...?

Ah, dort lief er ja und greinte um Hilfe! —

Das Kleine Blatt

6 Pfennig

Außerhalb der Ostmarkgaue 10 Pfennig

Ungarn 9 Fillér — Jugoslawien 1'50 Dinar — Italien 40 Centesimi

Nr. 310 Schriftleitung und Verwaltung: Wien 5, Rechte Wienzeile 97. Fernruf B 29-5-10 Wien, Donnerstag 10. November 1938 Anzeigenannahme: Verwaltung u. Stadtbüro, I, Schulerstr. 7, Fernruf R 27-3-96 12. Jahrg.

Der jüdische Mordanschlag doch gelungen:

Gesandtschaftsrat vom Rath seinen schweren Verletzungen erlegen

Beileiddepesche des Führers an die Eltern

Ab heute direkter Bahnverkehr Wien—Lundenburg—Breslau

Die Gedenkfeiern des 9. November

Der Führer inmitten seiner alten Kampfgefährten (Lichtbild Weltbild.)

Am Abend des 8. November versammelte Adolf Hitler, wie alljährlich, die Garde der Bewegung im Bürgerbräukeller zu München

Die Schwester der Alten Garde

(Lichtbild Weltbild.)

Im Kreise der alten Kampfgefährten befindet sich auch Schwester Pia, die den November-Marsch an der Seite Adolf Hitlers mitmachte und als einzige Frau den Blutorden trägt.

Die Grundsätze der Sowjet-Außenpolitik

Moskau, 9. November. Anläßlich des Jahrestages der bolschewistischen Revolution beschäftigt sich die offizielle Zeitschrift der Moskauer Komintern mit der Außenpolitik der Sowjetunion, deren Ziele zum erstenmal offiziell und öffentlich mit denen der Komintern einheitlich dargestellt werden. Der bestimmende Faktor der Sowjet-Außenpolitik bleibe die „kapitalistische Einkreisung". Die Sowjetunion könne sich zwar mit kapitalistischen Staaten verbinden, dürfe ihnen jedoch nicht vertrauen. Die Entwicklung der tschechischen Krise habe die Richtigkeit dieses Grundsatzes bewiesen. Trotz dem „Verrat der Westmächte" sei Sowjetrußland auf dem richtigen Weg.

Auch die übrige Moskauer Presse läßt die Aktivierung der Weltrevolutionspolitik Moskaus eindeutig erkennen. Praktisch läuft diese neue Agitation auf eine Steigerung der Kriegshetze hinaus. So ist zum Beispiel eine ganze Seite eines Moskauer Blattes so gestaltet, als ob sich die Sowjetunion im Krieg mit dem Faschismus befände.

Sowjetrussische Militärlieferungen an China

Tokio, 9. November. Die militärische Hilfeleistung der Sowjetunion für das Tschiangkaischek-Regime nimmt immer größeren Umfang an. So wurden von den Sowjets in kurzer Zeit 60 Militärflugzeuge, ein größerer Posten Gewehre sowie 80 Lastkraftwagen geliefert. Im übrigen befänden sich zurzeit mehr als 400 sowjetrussische Piloten an der chinesischen Front im aktiven Dienst.

Hauptschriftleiter Edgar Alker. Dessen Stellvertreter und Chef vom Dienst Bruno Holfeld; Verantwortlich für Innenpolitik Edgar Alker, für Außenpolitik Sepp Dobiasch (verreist), für Wirtschaftsfragen und Sozialpolitik Kurt Voog, für deutsche Kulturpolitik Sepp Dobiasch (verreist), für den örtlichen Teil Fritz Robert Kirchner, für Feuilleton und Gericht Raimund Lackenbucher und für den Sportteil Bruno Prohaska; Bildverdienst Bruno Hölfeld; Leiter des Anzeigenteiles Friedrich Perlo; sämtliche in Wien. — Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Drucker: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" AG., Wien. Durchschnittsauflage Oktober 1938: 209.000; derzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

Gesandtschaftsrat vom Rath — gestorben

Paris, 9. November. Der deutsche Gesandtschaftsrat vom Rath ist heute nachmittag um 16.30 Uhr französischer Zeit an den Folgen des gegen ihn verübten Attentats des Juden Grünspan gestorben.

Die letzten Stunden

Die behandelnden deutschen Ärzte Doktor Magnus und Dr. Brandt haben über die letzten Lebensstunden des Gesandtschaftsrates I. Klasse, Pg. vom Rath, folgendes Bulletin ausgegeben: Im Laufe des Vormittags trat bei vom Rath eine weitere Verschlechterung des Zustandes ein. Eine nochmalige Blutübertragung hatte nur vorübergehende Wirkung. Auf Herzmittel reagierte der Kreislauf ungenügend. Das Wundfieber blieb hoch. Gegen Mittag zeigte sich entscheidend der Einfluß der Magenverletzungen in Verbindung mit dem Milzverlust. Der Kräfteverfall ließ sich nicht aufhalten, so daß um 16.30 Uhr der Tod eintrat.

Dr. Magnus und Dr. Brandt teilen dann noch mit, daß der französische Chirurg Dr. Baumgartner nach kunstgerechter Operation auch die Wundbehandlung sorgfältig durchgeführt hat. Die Klinik de l'Alma stellte ihre guten Einrichtungen zur Verfügung; das Pflegepersonal hat sich aufopfernd eingesetzt. Der Tod des Gesandtschaftsrates ist allein eine Folge der schweren Schußverletzungen.

Ein zweieinhalb Tage langes Ringen mit dem Tode

Die furchtbare Bluttat, deren Opfer Gesandtschaftsrat vom Rath geworden ist, hat sich am Montag um 9.35 Uhr zugetragen. Der deutsche Gesandtschaftsrat hat also beinahe zweieinhalb Tage lang unter den Wirkungen der entsetzlichen Schußverletzungen gelitten.

Einige Stunden nach der Bluttat war vom Rath operiert worden; dann sind vier Blutübertragungen vorgenommen worden. Während der ganzen Zeit seines Leidens hat Gesandtschaftsrat vom Rath größte Geduld an den Tag gelegt.

Die Agonie trat um 15 Uhr ein, der Tod um 16.30 Uhr. Neben den Ärzten weilten auch die Eltern des Sterbenden im Krankenzimmer.

Die Persönlichkeit des Gesandtschaftsrates

Der vom Führer und Reichskanzler am Mittwoch zum Gesandtschaftsrat I. Klasse ernannte Pg. Ernst vom Rath wurde am 3. Juni 1909 in Frankfurt am Main geboren. Er ist aus dem preußischen Justizdienst hervorgegangen, dem er als Referendar angehörte. Im Jahre 1934 wurde vom Rath in das Auswärtige Amt berufen.

Die ersten Attachéjahre verbrachte er auf der traditionellen „Wanderschaft"; er war bei den deutschen Botschaften und Gesandtschaften in Paris, Budapest und Kalkutta. In Indien zog er sich ein tropisches Fieber zu, das ihn zur Rückkehr in die Heimat zwang.

Im August d. J. wurde vom Rath erneut der Botschaft in Paris zugeteilt; am 18. September erfolgte seine Ernennung zum Legationssekretär.

*

Beileidstelegramm des Führers

München, 9. November. Der Führer hat an die Eltern des Gesandtschaftsrates I. Klasse vom Rath folgendes Beileidstelegramm gesandt:

„Herrn und Frau vom Rath, z. Zt. Paris.

Nehmen Sie zu dem schmerzlichen Verlust, der Sie durch den feigen Meuchelmord an Ihrem Sohn getroffen hat, meine aufrichtigste Teilnahme entgegen.

Adolf Hitler."

Beileid der französischen Regierung zum Tode vom Raths

Berlin, 9. November. Der französische Geschäftsträger Graf de Montbas sprach beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn v. Weizsäcker, vor, um im Namen der französischen Regierung, des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Außenministers das Beileid aus Anlaß des Hinscheidens des Gesandtschaftsrates Ernst vom Rath auszusprechen.

Einheitspartei in der Slowakei

Preßburg, 9. November. Dienstag abend wurden die Beratungen der verschiedentlichen politischen Parteien in der Slowakei beendet und mit einer gemeinsamen Kundgebung beschlossen, in der alle den Zusammenschluß zur Slowakischen Volkspartei Hlinkas als der „Partei der slowakischen nationalen Einheit" bekanntgaben. Im Rundfunk sprach der Regierungsvorsitzende Dr. Tiso und sagte, daß das slowakische Volk nach seiner politischen Selbständigkeit auch die politische Einigung erreicht habe. Der Bruderkampf sei beendet.

Aus Prag wird gemeldet, daß die frühere Partei Beneschs, die volkssoziale Partei, beschlossen hat, sich aufzulösen und sich als „Bewegung der nationalen Zusammenarbeit und Erneuerung" neu zu organisieren. Nach der tschechisch-sozialdemokratischen Partei ist dies nun die zweite tschechische Partei, die ihren Namen ändert. Ob dies die Lage vereinfacht, bleibt dahingestellt. Die tschechischen Klerikalen erneuerten ihren Vorschlag auf Bildung einer Einheitspartei.

Das tschechische Parteiendurcheinander geht also weiter, wobei die national getarnte Linke an Boden gewinnt. Die tschechische Pressezensur streicht auch wieder alle Artikel und Meldungen, die sich gegen Sowjetrußland richten.

„Der Sozialdemokrat" eingestellt

Das Organ der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei, „Der Sozialdemokrat", ist heute zum letztenmal erschienen. Der Beschluß wurde gefaßt „mit Rücksicht auf die Münchner Entscheidung und die Unmöglichkeit einer Fortführung der früheren Tätigkeit".

Judenabwehr bedeutet Völkergenesung

Die Juden werden bald erkannt haben, daß ihnen mit der Mordtat ihres jugendlichen Rassegenossen Grünspan ein übler Dienst erwiesen worden ist. Das deutsche Volk ist am Ende seiner Geduld. Vom Falle Gustloff her der im Jahre 1936 in Davos von dem Juden Frankfurter gemeuchelt wurde, weiß es um die Praktiken und Verschleierungsversuche des Weltjudentums, wenn es gilt, einen seiner Verbrecher zu schützen. Man geht in der Annahme nicht fehl, daß die Hintermänner dieses Verbrechens mit Absicht einen ausländischen Minderjährigen als Vollstrecker ihrer Pläne wählten, in der Erwägung, daß diesen nicht die volle Schärfe des Gesetzes treffen könne.

Das Weltjudentum identifiziert sich auch hier, wie im Falle Frankfurter, mit dem Mörder. Es ist daher das gute Recht des deutschen Volkes, alle in seinen Grenzen lebenden Juden, mögen sie nun In- oder Ausländer sein, mit diesem Mordbuben zu identifizieren. Das Deutsche Reich wird jedenfalls die Folgerungen ziehen, die ihm das Verhalten des Judentums als dringlich geboten erscheinen läßt.

Es ist zu hoffen, daß der Mord an dem Legationssekretär vom Rath auch den Franzosen die Augen öffnet und sie endlich zur Besinnung bringt, daß das in Paris lebende, von der Regierung allzu nachsichtig behandelte Emigrantengesindel und die laxe Auffassung der französischen Fremdenpolizei eine schwere Belastung und ständige Gefährdung Frankreichs darstellen.

Der Mordfall Grünspan öffnet Frankreich die Augen

Paris, 9. November. Die französischen Blätter befassen sich eingehend mit dem jüdischen Mord an dem Gesandtschaftsrat vom Rath. Erneut werden Stimmen laut, die energische Maßnahmen gegen alle ausländischen Elemente verlangen, die die Ruhe und Ordnung in Frankreich zu stören versuchen.

„Petit Parisien" erklärt, Frankreich habe eine so liberale Politik geführt, daß es auf seinem Boden bis zu drei Millionen Ausländer beherbergt habe. Man habe aber feststellen müssen, daß sich unter ihnen die übelsten Typen des internationalen Verbrechertums befinden. Siebzig v. H. aller dieser Emigranten mache ein übles Gesindel aus, mit dem sich die französische Polizei zu beschäftigen habe.

Im „Matin" heißt es: In keinem Lande der Welt werden die unerwünschten Elemente so aufgenommen wie in Frankreich. In keinem Lande der Welt führen sie sich aber so schlecht wie in Frankreich auf.

*

Slowaken fordern Schächtverbot

Preßburg, 9. November. Der Kampf gegen die widerlichen Gebräuche des Judentums findet in der slowakischen Bevölkerung immer stärkeren Widerhall. In energischer Weise nimmt jetzt das Volk gegen das rituelle Schächten der Juden Stellung und verlangt mit allem Nachdruck die Einstellung dieser Tierquälerei. Die erste diesbezügliche Aktion leiteten die Bewohner von Stampfen, einer kleinen Ortschaft bei Preßburg, ein.

Einer der größten jüdischen Eiergroßhändler in der Slowakei, namens Wollner, versuchte mit 6 Millionen Tschechenkronen ins Ausland zu flüchten, um sich mit seinem erschwindelten Vermögen in Amerika niederzulassen. Er wurde jedoch rechtzeitig erfaßt und in Haft genommen.

Die Bewegung unter den deutschen Schülern Preßburgs zur Säuberung der Schulen von unerwünschten Elementen breitet sich immer mehr aus. In der deutschen Lehrlingsschule versammelten sich heute die Schüler und überreichten dem Lehrerkollegium die Forderung nach Entlassung aller jüdischen, marxistischen und auch der tschechischen Lehrer sowie der jüdischen Schüler aus der Schule.

Spontane Demonstrationen gegen die Juden

Dessau, 9. November. In den Nachmittagsstunden ist es in Dessau zu spontanen Demonstrationen gegen die Juden gekommen. Die Dessauer Bevölkerung machte ihrem Abscheu der feigen Mordtat in Paris gegenüber Luft. Die Polizei wurde zum Schutze der Juden eingesetzt. Trotz ihrer hellen Empörung hielten sich die Massen soweit zurück, daß es zu keinen ernsthaften Ausschreitungen kam.

Streik als Abwehr gegen jüdische Ramschgeschäfte

Genf, 9. November. In verschiedenen Städten der Schweiz ist eine lebhafte Abwehrbewegung des gewerblichen Mittelstandes gegen die vorwiegend mit jüdischem Kapital arbeitenden Großbetriebe im Gange. In Vevey, wo der Einzelhandel sich besonders lebhaft, aber bisher erfolglos über die Konkurrenz der hauptsächlich jüdischen Ramschgeschäfte beklagt hat, hat man zu dem in der Schweiz ungewöhnlichen Mittel des Verkäuferstreiks gegriffen. Am Donnerstag nachmittag, der von der Bevölkerung mit Vorliebe zu Einkäufen aller Art benützt wird, sollen sämtliche Geschäfte geschlossen bleiben.

Es handelt sich nach Erklärungen der Beteiligten um eine Kraftprobe, die auf die Bundesbehörden Eindruck machen soll.

*

Kommune im Kanton Waadt bleibt verboten

Bern, 9. November. Der schweizerische Nationalrat hat am Mittwoch mit 101 gegen 39 Stimmen das Verbot der kommunistischen Organisation im Kanton Waadt gutgeheißen.

*

Auch Rumänien erwehrt sich der jüdischen Emigranten

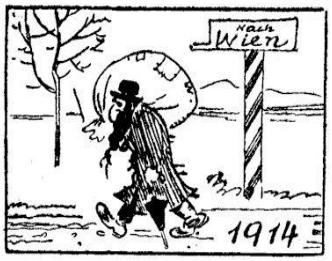
Bukarest, 9. November. Das Regierungsblatt „Romania" berichtet, daß sich in der Bukowina und besonders in Czernowitz im letzten halben Jahr zahlreiche Emigranten ohne behördliche Erlaubnis niedergelassen hätten. Es handelt sich fast ausschließlich um Juden. Sie kamen unter verschiedenen Vorwänden, angeblich vorübergehend, nach Rumänien, versuchten sich hier aber unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften dauernd niederzulassen. Die rumänischen Behörden sahen sich nunmehr genötigt, eine strenge Fahndungsaktion nach den in letzter Zeit zugewanderten unerwünschten Ausländern anzuordnen.

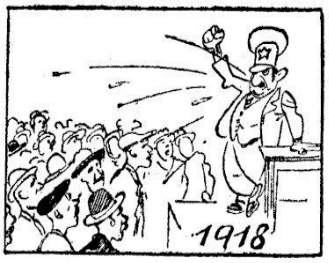
*

Und Stalin amnestiert seine Juden

Warschau, 9. November. Der Krakauer „Illustrierte Kurier" meldet aus Moskau, daß der im Piatakow-Prozeß zu langjährigem Zuchthaus verurteilte jüdische Publizist Radek-Sobelsohn vor wenigen Wochen nach Moskau zurückgekehrt und wegen besonderer Verdienste, die er der GPU. erwiesen habe, auf freien Fuß gesetzt worden sei. Er soll sogar seine Tätigkeit in der Presse wiederaufgenommen haben.

Nach Farbe-Wechsel...





...nunmehr Farbe bekennen!

Das Kleine Blatt

6 Pfennig

Außerhalb der Ostmarkgaue 10 Pfennig

Ungarn 9 Fillér – Jugoslawien 1'50 Dinar – Italien 40 Centesimi

Nr. 311 Schriftleitung und Verwaltung: Wien 5, Rechte Wienzeile 97. Fernruf B 29-5-10

Wien, Freitag 11. November 1938

Anzeigenannahme: Verwaltung u. Stadtbüro, 1, Schulerstr. 7, Fernruf R 27-3-96

12. Jahrg.

Erschütternde Totenfeier für den ermordeten Deutschen

Keine Demonstrationen mehr, die Sühne für den jüdischen Meuchelmord folgt:

Die deutsche Gesetzgebung wird dem Judentum antworten

Ein zur Beruhigung mahnender Aufruf Dr. Goebbels an die Bevölkerung

Berlin, 10. November. Nach Bekanntwerden des durch feige Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten, Parteigenossen vom Rath haben sich im ganzen Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen entwickelt.

Die tiefe Empörung des deutschen Volkes machte sich dabei auch vielfach in starken antijüdischen Aktionen Luft.

Der Aufruf Dr. Goebbels

Berlin, 10. November. Reichsminister Dr. Goebbels gibt bekannt:

Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen Gebäude und Geschäfte vorgenommen.

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden.

*

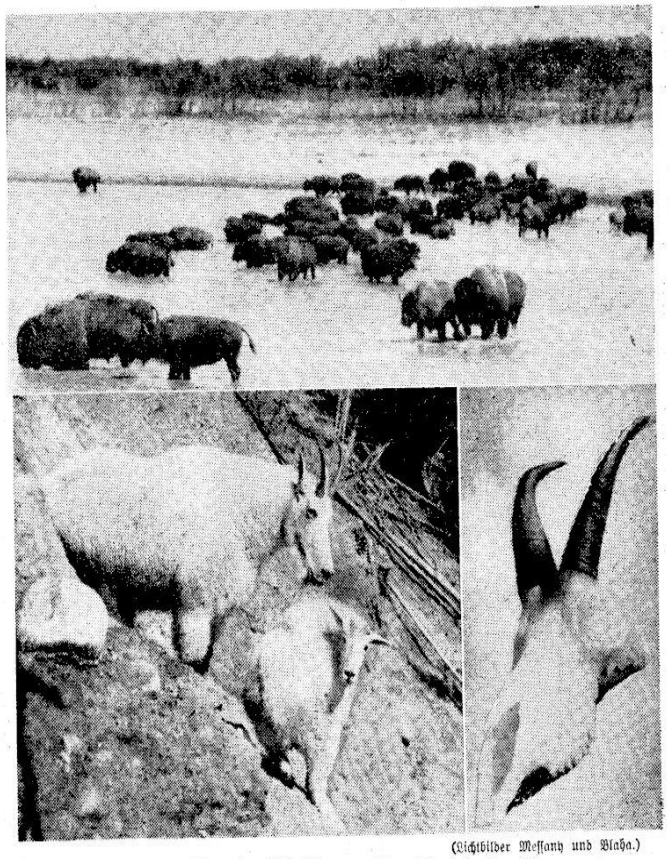
Waffenbesitz für Juden verboten

München, 10. November. Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei hat folgende Anordnung erlassen:

Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden gelten, ist jeglicher Waffenbesitz verboten. Zuwiderhandelnde werden in Konzentrationslager übergeführt und auf die Dauer von zwanzig Jahren in Schutzhaft genommen.

Morgen offizielle Trauerfeier in Paris

Paris, 10. November. Die offizielle Trauerfeier für Gesandtschaftsrat vom Rath wird unter Teilnahme der Regierung und des Diplomatischen Korps am 12. November um 12 Uhr in der deutschen evangelischen Kirche in Paris stattfinden. Von der Kirche aus wird dann der Sarg mit kleinem Trauergeleite zum Bahnhof befördert, von wo er nach Deutschland übergeführt wird.



(Lichtbilder Messany und Blaha.)

Die Wiener Urania führt den ersten Jagdfarbenfilm vor

Der bekannte kanadische Großwildjäger und Wiener Farbenphotokünstler Albert Messany, der dieser Tage von seiner ersten Jagdexpedition heimkehrte, führt morgen in der Urania seinen ersten Tierfarbenfilm vor. — Unsere Bilder zeigen: Oben: Eine seltene Aufnahme einer Büffelherde in freier Wildbahn. Unten Schneeziegen, die Gemsen Kanadas. (Bericht im Innern des Blattes.)

Volkskundgebungen in Wien

In den frühen Morgenstunden kam es in fast allen Bezirken Wiens zu spontanen Kundgebungen des Volkes gegen jene geistigen Komplicen des Pariser Meuchelmordes, die auch bei uns vier Jahre lang ein volksfremdes System ausgiebig finanziert hatten, unter dem gerade die deutsche Bevölkerung Wiens so unsäglich zu leiden hatte. Es kam zu erregten Szenen der erbitterten Volksgenossen, die alle die durch die Morgenblätter bekannt gewordene Schreckensnachricht aufs tiefste bewegte: Hersch Veitel Grünspans Attentat ist gelungen, Gesandtschaftsrat vom Rath ist den ihm meuchlerisch zugefügten Verletzungen erlegen!

Die Erregung der Volksmenge erreichte ihren Höhepunkt, als bekannt wurde, daß in zahlreichen Verstecken der Wiener Juden, in denen amtlicherseits verfügte Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden, zahlreiches kommunistisches Propagandamaterial und erhebliche Mengen von Waffen sichergestellt werden konnten. Die von Gauleiter Bürckel angeordneten Hausdurchsuchungen in jüdischen Wohnungen förderten auch nicht angemeldete ausländische Geldnoten zutage.

Die Empörung richtete sich da und dort auch gegen die zahlreichen jüdischen Synagogen und Bethäuser, in denen das Volk nicht mehr Stätten religiöser Erbauung sieht, sondern, wie auch das später gefundene Material eindeutig bewies, die Versammlungslokale der Feinde unseres Volkes.

Synagogenbrände in Wien

In einigen Synagogen brachen Brände aus, so daß die Feuerwehr in folgenden Fällen von Bränden eingreifen mußte: in der Schiffamtsgasse, Neue Welt-Gasse, Tempelgasse, Stumpergasse, Unteren Viaduktgasse, Schmalzhofgasse, Hubergasse, Siebenbrunnengasse, Großen Schiffgasse, Kluckygasse, Neudeggergasse Malzgasse, Schopenhauergasse, Zirbusgasse, Steingasse, Müllnergasse, Franz Hochedlinger Gasse und Pazmanitengasse sowie auf dem Humboldtplatz.

Sowohl die Schutzpolizei als insbesondere die Formationen der Bewegung mußten eingesetzt werden, um die Bevölkerung zu beruhigen. In mehreren Bezirken, vor allem in Simmering, in der Leopoldstadt und in Ottakring, sprachen Politische Leiter auf die angesammelten Volksgenossen beruhigend ein. Es wurde erklärt, daß gesetzliche Maßnahmen zur endgültigen Ausschaltung des jüdischen Einflusses folgen werden.

* * *

Recht der Notwehr:

Endgültige Trennung vom Erbfeind unserer friedlichen Entwicklung

Jetzt ist es genug! Der jüdische Meuchelmord von Paris hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Wir Deutsche können und wollen nun nicht mehr mit den Juden zusammenleben. Diese Verbrechertat hat dem Judentum das Recht verwirkt, auf deutschem Boden zu weilen.

Als die Bewegung, die uns nach vielen Jahren bitterster Not und unbeschreiblicher Demütigungen befreite, an die Macht kam da wurde in Wahrheit mit den Juden so glimpflich verfahren, daß mancher unter uns insgeheim verbittert war. Denn wer von den Millionen Menschen weiß, die das jüdische Moskau in Rußland hinmorden und verhungern ließ, wer die Greuel in Spanien noch nicht vergessen hat und wer schließlich im Dollfußösterreich am eigenen Leibe die ganze Niedertracht und den teuflischen Vernichtungswillen des Judentums kennenlernte, dem fiel es schwer, in den Märztagen der Befreiung die gebotene Disziplin zu üben.

Aber die Juden wußten das nicht zu schätzen. In den kritischen Tagen des Septembers konnte jeder Volksgenosse sich selbst überzeugen, wie die Juden einen neuen Weltkrieg — den wieder nur sie am Gewissen gehabt hätten — herbeisehnten. Der Tod von Millionen arischer Menschen hätte ihnen nichts gegolten, wenn nur das deutsche Volk vernichtet und ihre eigene Weltherrschaft aufgerichtet worden wäre.

Wir Deutsche haben mit unfaßbarer Langmut die gemeinste Kriegshetze und den gewissenlosesten Verleumdungsfeldzug über uns ergehen lassen. Die Stärke unseres Reiches ließ uns ruhige Nerven dabei bewahren. Wir sahen nur die letzte Maske von der Fratze des Judentums fallen und haben dieses restlos erkennen gelernt. Da der geplante Weltkrieg nicht zustande kam, ging das Judentum nun auf den offenen Mord über. Deutsche sollten außerhalb ihrer Grenzen einfach abgeknallt werden.

Dieser Mord in Paris ist nicht die Tat eines einzelnen, sondern das bezahlte und organisierte Verbrechen des gesamten Judentums. Bei den Hausdurchsuchungen, die Gauleiter Bürckel in Wien durchführen ließ, wurden kommunistische Hetzschriften gefunden, die Beweis genug sind, in welchem Maß auch die im Reich lebenden Juden am Sturz des nationalsozialistischen Staates mitwirken wollten.

Jetzt ist es genug. Notwehr ist die Pflicht des Lebens. Die Juden wollen unsere Vernichtung. Tag um Tag konnten wir es erfahren. Unser Wille und unser Recht zu leben — in Frieden zu leben — setzen ihnen nun die zorngeballte Faust entgegen. Der Ruf „Juden hinaus!", er wird jetzt bis zur letzten Folgerung harte, unerbittliche Wirklichkeit werden.

* * *

Italienisches Rassengesetz angenommen

Rom, 10. November. Der Ministerrat nahm auf Vorschlag des Duce das entscheidende Gesetz zur Verteidigung der italienischen Rasse an. Es bestimmt im wesentlichen:

Die Ehe zwischen einem italienischen Staatsangehörigen arischer Rasse mit einer Person anderer Rasse ist verboten. Unbeschadet dieses Verbotes bedarf die Eheschließung italienischer Staatsangehöriger mit Ausländern der Zustimmung des Innenministers.

Als Angehöriger der jüdischen Rasse wird betrachtet, wer von zwei Elternteilen jüdischer Rasse abstammt, auch wenn dieser einer anderen als der jüdischen Religion angehört; wer von Eltern stammt, von denen ein Teil jüdischer Rasse und der andere Teil Ausländer ist; wer von einer Mutter jüdischer Rasse und einem unbekannten Vater abstammt; wer von italienischen Elternteilen abstammt, von denen nur ein Teil Jude ist, aber der jüdischen Religion angehört, oder sich zum Judentum bekannt hat.

Als nicht der jüdischen Rasse angehörig wird derjenige betrachtet, der von zwei italienischen Elternteilen abstammt, von denen nur einer jüdischer Rasse ist und sich bereits vor dem 1. Oktober 1938 zu einer nicht jüdischen Religion bekannte.

Italienische Staatsangehörige jüdischer Rasse können nicht Militärdienst im Frieden oder Krieg leisten; das Amt eines Vormunds von Nichtjuden ausüben; Inhaber oder Leiter von für die Landesverteidigung wichtigen Betrieben sei, oder von anderen Betrieben, die mehr als hundert Angestellte beschäftigen. Auch können sie in solchen Betrieben keine leitenden Stellungen bekleiden; Boden im Werte von mehr als 5000 Lire oder Häuser, deren Steuerwert auf mehr als 20000 Lire veranschlagt ist, besitzen.

Juden können italienische Staatsangehörige arischer Rasse nicht als Dienstboten beschäftigen. Sie können keine Anstellung finden bei der staatlichen Zivil- und Militärverwaltung; der Faschistischen Partei und von ihr kontrollierten Organisationen; Provinz- und Gemeindeverwaltungen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen sowie allen jenen Unternehmungen, die staatliche Beiträge erhalten; jüdischen Werken; halbstaatlichen Verwaltungen; Syndikaten; nationalen Stiftungen; den öffentlichen Betrieben, die einer staatlichen Kontrolle unterliegen; der Verwaltung von Banken von nationalem Interesse und von privaten Versicherungsgesellschaften.

Ausnahmen können auf Kriegsbeschädigte und Familien von Kriegsgefallenen und in wenigen, besonders gezeichneten Fällen besonderer Verdienste angewandt werden.

Ausländischen Juden ist es verboten, im Königreich Italien, in Libyen oder in den ägäischen Besitzungen festen Wohnsitz zu nehmen. Übergangsbestimmungen setzten unter anderem fest, daß ausländische Juden, die sich nach dem 1. Jänner 1919 in diesen Gebieten niedergelassen haben, sie bis spätestens 12. März 1939 verlassen haben müssen, ferner daß die italienischen Juden aus allen Ämtern, zu denen sie in Zukunft nicht mehr zugelassen sind, innerhalb von drei Monaten ausgeschieden haben, sowie schließlich, daß die nach dem 1. Jänner 1919 ausländischen Juden zuerkannte italienische Staatsbürgerschaft als aufgehoben betrachtet wird.

*

Die italienische Schule judenfrei

Rom, 10. November. Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag einen Gesetzentwurf genehmigt, in dem die zur Verteidigung der Rasse im Schulwesen schon ergangenen Bestimmungen zusammengefaßt werden.

Hiernach wird festgesetzt, daß Juden und jüdische Schüler den öffentlichen Schulen innerhalb der von Italienern besuchten Schulen, auch Privatschulen, ausgeschlossen sind.

Es ist die Schaffung jüdischer Volks- und Mittelschulen vorgesehen, bei denen vor allem jüdische Lehrer Anstellung finden sollen, die unter die Ausnahmebestimmungen fallen.

Er starb für die deutsche Sache

(Lichtbild Hoffmann.)

Gesandtschaftsrat Pg. Ernst vom Rath, den der Jude Grünspan meuchlings erschoß.

Unglückliches Palästina

Jerusalem, 10. November. Durch das unglückliche Palästina geht wieder eine neue Welle von Strafmaßnahmen gegen die arabische Bevölkerung. Im Bezirk Samaria suchten militärische Straferpeditionen das Dorf Tireh heim und sprengten dort sechs Häuser in die Luft, in Zeita wurde ein Haus, in Silet und Hartieh je zwei Häuser, in Nablus ein Haus gesprengt.

In der Stadt Tulkarem sind alle arabischen Ladenbesitzer in Streik getreten, aus Protest gegen das Vorgehen des Militärs in Irtah, wo 19 Araber getötet wurden.

Feiertagsregelung für den Monat November 1938

Der Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Ostmark erläßt im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich auf Grund der Verordnung über die Lohngestaltung vom 25. Juni 1938 (RGBl. I, S. 691) folgende Anordnung:

§ 1.

Soweit in Kollektivverträgen, die als Tarifordnungen weiter gelten, der 12. November oder der 15. November zum Feiertag erklärt ist, wird eine derartige Bestimmung außer Kraft gesetzt.

§ 2.

In allen Betrieben und Verwaltungen ist daher die Arbeit am 12. beziehungsweise 15. November als normale Werktagsarbeit zu entlohnen. Beschäftigte, die in Wochen- oder Monatslohn stehen, haben keinen Anspruch auf eine besondere Vergütung.

Im Anschluß hieran ordnet der Reichskommissar im Einvernehmen mit dem Reichsstatthalter an, daß der 15. November auch bei den Behörden und Schulen nicht als Feiertag zu gelten hat. Desgleichen sind die Ladengeschäfte offen zu halten. Hinsichtlich des gesetzlichen Fristenlaufes sowie für das Gebiet des Wechsel- und Scheckrechtes wird der bisherige Charakter des 15. November dagegen nicht verändert.

Von Christoph Walter Drey

Der Bürgermeister, zugleich Polizeiverwalter des schwedischen Städtchens, hatte den Kommissar Wilke zu sich rufen lassen. Er erwiderte den Gruß des Eintretenden mißmutig.

„Kriminalkommissar Jensen aus der Hauptstadt hat sich mir soeben vorgestellt", sagte der Bürgermeister. „Man glaubt, daß wir es an der nötigen Entschlossenheit fehlen lassen, kurzum, daß von uns die Festnahme der Falschmünzer nicht zu erhoffen ist. Darum hat man uns Kommissar Jensen auf den Hals geschickt. Lieb ist es mir nicht, daß uns der Herr vor die Nase gesetzt wird. Meinen Sie, daß er viel ausrichten wird?"

„Vielleicht kommt ihm zustatten, daß ihn hier niemand kennt. Im übrigen vermutet man nur, daß sich bei uns die Werkstatt der Falschmünzer befindet. Das falsche Geld kann ebenso gut lediglich am Ort in Umlauf gesetzt und anderorts geprägt werden."

„Alles Unsinn. Nun, gehen Sie dem Mann zur Hand, verstanden?"

Wilke erstattete dem Kollegen Bericht über seine bisherigen Ermittlungen.

„Ich werde alles wohl beachten", antwortete der hauptstädtische Beamte. „Aber Sie werden es mir nicht verübeln, wenn ich auch noch anderes versuche? Wenn ich gelegentlich unsichtbar werde, so komme ich bestimmt nach einiger Zeit wieder zum Vorschein. Sie brauchen mich dann nicht als vermißt suchen."

Wilke gab sich in den nächsten Tagen die größte Mühe, um selbst der Falschmünzer habhaft zu werden. Sie blieben aber genau so unsichtbar, wie der Herr Kollege, der scheinbar von der Bildfläche verschwunden war.

Am dritten Abend nach der letzten Unterredung mit ihm begab sich Kommissar Wilke nach dem Bahnhof, um den dortigen Polizeiposten zu kontrollieren. Im Wartesaal saßen eine Anzahl Reisende. Wilke bemerkte unter ihnen mehrere in der Stadt ansässige Geschäftsleute.

Einer von diesen redete ihn an, und sie sprachen noch miteinander, als der Zug einlief.

In höchster Eile kassierte der Kellner die Zechen ein. Fast sämtliche Fahrgäste hatten schon bezahlt, ihre Gepäckstücke ergriffen und waren hinausgeeilt. Da hörte Wilke, wie auf einen Tisch in seiner Nähe mit hartem Aufschlag ein

Geldstück niederfiel. Es gab einen merkwürdig spröden Klang. Gleichzeitig schlug eine bekannte Stimme an sein Ohr:

„Das kann ich nicht nehmen, mein Herr!"

„Weshalb nicht?"

„Weil es ein Falschstück ist."

„Dummheiten!" entgegnete der andere gereizt. „Geben Sie mir sofort mein Geld heraus! Ich muß mit dem Zug fort!"

Wilke wandte sich rasch um.

Sein erster Blick traf den Kellner. Das war ja — nein, er täuschte sich nicht — das war der verschwundene Kollege! Hatte er früher blondes Haar gehabt und war er glattrasiert gewesen, so war sein Haar jetzt pechschwarz. Außerdem trug er einen kleinen Schnurrbart.

„Sie werden hier bleiben!" gebot der Kellner dem Herrn.

„Halten Sie mich nicht auf!" Wilke erkannte in dem Zahlenden einen angesehenen Bürger der Stadt.

„So erkläre ich Sie für verhaftet!"

„Haben Sie den Verstand verloren?"

Im gleichen Augenblick erhielt der Pseudokellner einen heftigen Stoß vor die Brust. Dann stürzte der Herr zur Tür hinaus.

Schon war ihm der verkleidete Kriminalbeamte auf den Fersen. Am Ausgang überrannte er einen Mann, der mit dem Schnellzug angekommen war, und als Wilke den Bahnsteig erreicht hatte, sah er eben noch, wie sich in ein Abteil des schon in Fahrt befindlichen Zuges ein Herr schwang. Ihm nach mit einem tollkühnen Schwung der Verfolger. Fort ging es, in die Nacht hinein.

Der Stationsvorstand wetterte nicht schlecht. Noch einer schimpfte hinter dem Zug her. Das war der Reisende, der bei der wilden Jagd über den Haufen gerannt worden war.

Als Wilke bei dem Gedanken an die tragikomische Szene, die sich wahrscheinlich im Schnellzug abspielen würde, hell auflachen mußte, bezog der Fremde diesen Heiterkeitsausbruch auf sich.

Auf den Kommissar zuhumpelnd, verbat er sich mit groben Worten dessen Schadenfreude. Wilke wollte ihn beruhigen, erreichte damit aber nur das Gegenteil: der Mann drohte mit der Polizei.

Da erklärte Wilke, wer er sei, und die Wirkung war eine überraschende. Der Mann wurde sehr kleinlaut; als der Kommissar darauf bestand, daß er ihm folge, bat er inständig, doch davon abzusehen.

Das ganze Gebaren des Fremden war indessen ein so auffallendes, daß Wilke ihn trotz alledem mit zur Polizeiwache zu nehmen beschloß.

Unterwegs versuchte der Verdächtige zu entfliehen, und auf der Flucht warf er eine Ledertasche von sich, die er unter dem Rock um den Leib geschnallt hatte.

Er wurde eingehalt und auch die Tasche fand sich wieder. Als man sie auf der Wache öffnete, ergab sich, daß sie eine große Summe falschen Geldes enthielt. Nach hartnäckigem Leugnen bequemte sich ihr Besitzer zu dem Geständnis, Mitglied einer Bande zu sein, die in der Residenz ihren Sitz habe und ihre Fabrikate in kleineren Städten in Umlauf bringe...

Mit dem ersten Frühzug kehrte Kriminalkommissar Jensen von seiner nächtlichen Schnellzugsfahrt zurück. Der Verfolgte hatte beweisen können, daß er kein weiteres Falschgeld besaß.

„Meine Bemühungen werde ich nun in einer anderen Verkleidung fortsetzen müssen", meinte er zu Wilke.

„Ist nicht mehr nötig, Herr Kollege!" belehrte der ihn schmunzelnd. „Einen der Falschmünzer haben wir schon, und die anderen, die er uns verraten hat, müssen Sie bei sich in der Residenz suchen. Aber unser Bürgermeister und Polizeichef wünscht Sie zu sprechen, um Ihnen seinen Dank abzustatten. Denn eigentlich waren Sie es doch, der uns die Bande in die Hand lieferte. Sie haben nämlich den richtigen Falschmünzer überrannt, als sie den falschen nicht davonrennen lassen wollten."

„Jeden von uns hätte die Kugel treffen können"

Die Trauerfeier für Gesandtschaftsrat vom Rath

Paris, 10. November. Bei der Gedenkfeier für die Gefallenen der Feldherrnhalle im Hause der Deutschen Gemeinschaft in Paris, die gleichzeitig mit der Trauerfeier für Gesandtschaftsrat vom Rath abgehalten wurde, sprach Landesgruppenleiter Ehrich: „An der Bahre des neuen Märtyrers der Bewegung neigen wir uns in Ehrfurcht vor seinem großen Opfer, vor seiner Mutter und vor seinem Vater. Das Deutschtum in Frankreich steht, wie alle anständigen Franzosen, mit Abscheu vor dieser Tat. Wir haben unser Gastrecht nie mißbraucht. Wogegen wir uns aber wehren müssen, ist die Verleumdung, die immer wieder von unverantwortlichen Kreisen gegen alles, was nationalsozialistisch ist, gerichtet wird. Nicht wir haben den Boden dieses Landes mit Blut befleckt, sondern die anderen, die uns in den Augen des Gastlandes herabsetzen wollen. Wir wissen, daß nur aus der Hetze jener Kreise eine solch abscheuliche Tat geboren werden konnte."

Anschließend sprach der deutsche Botschafter Graf Welczek. „Jeden von uns", so sagte er, „hätte die Kugel treffen können. Er aber hat das Opfer auf sich genommen. Alle, die Gesandtschaftsrat vom Rath gekannt haben, rühmen seinen reinen Charakter und seine Aufrichtigkeit. Sein Opfer bedeutet einen unersetzlichen Verlust."

Hierauf begab sich die deutsche Kolonie zur Klinik de l'Alma, um der sterblichen Hülle des Gesandtschaftsrates vom Rath das Geleite zur Botschaft zu geben. Es waren viele hundert deutsche Volksgenossen. Als der Sarg aus dem großen Portal des Krankenhauses herausgetragen wurde, entboten die Mitglieder der deutschen Kolonie dem toten Kameraden den deutschen Gruß, während die zahlreichen französischen Polizeibeamten salutierten. Es war ein erschütterndes Bild, als der Trauerzug sich durch die nächtlichen, stillen Straßen von Paris zur deutschen Botschaft bewegte, wo der Sarg in einem zur Kapelle ausgestalteten Saal aufgebahrt wurde. Die engeren Mitarbeiter des Verstorbenen halten die Totenwache.

Die letzten Augenblicke vom Raths

Über die letzten Augenblicke des Gesandtschaftsrates vom Rath wird noch bekannt, daß dieser seine Mutter, die am Mittwoch vormittag in der Klinik eintraf, noch erkannte. Er verlor aber bald darauf das Bewußtsein. Die Ärzte verabreichten dem Sterbenden Morphiumeinspritzungen, so daß er starb, ohne gelitten zu haben. Um 17.30 Uhr, also etwa eine Stunde nach dem Tode ihres Sohnes, verließen Herr und Frau vom Rath die Klinik.

Die zweite Kugel verursachte den Tod

Paris, 10. November. Der französische Gerichtsarzt Dr. Paul hat im Beisein der deutschen Ärzte Dr. Magnus und Dr. Brandt die Obduktion des ermordeten Gesandtschaftsrates vom Rath vorgenommen. Beim Verlassen der Klinik erklärte der Gerichtsarzt: „Herr vom Rath ist von zwei Revolverkugeln des Kalibers 6·5 Millimeter getroffen worden. Die erste Kugel ist in die Brust an der rechten Schulter eingedrungen. Diese Verletzung hat den Tod des deutschen Gesandtschaftsrates nicht hervorrufen können. Die zweite Kugel ist in die linke Weiche und hat die Milz, den Brustkorb, die Bauchspeicheldrüse und das Zwerchfell durchschlagen. Diese Verletzung war es, die den Tod hervorgerufen hat.

Beileidstelegramme an die Eltern vom Raths

Paris, 10. November. Aus aller Welt sind den Eltern des ermordeten Gesandtschaftsrates vom Rath Beileidstelegramme zugegangen. Außer der bereits veröffentlichten Beileidsdepesche des Führers sandten Beileidstelegramme Reichsminister des Auswärtigen v. Ribbentrop, Generalfeldmarschall Göring, die Auslandsorganisation der NSDAP. und viele andere. Zahlreiche hochstehende französische Persönlichkeiten und Mitglieder des diplomatischen Korps haben Kränze am Sarge niederlegen lassen.

Große Bestürzung in der Pariser Presse

Paris, 10. November. Alle Pariser Morgenzeitungen berichten sehr ausführlich und mit bewegten Worten über die letzten Stunden des verstorbenen deutschen Gesandtschaftsrates vom Rath sowie über den nächtlichen Trauerzug von der Klinik zur deutschen Botschaft. „Figaro" sagt: „Wir verneigen uns mit Achtung und Bedauern vor diesem unschuldigen Opfer der bis zum Verbrechen entfesselten Leidenschaften. Die radikalsoziale „Ere Nouvelle", die schon vor längerer Zeit die Einführung eines Numerus clausus für Juden in Frankreich verlangt hat, erklärt, daß man jetzt von dem Emigrantenunwesen genug habe. Es sei sehr schön und gut, daß Frankreich ein gastfreundliches Land sei, aber man wolle nicht, daß es ein Land des Abschaums der Menschheit sei. Dem internationalen Verbrechertum gegenüber dürfe man kein Mitleid haben. Das ganze Mitleid werde nur diesem Opfer gelten, das man vergeblich am Leben zu erhalten versucht habe. Für unser Land ist nur eines schimpflich: dieser Mord.

Maßgebende französische Kreise erklären, daß die korrekte Haltung der deutschen Presse gegenüber Frankreich bei ihren Veröffentlichungen über die Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath durchaus anerkannt werde.

*

„Judenfrage auf der internationalen Tagesordnung"

Kopenhagen, 10. November. Im dänischen Parlament nahm der konservative Abgeordnete Puerschel das Wort und ging auch auf das verbrecherische Attentat auf den deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath ein.

Er sagte hiezu, die Schüsse in Paris haben die Judenfrage in einer außerordentlich gefährlichen Weise auf die internationale Tagesordnung gesetzt. Dänemark fehle es an Voraussetzungen dafür, die Bedeutung der Judenfrage in anderen Ländern zu beurteilen, wo, wie in Deutschland, die Juden die marxistischen Ideen ausgeheckt und verbreitet und einen Staat im Staate zu schaffen versucht hätten. Jetzt räche sich die Vergangenheit. Wie dem aber auch sein möge, die dänische Regierung würde jedenfalls dem Land einen schlechten Dienst leisten, wenn sie der jüdischen Einwanderung Tür und Tor öffnete. In Dänemark existiere praktisch keine Judenfrage, und die Regierung müsse dafür sorgen, daß sie nicht entstehe.

Deutsche Judenemigranten agitierten für Benesch

Prag, 10. November. Der agrarische „Prazsky Vecer" bringt Enthüllungen über eine aus Staatsgeldern finanzierte Agitationszentrale, die die Aufgabe hatte, in der in- und ausländischen Presse das Benesch-System zu verherrlichen und Presseangriffe gegen die dem Präsidenten mißliebigen Personen durchzuführen. Diese Zentrale sei von Alfred Günter und Moritz Martin Liebrecht, von zwei jüdischen Emigranten aus Deutschland, geleitet worden und habe für die Presseabteilung des Außenministeriums, die ganz in den Händen der Benesch-Günstlinge lag, gearbeitet.

Sie provozieren in Klausenburg

Bukarest, 10. November. An der Universität Klausenburg kam es am Mittwoch durch das provozierende Verhalten jüdischer Hörer zu Kundgebungen der Studentenschaft. Die Juden mußten schließlich durch Polizei aus dem Universitätsgebäude entfernt werden.

Judenkrawalle in Bagdad

Bagdad, 10. November. Die Erregung in den hiesigen arabischen Kreisen über den Bericht der Palästina-Kommission hat zu spontanen judenfeindlichen Kundgebungen geführt. In der Hauptstraße wurden die Läden zahlreicher Juden zertrümmert. Mehrere Juden, die es nicht lassen konnten, die ohnehin erregte Bevölkerung noch weiter zu provozieren, wurden verprügelt. Die Polizei griff schließlich ein und stellte nach mehreren Verhaftungen die Ruhe wieder her.

Dr. Goebbels über den Fall Grünspan

Berlin, 11. November. In der morgigen Ausgabe des „Völkischen Beobachters" wird Reichsminister Dr. Goebbels einen Artikel über den Fall des jüdischen Meuchelmörders Grünspan veröffentlichen. Dem Artikel entnehmen wir:

Am 7. November dringt in Paris in die Deutsche Botschaft ein 17jähriger polnischer Judenjunge ein und verlangt, einen der maßgebenden Herren zu sprechen. Als er vor den Legationssekretär vom Rath geführt wird, erhebt er seine Pistole und gibt, ohne daß ein Wortwechsel oder eine Auseinandersetzung vorangegangen wäre, auf den deutschen Diplomaten mehrere Schüsse ab. Bei seiner späteren Vernehmung erklärt er, er habe den Legationssekretär vom Rath persönlich überhaupt nicht gekannt. Es sei ihm auch gleichgültig gewesen, auf wen er geschossen habe. Er habe nur Rache nehmen wollen für seine jüdischen Brüder in Deutschland.

Die Nachforschungen in Paris ergeben, daß Grünspan vor drei Monaten aus Frankreich ausgewiesen worden war. Über seinen Aufenthalt bis zum Tage der Mordtat hüllt er sich bis zum heutigen Tag in Schweigen. Er war im Besitz eines gefälschten Passes.

Es erhebt sich hier die Frage: Wo war Grünspan in den letzten drei Monaten? Wer hat für seinen Unterhalt gesorgt? Wer hat ihm den falschen Paß vermittelt? Wer hat ihn im Pistolenschießen unterrichtet?

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er von einer jüdischen Organisation verhetzt und auf diese zynische Mordtat systematisch vorbereitet worden ist.

Der Legationssekretär vom Rath stirbt nach qualvollem Leiden einige Tage später. Die Parallele zum Fall Gustloff liegt auf der Hand. Wie damals wurde von den jüdischen Hintermännern ein Jugendlicher als Attentäter ausgesucht, um die Verantwortlichkeit zu verschleiern. Die Vernehmung der beiden Judenjungen zeigt eine genaue Übereinstimmung der Verteidigungsgründe und der Taktik der Attentäter. Auch aus dem Prozeßverlauf gegen Frankfurter ging hervor, daß man nicht den einzelnen Mann, sondern das nationalsozialistische Deutschland treffen wollte. Das zeigt auch in beiden Fällen der wohlvorbereitete Entlastungseinsatz der gesamten jüdischen Weltpresse.

Wo sind nun diese Hintermänner zu suchen? Seit Wochen und Monaten wird in den großen jüdischen Weltblättern gegen Deutschland als Nation zum Krieg und gegen einzelne prominente Vertreter des nationalsozialistischen Deutschlands zum Mord gehetzt. Besonders hervorgetan haben sich dabei die Juden Georg Bernhard und Emil Ludwig Cohn. In diesen Kreisen sind deshalb auch zweifellos die geistigen Inspiratoren des Attentats zu suchen. Es sind dieselben Kreise, die jetzt für den Mörder in der ganzen Welt eine nie dagewesene Stimmungspropaganda entfalten.

Gescheiterte Weltkriegshetze der Juden — Ursache der infamen Mordhetze

Die Gründe für den Mord liegen auf der Hand. Das Weltjudentum hat nach der fieberhaften Kriegshetze in den Sommermonaten dieses Jahres eine furchtbare Schlappe erlitten. Das Abkommen von München brachte seinen Vernichtungsplan gegen Deutschland zum Scheitern. Es hatte die Hoffnung gehegt, durch einen durch infame Hetze hervorgerufenen Weltkrieg Deutschland in die Knie zwingen und das verhaßte Nazi-Regime zum Sturz bringen zu können. Nachdem in München dieser Plan zum Scheitern gebracht worden ist, wollten sie nun durch eine drastische und frivole Aktion die Friedensbemühungen zwischen den Großmächten Europas aufhalten und eine neue Hetze gegen Deutschland in Szene setzen. Der Mord an dem Legationssekretär vom Rath sollte ein Signal sein für die gesamte Judenheit im Kampf gegen Deutschland. Der Mörder selbst hat gestanden, daß er damit ein Warnungssignal habe geben wollen.

Allerdings ist dieser Schuß nach hinten losgegangen. Gewarnt worden ist weniger die Welt als das deutsche Volk!

Es liegt auf der Hand, daß eine Nation von achtzig Millionen auf die Dauer derartige Provokationen nicht stillschweigend und wehrlos hinnehmen wird. Nach der Ermordung Gustloffs hat das deutsche Volk geschwiegen. Nach dem Tode des Legationssekretärs vom Rath ist es ganz spontan zu Vergeltungsaktionen gegen die Juden in Deutschland geschritten.

Der eruptive Ausbruch der Empörung der Bevölkerung in der Nacht vom 9. zum 10. November ist daraus zu erklären und zeigt nur, daß die Geduld des deutschen Volkes nunmehr restlos erschöpft ist.

Dr. Goebbels behandelt nun das Echo, das die gestrigen Ereignisse in der zum größten Teil jüdischen Auslandpresse gefunden hat: maßlose Übertreibungen, gehässigste Lügen und Entstellungen, zumal in den Zeitungen Nordamerikas. Der Minister schreibt weiter:

Was haben wir darauf zu antworten? Im Grunde genommen gar nichts. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Reaktion des deutschen Volkes auf den feigen Meuchelmord in Paris eben durch die ruchlose Gemeinheit dieser Tat erklärt werden kann. Sie wurde weder organisiert noch vorbereitet. Sie brach spontan aus der Nation heraus. Die Nation zeigte dabei den gesunden Instinkt, der ihr sagte, daß nun zum zweitenmal ein Vertreter Deutschlands im Ausland von einem Judenjungen nieder geknallt wurde, und daß,

wenn man auf diese Untat schweigen und sie ohne Reaktion hinnehmen würde, deutsche diplomatische Vertreter in Zukunft im Ausland als vogelfrei zu gelten hätten.

Die deutsche Staatsführung hat nichts unversucht gelassen, die Reaktion im deutschen Volk auf das feige Attentat in kürzester Frist abzustellen. Das deutsche Volk hat dem Gebot der Regierung willig und diszipliniert Folge geleistet. In Stundenfrist sind Demonstrationen und Aktionen zum Schweigen gebracht worden.

Das aber soll die deutschfeindliche jüdische Auslandpresse wissen: Durch Aufbauschung der Vorgänge, durch Verdrehung und Lügen nützt sie weder sich selbst, noch den in Deutschland lebenden Juden. Eher könnte das Gegenteil der Fall sein.

Das deutsche Volk ist ein antisemitisches Volk. Es hat weder Lust noch Vergnügen, sich weiter durch die parasitäre jüdische Rasse in seinen Rechten beschränken oder aber als Nation provozieren zu lassen.

Es liegt am Verhalten der Juden in Deutschland und vor allem auch am Verhalten der Juden in der Welt, welche Stellung die deutschen Juden im öffentlichen, im privaten und im geschäftlichen Leben einnehmen. Jedenfalls ist die deutsche Regierung entschlossen, im Lande selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und Ruhe und Ordnung werden in dieser Frage am besten dadurch gewährleistet, daß man sie einer den Wünschen und Bedürfnissen des deutschen Volkes entsprechenden Lösung entgegenführt.

Die Schüsse, die der polnische Jude Grünspan in Paris abgab, waren ein Warnsignal. Sie haben eine andere Wirkung ausgeübt, als wie offenbar geplant und beabsichtigt war. Das deutsche Volk ist doppelt hellhörig geworden. Es weiß nun bis zum letzten Mann, worum es in der Judenfrage geht.

Das deutschfeindliche Ausland aber täte gut daran, dieses Problem und seine Lösung den Deutschen selbst zu überlassen. Sowei es das Bedürfnis hat, für die deutschen Juden einzutreten und sich ihrer anzunehmen, stehen sie ihm in beliebiger Anzahl zur Verfügung.

Es bedarf keiner Betonung, daß die Reaktionen im Publikum nach der Erklärung vom vergangenen Donnerstag im ganzen Lande endgültig beendigt sind. Keiner hat das Recht, weiterhin noch eigenmächtig zu handeln. Gesetze und Verordnungen, die diese Frage regeln, stehen zu erwarten.

Das deutsche Volk kann beruhigt sein. Der Jude Grünspan war Vertreter des Judentums. Der Deutsche vom Rath war Vertreter des deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen. Die deutsche Regierung wird darauf legal, aber hart antworten.

Dr. Goebbels vor der Auslandpresse

Berlin, 11. November. Reichsminister Dr. Goebbels empfing Freitag nachmittag etwa 150 Vertreter der Auslandpresse vieler Länder. Er nahm zu den Vorgängen der letzten Tage ausführlich Stellung und verwahrte sich energisch gegen die maßlose Entstellungen und Übertreibungen in einem gewissen Teil übelwollender Auslandpresse. Er richtete an die Anwesenden die Aufforderung, in loyaler Weise und wahrheitsgemäß über die Vorgänge der letzten Tage zu berichten.

ofen gegenüber dem Stand von 99.805 zu Ende September um 6678 gestiegen.

Von den 106.543 Arbeitslosen sind 44.873 Männer und 61.670 Frauen. Der Zugang betrug bei den Männern 1886, bei den Frauen 792. Es zeigt sich, wie schon in den letzten Monaten, daß der absolute und der relative Anteil der Frauen an der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen steigt. Da aber insbesondere auch in zahlreichen Frauenberufen eine Verstärkung der günstigen Entwicklung der Lage des Arbeitseinsatzes festzustellen ist, bleibt es außer Zweifel, daß der große Anteil der Frauen an der Zahl der Arbeitslosen in erster Linie in fürsorgerechtlichen Besonderheiten der Ostmark begründet ist, welche viele Frauen, die praktisch dem Arbeitseinsatz nicht zur Verfügung stehen, zu den Arbeitsämtern geführt haben.

Von 44.873 arbeitslosen Männern waren nur 20.234 in ihrem Beruf voll einsatzfähig; von ihnen nur 7796 für den Ausgleich geeignet. 8.238 Männer sind als nicht voll einsatzfähig bezeichnet. Von 61.670 Frauen wurden 28.223 als im Beruf voll einsatzfähig bezeichnet, davon aber nur 1985 als ausgleichsfähig; als nicht voll einsatzfähig sind 9870 Frauen bezeichnet.

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß der Anteil jener Arbeitslosen, welche infolge ihrer verminderten Einsatzfähigkeit oder Ortsgebundenheit nur schwer untergebracht werden können, ein außerordentlich hoher ist. Dabei ist von dem Rest der früher bestandenen großen Arbeitslosigkeit der Ostmark noch immer der überwiegende Teil in Wien konzentriert.

Der Führer dankt der deutschen Presse

München, 11. November. Der Führer gab in München einen Abendempfang für die deutsche Presse, zu dem über 400 namhafte deutsche Journalisten und Verleger geladen waren. An der Spitze der Erschienenen sah man Rudolf Heß, Dr. Goebbels, den Präsidenten der Reichspressekammer Reichsleiter Amann sowie Reichsleiter Rosenberg. Reichspressechef Doktor Dietrich begrüßte den Führer und legte für die deutsche Presse ein Bekenntnis zum neuen Ethos der journalistischen Arbeit im nationalsozialistischen Deutschland ab.

In fast einstündiger Rede sprach der Führer zu den Männern der großdeutschen Presse. Der Führer dankte der Presse für ihren Einsatz im Kampf um das Lebensrecht des deutschen Volkes. Er würdigte die Bedeutung dieses Einsatzes für die innere Geschlossenheit der deutschen Nation und sprach eingehend von dem gerade im nationalsozialistischen Deutschland vervielfachten politischen Gewicht des journalistischen Schaffens. Er kennzeichnete am Schluß seiner Rede die großen inner- und außenpolitischen Aufgaben, die der deutschen Presse auch fernerhin gestellt sind.

Eine interessante Berichtfolge:

Besuch beim sudetendeutschen Arbeiter

Unser Schriftleitungskamerad Sepp Dobiasch hat die Aufgabe übernommen, die Arbeitsstätten der sudetendeutschen Volksgenossen im befreiten Gebiet des nordböhmischen Industrieviers zu besuchen, um unseren Lesern einen ausführlichen Bericht über die dortigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu geben. Wir beginnen morgen mit der Aufsatzreihe, der auch an Ort und Stelle aufgenommene Lichtbilder beigefügt sind.

Morgen ist wieder Eintopfsonntag!

Mit den Soldaten beim Eintopf im Wiener Rathaus

Morgen hält das deutsche Volk wieder seinen Eintopfsonntag, den zweiten in diesem Jahre der ersten großdeutschen Winterhilfe. Wieder wird auf den Tischen in den Familien und Haushalten, in den Gasthäusern und sonstigen Gaststätten auf den Tischen der Volksspeisehäuser ebenso wie auf jenen in den Ringstraßenhotels das Eintopfgericht stehen und auf den verschiedenen Plätzen wird wieder von tausenden Volksgenossen das Eintopfgericht in aller Öffentlichkeit eingenommen werden.

Wien trifft sich wieder beim „Eintopf" im Rathaus. Der Bürgermeister der Stadt Wien ladet als „Großgastgeber" ein und da diesmal mit einem noch größeren Ansturm zu rechnen ist, wird die Zahl der Feldküchen vermehrt. Beim morgigen öffentlichen Eintopfessen im Wiener Rathaus wirkt auch die Wehrmacht mit. Sie stellt nicht nur zwölf Feldküchen, sondern auch die Tafelmusik bei. Sie wird von den Musikkorps des Wachtbataillons Wien und des Schützenregiments 2 besorgt. Es wird sowohl auf dem Adolf-Hitler-Platz als auch im Arkadenhof konzertiert werden.

Die Auffahrt der dampfenden „Gulaschkanonen" vor dem Rathaus beginnt schon um 10.30 Uhr, so daß mit dem „Einsatz" der Teller und Löffel und dem ersten „Angriff" der Hungrigen schon um 11.30 Uhr begonnen werden kann. In der Volkshalle wird diesmal die SA.-Kapelle der Wiener Rathauswache mit flotten Märschen den Aufmarsch der „Eintopf-Sozialisten" begleiten.

Wir können auch heute schon das wichtigste Feldküchengeheimnis verraten. Wehrmacht Wien serviert morgen mittag: Linsen mit Selchfleisch und — Musik!

England baut 6000 neue Kriegsflugzeuge

London, 11. November. Gestern teilte Luftfahrtminister Sir Kingsley Wood im Unterhaus das neue Luftrüstungsprogramm mit. Im kommenden Jahre stehen 200 Millionen Pfund für die Luftaufrüstung zur Verfügung.

Die Flugzeugwerke sollen eine gewaltige Erweiterung erfahren. Außerdem wird eine Million Tonnen Stahl für den Kriegsfall bereitgestellt werden.

Gegenwärtig umfaßt der Erzeugungsauftrag 5000 bis 6000 Jagdflugzeuge. Im Jahre 1941 soll das ganze Aufrüstungsprogramm erfüllt sein.

Da bisher 120 Millionen Pfund zur Verfügung standen, ergibt sich, daß England für seine Luftaufrüstung die ungeheure Summe von 320 Millionen Pfund oder 64 Milliarden Mark ausgeben will. Dazu kommen noch die Ausgaben für die anderen Wehrmachtsteile. Der Betrag für die Flotte ist neuerlich um 64 Millionen Pfund erhöht worden, und für das Landheer wurden 125 Millionen Pfund in Rechnung gestellt.

Judenfreunde im Unterhaus

Sie mögen zuerst vor der eigenen Tür kehren

Berlin, 11. November. Zu einer Londoner Nachricht des „Deuvre", derzufolge die in Deutschland an den Juden durchgeführten Vergeltungsmaßnahmen für den Mord an dem Legationsrat vom Rath in der englischen Öffentlichkeit „mit Entsetzen" zur Kenntnis genommen worden seien und in einer der nächsten Unterhaussitzungen den Gegenstand zu einer Aussprache über die Judenfrage in Deutschland bilden sollen, schreibt der „Deutsche Dienst" unter anderem:

Nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland ist der Mord an dem deutschen Diplomaten als ein gemeines und hinterhältiges Verbrechen gebührend gekennzeichnet worden. Überall in der Welt hat man — mit Ausnahme natürlich der Juden und Judenfreunde — diesen Anschlag verurteilt und die jüdische Verbrecherrasse an den Pranger gestellt. Die Empörung in Deutschland war also durchaus berechtigt.

Wir meinen, die Kreise, die durchaus eine Aussprache über die deutsche Aktion gegen die Juden im englischen Unterhaus veranlassen wollen, hätten allen Anlaß, den Strom ihrer Krokodilstränen einzudämmen, um so mehr, als es in der Welt genug andere Vorgänge gibt, die wirklich Anlaß „zum Entsetzen" bieten. Wir brauchen nur an Palästina zu erinnern, wo das Vorgehen der Engländer sehr wenig an demokratische Methoden erinnert, dafür aber „verdammt stark nach Gewalt riecht". Da liest man von massenhaft gefallenen und hingerichteten Arabern, von gesprengten Häusern, von Luftangriffen durch Flieger und vom Einsatz motorisierter Truppen. Man ist so gewöhnt an diese Meldungen, daß sich mit ihnen kaum mehr eine klare Vorstellung vom blutigen Elend und grausamer Verzweiflung derer verbindet, die davon betroffen wurden. Erst wenn man diese Vorgänge mit eingeschlagenen Schaufensterscheiben vergleicht, kann man sich so richtig vorstellen, was Häuser bedeuten, die mit Ektasit in die Luft gesprengt worden sind.

*

Bombenwürfe und Häusersprengungen ohne Ende

Jerusalem, 11. November. In Nablus sind am Donnerstag zwei Häuser in die Luft gesprengt worden, nachdem am Vortag bereits zehn Gebäude mit Dynamit auseinandergesprengt worden waren. Zur Gegenwehr wurden von Arabern gestern und heute Bomben auf das Hauptlager des britischen Militärs in Nablus geworfen.

Die von Militärgerichten gegen sechs Araber ausgesprochenen Todesurteile sind in lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt worden.

Donnerstag starb im 84. Lebensjahr der Vater des Freiheitskämpfers Albert Leo Schlageter in seinem Heimatsort Schönau im Wiesental.

Das Kleine Blatt

7 Pfennig

Außerhalb der Ostmarkgaue 12 Pfennig

Ungarn 11 Fillér — Jugoslawien 1·50 Dinar — Italien 40 Centesimi

Nr. 313 Schriftleitung und Verwaltung: Wien 5, Rechte Wienzeile 97. Fernruf B 29-5-10 Wien, Sonntag, 13. November 1938 Anzeigenannahme: Verwaltung u. Stadtbüro, 1, Schulerstr. 7, Fernruf R 27-3-96 12. Jahrg.

Die legale Antwort auf den jüdischen Meuchelmord:

Fünf Regierungsverordnungen gegen das Judentum

Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Verbot des Kino- und Theaterbesuches, 1 Milliarde Reichsmark Sühne, Schadenswiedergutmachung und Waffenverbot

Junge Künstler schaffen im Theater des Volkes (Lichtbilder Blaha.)

Morgen Montag findet im KdF.-Theater, der Volksoper, die Uraufführung des Balletts „Durch Zeit und Länder" statt. Wir zeigen hier einige Bilder von der Probe: 1. Im Kampfe mit Urwaldriesen. 2. Noch ein Blick auf den Wuschelkopf vor dem Auftritt. 3. Apachentanz in Paris. 4. Ein Pärchen unter Giraffen. 5. Der unsterbliche Donauwalzer. 6. Akrobatik oder Tanzkunst?

Die deutsche Gesetzgebung erteilt dem Judentum die Antwort

Das deutsche Volk hat durch seine Regierung dem Judentum in Deutschland und in der Welt die Antwort auf den bestellten Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten erteilt. Es wurden Verordnungen erlassen, die die völlige Ausscheidung der staatsangehörigen Juden aus unserem Kultur- und Wirtschaftsleben bewirken werden. Überdies wird ihnen eine empfindliche Geldbuße auferlegt, die sich rechtlich auf die bekannte und betätigte Solidarität des gesamten Judentums gründet.

Wir Deutsche wissen und sind überzeugt, daß man das Judentum nur durch die vollkommene Entfernung aus dem Volkskörper überwinden kann. Wir haben keine Lust und auch keine Zeit, fortwährend mit einem „Judenproblem" beschäftigt und belästigt zu werden. Wir wollen mit den Juden nichts mehr gemein haben, wir wollen nicht mehr an sie erinnert werden und würden uns daher auch glücklich schätzen, wenn es endlich soweit käme, daß wir sie auch nicht mehr sehen müßten.

Die Juden in Deutschland und in der Welt müssen nun zur Einsicht kommen, daß unsere Einstellung zum Judentum für alle Zeiten unveränderlich ist. In dieser unserer Einstellung müssen sie die Gewalt und Unverrückbarkeit eines bewußten Naturgesetzes sehen. Tun sie es nicht, dann wird es ausschließlich nur ihr Schaden sein.

Wir sagen es noch einmal: Deutschland ist für das Judentum auf ewige Zeiten versperrt und dieses sollte daher seine ganzen ihm in der Welt noch verbliebenen Machtmittel einsetzen, um eigenes Land für einen eigenen Judenstaat zu erwerben. Die Juden sollen nicht mehr auf eine Änderung der Verhältnisse hoffen und warten. Denn jede Änderung kann in Deutschland nur zu ihren Ungunsten ausfallen.

Einschneidendste Maßnahmen beschlossen

Berlin, 12. November. Unter dem Vorsitz des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, fand heute eine Chefbesprechung der beteiligten Minister mit ihren nächsten Mitarbeitern über die dringend notwendig gewordene Lösung der Judenfrage statt. An dieser Besprechung nahmen die Reichsminister Dr. Frick, Dr. Goebbels, Dr. Gürtner, Graf Schwerin v. Krosigk und Funk teil.

Die Besprechung ergab vollkommene Übereinstimmung in der Beurteilung und Behandlung der zur Debatte stehenden Fragen. Es wurde eine Reihe von einschneidendsten Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage besprochen und zum Teil schon entschieden. Wir führen nachstehend die Verordnungen an.

Ausschaltung aus dem deutschen Wirtschaftsleben

Die von Generalfeldmarschall Göring unterzeichnete Verordnung besagt:

Juden ist vom 1. Jänner 1939 an der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen. Jüdische Gewerbebetriebe, die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

Ein Jude kann vom 1. Jänner 1939 an nicht mehr Betriebsführer sein.

Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrag, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein. Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

Die zuständigen Reichsminister können Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebes in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfes erforderlich sind.

Juden ist der Kino- und Theaterbesuch untersagt

Berlin, 12. November. Dr. Goebbels hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Reichskulturkammer mit sofortiger Wirkung allen

Theaterleitern, Konzert- und Vortragsveranstaltern, Filmtheaterunternehmern, artistischen Unternehmern, Veranstaltern von Tanzvorführungen und Veranstaltern öffentlicher Ausstellungen kultureller Art

untersagt, jüdischen Personen den Besuch ihrer Unternehmen zu gestatten. Übertretungen ziehen für die Veranstalter und besonders für die Juden schwere Strafen nach sich.

In seiner Anordnung verweist Reichsminister Dr. Goebbels darauf, daß der nationalsozialistische Staat den Juden seit nunmehr schon über fünf Jahren innerhalb besonderer jüdischer Organisationen die Pflege ihres eigenen Kulturlebens ermöglicht habe. Damit besteht keine Veranlassung mehr, den Juden den Besuch der bezeichneten Veranstaltungen und Unternehmungen zu gestatten.

Eine Milliarde Reichsmark Sühneleistung

Berlin, 12. November. Die vom Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erlassene Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit besagt:

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne. Ich befehle daher:

Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von einer Milliarde Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Wiedergutmachung des Schadens

Berlin, 12. November. Generalfeldmarschall Göring hat zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbetreibenden verfügt:

Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Waffenverbot für Juden

Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern dem jüdischen Waffenbesitz schon durch sofortige polizeiliche Anordnung schlagartig ein Ende gesetzt hatte, ist nunmehr das gesetzliche Verbot auf dem Fuße gefolgt.

Der Reichsminister des Innern hat verfügt:

Juden ist der Erwerb, der Besitz und das Führen von Schußwaffen und Munition sowie von Hieb- und Stoßwaffen verboten. Sie haben die in ihrem Besitz befindlichen Waffen und Munition unverzüglich der Ortspolizeibehörde abzuliefern.

Waffen und Munition, die sich im Besitz eines Juden befinden, sind dem Reich entschädigungslos verfallen.

Für Juden fremder Staatsangehörigkeit kann der Reichsminister des Innern Ausnahmen zulassen.

Wer den Vorschriften vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bestraft. In besonders schweren Fällen vorsätzlicher Zuwiderhandlung ist die Strafe Zuchthaus bis zu 5 Jahren.

Diese Verordnung gilt auch im Land Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten.

*

Fort mit den jüdischen Firmennamen!

Im NS.-Gaudienst werden Fälle festgestellt, daß arisierte Unternehmungen den alten jüdischen Firmennamen beibehalten. Es wird darauf verwiesen, daß die Säuberung des Wiener Wirtschaftslebens auch eine Beseitigung aller jüdischen Firmennamen und Geschäftsaufschriften unumgänglich notwendig macht.

Die Memeler Stadtverordnetenversammlung hat die unverzügliche Wiederaufrichtung der im April 1923 gestürzten deutschen Denkmäler beschlossen.

über und stapfte, so schnell er konnte, der Spur nach.

Verdammte Schneereifen! Nicht zum Weiterkommen!

Er keuchte, schwitzte, watete o-beinig in dem tiefen Schnee, schloff durch die verschneiten Äste, immer hinter der Spur drein. Weiter! Weiter! Wie leicht und wendig die Skispur da vor ihm durch den schütteren Wald lief! Zum Teufel mit den breiten, lästigen Schneetretern! In die Hölle verfluchte er sie. Ski! Jetzt so leichte, flinke Bretteln an den Füßen! Die Lumpen kamen ihm aus. Das war gewiß.

Da — wumm! ein Schuß unten, verdammte Kerle! Und wieder wumm! Und wumm!

Und er, der Oberförster, steckte da mit seinen plumpen Reifen tief im Schnee drinnen und war machtlos, ganz machtlos.

In diesem Augenblick sah er das Gesicht des Kreuzwirtes leibhaftig vor sich und hörte ihn sagen: „Es hat wohl sein Gutes, wenn das Forstpersonal nit Ski fahren tut!"

Etliche Wochen später reibt der Kreuzwirt wieder seinen Buckel am warmen Kachelofen und überlegt.

Der Wintersportverein ist jetzt eine ausgemachte Sache. Den Ausschuß hat er schon beisammen. Nur der Präsident fehlt noch.

„Herr Oberförster", sagt er und wischt über die Tischplatte, wo vor lauter Auftrumpfen das Bier hingespritzt ist, „wia i ghört hab, sein Sie hiez aa ein Bretlelfahrer worden? Da schaug, was es alles gibt auf der Welt!"

„Wie der leibhaftige Teufel fahrt er schon, der Herr Oberförster", bestätigte der Raudaschl, „wo er do früher so gegen die Skinarren gewesen ist!"

Da lachen sie alle und der Kaswurm haut sich auf die Schenkel, daß es pascht. Der Kreuzwirt wartet, bis der Oberförster ein Bombenblatt in der Hand hat, dann schießt er los: „Indem wir nämlich keinen haben, der unsere Berg so gut kennt und den Wald, versteht sich, also glaub ich, daß uns der Herr Oberförster doch die Ehre geben sollt und den Präsidenten machen!"

So schnell geht es freilich nicht; aber bei der siebenten Halben sagt der Oberförster: „Ja, von mir aus!" Und jetzt ist er Präsident...

Aber wie die Bauern halt fürwitzig sind, dem Raudaschl läßt es keine Ruh und der Kaswurm stierlt auch hinten nach, und alle wollen es wissen, wieso der Oberförster seine alten Schneereifen mit einemmal in den Ofen gefeuert hat und so ein großartiger Skifahrer geworden ist.

Darauf erzählt ihnen der Oberförster die Geschichte von der blutigen Spur.

Jetzt kann sich der Kaswurm nimmer halten. „Oberförster!" schreit er, „Gell, bal du dazumals statt deine Schneetreter Ski hättst ghabt, nachher hättst ihn wohl derwuschen, den...!"

„Wen?" fragt der Oberförster schnell und springt auf, todernst ist er jetzt, ganz dienstlich.

„Den jungen Raudaschl halt mit seine selbergmachten Ski und dem halbeten blutigen Schweindl aufm Buckel!"

„Bscht!" macht der Kreuzwirt. „Mander, tuet nit solche Dummheiten reden. I sag: Der Herr Oberförster, unser Präsident, er lebe hoch, hoch!"

Und ein dreifaches Hoch hallt durch die Gaststuben.

Was kann er tun, der Oberförster?

Nix kann er tun! Lachen muß er, und er lacht und hebt sein Bierglas: „Skiheil, ös Lumpen!"

„Ganz Deutschland erwartet dich...!"

Die Trauerfeier für vom Rath in Paris

Paris, 12. November. Heute mittag fand in der Deutschen Kirche in Paris die offizielle Trauerfeier für den Gesandtschaftsrat Ernst Eduard vom Rath statt, an der die Eltern des Verstorbenen, die deutsche Abordnung unter Führung von Staatssekretär v. Weizsäcker, der deutsche Botschafter in Paris, der Landesgruppenleiter, zahlreiche Vertreter des französischen Staates und des Diplomatischen Korps, ferner unter vielen Kabinettsmitgliedern Außenminister Bonnet und der neuernannte Botschafter in Berlin Coulondre teilnahmen. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach der weihevollen Einleitung der Feier und der Trauerrede des Pastors Dahlgrün widmete Staatssekretär v. Weizsäcker dem Toten einen ehrenden Nachruf, in dem er ihn als leuchtendes Beispiel treuer Pflichterfüllung auf vorgeschobenem Posten hinstellte. Er sei als erster Blutzeuge des Auswärtigen Amtes für das Dritte Reich gefallen. Nach einer warmen Würdigung der Persönlichkeit des jungen Diplomaten schloß der Staatssekretär mit den Worten: „Trete an die Fahrt in die Heimat — ganz Deutschland erwartet dich!"

Am Sarg wurden unzählige Kränze niedergelegt, darunter solche des Führers und Reichskanzlers, des Reichsaußenministers, des Reichsministers Dr. Goebbels und des Gauleiters der Auslandorganisation.

Der Sarg wird von Paris mit einem Sonderzug nach Düsseldorf gebracht, wo das Staatsbegräbnis für Ernst vom Rath und die Beisetzung in der Familiengruft stattfindet.

Haftbefehl gegen Mittäter Grünspans

Paris, 12. November. Der Untersuchungsrichter, der mit der gerichtlichen Voruntersuchung über den Mordanschlag auf den Gesandtschaftsrat vom Rath betraut ist, hat gegen den Onkel und die Tante des Attentäters, Abraham und Chana Grünspan, einen neuen Haftbefehl wegen Mittäterschaft am Mord erlassen. Die beiden Mitangeklagten haben zu den bisher bereits herangezogenen zwei Verteidigern einen dritten Advokaten, den bei früheren antideutschen Hetzkampagnen hervorgetretenen Rechtsanwalt de Moro-Giafferi hinzugezogen.

Bei einer auf Veranlassung des Untersuchungsrichters vorgenommenen Haussuchung in der Wohnung des Abraham Grünspan wurden zahlreiche in deutscher und jüdischer Sprache abgefaßte Schreiben beschlagnahmt, die einem vereidigten Übersetzer zugeleitet werden.

Neue Grenzsteine für Groß-Wien

Das Wiener Kulturamt hat einen Wettbewerb für Grenzsteinentwürfe ausgeschrieben. Die Grenzsteine sollen das Wappen der Stadt Wien zeigen und folgende Inschrift tragen: „Grenze der Stadt Wien — 15. Oktober 1938 — im Jahre der Befreiung." Die Entwürfe sind bis 30. November einzureichen.

Weiterer Vorstoß der japanischen Truppen im Kanton-Gebiet

Tokio, 12. November. Die japanischen Truppen, die an der Kanton—Hankau-Bahn entlang in südlicher Richtung vorstießen, haben am Freitag, wie der japanische Heeresbericht meldet, die wichtige Stadt Yotschau eingenommen.

Yotschau ist eine bedeutende Stadt an der Kanton—Hankau-Bahn, 225 Kilometer südlich von Hankau und 128 Kilometer nordöstlich von Tschangscha, der Hauptstadt der Provinz Hunan. Die Stadt liegt an dem 1000 Quadratkilometer großen Tungting-See. Militärische Sachverständige heben hervor, daß mit dem Fall von Yotschau die wichtigste Außenstellung der Chinesen für die Verteidigung von Tschangscha zusammengebrochen ist.

Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsführung

Auf dem „Tag der Ostmark" für Wirtschaft und Wirtschaftsbetreuung in Wien hielt Ministerialdirigent Dr. Michel vom Reichswirtschaftsministerium einen Vortrag über Wirtschaftslenkung, in dem er zunächst einmal die Stellung, die der Staat der Wirtschaft gegenüber einnimmt, klar umriß. Es sei nicht Aufgabe des Staates, selbst zu wirtschaften, sondern der Privatinitiative des Unternehmers müsse stets die Möglichkeit der freien Entfaltung bleiben. Der Staat habe der Wirtschaft die Richtung zu geben. Eines der wichtigsten Gebiete staatlicher Wirtschaftslenkung stelle die Markt- und Wettbewerbsordnung dar. Eine lokale Marktordnung ist beim Reichsnährstand gegeben. Auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft hat sich der Staat darauf beschränkt, mit Hilfe von Rechtsinstrumenten weitgehend auf den Ausbau der gewerblichen Wirtschaft Einfluß zu nehmen. Dr. Michel behandelte dann das Gebiet der Preisregelung, der Rohstoffwirtschaft und der Einfuhrkontrolle. Ein hervorragendes Mittel zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit ist in der durch Wirtschaftsprüfer vorzunehmenden jährlichen Prüfung der Betriebe zu sehen, zu der als Prüfer geeignete Personen herangezogen werden. Zum Schlusse behandelte der Vortragende noch das Gebiet des Arbeitseinsatzes.

Staatskommissar für die Privatwirtschaft in der Ostmark Ing. Walter Rafelsberger sprach über das Thema Wirtschaftsführung. Er erläuterte den Begriff und die Maßnahmen der Wirtschaftsführung, die die Gesamtheit jener Bedingungen und Kräfte darstellt, die zur Geltung kommen müssen, damit die Volkswirtschaft bestehen und im Gang bleibe.

Ein neuer Chef der Donauflottille

Am Donnerstag verabschiedete sich in Linz Kapitän zur See Degenhardt als Chef der Donauflotille und übergab das Kommando an seinen Nachfolger Flottenkapitän Bütow. Kapitän Degenhardt wird ein neues Kommando als Kapitän des Kreuzers „Nürnberg" antreten. Als Abschiedsgruß fand eine Parade der gesamten Donauflottille statt, die Kapitän Degenhardt an Bord des Motorbootes „Mathung" abnahm.

Hauptschriftleiter Edgar Alker. Dessen Stellvertreter und Chef vom Dienst Bruno Hollfeld. Verantwortlich für Innenpolitik Edgar Alker, für Außenpolitik Sepp Doblasch (beurlaubt), für Wirtschaftsfragen und Sozialpolitik Kurt Boog, für deutsche Kulturpolitik Sepp Doblasch (beurlaubt), für den örtlichen Teil Fritz Robert Kirchner, für Feuilleton und Gericht Raimund Lackenbucher und für den Sportteil Bruno Probaska; Bilderdienst Bruno Hollfeld; Leiter des Anzeigenteiles Friedrich Perko; sämtliche in Wien. — Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Drucker: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" AG., Wien. Durchschnittsauflage Oktober 1938: 209.000; derzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

In Kürze:

Vor zwei Jahren betrug das gesamte deutsche Volkseinkommen 65 Milliarden Mark, im Vorjahr 71 Milliarden. Im Jahre 1913 betrug das Einkommen für jeden Beschäftigten in Deutschland als Jahresdurchschnitt 1505 Mark, im Jahre 1937 1535 Mark.

*

Der erste deutsche Gesandte im Kaiserreich Mandschukuo, Gesandter Wagner, hat gestern in Hsingking dem Kaiser Kangteh das Beglaubigungsschreiben überreicht.

*

Bei der Rückkehr des Schnelldampfers „Deutschland" übermittelte Gauleiter Kaufmann der Schiffsführung und der Mannschaft die Anerkennung des Führers und Hermann Görings für ihre Haltung beim Brande der Ladung.

*

Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, wird vom 15. bis 17. November auf einer Fahrt durch das Gebiet Sudetenland zur Hitler-Jugend in größeren Kundgebungen in Eger, Aussig und Reichenberg sprechen.

Wieder 110 Kilometer Reichsautobahnstrecke eröffnet

Recklinghausen, 12. November. Der Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen Dr.-Ing. Todt übergab heute die neue, 110 Kilometer lange Teilstrecke der Reichsautobahn zwischen Recklinghausen und Brackwede dem Verkehr. Dem Festakt ging ein Empfang im Rathaus der Stadt Recklinghausen voraus, bei dem Oberbürgermeister Niemayer den Generalinspekteur begrüßte und auf die verkehrspolitische Bedeutung der neueröffneten Autobahnstrecke hinwies. In seiner Erwiderung kündigte Dr.-Ing. Todt an, daß in wenigen Tagen auch im Sudetenland mit dem Bau der Reichsautobahn begonnen würde.

Beförderungssteuer der Autotaxi- und Mietwagenunternehmer in Wien

Mit einer Verfügung vom 29. Juli 1938 hat der Reichsminister der Finanzen für arische Unternehmungen die Beförderungssteuer für die Beförderung von Personen im Ortsverkehr bis zum 31. Dezember 1938 erlassen.

Aus Gründen der Arbeitsersparnis haben die Vorsteher der Finanzämter Landstraße und Favoriten-Simmering für die in ihrem Sprengel pflichtigen Unternehmer den Abrechnungstermin für die den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 1938 betreffenden Beförderungssteuerbeträge für den Personenfernverkehr bis zum 10. Jänner 1939 erstreckt.

Diese Unternehmer haben bis zu diesem Zeitpunkt die aus dem Personenfernverkehr in der Zeit vom 1. Juli 1938 bis 31. Dezember 1938 erzielten Beförderungseinnahmen bei den genannten Finanzämtern auszuweisen und die entfallenden Steuerbeträge an die zuständige Finanzkasse einzuzahlen.

Ab 1. Jänner 1939 unterliegen sämtliche Beförderungseinnahmen der zweiprozentigen Beförderungssteuer. Ab diesem Zeitpunkt müssen die Unternehmer über die aus obigen Verkehrsarten erzielten Einnahmen laufende, mindestens tägliche, tageweise bezeichnete Aufschreibungen führen. Bei der Aufzeichnung dürfen keinerlei Ausgaben vorweg abgezogen werden. Die darauf entfallende Steuer ist für jeden Kalendermonat bis zum 10. des nachfolgenden Monats (sohin erstmalig bis zum 10. Februar 1939 für den Monat Jänner 1939), unter gleichzeitiger Vorlage einer Nachweisung (Muster bei den Finanzämtern erhältlich), zu entrichten.

Auch das neue Prag will keine Juden

Prag, 12. November. Zu den Programmpunkten der neuen „Staatspartei" gehören unter anderem Säuberung des kulturellen Lebens von allen fremdstämmigen Elementen, Ausweisung aller Emigranten, Lösung der Judenfrage; Ausschaltung der Juden aus jeder politischen und journalistischen Tätigkeit; Behandlung der Deutschen, Ungarn, Polen und Rumänen, soweit sie tschechische Staatsbürger bleiben, als gleichberechtigte Mitbürger.

Schließlich wird in dem Programm ausführlich Stellung zur Reorganisation des Regierungssystems und zu den Fragen der Wirtschaft genommen. Auch hier klingt neben dem Willen zur Säuberung, Vereinheitlichung und Vereinfachung der Organisation des öffentlichen und Wirtschaftslebens der Ruf nach maßgeblicher Einschaltung junger, verantwortungsbewußter Kräfte durch.

Säuberung der Presse

Preßburg, 12. November. Das hiesige ungarische Tagblatt „Esti Ujsag" ist aus dem Besitz des Juden und Freimaurers Herczeg in das Eigentum der Schriftleiter und Mitarbeiter des Blattes übergegangen. Die slowakische Regierung hat daraufhin das über das Blatt verhängte Kolportageverbot aufgehoben.

Bildung der tschechischen Einheitspartei

Prag, 12. November. Nachdem sich die Prager Regierung auf Drängen der Slowaken dahin geeinigt hatte, im tschechischen Parteiwesen die Zersplitterung zu beseitigen, haben heute fast alle tschechischen Parteienvertreter beschlossen, ihre Parteien zu einer Einheitspartei zusammenzuschließen. Abseits steht die tschechische Sozialdemokratie, deren Beitritt zur nationalen Einheitspartei von der bisherigen Rechten abgelehnt wird, weil man in ihrem bisherigen Verhalten nur eine Tarnung sieht. Ferner konnte sich die Katholische Volkspartei noch nicht zum Beitritt entschließen. Die Auflösung der alten Parteien und die Bildung der neuen Einheitspartei wird am Montag offiziell bekanntgegeben werden.

*

Benesch-Leute wühlen

Prag, 12. November. Der agrarische „Prazsky vecer" bringt Einzelheiten über die Wühlarbeit der in Prag zurückgebliebenen politischen Freunde Beneschs. In geheimen Besprechungen werden Pläne geschmiedet, um die Herrschaft des alten Regimes wiederherzustellen. Dagegen werden die Forderungen in der tschechischen Öffentlichkeit auf restlose Beseitigung des Benesch-Systems immer lauter.

Trotz der Zusage der Prager amtlichen Stellen, an den deutschen Kliniken in Prag den rechtmäßigen Zustand wiederherzustellen, ändert sich an der Fortführung der Schikanen und Willkürakte gegen die deutschen Institute nichts. Die Regierung vermag sich offenbar gegen die hier noch herrschende Benesch-Clique nicht durchzusetzen.

Wie erst jetzt bekannt wird, haben die Tschechen bei ihrem Abzug aus Troppau das Troppauer Landesmuseum ausgeräumt und vierunddreißig Kisten mit den wertvollsten Kunstschätzen, Dokumenten und Urkunden mitgenommen. Unter den geraubten Sachen befinden sich unzählige Gegenstände von unschätzbarem Wert.

*

Auslandsudetendeutsche wählen zum Großdeutschen Reichstag

Berlin, 12. November. Der Führer und Reichskanzler hat angeordnet, daß die im Ausland lebenden wahlberechtigten Sudetendeutschen an den Ergänzungswahlen zum Großdeutschen Reichstag am 4. Dezember teilnehmen können. Mit den zur Durchführung der Wahl erforderlichen Maßnahmen zur Erfassung und Betreuung der sudetendeutschen Volksgenossen im Ausland hat der Führer und Reichskanzler den Leiter der Auslandorganisation der NSDAP., Gauleiter Staatssekretär Bohle, beauftragt.

Sudetendeutschland kehrt heim

Seit Freitag läuft in der Urania ein Tonfilmbericht der Tobis-Sascha „Sudetendeutschland kehrt heim". In ungemein anschaulichen, in der Wirkung hervorragend gesteigerten Bildern, erleben wir das Geschehen der letzten Monate. Not und Elend, die Unterdrückung und Entrechtung und schließlich die Befreiung unserer sudetendeutschen Brüder rollen an unserem Auge vorbei.

Überwältigend ist der letzte Abschnitt des Films, der den Jubel der Bevölkerung beim Einzug der deutschen Truppen und beim Besuch des Führers zeigt.

Im Beiprogramm wird ein Bildbericht von der ersten Madeira-Fahrt des KdF.-Schiffes „Wilhelm Gustloff" gezeigt. Man hat hier Gelegenheit zu sehen, wie zweckmäßig und wie schön dieses Urlauberschiff eingerichtet ist und man fühlt in sich den brennenden Wunsch, auch einmal so eine KdF.-Reise mitmachen zu können.

Morgen „Tag der Deutschen Hausmusik"

Es ist ein schöner Brauch, einen Tag im Jahre der Deutschen Hausmusik zu widmen. Hausmusik vermag das Zusammenleben selbst im engsten Raum zu veredeln, macht aus der bescheidensten Hütte eine Stätte der Kultur. Wie viele große Talente sind nicht aus solchem bescheidenen, häuslichen Musizieren hervorgegangen. Wien und die Ostmark waren seit eh und je eine Heimstätte bester, edelster Hausmusik. Not und tiefster Widerwillen gegen ein System, das volks- und kulturfremd war, haben sie zum Verdorren gebracht. Morgen wird man überall wieder mahnen, in Schulen und Anstalten, bei Konzerten und im Rundfunk: Deutsche, ihr seid das Musikvolk der Welt, denkt wiederum daran!

Reichsminister Rust in Wien

Reichsminister Rust traf zu einem zweitägigen Aufenthalt in Wien ein, um sich über Schulangelegenheiten der Ostmark zu informieren. Nach einem Besuch im Kunsthistorischen Museum besichtigte er die neuen nationalpolitischen Erziehungsanstalten. Der Reichsminister wohnte auch einem Furtwängler-Konzert und einer Jelusich-Aufführung im Burgtheater bei.

Linz, 12. November. Heute übergab Staatssekretär Kaltenbrunner der Linzer Schupolizei die Fahne, die der Führer auf dem Reichsparteitag geweiht hatte. An der Fahnenfeier, die auf dem Adolf-Hitler-Platz stattfand, nahm auch ein Musikzug der Wiener Schutzpolizei teil.

Das Kleine Blatt

6 Pfennig

Außerhalb der Ostmarkgaue 10 Pfennig

Ungarn 9 Fillér — Jugoslawien 1'50 Dinar — Italien 40 Centesimi

Nr. 314 Schriftleitung und Verwaltung: Wien 5, Rechte Wienzeile 97. Fernruf B 29-5-10 Wien, Montag, 14. November 1938 Anzeigenannahme: Verwaltung u. Stadtbüro, 1, Schulerstr. 7, Fernruf R 27-3-96 12. Jahrg.

Dr. Goebbels über die internationale Judenhetze

„Die Judenfrage wird in kürzester Frist einer das deutsche Volksempfinden befriedigenden Lösung zugeführt"

Berlin, 13. November. Der Gauleiter von Berlin, Dr. Joseph Goebbels, nahm heute in den Germania-Festsälen am Eintopfessen teil. Bei diesem Anlaß hielt der Reichsminister vor 500 Helfern und Helferinnen des Winterhilfswerkes eine Rede, in der er sich mit der Judenfrage beschäftigte.

Dr. Goebbels erklärte, das ruchlose Attentat von Paris habe das deutsche Volk neuerlich nicht zu der wohlverdienten Ruhe kommen lassen. Ein gedungener Judenjunge habe durch einen feigen Mordanschlag nicht einen einzelnen Mann, sondern — wie er selbst sagte — das deutsche Volk treffen wollen. Diesmal ist aber die Geduld des deutschen Volkes und der deutschen Regierung zu Ende gegangen.

Der Reichsminister zerriß das Lügengewebe, mit dem die internationale Judenpresse das Verbrechen des Juden Grünspan zu bemänteln und zu beschönigen versucht. Der eigentliche Plan aber war:

Man wollte einen deutschen Diplomaten niederschießen, um damit eine Trübung des Verhältnisses zwischen Deutschland und den europäischen Großmächten herbeizuführen und so die sich aufhellende internationale Atmosphäre aufs neue zu stören.

Der Schuß ist allerdings nach hinten losgegangen. Das deutsche Volk wurde hellhörig und reagierte dementsprechend.

Generalfeldmarschall Göring hat radikal durchgegriffen

Reichsminister Goebbels besprach dann die einschneidenden Verordnungen und Maßnahmen der nationalsozialistischen Staatsführung gegen das Judentum und beleuchtete vor allem das schnelle und radikale Durchgreifen des Generalfeldmarschalls Hermann Göring.

Unter stürmischem Beifall rief Doktor Goebbels aus: „Der Jude Grünspan hat erklärt, er habe das deutsche Volk treffen wollen. Das deutsche Volk hat jetzt durch seine Regierung eine entsprechende Antwort erteilt. Es hat sich als Volk zur Wehr gesetzt gegen die Rasse, die durch den Juden Grünspan auf einen deutschen diplomatischen Vertreter geschossen hat.

Nun wandte sich Dr. Goebbels gegen die Behauptung einer gewissen übelwollenden Auslandpresse, die deutschen Juden könnten für das in Paris begangene Verbrechen nicht verantwortlich gemacht werden. Demgegenüber stellte der Reichsminister fest, daß gerade die Juden in Deutschland die eigentlich Schuldigen sind; sie arbeiten in aller Welt gegen Deutschland und müssen nun auch die Folgen ihrer vielfachen Verbrechen tragen.

Unter allgemeiner Zustimmung erklärte Dr. Goebbels, daß im Rahmen der jetzt ergriffenen Maßnahmen jüdische Geschäfte aus dem deutschen Wirtschaftsleben zum Verschwinden gebracht und in arischen Besitz überführt werden.

An diese Feststellung knüpfte der Reichsminister die Mahnung an die Bevölkerung, von nun an Aktionen gegen Geschäfte und Unternehmungen zu unterlassen; denn von jetzt an würden dadurch nicht mehr Juden betroffen, da doch der jüdische Besitz in deutsche Hände gelegt wird.

Wer sich künftig gegen Geschäftsbetriebe wendet, schädigt nur das deutsche Volksvermögen. Es darf also in Zukunft solche Aktionen nicht mehr geben.

Reichsminister Dr. Goebbels schloß seine Rede mit den Worten: „Die Regierung steht auf der Wacht! Sie wird keine Provokation des internationalen Judentums unbeantwortet lassen! Ich habe den Vertretern der Auslandpresse in Berlin mit aller Deutlichkeit vor Augen gehalten, daß jede Aktion des internationalen Judentums in der Welt nur den Juden in Deutschland Schaden zufügt.

Ich bin der festen Überzeugung, daß sich die deutsche Regierung damit in vollkommener und restloser Übereinstimmung mit dem deutschen Volke befindet. Die Judenfrage wird in kürzester Frist einer das deutsche Volksempfinden befriedigenden Lösung zugeführt! Das Volk will es so und wir vollstrecken nur seinen Willen!"

Staatsbegräbnis für Ernst v. Rath in Düsseldorf

Düsseldorf, 13. November. Am Donnerstag findet das Staatsbegräbnis für Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath in Düsseldorf statt. Der Sarg mit den sterblichen Überresten Ernst vom Raths wird in einem französischen Sonderzug nach Aachen geleitet, wo die Umbahrung auf einen deutschen Sonderzug vorgenommen werden wird.

Der deutsche Sonderzug wird über Köln und Mühlheim die rechtsrheinische Strecke fahren. Auf allen Bahnhöfen, die der Sonderzug passiert, werden Angehörige der Parteigliederungen Ehrenspalier stehen. Die Bevölkerung der westdeutschen Grenzgaue wird dem für Deutschland Gefallenen den letzten Gruß entbieten.

Auf dem Bahnhof in Düsseldorf findet eine Trauerfeier statt, an der Abordnungen aus allen Städten und Orten des Gaugebietes teilnehmen werden. Dann wird sich ein großer Trauerzug zur Rheinhalle bewegen. Die Straßen Düsseldorfs legen Trauerschmuck an. In der Rheinhalle wird die Leiche Ernst vom Raths aufgebahrt. Die Bevölkerung wird an dem Sarg vorbeiziehen.

Am Donnerstag findet in der Rheinhalle um 12 Uhr die offizielle Trauerfeier statt. Dann wird die Leiche zum Nordfriedhof übergeführt, wo sie in der Familiengruft beigesetzt werden wird.

Trauerfeier im Auswärtigen Amt

Berlin, 13. November. Gestern fand im Auswärtigen Amt eine Trauerfeier für Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath statt, bei der Staatssekretär v. Keppler ein Lebensbild des Ermordeten zeichnete.

Der Sudetengau erhält einen eigenen Reichssender

Berlin, 13. November. Bei einer Veranstaltung des Reichssenders Breslau in Reichenberg, der Hauptstadt des Sudetengaues, ergriff der Präsident der Reichsrundfunkkammer, Reichsamtsleiter Hans Kriegler, das Wort und gab bekannt, daß Reichskommissar und Gauleiter Konrad Henlein an Reichsminister Dr. Goebbels mit der Bitte herangetreten sei, dem Sudetengau einen eigenen Sender zu geben.

Reichsminister Goebbels hat dieser Bitte grundsätzlich zugestimmt. Bis der neue Reichssender gebaut und in Betrieb genommen werden kann, wird in Karlsbad ein Behelfssender aufgestellt werden.

Außerdem wird der Sender Mährisch-Ostrau den Namen „Troppau" erhalten. Der Nebensender Troppau wird künftig an den Reichssender Breslau angeschlossen werden.

Präsident Kriegler verwies auch auf den Umstand, daß die Eingliederung des Sudetengaues in das Reich einen Zuwachs

von neuen Rundfunkteilnehmern bringe. Das werde sich auch auf den Absatz der neuen Volksgeräte auswirken.

Die für das Jahr 1938 geplante Auflage von 700.000 deutschen Kleinempfängern wird um 300.000 Kleinempfänger erweitert werden. Damit wird der „Deutsche Kleinempfänger 1938" im ersten Jahre seines Bestehens eine Gesamtauflage von einer Million Stück erreichen.

Schließlich gab Präsident Kriegler bekannt, daß vorläufig die Belieferung des sudetendeutschen Einzelhandels mit Markengeräten aus dem Altreich unterbleibt, um den sudetendeutschen Rundfunkeinzelhandel zu schützen, der noch eine Reihe von Markengeräten aus früheren Lieferungen der tschechischen Industrie auf Lager hat.

Keine Angst vor den Problemen!

Robert Ley erklärt: „Wir lehnen den Zufall ab, wir bekennen uns zum Handeln!"

Koblenz, 13. November. In der Koblenzer Stadthalle fand eine Tagung statt, an der das gesamte Führerkorps des Gaues Koblenz-Trier teilnahm. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine große Rede des Reichsorganisationsleiters Dr. Robert Ley.

Dr. Ley hob den Glauben an das Recht der Idee heraus und erklärte: „Wir glauben an die Gesetzmäßigkeit unseres Wollens. Das heißt: den Herrgott in unserem Volke wieder lebendig machen! Wir geben uns nicht dem Fatalismus hin, sondern wollen zähe und fleißig sein. Wir lehnen den Zufall ab und bekennen uns zum Handeln!"

Auf das Judenproblem übergehend, erklärte Dr. Ley, daß es in der Judenfrage kein Kompromiß geben dürfe. Nie dürfe das Elend vergessen werden, das die Juden in der Systemzeit über Deutschland gebracht haben. Mit dem „Taktgefühl der feinen Leute" komme man den Parasiten nicht bei. Unser Abwehrkampf möge rauh erscheinen, aber er führe zum Erfolg.

Zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede rief der Reichsorganisationsleiter aus: „Es darf kein Problem geben, das die Partei nicht anpackt. Eine Angst vor dem Problem kennen wir nicht! Je mehr den Menschen die Natur offenbar wird, desto besser ist das für unsere Idee. Wir lassen uns von niemandem die Existenz unserer Rasse wegleugnen!"

Steuererhöhungen in Frankreich

Paris, 13. November. Am Samstag beschloß der Ministerrat die erste Liste der angekündigten Notverordnungen. Sie enthält Verfügungen über die Arbeitsdauer in der Privatindustrie und bei den Eisenbahnen, über Abänderungen des bezahlten Urlaubes, über das Arbeitsvertrauenswesen, über die Verweigerung von Überstunden, über den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, über die Berufserziehung und Berufsumschulung, über die Neuregelung der Familienzulagen und über die Preisregelung.

Eine Anordnung befaßt sich mit der Aufbesserung der Beamtengehälter und Pensionsempfänger, wofür ein Kredit von 1·8 Milliarden Franken bewilligt wurde. Ein besonderes Dekret behandelt die Verfolgung der Steuerhinterziehung. Eine Verordnung setzt die Erhöhung der Verkehrstarife der Untergrundbahnen und der Pariser Autobusgesellschaft fest.

Die wichtigsten Verfügungen betreffen das Steuerwesen. Auf alle Berufseinkommen wird eine „außerordentliche nationale Kontribution" von zwei Prozent gelegt. Dann erfolgt eine Erhöhung der laufenden Einkommensteuer und der Steuersätze für die mobilen Werte. Die Lohnsteuer wird auf acht Prozent erhöht. Und erhöht werden die Zölle für Kaffee, Benzin, Zucker, Tabak und Wein. Auch die Abgabensätze für die Produktion erfahren eine Erhöhung.

Änderung der Arbeitszeit

Das Dekret über die Arbeitsdauer ist wohl das wichtigste. Zunächst bleibt grundsätzlich die vierzigstündige Arbeitszeit aufrecht. Es wird aber bestimmt, daß wegen der ernsten Wirtschaftslage auf die Dauer von drei Jahren auch fünfzig Arbeitsstunden gearbeitet werden kann.

Die Betriebsführer müssen die Anordnung von Überstunden dem Arbeitsministerium mitteilen. Die Überstundenvergütung beträgt zehn und fünfzehn Prozent des üblichen Stundenlohnes. Geändert wird auch die Einteilung der vierzigstündigen Arbeitswoche in fünf Tage. In Zukunft kann die Arbeitsdauer fünfeinhalb und unter Umständen sogar sechs Tage betragen.

Geteilte Aufnahme in der französischen Presse

Die Notverordnungen finden in der französischen Presse eine geteilte Aufnahme. Im allgemeinen herrscht über die Steuererhöhungen Mißmut.

„Excelsior" spricht von einer großen Bürde, die dem französischen Volk auferlegt worden sei. „Epoque" nennt den Plan des Finanzministers einen „äußersten und letzten Versuch, die Ordnung der Freiheit und des Eigentums zu retten".

„Le Jour" macht die Feststellung, daß die Franzosen nunmehr die Rechnung für die Volksfront mit einem hohen Preis bezahlen müssen.

*

Französische Frontkämpfer holen eine rote Fahne vom Dach

Paris, 13. November. Wie Pariser Frühzeitungen berichten, kam es in Chalindrey bei Chaumont anläßlich der Feier des Waffenstillstandstages zu einem Zwischenfall.

Auf dem Hause, in dem die Veranstaltung stattfand, war eine rote Fahne mit dem Sowjetabzeichen aufgezogen worden. Ein nationalrepublikanischer Nationalrat ersuchte darauf vergeblich den radikalsozialen Bürgermeister des Ortes um die sofortige Entfernung der Fahne.

Als dann die Frontkämpfer an dem Hause vorbeizogen, holten einige beherzte Männer die Fahne vom Dach und verbrannten sie unter dem Beifall der Bevölkerung.

*

Schärfere Kontrolle der Ausländer in Frankreich

Paris, 13. November. Innenminister Sarraut hat mehrere Dekrete zur Unterzeichnung vorgelegt, die sich auf die Ausländer in Frankreich beziehen. Das erste Dekret verstärkt die Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen.

Durch ein anderes Dekret wird die Heirat von Ausländern reglementiert, ferner werden gewisse Einschränkungen für die Erlangung der vollen Rechte der französischen Staatsangehörigkeit eingeführt. Weiterhin soll die Naturalisierung nicht die sofortige Erlangung des Wahlrechtes in sich schließen, sondern erst nach fünf Jahren erwirbt der Naturalisierte das Wahlrecht.

Um unerwünschte Ausländer fernzuhalten, ist die Schaffung von besonderen Überwachungszentren beschlossen worden. Schließlich wurde beschlossen, fortan einen energischen Riegel gegen den Übertritt von Ausländern oder gegen die heimliche Einwanderung nach Frankreich vorzuschieben. Es werden besondere Grenzgendarmerie-Brigaden in der Stärke von 1500 Mann geschaffen.

Neue Lasten für den französischen Steuerzahler sollen durch diese Maßnahmen nicht entstehen, da die Kosten durch Erhöhung der Ausstellungsgebühr von Personalausweisen für Ausländer aufgebracht werden.

Die arabische Revolution ist nicht mehr abzubremsen

Jerusalem, 13. November. In den letzten Tagen erfolgten in Jerusalem wieder zwei Bombenwürfe. Die Verordnung des Oberkommandierenden des Jerusalem-Bezirkes besagt, es müsse angenommen werden, daß die Bomben aus der Jerusalemer Altstadt stammten. Falls weitere Bombenwürfe erfolgen würden, werde über die Altstadt wieder das durchgehende Ausgangsverbot verhängt werden.

Heute nacht kam es in Jerusalem im Karamon-Viertel zu heftigen und langen Schießereien. Das Musrara Viertel ist jetzt militärisch abgesperrt.

In Jaffa wurden erneut Telephonleitungen zerstört, auch an der Ölleitung erfolgten wieder Zerstörungen. Von Jerusalem gingen größere Truppenaufgebote zu militärischen Operationen in der Richtung nach Jericho ab.

Die Wasserzuführung nach Jerusalem ist in den letzten Tagen durch schwere Wolkenbrüche unterbrochen worden. Es sind Rohre zerstört worden, so daß Jerusalem zum Teil ohne Wasser ist und mit diesem Zustand auch wohl noch für mehrere Tage rechnen muß.

Antimarxistische Demonstrationen in Budapest

Budapest, 13. November. Das Parlament hat in seiner Samstagsitzung die Gesetzesvorlage über die Wiedervereinigung des oberungarischen Gebiets mit dem Mutterland einstimmig angenommen. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde dann auf unbestimmte Zeit vertagt.

Am späten Abend kam es zu Demonstrationen gegen die Parteilokale der Marxisten und jüdisch-liberalen Verbände in Budapest und Umgebung, zu denen amtlich mitgeteilt wird, daß unbekannte Täter in sechs Partei- und Versammlungslokalen der sozialdemokratischen Partei und des Verbandes der ungarischen Privatbeamten die Fensterscheiben zertrümmerten.

In zwei Parteilokale drangen die Demonstranten ein und vernichteten die Einrichtungsgegenstände. Hiebei kam es auch zu Schlägereien

Die Frauenarbeit hat zugenommen

Rund 200.000 Arbeitslose im Sudetenland

Berlin, 14. November. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gibt den Beschäftigungsstand im Oktober bekannt. Die Zahl der Beschäftigten ist auf einem Gesamtstand von 20·8 Millionen verblieben. Die anhaltend starke Nachfrage nach Arbeitskräften hat neuerlich zu einer Zunahme der Frauenarbeit geführt. Im September betrug diese Zunahme an weiblichen Arbeitskräften 25 000 und im Oktober weitere 48.000, so daß jetzt insgesamt 6·6 Millionen Frauen beschäftigt sind.

Im Altreich gibt es derzeit 103.000 Arbeitslose, von denen jedoch nur 14.000 voll einsatzfähig sind. Bei der großen Nachfrage war es leicht, die entlassenen Soldaten und Arbeitsdienstmänner unterzubringen. Hiebei zeigte es sich, daß eine große Anziehungskraft auf sie die Eisen- und Metallindustrie, die Maschinenindustrie und auch das Baugewerbe ausgeübt haben.

In der Ostmark hat die Zahl der Arbeitslosen auf 106.500 zugenommen. In den an Österreich angrenzenden sudetendeutschen Gebieten wurden 6700 Arbeitslose gezählt. Im Sudetenland konnten im Oktober 20.000 Arbeitslose in Arbeit gebracht werden; die vorläufig festgestellte Zahl der Arbeitslosen beträgt hier rund 200.000.

„Wir wollen eine ganz reinliche Scheidung"

Berlin, 14. November. Dr. Goebbels gewährte am Samstag dem Sonderkorrespondenten des Reuter-Büros, Gordon Young, eine Unterredung, in der er ausführlich die deutsche Auffassung über die Judenfrage darlegte. Der Minister erklärte, daß das, was sich in den letzten Tagen in Berlin abgespielt habe, nur Reaktionen auf eine Infektion seien, die sich in den deutschen Volkskörper einschleichen wollte. Auf die Frage, wie die Abgabe von einer Milliarde Reichsmark praktisch durchgeführt werde, antwortete der Minister: „Sie wird in Form einer Abgabe eingezogen. Das jüdische Vermögen in Deutschland beträgt etwa acht Milliarden Reichsmark. Eine Reihe von weiteren Maßnahmen sind für die nächste Zeit zu erwarten. Im wesentlichen werden die Juden aus dem offenen wirtschaftlichen Leben entfernt werden, damit es nicht wieder Zusammenstöße gibt. Es ist unmöglich, daß in einem nationalsozialistischen, antisemitischen Staat ganze Straßenzüge von jüdischen Geschäften bestehen. Diese Geschäfte werden allmählich in arischen Besitz übergeführt."

„Wir wollen die Juden nicht kulturell vernichten", sagte Dr. Goebbels weiter, „sie sollen ihre eigene Kultur im jüdischen Kulturbund pflegen. Wir wollen eine ganz reinliche Scheidung zwischen Deutschen und Juden. Den Juden ist auch ein eigenes Winterhilfswerk gestattet worden. Im übrigen ist man sich in der Welt im Unklaren darüber, wie reich die Juden in Deutschland noch sind."

Auf die Frage des englischen Journalisten, ob diese Gesetze das jüdische Problem in Deutschland endgültig lösen würden, lautete die Antwort des Ministers: „Das hängt vom Judentum selbst ab. Davon, ob sie gewillt sind, die Stellung im öffentlichen Leben einzunehmen, die wir ihnen zubilligen, nämlich

die Stellung einer fremden Rasse, von der wir wissen, daß sie dem deutschen Volke ablehnend gegenübersteht.

Versuchen sie wieder durch die Maschen des neuen Gesetzes hindurchzuschlüpfen, so wird es neue Gesetze geben. Eine andere Möglichkeit besteht nicht."

Dr. Goebbels erklärte, daß britische, amerikanische und Juden anderer Nationalität als Ausländer gelten.

Es bestehe keine Absicht, die Juden in bestimmte Stadtviertel zusammenzuzwängen, aber es seien natürlich Maßnahmen zu erwarten, um dem unmöglichen Zustand ein Ende zu machen, daß Judenfamilien mit zwei bis drei Köpfen Willen mit zwanzig und dreißig Zimmern bewohnen, während angemessener Wohnraum für deutsche Volksgenossen noch fehle. Die Juden könnten ihre Geschäfte verkaufen, von ihren Renten leben oder sich nutzbringender Arbeit zuwenden. Es werde aber im Augenblick, in dem die Juden weiterhin provozieren und die Lage verschärfen, auch diese Tätigkeit eingeschränkt werden. „Ich kann nur dringendst betonen", so erklärte Dr. Goebbels, „daß die ausländischen Juden, die jetzt gegen Deutschland eine Riesenkampagne entfesseln, ihren Rassegenossen im Reich einen denkbar schlechten Dienst erweisen. Ich betone, daß wir unsere Maßnahmen nicht aus einem Rachegefühl treffen, sondern, daß das eine Frage der Zweckmäßigkeit ist."

Auf eine Frage Gordon Youngs stellte der Minister fest, daß den Juden, die auswandern wollten, wieder ihre Pässe ausgehändigt würden. Deutschland habe ein Interesse daran, daß die Juden aus dem Lande gehen. Sie dürfen im Rahmen des deutschen Devisenvorrats einen gewissen Prozentsatz ihres Vermögens mitnehmen.

Dr. Goebbels fügte zum Schluß noch hinzu, er würde es begrüßen, wenn die englische Publizistik innerdeutsche Vorgänge genau so fair und zurückhaltend behandeln würde, wie die deutsche Publizistik es mit englischen Vorgängen tue.

Die letzte Frage des Reuter-Korrespondenten lautete, ob Dr. Goebbels persönlich an

die Möglichkeit besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien

glaube. Reichsminister Dr. Goebbels versicherte: „Ja, das glaube ich und wünsche ich. Dafür müssen aber bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden. Wichtiger noch als die politischen sind die Voraussetzungen psychologischer Art. England muß sich ein für allemal darüber klar sein, daß wir ein gleichberechtigter Partner sind, nicht mehr die Nation vom November 1918.

Wenn aber die Welt weiter in der Mentalität von Compiègne und Versailles lebt, kann es keine guten Beziehungen geben, weder mit dem Volk, noch vor allem mit den verantwortlichen Führern, die aus dem Volk hervorgegangen sind. Deutschland ist manchmal gerade in psychologischer Hinsicht schwer verletzt worden. Wenn das geändert würde, dann wäre damit für eine deutsch-englische Verständigung sehr viel getan."

* * *

Kein Jude mehr auf deutschen Hochschulen

Berlin, 14. November. Bekanntlich hat der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung schon seit langem Juden nur noch in ganz beschränktem Umfang zum Studium an den deutschen Hochschulen zugelassen. Ein in Vorbereitung befindlicher Gesetzentwurf sieht vor, daß künftig kein Jude mehr zum Studium an deutschen Hochschulen zugelassen wird.

Die auf Grund der ruchlosen Freveltat des Juden Grünspan entstandene Empörung des deutschen Volkes erforderte eine sofortige Maßnahme, da es nicht mehr länger deutschen Studenten zugemutet werden kann, in den Hochschulen und ihren Einrichtungen mit Juden zusammenzuarbeiten. Reichsminister Rust hat daher durch telegraphische Weisung an die Rektoren der deutschen Hochschulen angeordnet, daß den Juden die Teilnahme an Vorlesungen und Übungen sowie das Betreten der Hochschulen untersagt wird.

*

Besuchsverbot für alle deutschen Schulen

Berlin, 14. November. Nach der ruchlosen Mordtat von Paris kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch versteht es sich von selbst, daß es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen.

Vorbehaltlich weiterer gesetzlicher Regelung hat daher Reichserziehungsminister Rust angeordnet: Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen. Soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind alle zurzeit eine deutsche Schule besuchenden jüdischen Schüler und Schülerinnen sofort zu entlassen.

Alle Apotheken in arischem Besitz

Berlin, 14. November. Im Hinblick auf die Entjudung der Ärzteschaft und des Anwaltstandes weist die deutsche Apotheker-

Gauleiter Bürckel spricht zu den Arbeitern der Ostmark

Morgen Mittwoch um 11 Uhr vormittags spricht Reichskommissar Gauleiter Bürckel aus den Steyr-Werken in Steyr über alle Sender zu der gesamten Arbeiterschaft der Ostmark.

In allen Betrieben finden Betriebsappelle mit Gemeinschaftsempfang statt.

schaft darauf hin, daß bei den Apotheken diese Entjudung bereits durchgeführt ist.

Das Wahrzeichen der deutschen Apotheke war früher eine gewundene Schlange, die ihr Gift in einen Kelch spritzt, ein kleinasiatisches Göttersymbol. Auch dieses hat sich seit dem 1. Oktober 1936 geändert. Das Wahrzeichen der deutschen Apotheke ist das „A" mit der Maurune, ein altgermanisches Sinnzeichen für Kraft, Gesundheit und Lebensfreude.

Das kulturelle Leben der Juden

Berlin, 14. November. Der Abteilungsleiter im Propagandaministerium Hinkel gab am Montag vor Vertretern der Presse Erklärungen ab über die kulturellen Lebensmöglichkeiten der Juden in Deutschland. Der nationalsozialistische Staat habe bereits im Sommer 1933 den damals aus dem deutschen Kunstleben ausgeschiedenen Juden zugestanden, sich in einer eigenen Kulturorganisation zusammenzufinden. Im Juli 1933 wurde in Berlin der jüdische Kulturbund gegründet, der starken Zuspruch bekam. Die Juden erhielten ein eigenes Theatergebäude zur Verfügung gestellt, in dem sie mit jüdischen Künstlern Opern, Operetten und Schauspiele aufführten. Schließlich bildeten sie in den übrigen Großstädten des Reiches Ortsverbände des jüdischen Kulturbundes, die in einem Reichsverband zusammengeschlossen wurden.

Den Juden ist nur die Aufführung jüdischer Dramatiker gestattet. Werke deutscher Meister sind verboten. An nichtdeutschen Stücken aus dem Ausland können sich die Juden holen, was sie sich wünschen.

Den Juden wurden auch eigene Buchhandlungen und eigene Zeitungen zugestanden, welch letztere aber sich ausschließlich nur mit jüdischen Problemen befassen dürfen.

Zum Schluß betonte Hinkel, daß das Ausland von den den Juden gegebenen Möglichkeiten kaum Notiz genommen habe. Man wollte es nicht wahrhaben, daß im nationalsozialistischen Deutschland jüdische Konzerte stattfinden können und Rabbiner und sonstige Schriftgelehrte Vorträge halten dürfen und daß jüdische Schulen vorhanden sind. Auch zu gesellschaftlichen Veranstaltungen können sich die Juden in bestimmten Lokalen zusammenfinden.

*

Zusammenstöße in Warschau

Warschau, 14. November. In einer Warschauer Maschinenbauhochschule, in der sich die jüdischen Hörer gegenüber den Polen herausfordernd benahmen, und sich weigerten, die ihnen zugewiesenen Plätze einzunehmen, kam es aus diesem Anlaß zu schweren Zusammenstößen. Die Leitung der Schule hat die Vorlesungen bis auf weiteres eingestellt.

Auch Kolumbien wehrt sich gegen die Juden

Neuyork, 14. November. In der „New York Times" ist eine kleine Meldung aus Bogota (Kolumbien) bemerkenswert, die gerade deshalb besonders auffällt, weil sie von dem Blatte beinahe schamhaft auf der Innenseite versteckt wird. Die Meldung verzeichnet die Tatsache, daß sich in Bogota ein immer stärker werdender Antisemitismus bemerkbar mache, der seinen Niederschlag sogar in einem Gesetzentwurf gefunden habe, Juden die Einreise zu verweigern.

Einige tausend Juden aus der Slowakei abgeschoben

Preßburg, 14. November. Abgeordneter Sidor teilte mit, daß die slowakische Regierung von der Preßburger Universität 465 jüdische Hochschüler ausgeschlossen habe. Einige tausend Juden seien nach dem Ausland abgeschoben worden.

Sehnsucht im Souffleurkasten

Von Christoph Walter Drey

Auf dem Theaterzettel besonders hervorgehoben wird der Name: Carola Hester. Carola Hester ist eine Schönheit, eine Persönlichkeit, auf deren Erscheinen die „beste Gesellschaft" Wert legt.

Weder auf dem Theaterzettel noch in der Zeitung — nur in den Personal- und Gagenlisten desselben Theaters erscheint ein anderer Name: Friedel Hester. Friedel ist zwei Jahre jünger als ihre berühmte Schwester. Sie ist nicht schön, doch hat sie große, tiefschimmernde Augen und einen feinen, leicht geschwungenen Mund. Ihr kleines Gesicht beherrscht weder die Mimik der Bühne noch die der großen Frau, und ihre Züge sind der Schminke ungewohnt.

Dem Theater ist sie verfallen, denn auch sie war das Kind des einstigen, in kleinen Rollen gealterten Schauspielers Hermann Hester. So was liegt dann im Blut. Mit der Sprechbühne war es nichts, die Stimme ist auch zu klein.

Ihre Schwester hat ihr in einer guten Laune den Souffleurposten verschafft. Wenn die Diva ein Wort verpaßt, dann sorgt die feine Stimme im kantigen Kasten für den unmerkbaren Übergang.

Wieder ist der Vorhang vor dem schwarzen, beifallrasenden Raum gefallen. Friedel sah noch die lächelnden Verbeugungen der Schwester, des Kammersängers, des Komponisten und des Direktors, während sie hinter die Kulissen in ihr Umkleidezimmer huschte. Ach ja, da hängt ihr bestes Kleid! Sie macht sich hastend zurecht, dann nimmt sie den Mantel um und setzt sich. Sie soll warten.

Die Schwester wollte für den heutigen Abend die „Kleine" einladen, die beiden wollten allein und wirklich wieder einmal Schwestern sein.

Eine halbe Stunde vergeht, und keine Garderobiere kommt, ihr Bescheid zu geben. Eilig rast sie über die halbverdunkelten Gänge zur anderen Seite der Bühne, wo sich die Garderoben der Solisten befinden. Auf dem Korridor läuft ihr gerade noch die Friseuse Carolas in die Arme.

„Gut, daß Sie kommen, Fräulein Hester! Ich wollte zu Ihnen 'rüber und einen Zettel abgeben. Ach, nun habe ich ihn vergessen! Wollen Sie ihn nicht selbst vom Schminktisch nehmen? Hier ist der Schlüssel, Sie können ihn mir morgen zurückgeben."

Die „Kleine" schließt auf und findet ein Papier:

„Liebes — ich wurde abgeholt, es ging nicht anders. Der Direktor und der Komponist — Du weißt schon, gelt? Ein andermal. Carola."

Rings ist ein betäubender Duft von Blumen. Körbe und Schalen und Kränze, ein ganz phantastischer Garten aus Farben und Düften. Sie hatte sich so gefreut — konnte denn Carola heute nicht einmal für sie alle die anderen Leute wegschicken?

Sie will gehen.

Noch einmal sieht sie die Karte an, und da sie sie schräg in der Hand hält, bemerkt sie, daß auf der anderen Seite auch noch etwas geschrieben steht. Erstaunt entziffert sie eine steile Handschrift:

„Ich schreibe Ihnen heute zum zwölftenmal. Morgen versuche ich es nicht wieder. Dann weiß ich, daß das Glück an mir vorübergeht. Aber heute will ich bis Mitternacht auf Sie im Foyer des Palasthotels warten. Auf dem Tisch wird eine Chrysantheme stehen."

Auf dem Haken hängt der Pelz der Schwester. Was geschieht mit Friedel? Sie weiß kaum, daß sie ihren kurzen Seidenmantel abwirft und in den schönen, weiten, wolligen Mantel Carolas schlüpft. Wer sie jetzt auf dem Wege zum Bühnenausgang beobachten würde, der müßte zu dem Schluß kommen, daß er einer Nachtwandlerin begegnet. Sie ruft ein Taxi an, und durch die dunklen Straßen geht es zum Palasthotel. Fünf Minuten vor Mitternacht entlohnt sie den Chauffeur. Durch die Drehtür sieht sie in der Mitte eine weiße Chrysantheme leuchten. Dann steht mit einer schlanken Verbeugung ein junger Mann vor ihr:

„Ich.. danke... Ihnen!" Er mustert sie erstaunt. „Aber... diese Ähnlichkeit! Entschuldigen Sie, glauben Sie, bitte nicht, ich wollte meinen Dank zurückziehen! Weil Sie, die ich nicht kenne, gekommen sind, bin ich glücklich. Carola Hester sind Sie nicht..."

Friedel spürt, wie das Blut in den Schläfen pocht und Röte ihr ganzes Gesicht überzieht.

Sie sagt: „Nein... verzeihen Sie! Sehen Sie, dieser Mantel gehört auch nicht mir. Ich hatte nur die unbestimmte Vorstellung, daß man hierher nur gehen könne, wenn man so etwas anzieht. Darum nahm ich ihn vom Garderobehaken meiner Schwester. Ich weiß nicht, weshalb ich überhaupt gekommen bin. Ich las nur Ihre Karte..."

Er wartete eine ganze Weile mit der Antwort. „Es ist ein Zufall... alles", erklärte er dann. „Ihre Schwester ging vor wenigen Minuten hier vorüber. Sie sah die Blume und erzählte ihren drei Begleitern von meiner Karte. Darum saß ich noch hier. Ich dachte darüber nach, ob man einen Menschen, der sein Herz vor einem ausbreitet, beschimpfen darf."

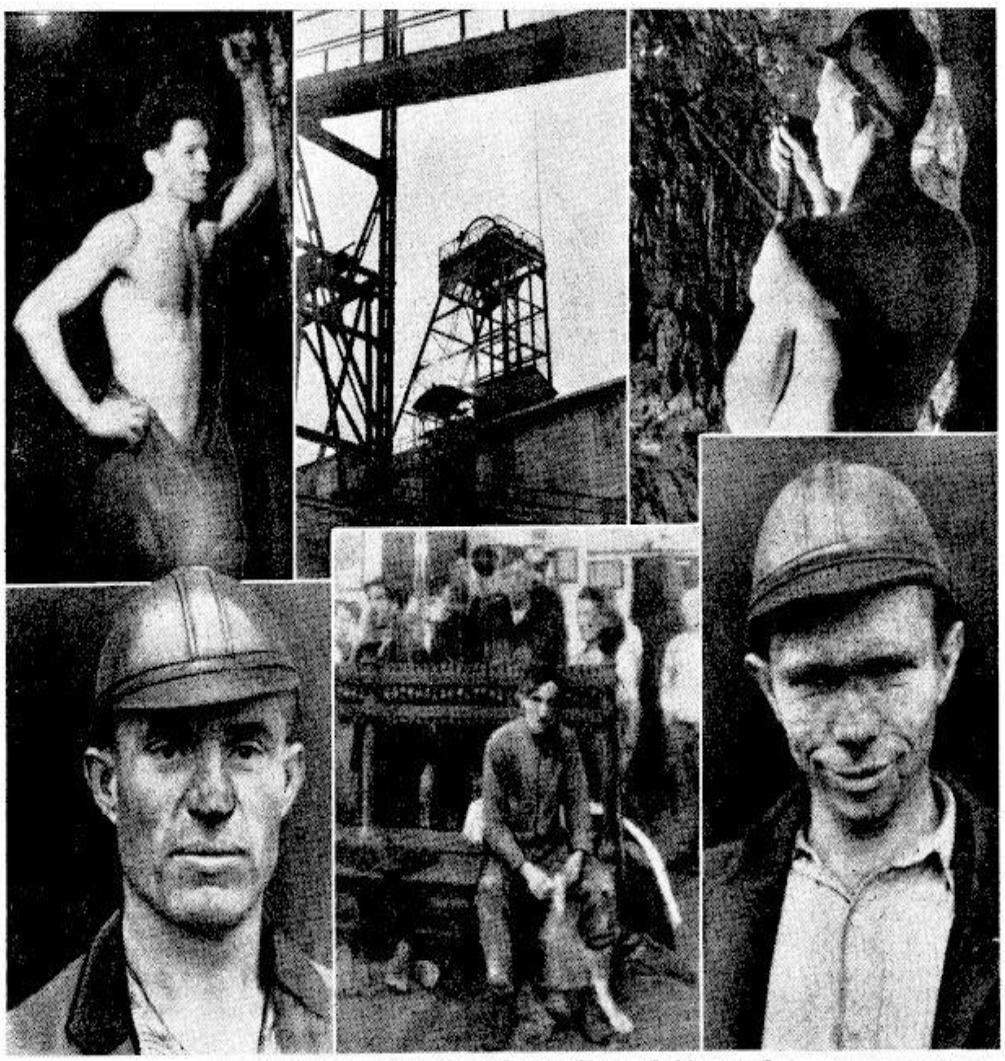
„Nein", erklärte Friedel zögernd. „Aber vielleicht haben Sie Carolas Worte gar nicht verstanden, und alles schien Ihnen nur so, weil Sie hier sitzen, und sie ging vorüber. Sie wollte heute abend doch mit mir fortgehen und mich in das schönste Restaurant führen. Aber dann wurde

Das Kleine Blatt
6 Pfennig
Außerhalb der Ostmarkgaue 10 Pfennig

Nr. 316 Schriftleitung und Verwaltung: Wien 5, Rechte Wienzeile 97. Fernruf B 29-5-16 Wien, Mittwoch 16. November 1938 Anzeigenannahme: Verwaltung u. Stadtbüro, 1. Schulerstr. 7. Fernruf R 27-3-96 12. Jahrg.

Grenzenloses Mitleid für die Juden — aber kein Staat öffnet ihnen die Grenzen!

Heute Eröffnung des dritten KdF.-Theaters Wiens — Bürckel spricht heute um 11 Uhr zur Arbeiterschaft der Ostmark



Besuch in einem Egerländer Braunkohlenwerk (Lichtbild Fritz Zoucek.)

Im Rahmen der Rundfahrt des Kleinen Blattes im Sudetengau besuchten wir auch ein Egerländer Braunkohlenbergwerk. — Obere Reihe: links und rechts: Häuer beim Vortrieb; Mitte: Förderturm. — Untere Reihe: links und rechts: Egerländer Bergarbeiter; Mitte: Die Schicht ist aus.

Mitleid in der Theorie — Abwehr in der Praxis

In der (von Juden geleiteten) Weltpresse hallt es vom Wehgeschrei über die „armen verfolgten Juden" in Deutschland und über unseren Entschluß, in der Judenfrage einmal ganz reinen Tisch zu machen. Eine lange Tonleiter der Menschlichkeit wird in den englischen und amerikanischen jüdischen Zeitungen abgespielt, und ganze Spalten sind angefüllt mit zu Worten gewordenen Tränen des Mitgefühls.

Es läge doch auf der Hand, daß diese Länder, die sich über die Behandlung der Juden in Deutschland so sehr entrüsten, durch eine großzügige Tat ihre gute Gesinnung unter Beweis stellen und den Juden, denen in Deutschland das Leben erschwert wird, Grenzen und Tore öffnen, um sie bei sich aufzunehmen. Schöner und edler könnten diese schreienden und schreibenden Apostel nicht handeln.

In Wahrheit aber wehren sich die gleichen Leute, die für das Judentum tagtäglich eine Lanze brechen, auf das schärfste dagegen, deutschen Emigranten die Ansiedlung in ihrem Staatsgebiet zu gestatten.

Die Konferenz in Evians, die zur Regelung der Emigrantenfrage einberufen worden war, endete mit einem glatten Mißerfolg. Es wurde viel über die Juden geredet, aber alle beteiligten Staaten lehnten es ab, den Juden praktisch zu helfen. England, das gegenwärtig am meisten um die Juden in Deutschland trauert, und dem ein Viertel der Erde gehört, weigerte sich, fünfhundert jüdische Ärzte aus Deutschland aufzunehmen. In Belgien werden jetzt große Konzentrationslager für jüdische Emigranten eingerichtet. Holland lehnt eine Ansiedlung von Juden in seinen Kolonien strikte ab. Selbst in den dünn besiedelten Erdteilen Afrika und Australien stößt die Einbürgerung von Juden auf feindselige Abwehr. Die Polen weigern sich, ihre eigenen, im Ausland lebenden jüdischen Staatsangehörigen, zurückzunehmen.

Man ersieht aus dem allem, daß bereits in der ganzen Welt die Erkenntnis von der Schädlichkeit des Judentums Fuß gefaßt hat. Man empfindet allseits das Vorhandensein dieses Schmarotzervolkes als Belastung und Gefahr. Trotzdem will man das deutsche Volk, das am schwersten unter den Juden zu leiden hatte und das den engsten Lebensraum besitzt, nicht verstehen.

Uns Deutsche muß es seltsam anmuten, daß man sich darüber aufhält, wenn wir uns gegen die Kriegshetzer im eigenen Lande zur Wehr setzen, und daß dabei aber kein Wort der Erwähnung getan wird über die Vorgänge in Palästina, wo man dem arabischen Volk, das nur seine Freiheit will, die Wohnstätten mit Dynamit in die Luft sprengt. Gerade in England sollte man die Entrüstung über den antisemitischen Reinigungsprozeß in Deutschland etwas dämpfen, denn es könnte sein, daß wir uns der Methoden erinnerten, die England bei der Begründung seines Imperiums anwendete. Nicht lange vor den Unruhen in Palästina wurden in der englischen Kolonie Waziristan Bomben zur „Befriedung" einiger aufständischer Eingeborenenstämme verwendet. Damals rührte sich das Weltgewissen auch nicht.

Wir Deutsche wissen ja, worum es geht. Wir sind heute so gesund, so arbeitsam und vor allem so hellsehend geworden, daß wir keine Juden mehr verdienen. Wir ertragen dieses Geschwür nicht mehr auf unserem Leibe. Das ist es aber, was die Welt gerade haben möchte. Deutschland soll mit einem ewigen Gebrest behaftet, ewig schwächlich bleiben, weil es in dieser Verfassung für die anderen ein angenehmes Objekt ihrer Machtpolitik wäre.

Aber diese Art von Berechnungen haben keine Gültigkeit mehr. Das ist für immer vorbei. Wir Deutsche bestellen unser Haus, so wie wir es für gut halten und lehnen alle gouvernantenhaften Bevormundungen ganz energisch ab. Wenn den Westmächten die Lage der deutschen Juden unerträglich ist, dann mögen sie unsere Juden zu sich nehmen. Dr. Goebbels hat in dieser Hinsicht ein großzügiges Angebot gemacht.

Konzentrationslager für Juden in Belgien

Brüssel, 15. November. Die belgische Regierung hat neue verschärfte Maßnahmen zur Verhinderung der jüdischen Einwanderung ergriffen. Die Grenzwachen sind in diesem Zusammenhang erneut verstärkt worden.

Die von der Regierung beschlossene Einrichtung von Konzentrationslagern für Juden und Emigranten, die sich in Belgien eingeschmuggelt haben, hat bereits zu praktischen Maßnahmen geführt. In der früheren Strafkolonie von Merxplas bei Antwerpen sind in den letzten Tagen und Wochen mehrere Hunderte von Juden untergebracht worden. In nächster Zeit soll diese Zahl auf mehrere Tausend gesteigert werden. Die Juden werden zum Arbeiten verpflichtet und erhalten dafür kleine Lohnentschädigungen.

Weitere Konzentrationslager werden demnächst eingerichtet, unter anderem in Marneffe zwischen Namur und Lüttich.

* * *

Weitere Staaten, die ablehnen

Montevideo, 15. November. Die Regierung von Uruguay hat sich entschlossen, rigorose Maßnahmen gegen die Gefahr einer wachsenden Überfremdung durch die Zuwanderung jüdischer Elemente zu treffen. Der Staatspräsident selbst hat die Frage der Einschränkung dieser unerwünschten Einwanderer aufgeworfen und einem besonderen Ministerausschuß liegt die Ausarbeitung eines Gesetzes ob, das die notwendigen Abwehrmaßnahmen gegen die Juden zusammenfassen soll.

Von seiten des Landwirtschaftsministeriums hat man nicht gezögert, 500 jüdischen Einwandererfamilien, die Land in Uruguay zu kaufen beabsichtigten, einen abschlägigen Bescheid zu erteilen. Vorsorglich wurde den jüdischen Antragstellern die Einreiseerlaubnis verweigert.

*

San José (Kostarika), 15. November. Seiner Gesandtschaft in Paris hat das Außenamt von Kostarika strenge Anweisung gegeben Gesuche jüdischer Emigranten um die Gewährung von Einreisesichtvermerken nach Kostarika abzulehnen.

*

Bogota, 15. November. Die ständig wachsende Abwehrbewegung gegen das Judentum in Kolumbien hat jetzt zu der Einbringung eines Gesetzentwurfes geführt, in dem ein Einreiseverbot für Juden und der Schutz der einheimischen Industrie gegen die unlautere jüdische Konkurrenz gefordert wird.

Auch Frankreich erwacht

Paris, 15. November. Die antijüdische Sammelbewegung Frankreichs läßt in den Straßen der französischen Hauptstadt Flugblätter verteilen, in denen die Franzosen zum Beitritt aufgefordert werden. Das Flugblatt trägt die Überschrift: „Das Judenkomplott gegen den Frieden." Im Text heißt es unter anderem: Kaum hat sich Daladier öffentlich für eine Politik der logischen Entwicklung ausgesprochen, da schleudert das internationale Judentum, enttäuscht darüber, daß sein Krieg fehlgeschlagen ist, eine neue Brandfackel gegen die französisch-deutschen Beziehungen. Denn das Attentat des Juden Herschel Seibel Grünspan auf den Gesandtschaftsrat vom Rath hat kein anderes Ziel. Von 1914 bis 1918, da alle Länder in dem Glauben waren, für Recht, Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen, und sich die Toten und Trümmer häuften, hat die Judeninternationale achtzig Prozent des Goldes der ganzen Welt eingeheimst und damit seine wirtschaftliche und politische Eroberung aller ausgebeuteten und ruinierten Länder gesichert. Die Juden allein sind die Sieger des Krieges.

Seit zehn Jahren aber, so heißt es weiter, befreien sich die europäischen Länder eines nach dem anderen aus dem Joche Israels. Die Juden aber wollen mit allen Mitteln die verlorengegangenen Stellungen wieder erobern.

Nur nach dieser Befreiung, so schließt das Flugblatt im Sperrdruck, kann die Einigkeit aller Franzosen erzielt werden.

*

Berlin, 15. November. 894 Berliner Juden besitzen nach Abzug vorhandener Schulden ein Vermögen von je 300.000 Reichsmark und mehr; davon besitzen 346 Juden ein Vermögen von je über eine halbe Million, 125 Juden ein Vermögen von mehr als einer Million, 37 Juden ein Vermögen über zwei Millionen, 17 Juden ein Vermögen über drei Millionen, 7 Juden ein Vermögen über vier Millionen, 8 Juden ein Vermögen über fünf Millionen und je ein Jude ein Vermögen über sechs Millionen, sieben Millionen, acht Millionen, zehn Millionen und zwölf Millionen Reichsmark.

Hauptwaldgebieten Waldmaschinenstationen organisiert werden.

Während meines Vortrages fühlte ich das kühlblickende Auge Stalins mit merklichem Interesse auf mir ruhen. Ich dürfte wohl der erste ausländische Kommunist gewesen sein, der mit einem selbständigen Vorschlag im Politbüro vor ihm auftrat. Stalin ist mittelgroß. Sein ovales Gesicht mit den starken, schwarzen Augenbrauen, den dunklen, scharfen Augen, der etwas geschwungenen Hakennase und den schmalen, meist hart aufeinandergepreßten Lippen, wirkt zugleich selbstsicher und verschlossen. Der gelbliche Teint verrät den Südländer. Doch statt des bei Georgiern üblichen bläulichen Tones zeigte sein Augapfel eine gelbliche Farbe, ein Beweis, daß Stalin tatsächlich an einem inneren Leiden, wie ich hörte, einem Gallenleiden, krankt. Er trug in dieser Sitzung die bis zum Hals geschlossene uniformähnliche Joppe, die er auch bei feierlichen Anlässen, Kongreßsitzungen, Paraden usw. zu tragen pflegt. Stalin liebt es, demonstrativ einfach zu erscheinen.

Das Ergebnis meines Vortrages in dieser Sitzung des Politbüros war, daß auch die von mir vorgeschlagene Ergänzung zum Gesetz über die Waldarbeit vom 27. August 1929 angenommen wurde.

Ich hoffte, nun endlich in meinem Kampf um den Aufbau einer gesunden Waldwirtschaft in der UdSSR. einen Schritt weitergekommen zu sein. Doch auch diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Obwohl fast alle in Frage kommenden Stellen ihre Zustimmung zur Durchführung dieser umwälzenden Neuorganisation der Waldwirtschaft gegeben hatten, scheiterte die Durchführung dieses Gesetzes an dem praktischen Widerstand der Maßgebenden. Es sollten eben unter allen Umständen gewaltige Industriegiganten errichtet und nach wie vor Millionen von Zwangsarbeitern in der Waldwirtschaft beschäftigt werden. Beides wäre unnötig gewesen, wenn meine Vorschläge angenommen worden wären. An Stelle von ungefähr fünf Millionen Saisonarbeitern, das heißt Zwangsarbeitern, hätten knapp 300.000 ständige Waldarbeiter genügt, um den Bedarf an Holzmaterial der Sowjetunion weitaus zu decken. Ich sah mit Entsetzen, daß den führenden Männern der Partei und des Staates absolut nichts daran lag, der Waldausschlachtung ein Ende zu bereiten und eine planmäßige Wiederaufforstung der abgeholzten Waldbestände im Interesse der Versorgung der kommenden Generation jetzt schon in die Wege zu leiten.

(Copyright bei Nibelungen-Verlag, Berlin und Leipzig.)

*

„Die Stunde meiner Hinrichtung"

Wir setzen den Vorabdruck eines weiteren Abschnittes aus dem Buche „Der verratene Sozialismus" morgen mit einer gekürzten Wiedergabe des Kapitels „Die Stunde meiner Hinrichtung" fort.

Betriebsverbot für Schädlinge im Handwerk

Berlin, 15. November. Der Reichsstand des deutschen Handwerks hat bei den zuständigen Stellen den Antrag eingebracht, man möge den handwerklichen Ehrengerichten die Befugnis erteilen, Schädlingen im Handwerk die Führung des Betriebes zu untersagen.

Rücktritt der ungarischen Regierung

Budapest, 15. November. Ministerpräsident Imredy hat, wie amtlich mitgeteilt wird, Dienstag am späten Nachmittag dem Reichsverweser den Rücktritt des Gesamtkabinetts unterbreitet.

In gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß Imredy auf der Dienstag abend stattfindenden Besprechung der Partei der nationalen Einheit bereits seine neuen Minister vorstellen wird. Dieser Parteiberatung blickt man in der hiesigen politischen Öffentlichkeit aber auch deshalb mit Erwartung entgegen, weil von den dort fallenden Entscheidungen auch der künftige politische Kurs Ungarns abhängt.

Das Staatsbegräbnis für Gesandtschaftsrat vom Rath

Berlin, 15. November. Für die Überführung der sterblichen Überreste des ermordeten Gesandtschaftsrates Ernst vom Rath und das Staatsbegräbnis in Düsseldorf ist nachstehende Zeitfolge festgelegt worden:

Der französische Sonderzug verläßt am Dienstag abend Paris und trifft am Mittwoch um 6.55 Uhr in Aachen ein. Nach einer kurzen Trauerfeier auf dem Bahnhof in Aachen, an der eine Ehrenabordnung des Auswärtigen Amtes teilnimmt und bei der Gauleiter Grohé eine kurze Ansprache hält, wird der Sarg in den deutschen Sonderzug überführt, der dann seine Fahrt nach Düsseldorf antritt. Auf den bei der Fahrt von Aachen nach Düsseldorf berührten Bahnhöfen werden Abordnungen der Gliederungen der Partei und die Bevölkerung Aufstellung nehmen.

Der Sonderzug trifft in Düsseldorf am Mittwoch um 9.51 Uhr ein. Nach einer Trauerfeier auf dem Bahnhof wird der Sarg zu der Lafette auf dem Bahnhofvorplatz getragen. Vom Bahnhofvorplatz setzt sich der Trauerzug zur Rheinhalle in Bewegung, wo die Aufbahrung erfolgt.

Die Trauerfeier in der Rheinhalle, an der der Reichsminister des Auswärtigen v. Ribbentrop teilnimmt, beginnt am Donnerstag um 12 Uhr und ist etwa um 13 Uhr beendet.

Es erfolgt darauf die Überführung des Sarges von der Rheinhalle zum Nordfriedhof, wo die Beisetzung in der Familiengruft stattfindet.

Trauerbeflaggung am Donnerstag

Der Reichsminister des Innern und der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda geben folgendes bekannt:

Am Donnerstag, 17. November, findet in Düsseldorf die feierliche Beisetzung des Gesandtschaftsrates Parteigenossen Ernst vom Rath statt. Die staatlichen und kommunalen Verwaltungen, Anstalten und Betriebe, die sonstigen Körperschaften, Anstalten und Spitzen des öffentlichen Rechtes sowie die öffentlichen Schulen im ganzen Reich setzen aus diesem Anlaß am Donnerstag Trauerbeflaggung. Die Bevölkerung wird gebeten, in gleicher Weise zu flaggen.

Übertragung der Trauerfeier für Ernst vom Rath

Die Trauerfeier für Ernst vom Rath in der Rheinhalle in Düsseldorf am Donnerstag 12 bis 13 Uhr, wird auf alle deutschen Sender übertragen.

Der Reichssender Köln und der Deutschlandsender bringen am Mittwoch, 16. November, 19.40 bis 20 Uhr, einen Bericht von der Ankunft des Sonderzuges in Aachen und vom Trauergeleit in Düsseldorf.

Erneutes Verhör des Juden Grünspan

Paris, 15. November. Der Jude Grünspan wurde am Montag nachmittag in Gegenwart seiner Verteidiger vom Untersuchungsrichter erneut verhört.

„Wir wollen nicht die Senegalneger Stalins sein"

Paris, 15. November. Auf der Tagung des französischen Gewerkschaftsverbandes in Nantes erklärte sich ein Abgeordneter sowohl gegen einen Krieg im allgemeinen als auch im besonderen gegen einen Krieg um Ideologien; vor allem aber wandte er sich gegen den Moskauer Einfluß. „Wir wollen nicht die Senegalneger Stalins werden." Mit diesen Worten verkündete der Redner seine Forderung des Austrittes des Gewerkschaftsverbandes aus den Volksfrontorganisationen.

Der Hauptredner des Tages, der Sekretär der nordfranzösischen Arbeitergewerkschaften, Dumoulin, verlangte ebenfalls die Befreiung des Gewerkschaftsverbandes vom Einfluß der politischen Parteien und den Austritt aus der Volksfront, die nur noch ein Trümmerhaufen sei. Dabei wies der Redner darauf hin, daß es in der Gewerkschaftsbewegung zahlreiche kommunistische Zellen gebe, die verschwinden müßten. Sie hätten in den Gewerkschaften, die eine rein berufliche Bewegung seien, nichts zu suchen. Der Redner schloß mit den Worten, er wünsche keinen politischen Gewerkschaftsbund, keinen kommunistischen und keinen sozialistischen, sondern einen rein beruflichen Gewerkschaftsbund.

Ein Geschenk des Marschalls Balbo an Generalfeldmarschall Göring

Berlin, 15. November. Der italienische Luftmarschall Balbo machte dem Generalfeldmarschall Hermann Göring die Marmorstatue der Venus aus Lepsis zum Geschenk. Professor Caputa überbrachte die wertvolle Statue auf dem Luftweg von Libyen nach Karinhall. Das Geschenk stellt eine Bildhauerarbeit aus der Zeit des römischen Kaisers Hadrian dar.

Familienunterstützung auch für die Lebensgefährtin

Berlin, 15. November. Der Reichsinnenminister hat die Familienunterstützungsverordnung dahingehend ergänzt, daß auch die Frau, die mit dem Einberufenen eine ehähnliche dauernde Lebensgemeinschaft führt (also die Lebensgefährtin), Anspruch auf Familienunterstützung hat. Diese Verfügung hat vorläufig bis zum 1. April 1939 Wirksamkeit.

Das Staatsbegräbnis für Ernst vom Rath

Düsseldorf, 17. November. Im Rahmen eines feierlichen Staatsaktes nahmen am Donnerstag der Führer und das deutsche Volk Abschied von Ernst vom Rath.

Unabsehbar war die Zahl der Menschen, die noch einmal den Toten grüßen wollten, bevor ihn die Heimaterde aufnimmt.

Im ernst geschmückten Düsseldorf ruht die Arbeit, zu Hunderttausenden drängt sich das Volk Düsseldorfs und des ganzen rheinischen Landes in den Straßen, vor allem aber am Hauptbahnhof, wo die Ankunft des Führers erwartet wird, und an der Rheinhalle, wo die öffentliche Trauerfeier in Anwesenheit des Führers, der Spitzen der Partei, der Behörden und der Wehrmacht stattfindet.

Der gewaltige Mittelsaal der Rheinhalle ist mit Hakenkreuzfahnen, silbernen Prismen, Lorbeer, Tannengrün und frischen Blumen ausgeschmückt. Zwölf silberne Pylonen umrahmen das weite Rund, und aus ihren Schalen werfen Scheinwerfer ihr Licht empor. Von einem Meer von Kränzen und Blumen umgeben, steht auf hohem Katafalk der Sarg, den Hakenkreuzbanner, Mütze und Degen des Toten zieren. Fahnen und Standarten stehen zu seinen Häupten, Angehörige des Auswärtigen Amtes, der Auslandsorganisationen und des NSKK. halten Ehrenwacht.

Um 11.41 Uhr traf der Führer auf dem Hauptbahnhof in Düsseldorf ein. Auf der Fahrt zur Rheinhalle grüßten Hunderttausende stumm und ergriffen den Führer.

Die Trauerfeier in der Rheinhalle

Atemlose Stille herrscht in der Halle, als der Führer in Begleitung des Reichsaußenministers und der Eltern und Brüder Ernst vom Raths den Raum betritt. Ehrfurchtsvoll grüßt die Trauerversammlung den Führer, der durch sein Kommen dem für sein Vaterland Gefallenen die höchste Ehre erweist, und die schmerzgebeugten Eltern.

Nachdem Beethovens unsterbliche Eroica verklungen ist, spricht

Gauleiter Bohle:

„Ernst vom Rath ist der achte Blutzeuge des Auslanddeutschtums, das achte Opfer jüdisch-bolschewistischer Mordlust im Ausland. Die Schüsse von Davos, von Barcelona und von Paris hatten nur ein Ziel. Dieses Ziel heißt Deutschland, dieses Ziel ist das Dritte Reich. Und wir können bestätigen, daß Deutschland durch die Schüsse gegen Rath schwer getroffen wurde. Die Juden vergessen aber eines: sie vergessen, daß tote Nationalsozialisten die Bewegung, die Deutschland wieder zur Weltmacht erhob, niemals geschwächt, sondern immer nur stärker und zum Sieg entschlossener gemacht haben.

Die Fahnen der Bewegung, die in diesen Tagen zu Ehren des Parteigenossen vom Rath gesenkt worden sind, werden von seinen Kameraden im Reich und im Ausland wieder hochgerissen mit dem Schwur, in seinem Geiste auch in aller Zukunft ihre Pflicht zu erfüllen für Adolf Hitler und Deutschland!"

Nach Gauleiter Bohle hält

Reichsaußenminister v. Ribbentrop

eine Gedenkrede:

„Eine feindliche Welt, in überlebten Formen erstarrt, glaubt durch Ablehnung alles Jungen und Starken, durch blinden Haß gegen die Gestalter und Träger eines neuen Zeitalters den Gang des Schicksals aufhalten zu können. Lüge und Verleumdung, Verfolgung, Terror und Mord sind die Mittel des internationalen Judentums und der anderen zersetzenden Mächte, die dem nationalsozialistischen Deutschland den Weg in die Zukunft verwehren möchten. Ihr letztes Opfer ist unser Parteigenosse vom Rath.

Toter Parteigenosse! Deine Arbeit und Dein Trachten waren immer auf die Größe unseres Vaterlandes gerichtet. Jetzt kannst Du ruhig schlafen. Langsam, aber unaufhaltsam ist die alte Welt im Versinken. Keine Verhetzung, keine Verleumdung, kein Terror kann das deutsche Volk wieder zur Knechtschaft zurückbringen, kann den Weg Deutschlands aufhalten. Auch der Tod Ernst vom Raths war nicht vergebens. Wenn uns jetzt in der Welt neuer Haß entgegenschlägt, wenn man versucht, das Opfer unseres Parteigenossen durch erneute Lügen und Verleumdungen des deutschen Volkes zu entweihen, dann geht ein Sturm der Entrüstung durch dieses Volk, und sein Wille, jederzeit alles für Führer und Reich einzusetzen, wird um so härter und entschlossener.

Ich wiederhole die Worte, die der Führer am Grabe Wilhelm Gustloffs sprach: „Wir verstehen die Kampfansage und wir nehmen sie auf!" Im Bewußtsein seiner Kraft steht das deutsche Volk einig und stolz hinter seinem Führer und marschiert mit ihm in die große deutsche Zukunft."

Das Lied vom guten Kameraden und die Lieder der Nation klingen nach den Worten des Reichsaußenministers gedämpft durch den Raum.

Tiefer Ernst liegt auf dem Antlitz des Führers, als er sich mit einem langen Händedruck von den Eltern und Brüdern des toten Helden verabschiedet. Noch einmal verweilt der Führer in stillem Gedenken vor den sterblichen Überresten des für sein Vaterland Gefallenen. Mit erhobener Hand nimmt der Führer des Reiches Abschied von dem Mann, den ein jüdischer Mörder allzufrüh aus dem Leben und Schaffen riß, das nur Deutschland und dem Führer galt. Mit seiner Begleitung verläßt sodann der Führer die Halle.

Die letzte Fahrt

Langsam setzt sich der große Trauerzug zum Nordfriedhof in Bewegung, wo Ernst vom Rath in der Gruft seiner Ahnen die letzte Ruhe findet. Vor dem Sarg, den die sechsspännige Lafette trägt, reiten vier Männer der SS-Verfügungstruppe mit dem großen Kranz des Führers und ein NSKK.-Führer mit dem Ordenskissen. Reichsaußenminister v. Ribbentrop, die Eltern und Brüder des Ermordeten sowie die große Zahl der Trauergäste folgen dem Sarg; Kopf an Kopf stehen an dem fast vier Kilometer langen Weg zum Friedhof Hunderttausende und mit ihnen im Gedenken das ganze deutsche Volk, um Abschied zu nehmen.

Als Hunger und Inflation das Volk verelendeten...

Berlin, 17. November. Im Jahre 1918 betrug das jüdische Gesamtvermögen in Deutschland vier Milliarden Mark, heute sind es acht Milliarden. Es hat sich also in der Nachkriegszeit verdoppelt — auf Kosten des deutschen Volkes. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß allein in der Inflationszeit, in der den arbeitenden deutschen Volksgenossen der Lohn und das Gehalt sozusagen in der Hand dahinschmolzen, mehr als 50 v. H. des Berliner Grundbesitzes von Juden aufgekauft wurden, obwohl sie nur 3'8 v. H. der Bevölkerung ausmachten.

Die Ungeheuerlichkeit der bisherigen Besitzverteilung an Deutsche und Juden kommt in ihrer Kraßheit erst vollständig zum Ausdruck, wenn man den durchschnittlichen Anteil am Gesamtvermögen ausrechnet. Das deutsche Volksvermögen beläuft sich auf etwa 200 Milliarden Reichsmark, in das sich 80 Millionen Volksgenossen teilen. Im Reich gibt es 700.000 Juden, in deren Händen sich nach genauen Feststellungen nicht weniger als 8 Milliarden Reichsmark befinden.

Auf den einzelnen Deutschen entfallen also im Durchschnitt 2500 Reichsmark, auf den Juden aber im Durchschnitt 11.428 Reichsmark. Jeder einzelne Jude — die sich jetzt vor aller Welt als arm, hilfsbedürftig und rechtlos hinstellen möchten — besitzt demnach 4'57- oder mehr als viereinhalbmal soviel als der deutsche Volksgenosse.

Holland und die jüdische Einwanderung

Amsterdam, 17. November. Eine offenbar von amtlicher Seite stammende Erklärung, die durch den holländischen Rundfunk verbreitet wurde, richtet sich gegen die, wie es heißt, im Ausland herrschende irrige Auffassung, als habe Holland seine Grenzen den aus Deutschland auswandernden Juden geöffnet. Dies sei durchaus nicht der Fall. Nach wie vor sei jedesmal eine Genehmigung des Justizministeriums notwendig, wenn ein Jude aus Deutschland nach Holland einreisen wolle. Diese Genehmigung könne jedoch nur in beschränktem Umfang erteilt werden. Fremde Juden ohne eine solche Genehmigung würden an der Grenze zurückgewiesen.

Wie aus Maastricht gemeldet wird, wurde mehreren hundert Juden, die von Aachen aus versuchten, nach Holland zu gelangen, die Einreise verweigert.

Juden in Australien völlig unerwünscht

London, 17. November. Wie wenig Juden im britischen Empire erwünscht sind, zeigt eine Meldung des „Daily Telegraph" aus Sydney in Australien, in der es heißt, daß dort jede Woche Juden aus Deutschland und der Tschecho-Slowakei einträfen. Australien habe aber keineswegs die Absicht, eine größere Anzahl dieser Juden aufzunehmen.

*

Hiezu sei vermerkt, daß in Australien je Quadratkilometer 1'2 Einwohner kommen, in Deutschland aber 144, und das englische Dominion Australien weigert sich, Juden aufzunehmen.

Der Führer ehrt eine Hundertjährige

Berlin, 17. November. Der Führer und Reichskanzler hat dem Fräulein Ida Weiß in Höxter aus Anlaß der Vollendung ihres hundertsten Lebensjahres ein persönliches Glückwunschschreiben zugehen lassen.

Kräfte des Aufbaues — Kräfte der Zerstörung

Jeder Maurer, der beim Bau eines großen Hauses mitwirkt, weiß, welche Mühe, Arbeit und Zeit es kostet, bis aus den Grundmauern langsam das Gebäude selbst erkennbar wird. So ungefähr sieht es heute mit dem Friedensbau eines neuen Europas aus. Wie weit wir heute sind, läßt sich schwer beurteilen. Wenn die Kräfte des Aufbaues allein wirken könnten, ginge es sicherlich sehr schnell; aber den aufbauenden Mächten stehen die beinahe gleichstarken Gewalten der Zerstörung entgegen. Es ist so, als ob der Maurer nur mit einer Hand sein Werk tun könnte, während er mit der anderen bewaffneten Hand ununterbrochen abwehren muß. Er kann deshalb nur mit halber Kraft bei seiner wirklichen Arbeit bleiben.

So ist es mit unserem Großdeutschen Reich. Es gibt keinen unter uns, der sich nicht aus tiefstem Herzensgrund nach Frieden sehnen würde, nach Jahren ruhiger Arbeit und nach einem Stück eigenen Lebens. Das deutsche Volk hat eine solche Fülle gewaltiger Aufbauarbeit im Innern des eigenen Landes vor sich wie kaum ein zweites Volk auf Erden. Ungeheure Probleme wurden angepackt, wurden eine gute Wegstrecke weitergeführt und harren der Lösung. Obwohl der Führer wiederholt eindringlich und überzeugend auf diese wichtigsten Arbeiten hinwies, so stellt eine feindliche Welt doch immer wieder das deutsche Volk und seine Führung als den Friedensstörer hin. Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus?

Der amerikanische Präsident Roosevelt, auf das stärkste von Juden beraten und beeinflußt, will den Retter der Weltdemokratie und den Richter über Deutschland spielen. Er wünscht eine Heeresluftflotte von 9280 Kampfmaschinen und die Aufstellung einer riesigen Atlantik-Kriegsflotte zur Verteidigung des amerikanischen Kontinents. In Amerika wurde eine neue Hetzwelle gegen das Reich entfesselt, deren Urheber wir nur allzugut kennen. Stalin hat die Anweisung gegeben, Roosevelt auf das äußerste zu unterstützen.

In England haben sich alle Gegner der Chamberlainschen realen Friedenspolitik wieder einmal zu einem Generalsturm auf die Vernunft vereint. Schwerwiegende außenpolitische Daseinsfragen werden, wie der bedeutende englische Wirtschaftler Lord Nuffield in einer energischen Zuschrift an sämtliche Zeitungen Londons schreibt, zum Gegenstand parteipolitischer Hahnenkämpfe gemacht. Ein Großteil der englischen Presse befindet sich in den Händen der Juden. Juden sind auch die wirklichen Drahtzieher der neuerlichen Verhetzung des englischen Volkes. Ihre Absicht ist, die erfolgreich begonnene Verständigung zwischen den beiden großen weißen Völkern im Keime zu ersticken.

In Frankreich verschärft sich der Kampf der beiden Fronten. Der Marxismus und Kommunismus entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit, um womöglich in letzter Stunde die Regierung Daladiers und damit das begonnene Friedenswerk zu Fall zu bringen. Der jüdische Weltverband (die Alliance Israelite Universelle) hat soeben in wenigen Tagen die Summe von etwa hundertdreißig Millionen für die deutschen Juden zusammengebracht. Ungeheure Gelder werden von den „armen Juden" Frankreichs aufgebracht, um, wie ein französischer Politiker schreibt, die französische Armee in den Dienst Israels, das heißt in den Dienst des Krieges zu stellen.

So sieht es mehr oder weniger in den meisten Ländern der Erde aus. Das deutsche Volk und Reich muß wieder einmal einen konzentrierten Weltangriff der Kräfte der Zerstörung abwehren, die den friedlichen Aufbau einer gesünderen Welt hemmen wollen. Das deutsche Volk hat aber die Gegner genau erkannt, es ist hart und mitleidlos geworden; diese Erkenntnis und die Erfahrung bitterer Jahrzehnte verbürgen im voraus den Sieg.

Sepp Dobiasch.

Keine Judeneinwanderung in Australien

London, 19. November. Fast täglich erscheinen jetzt in der Londoner Presse Meldungen, aus denen klar hervorgeht, daß man in vielen Teilen des Empires keineswegs gewillt ist, das Land von Juden überschwemmen zu lassen.

So erklärt der australische Premierminister Lyons, daß die australische Regierung fest entschlossen sei, die Masseneinwanderung von Fremdstämmigen zu verhindern, und daß sie auch keinesfalls zusammenhängende Siedlungen dulden werde. Ein angeblich in London gemachter Vorschlag, jüdische Emigranten massenweise in Australien anzusiedeln, komme gar nicht in Frage. Der Australienkommissar in London, Bruce, kenne die Ansicht der australischen Regierung ganz genau und werde sich streng an sie halten.

Die Schweiz will kein Emigrantenasyl sein

Bern, 19. November. Die Anfrage der holländischen Gesandtschaft, wie sich die schweizerische Regierung zur Einwanderung jüdischer Flüchtlinge stelle, ist von dem Politischen Departement dahin beantwortet worden, daß die Schweiz nur als Durchgangsland in Frage kommen könne. Das Departement verweist darauf, daß die zahlreichen sich schon jetzt in der Schweiz aufhaltenden Emigranten eine schwere Last für das Land darstellen, die kaum noch vergrößert werden könne. Wörtlich heißt es weiter:

„Angesichts ihrer geographischen Lage, der Überfremdung und der bestehenden Arbeitslosigkeit kann die Schweiz für die Flüchtlinge aus Deutschland nur ein Transitland sein." Einreisebewilligungen könnten nur in einzelnen Fällen erteilt werden. Diese seien aber abhängig von der endgültigen Zulassung der Flüchtlinge in anderen Ländern.

Prag fördert die jüdische Auswanderung

Prag, 19. November. Um die Auswanderung der Juden zu beschleunigen, haben die zuständigen Ministerien eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die geeignet sind, die Auswanderung zu fördern. Die Kosten der Maßnahmen sollen aus einer englischen Anleihe gedeckt werden. Die Vergünstigungen gelten übrigens für alle Ausländer, die die Tschecho-Slowakei verlassen wollen.

Das wahre Amerika

Washington, 19. November. Als Antwort auf das hysterische Geschrei der jüdischen Organisationen in den letzten Tagen gab Senator Borah seiner Überzeugung Ausdruck, daß jeder Versuch, die amerikanischen Einwanderungsgesetze zugunsten der Juden zu ändern, auf stärkste Opposition im Kongreß stoßen würde. Borah erklärte weiter: „Ich halte es nicht für wünschenswert, die Einwanderungsgesetze jetzt zu ändern. Wir könnten allerhöchstens völlig unzureichende Erleichterungen durchsetzen."

Pressereinigung in Ungarn

Budapest, 19. November. Die Regierung hat in Durchführung der Verordnung über die Genehmigungspflicht für Zeitschriften und Zeitungskorrespondenzen das Weitererscheinen von weiteren 45 solcher Presseerzeugnisse verboten, nachdem kürzlich erst 42 Gesuche abgelehnt worden waren.

Vom Verbot betroffen wurden fast ausschließlich in jüdischem Besitz befindliche Zeitschriften, Magazine und Korrespondenzen literarischen, wirtschaftlichen und gemeindepolitischen Inhalts.

* * *

Fast 669 Millionen Reichsmark jüdisches Vermögen in Bayern

München, 19. November. Im Rahmen eines Generalappells der Deutschen Arbeitsfront in München stellte Ministerpräsident Siebert fest, daß bei der letzten Volkszählung in Bayern 42.000 Juden, gleich 0·55 v. H. der Bevölkerung, gezählt wurden. Nach der Abwanderung in den letzten Jahren seien vor vierzehn Tagen noch 0·45 v. H. Juden in Bayern gewesen, die 3 v. H. des gesamten Vermögens in Bayern in ihren Händen gehabt hätten. Die wenigen Juden in Bayern besäßen ein Vermögen von 668,963.000 Reichsmark, die Juden in München allein hätten ein Vermögen von 216 Millionen Reichsmark. Diese Vermögen seien nicht durch Arbeit, sondern durch Ausbeuterung des Volkes „erworben". Es sei also eine dringende Notwendigkeit gewesen, den jüdischen Einfluß nicht nur vom Steuer, sondern vom ganzen Schiff der gesamten Wirtschaft auszuschalten.

*

Das Recht zum Tragen einer Uniform den Juden entzogen

Berlin, 19. November. Der Führer und Reichskanzler hat durch Erlaß über die Entziehung des Rechtes zum Tragen einer Uniform folgendes bestimmt: „Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, Reichsgesetzblatt 1, Seite 1333), die der alten oder der neuen Wehrmacht, der österreichisch-ungarischen Wehrmacht oder dem österreichischen Bundesheer angehört und das Recht zum Tragen einer Uniform erhalten haben, wird dieses Recht hiemit entzogen." Der Erlaß ist vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, mitunterzeichnet.

Das Kleine Blatt

6 Pfennig

Außerhalb der Ostmarkgaue 10 Pfennig

Nr. 321 Schriftleitung und Verwaltung: Wien 5, Rechte Wienzeile 97, Fernruf B 29-5-10 Wien, Montag, 21. November 1938 Anzeigenannahme: Verwaltung u. Stadtbüro, 1, Schulerstr. 7, Fernruf R 27-3-96 12. Jahrg.

Das Weltjudentum diktiert Englands Palästina-Politik

Ramsay Macdonald mußte sich vor Chaim Weizmann beugen

München, 20. November. Die „Münchner Neuesten Nachrichten" veröffentlichen ein aufsehenerregendes Dokument, das zeigt, wie sehr die englische Palästina-Politik unter den Einfluß des Weltjudentums geraten ist.

Es handelt sich um einen Brief des Zionistenführers Chaim Weizmann an einen Münchner jüdischen Vertrauensmann. Der Brief stammt aus dem Jahre 1931, in dem die englische Palästinapolitik eine bedeutsame Wendung nahm.

Das Blatt schildert zum Verständnis des Briefes die Lage im Jahre 1929. Das Weltjudentum hatte den Entschluß gefaßt, Palästina zum „politischen Ausgangspunkt der alljüdischen Bestrebungen zu machen, also gewissermaßen zu einem jüdischen Vatikan auszubauen.

Als Antwort darauf sind die Araber zum Aufstand geschritten, der die damalige englische Regierung Ramsay Macdonalds veranlaßte, die Palästina-Frage neuerlich zu untersuchen.

Im Oktober 1930 ließ Ramsay Macdonald ein Weißbuch veröffentlichen, in dem festgestellt wird, daß die jüdische Politik in Palästina eine Änderung erfahren müsse, weil die bisherige jüdische Politik den in Palästina lebenden Arabern jede Lebensmöglichkeit abschneidet.

Zum erstenmal seit der Errichtung des Palästina-Mandats hatte es eine englische Regierung gewagt, den Juden vorzuhalten, daß sie eine unmenschliche Politik trieben, und zu erklären, daß England für das Lebensrecht der Araber ebenso eintreten müsse, wie für das Lebensrecht der Juden in Palästina.

Das Weltjudentum war über die Erklärungen der Regierung Macdonald im englischen Weißbuch aufs höchste erregt und holte zu einem großen politischen Schlag wider ihre Geger aus. Dem Zionistenführer Chaim Weizmann gelang es, maßgebende englische Politiker, wie Baldwin und Churchill, gegen die Regierung Macdonald aufzubringen. Außerdem wurden die jüdischen Kreise Amerikas mobil gemacht, die ebenfalls einen Druck auf London ausübten.

Und wirklich — Ramsay Macdonald mußte nachgeben und einen Rückzug antreten. Die englische Regierung wich vor dem Druck, den das Weltjudentum auf sie ausübte, zurück.

Wie bedeutsam dieser Rückzug der englischen Regierung war, geht nun aus dem Brief hervor, den Chaim Weizmann an seinen Vertrauensmann in München schrieb und den die „Münchner Neuesten Nachrichten" zum Teil im Faksimile zum Abdruck bringen.

In dem Brief heißt es: „Wir sind bereits so weit gekommen, daß der Ministerpräsident eine sehr eingehende Erklärung abgab, die eine beruhigende Wirkung auf die Juden ausüben wird. Die Regierung ist in ihrer Bereitwilligkeit, das Weißbuch seiner Schärfe unserer Sache gegenüber zu entkleiden, sehr weit gegangen.

Durch sie wird die internationale Verpflichtung der englischen Regierung, die Schaffung einer jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina aktiv zu fördern, in sehr konkreter Weise bestätigt. In den entscheidenden Fragen des Bodenkaufes und der Einwanderung werden unsere besonderen Interessen rückhaltlos anerkannt.

Während wir in der politischen Sphäre wieder einen Schritt vorwärts gekommen sind, haben sich allerdings auf wirtschaftlichem Gebiet in Palästina neue Wetterwolken zusammengezogen. Als Folge der Weltwirtschaftskrise haben die jüdischen Sammelaktionen in Europa und Amerika versagt.

Wir sind nunmehr auf das Eingreifen unserer bedeutsamsten Freunde angewiesen, die allein in der jetzigen Situation helfen können. Auf meine Vorstellungen hat sich Baron Edmond de Rothschild mit einem Spezialbeitrag von 30.000 Pfund Sterling an die Spitze unserer Aktion gestellt. Ich will hoffen, daß sein Beispiel alle Freunde unserer Sache zur Nachahmung anspornen wird."

*

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben zu der Sache: „Das Dokument läßt einen überraschenden Einblick in die Machtstellung des Judentums in England und auf die Kaltblütigkeit zu, mit der das Weltjudentum die britische Politik nach seinem Willen umzubiegen versteht."

* * *

Justifizierungen und Verhaftungen in Palästina

Jerusalem, 20. November. Die Aktionen des englischen Militärs in Palästina zur Herstellung einer den Juden angenehmen Ordnung gehen unvermindert und mit ungehemmter Brutalität weiter.

In Jaffa wanderten wieder Araber in die Kerker. Ein halbes Tausend von Arabern wurde angehalten und mußte sich strengen Untersuchungen unterziehen.

Ein Araber, der eine englische Postenkette durchbrechen wollte, wurde unter Maschinengewehrfeuer genommen und verwundet. Das Militärgericht von Jerusalem fällte ein Todesurteil, das vollstreckt wurde.

In Haifa wurde ein Araber zu lebenslänglichem Gefängnis verdammt. Im Flußbett von Tulkarem wurde ein Araber ermordet aufgefunden; neben der Leiche lag ein schwerverwundeter Araber.

Konzentrationslager in Frankreich

Paris, 20. November. Die französische Zeitung „Le Matin" berichtet, daß die französische Regierung beschlossen hat, unerwünschte ausländische Elemente in Konzentrationslagern unterzubringen. Die Regierung scheut sich zwar, von einem „Konzentrationslager" zu sprechen und nennt die Lager „Sonderzentren", aber der „Matin" erklärt, es handle sich um regelrechte Konzentrationslager.

Von der Zwangsunterbringung in den Konzentrationslagern werden alle Personen betroffen, die im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter dauernde Überwachung gestellt werden müssen.

Das Blatt weiß zu melden, daß in Zukunft alle Unerwünschten und Vorbestraften und gewisse „politische Agitatoren" vom Volkskörper getrennt, in Arbeitsgruppen eingeteilt und zu Arbeiten für die Landesverteidigung herangezogen werden würden.

Große Razzia gegen die Marseiller Unterwelt

Marseilles, 20. November. Kommissare des Innenministeriums, die nach dem großen Brand in Marseilles eingetroffen sind, um die Verwaltungseinrichtungen der Stadt zu überprüfen, haben gestern zu einem Schlag gegen die Marseiller Unterwelt ausgeholt.

Eine große Anzahl von Polizeigruppen zu je dreißig Mann drangen in die Schlupfwinkel der Unterwelt ein und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Gleichzeitig wurden mehr als dreihundert Dirnen festgenommen. Die Verhöre der Verbrecher und der Dirnen werden mehr als eine Woche in Anspruch nehmen.

Die neue deutsch-tschechische Grenze

Berlin, 22. November. Über die neue Grenzziehung zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakei erfährt das Deutsche Nachrichtenbüro von unterrichteter Seite:

Die neue Grenze zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakei stellt im wesentlichen eine ethnographische Berichtigung der Linie vom 5. Oktober 1938 dar. Insbesondere sind eine Reihe von Gemeinden mit deutscher Bevölkerung, die bisher vor dieser Linie lagen und nicht besetzt wurden, in die Reichsgrenze einbezogen worden.

An zwei Stellen im Dreieck zwischen March und Thaya, südlich von Lundenburg, sowie in der Gegend von Gmünd, wurde die ehemals österreichisch-mährische Grenze wiederhergestellt.

An vier Stellen ist eine Grenzberichtigung aus verkehrspolitischen Gründen erfolgt; die Möglichkeit hiezu war durch Ziffer 6 des Münchner Abkommens gegeben. Es handelt sich

1. um eine verhältnismäßig unbedeutende Gebietsabtretung westlich von Taus. Durch den Gebietszuwachs an dieser Stelle wird Deutschland die Möglichkeit einer einwandfreien Eisenbahn- und Straßenverbindung zwischen dem Raum von Eger einerseits und Furth im Wald beziehungsweise dem mittleren Böhmerwald gegeben;

2. ein kleiner Zipfel zwischen Böhmisch-Aicha und Liebenau kommt zum Reich, um durch das Gebiet die geplante wichtige Reichsautobahn nach Reichenberg durchzulegen;

3. ist die Abtretung eines Gebietsstreifens zwischen Tannwald und Hohenelbe auf der Südseite des Riesengebirges erfolgt. Dort soll eine zweigleisige Eisenbahn gebaut werden, die die Aufgabe hat, den Raum von Reichenberg mit dem von Trautenau und Hohenelbe zu verbinden;

4. ist die Abtretung eines kleinen Zipfels östlich von Gabel vorgesehen, durch die eine Eisenbahnverbindung zwischen dem Glatzer Bergland-Landskron und Zwittau ermöglicht wird.

Ausländischen gegenteiligen Behauptungen gegenüber kann festgestellt werden, daß durch die Grenzkorrektur fast ebensoviel Tschechen an die Tschecho-Slowakei zurückfallen, als durch sie neu zum Reich hinzukommen.

Fernsprechverkehr freigegeben

Wie das Postministerium mitteilt, wurde mit sofortiger Gültigkeit der private internationale Telephonverkehr von der gesamten Tschecho-slowakischen Republik nach allen europäischen und Überseestaaten freigegeben. Damit tritt in den internationalen Telephonbeziehungen der Tschecho-slowakischen Republik zum Ausland wieder der normale Stand ein.

Die Sozialdemokratische Partei in der Slowakei aufgelöst

Prag, 22. November. Die slowakische Regierung hat, wie der agrarische „Vecer" mitteilt, die Nationale Arbeiterpartei (die getarnte Sozialdemokratische Partei) in der Slowakei aufgelöst.

Autonomiegesetze vom Prager Senat angenommen

Prag, 22. November. Der Senat hat heute nachmittag die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetze über die Autonomie der Slowakei und der Karpato-Ukraine mit 78 beziehungsweise 79 Stimmen, demnach mit den Stimmen aller anwesenden Senatoren, angenommen. Bei voller Besetzung zählt der Senat 117 Mitglieder. Die Kommunisten hatten sich vor der Abstimmung entfernt.

Dr. Hacha — Staatspräsident

Prag, 22. November. Über die Person des neuen Staatspräsidenten ist am Dienstag die Entscheidung gefallen. Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer haben sich auf den Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtes, Dr. Hacha, geeinigt, der die Kandidatur auch angenommen hat. Über den Termin der Präsidentenwahl ist bisher noch nicht entschieden worden.

Die Judenfrage im englischen Unterhaus

London, 22. November. Das Unterhaus beschäftigte sich am Montag mit dem internationalen Judenproblem. Im Verlauf der Aussprache, die konkrete Lösungsvorschläge vermissen ließ, wurde die Internationalität des Problems unterstrichen und mehrfach der Befürchtung Ausdruck gegeben, England könne nicht die Kosten für die jüdische Emigration allein tragen.

Innenminister Hoare erklärte, daß er Befürchtungen wegen der jüdischen Einwanderung in England habe, denn dadurch würde die antisemitische Bewegung in England neuen Auftrieb bekommen.

Der Labour-Antrag, der zur Lösung des Judenproblems seitens der Staaten einschließlich der USA. eine gemeinsame Anstrengung zur Sicherstellung einer gemeinsamen Politik vorsieht, wurde ohne Abstimmung vom Unterhaus angenommen.

Englische Pressestimmen zu dieser Frage

Die gesamte Londoner Presse berichtet ausführlich über diese Unterhausaussprache. Es heißt mehrfach, England allein könne die Frage der Unterbringung jüdischer Emigranten nicht lösen, hiezu sei insbesonders die Mithilfe von Amerika notwendig. Weiter wird nach bewährtem Muster darauf hingewiesen, daß andere Länder für die Unterbringung der Juden viel besser geeignet seien. Frankreich habe große Kolonialbesitzungen, und Madagaskar möge vielleicht für eine großangelegte Siedlung in Frage kommen. Die besten Aussichten für eine derartige Ansiedlung bestünden jedoch in Südamerika, wo sehr große Strecken guten Landes noch fast völlig unbewohnt seien.

„News Chronicle" nimmt gegen die Wahl des ehemaligen Deutsch-Ostafrika als jüdisches Siedlungsland Stellung. Dieser Vorschlag sei nicht glücklich angesichts der Tatsache, daß dieses Gebiet in allen Erörterungen einer kolonialen Rückgabe an Deutschland genannt werde. Die Aussicht, mit Erfolg eine jüdische Einwanderung nach Tanganjika durchzuführen, sei nur gering, weil es im höchsten Grade unwahrscheinlich sei, daß Deutschland Juden zu diesem Zweck hineinlassen werde. Sollte außerdem diese Kolonie wieder unter Deutschlands Herrschaft kommen, so könnten diese Emigranten unter Umständen abermals heimatlos werden.

Chamberlain zum Judenproblem

London, 22. November. Im Laufe der Sitzung des Unterhauses machte Premierminister Chamberlain längere Ausführungen über die Siedlungsmöglichkeiten der jüdischen Emigranten im britischen Weltreich.

Er erklärte unter anderem, daß die Gouverneure von Tanganjika und Britisch-Guayana zu Erklärungen in dieser Frage aufgefordert worden seien. Die Möglichkeit einer Ansiedlung, so betonte Chamberlain abschließend, sei jedoch streng begrenzt. Auf eine weitere Anfrage erklärte der Premierminister, daß er sich nur für Großbritannien, nicht aber für die Dominien äußern könne.

Der neue französische Botschafter beim Führer

Berchtesgaden, 22. November. Der Führer empfing im Berghof den neuernannten französischen Botschafter Robert Coulondre zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens. In seiner Ansprache sagte der Botschafter unter anderem, er habe den Vorsatz, sich für dauerhafte und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland einzusetzen. Beide Völker haben sich oft genug auf dem Schlachtfeld gegenübergestanden und achten gelernt und wissen, daß ihre Kämpfe im Endergebnis fruchtlos geblieben sind. Die gemeinsame Grenze lege es beiden Teilen nahe, im guten Einvernehmen miteinander zu leben.

Der Führer und Reichskanzler erwiderte unter anderem: „Ich pflichte Ihnen darin bei, daß unsere beiden Völker allen Anlaß haben, in gegenseitiger Achtung gute Nachbarschaft zu pflegen und sich auf geistigem wie auf wirtschaftlichem Gebiet zu ergänzen und ehrlich zusammenzuarbeiten. Ein friedlicher Wettstreit unserer beiden Völker, zwischen denen heute jene tiefgreifenden Streitkämpfe der Grenzziehung nicht mehr bestehen, wie sie häufig die Vergangenheit belastet haben, kann auch nach meiner Überzeugung nur zur gegenseitigen Bereicherung nicht nur unserer beiden Länder, sondern ganz Europas beitragen."

Eine grundlegende Rede Dr. Goebbels

Berlin, 22. November. Auf einer Tagung der Berliner Propagandisten in der Krolloper sprach heute abend Reichsminister Dr. Goebbels über die Aufgaben der nationalsozialistischen Propaganda. Vor der Krolloper war eine Ehrenkompanie der SA.-Standarte „Feldherrnhalle" angetreten. Unter der stürmischen Begrüßung von zweitausend alten propagandistischen Kämpfern der Partei begann Dr. Goebbels seine Rede.

*

Wir bringen morgen einen eingehenden Bericht über die Rede des Reichsministers.

Betriebsbesetzungen in der französischen Provinz

Paris, 22. November. Anläßlich der vereinzelten Streikbewegungen und der Besetzung von Betrieben zum Protest gegen die Notverordnungen der Regierung hat der Ministerpräsident den Präfekten aller französischen Departements genaue Anweisungen erteilt, damit sie sofort gegen mögliche Besetzungen von Fabriken einschreiten können.

Heute trifft Dr. Robert Ley in Wien ein

Großer Fackelzug der Politischen Leiter in Schönbrunn

NSG. Der Reichsorganisationsleiter Doktor Robert Ley kommt heute Samstag um 16.30 Uhr auf dem Flughafen Aspern an. Er wird von Gauleiter Bürckel, SS-Oberführer Scharizer, Gauorganisationsleiter Dr. Gruß und dem Gaubeauftragten der DAF., Pg. Schneeberger, empfangen.

Dr. Ley wird sich im Kraftwagen über die Straße vom Flughafen, über die Reichsbrückenstraße, ins Stadtinnere begeben und das in Vollendung begriffene Kreisgebäude des Kreises II am Sterneckplatz besichtigen, wobei die Kreisleitung als Dienststelle normal arbeitet, so daß der Reichsorganisationsleiter Gelegenheit hat, die Arbeitsweise selbst an Ort und Stelle kennenzulernen. Anschließend wird die unter besonderen Raumschwierigkeiten leidende Kreisleitung VIII, Wien 16, Hubergasse 5, besichtigt, die ein Bild der Schwierigkeiten des Parteiaufbaues im Gau Wien geben wird. Der Reichsorganisationsleiter wird das in Aussicht genommene neue Kreisgebäude ebenfalls in Augenschein nehmen.

Im Schloßhof von Schönbrunn werden die uniformierten Politischen Leiter des Gaues Wien um 19 Uhr zum Appell vor dem Reichsorganisationsleiter antreten, wobei sich der Reichsorganisationsleiter über den Stand der Ausbildung und die äußere Haltung des politischen Führerkorps unterrichten wird können. Hier wird der Gauleiter den Reichsorganisationsleiter offiziell begrüßen. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley wird dann zu den angetretenen Politischen Leitern sprechen. Da dieser Appell eine interne Parteiveranstaltung ist, kann die Öffentlichkeit nicht daran teilnehmen. Nach dem Appell ist der Reichsorganisationsleiter mit allen Kreisleitern und Gauamtsleitern beisammen, um diese persönlich kennenzulernen.

Um 21 Uhr marschiert im Garten des Schlosses Schönbrunn auf der breiten Straße zwischen Blumenbeet und Schloß, vom Meidlinger zum Hietzinger Tor, der große Fackelzug. Der Reichsorganisationsleiter und der Gauleiter werden den Vorbeimarsch vom Balkon des Schlosses abnehmen. Fackelträger werden ein Spalier bilden und die Gloriette wird von Scheinwerfern angestrahlt werden. Dieser Fackelmarsch, bei dem die alten Kampflieder der Bewegung in Wien gesungen werden, ist für die Öffentlichkeit zugänglich.

Der Einlaß für Zuschauer ist bis 20.30 Uhr beim Meidlinger und Hietzinger Tor. Die Zuschauer können sich im Raum vor dem Schloß, hinter dem Fackelspalier, aufstellen.

Anschließend begeben sich der Reichsorganisationsleiter und der Gauleiter zu einem Kameradschaftsabend auf die KdF.-Wiese im Prater, an dem auch der Stellvertretende Gauleiter, die Gauamtsleiter, Kreisleiter, Kreisorganisationsleiter, Kreisausbildungsleiter, die 50 Hundertschaftsleiter und die beim Berufswettkampf ausgezeichneten Arbeiter teilnehmen. Mit diesem Kameradschaftsabend findet der Besuch des Reichsorganisationsleiters Pg. Doktor Robert Ley in Wien seinen Abschluß.

*

Dr. Ley kommt zum Kreistag nach Krems

Heute beginnt in Krems, der Gaustadt Niederdonaus, der erste Kreistag der NSDAP. Durch die Anwesenheit des Reichsorganisationsleiters Dr. Robert Ley wird dieser Kreistag, auf dem auch Gauleiter Dr. Jury sprechen wird, eine besondere Bedeutung erhalten.

Ein weiterer Schritt zur Ausgliederung des Judentums

Die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" fördert die Auswanderung

Berlin, 7. Juli. Im Reichsgesetzblatt wurde die zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz veröffentlicht, deren Maßnahmen im wesentlichen eine Förderung der Auswanderung der Juden bezwecken. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Verordnung, deren Inkraftsetzung für die Ostmark vorbehalten bleibt, sind folgende:

Die Juden werden in einer Reichsvereinigung zusammengeschlossen, die den Namen „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" führt und ihren Sitz in Berlin hat. Die Reichsvereinigung bedient sich als örtlicher Zweigstellen der jüdischen Kultusvereinigungen.

Die Reichsvereinigung hat den Zweck, die Auswanderung der Juden zu fördern. Sie ist außerdem Trägerin des jüdischen Schulwesens und der jüdischen freien Wohlfahrtspflege. Der Reichsvereinigung gehören alle staatsangehörigen und staatenlosen Juden an, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Reichsgebiet haben. Im Falle einer Mischehe ist der jüdische Teil nur dann Mitglied, wenn der Mann der jüdische Teil ist und Abkömmlinge aus der Ehe nicht vorhanden sind, oder aber wenn die Abkömmlinge der Mischehe als Juden gelten.

In der Verordnung wird bestimmt, daß der Reichsminister des Innern jüdische Vereine, Organisationen und Stiftungen auflösen oder ihre Eingliederung in die Reichsvereinigung anordnen kann.

Die Reichsvereinigung ist verpflichtet, für die Schulung der Juden zu sorgen. Sie hat für diesen Zweck die notwendige Zahl von Volksschulen zu errichten und kann überdies Berufsschulen und sonstige Schulen unterhalten, die der Auswanderung der Juden förderlich sind. Diese Schulen sind Privatschulen. Juden dürfen nur solche Schulen besuchen, die von der Reichsvereinigung unterhalten werden. Sie sind nach Maßgabe der allgemeinen Vorschriften der Schulpflicht zum Besuch dieser Schulen verpflichtet.

Die Reichsvereinigung hat ferner nach Maßgabe ihrer Mittel hilfsbedürftige Juden so ausreichend zu unterstützen, daß die öffentliche Fürsorge nicht einzugreifen braucht, und hat schließlich Vorsorge zu treffen, daß für anstaltspflegebedürftige Juden ausschließlich für sie bestimmte Anstalten zur Verfügung stehen.

In den Schlußbestimmungen wird kundgetan, daß eine Entschädigung für Nachteile, die durch die Durchführung dieser Verordnung entstehen, nicht gewährt wird.

*

Die Judenfrage wird im Deutschen Reich erst dann zur Gänze gelöst sein, bis kein Jude mehr auf deutschem Boden leben wird. Daß dies möglichst bald der Fall sei, ist das Streben der nationalsozialistischen Staatsführung. Die soeben erlassene Verordnung zum Reichsbürgergesetz bedeutet einen weiteren Schritt zur Ausgliederung des Judentums aus dem deutschen Volkskörper. Durch den Zusammenschluß aller Juden zu einer Reichsvereinigung wird das innerhalb unserer Grenzen verbliebene Judentum gleichsam gesetzlich als Fremdkörper, der es seit je war, herausgestellt. Die der Reichsvereinigung der Juden auferlegte Pflicht zur Unterhaltung von Schulen und zur Ausübung der jüdischen Wohlfahrtspflege verhindert es für alle Zukunft, daß irgendwo noch deutsche Schüler mit jüdischen in Berührung kommen müssen, sie stellt aber auch den unerträglichen Zustand ab, daß für mittellose, hilfsbedürftige Juden eine Fürsorgeeinrichtung des deutschen Volkes aufkommen muß.

Die bemittelten Juden werden nun selbst für ihre notleidenden Rassegenossen sorgen und ihnen vor allem auch bei der Auswanderung behilflich sein müssen. Das jüdische Schulwesen hat ebenfalls auf eine Förderung der jüdischen Auswanderung abzuzielen. Die Pflicht zur Unterhaltung und zum Besuch der jüdischen Schulen und Fachschulen hat den Zweck, den jüdischen Kindern die Möglichkeit zum Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten zu geben, die sie zum Weiterkommen im Ausland befähigen.

Das Großdeutsche Reich will die Juden draußen haben. Es bietet ihnen aber seinerseits auch jede Möglichkeit, die Auswanderung möglichst rasch und reibungslos durchzuführen. Allerdings ist bei der bekannten „Sehhaftigkeit" der Juden nicht zu vermeiden, daß neben der Auswanderung selbst auch der Wunsch der Juden nach Auswanderung gefördert werde.

Heute Sängerkrieg auf der KdF.-Wiese

Heute Samstag, den vorletzten Tag des KdF.-Vergnügungsparkes auf der KdF.-Wiese im Prater, werden die Ausscheidungskämpfe der Betriebsfeierabendgruppen, der Blasorchester, der Streichorchester, Musik- und Volksmusikgruppen und der Sing- und Betriebschöre abgehalten. Der Vergnügungspark wird um 15 Uhr geöffnet und um 22 Uhr geschlossen.

Heute um 21 Uhr Fackelzug in Schönbrunn

Die Politischen Leiter des Gaues Wien marschieren

16.4.3. „Das Kleine Volksblatt“

Die Zeitung „Das Kleine Volksblatt“ wurde bei ANNO (AustriaN Newspapers Online, ein Projekt der Österreichischen Nationalbank) gesichtet.

Folgende Ausgaben fanden in dieser Arbeit Anwendung:

1. 23. Juni 1938 S. 1
2. 23. Juni 1938 S. 3
3. 16. Juli 1938 S. 2
4. 16. Juli 1938 S. 3
5. 16. Juli 1938 S. 8
6. 9. November 1938 S. 5
7. 9. November 1938 S. 8
8. 9. November 1938 S. 10
9. 10. November 1938 S. 2
10. 10. November 1938 S. 5
11. 11. November 1938 S. 1
12. 11. November 1938 S. 2
13. 12. November 1938 S. 1
14. 12. November 1938 S. 1
15. 12 November 1938 S. 2
16. 12. November 1938 S. 3
17. 13. November 1938 S. 2
18. 13. November 1938 S. 2
19. 14. November 1938 S. 1
20. 14 November 1938 S. 2
21. 16. November 1938 S. 1
22. 16. November 1938 S. 2
23. 16. November 1938 S. 3
24. 16. November 1938 S. 4
25. 16. November 1938 S. 7
26. 16. November 1938 S. 11
27. 18. November 1938 S. 5
28. 19. November 1938 S 2

29. 19. November 1938 S. 4

30. 20. November 1938 S. 2

31. 20. November 1938 S. 4

32. 8. Juli 1939 S. 4

6 Reichspfennig

Postbezugsgebühr RM. 1·70

Das Kleine Volksblatt

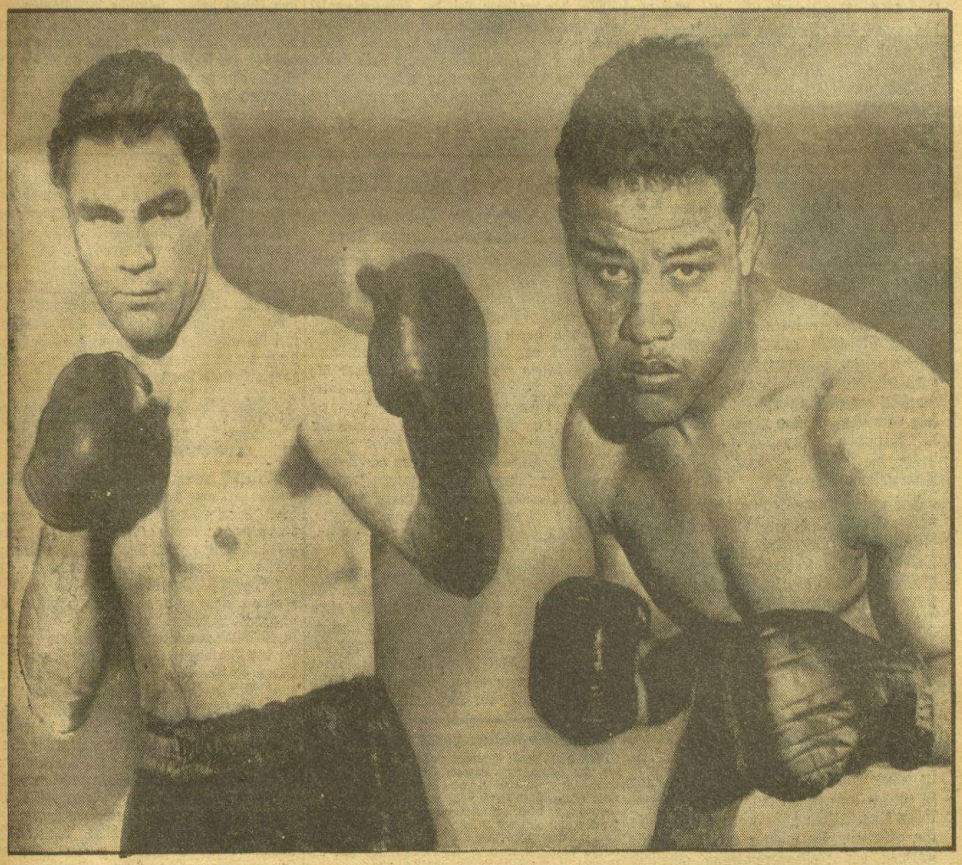
Nr. 171 Schriftleitung und Verwaltung: VII., Bandg. 28. Fernruf: B 32-5-40 Wien, Donnerstag, 23. Juni Anzeigenannahme: Wien, I., Schulerstraße 11 und I., Wollzeile 16. — Tel. R 29-5-50 Serie. 1938

Dr. Goebbels kündigt endgültige Bereinigung der Judenfrage an.

Tschechische Ueberfälle bei Sonnwendfeiern. — Ehrenfahrt der alten Garde durch die Westmark. — Die deutschen Nanga-Parbat-Forscher auf 6000 Meter Höhe vorgestoßen.

Deutsche Forschung entdeckt wirksamen Schutz gegen Maul- und Klauenseuche.

„Maxe" und sein Gegner. (Zum heutigen Boxkampf Schmeling gegen Louis um die Weltmeisterschaft.)



Weltbild.

Feuerrede Dr. Goebbels' in Berlin.

Deutschland fordert gerechten Frieden und sein Lebensrecht.

Sonnenwende in der Reichshauptstadt. — Gauleiter Dr. Goebbels spricht vor 120.000 im Olympia-Stadion. — 3000 frisch zugewanderte Juden sollen ihre „Pässe ordnen".

Die größte Tat des Führers.

In einer Rede bei der großen Sonnwendfeier in Berlin kam Reichsminister Doktor Goebbels auf die Judenfrage zu sprechen, die durch Herausforderungen frecher Hebräer wieder eine erhöhte Aktualität gewonnen hat. Als Herausforderung kann man es wohl nur empfinden, daß in den letzten Monaten nicht weniger als 3000 Juden nach Berlin frisch zugewandert sind. Sie scheinen der Ueberzeugung zu sein, daß sich in der Reichshauptstadt auch unter nationalsozialistischer Führung für sie genügend Gelegenheiten bieten, ihre meist zweifelhaften Geschäfte zu betreiben. Sie werden bald dahinter kommen, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Dr. Goebbels kündigte an, daß an eine restlose Bereinigung der Judenfrage schon in allernächster Zeit geschritten werde. Sie wird nicht durch Einzelaktionen der Straße, sondern in nationalsozialistischer Weise durch disziplinierte Energie auf dem Boden strengster Gesetzmäßigkeit erfolgen. Das Reinemachen wird — dafür liegen alle Bürgschaften vor — aber sehr gründlich sein. Dem sogenannten Weltgewissen, das in jüdischen Angelegenheiten bekanntlich von einer mimosenhaften Empfindlichkeit ist, sei von vornherein in Erinnerung gebracht, daß es so etwas wie ein Hausrecht gibt, dessen Anwendung gegen unerwünschte Gäste niemandem, und am allerwenigsten dem immer wieder herausgeforderten deutschen Volk verwehrt werden kann.

* * *

Im überfüllten Olympia-Stadion der Reichshauptstadt nahm am Dienstag Berlins Gauleiter, Reichsminister Dr. Goebbels, das Wort und sprach zu 120.000 Menschen, die sich zur Sonnwendfeier um den lodernden Holzstoß eingefunden hatten. Jubelnde Heilrufe drangen von allen Rängen des weiten Rundes, als der Reichsminister im strahlend weißen Licht der Scheinwerfer das Rednerpult auf der Ehrentribüne betrat.

Dr. Goebbels begann bei dem Sinn der Feier: der Nationalsozialismus habe den alten germanischen Brauch der Sonnwendfeier wieder zu Ehren gebracht. Fast wie ein Märchen mute es aber an, wenn inmitten des Häusermeeres und der endlosen Asphaltstraßen der 4½-Millionen-Stadt das Fest der Sonnenwende feierlich begangen werde. Doktor Goebbels verwies in diesem Zusammenhang auf die grandiosen Baupläne des Führers, deren Ziel es sei, Berlin zur wahrhaften Hauptstadt einer neuen Großmacht Deutschland zu machen.

Regelung der Judenfrage streng nach den Gesetzen.

Tosender Beifall erhob sich, als der Gauleiter im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte: „Wir haben nicht sieben Jahre in Berlin gegen das internationale Judentum gekämpft, damit es sich heute im nationalsozialistischen Berlin beinahe breiter macht als je zuvor. Gegen diese provokative Haltung des internationalen Judentums in Berlin müssen wir schärfstens protestieren. Entrüstete Pfuirufe wurden im ganzen Stadion laut, als Dr. Goebbels dann ausrief: „Ist es nicht geradezu

empörend, wenn man bedenkt, daß in den letzten Monaten nicht weniger als 3000 Juden nach Berlin eingewandert sind!"

Dr. Goebbels gab vor allem den nach Berlin in der jüngsten Zeit zugewanderten Juden den dringenden Rat, Berlin möglichst schnell wieder zu verlassen. Wenn sich im übrigen die marxistisch-jüdische Auslandpresse so sehr für die Zurückweisung jüdischer Unverschämtheiten interessiere und von Unterdrückung spreche, so könne er nur empfehlen, sich näher mit der Terrorisierung und brutalen Unterdrückung von 3½ Millionen Deutschen in einem anderen Lande zu befassen.

Mit Nachdruck betonte dann Dr. Goebbels, daß

die Auseinandersetzung mit dem internationalen Judentum in Berlin legal und streng nach dem Gesetz von der Partei und vom Staate und nicht von der Straße vollzogen werde.

Im übrigen werde schon durch gesetzliche Maßnahmen dafür gesorgt, daß in absehbarer Zeit der jüdische Einfluß auch in der Wirtschaft gebrochen werde. Er richte das Ersuchen an die Juden, nicht weiterhin so provokatorisch in der Oeffentlichkeit aufzutreten. Die Bevölkerung forderte Dr. Goebbels auf, Disziplin zu halten, nicht zu Einzelaktionen zu schreiten und dem Staate das Weitere zu überlassen.

Dem Volke die Arbeit, dem Führer das Herz.

„Deutschland will," so erklärte der Minister unter stürmischen Zustimmungskundgebungen der Hunderttausenden, „den Frieden, aber nicht den Kirchhoffrieden, der in Versailles organisiert werden sollte. Wenn man im Ausland etwas für den Frieden tun will, dann soll man möglichst schnell dafür sorgen, daß die unhaltbaren Bedingungen dieses Vertrages verschwinden. Deutschland bildet keine Kriegsgefahr; es will nur sein Lebensrecht. Es kann auf sein Lebensrecht gar nicht Verzicht leisten und wir haben auch keineswegs die Absicht, uns in die Kategorie der Habenichtse einreihen zu lassen. Diese große Lehre hat uns der Führer gelehrt.

Der Führer hat unserem Volke seinen nationalen Stolz zurückgegeben. Das war vielleicht unter seinen vielen Taten die größte Tat."

„Dieser festliche Abend," fuhr Dr. Goebbels fort, „sei mehr als eine romantische Gefühlsduselei. Und wenn bei diesem Anlaß von Politik gesprochen wird, dann deshalb, weil die Politik der Inbegriff unseres nationalen Lebens ist, weil jeder Deutsche politisch zu denken und politisch zu handeln entschlossen ist. Was aber wäre diese Politik," so schloß Dr. Goebbels, „ohne ihre tragende Idee und ohne ihren führenden Mann? Ich glaube, wenn dieses Volk seinem Führer so treu bleibt, wie der Führer seinem Volk treu bleibt, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Deshalb wollen wir es aufs neue geloben im Scheine dieser niedersinkenden Flammen: Dem Volke unsere Arbeit, dem Führer unser Herz! Die Nation, das Reich, der Führer: Sieg-Heil!"

Begeistert stimmten die 120.000 in den Gruß an den Führer ein, und feierlich klangen, das Treuegelöbnis bekräftigend, die Hymnen der Nation zum nächtlichen Himmel empor.

Gauleiter und Oberpräsident Josef Wagner, der Reichskommissär für Preisbildung, ist in Wien.

Bild: Hoffmann.

Sonnenwende in der Ostmark.

Gauleiter Dr. Jury bei der Feier in Pöggstall.

Vorgestern fand in Pöggstall die erste Sonnwendfeier in der befreiten Ostmark in besonders eindrucksvoller Weise statt. Gauleiter Dr. Jury war mit vielen Gauamtsleitern, dem Gaubeauftragten der DAF. usf. gekommen, um gemeinsam mit der Bevölkerung diese urdeutsche Feier zu begehen. In seiner schlichten und dadurch um so nachhaltiger wirkenden Rede gedachte der Gauleiter der großen historischen Bedeutung dieser Sonnenwende für unser Land. An die Sonnwendfeier schlossen sich die Besprechungen an, die Gauleiter Dr. Jury und der Gauwirtschaftsberater Ing. Birthelmer mit den Vertretern der Partei und Gemeinde führten.

Auch in allen anderen Gauen der Ostmark fanden am Dienstag große Sonnwendfeiern statt. Bei der Sonnwendfeier in Wolfsberg erschien der Reichsführer SS Himmler, der am brennenden Holzstoß die Rede hielt. Ueberaus eindrucksvoll gestalteten sich die Sonnwendfeiern in Graz, Salzburg, sowie in den anderen Gaustädten der Ostmark.

Hungerstreik in der Sandschak-Miliz.

Der Sandschakmiliz gehören auch einige hundert Mann Alauiten an. Diese sind am Dienstag in einen Hungerstreik getreten, um dadurch gegen die behördlichen Maßnahmen gegen die Alauitenbevölkerung zu protestieren. Weiter fordern sie, gegen ihre eigenen Landsleute nicht eingesetzt zu werden.

Die alauitischen Milizabteilungen werden in den nächsten Tagen nach dem Libanongebiet abtransportiert und im Sandschak durch Marokkaner ersetzt.

Samstag, 16. Juli, Maria v. B. — 1890: Der Dichter Gottfried Keller gestorben.

Berufsehre.

Das deutsche Arbeitsgesetz, das nunmehr auch in der Ostmark eingeführt wird, bringt eine für uns neue, im Altreich aber bereits bewährte Einrichtung: die sozialen Ehrengerichte. Die liberale Wirtschaftsauffassung erblickte in der Arbeit bloß eine Form des nackten und brutalen Daseinskampfes, in dem alle gegen alle stünden und in dem jedes Mittel erlaubt sei, um dem Stärkeren ein möglichst gutes Leben zu sichern. Eine höhere sittliche Wertung der Arbeit ließ man nicht gelten. Diese Auffassungen übernahm auch der Marxismus und adaptierte sie sinngemäß für seine Klassenkampftheorien. Nur ganz wenige Stände, die immer ihre Tätigkeit als einen Dienst am Ganzen betrachteten, konnten über die liberalen und marxistischen Irrwege hinweg den Begriff einer Berufsehre für sich retten: die Beamten, Offiziere, Aerzte und Rechtsanwälte. Der überwiegenden Mehrzahl der Schaffenden wollte man jedoch eine besondere Arbeitsehre nicht zubilligen.

Der Nationalsozialismus hat in der Einstellung zur Arbeit einen grundlegenden Wandel gebracht. Er erblickt in jedem ehrlichen Schaffen einen Ehrendienst am Volk. Der Arbeiter, der Bauer, der Handwerker, der Beamte und der Künstler leisten ihren Teil für die Gemeinschaft, die jeden von ihnen braucht. Keiner ist geringer zu achten, der den Platz ausfüllt, auf den er gestellt ist. Wenn jede Arbeit adelt, dann kommt auch jedermann eine soziale Ehre zu, die nicht von einer bestimmten Tätigkeit abhängig sein kann. In ihrem Grundgebot, der restlosen Hingabe für die Gemeinschaft, ist sie für jedermann gleich, legt darüber hinaus je nach Stellung und Beruf besondere Verpflichtungen auf: dem Betriebsführer ist die Aufgabe gestellt, für seine Arbeiter und Angestellten nach besten Kräften zu sorgen; vom Gefolgsmann wieder wird Treue zum Werk verlangt.

Die sozialen Ehrengerichte, die durch das Gesetz zum Schutz der nationalen Arbeit im Rahmen der DAF. errichtet sind, ahnden Verstöße gegen die höhere Auffassung von der Arbeit. Materiellrechtliche Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis werden vor ihnen nicht verhandelt; ihre Erledigung ist den Schlichtungsstellen und den ordentlichen Gerichten vorbehalten. Hingegen können Betriebsführer, die sich gegen die Grundsätze einer nationalsozialistischen Betriebsführung vergehen, vor die sozialen Ehrengerichte zitiert werden, ebenso auch Gefolgsleute, die es mit der Treue zum Unternehmen nicht genau nehmen oder durch ihr Verhalten den kameradschaftlichen Gemeinschaftsgeist stören. Dem Gedanken der beruflichen Ehrengerichtsbarkeit sind auch die Strafmittel angepaßt, die im dauernden Ausschluß aus der DAF., der Gemeinschaft aller Schaffenden, gipfeln.

Die sozialen Ehrengerichte wachen darüber, daß die hohe Auffassung von der Arbeit und die Erinnerung an die Pflichten lebendig bleiben, die sich daraus ergeben. Die Ehrengerichte werden dadurch ein wichtiges Erziehungsmittel zum Nationalsozialismus, der, wie auch dieses Beispiel zeigt, auf ideellen und sittlichen Werten aufbaut und dem Arbeitsmenschen als erstes Geschenk der vollen Gleichberechtigung das Bewußtsein einer erhöhten Berufsehre bringt.

—r.

Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser von Mandschukuo und dem Führer.

Anläßlich des Inkrafttretens des am 12. Mai d. J. unterzeichneten deutsch-mandschurischen Freundschaftsvertrages hat Seine Majestät der Kaiser von Mandschukuo ein Telegramm an den Führer und Reichskanzler gerichtet, worin er seine Freude über den Abschluß des Vertrages und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ausdrückt und die Hoffnung auf eine

enge und dauernde Zusammenarbeit zum Schutze gegen den Kommunismus, zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen

zwischen den beiden Ländern ausspricht.

Der Führer und Reichskanzler hat auf diese Botschaft mit einem herzlich gehaltenen Danktelegramm geantwortet, worin er seine

volle Zustimmung

zu den Gefühlen und Wünschen des Kaisers von Mandschukuo erklärt.

Gleichzeitig hat aus demselben Anlaß ein freundschaftlicher Telegrammwechsel zwischen dem Premierminister von Mandschukuo, Herrn Chang Ching-hui, und dem Reichsaußenminister, Herrn v. Ribbentrop, stattgefunden.

Neuerliche Grenzverletzung durch tschechische Flieger.

Ein Gendarmerieflugzeug überflog die Ortschaft Sonnenwald im Mühlviertel. — In 200 Meter Höhe über deutschem Gebiet.

Ueber der Ortschaft Sonnenwald, etwa 15 Kilometer von der Bahnstation Aigen-Schlägel im Mühlviertel, ist ein tschechisches Flugzeug über die deutsche Grenze geflogen und hat

etwa einen Kilometer auf deutschem Gebiet gekreist,

um dann wieder über die deutsche Grenze nach der Tschecho-Slowakei zurückzukehren. Das Flugzeug wurde dabei auch von einem Zollbeamten beobachtet.

Zu dieser neuesten Grenzverletzung werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Eine Maschine des tschecho-slowakischen Gendarmerieflugdienstes, die täglich Patrouillenflüge über dem Grenzgebiet durchführt, überflog Mittwoch, 16.10 Uhr, die Reichsgrenze nördlich von Aigen im Mühlkreis und zog über der Ortschaft Sonnenwald in einer Höhe von 200 Meter eine große Schleife auf deutschem Gebiet.

Ein Verfliegen scheint ausgeschlossen, da an der Stelle der Grenzverletzung der Grenzbach auf weite Entfernung das Erkennen der Grenze ermöglicht.

Wie zu dieser Grenzverletzung aus Diendorf mitgeteilt wird, wurde dieses tschechische Flugzeug auch dort um etwa 16 Uhr beobachtet, als es noch auf tschecho-slowakischem Staatsgebiet hart an der Grenze entlang flog.

Der tägliche Zwischenfall in Prag.

Donnerstag abend wurde der Angestellte des Arbeitsamtes der Sudetendeutschen Partei Rudolf Gorzecky auf dem Wenzelsplatz in Prag von tschechischen und jüdischen Elementen in der übelsten Weise attackiert. Gorzecky, der einen grauen Sportanzug und hohe Stiefel trug, wurde von mehreren Juden in tschechischer Sprache beschimpft. Die Angreifer forderten die Straßenpassanten auf, den „Provokateur" niederzuschlagen. Es dauerte nicht lange, da war der Deutsche von einer etwa zweihundertköpfigen Meute umringt, die ihn in wüster Weise beschimpfte und dann Beleidigungen gegen das deutsche Staatsoberhaupt ausließ. Von der Menge bespuckt und mit Fußtritten traktiert, versuchte Gorzecky auf die andere Seite des Platzes zu gelangen, die Menge umringte ihn aber und ein Soldat drängte sich vor, um Gorzecky das sudetendeutsche Parteiabzeichen vom Rockkragen zu reißen. Ein Polizist, der schließlich auftauchte, ging nun keineswegs gegen die Angreifer vor, sondern nahm kurzerhand den Deutschen fest und brachte ihn auf die nächste Polizeiwache.

Unverschämte Provokation in Marienbad.

Ein empörender Vorfall wird aus Marienbad gemeldet. Dort wurde in der Nacht zum Freitag die Auslagenscheibe der Buchhandlung Meißner, hinter der Bilder des Führers und Reichskanzlers ausgestellt waren, bespuckt. Ein unbekannter Täter schleuderte schließlich einen Stein gegen ein solches Bild und zertrümmerte die Auslagenscheibe.

Die Judenfrage in Italien.

Das Problem wird auch politisch in Angriff genommen.

Unter der über die ganze Seite gehenden Ueberschrift: „Die Juden gehören nicht der italienischen Rasse an" begrüßt „Tevere", der von jeher ein Vorkämpfer des Rassegedankens in Italien gewesen ist, die wegweisenden Leitsätze der faschistischen Universitätsprofessoren über die Stellung der Faschismus zur Rassenfrage. Man müsse dabei beachten, heißt es in dem Artikel, daß es sich nicht etwa um eine Gruppe privater Gelehrter handele, die ihre Ansichten bekanntgeben. Die vom Ministerium für Volksausbildung übernommene Schirmherrschaft beweise, daß die Gelehrten im Rahmen des Regimes gesprochen haben, und daß die zehn Leitsätze nunmehr eindeutig Richtlinien darstellen.

Das Problem der Probleme sei durch den Leitsatz „Die Juden gehören der italienischen Rasse nicht an" gelöst worden. Es klinge ge-

Hauptschriftleiter: Hanns H. Amann.
Chef vom Dienst: Hermann Mailler (zur Zeit auf Urlaub), i. V.: Hermann Wolf. Verantwortlich für: Innen- und Außenpolitik: Hermann Wolf. Lokaler Teil: Richard Quapil; Wirtschaft und Gericht: Franz Eichhorn (zur Zeit auf Urlaub), i. V.: Franz Stamprech; Theater, Musik, Film und Bilderdienst: Dr. Roman Herle; Sport: Richard Kandler; Unterhaltung und Schrifttum: Franz Stamprech; Anzeigenteil: Erich Schinagl (zur Zeit auf Urlaub), i. V.: Friedrich Wilhelm Zelenka.
Herausgeber, Verlag und Druck: „Albrecht-Dürer"-Druckerei, Ges. m. b. H.
Sämtliche: Wien, 7. Bez., Bandgasse 28.

radezu unglaublich, daß es einer feierlichen Proklamation bedurft habe, um eine so selbstverständliche Wahrheit zu bestätigen. „Als nichteuropäisches Volk — sagt „Tevere“ weiter — ist das Eindringen der Juden in die rein italienische Rasse unzulässig und untragbar. Das Judenproblem wird damit nicht nur biologisch, sondern auch politisch in Angriff genommen.“

Der Vormarsch auf Sagunt.

Manzanera eingenommen.

Der nationale Heeresbericht meldet: An der Teruelfront setzten die Nationalen ihre siegreiche Offensive weiter fort und rückten mehrere Kilometer vor. Sie besetzten mehrere Stellungen nördlich von Canalizo und brachten dadurch die Straße von Mora de Rubielos nach Albentosa in ihren Besitz. Nach der Einnahme des Ortes Manzanera überquerten sie den Albentosafluß.

Die nationale Luftwaffe bombardierte in der Nacht zum 13. mehrere Bahnhöfe in der Provinz Valencia und ferner die Häfen Palamos (Katalonien) und Cartagena, wo Munitionslager in die Luft gingen.

Der Führer an General Franco.

Der Führer und Reichskanzler hat General Franco anläßlich des Jahrestages der nationalen Erhebung Spaniens drahtlich seine Glückwünsche übermittelt.

Zwölf Araber durch eine Bombe getötet.

Neue jüdische Gewalttat in Jerusalem.

In der Jerusalemer Altstadt ereignete sich gestern ein neuer schwerer Zwischenfall. Als die Mohammedaner nach Beendigung der Freitagsgebete die Omarmoschee verließen, warfen jüdische Verbrecher auf dem Gemüsemarkt eine Bombe in die Menge. Die Wirkung war furchtbar. 12 Araber wurden getötet und 15 verwundet, davon sieben schwer.

Zwei Jüdinnen sind unter dringendem Tatverdacht verhaftet worden. Im Zusammenhang mit der neuen Untat ist für Jerusalem ab 18 Uhr ein Ausgehverbot erlassen worden.

Arbeitseinsatz im südöstlichen Niederdonau.

Rückgang der Arbeitslosigkeit um rund 43 vom Hundert.

Interessante Ziffern über die Entwicklung des Arbeitseinsatzes nach dem Umbruch gibt das Landesarbeitsamt in Wiener-Neustadt bekannt. Am 30. v. M. wurden in dem Amtsbezirk, der die Bezirkshauptmannschaften Wiener-Neustadt, Neunkirchen, Baden und Mödling umfaßt, 21.146 Stellensuchende, darunter 9723 Frauen, gezählt. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Zeitpunkt der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus mehr als 37.000 Arbeitslose im Bezirk vorhanden waren, zu denen dann noch alle jene kamen, die ausgesteuert waren und erst durch die Göring-Aktion wieder in den Bezug der Arbeitslosenunterstützung traten, so bedeutet das, daß seit dem Umbruch rund 16.000 Volksgenossen in diesen Gebieten wieder in Brot und Arbeit gebracht worden sind. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit beträgt daher im Bereich dieses Landesarbeitsamtes rund 43 v. H.

Die Gesamtzahl der von den Arbeitsämtern des Bezirkes in der Zeit seit dem Umbruch vermittelten Schaffenden beträgt genau 15.222, von denen im Monat Juni allein 6079 in den Arbeitsprozeß eingeschaltet worden sind. Innerhalb der Sonderaktion für die verdienten Kämpfer der Bewegung wurden bisher mehr als 1600 untergebracht.

Drei Hetzlügen in drei Tagen:

Die Lügenkampagne des „News Chronicle“

Angebliche militärische Einmischung Deutschlands in Spanien. — Deutsche Flugzeuge zu Hunderten, Piloten zu Tausenden, Techniker zu Zehntausenden usw.; Gibraltar ist bedroht.

Der „News Chronicle“ bringt zum drittenmal innerhalb von drei Tagen einen gegen Deutschland gerichteten Bericht, dessen Einzelheiten sich das Blatt ganz ohne Zweifel aus den Fingern gesogen hat. Diesmal beschäftigt sich das Blatt, offenbar

in der Hoffnung, der Nichteinmischungspolitik Chamberlains doch noch ein Bein stellen zu können,

nach dem Muster der französischen Marokko-Lüge vom Jänner 1937 erneut mit angeblicher umfangreicher militärischer Einmischung Deutschlands in Spanien. Wieder einmal wird den Engländern die Bedrohung von Gibraltar durch angebliche deutsche Geschütze in Spanisch-Marokko vor Augen geführt, wird behauptet, daß sich in der spanischen Flotte 5000 Mann deutsches Flottenpersonal befänden und werden eine Reihe von Einzelheiten angegeben, die so frisiert sind, daß sie auf den ersten Blick den Anschein der Richtigkeit erwecken sollen.

Den Veröffentlichungen des Blattes steht für jeden Kundigen die Lüge an der Stirn geschrieben. Zunächst wird behauptet, daß 50 Messerschmitt-Maschinen, 48 Heinckel-Jagdflugzeuge, 183 moderne Junkers-Bomber, zwölf Heinckel-Bomber und sechs Rohrbach-Bomber in Bilbao eingetroffen seien. Die Junkers-Fabriken hätten in den letzten Monaten 150 Junkers-Flugzeuge nach Spanien geschickt.

Um die Behauptungen zu erhärten, wird wahllos eine Reihe von deutschen Orten aufgeführt, wo nach Meinung des Blattes Flugzeuge vorhanden sein müssen. In erster Linie große Städte wie Berlin, München und Frankfurt, und es wird dazu kühn behauptet, daß von diesen Flugplätzen aus

Spanien mit neuen deutschen Geschwadern versorgt

worden sei. Ferner seien deutsche Piloten angekommen, von denen sich jetzt 2000 in Spanien befänden, 1200 Mann einer leichten Brigade seien unter Führung ihrer Offiziere in Spanien eingetroffen. Deutsche Kavallerie sei in Marokko gelandet. 12.000 deutsche Techniker bauten Marokko zu einer riesigen Festung und zu einem Zentrum von Munitionsfabriken aus.

Die Plakette für den Reichsparteitag 1938.
Entwurf: Prof. Richard Klein, München.
Bild: Hoffmann.

Die Hintergründe der Aktion.

Zu dieser neuen Lügenaktion schreibt der „Deutsche Dienst“:

Der ganze Zweck des „News-Chronicle“-Manövers ist derselbe wie an den Tagen vorher: Störung der Beziehungen zwischen den Völkern, Vergiftung der politischen Atmosphäre und

Hetze zum Krieg,

an dem dann die Hintermänner des „News Chronicle“ groß verdienen würden, während die Völker die Zeche bezahlen. Gegen diese Methode kann es unter anständigen Menschen nur noch eine Antwort geben:

Ohrfeigen und den Knüppel,

denn alle geistigen Argumente schalten hier aus. Es würde für das englische Volk sprechen, wenn sich ein paar Frontkämpfer finden würden, die den Juden des „News Chronicle“ die Antwort geben, die alle anständigen Menschen wünschen.

Der „News Chronicle“ begann seine Lügenaktion mit der von Moskau befohlenen Aufwärmung der Lüge von dem angeblichen Vortrag eines hohen deutschen Offiziers über Deutschlands Absichten in Spanien und in — Portugal. Diese Lüge von deutschen Absichten in Portugal befand sich, wie sich bei genauem Vergleich herausstellt, in der ursprünglichen Moskauer Fassung nicht. Sie ist also ohne Zweifel in London hinzugedichtet worden. Eine Frage an England: Welches Land hat wohl seit jeher ein großes Interesse daran, Portugal unter dem Deckmantel eines Bündnisses im Schlepptau zu haben? Die Portugiesen sind ein mündiges Volk und können ihr Schicksal selbst bestimmen.

Zwischen Deutschland und Portugal bestehen korrekte freundschaftliche Beziehungen und Deutschland hat niemals die Absicht gehabt oder auch nur den leisesten Versuch gemacht, Portugal in irgendeiner Weise unter Vormundschaft zu stellen,

weil es solche Maßnahmen ablehnt und weil es genau weiß, daß der Stolz des portugiesischen Volkes eine solche Vorherrschaft einer anderen Nation auf die Dauer niemals ertragen könnte.

Warum nun wurde vom „News Chornicle“ in dem von Moskau erfundenen Reichenau-Vortrag noch eine angebliche deutsche Angriffsabsicht auf Portugal hineingezaubert? Darauf gibt ein anderes englisches Blatt die Antwort. Der dem „News Chronicle“ befreundete marxistische „Daily Herald“ meldet, daß die portugiesische Regierung, die einst hundertprozentig für Franco und diplomatisch ein Verbündeter Deutschlands und Italiens gewesen sei, anfange, unzufrieden zu sein und Befürchtungen zu hegen. Sie blicke jetzt auf England. Sie würde eine neue Bestätigung des englisch-portugiesischen Bündnisses, eine neue Garantie der portugiesischen Kolonien und eine wirkliche Hilfe in der Wiederaufrüstung und der militärischen Organisation begrüßen. Die britische Militärmission, die eigentlich zurückkehren wollte, bleibe noch in Lissabon. Zum Schluß

... und was sagst Du?

Die Welt, die zur Zeit sicher nicht unter einem Mangel an umwälzenden Ereignissen leidet, horchte gestern auf bei der Nachricht vom Bekenntnis der italienischen Nation zum Ideal der arisch-nordischen Rasse auf. Dieses Bekenntnis eines alten und dabei von einer tiefen Religiosität beseelten Kulturvolkes ist der großartigste Sieg der Rassenlehre. Hiemit erhalten die tragenden Staatsideen Deutschlands und Italiens einen neuen wesentlichen Gleichklang. Die Juden, die wie kein zweites Volk die Bedeutung der Rasse schon lange erkannt haben und daher bestrebt waren und sind, den Völkern die grundsätzlichen Lehren vom Wert des Blutes und der Rasse vorzuenthalten, trifft die Erklärung der italienischen Wissenschafter und Politiker schwer. Von Norwegen bis Italien ist das Rassebewußtsein erwacht und bildet die Achse des werdenden neuen Europa.

Uns Deutsche erfüllt es mit berechtigtem Stolz, die tatkräftigsten Wegbereiter des Rassegedankens gewesen zu sein und die Rassenlehre praktisch auf allen Gebieten als erste angewandt zu haben. Die Rassenlehre aber ist keine Geheimwissenschaft, sondern muß Gemeingut des ganzen Volkes werden. Darum möge jeder Volksgenosse sich mit ihr befassen. Es gibt schon viele gute und dabei billige Bücher, die Aufschluß in allen Fragen der Rassenlehre geben. Gerade die ältere Generation bedarf vielfach dieser Aufklärungen, um das Zeitgeschehen richtig zu verstehen. Die junge Generation bringt volles Verständnis dem Glauben und Sinnen sowie den Zweifeln der älteren entgegen, möchte jedoch, daß sie sich trotzdem mit den Grundlagen der jetzigen Zeit vertraut mache, denn nur wenn sich die Erfahrung der Alten mit der Weisheit der Jungen harmonisch paart, kann Ersprießliches für die Zukunft geleistet werden. Eine der Weisheiten, die älter ist als allgemein bekannt, ist die Rassenlehre. Sie ist nicht nur, wie ein Jude sagte, „der Schlüssel zur Weltgeschichte", sondern die Grundlage des Lebens und der Zukunft der Völker. Eine so ungeheuer wichtige Grundlehre soll nicht Besitz einer kleinen Anzahl von Wissenschaftern sein, sondern muß Gemeingut des Gesamtvolkes werden.

Wertvoller Gräberfund des Hallstätter Museums.

Dieser Tage hat das Hallstätter Museum mit der Freilegung eines Grabfeldes aus dem 4. Jahrhundert v. Chr. im Salzbergtal begonnen.

Gleich am zweiten Arbeitstag konnte ein Skelettgrab freigelegt werden. Ueber dem Skelett waren Tonscherben ausgestreut. Das Skelett selbst enthielt keinerlei Beigaben. Es fehlen der rechte Unterschenkel und der rechte Fuß, so daß es sich um eine Teilbestattung handeln dürfte. Der Fund ist von besonderer Bedeutung, da er rassische Untersuchungen ermöglicht und die Rolle nordischer Kultur in neues Licht rückt.

Nachprüfung aller Omnibusse auf Verkehrssicherheit.

In letzter Zeit hat sich eine Anzahl schwerer Omnibusunfälle ereignet. Der Reichsverkehrsminister hat deshalb die zuständigen Behörden angewiesen, alle Kraftomnibusse einer außerplanmäßigen gründlichen Nachprüfung auf ihre Verkehrssicherheit zu unterziehen. Zunächst werden diejenigen Omnibusse untersucht werden, mit denen Gesellschaftsreisen, Vereinsfahrten und ähnliche Veranstaltungen (Gelegenheitsverkehr) durchgeführt werden. Ueber das Ergebnis der Untersuchung wird die Oeffentlichkeit zu gegebener Zeit unterrichtet werden.

General Russo in München.

Der Generalstabschef der Faschistischen Miliz, General Luigi Russo, verläßt in Begleitung von Stabschef der SA. Lutze den Münchner Hauptbahnhof.

Bild: PWZ.

Am Wegrand.

Es ist eine harte und ernste Aufgabe, die sich der Luftschutz gestellt hat. Kein Wunder, daß es niemandem, den Lehrern und Schülern, als Spiel, als große „Hetz" erscheint.

In dieser Hinsicht mußte dieser Tage der Luftschutzverein in Middlesex, England, zur Ordnung gerufen werden. Im kindlichen Uebereifer eines Propagandafeldzuges hatte man die unglückliche Idee, ein — Golfspiel in Gasmaske anzukündigen. Ein behördliches Verbot fuhr in diesen groben Unfug, die Veranstalter wurden wegen Kompromittierung der Idee diszipliniert.

Das ist eine begrüßenswerte Energie. Von der Entwürdigung des Luftschutzgedankens abgesehen, ist kaum anzunehmen, daß selbst im sportlichen Inselreich ein Einwohner im Krachen und Grauen des Zukunftskrieges die Lust haben wird, sich die schreckliche Stunde eines Luftangriffes mit Golf oder Fußball zu vertreiben.

Echo.

100 Tiroler Bergwachtmänner eingegliedert. Im Rahmen einer würdigen Feier fand kürzlich die Eingliederung der 100 Mann starken Tiroler Bergwacht in die Bayrische Bergwacht statt.

Sommerfrischen im oberen Waldviertel. Die Waldviertler Sommerfrischen hoffen auf die Wiederkehr ihrer alten Freunde, harren der Besucher und laden die Freunde echter Naturschönheiten ein, in der Fülle der landschaftlichen Reize ihre Ferientage zu verbringen. Besonders der südliche Teil des Kreises Gmünd, um Weitra, Groß-Pertholz, Harmannschlag, Hirschenwies, St. Martin, Lauterbach, Groß-Schönau und um Spital herum, hat viel von der herben Schönheit der noch nicht aufgeschlossenen Landschaft.

Der Mörder Mieger hingerichtet. Gestern wurde der am 27. März 1882 geborene Johann Wilhelm Mieger hingerichtet, der vom Schwurgericht in Frankfurt am Main wegen Mordes in zwei Fällen zweimal zum Tode und dauerndem Ehrverlust verurteilt worden ist. Mieger, der seit mindestens zwanzig Jahren in den Wäldern des Taunus gewerbs- und gewohnheitsmäßig der Wilderei nachgegangen ist und dabei rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen bereit war, hat, wie ihm erst jetzt nachgewiesen werden konnte, am 31. Oktober 1917 den 62jährigen Forstmeister Birckenauer im Staatswald Oberhain im Taunus erschossen und am 16. April 1937 gemeinschaftlich mit seinem wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Sohn den 55jährigen Waldwärter Ernst Hofmann im Walde von Köppern durch Messerstiche ermordet.

Noch keine Altmaterialsammlung! Während im Altreich schon seit über einem Jahr alle verwertbaren Alt- und Abfallstoffe planmäßig gesammelt werden, sind für die Ostmark solche Sammlungen noch nicht an die Wege geleitet. Diese Tatsache führt immer wieder dazu, daß einzelne Personen oder Organisationen von sich aus im Uebereifer schon Sammlungen durchführen, um dann zu ihrer Ueberraschung festzustellen, daß eine Abholung dieses Altmaterials noch nicht erfolgt. Der vom Reichskommissar Gauleiter Bürckel zur Regelung dieser Frage eingesetzte Stellvertreter des Reichskommissars für Altmaterialverwertung wird später die notwendigen Anweisungen geben. Bis zu diesem Zeitpunkt sind alle auch noch so gut gemeinten Bemühungen einzustellen.

Neuer Erdrutsch bei Dornbirn. Nach dem schweren Erdrutsch im letzten Jahr am Watzenegg bei Dornbirn ereignete sich dieser Tage ein neuer Erdrutsch, der die erst kürzlich wiederhergestellte Straße von neuem zerstörte und erheblichen Schaden anrichtete. Es besteht die Gefahr eines weiteren Erdrutsches.

Aufruf! Alle Volksgenossen, die in der Nacht vom 25. auf den 26. Juli 1934 in Wiener-Neustadt, im Hause Wienerstraße 12 (ehemaliges Heimatschutzbrigadekommando) in Haft waren, werden aufgefordert, sofort ihre Anschrift mittels Postkarte mit dem Vermerk „Julputsch" an die Kreispropagandaleitung der NSDAP. Wiener-Neustadt, Wienerstraße 10/II, einzusenden. Partei-, beziehungsweise Formationsmitgliedschaft ist anzugeben.

Die ganze Hühnerschar von einem Fuchs totgebissen. Der Landwirt Otto Siebenbürger in Nandlstadt bei Freising wurde von einem Fuchs dadurch schwer geschädigt, daß dieser ihm nachts von 150 Hühnern und Küken nicht weniger als 143 totbiß. Im Garten allein lagen an die 60 tote Hühner umher. Vom Anwesen des Landwirts, das mitten im Markt liegt, konnte man tote Hühner bis zum Forst finden.

Achtung, ehemalige Angehörige des FJB. 21! Aus Mödling schreibt uns ein Leser: „Am 1. Oktober 1888 bin ich zum k. u. k. Feldjägerbataillon Nr. 21, Wien, Alserkaserne, eingerückt. Es sind somit 50 Jahre verstrichen. Viele meiner Altersgenossen, die mit mir eingerückt waren, werden nicht mehr sein. Sollte einer meiner Kompaniekolleigen ein Lebenszeichen von sich geben, will ich ihm gerne antworten. Joh. Hofschneider (ehem. Hornist beim k. u. k. Feldjägerbataillon Nr. 21, 1. Kompanie), Mödling, Hauptstraße 33.

Umfangreiche Waffenfunde bei Berliner Juden

Das Ergebnis einer Aktion des Polizeipräsidenten der Reichshauptstadt.

Angesichts des jüdischen Mordanschlages in der deutschen Botschaft von Paris gibt der Polizeipräsident von Berlin der Oeffentlichkeit das vorläufige Ergebnis bekannt, das eine

allgemeine polizeiliche Entwaffnung der Juden Berlins,

die in den letzten Wochen in Angriff genommen wurde, bisher gehabt hat.

Der Polizeipräsident hat sich, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Reichshauptstadt aufrechtzuerhalten, auf Grund einiger Einzelfälle veranlaßt gesehen, eine Waffenkontrolle bei der jüdischen Bevölkerung Berlins durchzuführen. Dies ist den Juden durch die Polizeireviere kürzlich zur Kenntnis gebracht worden, worauf — von wenigen Ausnahmen abgesehen, bei denen ein ausdrückliches Verbot des Waffenbesitzes ausgesprochen werden mußte — die in jüdischem Besitz bisher befindlichen Waffen bei der Polizei von den Juden, die keinen Waffenschein haben, freiwillig abgegeben wurden. Das vorläufige Ergebnis zeigt deutlich, welch eine Unmenge von Waffen sich noch bei den Juden Berlins bisher befanden und noch befinden.

Die Aktion erzielte bis jetzt die Sicherstellung von 2569 Stich- und Hiebwaffen, 1702 Schußwaffen und rund 20.000 Schuß Munition.

Sofern nach Abschluß der Waffenaktion noch ein Jude im Besitz einer Waffe angetroffen wird, wird der Polizeipräsident in jedem einzelnen Fall mit größter Strenge vorgehen.

Spontane Demonstrationen in Kurhessen.

Als Antwort auf die Provokation von Paris ist es in Kurhessen zu erheblichen spontanen Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Juden gekommen.

Der Zustand des Legationssekretärs vom Rath weiterhin ernst.

Gestern trafen aus Nürnberg kommend Prof. Dr. Magnus-München und der Leibarzt des Führers Dr. Brandt mit dem Flugzeug in Paris ein, um sich im Auftrage des Führers mit dem französischen Chirurgen Dr. Baumgartner, der die Operation an Legationssekretär vom Rath vorgenommen hat, zu beraten. Sie gaben nach durchgeführter Konsultation folgende Mitteilung aus:

„Der Zustand des Herrn Legationssekretärs vom Rath ist besonders wegen der Verletzung am Mageneingang ernst zu beurteilen. Der erhebliche Blutverlust durch die Milzzerreißung und deren Folgen läßt sich voraussichtlich durch weitere Blutübertragungen beherrschen. Die bestmögliche operative Versorgung und bisherige Behandlung durch Dr. Baumgartner, Paris, läßt Hoffnungen für den weiteren Verlauf zu."

Der Regierungsrat a. D. vom Rath, der Vater des schwerverletzten Legationssekretärs, ist gestern vormittag ebenfalls in Paris eingetroffen und hat sich an das Krankenlager seines Sohnes begeben.

Seit Montag nachmittag sind schon zahlreiche Sympathietelegramme an Legationssekretär vom Rath und an die deutsche Botschaft in Paris aus Deutschland und Frankreich eingegangen.

Der Blutspender ein französischer Frontkämpfer.

Wie bereits gemeldet, hat der Krankheitszustand Legationssekretärs vom Rath zwei Blutübertragungen notwendig gemacht. Der Blutspender ist ein mit dem Kriegskreuz ausgezeichneter französischer Frontkämpfer, der sich bisher hundertachtmal zu Blutübertragungen zur Verfügung gestellt hat.

„Ich bedauere, daß er nicht tot ist."

Zynische Aeußerung des jüdischen Mordbuben.

Wie aus Paris gemeldet wird, soll der jüdische Mordbube Herschel Grynszpan schon nach Frankreich gekommen sein mit dem festen Vorsatz, einen Deutschen zu töten. Er soll sich im übrigen am Montag früh schon längere Zeit vor der deutschen Botschaft herumgetrieben haben. Nach einem Havas-Bericht wollen die Polizeikommissare ferner erfahren haben, daß die Verwandten den Mordbuben heimlich und gesetzwidrig bei sich beherbergt haben. Bei der Haussuchung am früheren Wohnsitz des Onkels sei eine kleine Dachkammer entdeckt worden, in der der Verbrecher heimlich gewohnt habe. Unter diesen Umständen habe die Polizei

das Ehepaar Grynszpan festgenommen.

Der „Petit Parisien" stellt nach einer eingehenden Darstellung des Lebenslaufes des jüdischen Mörders fest, daß er nicht aus eigener Initiative gehandelt habe, sondern zu dieser außerordentlich bedauerlichen Tat

von interessierten jüdischen Kreisen angestiftet

worden sei, die ihm wahrscheinlich sogar die Waffe in die Hand gedrückt hätten. Daß diese unerhörte Bluttat keine Affekthandlung ist, geht aus dem „Matin" hervor, nach dem der jüdische Verbrecher dem Polizeikommissar beim Verhör erklärt habe, es sei ihm darauf angekommen, irgdeneinen Deutschen zu töten. Er habe auf den ersten besten geschossen. Zynisch habe der Mörder hinzugefügt, er könne nur bedauern, „daß er nicht tot ist".

Geheimnisvolle Schiebungen mit polnischen Pässen.

Auf Grund eigener Untersuchungen hat die Pariser Zeitung „Liberté" interessante Feststellungen gemacht, die einen seltsamen jüdischen Schmuggel mit polnischen Pässen enthüllen. So hat die „Liberté" im Anzeigenteil einer großen Pariser Zeitung in der Spalte „Gefundenverloren" in der Zeit vom 15. Februar bis zum 13. Oktober d. J. 16 Inserate festgestellt, in denen der Verlust von polnischen Pässen angezeigt wurde. Interessant ist, daß am 9. Juni 1938 eine Anzeige erschien, in der ein gewisser Grynszpan um Wiederbringung seines verlorenen Passes bittet. „Liberté" fragt, ob das der Attentäter Grynszpan gewesen sei. Das Blatt weist dann darauf hin, daß der bei dem Attentäter gefundene Paß falsch sei und fragt, wer ihm diesen Paß besorgt habe und was hinter dieser Serie von Inseraten angeblich verlorener polnischer Pässe stehe? Sei es nicht sonderbar, daß man in Paris so viele polnische Pässe verliere.

„Im Geist der Münchner Erklärung."

Die Thronrede des englischen Königs.

König Georg VI. eröffnete am Dienstag in traditioneller Form unter großem Gepränge das Parlament und hielt an die Mitglieder beider Häuser die Thronrede.

„Meine Beziehungen zu ausländischen Mächten," so führte der König einleitend aus, „sind weiter freundschaftlich, und meine Regierung wird

alles in ihrer Macht Liegende tun, um die Entwicklung eines guten Verstehens im Geiste der gemeinsamen englisch-deutschen Erklärung, die in München am 30. September abgegeben wurde, zu fördern.

Das Abkommen, das im April zwischen meiner Regierung und der italienischen ausgehandelt wurde, wird jetzt in Kürze in Kraft gesetzt werden. Ich glaube, daß diese Handlung die traditionellen guten Beziehungen, die in so glücklicher Form und so lange zwischen unseren beiden Ländern bestanden haben, bekräftigen und somit die Sache des europäischen Friedens fördern wird."

Der König wies dann darauf hin, daß er den König von Rumänien zu einem Besuch noch in diesem Monat und den französischen Staatspräsidenten zu einem Besuch im Frühjahr eingeladen hat. Weiter teilte der König mit, daß er vor Abschluß seiner Kanadareise im Sommer nächsten Jahres auf Einladung des Präsidenten die Vereinigten Staaten besuchen werde.

Direktor Kurt Schechner wird gesucht.

Gestern wurde wieder eine Namensliste von Juden veröffentlicht, die geflüchtet sind und dabei vergessen haben, ihre Steuerrückstände und die Reichsfluchtsteuer zu bezahlen. Gegen die Flüchtlinge sind sogenannte Steuersteckbriefe erlassen worden. Unter den steckbrieflich verfolgten Juden befindet sich auch der sattsam bekannte Direktor Dr. Kurt Schechner, der noch die Reichsfluchtsteuer in der Höhe von 56.921 RM. schuldet, und der Kaufmann Karl Trostli, Wien, 1. Bez., Walfischgasse 12, gegenwärtig in Paris, der dem Staat die Reichsfluchtsteuer in der Höhe von 168.471 RM. nicht bezahlt hat.

Ueber dem Festland Europas liegt ein Luftdruckmaximum, das Wetter ist daher ruhig. In der Ostmark war das Wetter überwiegend wolkenlos, nur im Wiener Becken, wo früh dichter Nebel lag, blieb es auch mittags stark dunstig. In einigen Gebirgstälern stieg die Temperatur über 15 Grad, in Lienz auf 18 Grad; Wien hatte 10 Grad.

Vorhersage für heute: Vorwiegend heiter, in Talbecken Morgennebel, in Gebirgshochtälern Morgenfröste, tagsüber mild.

Die ruchlose Tat des jüdischen Mordbuben Grynszpan.

Links: Herschel Seibel Grynszpan, der Attentäter von der Pariser deutschen Botschaft. — M tte oben: Bei der Verhaftung war er nicht so mutig. — Rechts oben: Das Opfer, Legationssekretär v. Rath. — Rechts unten: Dieselbe Rasse des Attentäters.

Bilder: Weltbild.

Am Wegrand.

In Ländern, in denen Erdbeben nicht so selten sind wie hierzulande, in Japan etwa oder auf gewissen Weltmeerinseln, hinterlassen sie nicht soviel Angst wie bei uns, vorausgesetzt, daß sie sich halbwegs in gesitteten Formen bewegen.

Gerade gestern meldete der Draht ein Histörchen aus Tangoi auf Neuseeland, bei dem man ein Schmunzeln nicht unterdrücken kann.

Im Postamt von Tangoi hing eine Uhr, die schon seit Wochen der Stein heftigsten Anstoßes war: sie streikte, um ein altes Märchenwort zu gebrauchen. Pfuscher und Handwerker untersuchten sie auf Herz und Niere, Feder und Unruhe. Umsonst, sie ging nicht.

Da geschah es dieser Tage, daß das obligate Wochenerdbeben ein wenig unsanfter als sonst ausfiel. Tausende Uhren blieben stehen — aber der Bosnickel im Postamt von Tangoi fing plötzlich zu gehen an, ebenso rätselhaft wie pünktlich und ausdauernd.

So hat ein jedes Ding zwei Seiten und jeder Donner sein mürrisches und sein freundliches

Echo.

Wieder 72 neue Wohnungen in der Hasenleiten. In dem schrittweise zum Umbau gelangendem Barackenlager Hasenleiten kommen jetzt schon die Baublöcke Nr. XXIV und XXV zur Ausführung. Diese beiden Blöcke enthalten in acht Stiegenhäusern zusammen 72 Wohnungen. Einschließlich dieser sind es nun schon zusammen 731 neue Wohnungen, die von der Stadt Wien bisher gebaut wurden, um die Elendsbaracken Simmering freimachen zu können.

Salzburger Verkehrsunfallstatistik im Oktober. Im Oktober d. J. haben sich in Salzburg 83 Verkehrsunfälle ereignet, bei denen es nicht weniger als zwei Tote und 46 mehr oder minder Schwerverletzte gab. Die meisten Verkehrsunfälle wurden wieder von Kraftwagenlenkern verursacht, die die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen beim Vorfahren außer acht ließen. Der Gesamtschaden stellte sich auf rund 10.000 RM. 97 Fahrzeuge wurden schwer beschädigt.

Wien und Heidelberg. Anläßlich der Uebernahme seines Amtes hat der Rektor der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Schmidthenner, an den Rektor der Universität Wien ein Begrüßungstelegramm gerichtet, das dieser mit herzlichen Worten erwiderte. Die beiden Hochschulen sind bekanntlich die ältesten Großdeutschlands.

Im Walde verirrt. Jäger fanden im sogenannten „Reichenstügelgraben" bei Altenmarkt, Salzburg, die halb verweste Leiche einer alten Frau. Die Erhebungen ergaben, daß es die Leiche der seit einigen Wochen abgängigen 86jährigen Auszüglerin Anna Schiefer aus Altenmarkt war. Anna Schiefer hat sich offenbar auf dem Wege zu Verwandten nach der Ortschaft Gasthof im Walde verirrt und ist dann an Altersschwäche gestorben.

Sonderbestimmungen für die Einfuhr von Postgut ins Sudetenland. Ab 15. d. wird Postgut zunächst ohne Nachnahme vom Reichsgebiet nach Sudetendeutschland zugelassen. Der Sendung ist eine Postgutkarte und eine Zollinhaltserklärung beizulegen und das Paket mit der Bezeichnung „Postgut" zu versehen. Im übrigen gelten die Bestimmungen für Postgut im alten Reichsgebiet.

Feine Antwort. Ein Besucher sagte spöttisch zu Voltaire: „Sie schätzen sich selbst wohl sehr hoch, Voltaire?" Voltaire nickte: „Sehr hoch, wenn ich mich mit anderen Menschen vergleiche — sehr nieder, wenn ich mich allein betrachte."

Heute „Volksblatt"-Fahrt.

Für die heutige „Volksblatt"-Fahrt, die drei Programmpunkte (Flugfeld Aspern, eine Fabriksbesichtigung, Karpfenessen) umfaßt, sind nur mehr ganz wenige Karten vor der Abfahrt 14.30 Uhr auf dem Liebenbergplatz) bei Herrn Liko erhältlich. Die Fahrt findet bei jeder Witterung statt. Die Rückfahrt erfolgt gegen 20 Uhr.

Der geniale Musiker

Von Alexander Keller.

Hughes Store, der große Komponist, hatte seine neue Symphonie beendet, auf die die ganze Musikwelt schon seit langem gespannt wartete. Man riet herum, welchem Orchester er sein neuestes Werk zur Uraufführung übergeben würde, und war nachgerade etwas enttäuscht, als bekannt wurde, der Meister habe sich entschlossen, dieses Werk zuerst durch das Oklahoma-Stadtorchester spielen zu lassen.

Am meisten erstaunt waren die Oklahoma-Leute selbst. Sie hatten zwar ein ganz gutes Orchester und etliche recht brave Musiker, aber daß sie der Gnade teilhaftig würden, dieses Werk als erste zu spielen, hätten sie sich niemals gedacht. Sie befanden sich daher in fieberhafter Aufregung, als Hughes Store in Oklahoma eintraf.

Und dann kam der große Moment: Im halb verdunkelten Theater saßen die Musiker — sehr gespannt und sehr nervös; und dann trat durch die kleine Tür er herein: Hughes Store, der große Komponist, der erste Musiker seiner Zeit!

„Ich hoffe, wir werden gut auskommen," sagte der Meister freundlich und griff nach dem Taktstock. „Ich habe viel Schönes von Ihnen gehört, und da ich meine ersten Triumphe in dieser Stadt feierte, ist es mir ein Herzensbedürfnis, mein neuestes Werk hier zuerst hören zu lassen."

Atemlose Stille herrschte. Auf den Bänken saßen, erschauernd, die berühmtesten Kunstbetrachter der Staaten, und als die ersten Akkorde durch den Raum flogen, klang es, als spielten Engel auf Himmelsharfen.

Der erste Satz, ein Allegro furioso, wurde ganz gut gespielt; am meisten wunderten sich die Oklahomer selbst. Und dann kam der zweite Satz, das Andante cantabile. Der Meister schwang den Taktstock, und an seinem Gesicht sah man, daß er in der Musik aufging. Jetzt kam eine getragene Melodie, leise, erschauernd, zitternd; und plötzlich riß ein dumpfer Paukenschlag die Stille entzwei; Hughes Store erbleichte. Aber nur für eine Sekunde. Dann überflog ein Lächeln sein Gesicht.

Als die Symphonie zu Ende war, trat der Meister zu dem Paukisten Hubert Mac Cally: „Die ganze Zeit über quälte mich der Gedanke," sagte er, „daß an dieser Stelle etwas fehle. Sie aber haben es erraten. Es war der Paukenschlag! Ich will ihn in die Partitur aufnehmen und ihn den Mac-Cally-Paukenschlag nennen."

Die Kritik raste vor Begeisterung, und der Name Mac Cally durcheilte die Staaten. Er wurde an die Metropolitain-Opera berufen und war in einem Jahr berühmter als die größten Tenoristen. Man sprach von ihm nur als von dem „genialen Musiker"!

Einem der Oklahomer ließ die Sache keine Ruhe. Mac Cally war stets ein recht mittelmäßiger Musiker gewesen, und jetzt diese Begeisterung?

„Wie," fragte er den genialen Musiker, „wie bist du eigentlich zu diesem Paukenschlag gekommen, der dich und uns berühmt gemacht hat?"

Mac Cally spuckte seinen Kaugummi im Bogen auf den Boden. „Genial?" sagte er grinsend, „mag die Sache sein. Ich weiß es nicht. Aber diese gelbe Fliege, die uns seit vier Tagen gequält hat, hat sich gerade in diesem Augenblick auf mein Kalbfell gesetzt. Und da, siehst du, da mußte ich zuschlagen..."

Erster Spatenstich zur Lehrbaustelle Ostmark.

Bedeutungsvolle Feier am Stadtrand von Baden.

Auf den „Weidmanngründen" am Stadtrand von Baden nahm gestern Landesregierungsrat Dr. Sepp Mayer in Vertretung des Gauleiters und Landeshauptmannes Dr. Jury den ersten Spatenstich zur Lehrbaustelle Ostmark der Wirtschaftsgruppe Bauindustrie vor.

Auf dem Gelände hatten die Gliederungen der Partei und ein Musikzug des Flaktregimentes 8 Aufstellung genommen. Unter den Ehrengästen befanden sich Bürgermeister Franz Schmid, Kreisleiter Dr. Perstingl, Bezirkshauptmann Wohlrab, Oberst Odebrecht mit seinem Adjutanten Oberleutnant Loh und der Leiter des Städtischen Bauamtes Baden Ing. Rappolt.

Die Errichtung einer Lehrbaustelle für die Ostmark bedeutet einen außerordentlichen Fortschritt in der beruflichen Schulung unseres Nachwuchses im Baugewerbe. Bisher war die Berufsschulung, der Eigenart dieses Berufes entsprechend, durch den ständigen Wechsel der Lehrstelle und des Arbeitsanfalles mehr oder weniger vom Zufall abhängig, wodurch allzuoft Lücken in der Ausbildung entstanden. Um diesem abzuhelfen, ist man im Altreich schon vor mehreren Jahren darangegangen, Lehrbaustellen zu errichten, wo die Lehrlinge des Baugewerbes in sechswöchigen Kursen systematisch und planmäßig ausgebildet werden. Heute gibt es im Reiche 17 solcher Lehrbaustellen, dazu kommen nun je eine in der Ostmark und eine im Gau Sudetenland. Die Lehrbaustelle Ostmark in Baden, zu der gestern der erste Spatenstich vorgenommen wurde, bietet in ihrem Heim achtzig Lehrlingen Unterkunft. Von nun ab werden alljährlich die Lehrlinge der ganzen Ostmark hier in Kursen geschult. Eine Unterbrechung des Lehrverhältnisses tritt in dieser Zeit nicht ein.

Der Leiter der Bezirksgruppe Ostmark der Bauindustrie Tazoll begrüßte die Festgäste; er dankte der Stadt Baden für die kostenlose Beistellung des Bauplatzes und der Wirtschaftsgruppe Bauindustrie, die für die Schaffung der Lehrbaustelle 200.000 Mark zur Verfügung gestellt hatte. Nachdem Landesregierungsdirektor Dr. Mayer den ersten Spatenstich getan hatte, ergriff der Leiter der Wirtschaftsgruppe Bauindustrie Generaldirektor Dr. Ing. Vögler das Wort. In seiner Ansprache gab er ein Bild des gewaltigen Aufstieges des Baugewerbes seit der Machtübernahme. Vor fünf Jahren gab es im Reich 900.000 erwerbslose Bauarbeiter bei einem Bauvolumen von 2·3 Milliarden Reichsmark; heute gibt es keine Erwerbslosen mehr bei einem Gesamtbauvolumen von 11 Milliarden Reichsmark. Damit ist aber der Höhepunkt der Entwicklung keineswegs erreicht. Vielmehr ist es Wunsch und Absicht des Bevollmächtigten, für den Vierjahresplan Generalfeldmarschall Görings eine weitere Steigerung von mehr als 15 v. H. zu erreichen.

Anschließend fand im Rathaus eine Begrüßung durch Bürgermeister Franz Schmid statt. Er dankte dafür, daß gerade die alte Kurstadt Baden zum Sitz der Lehrbaustelle für die Ostmark erwählt wurde und versprach weitere Unterstützung und Förderung. Doktor Ing. Rauscher erwiderte den Dank namens der Wirtschaftsgruppe Ostmark.

Speisekarten im Aushang.

Erst vor kurzer Zeit hat die Preisüberwachungsstelle in Wien eine Senkung der Preise in den Kaffeehäusern angeordnet. Im Interesse der Bevölkerung und auch der Fremden werden in Kürze wieder zwei Verordnungen in Kraft treten, die die Verpflegung in den Gaststätten und die Sichtbarmachung der Speisekarten betreffen.

Die Gaststätten müssen nun im allgemeinen wenigstens ein billiges Menü und zwei billige Mittag- und Abendgerichte, sowie zwei billige Beilagen führen. Eine grundlegende Regelung erfährt das Gaststättengewerbe auch durch die Verpflichtung, Speisekarten gut sichtbar zum Aushang zu bringen, damit jeder Gast schon vor dem Betreten der Gaststätte sich von der Preislage überzeugen kann. Diese Verpflichtungen werden sowohl von den Einheimischen, als auch von den fremden Besuchern Wiens und der Ostmark mit Freude und Verständnis begrüßt werden.

Eingliederung der Fuhr- und Kraftfahrunternehmen der Ostmark.

Mit 1. d. wurden die Mitglieder der Fuhrwerkerinnung, beziehungsweise der Fuhrwerkerzünfte sowie des Kraftfahrlinienverbandes und seiner Unterorganisationen in die Reichsverkehrsgruppen Fuhrgewerbe, beziehungsweise Kraftfahrgewerbe eingegliedert. Alle Unternehmungen, die in den Berufskreis einer von den erwähnten Organisationen fallen und denselben bisher aus irgendeinem Grunde nicht angehört haben, werden aufgefordert, sich bis spätestens 1. Dezember bei der Bezirksgruppe Wien der Reichsverkehrsgruppe Kraftfahrgewerbe, Wien, 8. Bez., Bennogasse 27, zu melden.

Großzügige Spende des Reichsstatthalters für Hopfgarten.

Reichsstatthalter Dr. Seyß-Inquart hat nach der telegraphischen Mitteilung des Landeshauptmannes Pawlowski über die Brandkatastrophe in Hopfgarten in Nordtirol 20.000 RM. zur Verfügung gestellt. Diese Summe wurde der Gemeinde Hopfgarten vom Landeshauptmann gestern überbracht.

Die Slowakei schiebt die Juden ab.

Säuberung am deutschen Realgymnasium in Preßburg.

Die Abschiebung von zugewanderten und staatenlosen Juden aus Preßburg und der gesamten Slowakei nimmt ihren Fortgang. Auf Einschreiten der deutschen Partei wurden in den letzten Tagen die Verhältnisse an dem deutschen Realgymnasium und an der städtischen Handelsschule in Preßburg überprüft und die Ueberfüllung der Schulklassen mit jüdischen Schülern beseitigt.

An der Preßburger Universität kam es bei der Eröffnung des Wintersemesters der medizinischen Fakultät zu Demonstrationen der Lehrer gegen die noch jüdischen Professoren. Die slowakische Universitätsjugend lehnt es auch ab, mit den jüdischen Studenten zusammenzuarbeiten und verhinderte es am Montag, daß die jüdischen Hörer das Universitätsgebäude betraten.

Todesfälle.

Der Funktionärverein der Wiener Städtischen Straßenbahnen teilt mit, daß Verkehrsinspektor i. P. Josef Watzel gestorben ist. Das Begräbnis findet morgen Donnerstag um 15 Uhr in Groß-Enzersdorf von der Kasernengasse 172 aus statt.

Donnerstag, 10. November, Andreas. — 1759: Friedrich v. Schiller geboren.

An der Bahre eines neuen Blutzeugen.

An dem Tag, an dem das deutsche Volk die Erinnerung an die Helden vom 9. November 1923 beging, hat in Paris ein neuer Blutzeuge sein Leben für Deutschland ausgehaucht: Gesandtschaftsrat vom Rath, den die Revolverschüsse eines jüdischen Mordbuben niedergestreckt haben, ist seinen Verletzungen erlegen. Die Anteilnahme, mit der in allen deutschen Gauen die besorgniserregenden Berichte vom Schmerzenslager des jungen Diplomaten verfolgt wurden, hat sich in tiefe Trauer gewandelt.

Ernst vom Rath wurde am 3. Juni 1909 in Frankfurt am Main geboren und trat nach Vollendung seiner Studien in den preußischen Justizdienst, dem er als Referendar angehörte. Durch seine reiche Begabung zog er die Aufmerksamkeit auf sich. 1934 wurde er als Anwärter für den höheren diplomatischen Dienst in das Auswärtige Amt berufen. Nachdem er eine Zeitlang in der Zentrale beschäftigt worden war und den diplomatischen Dienst in allen seinen Zweigen kennengelernt hatte, wurde er nacheinander bei der Gesandtschaft in Budapest, der Botschaft in Paris und dem Generalkonsulat in Kalkutta verwendet. Heuer im August wurde er neuerdings der Botschaft in Paris zugeteilt und bald darauf zum Legationssekretär befördert. Auf dem Sterbebett hat ihn der Führer zum Gesandtschaftsrat Erster Klasse ernannt. Diese hohe Auszeichnung durch den Führer, an dem er nicht bloß als pflichtgetreuer Beamter, sondern auch als begeisterter Parteigenosse mit Liebe und Verehrung hing, mag ihm die letzten Stunden seines kurzen Lebens verklärt haben.

Ernst vom Rath mußte sterben, weil sich alttestamentarischer Haß wenigstens an einem Opfer Befriedigung und Rache holen wollte. Deutschland war gemeint und ihn hat es getroffen. Das Reich konnte der blutdürstige Mordbube nicht erreichen, so hat er seinen Vernichtungswillen blindwütend an irgend einem Deutschen ausgetobt. Aus dieser teuflischen Tat spricht die hemmungslose Wut einer Rasse, die sich in einem Herzstück Europas ausgeschaltet sieht und in Deutschland einen Tummelplatz für ihren bedenklichen Geschäftsgeist und ihre Herrsucht verloren hat. Man kann es verstehen, daß die Juden Gift und Galle speien, weil das deutsche Volk nicht mehr gewillt ist, sich von Parasiten ausplündern zu lassen. Naheliegend, daß das Judentum alles daransetzt, um die einstigen Positionen zurückzuerobern. Als die europäische Krise vor Monatsfrist ihren Höhepunkt erreichte, da glaubte das internationale Judentum Morgenluft zu wittern. Es wollte die Welt in eine allgemeine Katastrophe hineinhetzen, aus der die Söhne Israels als alleinige Sieger hervorzugehen hofften. Sollten, da diese Pläne in München zuschanden wurden, die Schüsse in Paris das Werk der Hetze fortsetzen und eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auslösen? Wie dem immer sei: das deutsche Volk wird aus dem tragischen Ereignis auf seine Weise die Konsequenzen ziehen, im Innern durch Geschlossenheit und harten Willen den jüdischen Einfluß noch mehr zurückdrängen und nach Außen sich den Frieden gegen alle heimtückischen Treibereien durch die Stärke seiner wohlgerüsteten Wehrmacht zu wahren wissen.

Mit gesenkten Fahnen steht Deutschland an der Bahre des jungen Gesandtschaftsrates. Er hat Blut und Leben für das Reich und das Volk gegeben. Er wird ebensowenig umsonst gestorben sein wie die sechzehn von der Feldherrnhalle oder die anderen Blutzeugen des neuen Großdeutschland. —r.

Gesandtschaftsrat vom Rath gestorben.

Der deutsche Gesandtschaftsrat vom Rath ist gestern nachmittag 16.30 Uhr (französischer Zeit) an den Folgen des gegen ihn verübten Attentats des Juden Grünspan gestorben.

Die letzten Stunden.

Die behandelnden deutschen Aerzte Doktor Magnus und Dr. Brandt haben über die letzten Stunden im Leben des den Folgen des durch den Juden Grünspan gegen ihn verübten Attentats erlegenen Gesandtschaftsrates Erster Klasse Parteigenossen vom Rath folgendes Bulletin ausgegeben:

„Gesandtschaftsrat Erster Klasse Pg. vom Rath ist seinen am 7. November erlittenen Schußverletzungen erlegen.

Im Laufe des Vormittags trat bei Gesandtschaftsrat Erster Klasse vom Rath eine weitere Verschlechterung seines Zustandes ein.

Eine nochmalige Blutübertragung hatte nur vorübergehende Wirkung.

Der Kreislauf reagierte auf Herzmittel ungenügend. Das Wundfieber blieb hoch. Gegen Mittag zeigte sich entscheidend der Einfluß der Magenverletzungen in Verbindung mit dem Milzverlust. Der Kräfteverfall ließ sich nicht aufhalten, so daß um 16.30 Uhr der Tod eintrat.

Der französische Chirurg Dr. Baumgartner hat nach kunstgerechter Operation auch die weitere Wundbehandlung selbst sorgfältig durchgeführt. Die Klinik d'Alma stellte ihren guten Einrichtungen zur Verfügung; das Pflegepersonal hatte sich aufopfernd eingesetzt. Der trotzdem erfolgte Tod des Gesandtschaftsrates Erster Klasse vom Rath ist allein durch die Schwere der Schußverletzungen verursacht."

Das Beileid des Führers.

Der Führer hat an die Eltern des Gesandtschaftsrates I. Klasse vom Rath folgendes Beileidstelegramm gesandt:

„Herrn und Frau vom Rath, z. Zt. Paris. Nehmen Sie zu dem schmerzlichen Verlust, der Sie durch den feigen Meuchelmord an Ihrem Sohn getroffen hat, meine aufrichtigste Teilnahme entgegen. Adolf Hitler."

Anteilnahme der französischen Regierung.

Der französische Geschäftsträger Graf de Montbas sprach am Mittwoch beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Weizsäcker, vor, um im Namen der französischen Regierung, des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Außenministers das Beileid aus Anlaß des Hinscheidens des Gesandtschaftsrates Ernst vom Rath auszusprechen.

Aufbahrung in der deutschen Botschaft.

Der Tod des Gesandtschaftsrates vom Rath hat in der deutschen Kolonie in Paris, die in ihm einen treuen Kameraden verliert, tiefste Anteilnahme ausgelöst. Die Kolonie hat sich gestern abend zu einer Trauerfeier im Hause der deutschen Gesandtschaft versammelt. Die sterbliche Hülle des Gesandtschaftsrates vom Rath wurde inzwischen vom Krankenhaus in die deutsche Botschaft übergeführt und dort aufgebahrt. Mitglieder der Botschaft und der Partei halten die Ehrenwache, die als erste Botschaftsrat Dr. Bräuer und Landesgruppenleiter Gesandtschaftsrat Dr. Ehrich übernahmen.

Der Zustand Atatürks sehr ernst.

Gestern wurde in Ankara ein amtlicher Bericht über das Befinden des Staatspräsidenten Atatürk ausgegeben, in dem es heißt, die Krankheit habe sich nach normalem Verlauf plötzlich verschlimmert und sehr ernsten Charakter angenommen.

Nur eine Partei in der Slowakei.

Der angekündigte Zusammenschluß aller politischen Parteien der Slowakei ist gestern verwirklicht worden. Am Dienstag abend wurden die Beratungen der Vertreter der Hlinka-Partei, der Republikanischen Partei und der Gewerbepartei, der Partei der Nationalen Vereinigung und die Beratungen mit den übrigen Parteien beendet. Die Vertreter der Parteien unterzeichneten eine Kundgebung, in der sie der slowakischen Nation den Zusammenschluß zur Slowakischen Volkspartei Hlinkas als der Partei der slowakischen nationalen Einheit bekanntgaben.

Umbau der Benesch-Partei.

Auf einer Tagung der Amtswalter der tschechischen Volkssozialen Partei in Prag wurde beschlossen, die Partei als politische Partei aufzulösen und sie als „Bewegung der nationalen Zusammenarbeit und Erneuerung" zu organisieren. In einem Aufruf wird betont, daß die neue Bewegung bereit sei, mit jedem zusammenzuarbeiten, der das Volk in eine neue Zukunft führen wolle. Auch auf dem Gebiete der Außenpolitik sei die neue Bewegung für eine Zusammenarbeit mit den Nachbarn auf der Grundlage der Ehrlichkeit und Loyalität.

Hauptschriftleiter: Hanns H. Amann.
Chef vom Dienst: Hermann Mailler. Innen- und Außenpolitik: Hermann Wolf. Lokaler Teil: Richard Quapil. Theater, Kunst, Film und Bilderdienst: Dr. Roman Herle. Sport und Gericht: Richard Kandler. Wirtschaft, Unterhaltung und Schrifttum: Franz Stamprech. Anzeigenteil: Erich Schinagl.
D. A.-X. 1938: An Wochentagen 68.700; an Sonntagen 92.100. Z. Z. Preisliste Nr. 2 gültig.
Verlag und Druck: „Albrecht Dürer", Gesellschaft m. b. H. Sämtliche: Wien, 8. Bez., Strozzigasse 8.

Dankbarkeit erfüllt gegenüber dem Führer und seinem Aufbauwerk, gegenüber den Blutzeugen der Bewegung, die ihr Leben zum Opfer brachten, damit das stolze Reich Wirklichkeit werde, unter dessen Fahne sie in die Welt hinausgefahren sind.

Nächtliche Feierstunde Am Hof.

Die Vereidigung der SS-Bewerber.

Während der Führer gestern um Mitternacht vor der Feldherrnhalle in München die Vereidigung der Rekruten der SS-Verfügungstruppe und der SS-Totenkopfverbände vornahm, versammelten sich — wie alljährlich am 9. November — in den Städten Deutschlands die Bewerber der allgemeinen SS, um gleichfalls ihren Eid auf den Führer zu leisten. Zum erstenmal wurde auch in Wien diese Vereidigung der SS-Bewerber durchgeführt.

Die 3000 Mann,

die um Mitternacht den Eid auf den Führer ablegten, fanden sich zusammen mit den übrigen Männern der SS auf dem Heldenplatz ein, von wo sie um 22.30 Uhr gemeinsam abmarschierten. Am Hof vor dem Gebäude der Wiener Gauleitung nahmen die SS-Formationen Aufstellung. Der Platz, auf dem die Vereidigung erfolgte, wurde durch politische Leiter abgesperrt. Je eine Hundertschaft der SS-Verfügungstruppe „Der Führer" und der Polizei wohnten als Ehrenabordnung der Vereidigung bei.

Um 23.30 Uhr, kurz vor dem Beginn der Vereidigung in München, wurden dem Standortsführer SS-Oberführer Kammerhofer die angetretenen Männer gemeldet. Durch Rundfunk wurde die Zahl sodann dem Obergruppenführer SS Heißmeyer nach München übermittelt, der wieder dem Reichsführer SS Himmler die angetretenen Männer aus dem ganzen Reich meldete. Um Punkt 24 Uhr erschien der Führer vor der Feldherrnhalle in München.

Der Rundfunk übertrug nun den weiteren Verlauf der Vereidigung. Reichsführer SS Himmler erstattete die Meldung über die gesamte angetretene SS. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt der Führer die Front in München ab, dann setzten die feierlichen Klänge des Liedes „Wir treten zu beten" ein. Nun folgte die Ansprache des Führers und die Vereidigung.

Es war ein erhebender Augenblick, als der Führer die Vereidigungsformel vorsprach und die angetretenen Männer der SS auf dem weiten Platz Am Hof die Formel ernst und feierlich nachsprachen. Mit dem gemeinsamen Lied „Wenn alle untreu werden" war die Vereidigung zu Ende.

Gedenkfeiern in den Kreisen Wiens.

Alle Kreise des Gaues Groß-Wien veranstalteten gestern einheitlich um 20 Uhr ihre Gedenkfeiern für die Toten des 9. November 1923. In machtvollen Aufmärschen und eindrucksvollen Kundgebungen ließen sie noch einmal das blutige Geschehen vor der Feldherrnhalle in München, das den besten Söhnen des deutschen Volkes vor 15 Jahren Blut und Leben kostete, im abendlichen Wien im Geiste erstehen.

Der Kreis I, dessen Totenfeier auf dem Michaelerplatz abgehalten wurde, vereinigte 4500 Männer der Bewegung, die von SA.-Sturmbannführer Kopetzky dem Kreisleiter gemeldet werden konnten. Ein prachtvolles Bild bot sich den Teilnehmern dar. Vor dem festlich geschmückten Burgtor auf dem Michaelerplatz, das für den Verkehr gesperrt war, standen drei schwarze Pylonen, auf deren Höhe Opferflammen brannten. Eine mächtige Rednertribüne, in den Farben der Bewegung gehalten, wuchs aus einer Gruppe Blattpflanzen heraus. Im Bogen herum hatten die Fahnenabordnungen und Fackelträger Aufstellung genommen. Auf dem Platz standen in Reih und Glied die Formationen. Ein Spalier der SA. sperrte den Feierraum gegen die andrängende Zuschauerschar ab. Große Strahler warfen ihre Lichtbündel gegen die Front der Burg.

Nachdem der Kreismusikzug eine Marschweise gespielt hatte, ertönte die Kommandostimme des SA.-Sturmbannführers Kopetzky, die Fahnen senkten sich, die Scheinwerfer dunkelten ab. Und nun folgte die Verlesung jener 16 Namen, die am 9. November vor 15 Jahren in das Heldenbuch der deutschen Geschichte eingingen. Langsam intonierte der Musikzug das Lied vom „Guten Kameraden". Anschließend wurden die Namen der Blutzeugen der Bewegung in der Ostmark verlesen. Es waren weihevolle Minuten.

Die Gedenkrede hielt Kreisleiter Doktor Scholz, der den Opfergedanken in der Bewegung in den Vordergrund rückte. Nach seinen gehaltvollen Worten, die in ein dreifaches „Sieg-Heil" für den Führer ausklangen, wurde die Feier mit den beiden Staatshymnen geschlossen.

Die Teilung Palästinas aufgegeben.

Das Weißbuch, das die englische Regierung über das Palästinaproblem gestern veröffentlicht hat, bringt die erwartete Ankündigung, daß die Regierung den Teilungsplan für Palästina aufgegeben hat und daß sie jetzt versuchen will, selbst eine Verständigung zwischen Arabern und Juden herbeizuführen, und zwar auf einer Konferenz in London zwischen Arabern, Juden und Vertretern der benachbarten Staaten.

Ausschreitungen an der Masaryk-Universität in Brünn.

An der Brünner Masaryk-Universität, deren Studentenschaft bekanntlich bisher größtenteils links gerichtet war, kam es am Dienstag bei der Aufnahme der Vorlesungen zu Auseinandersetzungen zwischen nationalen und linksgerichteten tschechischen Studenten. Als dabei in einem Hörsaal eine Masaryk-Büste beschädigt wurde, ließen die linksgerichteten Studenten die Polizei rufen, die in die Universität eindrang und alle Studenten aufforderte, das Gebäude zu verlassen. Vor der Universität bildeten sich größere Gruppen, welche die Vorfälle erregt besprachen.

Vor der Einführung der Arbeitsbücher in der Ostmark

Mit der Verordnung vom 20. Mai wurden die reichsrechtlichen Vorschriften über die Einführung des Arbeitsbuches auf die Ostmark ausgedehnt. In der nächsten Zeit soll mit der Ausfertigung der Arbeitsbücher begonnen werden. Um die Führung der Arbeitsbücher schon von der Ausfertigung an sicherzustellen, hat das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit eine Zusammenarbeit zwischen den Krankenkassen und den Arbeitsämtern in der Art angeordnet, daß die bei den Krankenversicherungsträgern zu erstattenden Meldungen mit den Anzeigen von Eintragungen im Arbeitsbuch verbunden werden. Diese Verbindung erfolgt in der Weise, daß von jeder An- und Abmeldung im Durchschreibverfahren eine Gleichschrift der Meldung hergestellt wird, die vom Betriebsführer gleichzeitig mit der für die Krankenkasse bestimmten Meldung an die zuständige Krankenkasse, Versicherungsanstalt, einzusenden ist. Die für die Meldungen neu aufgelegten Formblätter sind ab 15. November 1938 zu verwenden.

Pick und Zwick.

Frau Zwick: „Was, bei 15 Grad ober Null gengan Sö aufs Eis?"

Herr Pick: Na; i wir warten, bis 's — rutschich is!"

Der Haupttreffer wartet auf Sie!

Ihre Glückslose kaufen Sie bei der

GLÜCKSTELLE vorm. STEIN
INHABER Z. MIHALOVITS
Wien I. Wipplingerstr. 21 an der „Hohen Brücke"
FILIALEN: I., Kärntnerstraße 34 — II., Taborstraße 20
VI., Mariahilferstr. 85 — X., Favoritenstr. 101

Ziehung nächsten Dienstag!

Spontane Demonstrationen gegen die Juden.

In den Nachmittagsstunden des Mittwoch ist es in Dessau zu spontanen Demonstrationen gegen die Juden gekommen. Die Dessauer Bevölkerung machte ihrem Abscheu der feigen Mordtat in Paris gegenüber Luft. Die Polizei wurde zum Schutze der Juden eingesetzt. Trotz ihrer hellen Empörung hielten sich die Massen so weit zurück, daß es zu keinen ernsthaften Ausschreitungen kam.

Streik als Abwehr gegen jüdische Ramschgeschäfte in der Schweiz.

In verschiedenen Städten der Schweiz ist eine lebhafte Abwehrbewegung des gewerblichen Mittelstandes gegen die vorwiegend mit jüdischem Kapital arbeitenden Großbetriebe im Gange. In Vevey, wo der Einzelhandel sich besonders lebhaft, aber bisher erfolglos, über die Konkurrenz der hauptsächlich jüdischen Ramschgeschäfte beklagt hat, hat man zu dem in der Schweiz ungewöhnlichen Mittel des Verkäuferstreiks gegriffen. Am Donnerstag nachmittag, der von der Bevölkerung mit Vorliebe zu Einkäufen aller Art benützt wird, sollen sämtliche Geschäfte geschlossen bleiben. Es handelt sich nach Erklären der Beteiligten um eine Kraftprobe, die auf die Bundesbehörden Eindruck machen soll.

6 Reichspfennig

Postbezugsgebühr für die Ostmark RM. 1·70

Das Kleine Volksblatt

Ab Sonntag neuer Roman

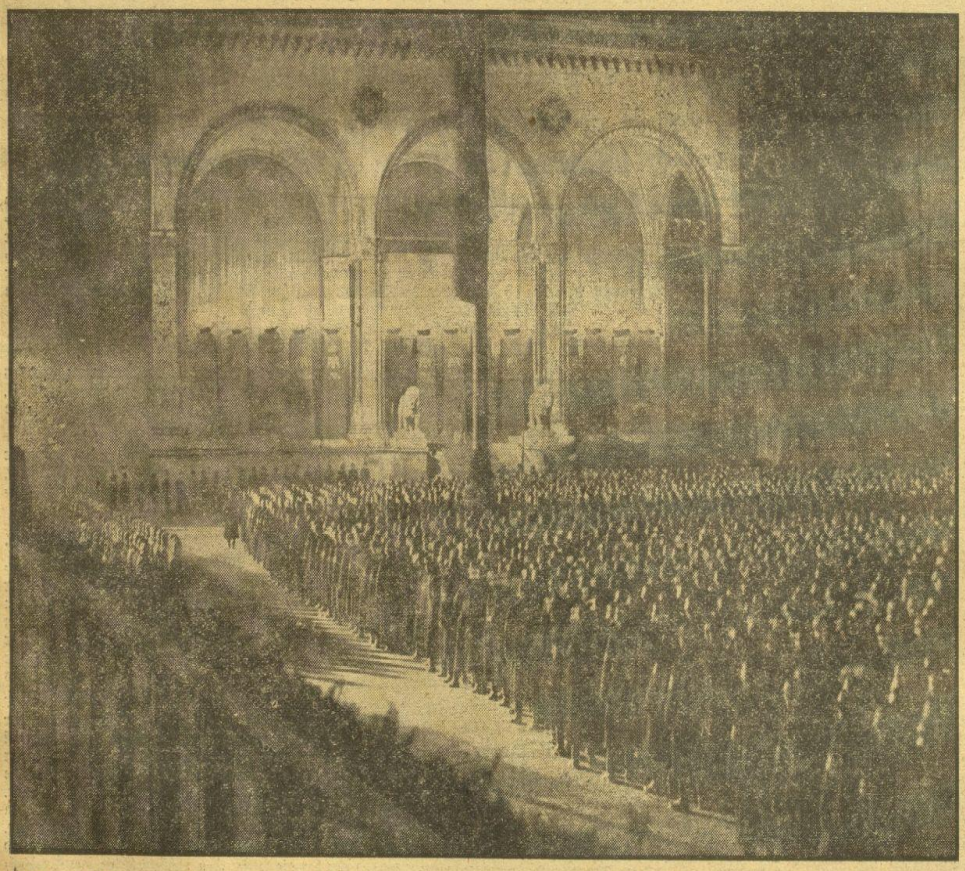
Nr. 311 Schriftleitung und Verwaltung: 8., Strozzigasse 8, A 23-5-45 Serie Wien, Freitag, 11. November Anzeigenannahme: 1., Schulerstr. 11, 1., Wollzeile 16, R 29-5-50, u. 8., Strozzigasse 8, A 23-5-45 1938

Dr. Goebbels kündigt an:

Durchgreifende Gesetzesmaßnahmen als Antwort an das Judentum.

Der türkische Staatspräsident Atatürk gestorben. — Blutiges Gefecht zwischen Arabern und englischen Soldaten in Palästina. — Der Aufbau der Rentnerorganisation in der Ostmark.

Vollständige Ausgrabung Carnuntums auf Wunsch des Führers.



Um Mitternacht vor der Feldherrnhalle. Den Abschluß der Feierlichkeiten des 9. November bildete um Mitternacht die Vereidigung der SS-Anwärter durch Reichsführer SS Himmler. Nach der Eidesleistung sprach der Führer zu den Neuvereidigten. Bild: Weltbild.

Freitag, 11. November, Martin. — 1918: Waffenstillstandsverhandlungen durch Erzberger.

Das Maß ist voll.

Durch die tiefe Trauer, die das Hinscheiden des Gesandtschaftsrates Ernst vom Rath in allen deutschen Gauen ausgelöst hat, grollt die Empörung über die ruchlose Mordtat. Der jüdische Revolverheld hat selbst angegeben, daß die Schüsse, mit denen er den ihm völlig Unbekannten niederstreckte, eigentlich dem deutschen Volk gegolten hätten und das Schicksal der Juden im Reich rächen sollten. Der Anschlag in der deutschen Botschaft in Paris ist eine beispiellose Herausforderung des deutschen Volkes, die nicht ohne die gebührende Antwort bleiben kann.

Es gibt einen Punkt, an dem sich auch die längste Geduld erschöpft. Jahrzehntelang hat das deutsche Volk sich vom skrupellosen jüdischen Händlergeist ausplündern und aussaugen lassen. Zähneknirschend sah es zu, wie sich jüdische Kriegsgewinner an der großen Tragödie des Völkerringens bereicherten und jüdische Schieber in der Nachkriegszeit die allgemeine Not für sich zu Gold münzten. Jüdische Politiker und Journalisten wirkten wie die Spaltpilze und ließen das Volk in Klassen und Parteien zerfallen, so daß es sich seiner Kraft nicht besinnen konnte. Jüdische Auch-Künstler entnervten Moral und Sittlichkeit und jüdische Juristen untergruben den Glauben an das Recht. Als sich das deutsche Volk endlich ermannte und dem Spuk ein Ende bereitete, ging es dabei mit einer Milde vor, die in den Sünden der Juden keine Begründung findet. Auch weiterhin wurden tausende Angehörige der jüdischen Rasse im Reich geduldet und konnten, wenn auch nicht mehr in der einstigen Schrankenlosigkeit, ihren Geschäften nachgehen.

Die deutsche Langmut wurde schlecht bedankt. Immer wieder versuchte das Weltjudentum, das Reich durch Boykott wirtschaftlich zu treffen und als Frucht einer systematischen Hetze mit den Schrecken eines Krieges zu überziehen. Aber auch in Deutschland fanden die Juden nach der ersten Verschüchterung bald wieder zu ihrer angeborenen Frechheit zurück. Ihre unverschämte Haltung während der jüngsten europäischen Krise ist noch nicht vergessen. Nachforschungen, die in Berlin und Wien in den letzten Tagen durchgeführt wurden, förderten aus jüdischem Besitz ansehnliche Mengen geheimer Waffen und nicht angemeldeter Devisen zutage, an denen man erkennen konnte, mit welcher Kühnheit ihre Besitzer über die deutschen Gesetze hinweggehen. Der Mord an dem deutschen Diplomaten ist das letzte Glied in dieser Kette.

Das deutsche Volk hat es nunmehr satt, seinen Lebensraum mit jüdischen Parasiten zu teilen. Eine endgültige Lösung der Judenfrage wird und muß die Folgerung aus der Stimmung sein, die alle Deutschen beherrscht. Reichsminister Dr. Goebbels kündigt in einem Aufruf, in dem er trotz der begreiflichen Empörung zur gewohnten Disziplin mahnt, eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen an, die mit nationalsozialistischer Gründlichkeit die notwendigen Regelungen treffen werden. Das neue Deutschland hat schon viel schwierigere Probleme gelöst; es wird sich auch vor jüdischer Frechheit zu schützen und von der Judenplage zu befreien wissen. Dessen darf man so sicher sein, daß man unseren Juden gar keinen besseren Rat geben kann, als den zu erwartenden Maßnahmen durch eine rasche Abreise vorzugreifen.

Es ist leicht vorauszusehen, daß die Juden wieder ihr hysterisches Wehgeschrei erheben werden. Ueber einen Mangel an deutscher Geduld können sie sich aber wahrlich nicht beklagen. Wenn ihnen etwas nicht paßt, dann sollen sie sich bei ihren Rassegenossen, die nicht müde wurden, zu hetzen und herauszufordern, nicht zuletzt aber bei dem Mordbuben Grünspan bedanken, dessen Tat das Maß voll gemacht hat. —r.

Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat folgt!

Auf dem Wege der Gesetzgebung, bzw. der Verordnung. — Einstellung aller weiteren Demonstrationen gegen das Judentum.

Ein Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels.

Reichsminister Dr. Goebbels gibt bekannt:

Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen.

Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung, bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden.

Trauerfeier für Gesandtschaftsrat vom Rath.

Aufbahrung der Leiche in der deutschen Botschaft von Paris.

Anläßlich der Gedenkfeier der deutschen Kolonie für die Gefallenen der Feldherrnhalle fand in dem würdig ausgeschmückten Großen Saal der deutschen Gemeinschaft in Paris eine Trauerfeier für den verstorbenen Gesandtschaftsrat vom Rath statt. Der deutsche Botschafter Graf Welczek und Landesgruppenleiter Dr. Ehrich gedachten in bewegten Worten des von ruchloser jüdischer Hand Ermordeten. Die deutsche Kolonie ehrte sein Gedächtnis durch Erheben von den Sitzen.

Anschließend begab sich die deutsche Kolonie zur Klinik d'Alma, um der sterblichen Hülle des Gesandtschaftsrates vom Rath das Geleit zur Botschaft zu geben. Es waren viele Hunderte, die sich in tiefem Schweigen vor der Klinik versammelten. Als der mit der Hakenkreuzdienstflagge bedeckte Sarg aus dem großen Portal des Krankenhauses herausgetragen wurde, entboten die Mitglieder der reichsdeutschen Kolonie dem toten Kameraden den Deutschen Gruß, während die zahlreichen französischen Polizeibeamten die Hände grüßend an ihre Mützen legten. Hinter dem Leichenwagen folgten der Botschafter des Deutschen Reiches, Graf von Welczek, der Landesgruppenleiter Gesandtschaftsrat Doktor Ehrich, das Personal der Botschaft und in langem Trauerzuge die deutschen Volksgenossen.

Es war ein erschütterndes Bild, als der Trauerzug sich durch die nächtlich stillen Straßen von Paris zur deutschen Botschaft bewegte, wo der Sarg in einem zu einer Kapelle ausgestalteten Saal aufgebahrt wurde. An der Bahre des Toten, die von vielen Kränzen umgeben ist, halten abwechselnd Mitglieder der deutschen Botschaft und der deutschen Kolonie die Totenwache.

Die offizielle Trauerfeier

wird unter Teilnahme der Regierung und des diplomatischen Korps am Sonnabend, 12. d., um 12 Uhr, in der deutschen evangelischen Kirche in Paris stattfinden.

Von der Kirche aus wird dann der Sarg mit kleinem Trauergeleit zum Bahnhof befördert, von wo er nach Deutschland übergeführt wird.

Die zweite Kugel bewirkte den Tod.

Vor den Trauerfeierlichkeiten und der Ueberführung in die deutsche Botschaft hatte der französische Gerichtsarzt Dr. Paul im Beisein der vom Führer nach Paris entsandten deutschen Aerzte Prof. Magnus und Doktor Brandt am Mittwoch abend die Autopsie der Leiche des ermordeten Gesandtschaftsrates vom Rath in der Klinik d'Alma vorgenommen.

Beim Verlassen der Klinik erklärte der Gerichtsarzt: „Herr vom Rath ist von zwei Revolverkugeln des Kalibers 6.5 Millimeter getroffen worden. Die erste Kugel ist in die Brust an der rechten Schulter eingedrungen. Diese Verletzung hat den Tod des deutschen Gesandtschaftsrates nicht hervorrufen können. Die zweite Kugel ist in die linke Weiche und hat die Milz, den Brustkorb, die Bauchspeicheldrüse und das Zwerchfell durchschlagen. Diese Verletzung war es, die den Tod hervorgerufen hat.

Hauptschriftleiter: Hanns H. Amann.
Chef vom Dienst: Hermann Mailler. Innen- und Außenpolitik: Hermann Wolf. Lokaler Teil: Richard Quarsil. Theater, Kunst, Film und Bilderdienst: Dr. Roman Herle. Sport und Gericht: Richard Kandler. Wirtschaft, Unterhaltung und Schriftleitung: Franz Stamprech. Anzeigenteil: Erich Schinagl.
D. A.-X. 1938: Am Wochentagen 68.700; an Sonntagen 92.100. Z. Z. Preisliste Nr. 2 gültig.
Verlag und Druck: Albrecht Dürer Gesellschaft m. b. H. Sämtliche: Wien, 8. Bez., Strozzigasse 8.

6 Reichspfennig

Postbezugsgebühr für die Ostmark RM. 1·70

Das Kleine Volksblatt

Ab morgen neuer Roman

Nr. 312 Schriftleitung und Verwaltung: 8., Strozzigasse 8, A 23-5-45 Serie Wien, Samstag, 12. November Anzeigenannahme: 1., Schulerstr. 11, 1., Wollzeile 16, R 29-5-50, u. 8., Strozzig. 8, A 23-5-45 1938

Dr. Goebbels Abrechnung mit den Greuelmärchen.

Der Nachfolger Kemal Atatürks bereits gewählt. — Feierlicher Einzug des Reichsverwesers von Horthy im befreiten Kaschau. — Strenge Strafen für ertappte Devisenschieber.

Auch im Oktober günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Das Weltjudentum stand hinter ihm. Immer deutlicher zeigt sich, daß das ganze Judentum für die ruchlose Mordtat Grünspans mitverantwortlich ist. Zeichnung: Karl Langer.

Samstag, 12. November, Kunibert. — 1755: General v. Scharnhorst geboren.

Entlastungsoffensive für den Mörder.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß der jüdische Mordbube Grünspan nicht auf eigene Faust gehandelt hat, würde ihn jetzt die offenbar gut vorbereitete Offensive liefern, mit der das Weltjudentum zur Entlastung des Revolverhelden eingesetzt hat. In der sogenannten demokratischen Presse, hinter deren freiheitlicher Maske sich eine gutbekannte Fratze verbirgt, wird systematisch zusammengetragen, was nur irgendwie zur Entschuldigung der ruchlosen Tat dienen könnte. Unter dem ersten Eindruck des Verbrechens begnügte man sich mit einem Appell an die Tränendrüsen, um durch den Schleier verlogener Zähren die abstoßenden Züge des Mörders sympathischer erscheinen zu lassen. Nunmehr geht man aber dazu über, die alte Kiste mit den Greuelmärchen auszupacken. Es war unschwer vorauszusagen, daß die angebahnte endgültige Lösung der Judenfrage, die als gebührende Antwort auf die unerhörte Herausforderung des deutschen Volkes folgen muß, ein lautes Wehgeschrei auslösen werde. Was aber nun tatsächlich an Lügen, Verdrehungen und Uebertreibungen den erstaunlich geduldigen Lesern vorgesetzt wird, übersteigt selbst die schlimmsten Erwartungen. Wenn die Erzählungen dieser Gerüchterstatter auch nur zur Hälfte wahr wären, dann müßte man in den Straßen der deutschen Städte bis zu den Knöcheln in Judenblut waten. Dieses Treiben ist so arg, daß sich Reichsminister Dr. Goebbels gezwungen sah, ihm sowohl in einer Erklärung vor den Vertretern der Auslandspresse, als auch in einem eigenen Artikel, energisch entgegenzutreten.

Das Weltjudentum findet willige Schützenhilfe bei jenen gewissen englischen Politikern, deren gouvernantenhafte Einmischung in deutsche Angelegenheiten der Führer bereits wiederholt rügen mußte. Sie können jedoch davon nicht ablassen und wollen nach der Meldung eines Pariser Blattes, das ihnen gesinnungsmäßig sehr nahesteht, eine Debatte im Unterhaus erzwingen, um ihre Kraftsprüchlein gegen das Reich neuerdings anbringen zu können. Wenn sich das englische Parlament mit der Judenfrage zu beschäftigen wünscht, dann hätte es dazu einen Anlaß, der ihm weitaus näher liegen müßte als die Vorgänge im Deutschen Reich: die Palästinafrage, mit der England unseres Erachtens noch nicht fertig geworden ist. Warum spricht man im englischen Unterhaus nicht über die Zahl der Toten, die bereits die Kämpfe im Heiligen Land gefordert haben? Warum beschäftigt man sich nicht mit den Hinrichtungen und den Todesurteilen, die förmlich am laufenden Band gefällt werden? Und wie ist es mit der Sprengung von Häusern und der strafweisen Entvölkerung ganzer Ortschaften? Findet niemand im englischen Unterhaus die Frage interessant, warum sich die Araber so heldenmütig wehren und ob ihnen nicht vielleicht bitter unrecht geschähe? All dies sind Angelegenheiten, für die in erster Linie England zuständig ist. Wenn englische Parlamentarier, die den Balken im eigenen Auge nicht sehen wollen, statt dessen glauben, die Haltung des deutschen Volkes in der Judenfrage kritisieren und der Reichsregierung unerbetene Ratschläge und schulmeisterische Zensuren erteilen zu müssen, dann könnte nach dem alten Grundsatz: „Gleiches Recht für alle", auch der deutsche Reichstag eines Tages zusammentreten, um die Greuel in Palästina zu besprechen, wobei es sich keineswegs auf durchsichtige Tendenzlügen stützen müßte, sondern auf amtliche englische Quellen berufen könnte. Was würden die englischen Presse und die streitbaren Unterhausmitglieder zu einem solchen Plan sagen?

Wenn man an Palästina denkt, dann kann man die englischen Hilfstruppen des Weltjudentums nur an das Sprichwort erinnern, daß nicht mit Steinen werfen soll, wer in einem Glashaus sitzt. Von der bewährten Regel, zunächst vor der eigenen Tür zu kehren, sollte man sich in London auch einem hebräischen Mörder zuliebe nicht abbringen lassen.

—r.

Legal, aber hart wird die Antwort sein.

Die Gründe für den Mord an Gesandtschaftsrat vom Rath. — Greuelmärchen ohne Zahl in der deutschfeindlichen Auslandspresse.

Dr. Goebbels über den Fall Grünspan.

Der „Völkische Beobachter" veröffentlicht heute einen Artikel von Reichsminister Doktor Goebbels, in dem es u. a. heißt:

Seit Wochen und Monaten wird in den großen jüdischen Weltblättern gegen Deutschland als Nation zum Kriege und gegen einzelne prominente Vertreter des nationalsozialistischen Deutschland zum Morde gehetzt. Besonders hervorgetan haben sich dabei die Juden Georg Bernhard und Emil Ludwig Cohn. In diesen Kreisen sind deshalb auch zweifellos die geistigen Inspirationen des Attentats in Paris zu suchen.

Es sind dieselben Kreise, die jetzt für den Mörder in der ganzen Welt eine nie dagewesene Stimmungspropaganda entfalten.

Die Gründe für den Mord liegen auf der Hand. Das Weltjudentum hat nach der fieberhaften Kriegshetze in den Sommermonaten dieses Jahres eine furchtbare Schlappe erlitten. Es hatte die Hoffnung gehegt, durch einen durch infame Hetze hervorgerufenen Weltkrieg Deutschland in die Knie zwingen und das verhaßte Naziregime zum Sturz bringen zu können. Nachdem in München dieser Plan zum Scheitern gebracht worden ist, wollten sie nun durch eine drastische und frivole Aktion die Friedensbemühungen zwischen den Großmächten Europas aufhalten und eine neue Hetze gegen Deutschland in Szene setzen. Der Mord an dem Gesandtschaftsrat vom Rath sollte ein Signal sein für die gesamte Judenschaft im Kampf gegen Deutschland.

Es liegt am Verhalten der Juden in Deutschland und vor allem am Verhalten der Juden in der Welt, welche Stellung die deutschen Juden im öffentlichen, im privaten und im geschäftlichen Leben einnehmen. Jedenfalls ist sein für die gesamte Judenheit im Kampf selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und

Ruhe und Ordnung in dieser Frage

wird am besten dadurch gewährleistet, daß man sie einer den Wünschen und Bedürfnissen des deutschen Volkes entsprechenden Lösung entgegenführt.

Das deutschfeindliche Ausland aber täte gut daran, dieses Problem und seine Lösung den Deutschen selbst zu überlassen. So weit es das Bedürfnis hat, für die deutschen Juden einzutreten und sich ihrer anzunehmen, stehen sie ihm in beliebiger Anzahl zur Verfügung.

Es bedarf keiner Betonung, daß die Reaktionen im Publikum nach der Erklärung vom vergangenen Donnerstag im ganzen Lande endgültig beendigt sind. Keiner hat das Recht, weiterhin noch eigenmächtig zu handeln. Gesetze und Verordnungen, die diese Frage regeln, stehen zu erwarten. Das deutsche Volk kann beruhigt sein: Der Jude Grünspan war Vertreter des Judentums. Der Deutsche vom Rath war Vertreter des deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen. Die deutsche Regierung wird darauf legal, aber hart antworten.

150 Vertreter der Auslandspresse bei Dr. Goebbels.

Reichsminister Dr. Goebbels empfing Freitag nachmittag etwa 150 Vertreter der Auslandspresse vieler Länder. Er nahm zu den Vorgängen der letzten Tage ausführlich Stellung und verwahrte sich energisch gegen die maßlosen Entstellungen und Uebertreibungen in einem gewissen Teil übelwollender Auslandspresse. Er richtete an die Anwesenden die Aufforderung, in loyaler Weise und wahrheitsgemäß über die Vorgänge der letzten Tage zu berichten.

Vor allem die jüdische Presse in Nordamerika tut sich in einer nie dagewesenen Hetze unrühmlich hervor, erinnert an das barbarische Mittelalter und erklärt, daß Berlin das Schauspiel des Bürgerkrieges biete. Es versteht sich am Rande, daß die gegen die Juden einschreitende Bevölkerung als „Nazimob" und „Gangsterbanden" bezeichnet werden. Leider aber passiert diesen Zeitungen das Mißgeschick, daß sie sich wie immer in solchen Fällen, nicht vorher hinreichend verständigt haben und damit in offenbare Widersprüche verstricken. Eine schreibt z. B., es habe sich um 100 bis 200 Kundgeber gehandelt; die andere schreibt 20.000 bis 30.000 Menschen hätten gegen die Juden demonstriert usw.

Was haben wir darauf zu antworten? Im Grunde genommen gar nichts. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Reaktion des deutschen Volkes auf den feigen Meuchelmord in Paris eben durch die ruchlose Gemeinheit

Hauptschriftleiter: Hanns H. Amann.
Chef vom Dienst: Hermann Mailler. Innen- und Außenpolitik: Hermann Wolf. Lokaler Teil: Richard Quapil. Theater, Kunst, Film und Bilderdienst: Dr. Roman Herle. Sport und Gericht: Richard Kandler. Wirtschaft, Unterhaltung und Schrifttum: Franz Stamprech. Anzeigenteil: Erich Schinagl.
D. A. X. 1938: An Wochentagen 68.700; an Sonntagen 92.100. Z. Z. Preisliste Nr. 2 gültig.
Verlag und Druck: „Albrecht Dürer", Gesellschaft m. b. H. Sämtliche: Wien, 8. Bez., Strozzigasse 8.

dieser Tat erklärt werden kann. Sie wurde weder organisiert noch vorbereitet. Sie brach spontan aus. Die deutsche Staatsführung hat nichts unversucht gelassen, die Reaktion im deutschen Volke auf das feige Attentat in kürzester Frist abzustellen. Das deutsche Volk hat dem Gebot der Regierung willig und diszipliniert Folge geleistet. In Stundenfrist sind Demonstrationen und Aktionen zum Schweigen gebracht worden.

Das aber soll die deutschfeindliche jüdische Auslandspresse wissen:

Durch Aufbauschung der Vorgänge, durch Verdrehung und Lügen nützt sie weder sich selbst, noch den in Deutschland lebenden Juden. Eher könnte das Gegenteil der Fall sein. Das deutsche Volk ist ein antisemitisches Volk. Es hat weder Lust noch Vergnügen, sich weiter durch die parasitäre jüdische Rasse in seinen Rechten beschränken oder aber als Nation provozieren zu lassen.

Es liegt auf der Hand, daß eine Nation von 80 Millionen auf die Dauer derartige Provokationen nicht stillschweigend und wehrlos hinnehmen wird. Nach der Ermordung Gustloffs hat das deutsche Volk geschwiegen. Nach dem Tode des Gesandtschaftsrates vom Rath ist es ganz spontan zu Vergeltungsaktionen gegen die Juden in Deutschland geschritten. Der eruptive Ausbruch der Empörung der Bevölkerung in der Nacht vom 9. zum 10. November ist daraus zu erklären und zeigt nur, daß

die Geduld des deutschen Volkes nunmehr restlos erschöpft

ist. Wie aber reagiert die deutschfeindliche, zum großen Teil jüdische Auslandspresse auf die spontanen Folgen der Schüsse in Paris, die sich in Deutschland ergeben? Man versucht in diesem Teil der Auslandspresse den Eindruck zu erwecken, als herrsche in Deutschland so eine Art von Bürgerkrieg. Greuelmärchen ohne Zahl werden erfunden, kolportiert und an den Mann gebracht. Man erklärt, die spontanen Reaktionen des deutschen Volkes seien durch „organisierte Mannschaften" durchgeführt worden. Wie wenig Ahnung doch diese Zeilenschinder von Deutschland haben! Wie erst hätten diese Reaktionen ausgesehen, wären sie organisiert gewesen!

Eines der hervorstechendsten Merkmale der in den vergangenen Tagen stattgefunden Aktionen gegen das Judentum ist die Tatsache, daß es zwar zu Demolierungen, aber

nirgendwo zu Plünderungen

gekommen ist. Das benutzt natürlich diese deutschfeindliche Auslandspresse, um zu behaupten, daß es sich um rein kriminelle Vorgänge handle.

*

Unterhausdebatte über die Judenfrage in Deutschland?

Das „Oeuvre" meldet aus London, gewisse englische Kreise beabsichtigen, auf dem Wege der Anfrage an den Premierminister Chamberlain das Unterhaus mit der Judenfrage in Deutschland zu befassen.

Einstellung von Freiwilligen in die Luftwaffe.

Das Reichsluftfahrtministerium gibt bekannt, daß für die Annahme von Freiwilligen für die Einstellung im Herbst 1939 nur noch sehr kurze Zeit zur Verfügung steht. Den Bewerbern wird deshalb dringend geraten, sich sofort bei einer Fliegerersatzabteilung, einer Flakabteilung, einer Abteilung oder einer Kompanie der Luftnachrichtentruppe zu melden. Einstellungsgesuche bei anderen militärischen Dienststellen sind zwecklos.

Der neue Staatspräsident der Türkei.

General Ismet Inönü ein Kriegskamerad und der engste Mitarbeiter Atatürks.

Das türkische Parlament hat gestern den General Ismet Inönü einstimmig zum Staatspräsidenten gewählt. Damit wird der langjährige engste Mitarbeiter des verstorbenen Präsidenten Atatürk zum Nachfolger seines Kriegskameraden.

Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Präsidentenwahl wurde General Ismet Inöni unter großem Zeremoniell in die Nationalversammlung geleitet, wo er den Eid als Präsident der türkischen Republik leistete. Er hielt eine Ansprache an die Abgeordneten, wobei er sagte, daß er mit Hilfe der großen Nationalversammlung im Gedenken an Atatürk dessen Werk fortsetzen werde im Geiste des Fortschrittes. Ismet Inönü betonte die Stärke des Landes, das keinen Angriff zu fürchten habe.

Das Ergebnis der Wahl wurde in allen Garnisonen des Landes durch 101 Kanonenschüsse bekanntgegeben.

*

Ismet Inönü, früher unter dem Namen Ismet Pascha bekannt, wurde 1884 in Smyrna geboren. Er wandte sich der militärischen Laufbahn zu und war bereits mit 22 Jahren Hauptmann im Generalstab. Er beteiligte sich an der jungtürkischen Revolution von 1908 und nahm an allen späteren Kriegen der Türkei in führender Stellung teil. Während des Dardanellenfeldzuges leitete er die Operationsabteilung im türkischen Großen Hauptquartier, 1915 war er Chef des Generalstabes im Kaukasus und 1917 Kommandierender General des 3. Armeekorps in Palästina. Nach dem Weltkriege schloß er sich der von Atatürk geleiteten anatolischen Volkserhebung an und wurde von der Nationalversammlung in Ankara zum Generalstabschef gewählt. Als solcher hat er hervorragenden Anteil an den schweren, aber siegreichen Kämpfen gegen die Griechen.

Sein heutiger Familienname Inönü wurde ihm verliehen zur Erinnerung an seinen Sieg über die Griechen auf den Höhen von Inönü.

Nach dem Einzug in Smyrna vertrat General Inönü sein Land bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Lausanne. Dort unterzeichnete er im Juli 1923 den Friedensvertrag, durch den die Türkei ihre Unabhängigkeit sicherte. 1924 übernahm der General den Vorsitz im türkischen Kabinett, trat bald darauf vorübergehend zurück, um diesen Posten im Frühjahr 1925 erneut zu übernehmen.

Von 1925 bis 1937 war er ohne Unterbrechung Ministerpräsident.

Der unter seiner Regierung verfolgte Weg führte außen- und innenpolitisch zu einer Erstarkung der türkischen Position.

Der Nachfolger Kemal Atatürks,
Staatspräsident Ismet Inönü.
Bild: Schostal.

Die Trauerfeierlichkeiten für Atatürk.

Der Leichnam Atatürks wird heute im Palast von Dolma Bagtsche in Istanbul für drei Tage feierlich aufgebahrt, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, einen letzten Abschied von dem Retter der Türkei zu nehmen.

Die Ueberführungszeremonie beginnt dann in Istanbul, wo die Leiche unter Beteiligung der Kriegsflotte über den Bosporus nach der anatolischen Seite und dann in langsamer Fahrt nach Ankara gebracht wird. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden ausländischen Trauergäste wird der Staatsakt der Beisetzung in Ankara nicht vor Mitte nächster Woche erfolgen. Als Beisetzungsort ist der Residenzhügel von Cankaya in Aussicht genommen, wo das Haus steht, von dem aus Atatürk vom Dezember des Jahres 1919 an den militärischen und kulturellen Befreiungskampf des türkischen Volkes und dessen Wiederaufstieg leitete.

Horthys Einzug in Kaschau.

Reichsverweser Admiral v. Horthy ist gestern an der Spitze der Honved in das festlich geschmückte Kaschau, die größte Stadt des an Ungarn zurückgekommenen Gebietes, eingezogen. In das Glockengeläute mischten sich Salutschüsse, in sämtlichen Betrieben und Geschäften ruhte die Arbeit für kurze Zeit. Der Reichsverweser ritt unter dem Jubel der Bevölkerung zum Hauptplatz, wo er von Ministerpräsident Imredy an der Spitze der Regierung, dem Präsidenten des Reichstages und weiteren Würdenträgern erwartet wurde. In seiner Antwort auf eine Begrüßungsansprache drückte Horthy die Dankbarkeit gegenüber der Vorsehung aus, Kaschau betreten zu können, und betonte dann die besondere Dankbarkeit Ungarns gegenüber den befreundeten Großmächten und ihren führenden Staatsmännern, die das schwierige Amt der Schiedsrichter übernommen hätten. Horthy begrüßte dann auch die Brüder nichtungarischer Volkszugehörigkeit, die innerhalb der neuen Grenzen Ungarns ihre alte Heimat wiederfänden. Die Zuneigung der ungarischen Herzen erwarte sie und sichere ihnen volle Freiheit der Sprache und Kultur zu.

Im Anschluß an die kurze Feier legte der Reichsverweser in der Gruft des ungarischen Freiheitshelden Rakoczi einen Kranz nieder und nahm dann eine Parade ab.

Sühne für den ruchlosen Mord in Paris

Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit eine Milliarde Reichsmark als Buße auferlegt. — Vom 1. Jänner an keine Betätigung mehr der Juden in der deutschen Wirtschaft. — Eine Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan.

Die Antwort des deutschen Volkes durch die Reichsregierung.

Gerechte Strafe.

Diese Antwort des deutschen Volkes auf den ruchlosen Anschlag in der deutschen Botschaft zu Paris, gegeben von der Reichsregierung, hat sich das Weltjudentum wohl nicht erwartet. Die Mordtat von Paris, mit der die Zentralleitung des Judentums das deutsche Volk einschüchtern wollte, trifft in seinen Auswirkungen die Juden in Deutschland. Die Maßnahmen der Reichsregierung, das kündigte schon Reichsminister Doktor Goebbels an, werden hart sein. Sie sind hart und wollen es sein. Sie stellen die Sühne dar nicht allein für das Verbrechen von Paris, sie sind es gleichzeitig für die von den Juden geschürte Hetze gegen das deutsche Volk.

Wir haben die Einstellung der Juden während der tschechischen Krise nicht vergessen und werden sie nicht vergessen! Wir wissen, wie viele Juden, die angaben, von Wien nach Amerika übersiedeln zu wollen, ihren Wohnsitz nur in die Schweiz verlegten und dort die Entwicklung zu Ende September in der ohne Scham ausgesprochenen Hoffnung abwarteten, daß ein Krieg, der, wie sie annahmen, für Deutschland unglücklich ausgehen müßte, ihnen die Tore auf reichsdeutschen Boden wieder öffnen werde. Die Hausdurchsuchungen, die Reichskommissar Bürckel angeordnet hat, ergaben nicht nur zahlreichen verheimlichten Devisenbesitz, es mußten auch Waffen, die sich unbefugt in Judenhänden befanden, beschlagnahmt werden. Daß diese Waffen gegen das deutsche Volk gerichtet werden sollten, sehen wir in aller Deutlichkeit in den Fällen Wilhelm Gustloff und Gesandschaftsrat vom Rath.

Nach der meuchlerischen Ermordung Wilhelm Gustloffs vor drei Jahren in Davos, hat das deutsche Volk bewundernswerte Geduld gezeigt. Trotzdem schon damals klar zutage lag, daß das Weltjudentum in Wilhelm Gustloff das deutsche Volk treffen wollte, konnten die Juden in Deutschland weiter ihren Geschäften nachgehen. Wäre dem nicht so gewesen, dann hätte es in den ersten Tagen dieser Woche in den Hauptgeschäftsstraßen der Großstädte des Reiches nicht so viele zerschlagene Spiegelscheiben gegeben. Nun aber ist die Geduld des deutschen Volkes endgültig erschöpft. Es ist für ein selbstbewußtes Volk unerträglich, seine Vertreter im Ausland den Verbrechen der jüdischen Maffia ausgeliefert zu wissen. Die Drahtzieher dieser Mordtaten wissen nun, daß Schläge die sie dem deutschen Volk zugedacht haben, blitzartig und verstärkt ihre eigenen Rassegenossen treffen. Wie sie kein Erbarmen kennen würden, wenn sie ihre Rache an uns nehmen könnten, so wollen auch wir kein unbrüderliches Mitleid haben mit jenen, die uns am liebsten vernichtet sehen wollten.

Das Gezeter aber, das die jüdische Weltpresse nun anstimmt, läßt uns kalt. Diese jüdische Presse, die nun von Moral triefst, schrie Hosianna als in und nach dem Kriege tausende deutsche Kinder und deutsche Mütter infolge der Blockade an Hunger starben. Wenn aber die Länder, deren öffentliche Meinung diese Judenblätter auszusprechen behaupten, glauben, den in Deutschland lebenden Juden helfen zu müssen, dann mögen sie ihnen doch großmütig die Grenzen öffnen und sie aufnehmen. Amerika und Sowjetrußland und manche große Insel in französischem oder englischem Besitz bieten Raum genug nicht nur für die Juden in Deutschland, sondern für die ganz Europas. Dort mögen die Juden dann nach ihrer Fasson leben. Auf deutschem Boden aber ist für sie kein Raum mehr. —nn.

Die gesetzlichen Maßnahmen gegen das Judentum.

Unter dem Vorsitz des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, fand gestern im Reichsluftfahrtministerium eine Chefbesprechung der beteiligten Minister mit ihren nächsten Mitarbeitern über die dringend notwendig gewordene Lösung der Judenfrage statt. An dieser Besprechung nahmen die Reichsminister Dr. Frick, Dr. Goebbels, Doktor Gürtner, Graf Schwerin v. Krosigk und Funk teil.

Die Besprechung ergab vollkommene Uebereinstimmung in der Beurteilung und Behandlung der zur Debatte stehenden Fragen. Es wurden eine Reihe von einschneidendsten Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage besprochen und zum Teil schon entschieden.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erließ eine Verordnung, der zufolge Juden vom 1. Jänner 1939 ab

der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb des Handwerks untersagt

wird. Ebenso kann nach dieser Verordnung ein Jude vom 1. Jänner 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 1. Jänner 1934 sein. Ist ein Jude in leitender Stelle eines Wirtschaftsunternehmens tätig, ohne Betriebsführer zu sein, so kann das Anstellungsverhältnis durch den Betriebsführer mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden.

Weiterhin erließ der Beauftragte für den Vierjahresplan eine Verordnung, der zufolge alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. d. an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, von den jüdischen Inhabern, beziehungsweise jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen sind.

Die Kosten der Wiederherstellung hat der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe, bzw. Wohnungen zu tragen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Die weiteren einschneidenden Maßnahmen zur Ausscheidung des Judentums aus dem deutschen Wirtschaftsleben und zur Abstellung provokatorischer Zustände werden in kürzester Frist in Form von Verordnungen und Gesetzen getroffen werden. Vor allem wurde der Beschluß gefaßt, den deutschen Juden in ihrer Gesamtheit in Form einer Geldbuße von einer Milliarde Reichsmark

die Strafe für den ruchlosen Mord in Paris

aufzuerlegen. Dieser Betrag verfällt in voller Höhe dem Reich. Der Beauftragte für den Vierjahresplan hat bereits eine dementsprechende Verordnung erlassen.

Weitere Einzelheiten.

Die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben bestimmt ferner, daß den Juden verboten ist, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

Ein Jude kann weiter nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

Theater-, Film- und Konzertbesuch den Juden verboten.

Dr. Goebbels hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Reichskulturkammer mit sofortiger Wirkung allen Theaterleitern,

Hauptschriftleiter: Hanns H. Amann.
Chef vom Dienst: Hermann Mailler. Innen- und Außenpolitik: Hermann Wolf. Lokaler Teil: Richard Quapil. Theater, Kunst, Film und Bilderdienst: Dr. Roman Herle. Sport und Gericht: Richard Kandler. Wirtschaft, Unterhaltung und Schrifttum: Franz Stamprech. Anzeigenteil: Erich Schinagl.
D. U. X. 1938: An Wochentagen 68.700; an Sonntagen 92.100. Z. Z. Preisliste Nr. 2 gültig.
Verlag und Druck: „Albrecht Dürer", Gesellschaft m. b. H. Sämtliche: Wien, 8. Bez., Strozzigasse 8.

Sonntag, 13. d., Stanislaus. — 1884: Naturforscher Alfred Brehm gestorben.

Konzert- und Vortragsveranstaltern, Filmtheaterunternehmern, artistischen Unternehmern, Veranstaltern von Tanzvorführungen und Veranstaltern öffentlicher Ausstellungen kultureller Art untersagt, jüdischen Personen den Besuch ihrer Unternehmen zu gestatten. Uebertretungen ziehen für die Veranstalter und besonders für die Juden schwere Strafen nach sich.

In seiner Anordnung verweist Reichsminister Dr. Goebbels darauf, daß der nationalsozialistische Staat den Juden seit nunmehr schon über fünf Jahren innerhalb besonderer jüdischer Organisationen die Pflege ihres eigenen Kulturlebens ermöglicht habe. Damit besteht keine Veranlassung mehr, den Juden den Besuch der bezeichneten Veranstaltungen und Unternehmungen zu gestatten.

Die Blutchronik Palästinas.

Neuerliche Zwischenfälle in Ankara.

Die Revolution der arabischen Bevölkerung in Palästina nimmt immer größeren Umfang an. Im Dorfe Majdal im Bezirk Gaza flog das Haus eines Arabers aus unbekannten Gründen in die Luft, den Besitzer und vier weitere Personen unter sich begrabend. Telephonarbeiter, die Leitungen instandgesetzt hatten und sich auf dem Rückweg nach Haifa befanden, wurden unter Feuer genommen. Safed, die nördlichste Stadt in Palästina, sowie die Stadt Faridie wurden von britischem Militär aufs schärfste durchsucht. Bei einem Feuergefecht unweit von Furik im Bezirk Nablus wurde ein britischer Korporal verletzt.

Ein genaues Bild über die tatsächliche Lage in Palästina läßt sich zur Zeit nur schwer machen, da sämtliche Meldungen, die das Land verlassen, von der britischen Mandatsverwaltung auf das strengste zensiert werden.

Kurz und bündig.

Wie „Die Zeit" aus Troppau berichtet, haben die Tschechen bei ihrem Abzug alle wertvolle Stücke des dortigen Landesmuseums mitgenommen. Im ganzen wurden 26 große Kisten mit Kunstgegenständen und 8 Kisten mit Dokumenten und Urkunden, darunter die schlesischen Landtafelbücher, entführt.

*

Die karpatho-ukrainische Regierung hat eine bewaffnete Garde aufgestellt, deren Mitglieder sich größtenteils aus dem ukrainischen Volksstamm der Uzulen rekrutieren, der im äußersten Osten der Karpatho-Ukraine siedelt. Die Garde wird ihren Dienst in der Nationaltracht versehen.

*

In Sevilla traf eine Abordnung belgischer Freunde des nationalen Spanien ein, die eine Einrichtung für zwei Feldlazarette als Geschenk überbrachte.

*

Der erste diplomatische Vertreter des Deutschen Reiches beim Kaiserreich Mandschukuo Gesandter Wagner hat gestern dem Kaiser Kangteh sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

*

Der Chef des Kulturamtes der Reichsjugendführung, Obergebietsführer Cerf, trifft Montag zu einer Reise durch die Ostmark in Salzburg ein. Er wird in mehreren großen Veranstaltungen vor der Führerschaft der HJ.-Gebiete sprechen.

Abschied von Gesandtschaftsrat vom Rath.

Die Trauerfeier in der deutschen Kirche von Paris.

In der deutschen Kirche in Paris fand gestern mittag die offizielle Trauerfeier für den Gesandtschaftsrat Ernst Eduard vom Rath statt. Als die Eltern des Verstorbenen, die deutsche Delegation, die unter Führung von Staatssekretär v. Weizsäcker kurz vorher von Berlin eingetroffen war,

der Vertreter des Präsidenten der Republik,

der deutsche Botschafter, der Landesgruppenleiter, der Vertreter des französischen Ministerpräsidenten und mehrere Mitglieder des französischen Kabinettsrates vor dem mit Kränzen und Blumen umgebenen Sarg Platz genommen hatten, leitete ein Orgelvorspiel die feierliche Handlung in der bis auf den letzten Platz gefüllten Kirche ein. Nach der Eingangsliturgie spielte das Wendling-Quartett ein Adagio von Rosemüller. Die Ansprache des Pastors Dahlgrün klang aus in dem vom Chor gesungenen Choral „Wenn ich einmal soll scheiden".

Darauf hielt der Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär v. Weizsäcker eine Ansprache, in der er auf die Größe des Sterbens des Dahingegangenen hinwies, dessen Schicksal nicht nur ganz Deutschland, sondern auch Frankreich mit einer echten und tiefgehenden Teilnahme verfolge. Der Staatssekretär hob die Treue des Toten zum Führer bis zum Letzten hervor und sagte ihm den Dank des Reichsministers des Auswärtigen für diese Treue. Wenn man den auswärtigen Dienst ernst nehme, müsse man sich wie Rath mit Leib und Seele vor die Heimat stellen, sie gegen jeden Angriff und gegen die trüben Mächte decken, die die Hand der feigen Waffe geführt habe. Vom Rath sei

als erster Blutzeuge des Auswärtigen Amtes für das Dritte Reich gefallen.

Seine Persönlichkeit habe sich als rein, klar und untadelig erwiesen. Seine Kameraden, vor allem aber sein Minister, seien auf ihn stolz und würden ihn als eine Persönlichkeit in Erinnerung behalten, die trotz ihrer Jugend ihr Lebenswerk vollendet habe. Der zu Beginn eines aussichtsreichen Werdeganges Dahingeschiedene gehöre seinen Kameraden vom Auswärtigen Amt; aber auch ganz Deutschland nehme ihn für sich in Anspruch. Der Staatssekretär schloß mit den Worten: Trete an die Fahrt in die Heimat — ganz Deutschland erwartet Dich!

Im Anschluß an die Ansprache erfolgten Kranzniederlegungen.

Der Kranz des Führers

wurde durch Staatssekretär v. Weizsäcker, der Kranz des Reichsaußenministers durch Botschafter Graf Welczek, der Kranz des Gauleiters der Auslandsorganisation der NSDAP. durch Landesgruppenleiter Gesandtschaftsrat Dr. Ehrich niedergelegt. Die Feier endete mit einem Adagio von Beethoven.

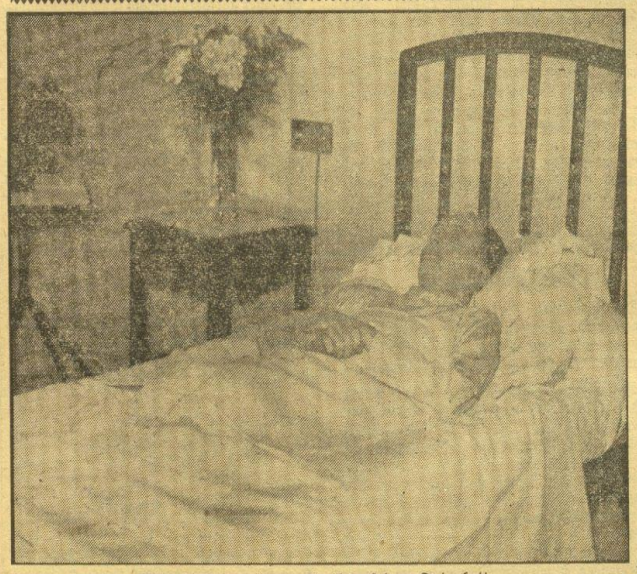
Nach Schluß der kirchlichen Feier geleitete der Botschafter den Vertreter des Präsidenten der Republik aus der Kirche und der Botschaftsrat führte die Eltern des Verstorbenen zum Wagen. Der Botschafter, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und der Landesgruppenleiter nahmen im Vorraum der Kirche Aufstellung zur Abnahme des Trauerdefilees.

Von Paris wird der Sarg mit einem Sonderzuge nach Düsseldorf gebracht,

wo die Familie eine Familiengruft besitzt. In Düsseldorf wird auch das Staatsbegräbnis für Ernst vom Rath stattfinden.

Sudetenfahrt des Reichsjugendführers.

Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur v. Schirach, wird vom 15. bis 17. November auf einer Fahrt durch das Gebiet Sudetenland zur Hitlerjugend in größeren Kundgebungen in Eger, Aussig und Reichenberg sprechen.



Gesandtschaftsrat vom Rath auf dem Totenbett.

Bild: Hoffmann.

6 Reichspfennig

Postbezugsgebühr für die Ostmark RM. 1·70

Das Kleine Volksblatt

Nr. 314 Schriftleitung und Verwaltung: 8., Strozzigasse 8, A 23-5-45 Serie Wien, Montag, 14. November Anzeigenannahme: 1., Schulerstr. 11, 1., Wollzeile 16, R 29-5-50, u. 8., Strozzig. 8, A 23-5-45 1938

Dr. Goebbels über die Antwort des deutschen Volkes an das Judentum.

32 wirtschaftliche Notverordnungen der französischen Regierung. — Zwei Tote bei einem Motorradunglück in der Nähe von Zwettl. — Fröhlicher Eintopfsonntag im Wiener Rathaus.

Bombenüberraschungen vor Torschluß der Fußballmeisterschaft.

Am Eintopfsonntag im Wiener Rathaus. Zum zweitenmal Eintopfsonntag im Großdeutschen Reich! Und wieder gab es Tausende beim festlichen Eintopfessen im Wiener Rathaus. Rechts oben Bürgermeister Dr. Ing. Neubacher. Bilder: 2 Hilscher, 1 Hoffmann, 1 Weltbild.

Die Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft.

In kürzester Frist gibt es keine jüdischen Geschäfte mehr. — Die endgültige Lösung der Judenfrage. — Der Wille des deutschen Volkes vollstreckt.

Eine große Rede des Reichsministers Dr. Goebbels.

Reichsminister Dr. Goebbels dankte am heutigen Eintopfsonntag den 70.000 freiwilligen Helfern und Helferinnen im Winterhilfswerk für Berlin, indem er im Kreise von 500 Helfern und Helferinnen in den festlich geschmückten Germania-Festsälen das Eintopfessen einnahm. In einer Ansprache kam er auch auf den Pariser Meuchelmord des Juden Grünspan und die entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen der Reichsregierung zu sprechen, deren Begründung immer wieder durch stürmische Zustimmungskundgebungen als Ausdruck des Willens der Nation eindeutig unterstrichen wurde.

Dr. Goebbels wies zunächst darauf hin, daß der Eintopfsonntag von Jahr zu Jahr volkstümlicher geworden sei und sich zu einem charakteristischen Kennzeichen des vom Volke und vor allem vom deutschen Arbeiter selbst getragenen Sozialismus der Tat entwickelt habe. Wie einst schon mit heiligem Ernst gerade hier in Berlin um die Seele des deutschen Arbeiters gerungen worden sei, so sei auch heute der Staat Adolf Hitlers zutiefst von dem Wunsche beseelt, vom Vertrauen und von der Liebe der breiten Schichten des Volkes getragen zu werden. Eine Regierung, hinter der nicht als die eigentliche Kraft der Nation die Arbeiter und die Bauern stünden, werde zu großen innen- und außenpolitischen Handlungen völlig unfähig sein. Sie könne sich nicht lediglich auf eine dünne und meist recht wankelmütige Oberschicht von Intellektuellen stützen.

Wenn Geschichte gemacht werde, dann müsse das Volk in seiner Gesamtheit die Nerven behalten.

Von nichts komme auch in der Politik nichts. Es sei sehr kurzsichtig, die Behauptung aufzustellen daß es in einem Staatswesen, in dem ein Mann befehle und das Volk folge, sehr leicht zu regieren sei. Wenn eine Regierung so wie die nationalsozialistische an ihrem Volk hänge, wenn sie mit dem Herzen bei seinem Schicksal sei, ja, wenn sie ihr eigenes Schicksal mit dem des Volkes identifiziere, so bedeute es im Gegenteil ein Unmaß von Verantwortung, gewagte Entschlüsse zu fassen, von deren Ausgang Führung und Volk zugleich in ihrem Bestande abhängig sind.

Volk und Führung sind eins.

Der Minister nahm auch Gelegenheit, dem deutschen Volk des Führers Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß es sich bei den weltpolitischen Ereignissen dieses Jahres so treu, so tapfer, so verstehend und so einsichtsvoll hinter seine Führung gestellt habe. Der Lohn dafür sei nicht ausgeblieben. Mit tiefer Beglückung, so stellte der Minister unter stürmischem Beifall fest, stünden wir dank dieser Einmütigkeit der Nation heute vor der Tatsache, daß

nicht ein einziger dieser großen und schweren Entschlüsse des Führers zu einem Fehlschlag geführt habe,

daß sie im Gegenteil alle von nie geahnten Erfolgen gekrönt worden sind. Ein großartiger Beweis für dieses grenzenlose Vertrauen des Volkes zu seiner Führung sei die in der ganzen Welt ohne Beispiel dastehende soziale Aktion des Winterhilfswerkes. Was könne die Welt ihm gegenüberstellen!

Die Antwort des deutschen Volkes an das Judentum.

Das ruchlose Attentat von Paris habe unser Volk erneut nicht zu der wohlverdienten Ruhe kommen lassen. Dr. Goebbels erinnerte, von stürmischen Entrüstungskundgebungen begleitet, an den Hergang und die ersten Auswirkungen dieses feigen Mordanschlages, mit dem ein gedungener Judenjunge nicht einen einzelnen Mann, sondern, nach seinen eigenen Erklärungen, das deutsche Volk habe treffen wollen. Aber bei diesem zweiten Anschlag sei

die Geduld des Volkes und der Regierung zu Ende gewesen.

Immer wieder von stürmischer Zustimmung unterbrochen, zerriß Dr. Goebbels das Lügengewebe, mit dem die internationale Judenpresse das Verbrechen des Juden Grünspan zu bemänteln und zu beschönigen versucht. Er legte

den eigentlichen Plan

dar, den das Judentum mit dieser Tat verfolgte. „Man wollte," so erklärte Dr. Goebbels unter stürmischer Zustimmung, „einen deutschen Diplomaten niederschießen, um damit eine Trübung des Verhältnisses zwischen Deutschland und den europäischen Großmächten herbeizuführen und so die sich aufhellende internationale Atmosphäre aufs neue zu stören.

Der Schuß ist allerdings nach hinten losgegangen.

Das deutsche Volk wurde hellhörig und reagierte dementsprechend."

Mit Nachdruck wandte sich der Minister in diesem Zusammenhang gegen die Behauptung der internationalen Judenpresse, daß die Aktionen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen von der Rgierung provoziert oder organisiert worden seien. „Das deutsche Volk war" — und stürmischer Beifall unterstrich diese Feststellung — „von einer nie dagewesenen Empörung erfüllt, es hat sich übrigens

nicht gegen die Personen, sondern nur gegen die Sache gewandt."

Dr. Goebbels schilderte dann die am Sonnabend beschlossenen einschneidenden Verordnungen und Maßnahmen der nationalsozialistischen Staatsführung, wobei er unter stürmischem Beifall feststellte, daß ihr Erfolg besonders dem außerordentlich schnell und radikalen Durchgreifen des Generalfeldmarschalls Göring zu verdanken sei. Er habe nicht gefackelt und das Problem mutig beim Schopfe gefaßt.

Diese Verordnungen sind, wie Dr. Goebbels betonte, erlassen worden, weil nach nationalsozialistischer Staatsauffassung das Handeln der Regierung sich stets in Uebereinstimmung mit dem Willen des Volkes befinden muß.

Der immer wieder aufbrausende stürmische Beifall zeigte, wie sehr die vom Minister im einzelnen erläuterten Maßnahmen

dem einmütigen Willen des deutschen Volkes entsprechen.

Der Jude Grünspan hat erklärt, er habe das deutsche Volk treffen wollen. Dieses Volk habe jetzt durch seine Regierung eine entsprechende Antwort erteilt.

Es hat sich als Volk zur Wehr gesetzt gegen die Rasse, die durch den Juden Grünspan auf einen deutschen diplomatischen Vertreter geschossen hat. (Lebhafte Zustimmungskundgebungen.)

In überzeugender Weise führte Dr. Goebbels seinen Zuhörern vor Augen, wie lächerlich die Behauptung einer gewissen übelwollenden Auslandspresse ist, die deutschen Juden könnten für das in Paris begangene Verbrechen nicht verantwortlich gemacht werden. Er stellte dem gegenüber unter stürmischer Zustimmung fest, daß

gerade die deutschen Juden die eigentlich Schuldigen sind,

sie arbeiten in aller Welt gegen Deutschland und müssen nun auch die Folgen ihrer vielfachen Verbrechen tragen. Doktor Goebbels verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß es in Wirklichkeit den Juden in Deutschland bisher wirtschaftlich viel zu gut gegangen sei. Man habe sie allzu lange geschont aus deutscher Großzügigkeit und Gutmütigkeit. Nun aber sei Schluß damit!

Mit besonders stürmischem Beifall dankten die Anwesenden dem Minister für die Mitteilung, daß

im Rahmen der jetzt ergriffenen Maßnahmen jüdische Geschäfte aus dem deutschen Wirtschaftsleben überhaupt zum Verschwinden gebracht

und in arischen Besitz übergeführt werden. Mit dem gleichen Jubel wurde die weitere Mitteilung über die von Dr. Goebbels erlassene Verordnung aufgenommen, wonach es Juden verboten ist, deutsche Theater, Kinos oder Varietés zu besuchen. „Es ist eine Entwürdigung unseres deutschen Kunstlebens, daß einem Deutschen zugemutet werden soll, in einem Theater oder Kino neben einem Juden zu sitzen!" (Lang anhaltender Beifall.)

An die Schilderung dieser gesetzlichen Maßnahmen knüpfte der Minister eine ernste Mahnung an die Bevölkerung. Durch alle diese Gesetze und Verordnungen, so erklärte er, wird

Hauptschriftleiter: Hanns H. Amann.
Chef vom Dienst: Hermann Mailler. Innen- und Außenpolitik: Hermann Wolf. Lokaler Teil: Richard Quapil. Theater, Kunst, Film und Bilderdienst: Dr. Roman Herle. Sport und Gericht: Richard Kandler. Wirtschaft, Unterhaltung und Schrifttum: Franz Stamprech Anzeigenteil: Erich Schinagl. D. A. X. 1938: An Wochentagen 68.700; an Sonntagen 92.100. Z. 3. Preisliste Nr. 2 gültig.
Verlag und Druck: „Albrecht Dürer", Gesellschaft m. b. H. Sämtliche: Wien, 8. Bez., Strozzigasse 8.

6 Reichspfennig

Postbezugsgebühr für die Ostmark RM. 1·70

Das Kleine Volksblatt

Nr. 316 Schriftleitung und Verwaltung: 8., Strozzigasse 8, A 23-5-45 Serie Wien, Mittwoch, 16. November Anzeigenannahme: 1., Schulerstr. 11, 1., Wollzeile 16, R 29-5-50, u. 8., Strozzig. 8, A 23-5-45 1938

Nirgends in der Welt will man die Juden haben

Am Dienstag Präsidentenwahl in Prag. — Umbildung der Regierung Imredy. — Schweres Flugzeugunglück im Flughafen von Amsterdam.

Das Geheimnis des „Diamantenklubs" enthüllt.

Ooouuuh, sagt die englische Tante — und ist entrüstet über die böse Drangsalierung der armen Juden in Deutschland. Ja, sie ist entrüstet, daß sie nicht sieht und hört, wie hinter ihr Häuser in Palästina in die Luft fliegen und die Leiber von arabischen Frauen und Kindern zerfetzt werden.

Mittwoch, 16. November, Otmar. — 1831: General v. Clausewitz gestorben.

Juden und Araber, Deutsche und Briten.

Es ist uns nicht neu, daß die Herren Churchill, Eden, Greenwood und ihre journalistischen Schildknappen auf Deutschland schlecht zu sprechen sind; wir werden es auch in Hinkunft mit Anstand zu tragen wissen. Offen bleibt jedoch, woher sie das Recht nehmen, sich ungefragt in innere deutsche Angelegenheiten einzumengen, den gerechten Abwehrkampf des deutschen Volkes gegen zersetzendes Parasitentum und freche Herausforderung zu kritisieren und der Reichsregierung vorzuschreiben, welche Gesetze sie zu erlassen und welche sie zu unterlassen habe. Niemandem in Deutschland ist es jemals eingefallen, England Verhaltungsmaßregeln für das irische Problem oder seine Kolonialverwaltung zu erteilen.

Wenn ein Großteil der englischen Presse uns der schwersten Sünden gegen die Kultur und der Unmenschlichkeit bezichtigt und selbst die ältesten Ladenhüter an Tendenzlügen und Greuelmärchen auftramt, dann zwingt man uns zu Betrachtungen darüber, ob im Haus des ungebetenen Kritikers die zartbesaitete Humanität und die Rücksichtnahme auf fremdes Recht, die er scheinheilig vorschützt, wirklich den Ton angeben. In Palästina kann man davon herzlich wenig bemerken. Man darf sich unter den Arabern von heute nicht irgendwelche wilden Wüstensöhne vorstellen, die mit Buschmännern und Kongonegern auf einer Stufe stehen. Sie sind ein altes Kulturvolk und haben längst die Zivilisation angenommen, die an den Küsten des Mittelmeeres herrscht. Mit dem Land dieses Volkes glaubt man in England nach freiem Ermessen schalten zu können: man weist es den Juden als Heimstatt zu, entwickelt Teilungspläne und verwirft sie wieder, ohne die Araber auch nur zu fragen, was sie dazu sagen. Wenn die Entrechteten, jeder anderen Möglichkeit einer Willenskundgebung beraubt, durch aktiven und passiven Widerstand das Gebiet verteidigen, das seit Jahrhunderten ihre Heimat ist, dann läßt England Flugzeuge, Tanks und Kanonen auffahren, sprengt Häuser strafweise in die Luft, brennt ganze Dörfer nieder und schickt Gefangene in Konzentrationslager oder an den Galgen. In den zahlreichen Gefechten der letzten vier Monate allein sind nach englischen Berichten 1089 Araber getötet worden, davon 449 im Oktober. Angesichts dieses brutalen Vernichtungskrieges auf einem Boden, der England nur als Treuhänder überantwortet wurde, erhebt sich die Frage, ob die Vorgänge in Palästina nicht über den Rahmen einer englischen Angelegenheit zu einer der Kulturmenschheit emporgewachsen sind, die doch kaum auf die Dauer zusehen kann, wie ein Volk in seinem angestammten Vaterland von einem bloßen Mandatsträger förmlich ausgerottet wird.

Und warum diese Tragödie in Palästina? Weil der Jude Balfour während des Krieges, um die Unterstützung Israels zu gewinnen und zu belohnen, den Juden Palästina als Nationalstaat versprochen hat. Was wurde nicht alles während des Krieges von den nachmaligen Siegerstaaten versprochen! Nichts davon wurde gehalten, nur das Wort, das den Juden verpfändet wurde, soll selbst zwanzig Jahre nach dem „Friedensschluß" eingelöst werden, geht es nicht anders, mit roher Gewalt. Wenn der krasse Widerspruch zwischen der heuchlerischen Theorie der englischen Hetzpresse und der blutigen Praxis der britischen Kolonialarmee im ersten Augenblick unlösbar erscheint, hier zeigt sich der gemeinsame Nenner: das Interesse des Weltjudentums, dem der Lügenfeldzug gegen Deutschland und der bewaffnete Feldzug gegen die Araber in gleicher Weise dienen. —r.

Die brutalen Maßnahmen der Engländer in Palästina.

Weitere Todesopfer der Araber.

Der arabische Verkehrsstreik in Palästina wird weiterhin allgemein durchgeführt. Das Ende dieses Streiks ist vorläufig noch unabsehbar. Lediglich in den Orangenplantagen von Jaffa verkehren arabische Lastwagen, um den Transport der Früchte, die die Haupteinnahmequelle der arabischen Bevölkerung darstellen, zu sichern.

Nachdem Früchte, Gemüse und andere Lebensmittel nicht mehr oder nur in geringem Maße aus Syrien und dem Libanon herbeigeschafft werden können, sind

die Lebensmittelpreise fast ohne Ausnahme stark gestiegen,

so daß gerade die ärmere arabische Bevölkerung Not zu leiden beginnt. Früher schon, als die Eisenbahnen teilweise ihren Verkehr einstellten, war ein wesentliches Steigen der Lebensmittelpreise feststellbar.

Inzwischen gehen die militärischen Operationen der Engländer gegen die arabischen Dörfer in unverminderter Stärke weiter. Ganz systematisch werden die oft nur aus wenig Häusern bestehenden Ortschaften durch starke Aufgebote von Truppen und verhältnismäßig hohem Einsatz von Flugzeugen durchsucht. Zur Zeit erstrecken sich die militärischen Operationen besonders auf die Bezirke Galiläa und Samaria.

Die Bevölkerung macht sich immer wieder in Aktionen gegen die Juden Luft.

So wurde gestern ein jüdischer Omnibus auf dem Wege von Haifa nach Nahalal beschossen. In der Nähe von Akko durchsuchte das Militär ein Haus. Zwei Araber, die sich widersetzten, wurden mit der Waffe beiseitegedrängt, einer der beiden wurde erschossen. Die übrigen Bewohner sind zum Teil entkommen, zum Teil verhaftet.

Bei dem Dorfe Jufna, nördlich von Ramallah, wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Militär und arabischen Freiheitskämpfern drei Araber getötet. In Haifa wurden mehrere Araber festgenommen, die Aufrufe verbreiteten, in denen die Araber zur Selbstbehauptung aufgefordert wurden.

Ein Geschenk Balbos für Göring.

Die berühmte Marmorstatue der Venus aus Leptis.

Gestern wurde Generalfeldmarschall Göring in Anwesenheit des Luftfahrtattachés der italienischen Botschaft, General Liotta, durch Professor Caputo, Oberst Cagna und Major Bittembeschi im Auftrage des Marschalls Balbo die marmorne Statue der Venus aus Leptis mit einem herzlich gehaltenen Schreiben Balbos überbracht.

*

Die Statue, ein einzigartiges antikes Kunstwerk, wurde am 18. September 1924 bei Ausgrabungen in den römischen Thermen in Leptis-Magna gefunden und stellt Venus im Bade dar. Das Kunstwerk ist von seltener Schönheit, äußerst sorgfältig und mit genialer Begabung ausgeführt. Es ist außerordentlich gut erhalten. Die Statue wurde nach dem berühmten Vorbild der Werke Praxiteles im zweiten Jahrhundert des römischen Kaiserreiches geschaffen und, wie man mit Sicherheit annehmen kann, damals vom Kaiser Hadrian in seinen Thermen aufgestellt. In der Kunstgeschichte ist dieses Werk als die Venus von Leptis-Magna bekannt.

Der Führer schenkt Italien ein Observatorium.

Die Freundschaftstat des Führers, der anläßlich seines Besuches dem Duce die Instrumente für ein großes astronomisches Observatorium zum Geschenk machte, ist von der gesamten Bevölkerung mit überaus großer Freude aufgenommen worden. Die italienische Oeffentlichkeit, die hiervon vor wenigen Tagen durch den Ministerratsbeschluß über die geplante Errichtung des Observatoriums in der Nähe von Rom Kenntnis erhielt, beschäftigt sich bereits eingehend mit dem, wie „Tribuna" betont, charakteristischen Freundschaftspfand für die zukünftigen Friedenswerke. Das angesehene römische Blatt schlägt in einer längeren Abhandlung den Gipfel des 1271 Meter hohen, 30 Kilometer nordöstlich der italienischen Hauptstadt gelegenen, weithin sichtbaren Monte Cennaro als in jeder Hinsicht besonders geeigneten Platz vor.

Gauleiter a. D. Krebs Regierungspräsident in Aussig.

Nachdem die Ueberleitungsmaßnahmen im Sudetengau nach Aufhebung der Militärverwaltung im wesentlichen beendet sind, hat Reichsminister Dr. Frick den bisherigen Beauftragten des Reichskommissars in Aussig, Regierungspräsident Bachmann, von seinen Dienstgeschäften entbunden und ihm seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete wertvolle Arbeit ausgesprochen.

Gleichzeitig hat Reichsminister Dr. Frick den Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Gauleiter a. D. und SS-Oberführer Hans Krebs, mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Regierungspräsidenten in Aussig beauftragt.

Hauptschriftleiter: Hanns H. Amann.
Chef vom Dienst: Hermann Müller. Damen- und Unterhaltung: Hermann Wall. Lokaler Teil: Richard Quadil. Theater, Kunst, Film und Bildendkunst: Dr. Roman Herle. Sport und Gericht: Richard Kandler. Wirtschaft, Unterhaltung und Schriftleitung: Franz Stamprech. Anzeigenteil: Erich Schinagl.
Z. Z. A. X. 1938: An Wochentagen 68.700; an Sonntagen 92.100. Z. Z. Preisliste Nr. 2 gültig.
Verlag und Druck: „Albrecht Dürer", Gesellschaft m. b. H. Sämtliche: Wien, 1. Bez., Graseggasse 8.

Niemand will sie haben.

Bezeichnende Maßnahmen gegen die Juden in allen Ländern. — Nur Deutschland soll sie dulden.

Aus einer Reihe von Ländern liegen Meldungen über Maßnahmen gegen das überwuchernde Judentum vor, die auch die Hetze gegen Deutschland in einem bezeichnenden Licht erscheinen lassen.

Die belgische Regierung hat neue verschärfte Maßnahmen zur Verhinderung der jüdischen Einwanderung ergriffen. Die Grenzwachen sind in diesem Zusammenhang erneut verstärkt worden. Die von der Regierung beschlossene Einrichtung von Konzentrationslagern für Juden und Emigranten, die sich in Belgien eingeschmuggelt haben, hat bereits zu praktischen Maßnahmen geführt. In der früheren Strafkolonie von Merxplas bei Antwerpen sind in den letzten Tagen und Wochen mehrere Hunderte von Juden untergebracht worden. In nächster Zeit soll diese Zahl auf mehrere Tausend gesteigert werden. Die Juden werden zum Arbeiten verpflichtet und erhalten dafür kleine Lohnentschädigungen. Weitere Konzentrationslager werden demnächst eingerichtet, unter anderem in Marneffe zwischen Namur und Lüttich.

Polen hat seine Grenzen nicht nur gegen jede jüdische Einwanderung gesperrt, sondern es weigert sich auch neuerdings, seine eigenen jüdischen Staatsangehörigen zurückzunehmen, die bisher im Ausland lebten, weil es nicht weiß, was es mit all den Juden anfangen soll.

In Holland hatte der „Nieuve Rotterdamsche Curant" eine Rundfrage bei den zuständigen Kolonialpolitikern über die Möglichkeit der Unterbringung von Juden in holländischen Kolonien veranstaltet. Die Antwort war stark ablehnend. Es wird darin betont, daß für eine Ansiedlung von Juden in holländischen Kolonien nicht die geringste Möglichkeit gegeben sei und jeder Versuch in dieser Richtung zu einem ähnlichen Fiasko führen müßte wie in Palästina.

Auch die Bevölkerung in Holland verlangt stürmisch, daß Maßnahmen gegen die Juden ergriffen werden, deren Wirken man eben auch dort erkannt hat. So wurde in Amsterdam in einer politischen Versammlung, die von etwa 10.000 Menschen besucht war, die Forderung erhoben, sämtliche nach 1914 eingewanderten Juden wieder auszuweisen sowie alle jüdischen Richter und Lehrer zu entfernen.

Auch aus anderen Ländern, so aus Australien und Südafrika, liegen ähnliche Meldungen vor, aus denen eindeutig hervorgeht, daß man auch dort keine Sehnsucht nach einer jüdischen Einwanderung besitzt.

In Columbien wurde mit großer Freude von der Bevölkerung ein Gesetzesentwurf begrüßt, in dem das Einreiseverbot für die Juden vorgesehen ist. Costa Rica hat seiner Gesandtschaft in Paris strenge Weisung gegeben, Gesuche jüdischer Emigranten um die Gewährung der Einreise abzulehnen. Uruguay stoppt gleichfalls die Einwanderung und hat an 500 jüdische Familien, die Land in Uruguay kaufen wollten, Absagen ausgehen lassen. In Ecuador, wo sich bereits zahlreiche Juden befinden, haben sich die Emigranten derart benommen, daß nunmehr alle Anstalten getroffen werden, die unerwünschten Gäste wieder loszuwerden. Auch in Australien verlangt die Bevölkerung, daß die Einreise gesperrt wird.

Diese Haltung stimmt vollkommen mit jener überein, die von sämtlichen Staaten auf der seinerzeitigen Konferenz in Evian eingenommen wurde. Auch dort wurde von den Vertretern aller Regierungen die Aufnahme von Juden abgelehnt, die man selbst in den dünnst besiedelten Erdteilen, in Afrika und Australien, nicht unterzubringen vorgab. Das ohnedies überbevölkerte Deutschland jedoch will man zwingen, sie in seinen Grenzen zu behalten. Das ist das wahre Gesicht der Kreise, die täglich von Humanität faseln und über das Schicksal der „armen und bedrückten Juden" in Deutschland jammern, selbst aber sehr schwerhörig werden, wenn es darum geht, diesen Juden praktisch zu helfen.

199 Millionäre unter den „armen" Berliner Juden.

Die Juden haben bekanntlich auf Grund einer Verordnung vom April 1938 ihr Vermögen anmelden müssen. In Berlin waren insgesamt 35.802 Juden anmeldungspflichtig, das heißt, diese Juden haben ein Vermögen von 5000 Reichsmark und mehr. Die reichsten Juden Berlins konnten zahlenmäßig bereits ermittelt werden. Diese Zahlen gelten nur für die Berliner Juden und das Ergebnis der Ermittlungen beruht ausschließlich auf den eigenen Angaben der anmeldungspflichtigen Juden. Die Zahlen dürften daher eher zu niedrig, als zu hoch sein:

894 Berliner Juden besitzen nach Abzug vorhandener Schulden ein Vermögen von 300.000 Reichsmark und mehr; davon besitzen

346 Juden ein Vermögen von über eine halbe Million,

125 Juden ein Vermögen von über eine Million,

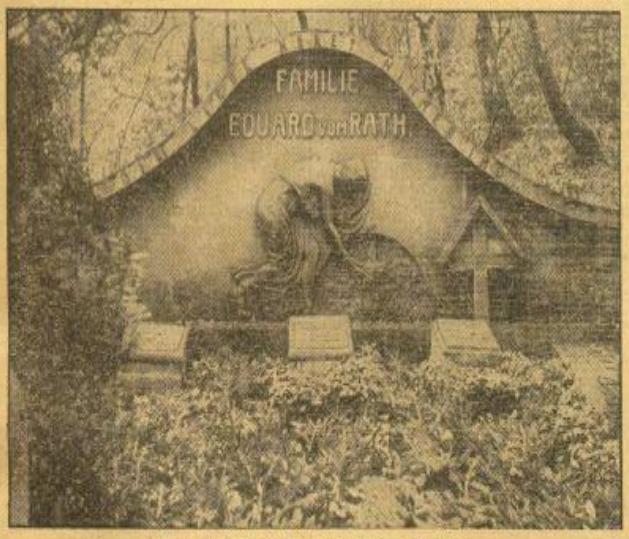
37 Juden ein Vermögen von über zwei Millionen,

17 Juden ein Vermögen von über drei Millionen,

sieben Juden ein Vermögen von über vier Millionen,

acht Juden ein Vermögen von über fünf Millionen und

je ein Jude ein Vermögen von über sechs Millionen, sieben Millionen, acht Millionen, zehn Millionen und zwölf Millionen Reichsmark.



Das Erbbegräbnis der Familie vom Rath.

In Düsseldorf liegt die Gruft der Familie vom Rath, in der der ermordete junge Gesandschaftsrat vom Rath morgen Donnerstag zur letzten Ruhe gebettet wird.

Bild: Weltbild.

Weltjudentum und Bolschewismus Arm in Arm.

Weltjudentum und Bolschewismus verfolgen das gemeinsame Ziel der Zersetzung aller nationalen Staaten, um auf ihren Trümmern ihre Idee vom Weltreich verwirklichen zu können. Beide versuchen jedoch aus durchsichtigen Gründen, über die Gemeinsamkeit ihrer zerstörenden Tendenzen hinwegzutäuschen.

Die enge Waffenbrüderschaft zwischen Weltjudentum und Bolschewismus wurde auf keiner der vielen judenfreundlichen Versammlungen, die in diesen Tagen in den Vereinigten Staaten veranstaltet werden, deutlicher ge-

An die Betriebsführer und Betriebszellenobmänner!

Heute Mittwoch um 11 Uhr spricht Reichskommissar Gauleiter Bürckel aus den Steyr-Werken in Steyr zu der gesamten Arbeiterschaft der Ostmark.

Ich ordne hiemit Gemeinschaftsempfang an. In den Betrieben ist Betriebsappell anzusetzen, die Betriebszellenobleute sorgen für ordnungsgemäße Uebertragung der Rede.

Gauleiter Globocnik.

kennzeichnet als durch eine Kundgebung im vollbesetzten New-Yorker Madison Square Garden, wo am Montag Juden und Bolschewisten gemeinsam den Geburtstag der Sowjetunion feierten.

Nach den üblichen unverschämten Ausfällen gegen Deutschland machte in dieser Kundgebung der amerikanische Kommunist Earl Browder als Hauptredner das bemerkenswerte Eingeständnis, daß

der Antisemitismus in Amerika immer weiter um sich greife

und auch bei den kürzlichen Wahlen eine wichtige Rolle gespielt habe.

Ueberall gegen den Gaststaat.

Von 22 polnischen Kommunisten 20 Juden.

In Bialystok wurde am Montag ein Prozeß gegen 22 Kommunisten abgeschlossen, von denen 20, wie sich aus den Namen ganz klar ergibt, Juden sind. Den Angeklagten wurde nachgewiesen, daß sie eine gegen den Staat gerichtete Tätigkeit entfaltet haben. Das Bialystoker Gericht verurteilte die vier Hauptangeklagten zu je zwölf Jahren Zuchthaus, drei weitere erhielten je zehn und die übrigen Angeklagten Zuchthausstrafen zwischen zwei und acht Jahren.

1500 Berufe kämpfen in 12 Klassen.

Die Organisation der großen Olympiade der Arbeit.

Um tatsächlich jedem schaffenden Deutschen die Teilnahme am Reichsberufswettkampf des Jahres 1939 zu ermöglichen, haben DAF. und Hitlerjugend die Organisation des Wettkampfes in stärkstem Maße ausgebaut. So wurden für die insgesamt 1500 Berufssparten zwölf Leistungsklassen geschaffen, in deren Rahmen jedermann getrost zum Wettkampf antreten kann. Im einzelnen sind die Leistungsklassen nach Berufsjahren wie folgt festgelegt:

Für Angehörige gelernter Berufe.

Leistungsklasse I: Jugendliche im 1. Lehrjahr. Leistungsklasse II: Jugendliche im 2. Lehrjahr. Leistungsklasse III: Jugendliche im 3. Lehrjahr. Leistungsklasse IV: Jugendliche im 4. Lehrjahr. Leistungsklasse V: Facharbeiter und Gesellen mit nicht mehr als drei Berufsjahren. Arbeitsdienst eingerechnet. Leistungsklasse VI: Facharbeiter und Gesellen nach Erfüllung der Wehrpflicht bis einschließlich 6. Berufsjahr, zweijähriger Wehrdienst eingerechnet Leistungsklasse VII: Facharbeiter und Gesellen nach beendeter Wehrpflicht ab 7. Berufsjahr. Leistungsklasse VIII: Erwachsene mit Führungsaufgaben, z. B.: Betriebsführer, Prokuristen, Handlungsbevollmächtigte, Werkmeister, Schachtmeistergehilfen, die als Berufsbeste bereits aus der Leistungsklasse VI des Wettkampfes 1938 hervorgegangen sind.

Für Angelernte und Ungelernte.

Leistungsklasse IX: Jugendliche — an- und ungelernt — mit einem Mindestalter von 14 Jahren und mindestens vierteljähriger Arbeitspraxis. Angelernte Jugendliche im ersten Anlernjahr. Leistungsklasse X: Jugendliche, an- und ungelernt, nach vollendetem 15. bis 18. Lebensjahr und mindestens einjähriger Arbeitspraxis. Angelernte Jugendliche im zweiten Anlernjahr. Leistungsklasse XI: Angelernte Facharbeiter nach vollendetem 18. Lebensjahr. Leistungsklasse XII: Ungelernte Arbeiter nach vollendetem 18. Lebensjahr.

Die alleinigen Sieger des Weltkrieges.

Der Ruf nach Befreiung vom Joch Israels in Frankreich.

Die antijüdische Sammelbewegung Frankreichs läßt in Paris Flugblätter verteilen, in denen es u. a. heißt: Kaum hat sich Daladier öffentlich für eine Politik der logischen Entwicklung ausgesprochen, da schleudert das internationale Judentum, enttäuscht darüber, daß sein Krieg fehlgeschlagen ist, eine neue Brandfackel gegen die französisch-deutschen Beziehungen; denn das Attentat des Juden Herschel Seidel Grünspan auf den Gesandtschaftsrat vom Rath hat kein anderes Ziel.

Von 1914 bis 1918, da alle Länder in dem Glauben waren, für Recht, Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen und sich die Toten und Trümmer häuften, hat die Judeninternationale, die Kanonen-, Konserven- und Sarghändler, 80 Prozent des Goldes der ganzen Welt eingeheimst und damit ihre wirtschaftliche und politische Eroberung aller ausgebeuteten und ruinierten Länder gesichert. Die Juden allein sind die Sieger des Krieges.

Seit zehn Jahren aber befreien sich die europäischen Länder eines nach dem anderen aus dem Joch Israels. Nur nach dieser Befreiung kann die Einigkeit aller Franzosen erzielt werden.

Rücktritt der ungarischen Regierung.

Imredy mit der Neubildung beauftragt.

Ministerpräsident Imredy hat gestern dem Reichsverweser den Rücktritt des Gesamtkabinetts unterbreitet, worauf von Horthy mit der Neubildung der Regierung betraut wurde.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung.

Im Verlaufe einer großen Programmrede vor der Regierungspartei gab Ministerpräsident Imredy folgende Regierungsliste bekannt: Ministerpräsident: Imredy (wie bisher), Aeußeres: Kanya (wie bisher), Inneres: Kereszes-Fischer (wie bisher), Honvedminister: Feldmarschalleutnant Bartha (bisheriger Chef der Präsidialabteilung im Honvedministerium), Finanzen: Reménji-Schneller (wie bisher), Justizminister: Tasnady-Nagy (bisheriger Präsident der Regierungspartei), Unterrichtsminister: Graf Paul Teleki (wie bisher), Landwirtschaft: Graf Michael Teleki (bisheriger Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium), Handel und Industrie: Kunder (bisher Handelsminister), Minister ohne Portefeuille für die Angelegenheiten des Oberlandes: Andor Jaroß, Führer des oberländischen Ungartums.

Präsidentenwahl in Prag am Dienstag.

Die Verhandlungen über die slowakischen Autonomieforderungen beendet.

Die Verhandlungen der Slowaken mit den Vertretern der ehemaligen tschechischen Mehrheitsparteien über die verfassungsmäßige Verankerung der slowakischen Autonomieforderung sind gestern beendet worden. Die Vereinbarungen werden morgen dem Parlament vorgelegt werden. Es ist eine Einigung in den wesentlichsten Punkten erzielt worden. Die Finanzen, die Außenpolitik, das Heereswesen und das Verkehrswesen werden von gemeinsamen Ministerien verwaltet werden. Ueber den strittigen Punkt der Ernennung der slowakischen Landesregierung hat man sich dahingehend geeinigt, daß die Landesregierung vom Präsidenten der Republik ernannt wird.

Die Präsidentenwahl soll, wie verlautet, Dienstag nächster Woche stattfinden. Es dürfte bei der bisherigen Kandidatur Chvalkovskys bleiben.

Pick und Zwick.

Herr Pick: „Den ganzen Tag suach i **heut** scho mein Kamm und find na net!"

Frau Zwick: „Hab'n E' na am End **verlegt** wo?"

Herr Pick: „Dös net, aber meine zwa Buabn hab'n gestern anläßlich des „Tages der Hausmusik" a Familienkonzert geb'n und nachher war der Kamm verschwunden!"

Trauerbeflaggung am Donnerstag.

Anläßlich der Beisetzung des Gesandtschaftsrates vom Rath.

Der Reichsminister des Innern und der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda geben folgendes bekannt:

Morgen Donnerstag findet in Düsseldorf die feierliche Beisetzung des Gesandtschaftsrates Parteigenossen Ernst vom Rath statt. Die staatlichen und kommunalen Verwaltungen, Anstalten und Betriebe, die sonstigen Körperschaften, Anstalten und Spitzen des öffentlichen Rechts sowie die öffentlichen Schulen im ganzen Reich setzen aus diesem Anlaß morgen Donnerstag Trauerbeflaggung. Die Bevölkerung wird gebeten, in gleicher Weise zu flaggen.

Zwangsaufenthaltsorte für lästige Ausländer in Frankreich.

Bei der Behandlung der Ausländerfrage in den französischen Notverordnungen wurde festgelegt, daß diejenigen lästigen Ausländer, die — wie zahlreiche politische Flüchtlinge — nicht in der Lage seien, Frankreich zu verlassen, vom Innenminister fest umgrenzte Aufenthaltsorte angewiesen werden können. Zuwiderhandlungen gegen eine solche Zuweisung werden mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft.

Kurz und bündig.

Der Führer und Reichskanzler hat dem König der Belgier zum Namenstag drahtlich seine Glückwünsche übermittelt.

•

Der südafrikanische Wehr- und Wirtschaftsminister Oswald Pirow wird morgen Donnerstag zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin eintreffen. Der Führer wird den südafrikanischen Staatsmann empfangen. Ferner sind Empfänge vorgesehen bei Generalfeldmarschall Göring, beim Reichsminister des Auswärtigen v. Ribbentrop, bei Reichswirtschaftsminister Funk sowie beim Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel.

Vor der Landung abgestürzt.

Ein schweres Unglück nächst dem Amsterdamer Flughafen Schiphol.

Montag gegen 19 Uhr ist das fahrplanmäßige Flugzeug der Linie Berlin—Amsterdam „Isvogel" zwischen Amsterdam und dem Amsterdamer Flughafen Schiphol im Rieter-Polder abgestürzt. Das Flugzeug hatte vierzehn Fluggäste und fünf Mann Besatzung an Bord, von denen bald nach der Katastrophe drei tot geborgen wurden. Eine dreiköpfige Familie, der Steward und der Pilot blieben am Leben. Laut Angaben der Flugzeuggesellschaft K. L. M. befanden sich unter den Fahrgästen acht Personen deutscher, vier englischer und zwei tschechischer Staatsangehörigkeit. Unter den Toten befinden sich zwei Berlinerinnen und vier Mann der Besatzung. Die übrigen zwölf Fluggäste, mit Ausnahme von vier Engländern, alles Deutsche, sind teils schwer, teils leicht verletzt.

Es steht fest, daß das Flugzeug bereits über dem Flughafen Schiphol gekreist hatte, wegen einer Nebelbank aber nicht niedergehen konnte. Das Flugzeug kehrte bis zum Stadtrand zurück und flog von neuem Schiphol an. Plötzlich hörte man zwei Aufschläge. Die Maschine hatte unfreiwillig zweimal den Boden berührt, glitt einige hundert Meter über das Weideland und blieb schließlich in einem Entwässerungsgraben stecken. Unterwegs hatte die Maschine die Propeller, die Motoren und die Räder verloren und lag mitten durchgebrochen halb im Wasser.

Juden schwindeln 150 Millionen RM. ins Ausland.

Die Geheimnisse des „Diamantenklubs" entlarvt. — Zahlreiche Verhaftungen in ganz Deutschland. — Schwere Zeiten für die Zollbehörden.

Der deutschen Zollfahndungsstelle, insbesondere der Dienststelle in Köln, ist es gelungen, eine über ganz Deutschland verbreitete Organisation zur Verschiebung jüdischen Vermögens in das Ausland auszuheben. Hundert Ostjuden gehörten zu den Gründern dieser Verbrecherbande, die sich „Diamantenklub" nannte und ihren Sitz in Berlin hatte. Nahezu alle Mitglieder, die sich über das ganze Reich verteilten, konnten verhaftet werden.

Ihre Haupttätigkeit war ein schwunghafter Schmuggel mit Diamanten. Auf raffiniertesten Wegen,

in hohlen Zähnen, in Füllfederhaltern usw. brachten sie wertvolle Edelsteine nach Deutschland. Hier wurden sie von jüdischen Juwelieren mit wertvollen Einfassungen versehen und dann für Rechnung jüdischer Käufer wieder ins Ausland geschmuggelt.

Dadurch dürften Schmuckgegenstände in einem ungefähren Wert von 150 Millionen Reichsmark über die Grenze gebracht worden sein.

Diamanten und Banknoten im Waggonpolster.

Bei der Kontrolle eines D-Zuges der Strecke Köln—Brüssel machten die Beamten ebenfalls eine wertvolle Entdeckung. In einem Abteil erster Klasse fanden sie im Polster einer Bank deutsche Banknoten im Betrag von 46.000 Reichsmark, 220.500 tschechische Kronen, 175 Dollar sowie kostbare Brillantenschmuckstücke, goldene Armbanduhren und Ringe. Der Besitzer, der sich im Zuge befinden mußte, hatte jedoch aus begreiflichen Gründen sein beträchtliches Vermögen im Stiche gelassen und konnte auch durch die schärfsten Kontrollmaßnahmen nicht ermittelt werden. Ueber die Rassezugehörigkeit solcher Räuber am Volksvermögen dürfte jedoch kaum ein Zweifel bestehen.

Alle diese Fälle liefern nur neue Beweise, wie gerechtfertigt die neue Gesetzgebung gegen ein Gastvolk ist, das die Gastfreundschaft nicht zu schätzen weiß.

Das neue Dienstkleid der Eisenbahner.

Nach dem Vorbild im Altreich ist nun auch in Wien eine Bezirkskleiderkasse für den gesamten Bereich der Reichsbahnen in der Ostmark errichtet worden. Aehnliche Einrichtungen sollen späterhin in Linz und Villach ausgebaut werden. Damit treten auch die Dienstkleidervorschriften der Deutschen Reichsbahnen für die Ostmark in Kraft. Und zwar werden die dunkelblauen Blusen mit den Kragenspiegeln aus schwarzem Samt und rotem Vorstoß eingeführt. Die dunkelblaue Mütze in Kappform zeigt ebenfalls einen schwarzen samtenen Besatzkreisen mit rotem Vorstoß an den Rändern und hat einen schwarz lackierten Schirm. Sie ist geschmückt mit der Reichskokarde und dem Hoheitszeichen.

Besonders vorgesorgt ist für die im Außendienst tätigen Reichsbahner. Abgesehen von einer einheitlichen Kleidung für den reinen Arbeiterdienst, zu der auch ein Mantel und eine Dienstmütze mit Lederkinnriemen gehören, werden sie auch Wintermützen mit Ohrenschutz aus blauem Wollstoff erhalten. Auch ein allen Anforderungen entsprechendes Schuhwerk wird bereitgestellt.

Vorerst wird allerdings noch die vorhandene, nach den früheren Bestimmungen hergestellte Dienstkleidung ausgetragen werden, nur die neuen Rang- und Fachabzeichen sind anzubringen. Die Abänderungen werden bei den Uniformschneidern gemacht, mit denen Verträge abgeschlossen werden, so daß diese für längere Zeit Beschäftigung haben.

Sehnsucht nach geordneten Verhältnissen.

(Eigener Drahtbericht.)

In Zlabings wird jetzt die überraschende Feststellung gemacht, daß nicht nur jene Tschechen, die bis zur Befreiung dort wohnten und vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in das tschechische Gebiet geflüchtet sind, wieder aus diesem zurückzukehren trachten, sondern daß sogar Tschechen, die nie in dem jetzt befreiten Gebiet ansässig waren, auf einmal einwandern möchten, weil sie — wie sie selbst zugeben — den geordneten Verhältnissen in Südmähren den Vorzug vor den ungeklärten Zuständen in ihrer Heimat geben.

„Volksblatt"-Hausfrauennachmittag.

Für unseren Hausfrauennachmittag, der am kommenden Samstag (19. November) um 14.30 Uhr in der Wiener Volksbühne auf dem Matzleinsdorferplatz stattfindet, sind die festlichen Karten bei folgenden Vorverkaufsstellen erhältlich: Stadtbüro des „Kleinen Volksblattes", 1. Bez., Schulerstraße 11; Firma Janauschek, 3. Bez., Großmarkthalle; Firma Katz, 4. Bez., Karlsmarkt 79 (hinter Seelischhalle); Tageskasse der Volksbühne (Margaretner Orpheum), 5. Bez., Reinprechtsdorferstraße; Gasseneladen des „Kleinen Volksblattes", 8. Bez., Strozzigasse 8; Kaufhaus Währingergürtel, 9. Bez., Stadtbahnstation Währingerstraße; Papierhandlung Hans Barsch, 10. Bez., Favoritenstraße 70; Papierhandlung Linda, 12. Bez., Meiereiplatz 5.

Acht Jahre auf dem Donaugrund.

(Eigener Drahtbericht.)

Seit acht Jahren liegt auf dem Grunde der Donau, zwischen den Ortschaften St. Nikola und Sarmingstein in Oberdonau, ein Schlepper. Das Wrack bildete immer schon ein schweres Verkehrshindernis für den Schiffsverkehr auf der Donau. Nunmehr sind Taucher daran, die Planken des Schleppers zu zerschneiden und den Schiffskörper in kleineren Teilen ober Wasser zu bringen. Die Bergungsarbeiten werden über drei Monate in Anspruch nehmen.

„Darrotom nelhotseg."

Die Geheimschrift eines Vierzehnjährigen.

Von der Gendarmerie wurde am 12. d. gegen 15.30 Uhr in Siebenhirten der Lenker des Kraftrades A 1544, ein 14jähriger Junge, zur Ausweisleistung angehalten. Der Junge behauptete „Franz Mayer" zu heißen und aus Atzgersdorf zu stammen. Das Motorrad wollte er von seinem Freunde Moldauer in Atzgersdorf ausgeliehen haben. In seinen Taschen wurde aber ein Vormerkbuch gefunden, das unter verschiedenen Eintragungen auch die anfänglich rätselhafte Inschrift „12. 11. 1938 darrotom nelhotseg r A 4451" aufwies. Die Schrift verkehrt gelesen lieferte sofort einen eindeutigen Hinweis auf die Herkunft des Kraftrades, denn sie lautete: „12. 11. 1938 Motorrad gestohlen. Nr. A 1544." Der Besitzer des Kraftrades ist ein Wiener Installateurgehilfe. Nach der Enträtselung der „Geheimschrift" zeigte sich der jugendliche Dieb sofort geständig.

Neuordnung im Linzer Marktwesen.

(Eigenbericht.)

Im Zuge der Neugestaltungen, die sich beim Ausbau der Gauhauptstadt Linz ergeben, ist nun der Linzer Großmarkt vom Adolf-Hitler-Platz verschwunden und auf den Hessenplatz übersiedelt. Nach dieser Verlegung des Linzer Marktes auf den Hessenplatz soll nun auch die Frage nach einer Markthalle in kürzester Zeit gelöst werden. Diese Markthalle soll auf dem Hessenplatz erstehen, und zwar auf dem Platz, den gegenwärtig noch das Kolosseum einnimmt. Die Halle wird dem kleinen Marktverkehr dienen, während die künftige Großmarkthalle im neuen Hafengelände errichtet werden wird.

Zwei Berchtesgadner Motorradfahrer tödlich verunglückt.

Auf der Linzer Reichsstraße in der Nähe von Salzburg stießen am 13. d. zwei Berchtesgadner Handwerksgehilfen, Franz Aschauer und Alois Bummer, auf ihrem Kraftrad mit dem Personenkraftwagen des Franz Rudaltinger aus Ried im Innkreis, der vorschriftswidrig auf der linken Seite fuhr, derart heftig zusammen, daß sie auf der Stelle tot waren. Der Kraftwagenlenker, der an dem Unglücksfall die Schuld trägt, wurde von der Gendarmerie festgenommen.

Aus unserer Gemeinde.

Herr Karl Hammerschmidt, Pensionist, Wien, 10. Bez., Fernkorngasse, feiert am 26. d. mit seiner Gattin Maria, geborene Bauda, die goldene Hochzeit. Das „Kleine Volksblatt" wünscht den beiden Jubilaren, die treue Leser unseres Blattes sind, alles erdenkliche Gute.

Ziehungsliste

über die Ziehung vom 15. d. der A-Ziehung (1. Klasse) der Ostmärkischen Winterklassenlotterie 1938/1939.

5000 RM. Nr. 38514.
2500 RM. Nr. 6614.
1000 RM. Nr. 10393.
500 RM. Nr. 9123 12368.
250 RM. Nr. 7 25296 25970 49115 58043.
150 RM. Nr. 5302 6455 7624 13780 14079 18367 26953 30092 32812 35918 37195 51730.
100 RM. Nr. 431 4758 12877 13425 16998 19309 26722 27962 29246 29375 30197 30488 31489 34435 35300 37218 37561 47456 47936 49296 50953 51146 51319 51596 53121 54647 56737 59385.

Außerdem wurden noch zahlreiche Treffer zu je 40 RM. gezogen. Die amtlich überprüfte Ziehungsliste der Klassenlotterie erscheint in der heutigen Ausgabe der „Wiener Zeitung".

Einige Späße.

Weitblick.

Zwei saßen im Restaurant in einer stillen Ecke und aßen weichgekochte Eier.

„Warum leckst du denn den Löffel so umständlich ab?"

„Meinst du, ich wollte mir die Tasche voll Ei schmieren?"

Körperertüchtigung.

Der Schmiedegeselle ließ den Hammer einen Augenblick ruhen und trocknete sich den Schweiß von der Stirn, als seine Braut in die Schmiede kam.

„Wollen wir nicht heute abend ins Kino gehen?" fragte sie munter.

„Nein, Schatz", antwortete er, „ich will heute Fußball spielen."

„Ach", schmollte sie, „dein ewiges Fußballspielen habe ich wirklich satt."

„Aber, aber", meinte der junge Mann ruhig und fing wieder an, den Hammer zu schwingen, „man muß doch etwas Bewegung haben."

Der kleine Kaufmann.

„Fritz, wieviel Artikel gibt es?"

„Zwei, Herr Lehrer."

„Wie kommst du auf diese Zahl?"

„Mein Vater sagt im Laden immer, es gibt Artikel, die gehen, und es gibt Artikel, die nicht gehen."

Naturgeschichte.

„Nennt mir ein seltenes Tier in Australien!"

„Der Elefant!"

„Der lebt doch nicht in Australien!"

„Darum ist er dort selten!"

Herbe Kritik.

Ullrich war im Urlaub. Die Wirtin brachte ihm zum Frühstück ein winziges Schälchen Honig.

„O, wie reizend!" rief Ullrich, „eine Biene besitzen Sie auch?!"

„Volksblatt"-Fahrt
nach
Znaim.
Samstag, den 19. und Sonntag, den 20. November (Wien—Retz—Znaim—Znaim). Gesamtpreis (Fahrt, Verpflegung, Nächtigung und Führungen) RM. 12.—. Abfahrt Samstag (19. November) 10 Uhr, vom Liebenberg-Denkmal. Anmeldungen bei „Austrobus", 1. Bez., Dr.-Karl-Leger-Ring Nr. 8
(U 27-0-10).

Heiratsschwindler mit unfehlbarem System.

Umfangreiche Gaunereien eines alten Verbrechers.

Wie sehr das Verbrechertum auf die Leichtgläubigkeit der Leute rechnet, zeigte eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffensenat des OLGR. Dr. Bogdan im Landgericht I durchgeführt wurde. Angeklagt war der 50jährige Provisionsvertreter Thomas Singer, der sich heiratslustigen Frauen fälschlich als Architekt vorstellte und auf diesem Wege zwei älteren Frauen zusammen 4000 Reichsmark herauszulocken vermochte. Thomas Singer ist

der richtige Typ des Glücksritters und Abenteurers.

Schon mit zwanzig Jahren verbüßte er in Lugano eineinhalb Jahre Gefängnis und dann ging es in bunter Reihenfolge bis zum Jahre 1914. Desertionen brachten wieder Kerker ein, und auch die Nachkriegszeit eröffnete der Angeklagte gleich mit sechs Jahren Kerker; aber von da an hielt er sich doch einigermaßen. Im Jahre 1932 kam er von Algier nach Wien, wo er gleich einen Vorschlag des Besitzers des Tanz- und Konzertcafés „Paulanerhof" annahm, sich an dem Betrieb zu beteiligen.

Um sich die Geschäftseinlage von 16.000 Schilling herbeizuschaffen, hielt Singer Ausschau nach Ehebekanntschaften.

Von einer Frau Elise R. beschaffte er sich tatsächlich 5000 Schilling, die ihm aber in der Folge doch wieder einen unfreiwilligen Aufenthalt in Stein kosteten. Wieder in Freiheit, machte sich der Angeklagte an eine Arztenswitwe heran, und auch diese Frau stellte ihm neuerlich Geldmittel zur Verfügung.

Thomas Singer gibt vor Gericht auch an, daß er ein Roulettesystem erfunden habe, das garantiert keinen Fehlschlag bringen könne. — Staatsanw.: Bei dieser Unfehlbarkeit hätten sie doch weiterspielen müssen! — Angekl.: Es war nur eine Probe, mir fehlte ja das Geld, um mir 500 Jetons kaufen zu können.

Die betrogenen Frauen sagten übereinstimmend aus, daß sie über das Vorleben des Angeklagten nicht unterrichtet wurden. Wenn sie gewußt hätten, daß er schwer vorbestraft ist, hätten sie ihm kein Geld zur Verfügung gestellt.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Thomas Singer unter Anwendung des außerordentlichen Strafmilderungsrechtes zu zwei Jahren schweren Kerkers. Die Untersuchungshaft vom 3. August an wurde in die Strafzeit eingerechnet.

Innsbrucker Geiselmord vor den Geschwornen.

Durch eine Woche hindurch haben sich die Innsbrucker Geschwornen mit den Verbrechen dreier ehemaliger Heimwehrgrößen zu beschäftigen, gegen die die Anklage wegen Verbrechens des Meuchelmordes erhoben wurde. Angeklagt ist der ehemalige Heimwehr-Stadthauptmann Ernst Martin, der Kaufmann Johann Tomaschek und Rudolf Penz. Der letztere ist auch wegen Verbrechens der versuchten Verleitung zum Verbrechen des Mordes angeklagt.

Im Juli 1934 wurde zur Niederringung der Nationalsozialisten die „Tiroler Heimatwehr" aufgeboten, darunter auch die Höttinger Gausturmkompanie, deren Kommandant Penz, ein mehrfach vorbestrafter Verbrecher, war. Es wurde beschlossen, prominente Nationalsozialisten als Geiseln auszuheben und zu verhaften. Diese Aufgabe fiel dem Heimwehr-Stadthauptmann von Innsbruck, Ernst Martin, zu, der binnen wenigen Stunden zehn Geiseln einlieferte, unter ihnen auch den Hauptmann a. D. Josef Honomichl, einen verdienten Offizier aus dem Weltkrieg und begeisterten Kämpfer für den Nationalsozialismus.

Gegen Mitternacht des 25. Juli 1934 teilte Martin dem Penz mit, daß Honomichl erschossen werden müsse. Penz erhielt den Auftrag, ihn auf der Flucht zu erschießen oder erschießen zu lassen. Nachdem zwei Heimwehrleute eine diesbezügliche Zumutung des Penz abgelehnt hatten, fand sich endlich in Tomaschek der Mann, der bereit war, den Mord zu begehen. Tomaschek führte dann einige Geiseln zu einem Scheinverhör zu Penz, als vierter wurde Hauptmann Honomichl vorgerufen. Mitten auf der Stiege, die zum ersten Stock führte, streckte Tomaschek den Hauptmann mit einem wohlgezielten Schuß nieder. Die Anzeige wurde zwar erstattet, von der Staatsanwaltschaft aber zurückgelegt, da nach einem Bericht des Landesgendarmeriekommandos Tomaschek angeblich zum Waffengebrauch berechtigt gewesen sei. Erst nach dem Umbruch konnte eine genaue Untersuchung eingeleitet werden, die dann zur Verhaftung der drei Mordkomplicen Anlaß gab.

Der Verhandlung vor den Geschwornen beginnt am 21. d. und wird eine volle Woche in Anspruch nehmen. Den Vorsitz wird OLGR. Dr. Wolf führen.

Die Devisenschiebungen des Juden Barsz.

Ein Nachspiel zu dem großen Devisenschiebungsprozeß gegen den Juden Barsz und seine Genossen gab es gestern vor dem Amtsgericht Margareten (LGR. Dr. Vaneček), wo sich die 60jährige Private Aloisia Freund wegen Vorschubleistung bei einer Uebertretung gegen die Devisenverordnung zu verantworten hatte. Im April d. J. war auf dem Alsergrund eine Bande von Juden verhaftet worden, die sich in ganz großem Stil mit Devisenschiebungen beschäftigten. Der Anführer dieser Bande war der jüdische Bäckermeister Barsz, der durch einen gewissen Ernst Marx Gelder und Wertpapiere ins Ausland schmuggeln wollte. Als die Sache aber brenzlig wurde, suchte Barsz seine Schätze bei einer Reihe von Bekannten zu verstecken, es konnten aber nahezu die ganzen Werte durch die Devisenfahndungsstelle festgestellt werden.

Ein solches Versteck war auch bei der Angeklagten Aloisia Freund, die 12.000 Reichsmark in ihrer Küchenkredenz versteckt hatte. Das Gericht erkannte die Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig und verurteilte sie zu acht Tagen Arrest. Der Staatsanwaltliche Funktionär berief wegen zu geringer Bestrafung.

Reichslotterie für Arbeitsbeschaffung
465652 GEWINNE UND 20 PRÄMIEN
13/4 Millionen Mark

Kanonier Matt.

Von Hans Gäfgen.

Eigentlich hieß er ganz anders. Als aber beim Beginn der Ausbildung damals in den ersten Augusttagen 1914 der Leutnant nach den Berufen der einzelnen Kriegsfreiwilligen fragte, da sagte der bebrillte, bleiche Mensch mit dem unaussprechlichen Namen „stud. math.", Student der Mathematik also, was aber außer dem Leutnant nur wenige verstanden. Die anderen hatten nur etwas von „matt" gehört, und da der Mensch, wie gesagt, einen Namen hatte, den keiner behalten konnte, so hieß er von Stunde an „Matt".

Der Name schien auch trefflich zu ihm zu passen, denn dieser Kriegsfreiwillige war alles andere als stramm. Er hatte eine miserable Haltung, gab sich zwar alle Mühe, aber nichts wollte ihm zur Zufriedenheit der Vorgesetzten gelingen. Man merkte alle Augenblicke, daß er bisher immer hinter Büchern gehockt war und mit den Bauernburschen, die an körperliche Anstrengungen gewöhnt waren, es in keiner Weise aufnehmen konnte.

Der Wachtmeister hatte es besonders auf den Mann mit der Brille abgesehen. Hatte er schon an sich keine Sympathie für die „Herren Kriegsfreiwilligen", so war ihm der bleiche Mensch mit der schlappen Haltung ein Dorn im Auge. „Männeken, Sie heißen Matt, sie sind matt und Sie bleiben matt!" war noch einer seiner sanftesten Aussprüche. Er hetzte den armen Kerl zuweilen, wenn er, trotz aller Mühe, wieder einmal nicht rasch genug auf die Protze gesprungen war, über den fußtief mit Sand bedeckten Uebungsplatz. Und einmal verdonnerte er ihn sogar dazu, mit einem anderen Unglücklichen, der seinen Zorn erregt hatte, ein Geschütz, das fast bis zur Radnabe im Sand steckte, herauszuholen. Das ging über Matts Kräfte. Er fiel um wie ein Sack, aber im nächsten Augenblick schon riß er sich zusammen, stand wieder auf den Beinen und rief: „Zu Befehl, Herr Wachtmeister, ich versuch's noch einmal!"

Das war das erstemal, daß der schlappe Kerl dem Wachtmeister beinahe imponierte, und dann ging's bald darauf besser.

Es gab keinen besseren Kameraden als Matt. Daß er zwar ein Buch mit seltsamen Zahlen und Berechnungen bei sich hatte, in dem er studierte, sobald ihm der Feind ein paar Minuten Zeit ließ, das verstand keiner. Aber irgendwie hatten sie alle ein wenig Respekt vor dem Mann, vor allem seit dem Vorfall damals mit dem Geschütz im Sand.

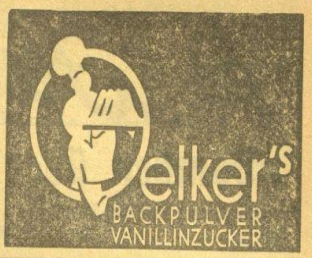
Und dann kam der Tag, wo die Batterie im Vormarsch auf einem Bahndamm Stellung bezog und in den Geschoßhagel schwerer feindlicher Artillerie geriet. Einer nach dem anderen von der Bedienungsmannschaft fiel. Ein Geschütz nach dem anderen schwieg, aber immer weiter flogen die feindlichen Geschosse wie beutetheischende, mächtige Raubvögel nieder. Es war Befehl gekommen, den Bahndamm unter allen Umständen zu halten.

Noch drei deutsche Geschütze feuerten.

Nur noch zwei.

Der Feind bereitete sich zum Gegenangriff, aber jeden Augenblick mußten auch die deutschen Verstärkungen kommen. Kanonier Matt schoß, als das zweitletzte deutsche Geschütz auch noch zum Schweigen gebracht war, ruhig, wie er es auf dem Uebungsplatz gelernt hatte. Als letzter war er übriggeblieben und mit übermenschlicher Kraft hielt er stand.

Im letzten Augenblick, als die feindlichen Angriffswellen sich schon dem Bahndamm näherten, erschienen die deutschen Verstärkungen und ihr Feuer warf den Gegner zurück. Man brachte Matt, den doch noch ein Granatsplitter erwischt hatte, hinter die Front in ein Lazarett. Als er noch einmal die Augen aufschlug, erkannte er das „Eiserne Kreuz" an seinem Rock, der über dem Stuhl hing, und die Unteroffiziersliteren. Da kam ein Lächeln auf sein bleiches Gesicht und er schlief ein, um nicht mehr aufzuwachen...



WETTER DIENST

Der langsame Umbau der Wetterlage hat zu einem Umschlag des Druckgefälles geführt. Das ungarische Hoch ist verschwunden und hat die Führung der Luftströmung an ein kleines Hoch über Nordwest-Deutschland abgegeben. Eine nördliche Strömung beendet die bisherige Luftruhe in der Ostmark, die Bewölkung hat allgemein zugenommen, was natürlich in den dauernd nebeligen Gegenden nicht beobachtet werden kann. Leichten Niederschlag gab es gestern in den Gauen Nieder- und Oberdonau; am heitersten war es mittags in Oberkärnten.

Vorhersage für heute: Weitere Ausdehnung der bewölkten Zone nach Südwesten (Kärnten). Allmählicher Abbau der Nebeldecke, stellenweise leichter Niederschlag, in der Niederung etwas wärmer, auf den Bergen kälter. Nördliche Winde.

Nochmals die „armen" Juden.

Zahlen gegen Märchen. — 60 v. H. des Grundbesitzes in Berlin in jüdischen Händen. — Der Jude am Profit des Wirtschaftsaufschwunges reichlich beteiligt.

Das Gejammer im Ausland um die „armen" Juden in Deutschland nimmt kein Ende. Das Weltgeschwätz von mittelalterlicher Verfolgung wird jetzt ergänzt durch das Märchen von der „systematischen Ausplünderung der deutschen Juden", das letzte Hemd würde ihnen in Deutschland weggenommen. Zu dieser treuesten Abart der jüdischen Hetze stellt der „Deutsche Dienst" fest:

Die Tatsache, daß bei den deutschen Juden überhaupt noch Milliardenwerte einzutreiben sind, daß sie in bester Lage Geschäfte betreiben, besagt logisch, daß es mit der Ausplünderung durch das Dritte Reich nicht so schlimm sein kann. Die wirtschaftliche Betätigung der Juden in Deutschland ist immer noch so umfangreich, daß die Finanzämter amtlich den jüdischen Besitz im Reichsgebiet auf die Kleinigkeit von acht Milliarden schätzen, welche sich auf 700.000 Menschen verteilen. Es ergibt sich also, daß

der einzelne verfolgte und entrechtete Jude — man höre und staune! — 4½mal soviel Vermögen besitzt, als ein Sohn des deutschen 80-Millionen-Volkes.

Die armen, ausgeplünderten Juden stellen allein in Berlin 200 Millionäre, darunter solche, die 8, 10 und 12 Millionen ihr bescheidenes Eigentum nennen. Nahezu 900 Juden in Berlin verfügen über 300.000 RM. vermögen und mehr! Ueber 1000 jüdische Millionenkrösusse gibt es im Reichsgebiet, und das nach sechs Jahren antisemitischer Herrschaft! Da faselt man im Auslande, daß es seit Picarres Massenmorden bei der Eroberung des Inkareiches nicht solch grausame Tyrannei wie die deutsche gegeben habe, und dann wagt man die ungeheuerliche Forderung zu erheben, Washington möge der Reichsregierung im Namen der morderfüllten Menschheit einen Protest unterbreiten.

Nein, wenn heute den Juden in Deutschland etwas genommen wird, so ist das nur ein Bruchstück dessen, was diese geldgierige und bei uns seit alters äußerst unbeliebte Rasse bisher so gut wie ungestört zusammenscharrte.

Das Steueraufkommen weist eindeutig nach, daß bei dem Wirtschaftsaufschwung des nationalsozialistischen Staates ausgerechnet der Jude wieder den meisten Profit davontrug und seelenruhig einen beispiellosen Gewinn machte.

Wie kolossal der jüdische Anteil am Ertrage der von den Nationalsozialisten erneuerten Wirtschaft ist, beweisen die Gewinne allein in der Bekleidungsindustrie: Sie flossen fast hundertprozentig in die Säckel der „armen" Juden. Wie ruhig der Besitz dieser „Rechtlosen" bei uns noch heute ist, geht ferner daraus hervor, daß sich

60 Prozent des Grundbesitzes in der Reichshauptstadt in den Händen dieser angeblichen Bettler

befinden. Diese nüchternen Zahlen reden eine sachlich bei weitem eindrucksvollere Sprache als die gedankenlosen Lamentationen der von jüdischer Suggestion in eine durch und durch verlogene Psychose versetzten Menschenrechtler des Auslandes.

Niemand will sie haben.

Aus den Meldungen eines Tages über die Geneigtheit anderer Staaten, Juden aufzunehmen oder zu behalten, seien folgende wiedergegeben:

Polen: Die diplomatischen Vertreter in London, im Haag und in Brüssel sind angewiesen worden, sorgfältig die Entwicklung der Aktionen zu verfolgen, die zugunsten der jüdischen Flüchtlinge in die Wege geleitet worden sind, und besonders darauf zu achten, ob auch die Notwendigkeit der Aufnahme der jüdischen Auswanderer aus Polen berücksichtigt wird.

Holland: Eine offenbar von amtlicher Seite stammende Erklärung, die durch den holländischen Rundfunk verbreitet wurde, richtet sich gegen die, wie es heißt, im Ausland herrschende irrige Auffassung, als habe Holland seine Grenzen den aus Deutschland auswandernden Juden geöffnet. Dies sei durchaus nicht der Fall.

Australien: Es besteht keineswegs die Absicht, eine größere Anzahl Juden aufzunehmen. Die Regierung will nicht einmal die schwach bevölkerten Gebiete in Nord-Australien für die Einwanderung von Juden freigeben.

Samstag, 19. November, Elisabeth. — 1828: Franz Schubert gestorben.

Das Schuldkonto des Judentums.

I.

Makkabäer in der Roten Garde.

In der ganzen Welt hat das Judentum eine haßerfüllte Hetze gegen Deutschland entfacht, die sich vorwiegend auf die verlogene Behauptung gründet, den Söhnen Israels geschähe im Reich bitteres Unrecht. Da es auch im eigenen Land einzelne Vergeßliche gibt, denen die Ausschaltung des Judentums zu radikal erscheint, seien einige Blicke in sein überreiches Schuldkonto geworfen. Man braucht dabei gar nicht auf die Vorkriegszeit zurückgreifen, in der sich die Juden durch das Banken- und Börsenwesen eine ihnen nicht zustehende Kontrolle über die gesamte Geldgebarung des deutschen Volkes und eine unerhörte wirtschaftliche Vormachtstellung zu sichern gewußt hatten: es genügt, die Jahre seit dem Zusammenbruch in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen, um zu erkennen, daß alles Böse, von dem das deutsche Volk heimgesucht wurde, vom Judentum und wieder vom Judentum kam.

*

Es sind jetzt gerade zwanzig Jahre her, daß die heimkehrenden Soldaten auf den Bahnhöfen von kommunistischen Horden entwaffnet und den Frontkämpfern die Sterne und Auszeichnungen vom Rock gerissen wurden. Eine rote Garde, die sich Volkswehr nannte, hatte unser Land mit einem wahren Schreckensregiment überzogen, sprengte Versammlungen und verhaftete willkürlich Menschen, die nicht Marxisten waren. Für die eigene Tasche wurde „requiriert" und „sozialisiert", was nicht niet- und nagelfest war. Die Volkswehr war die gewalttätige Bahnbrecherin der Revolution und damit auch der Entrechtung, die sie für unser Volk im Gefolge hatte.

An der Spitze der Volkswehr stand als Staatssekretär der sattsam bekannte Jude Dr. Julius Deutsch, der für ihr Unwesen die volle Verantwortung trägt. Er war auf diese Truppe, die er in zahlreichen Reden als das „neue Heer des Proletariats" feierte, mächtig stolz und benützte sie fortgesetzt zu politischen Erpressungen. Während des Krieges war Dr. Deutsch als Oberleutnant dem Kriegsministerium zugeteilt. Die Tätigkeit, die er dort entfaltet hatte, schilderte er später in seinem Buch „Aus Oesterreichs Revolution", in dem er sich offen der Spionage und der Sabotage rühmte. Wegen dieses Wirkens wurde er öffentlich mit der Bezeichnung „Schuft" belegt; Gerichte zweier Instanzen haben bestätigt, daß eine solche Kritik voll gerechtfertigt sei. Als die Volkswehrherrlichkeit zu Ende war, setzte Dr. Deutsch seine „militärische" Laufbahn als Häuptling des Republikanischen Schutzbundes fort. Seine schmähliche Rolle in den Februartagen, in denen er die verführten Arbeiter im Stiche ließ, um sein wertvolles Leben über die Grenze in Sicherheit zu bringen, ist noch allgemein in Erinnerung.

Die hauptsächlichsten Mitarbeiter des Dr. Deutsch in der Volkswehr waren die beiden Juden Braunthal, später als Hetzjournalist bekannt, und Dr. Luitpold Stern, der, als auf seine Mitarbeit im Heer kein Wert mehr gelegt wurde und er sich nur mehr kulturell betätigen konnte, Militärkapellen als „musizierende Mörder" bezeichnet hat. Dieses Gespann leitete das Bildungsreferat und hatte für die politische Schulung der Volkswehrmänner zu sorgen. Welcher Art sie war, zeigten die täglichen lärmenden Straßendemonstrationen der sogenannten Soldaten.

An der Spitze des Soldatenrates, der die eigentliche Kommandogewalt besaß, stand der Jude Dr. Frey, der den Titel „Hauptmann" führte. In dieser Körperschaft saßen der jüdische Kommunistenführer Koritschoner sowie zwei Tagesberühmtheiten: Rothziegel und Steinhardt, beide gleichfalls Juden, bekannt durch Straßenschießereien, die sie auf eigene Faust veranstaltet hatten. An der Spitze eines der berüchtigsten Bataillone, das sich ohne Umschweife „Rote Garde" nannte, stand der Oberleutnant Egon Erwin Kisch, ein jüdischer Journalist aus dem Prager Ghetto. Seine Truppe besetzte Zeitungsgebäude, hißte bei der Ausrufung der Republik vor dem Parlament rote Fahnen und schoß wild auf dem von Menschen erfüllten Ring herum.

So wird hinter dem Terror, der dazumal alle gesunden Abwehrkräfte niederhielt, die Fratze Judas sichtbar. Ehrliches Soldatentum sagt den Hebräern nicht zu. Als es aber galt, gegen das Volk die Idee der Zerstörung durchzusetzen, tauchten Makkabäer in Waffen auf und schufen den jüdischen Beutekommandos der Schieber und Spekulanten freien Weg. —r.

Englands Hungerpeitsche in Palästina.

Kleine Kinder ohne Milch. — Die Existenz ungezählter Familien zugrunde gerichtet. — Zwischenfälle über Zwischenfälle.

Seit einigen Tagen wird, wie berichtet, in Palästina die schärfste Telegrammzensur geübt, um alle Zwischenfälle im Lande, selbst wenn sie nur verhältnismäßig harmlose Vorgänge betreffen, nicht mehr durchzulassen. Damit wird der Versuch gemacht, den Eindruck zu erwecken, als ob in Palästina so etwas wie ein Friede eingekehrt sei.

Das Gegenteil ist jedoch richtig. So wurden neuerlich wieder spontane Sympathiekundgebungen der Araber für die Freiheitskämpfer und den Mufti von Jerusalem unterdrückt und die Veröffentlichung zahlreicher Telegramme an den englischen Kommissar zugunsten des verbannten Muftis verboten. Anderseits bringt die Judenpresse in großer Aufmachung einen angeblich zustimmenden Brief von gänzlich unbekannten Leuten und stellt ihn als Billigung der politischen Verhältnisse hin. Aus der Provinz Samaria kommt die Nachricht, daß dort eine englische Truppe eine schwere Niederlage erlitten hat.

Die Hilfstruppen der Engländer liefen während eines Zusammenstoßes alle zu den Freischärlern über.

Die Armut der arabischen Bevölkerung hat in geradezu ungeheurem Maße zugenommen. Ein Antrag der Araber, während des Verkehrsstreiks wenigstens Lebensmittel in Lastwagen heranschaffen zu können, wurde von der Regierung abgelehnt.

Die Lebensmittelknappheit unter den Arabern ist so groß, daß nicht einmal die kleinen Kinder mehr Milch haben.

Die Abwehraktion der Araber gegen die brutale Vergewaltigung ihrer Rechte haben die Zahl der englischen Menschenjagden auf die Freiheitskämpfer ins Uferlose gesteigert.

Die Konzentrationslager und Gefängnisse sind überfüllt.

Daneben werden Hunderte von Arabern zwangsweise zur Strafarbeit ohne jedes Entgelt eingesetzt, so daß sie wie Sklaven dienen müssen.

Besonders die Fellachen sind kaum noch in der Lage, Lebensmittel zu kaufen, da sie gezwungen werden, „Kollektivstrafen" zu zahlen, die für sie ein geradezu unvorstellbares Ausmaß erreicht haben. Die allein in diesem Jahre auferlegten „Strafen" für jeden Akt des Freiheitskampfes — und mochte er noch so geringfügig sein — werden auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt, was für die armen Fellachen das Ende jeder Wirtschaft bedeutet. Dazu kommen ganze Dörfer, die mit Etrafit in die Luft gesprengt wurden. Nachdem man zum großen Teil auch noch ihr Vieh enteignet hatte, kämpfen ungezählte Familien heute buchstäblich um das nackte Leben.

Zwei Araber durch eine Bombe zerrissen.

Die „Durchsuchungen" in Palästina durch englisches Militär halten weiter an. Dabei wurden in den Dörfern Saffuriya und Ainil Kastel (Bezirk Galiläa) wieder zwei Araber, die die englische Postenkette zu durchbrechen versuchten, beschossen und verwundet. In Tulkarem ereignete sich in einem Haus eine Bombenexplosion. Zwei Araber fanden dabei den Tod. Das Haus wurde beschädigt.

Im Zeichen der Kultur.

Englische Truppen, die in dem Dorfe Rene, östlich von Nazareth, eine Durchsuchung planten, fürchteten, auf der Landstraße auf ausgelegte Landminen zu stoßen. Den vorgehenden Truppen wurde daraufhin

ein von Arabern gestohlener Kraftwagen vorausgeschickt, in den man einen 70jährigen katholischen Priester setzte.

Das Auto mußte vor den in das Dorf einrückenden Truppen herfahren, damit die auf der Landstraße möglicherweise ausgelegten Minen vor den einmarschierenden Truppen explodierten.

Das Vorgehen des englischen Militärs gegen den Priestergreis wird darauf zurückgeführt, daß der Geistliche wegen seines Auftretens gegen Roheiten der Truppe den Zorn der Militärbehörden auf sich gezogen habe.

Hauptschriftleiter: Hanns H. Amann.
Chef vom Dienst: Hermann Mailler. Innen- und Außenpolitik: Hermann Wolf. Lokaler Teil: Richard Quapil. Theater, Kunst, Film und Bilderdienst: Dr. Roman Herle. Sport und Gericht: Richard Handler. Wirtschaft, Unterhaltung und Schrifttum: Franz Stamprech. Anzeigenteil: Erich Schinagl. D. A. X. 1938: Ist Wochentagen 68.700; an Sonntagen 92.100. Z. Z. Preisliste Nr. 2 gültig.
Verlag und Druck: „Albrecht Dürer", Gesellschaft m. b. H. Sämtlich: Wien, 8. Bez., Strozzigasse 8.

Husten **Pühlmann-Tee**
Sie infolge Erkältung?
beseitigt Reizhusten, wirkt schleimlösend, hustenstillend! Auch für Kinder! Alle Apotheken führen ihn! — Originalpackung RM. 1·67 und 2·73. — Generaldepot: „Krebs-Apotheke", Wien, I., Hoher Markt 8, Abt. 559.

Aufbauarbeit 'm Zlabingser Ländchen.

In den zwanzig Jahren der tschechischen Herrschaft hatte das Zlabingser Ländchen viel zu leiden. Nach der Heimkehr ins Reich macht sich, wie in allen Orten, bereits der nationalsozialistische Aufbauwille bemerkbar. So sind die Arbeiten zur Erweiterung des Telephonnetzes in der Richtung gegen Znaim in vollem Gange, so daß bald der Betrieb aufgenommen werden kann. Auch in den Privatbetrieben gibt es wieder Arbeit. So hat die Genossenschaftsbrennerei in Piesling ihren Betrieb in vollem Umfang aufgenommen und dadurch eine umfangreiche Zahl von Volksgenossen der Arbeit zugeführt. Weiter ist geplant, in Zlabings eine Fachschule für Textilindustrie im Hinblick auf die vielen vorhandenen Textilfabriken zu errichten. Das ehemalige tschechische Zollhaus wird zu einem Sanatorium umgestaltet.

Lord Zetland „zetert" bestürzt.

Die deutsche Innenpolitik gehört aber nicht zum Ressort des englischen — Indienministers.

Der britische Indienminister Lord Zetland hielt am Freitag in Torquay eine Rede, in der er sich auch mit den deutschen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden nach dem feigen Meuchelmord des Judenjungen Grünspan an dem jungen Gesandtschaftsrat vom Rath beschäftigte.

In völliger Verständnislosigkeit gegenüber der spontanen Abwehraktion des gesamten deutschen Volkes gegen die neue Herausforderung des Weltjudentumes erklärte der Minister, daß seine im Anschluß an München gehegten Hoffnungen durch die Ereignisse der letzten Wochen in Deutschland stark erschüttert worden seien. (!) Zwar muß auch Lord Zetland zugeben, daß man nur Abscheu für das scheußliche Verbrechen empfinden könne, das der polnische Jude begangen habe, der einen unschuldigen deutschen Diplomaten ermordet habe. Dann aber mischt sich der Lord unbekümmert in die deutsche Innenpolitik und lamentiert,

„man stehe bestürzt vor den Vergeltungsmaßnahmen, die Deutschland gegen Tausende von unschuldigen Personen ergriffen habe."

Dr. Goebbels habe erklärt, daß die Reichsregierung es nicht wünsche, daß England daran Interesse nehme, wie Deutschland die Judenfrage löse. Für diese eindeutige und in jeder Weise gerechtfertigte Erklärung findet der britische Minister eine in höchstem Grade erstaunliche Erwiderung. Der einzige Kommentar, den er dazu abgeben wolle, so erklärte er, sei lediglich der, daß selbst ein solcher Wunsch einer so hochgestellten Persönlichkeit, wie der des Reichsministers für Volksaufklärung, nicht imstande sei, das „Gewissen eines ganzen Volkes", und zwar nicht nur des englischen, sondern der „ganzen zivilisierten Welt" zu unterdrücken (!). Schon aus menschlichen Erwägungen erheische das deutsche Judenproblem eine eilige Behandlung auf internationalem Gebiet.

Man könne versichert sein, daß die britische Regierung diesem Problem seine „ernstesten Erwägungen" widme.

Dabei soll es aber offensichtlich — wie stets bisher — im wesentlichen bei den „Erwägungen" bleiben, denn der Lord fügt hinzu, daß die britische Regierung bereit sein werde, eine Freistätte innerhalb des britischen Imperiums „für einige" von ihnen zu finden.

*

Daß es gerade der englische Minister für Indien ist, der von „scheußlichen Vergeltungsmaßnahmen Deutschlands gegen die Juden" spricht, ist eine Groteske. Sind wir vielleicht mit den Juden so verfahren wie die Engländer mit den Indern? Hat dieser Herr Minister ein so kurzes Gedächtnis, daß er schon vergessen hat, wie im Norden Indiens Bomben auf Hindudörfer geworfen wurden? Gerade die Geschichte des Kampfes Englands um seine Herrschaft in Indien ist voll Blut und Grauen. Die englische Methode, gefangene Inder vor die Kanonenmündung zu binden und dann das Geschütz abzufeuern, haben bisher nicht einmal die Bolschewisten nachgeahmt. Und wenn sich irgendwelche Distrikte des weiten Indien gegen die englische Fremdherrschaft erhoben, wurde diesen Gegenden nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes gewaltige Summen als Kontributionen auferlegt. Soll außerdem noch daran erinnert werden, wie scheußlich die Engländer die Frauen und Kinder der Buren behandelten, als sie sich gewaltsam in den Besitz der Geld- und Diamantenfelder von Transvaal setzten?

Man könnte diese Liste englischer Brutalitäten bis in die jüngste Zeit — siehe Palästina! — schier endlos fortsetzen. Wir wünschen es nicht, weil uns an einer Verständigung der Völker und nicht an deren Verhetzung gelegen ist. Auf das schärfste aber wenden wir uns gegen die maßlose Heuchelei und die Anmaßung von Leuten, die besser tun würden zu schweigen, als daß sie durch die Ueberheblichkeit ihrer Kritik an ihre eigenen Sünden erinnern.

Pick und Zwick.

Herr Pick: „Mei Freund, der Glaserer, hat's guat — wissen S', was der tuat, wenn er ka Glas hat?"
Frau Zwick: „Na?"
Herr Pick: „Er trinkt aus dar Flasch'n!"

Judenabscheu nah und fern.

Wer die Juden kennt, will von ihnen nichts wissen.

Aus Anlaß des Besuches des ungarischen Staatssekretärs Dr. Antal in Berlin veranstaltete der Reichsverband der deutschen Presse am Donnerstag mittag einen Empfang.

Dr. Antal bezeichnete in seiner Ansprache, die sich mit den großen Problemen der ungarischen Presse befaßte, als die Hauptaufgabe der ungarischen Presse ihre Befreiung von allen zerstörenden Einflüssen eines fremden, nämlich des jüdischen Geistes. Dieser Geist habe die Presse von ihren hohen sittlichen Aufgaben abgedrängt und sie für eigensüchtige und wirtschaftliche Interessen eingesetzt, auch dann, wenn sie mit den allgemeinen Interessen der Nation durchaus nicht übereinstimmten.

Durch diese Entartung erkläre sich die Machtergreifung des Judentums in der Presse der ganzen Welt.

In der ungarischen Presse habe sie in den letzten Jahrzehnten eine geradezu unheimliche Ausdehnung gewonnen. Vor der Regierung Gömbös habe sich sozusagen die ganze ungarische Presse in jüdischen Händen befunden.

Selbsthilfe in der Bukowina.

Die seit längerer Zeit in der Bevölkerung gärende Erregung über die jüdische Ausbeutung im Buchenlande hat am Mittwoch und Donnerstag zu plötzlichen schweren Ausbrüchen geführt. In zahlreichen kleinen Städten und Dörfern rottete sich die Bevölkerung zusammen, drang in jüdische Geschäfte und Fabriken ein und legte Feuer an. Die Schuld an den Vorgängen liegt bei den Juden, die fast die ganze Industrie und den Handel in der Bukowina in der Hand haben, die arme Bauernbevölkerung schamlos ausbeuten und in der letzten Zeit besonders frech und herausfordernd auftreten.

Auch Belgien wehrt sich.

In Antwerpen veranstaltete der nationalistische Verband Legion Nationale eine Protestkundgebung gegen die jüdische Gefahr. Der Hauptredner erklärte u. a., das Judentum sei

eine Geißel für alle Staaten,

die ihm zum Opfer fielen. Brüssel, Antwerpen, Lüttich und andere belgische Städte seien zu großen jüdischen Zentralen geworden. In Antwerpen allein gebe es 60.000 Juden und in ganz Belgien mit seiner Gesamteinwohnerzahl von acht Millionen seien über eine halbe Million Juden. Die Folgen würden nicht auf sich warten lassen. Der Redner forderte die Regierung auf, scharfe Maßnahmen für die Kontrolle der jüdischen Einwanderung nach Belgien zu ergreifen.

Bolschewismus und Judentum.

Die „Associacion Hispano Hebraica" hat sich mit einem Aufruf für Rotspanien, in dem sie dieses Land als die beste Zufluchtsstätte für alle Juden bezeichnet, an die Oeffentlichkeit gewandt. Zur selben Stunde haben die roten Machthaber in Barcelona eine Note herausgegeben, in der sie unter schärfsten Schmähungen Deutschland und seine Regierung wegen der Maßnahmen gegen die Juden angreifen. Nach Beendigung des Krieges versprechen sie dazu, alle jüdischen Emigranten in Rotspanien aufzunehmen und ihnen dort eine Heimat zu geben.

Gibt es noch einen klareren Beweis für die enge Verwandtschaft des Bolschewismus mit dem Judentum?

Auf Grund dieser vorstehenden Erklärung des roten Häuptlings Negrin gingen umgehend in Barcelona begeisterte Danktelegramme der internationalen Judenorganisationen in der ganzen Welt ein. Das spanische Volk aber dürfte sich für die Hebräer bedanken!

Sonntag, 20. November, Felix. — 1917: Tankschlacht bei Cambrai.

Das Schuldkonto des Judentums.

II.

Ein Volk wird ausgeplündert.

Hatten die Juden schon während des Krieges als Heereslieferanten und Schleichhändler dick verdient, so gingen sie in der Nachkriegs- und Inflationszeit auf das Ganze: auf die systematische Ausplünderung des Volkes. Sie saßen noch in den Zentralen der unseligen Kriegswirtschaft und turnten sich von dort in die Sachdemobilisierung hinüber, die sie zu einem großen Ausverkauf gestalteten und bei der unschätzbare Werte meist wieder jüdischen Händlern zugeschanzt wurden. Der Direktor der Sachdemobilisierung, der Jude Frankfurter, mußte wegen seiner Machenschaften schließlich vom Gericht zu einer schweren Kerkerstrafe verurteilt werden.

Im marxistischen Sozialisierungstaumel der Revolutionsjahre wurden große staatliche Betriebe in gemeinwirtschaftliche Anstalten umgewandelt und einer Kommission unter dem Vorsitz des Nationalrates Ellenbogen unterstellt. Juden witterten auch hier sofort ein gutes Geschäft für die eigene Tasche. Im Arsenal wußte ein Herr Leo Fischer das Heft an sich zu reißen. Als treue Helfer standen ihm ein Freisinger, der Sohn eines Rabbiners, und ein Doktor Timberg zur Seite, der aus Polen stammte. In Wöllersdorf machte nach verschiedenen Zwischenspielen im Verein mit einem Pappenheim und Siegfried Neuhöfer Leo Sklarz den großen Schab, einer jener Brüder Sklarz, die neben den Barmats auch in der Skandalchronik des Reiches eine Rolle spielten. Das Ende dieser jüdischen „Gemeinwirtschaft" waren dort und da verödete Fabriksriedhöfe und ein Milliardendefizit, für das der Staat aufkommen mußte.

Die ganz große Chance bot sich dem skrupellosen Verdienerinstinkt der Juden jedoch durch die Geldentwertung. Während die ehrlich Schaffenden verarmten, sammelte das jüdische Spekulantentum über Nacht ungeheure Reichtümer an. Die Banken schossen wie die Pilze nach einem Regen aus dem Boden. 1914 gab es in Wien nur 27 Geldinstitute, 1921 zählte man deren nicht weniger als 1200, von denen die meisten nur ein sehr dürftiger Vorwand für Devisenschiebungen und andere gewagte Geschäfte waren. Schon 1923 verging kaum ein Tag, an dem nicht ein Bankier wegen Kridu, Betrug oder Wucher verhaftet wurde. Um nur einige Namen aus der Galerie dunkler Ehrenmänner herauszugreifen: an die Herren Harry Bauer, Benosi, Pick, Leinkauf, den „Seifen"-Trebitsch, Heinrich Bronner und Max Teicher, Direktor Herzfeld von der Wiener kaufmännischen Bank und Arnheimer vom Bankhaus Popper wird sich noch mancher erinnern, der von ihnen betrogen oder bewuchert wurde.

Die Heroen jener traurigen Zeit waren die vielbewunderten jüdischen „Finanzgenies" Castiglioni und Bosel. Camillo Castiglioni hat es vom armen Triestiner Tempelsängerknaben zum Herren der Depositenbank gebracht. Auf der Höhe seiner Macht verfügte er über schier unerschöpfliche Mittel. Er richtete sich märchenhafte Paläste ein, kaufte Kunstgegenstände en gros zusammen, unterhielt sich eine ganze journalistische Plantage mit der „Stunde" und der „Börse" an der Spitze und subventionierte jüdisch geleitete Bühnen. Daß dieser gewaltige Reichtum nur auf wildeste Spekulation aufgebaut war, zeigte sich deutlich im Augenblick seines Zusammenbruches. 1924 hatte er sich auf eine weitere Entwertung des französischen Franken festgelegt. Als sie ausblieb, krachten die Depositenbank und mit ihr acht andere Banken von Rang zusammen. Castiglioni hatte das Ende nicht in Wien abgewartet und sich schon vorher dem Arm des Gesetzes entzogen. Ein bezeichnendes Licht auf die Wirtschaft in der Depositenbank warf ein Prozeß, den die Liquidation der Bank gegen zwei ehemalige Funktionäre — Siegfried Sachsl und Paul Goldstein — anstrengte. Die beiden hatten 15 Millionen Schilling Bankgelder für ihre Privatgeschäfte verwendet.

Sigi Bosel kontrollierte von der Unionbank aus anzählige Unternehmungen, vom Teppichhaus Schein bis zu den Hammerbrot-Werken. Er hielt sich um zwei Jahre länger als sein großer Konkurrent. 1926 trat er von der Präsidentschaft der Unionbank zurück, nicht ohne vorher die Postsparkasse tüchtig hineingelegt zu haben. Die Unionbank mußte bald darauf mit der Bodenkreditanstalt des Dr. Sieghardt fusioniert werden. In der letzten Bilanz der Unionbank wurde zwar nur ein Verlust von 156.000 Schilling angegeben, in Wahrheit betrug er ein Vielfaches davon. Die Bodenkreditanstalt konnte den schweren Brocken jedenfalls nicht verdauen und mußte einige Jahre später vom Staat unter großen Opfern mit der Credit-Anstalt vereinigt werden.

Wenn auch die jüdischen Bankgrößen durchweg einen unrühmlichen Abgang hatten: sie verließen den Schauplatz ihrer Tätigkeit sicherlich viel reicher, als sie ihre Laufbahn begonnen hatten. Einer, der es wissen mußte, der jüdische Journalist Hirschfeld, prägte über die „armen" verkrachten Bankiers den bezeichnenden Satz, daß er noch keinen von ihnen in der Straßenbahn getroffen habe. Die Zeche der jüdischen Spekulationen mußte ausschließlich das bodenständige Volk durch Jahre der Krise und durch ungeheure Steuerlasten für die Bankensanierung tragen. Das Ausland aber zeigte damals keinerlei Mitleid mit dem ausgeplünderten Volk. —r.

Sudetendeutsche, Achtung!

Wer ist am 4. Dezember wahlberechtigt?

Die Pressestelle der Stadt Wien teilt mit: Die in Wien durchzuführenden Wahlen der Sudetendeutschen zum Großdeutschen Reichstag finden Sonntag, 4. Dezember, von 8 bis 17 Uhr bei den nach dem Wohnort der Wahlberechtigten zuständigen Bezirkshauptmannschaften statt. Hiezu werden die wahlberechtigten Sudetendeutschen in Wien durch eine besondere Kundmachung des Wiener Magistrats öffentlich aufgerufen, aus der die Bedingungen für die Wahlberechtigung zu entnehmen sind.

Wahlberechtigt ist im allgemeinen der in Wien ansässige Sudetendeutsche, für den die übrigen Voraussetzungen (deutsches oder artverwandtes Blut, Geburt in Sudetendeutschland vor dem 1. Jänner 1910, 20. Lebensjahr am Wahltag usw.) zutreffen. Der Wahlberechtigte hat seine

Anmeldung zur Aufnahme in die Wählerliste

bei der für ihn zuständigen Bezirkshauptmannschaft (bzw. Amtsstelle) spätestens bis einschließlich Mittwoch, 23. d., von 8 bis 18 Uhr, mündlich zu erstatten. Die Anmeldung kann auch durch Familienangehörige und bevollmächtigte Vertreter erfolgen.

Als Nachweisdokumente dienen vor allem: Eigener Geburts- und Taufschein, bei Abkömmlingen überdies die Geburts- und Taufscheine der Eltern, Meldezettel, Reisepaß, Erkennungskarte, Zeugnisse über den Besuch deutscher Schulen u. dgl.

Die Wählerlisten liegen vom 25. bis 27. d. in den zuständigen Bezirkshauptmannschaften (bzw. in deren Amtsstellen) zur öffentlichen Einsicht auf. Wählen kann nur, wer in die Wählerliste aufgenommen wurde und im Besitze eines Wahlausweises ist.

Einigung über die Präsidentenwahl in Prag.

Chvalkovsky der einzige Kandidat.

Das Prager Parlament verabschiedete gestern die Gesetzesanträge über die Autonomie der Slowakei und der Karpatho-Ukraine.

Außerdem ist eine Einigung bezüglich der Durchführung der Präsidentenwahl und der Ernennung der neuen Regierung erfolgt. Aller Voraussicht nach findet am Dienstag die Präsidentenwahl statt, und zwar dürfte als einziger Kandidat der bisherige Außenminister Chvalkovsky in Frage kommen. In der neuen Regierung werden fast alle Mitglieder des bisherigen, noch von Benesch eingesetzten Kabinetts verschwunden sein. Ministerpräsident soll Josef Cerny werden. Das Außenministerium wird zum erstenmal ein Slowake verwalten, und zwar wurde Krno in Vorschlag gebracht.

Abgeordneter Alexander Ernszt gestorben.

In Ungarn ist der Abgeordnete Prälat Alexander Ernszt, der Führer der Christlich-nationalen Partei, am Samstag im Alter von 65 Jahren plötzlich einem Herzschlag erlegen.

Hauptschriftleiter: Hanns H. Amann.
Chef vom Dienst: Hermann Mattler. Innen- und Außenpolitik: Hermann Wolf. Lokales Lesl: Richard Quapil. Theater, Kunst, Film und Bilderdienst: Dr. Roman Herle. Sport und Gericht: Richard Handler. Wirtschaft, Unterhaltung und Schrifttum: Franz Stamprech. Anzeigenteil: Erich Schinagl. D. A. X. 1938: An Wochentagen 68.700; an Sonntagen 92.100. Z. Z. Preisliste Nr. 2 gültig.
Verlag und Druck: „Albrecht Dürer", Gesellschaft m. b. H. Ehrnfriedstraße: Wien, 8., Bez., Strozzigasse 8.

Dr. Goebbels in Reichenberg.

Massenkundgebung in der Messehalle. — Eröffnung des Wahlkampfes im Sudetenland.

Der Reichspropagandaleiter der NSDAP., Reichsminister Dr. Goebbels, eröffnete gestern den Wahlkampf für die Reichstags-Ergänzungswahlen im freien Sudetenland mit einer Massenkundgebung in Reichenberg, die von den Sendern Breslau und Leipzig übernommen wurde.

Dr. Goebbels besucht damit zum erstenmal das Sudetenland nach der Wiedervereinigung mit dem Reich. Aber er kommt zu den Sudetendeutschen als alter und vertrauter Kampfgefährte. Vor elf Jahren, im Sommer 1927, sprach er auf einer Bezirkstagung der NSDAP. in Dessendorf zu den sudetendeutschen Brüdern, die damals mehr denn je auf verlorenem Posten zu stehen schienen. Er kam aus dem ohnmächtigen und zerfallenen Deutschland von damals und säte und stärkte mit der leidenschaftlichen Gewalt seiner Rede den Willen zum Reich, zu einem nationalsozialistischen Großdeutschland. In den späteren Jahren des völkischen Ringens und erst recht in den bangen Wochen vor dem endlichen Sieg stand Doktor Goebbels als Sprecher des Führers mit Presse und Rundfunk dem Sudetendeutschtum stets treu zur Seite.

Auf dem Bahnhofplatz drängte sich eine erwartungsfrohe Menge. Als Dr. Goebbels am Ausgang des reichgeschmückten Bahnhofes erschien, begleitet von Gauleiter Henlein, setzte ein Sturm der Begeisterung ein, der sich dann Straße um Straße fortpflanzte längs des Weges zum Rathaus auf den Adolf-Hitler-Platz. Mit Front zum Rathaus, das Scheinwerfer in seiner ganzen Schönheit aus dem Abenddunkel hervorheben, waren die Ehrenformationen der braunen Kolonnen aufmarschiert, die Doktor Goebbels nun gemeinsam mit Konrad Henlein abschritt.

Auf der Freitreppe empfing namens der Stadt Bürgermeister Rohn den Reichsminister und geleitete ihn in die festlichen Empfangsräume.

Im Reichenberger Rathaus entbieten die Männer, die in der SdP. den Kampf für die Heimat führten, dem Reichsminister den Gruß. Der Reichsminister trägt sich dann in das Goldene Buch der Stadt Reichenberg ein. Auch die Fahrt zur Messehalle, dem „Sudetendeutschen Sportpalast", geht durch ein Spalier jubelnder Massen.

Nach dem Abschreiten der Front der Ehrenformationen der Bewegung betritt der Reichspropagandaleiter mit Konrad Henlein die große Mittelhalle. Immer wieder unterbrochen von dem Beifall der Menschen, begrüßt der Gaupropagandaleiter Dr. Goebbels als den Wegbereiter des Führers, den Eroberer von Berlin. Dann spricht Konrad Henlein.

„Es ist mir eine ganz besondere Ehre, gerade in dieser ersten Kundgebung unseres Wahlkampfes einen der bewährtesten Mitkämpfer des Führers, Reichsminister Dr. Goebbels, begrüßen zu können. So, wie Sie im roten Berlin die Herzen der Arbeiterschaft für sich gewonnen und den Marxismus in die Knie zwangen, so werden Sie auch hier den Weg zu den Herzen der letzten Verstockten und Unbelehrbaren finden.

Jedem einzelnen von uns muß bewußt sein, daß der Ausgang dieses Wahlkampfes den Ergebnissen unserer bisherigen großen Wahlsiege nicht nur gleichkommen, sondern sie übertreffen muß."

Sodann ergriff Reichsminister Dr. Goebbels das Wort zu einer großangelegten Rede, die immer von stürmischer Zustimmung unterbrochen wurde.

Gauamtsleiter Pg. Dr. Hanke das Wort. Er verwies in seiner oft vom Beifall unterbrochenen Rede auf das Verhältnis zu Staat und Volk.

Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung wurde von der Postkapelle unter Leitung von Musikmeister Pg. Hofer besorgt.

Appelle im ganzen Reich zum Berufswettkampf.

In sämtlichen vertrauensratspflichtigen Betrieben des Reiches fanden gestern früh Werkscharappelle zum bevorstehenden 6. Reichsberufswettkampf statt. Betriebsobmänner und Stoßtruppführer verpflichteten in ihren Ansprachen die Werkscharen als Aktivisten der Betriebe und Träger der Betriebsgemeinschaft zum restlosen Einsatz für die Idee des Reichsberufswettkampfes. Einsatzbereitschaft bei der Werbung und Organisation des Reichsberufswettkampfes ist für den Angehörigen der Werkschar eine Selbstverständlichkeit. Ebenso bedeutet auch die Teilnahme am Reichsberufswettkampf für jeden Werkscharmann eine selbstverständliche Pflicht.

Kurz und bündig.

Der neuernannte französische Botschafter Coulondre ist gestern in Berlin eingetroffen. Zu seiner Begrüßung hatte sich der Chef des Protokolls Gesandter Freiherr v. Doernberg auf den Bahnhof begeben.

*

Dr. Anton Trumbitsch, der erste Außenminister Jugoslawiens, ist Freitag im Alter von 74 Jahren in Agram gestorben. Trumbitsch leitete im Weltkrieg vom Auslande aus den sogenannten „jugoslawischen Ausschuß" und schloß am 20. Juli 1917 in Korfu als Vertreter der nichtserbischen Südslawen das Abkommen mit dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch über die Gründung eines gemeinsamen südslawischen Staates.

*

Der Staatsbesuch des französischen Präsidenten Lebrun in London wird vom 21. bis 24. März nächsten Jahres stattfinden.

„Ringprogramm" bei KdF.

Gestern abend veranstaltete die Kreisdienststelle VIII der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" unter der Devise „Wir stehen Kopf" vier originelle Abende. Bei den Veranstaltungen, die beim Stalehner, im Türkenschanzpark, im Kasino Zögernitz und im Klosterneuburger Stiftskeller stattfanden, wirkten dieselben Künstler mit demselben Programm mit.

Sie fuhren jeweils nach ihren Nummern zum nächsten Saal, bis sich der Kreis schloß, so daß jeder verpflichtete Künstler in jedem Saale auftrat. Gesang, Musik, heitere Vorträge, Akrobatik und Zauberei bildeten ein abwechslungsreiches Programm. Nach 23 Uhr spielten überall Kapellen zum Tanz auf.

Schwarzer Tag der amerikanischen Luftwaffe.

Nachdem bei einer Nachtübung in Honolulu gestern früh ein schweres Bombenflugzeug abgestürzt war, wodurch zwei Offiziere der Luftwaffe tödlich verunglückten, wurde am Abend noch ein zweites Unglück eines amerikanischen Bombenflugzeuges gemeldet. In der Nähe von Lagrange, Staat Georgia, hatte ein mit sieben Mann besetztes Flugzeug in einem starken Regensturm Berührung mit den Wipfeln einiger Bäume bekommen. Die Maschine stürzte zu Boden, fing Feuer, durch das vier der Flugzeuginsassen getötet und zwei lebensgefährlich verletzt wurden. Von einem der Flieger ist überhaupt keine Spur mehr aufzufinden.

König Carol in Paris.

König Carol von Rumänien und Kronprinz Michael sind gestern abend von Brüssel in der französischen Hauptstadt eingetroffen. Der rumänische Herrscher wurde auf dem Bahnsteig von Außenminister Bonnet und dem rumänischen Gesandten in Paris empfangen.

Ausschaltung der Juden in der Tschecho-Slowakei.

Der „Slovak" vom Sonntag bringt eine Unterredung mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Tiso über die weiteren Richtlinien der slowakischen Politik.

Ministerpräsident Tiso erklärte u. a.: Es wird ein gesetzgebendes Parlament geschaffen. Ein Abgeordnetenmandat wird in der Slowakei kein Ruheposten und keine Legitimation für persönliche Zwecke sein. Es wird nur Arbeit und Dienst am Volk bedeuten. Es ist notwendig, das fremde Element auszuschalten und an Stelle der Juden im Geschäftsleben und im Geldwesen Slowaken zu setzen. Wir werden im Staate dem Volke dienen und nicht dulden, daß das Volk durch einen übergroßen bürokratischen Apparat ausgesaugt wird.

Einzahlungen auf Zahlkarten (Erlagscheine) beim Postsparkassenamt.

Die bisherigen Einzahlungsschalter im Postsparkassenamt Eingang Dominikanerbastei, werden ab 26. November 1938 12 Uhr mittags, verlegt. Von diesem Zeitpunkt an ist der Zutritt zu den Einzahlungsschaltern nur durch den Haupteingang Georg-Coch-Platz. Einzahlungen bei diesen Schaltern werden wie bisher von 8/9 bis 19 Uhr entgegengenommen.

Erster Appell der Wiener Beamten.

Freitag fand in den Sophiensälen der erste Appell der Politischen Leiter des Amtes für Beamte statt. In Vertretung des Gauleiters war Pg. Dr. Tavs erschienen, der in seiner Ansprache ausführte, daß er sich voll Stolz heute und immer als Berufsbeamter zu seinen Kameraden bekenne. Der Beamte der Ostmark hat es in dem fünfjährigen Kampf bewiesen, daß er zu seinem Volke steht, und der Freiheitskampf Oesterreichs wäre unmöglich gewesen, wenn es nicht 10.000 nationalsozialistische Beamte gegeben hätte, die niemals gezögert haben, für ihre Weltanschauung einzutreten. Nach den Worten des Kreisleiters ergriff

Pick und Zwick.

Herr Pick: „Sehn S, mei Frau fragt mi nie, wo i hingeh' auf d' Nacht!"

Frau Zwick: „Wia is dös denn bei Ihna?"

Herr Pick: „...de geht ganz anfach glei immer mit!"

Das Reich fördert die Auswanderung von Juden.

Gründung einer eigenen Reichsvereinigung der Juden als Trägerin des jüdischen Schul- und Wohlfahrtswesens.

Im Reichsgesetzblatt wird die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz veröffentlicht, deren Maßnahmen im wesentlichen eine Förderung der Auswanderung der Juden bezwecken. Die Verordnung bestimmt u. a.:

Die Juden werden in der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" zusammengefaßt. Die Reichsvereinigung hat den Zweck,

die Auswanderung der Juden zu fördern.

Die Reichsvereinigung ist außerdem Träger des jüdischen Schulwesens und der jüdischen freien Wohlfahrtspflege.

Der Reichsvereinigung gehören alle staatsangehörigen und staatenlosen Juden an,

die ihren Wohnsitz im Reichsgebiet haben. Im Falle einer Mischehe ist der jüdische Teil nur Mitglied, wenn der Mann der jüdische Teil ist und Abkömmlinge aus der Ehe nicht vorhanden sind, oder wenn die Abkömmlinge als Juden gelten. Juden fremder Staatsangehörigkeit und den in einer Mischehe lebenden Juden, die nicht bereits von Gesetzes wegen Mitglieder sind, ist der Beitritt zu der Vereinigung freigestellt.

Der Reichsminister des Innern kann jüdische Vereine, Organisationen und Stiftungen auflösen oder ihre Eingliederung in die Reichsvereinigung anordnen. Die Reichsvereinigung ist verpflichtet,

für die Schulung der Juden zu sorgen.

Zu diesem Zweck hat die Reichsvereinigung die notwendige Zahl von Volksschulen zu errichten und zu unterhalten. Sie kann außerdem Mittel- und Höhere Schulen sowie Berufs- und Fachschulen und sonstige Schulen oder Unterrichtskurse unterhalten, die der Auswanderung der Juden förderlich sind. Die von der Reichsvereinigung unterhaltenen Schulen sind Privatschulen. Juden dürfen nur Schulen besuchen, die von der Reichsvereinigung unterhalten werden. Sie sind nach Maßgabe der allgemeinen Vorschriften über die Schulpflicht zum Besuch dieser Schulen verpflichtet.

Die Reichsvereinigung hat als Träger der jüdischen freien Wohlfahrtspflege nach Maßgabe ihrer Mittel hilfsbedürftige Juden so ausreichend zu unterstützen, daß die öffentliche Fürsorge nicht einzugreifen braucht. Sie hat Vorsorge zu treffen, daß für anstaltspflegebedürftige Juden ausschließlich für sie bestimmte Anstalten zur Verfügung stehen.

Die Inkraftsetzung dieser Verordnung für die Ostmark bleibt vorbehalten.

Kein Militärpakt Aegypten - Türkei.

Kategorisches Dementi der ägyptischen Gesandtschaft.

Die ägyptische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß sie bevollmächtigt ist, ganz kategorisch die Nachricht über einen abgeschlossenen oder abzuschließenden Militärpakt zwischen der Türkei und Aegypten zu dementieren. Sie ist ebenso in der Lage zu versichern, daß der Besuch des ägyptischen Außenministers Yehia Pascha in den Balkanländern in keiner Weise die Absicht verfolgt, die sogenannte Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland in irgendeiner Weise zu unterstützen oder zu verstärken.

Die oberbayerischen Bürgermeister im Landhaus.

Die Bürgermeister des Traditionsgaues München-Oberbayern, die sich in diesen Tagen in Niederdonau und Wien aufhalten, wurden gestern vormittag vor ihrer Weiterreise nach Südmähren, wo sie den Gegenbesuch für die im Mai durchgeführte Reise der südmährischen Bürgermeister abstatten, von Gauleiter Landeshauptmann Dr. Jury im Landhaus empfangen. Der Gauleiter dankte in herzlichen Worten zunächst für den Empfang, der im Mai den Bürgermeistern Südmährens im Traditionsgau geboten wurde, und bat dann die Gäste, offenen Auges sich im Grenzlandgau Niederdonau umzusehen, das auch in bedingungsloser Hingabe ein nationalsozialistischer Kernpunkt des Großdeutschen Reiches werden möchte. Möge die Fahrt dazu beitragen, daß sich zwischen den beiden Gauen ein dauerndes Kameradschafts- und Arbeitsverhältnis entwickle.

Gauamtsleiter Sudholt des Amtes für Kommunalpolitik im Gau München-Oberbayern überbrachte die Grüße des Gauleiters Adolf Wagner. Die Reiseteilnehmer begaben sich hierauf nach Korneuburg zum gemeinsamen Mittagstisch in den Rathauskeller und setzten am Nachmittag ihre Fahrt in die Stadt Znaim und nach Südmähren fort, wo sie sich bis zum 10. d. aufhalten werden.

Herzliche Begrüßung in Znaim.

In der festlich beflaggten Stadt Znaim empfing eine gewaltige Menschenmenge die Gäste. Im Theatergebäude hieß zuerst Kreisleiter Bornemann die Parteigenossen aus dem Altreich herzlich willkommen. Dann sprach Landrat Dr. Kratzer, der auf die Leistungen hinwies, die in diesem Kreis in den wenigen Monaten seit der Befreiung schon vollbracht worden sind. Im Namen der Znaimer Deutschen entbot Bürgermeister Sturmbannführer Urban den Kameraden aus Oberbayern gastfreundlichen Willkomm, während Gauamtsleiter Sudholt zum Schluß für die überwältigend herzliche Aufnahme besten Dank sagte.

„In Einigkeit der unbesiegbare Wall im Osten."

Gauleiter Dr. Jury bei einer Großkundgebung der DAF. in Brünn.

Die Deutsche Arbeitsfront im Kreis Brünn veranstaltete Donnerstag abend auf dem Krautmarkt ihre erste Großkundgebung, bei der auch Gauleiter Dr. Jury sprach. Er beglückwünschte die Deutschen Brünns, daß sie wieder ein deutsches Oberhaupt haben und forderte sie auf, treue Kameraden zu sein im Kampfe, im Denken und Handeln und sagte, daß man jedem einzelnen deutschen Menschen die Möglichkeit geben müsse, an allen Freuden und Opfern teilzuhaben. Das Wort Arbeiter sei heute ein Ehrenname. Jetzt herrsche ein neuer Geist, der jeden Deutschen erfüllen müsse, der Geist der Volksgemeinschaft.

„Aus der schönen Brünner Stadt soll wieder die alte deutsche Stadt werden," fuhr Gauleiter Jury fort. „Wir hassen niemand, wir werden auch niemand zwingen, sich zum Deutschtum zu bekennen. Geschützt durch die Wehrmacht und einig über den Weg der Partei und der DAF. werden wir im Osten der unbesiegbare Wall sein."

Pick und Zwick.

Herr Pick: „Unserer Nachbarin ihr Bua hat heut' das reinste Eintreisungszeugnis hambracht!"

Frau Zwick: „Wiaso?"

Herr Pick: „An Anser in Singen und umadum lauter Dreier und Vierer!"

Verstärkter Güteraustausch mit Holland.

Abschluß des Besuches des Reichsministers Funk.

Am letzten Tag seines Hollandbesuches empfing Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Funk die Presse in den Räumen der Deutschen Gesandtschaft. Sein Hollandbesuch zeige der Welt, erklärte er u. a., daß man in Deutschland im Gegensatz zu manchen Berichten gewisser Auslandszeitungen keineswegs in einer unruhigen Kriegsstimmung lebe, sondern die Lage ruhig beurteile und fest entschlossen sei, die friedlichen Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande weiter auszubauen. Es sei möglich gewesen, die Verbindungen, die anläßlich des Besuches des niederländischen Wirtschaftsministers Dr. Steenberghe in Berlin angeknüpft worden seien, im Verlauf dieser Tage noch enger zu gestalten. Es sei bekannt, daß diese beiden Länder gegenseitig ihre besten Kunden sind. Auf beiden Seiten sei der Wunsch vorhanden, die Handelsbeziehungen auf neuer Basis aufzubauen. Die sachlichen Besprechungen ließen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß bereits im kommenden Jahr ein erweiterter Güteraustausch durchgeführt werden könne.

Es werde im Auslande vielfach behauptet, Deutschland sei dabei, sich wirtschaftlich einseitig nach dem Südosten Europas zu orientieren. Der Verlauf dieses Hollandbesuches zeige jedoch der Welt, daß dies nicht der Fall ist.

Gestern Freitag nachmittag begab sich Reichswirtschaftsminister Funk nach Amsterdam. In den Abendstunden hat er Holland verlassen, um sich nach Basel zu begeben.

Kurz und bündig.

Der Führer hat seinen bisherigen Adjutanten der Kriegsmarine, Korvettenkapitän Albrecht, als Nachfolger des vor einiger Zeit zum Generalkonsul in San Franzisko berufenen NSKK.-Brigadeführers Hauptmann a. D. Wiedemann zu seinem persönlichen Adjutanten ernannt.

*

Von den Bevollmächtigten der Schweiz und Deutschland wurden in Bern die Vereinbarungen unterzeichnet, durch die das deutsch-schweizerische Verrechnungsabkommen mit gewissen Abänderungen um ein weiteres Jahr verlängert wird.

*

Für die Erneuerungsanleihe des Slowakischen Staates wurden insgesamt über 330 Millionen, also nicht nur, wie man erwartet hatte, 250 Millionen gezeichnet.

*

Das Militärgericht in Haifa fällte gegen sieben von zwölf angeklagten Arabern Todesurteile. Die übrigen wurden wegen Waffenschmuggels zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt.

Ich fahre als deutscher Volksgenosse vorsichtig und rücksichtsvoll. Ich beachte die Verkehrsvorschriften

17. Abstract Deutsch

Die vorliegende Arbeit trägt den Titel „Die Flucht vor dem NS Regime- Eine inhaltsanalytische Studie über jüdische Flüchtlinge/Emigranten in Presseanweisungen und Zeitungsartikeln für die Jahre 1933 – 1939“.

Im Fokus steht eine Inhaltsanalyse, die die von Dr. Joseph Goebbels erteilten Presseanweisungen über jüdische Flüchtlinge/Emigranten in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg untersucht. Es wird aufgezeigt wie diese Presseanweisungen in Österreich in den Jahren 1933 bis 1939 von den Tageszeitungen („Völkischer Beobachter“, „Das Kleine Blatt“ und „Das Kleine Volksblatt“) umgesetzt worden sind. Im Laufe der Arbeit werden Parallelen und Gegensätze der drei Tageszeitungen aufgezeigt. Grundlegend kann gesagt werden, dass das Propagandasystem aus Sicht der Nationalsozialisten sehr gut funktioniert hat.

Eben dieses Propagandasystem wird im Laufe der Arbeit vorgestellt, es wird gezeigt was es bezweckte und wie dies umgesetzt wurde. In Zeiten wie heute soll diese Arbeit auch dem Zwecke dienen, daran zu erinnern, was einmal war und nie wieder sein sollte.

18. Abstract English

The thesis at hand with the title „Escaping National Socialism in Austria – a newspaper analysis on Jewish refugees in „press-instructions“ and newspapers in the years 1933 to 1939“.

Main focus is the content analysis, which analyses the “press-instruction” by Dr. Joseph Goebbels on Jewish refugees in the years before World War II. It shows how these “press-instructions” were used by the newspapers “Völkischer Beobachter”, “Das Kleine Blatt” and “Das Kleine Volksblatt”, in the years 1933 to 1939. This thesis shows the similarities and opposites of those newspapers.

This thesis gives insights into the propaganda system; it shows why it is used and how it is used. In times like these it is important to remember and never forgot what once was and shall never be again.